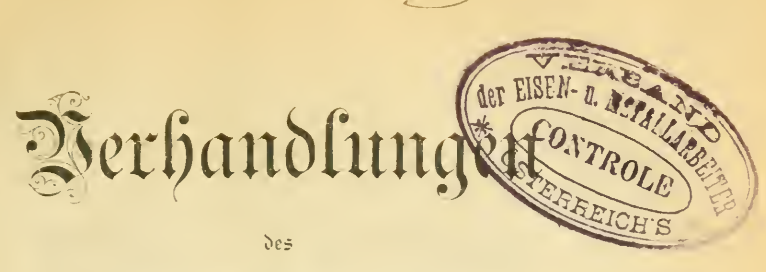






Verhandlungen

des

sechsten österreichischen Sozialdemokratischen Parteitages

abgehalten zu Wien

vom 6. bis einschließlich 12. Juni 1897

im Saale des Hotel Wimberger.

Nach dem stenographischen Protokolle.



Wien 1897.
Erste Wiener Volksbuchhandlung (Ignaz Brand)
VI. Gumpendorferstraße 8.

Druck von L. Bergmann & Comp. in Wien.

Beschlüsse des Parteitages

der

sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs

am

Parteitag zu Hainfeld

(30./31. Dezember 1888 und 1. Jänner 1889)

ergänzt am

Parteitag zu Wien (Pfingsten 1892).

---

1. Prinzipien-Erklärung.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er also politisch den Klassenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Produktivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich nothwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewußte und als politische Partei organisirte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird. Uebrigens wird

und muß sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesondere nach dem Verhalten der Gegner zu richten haben. Es werden jedoch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt:

1. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß, wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der sozialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Oeffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen, voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Werth des Parlamentarismus, eine Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirthschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutzgesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitkontrole der Arbeiterschaft, sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit Koalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der obligatorische, unentgeltliche und konfessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugängigkeit sämmtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die nothwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Kulturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.

7. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Klasseninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.

8. Da die indirekten, auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse gelegten Steuern die Bevölkerung umso stärker belasten, je ärmer sie ist, da sie ein Mittel der Ausbeutung und der Täuschung des arbeitenden Volkes sind, verlangen wir die Beseitigung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer.

II. Resolution über die politischen Rechte.

In Erwägung, daß die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirthschaftlichen Ordnung ist, daß der Hebel dieser Umgestaltung der Klassenkampf ist, dessen Verlauf mit umso weniger Opfern verbunden, umso rascher und ruhiger sein wird, jemehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht; daß aber die herrschenden Klassen die Aufklärung durch

gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Monopolisirung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Kaution und Stempel, sowie des Verbotes der Kolportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an, wo für die Männer die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Werth des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschworenengerichte auf alle Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk;

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

III. Resolution über Arbeiterschutzgesetzgebung und „Sozialreform".

Was heute vorzugsweise „Sozialreform" genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor Allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Klassen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiterversicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: Die theilweise Ueberwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterklasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbstständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Uebungsstätten der Organisation und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des sozialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle dem arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst theuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen „Sozialreform".

Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirklich soziale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstande und die Beseitigung seiner Ausbeutung zum letzten Ziel haben muß, daß aber freilich diese soziale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird.

So lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist nur eine theilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutzgesetzgebung und ihre energische Durchführung. Die physische Verelendung der Arbeiterklasse findet in der hohen Kindersterblichkeit, in dem kurzen Lebensalter, der frühen Invalidität der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebenshaltung, welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit für menschliche Ziele, vor Allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermaßen Einhalt thun.

Die österreichische Gewerbeordnung erfüllt diesen Zweck ganz ungenügend. Sie ist schwächlich und lückenhaft in ihren Bestimmungen, gibt jede einzelne Vorschrift dem Mißverstand und der Willkür der Verwaltungsbehörden preis. Die Gewerbe-Inspektion ist unwirksam, weil unzulänglich in ihren Mitteln und äußerst beschränkt in ihren Befugnissen.

Eine Arbeiterschutzgesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum Mindesten umfassen:

1. Volle Koalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Kartellen der Arbeiter.
2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.
3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).
4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.
5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.
6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.
7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.
8. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.
9. Arbeiterorganisationen, welche auf fachlicher und lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrole der Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung mitzuwirken.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung soll international ausgebaut und in geeigneter Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werden.

Parteiorganisation
beschlossen am VI. Parteitage zu Wien 1897.
Gesammtorganisation der Sozialdemokratie Oesterreichs.

I. Gesammtparteitag.

Alle zwei Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen, dessen Beschickung in folgender Weise geregelt wird: Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegirte zu schicken. Den organisirten Industriegruppen jeder Nationalität ist durch je einen Delegirten am Parteitag eine Vertretung einzuräumen. Die Mitglieder der Exekutivausschüsse aller nationalen Parteiorganisationen, sowie die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme. Nach Thunlichkeit sollen auch die Frauenorganisationen der nationalen Gruppen durch je zwei weibliche Delegirte vertreten sein.

Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesammtparteitage vorbehalten. Im Uebrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesammtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle nationalen Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesammtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesammtparteitages erfolgt durch die Gesammtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen.

II. Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs, die sich aus den Vertretungen und Exekutivkomités der deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammensetzt. Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen.

Die in Wien wohnenden Mitglieder aller nationalen Vertretungen und Exekutivkomités bilden zusammen die ständige Gesammtexekutive. Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivkomités theilnehmen, und es ist wünschenswerth, daß das so oft als möglich geschehe.

Bestimmungen für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich.

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, der Organisation ihrer Branchen, respektive einem Bildungs- oder politischen Vereine anzugehören.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

II. Vertrauenspersonen.

Bezirksorganisation.

Die Vertrauenspersonen werden von den lokalorganisirten Genossen und Genossinnen gewählt. Die Anzahl derselben richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, und bilden diese Vertrauenspersonen zusammen die Bezirksorganisation. Es kann eine Vertrauensperson nur einer Bezirksorganisation angehören; die Vertreter der Bezirksorganisation sind der Parteivertretung bekanntzugeben. Der Umfang der Bezirksorganisation wird wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein und wird von der Kreiskonferenz festgestellt. Die Bezirksorganisation bestimmt ihre Vertreter für die Kreiskonferenz.

Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig machen, werden Agitationsbezirke ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen gebildet.

Ueber spezielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirkskonferenz, doch ist der Kreiskonferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie weiter auch der Parteitag Beschlüsse der Kreiskonferenz aufheben kann. Ohne oder bis zur Aufhebung derartiger Beschlüsse haben selbe Giltigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung durch die Bezirkskonferenz die Kreis- und ohne die Kreiskonferenz der Parteitag Beschlüsse diesbezüglich fassen.

III. Wahlkreisorganisation.

Die Wahlkreisorganisation, welche ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitationskomité. Dieses befaßt sich mit der Organisation und sorgt für die nöthige Agitation im Wahlkreise. Gleichzeitig hat die Wahlkreisorganisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirksorganisationen regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden. Nach Möglichkeit sind dieselben zur Deckung der allgemeinen Parteiauslagen an die Parteivertretung abzuliefern.

Zur Besprechung und Erledigung von Parteiangelegenheiten tritt die Wahlkreisorganisation über Berufung des Agitationskomites nach Bedarf zu einer Konferenz zusammen und entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Wahlkreises.

Die Wahlkreiskonferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirksorganisationen des betreffenden Kreises die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

Jede Wahlkreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich Bericht über den Stand der Bewegung in dem betreffenden Wahlkreise zu erstatten.

IV. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig in jedem zweiten Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der deutschen Wahlkreisorganisationen stattfinden.

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt.

Orte, an welchen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, außer Genossen auch Genossinnen zum Parteitage zu entsenden.

Die Wahlkreisvertretungen, Korporationen, welche von Wahlkreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter auf den Parteitag zu entsenden. Die Vertreter der Redaktionen und Korporationen haben jedoch kein Stimmrecht.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben die Verpflichtung, auf dem Parteitag zu erscheinen, und haben dort Sitz und Stimme.

Die organisirten Genossen der einzelnen Industriegruppen haben das Recht, je einen Vertreter zum Parteitag zu delegiren, welcher stimmberechtigt ist.

Der Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteibericht hat längstens 14 Tage vor dem Parteitage in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht zu werden.

Anträge sind vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen; dasselbe gilt für die Anträge der Parteivertretung.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer und bestimmt den Sitz der Parteivertretung.

V. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrole.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen.

Als Mitglieder der Kontrole können Reichsrathsabgeordnete nicht gewählt werden.

Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion als Kontrolore in Wien ausübten, sind in der nächsten Periode nicht wieder wählbar.

Die Mitglieder der Gesammtexekutive können an den Sitzungen der Parteivertretung jederzeit theilnehmen.

Die Parteivertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährig einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Das Sekretariat und die Kassegeschäfte der Partei sind von der „Arbeiter-Zeitung“ zu trennen. Parteisekretär und Parteikassier dürfen nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung“ sein.

Der Chefredakteur des Zentralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteivertretung einzuberufen sind.

VI. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung

der sozialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von politischen Parteiblättern sollen nur dann erfolgen, wenn in einem Wahlkreise ein nachweisbares Bedürfniß vorhanden ist, die Wahlkreiskonferenz die Herausgabe beschließt und ihr Bestand gesichert erscheint, und wenn vor Allem die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte vorhanden sind. Blätter, die ohne einen vorausgehenden Beschluß einer Wahlkreiskonferenz gegründet werden, haben so lange von der Partei nicht unterstützt zu werden, bis sie von der Wahlkreiskonferenz oder dem Parteitage anerkannt werden.

Die „Arbeiter-Zeitung" ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt; desgleichen die „Arbeiterinnen-Zeitung". Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Tagesordnung des Parteitages.

I. Bericht der Parteivertretung. Referenten: Gen. Schuhmeier und Gen. Dr. Ellenbogen.

II. a) Parteitaktik und
b) Parlamentarische Thätigkeit. } Referenten: Gen. Dr. Adler. Gen. Daszynski.

III. Parteiorganisation. Referent: Gen. Dr. Adler.

IV. Wahl der Parteivertretung.

V. a) Arbeiterschutzgesetzgebung. Referent: Gen. Dr. Verkauf.
b) zur Regelung der Hausindustrie. Referent: Gen. Reumann.
c) zum Schutze der Transportarbeiter. Referent: Gen. Tomschik.

VI. Parteipresse. Referent: Gen. Popp.

VII. Konsumgenossenschaften und Produktivassoziationen. Referent: Gen. Schuhmeier.

VIII. Allgemeine Parteiangelegenheiten.

Als Einberufer fungirten die Genossen:

Dr. Viktor Adler, Heinrich Beer, Ignaz Daszynski (Krakau), Dr. Wilhelm Ellenbogen, Antonio Gerin, Josef Holzhammer (Innsbruck), Karl Kořinek, Anton Němec, Johann Nowak, Julius Popp, August Radimsky, Hans Resel (Graz), Eduard Rieger (Brünn), Franz Schuhmeier, Rudolf Smetana, Josef Tomschik, Josef Zavertnik, Eduard Zeller (Teplitz).

Bureau des Parteitages.

Präsidenten:

Julius Popp (Wien), Eduard Zeller (Teplitz), Josef Hybeš (Brünn), Josef Hudec (Lemberg).

Schriftführer:

Ferd. Skaret (Wien), Mathias Eldersch (Brünn), Josef Krapka (Brünn), Dr. Hermann Diamand (Lemberg), Antonio Gerin (Wien), Anton Grablovic (Köflach).

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Theilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu betheiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort ertheilt werden.

Anträge zum VI. Parteitage.

Zur Tagesordnung.

Antrag der Organisation Teplitz.

1. Die Punkte 5 und 7 der Tagesordnung sollen in der Reihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände vertauscht werden, so daß der siebente Punkt an Stelle des fünften zur Verhandlung gelangt, und umgekehrt.

Antrag der Organisation Floridsdorf.

2. Als letzten Punkt der Tagesordnung ist zu stellen: Abschaffung der Waffenübung; eventuell Schutzgesetze für den Reservisten während derselben (so lange das stehende Heer besteht) für die Erhaltung seiner Familie und seiner Existenz.

Bezüglich dieses Antrages spricht die Bezirksorganisation auch den Wunsch aus, die sozialdemokratische Fraktion möge im Reichsrath einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen.

Antrag der Bezirkskonferenz Kratzau.

3. In die Tagesordnung des Parteitages soll auch der Punkt „Soziale Gesetzgebung und Statistik" aufgenommen werden. Dieser Punkt erscheint nothwendiger als jener die Konsumvereine betreffend. Diesbezüglich hat der Prager Parteitag schon entschieden.

Parlamentarische Thätigkeit und Taktik.

Antrag der Bezirksorganisation VIII, Wien.

4. a) Zu den Sitzungen des parlamentarischen Verbandes ist immer zumindestens Ein Mitglied der Parteivertretung hinzuzuziehen.

b) Die Genossen des parlamentarischen Verbandes werden aufgefordert, im Parlament anläßlich der Berichte des Legitimationsausschusses energisch gegen die Mißbräuche bei den Wahlen überhaupt, besonders aber bei den Wiener Wahlen, aufzutreten.

c) Die Genossen des parlamentarischen Verbandes haben im Sinne des Parteiprogramms zu jeder Angelegenheit, die die politischen und wirthschaftlichen Interessen des Proletariats berührt, im Parlament selbst Stellung zu nehmen.

Antrag der Organisation Teplitz.

5. Der Parteitag empfiehlt den Genossen aller österreichischen Länder mit Rücksicht auf die agitatorische Thätigkeit, die bei den Wahlen zu den verschiedenen Vertretungskörpern entfaltet werden kann, das Eingreifen bei den kommenden Landtagswahlen durch Aufstellung eigener Kandidaten.

Antrag des Genossen Swatschina, Wien, XIX.

6. Der Parteitag wolle beschließen, es sei der sozialdemokratische Verband im österreichischen Abgeordnetenhaus aufzufordern, zu gelegener Zeit einen Gesetzentwurf zum Schutze der Wahlfreiheit im Abgeordnetenhaus einzubringen oder aber den Antrag der Abgeordneten Hochenburger und Genossen nachdrücklichst zu unterstützen, eventuelle Abänderungsanträge im Sinn unseres Programms zu stellen u. s. w.

Anträge der Bezirksorganisation III, Wien.

7. In Erwägung, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden, über Bündnisse und sonstige Abmachungen mit auswärtigen Mächten in konstitutionell regierten Staaten nur in den Händen der direkt gewählten Volksvertretung liegen kann; in fernerer Erwägung, daß die österreichische Regierung bisher ohne Befragung der Parlamente souverän in solchen Fragen entschieden hat, daß in Folge dessen in dieser Beziehung heute noch der nackte Absolutismus herrscht, und in endlicher Erwägung, daß Entscheidungen auf diesem Gebiete Gut und Blut und die wichtigsten Kulturinteressen der Arbeiterklasse auf das Empfindlichste berühren, beauftragt der Parteitag den sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhause, das Ministerium und den Präsidenten zu veranlassen, eventuell mit allen geschäftsordnungsmäßig zur Verfügung stehenden Mitteln zu zwingen, alle wichtigeren Angelegenheiten der äußeren Politik in den einzelnen Phasen ihrer Entwicklung dem Hause zur Kenntniß zu bringen und eine Debatte darüber zuzulassen.

8. Der Parteitag beauftragt in Ausführung des vom fünften Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie zu Prag 1896 gefaßten Beschlusses „Der Kampf zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes muß auch fernerhin mit aller Energie fortgeführt werden": 1. den sozialdemokratischen Verband, im Abgeordnetenhause dafür zu sorgen, daß sein Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes in allernächster Zeit auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt wird; 2. die Parteivertretung, zur Unterstützung des sozialdemokratischen Verbandes in dieser Richtung, insbesondere aber zur Zeit der parlamentarischen Diskussion des Antrages, Massenkundgebungen und Versammlungen in ganz Oesterreich zu veranstalten.

Antrag der Organisation Brünn.

9. Der Parteitag beschließt: Die Parteivertretung wird beauftragt, für die Entfaltung einer Agitation behufs Erlangung des Landtags- und Gemeindewahlrechtes Sorge zu tragen.

Anträge der Organisation Roßbach.

10. In Erwägung, daß der von der Pfaffenpartei im Reichsrath eingebrachte Volksschulgesetzentwurf die Verklerikalisirung der Volksschule beabsichtigt: in Erwägung, daß dieser Antrag in jeder Beziehung kulturfeindlich ist; in Erwägung, daß vorzüglich die ländliche Bevölkerung sich über die Folgen dieses Schulantrages nicht klar ist; in Erwägung endlich, daß dieser Antrag uns weitere Kreise der Bevölkerung mehr sympathisch macht und uns das Eindringen in die Landbevölkerung erleichtert, wolle der Parteitag beschließen: Es sind in ganz Oesterreich in allernächster Zeit Versammlungen zu veranstalten mit der Tagesordnung: Der klerikale Schulantrag und die Folgen seiner Verwirklichung.

11. In Erwägung, daß die Sprachenfrage in Oesterreich eine ständige ist und von den bürgerlichen Parteien zu dem Zwecke benützt wird, um die Arbeiter von ihren wirklichen Interessen abzulenken, die Arbeiter aber in jeder Hinsicht die Kosten dieser Nationalitätenhetze zahlen müssen, möge der Parteitag beschließen: Die sozialdemokratische Fraktion wird beauftragt, im Reichsrath einen Gesetzentwurf einzubringen, daß in den Volksschulen außer dem Sprachunterricht in der Muttersprache noch ein gemeinsamer Sprachunterricht in einer geeigneten Sprache (Weltsprache) an Stelle des Religionsunterrichtes unentgeltlich ertheilt werde.

Anträge der Bezirksorganisation XI, Wien.

12. Die Parteileitung hat nach Schluß jeder Reichsrathssession eine billige Broschüre herauszugeben, in der über die Thätigkeit unserer Reichsrathsabgeordneten und über das Verhalten der Gegner in populärer Weise berichtet wird.

13. Die Parteileitung wird beauftragt, nach jeder zur Agitation zweckdienlichen Debatte im österreichischen Parlament Broschüren im eigenen Verlag herauszugeben.

14. In Erwägung, daß die Vertreter von staatlich anerkannten Religions-

gemeinschaften die Kirche zu parteipolitischen Zwecken benützen und die perfidesten Lügen und Entstellungen über unsere Partei unter dem Volke verbreiten, trotzdem nach den Grundsätzen jeder wahren Religion diese über jede Parteipolitik erhaben sein soll, erklärt der Parteitag:

„Die Sozialdemokratie bekämpft — unbeschadet ihres Prinzips ‚Religion ist Privatsache' — die Vertreter aller Religionsgemeinschaften auf das entschiedenste mit allen zulässigen Mitteln, wann und wo immer dieselben unsere Partei und deren Angehörige verleumden, sowie wenn ihre Lehren sich dem Befreiungskampfe des Proletariats entgegenstellen."

Antrag der Bezirksorganisation Leoben.

15. Die Uebertretungen des § 23 Pr.-G., die fortwährend geschehen und besonders während des Wahlkampfes häufig vorgekommen sind, und da sogar wegen Vertheilung gedruckter Kandidatenzettel, Versammlungseinladungen 2c. Anklagen über dieses Delikt erhoben wurden, die vielfach mit der Verurtheilung der Angeklagten endeten, wird an die sozialdemokratische Fraktion des Reichsrathes das Ersuchen gerichtet, diese möge den Antrag auf Aufhebung des § 23 Pr.-G. und unter Einem auf Abschaffung des Zeitungsstempels einbringen.

Antrag der Bezirksorganisation Aussee.

16. Die sozialdemokratische Fraktion ist zu beauftragen, ehestens einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der dahin geht: Jedem Reservemann, der zu einer aktiven Dienstleistung einberufen ist, hat der Staat die Kosten der Fahrt und der Verköstigung zu ersetzen. Den Familien der verheirateten Reservemänner ist deren Verdienstentgang während der Dauer der Waffenübung zu ersetzen.

Parteiorganisation.

Anträge der Bezirksorganisation XI, Wien.

17. Die Parteiorganisationen haben überall, wo die nothwendigen Mittel und Personen vorhanden sind, Rechtsbureaux zu errichten, in denen an die Parteigenossen in allen Rechtsfragen unentgeltlich Auskünfte ertheilt werden.

18. Die Parteileitung hat der Organisation des italienischen Proletariats in Oesterreich ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden.

Antrag der Bezirksorganisation Leoben.

19. Die letzten Reichsrathswahlen haben zur Evidenz erwiesen, daß unter der arbeitenden Landbevölkerung, respektive den Wählern der vierten und fünften Kurie, die Aufklärung und das Klassenbewußtsein mangelt. Die große Masse hörte bei den Wahlen auf das Feldgeschrei der Klerikalen, die riefen: „Es handelt sich um den Glauben!" und wurde als gedankenloses Stimmvieh von den Klerikalen mißbraucht

Es werden deshalb die Kreis-, respektive Bezirksorganisationen der Provinz beauftragt: Gewerkschaftsvereine für die arbeitende Landbevölkerung ins Leben zu rufen und deren Gedeihen mit allen möglichen Mitteln zu fördern, damit der Kampf gegen die anerzogene Dummheit mit größerem Erfolge als bisher geführt werden kann.

Anträge der Bezirksorganisation Brünn.

20. Die auf Grund des § 2 des Versammlungsgesetzes organisirten Genossen und Genossinnen bilden eine Lokalorganisation, die Lokalorganisationen eines Gerichtsbezirkes eine Gerichtsorganisation, die Gerichtsbezirksorganisationen eines Wahlkreises die Wahlkreisorganisation, die Wahlkreisorganisationen eines Landes die Landesorganisation.

21. Den Genossen wird die Gründung von Wahlvereinen für die Wahlkreise der fünften Kurie empfohlen.

Antrag der ostschlesischen Kreiskonferenz.

22. Der Parteitag gibt seine Zustimmung zu dem Beschluß der Kreiskonferenz des ostschlesischen Wahlkreises vom 18. April 1897, eine selbstständige Kreisorganisation mit den Bezirksorganisationen Teschen, Freistadt und Bielitz zu bilden. Der Sitz des Kreisagitationskomités ist Teschen.

Anträge der Bezirkskonferenz Teplitz.

23. Die Organisationen der Bezirke Teplitz, Dux, Brüx, Komotau, Saaz und Kaaden werden als Kreisorganisation anerkannt.

Der Parteitag beschließt, daß der Herausgabe von Blocks durch einzelne Organisationen, Vereine &c. zum Zwecke der Aufbringung von Geldmitteln zu anderen als Parteizwecken energisch entgegenzuwirken sei.

Antrag der Bezirksorganisation Mährisch-Schönberg.

24. Parteitage haben in Zukunft nur alle zwei Jahre stattzufinden. Dafür ist von jedem Wahlkreis ein Wahlkreisvertrauensmann zu wählen, welche Vertrauensmänner im Bedarfsfalle mit der Parteivertretung und den sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten zu Reichskonferenzen einzuberufen sind.

Antrag der Organisation Tachau in Böhmen.

25. Den Genossen des III. böhmischen Wahlkreises wird die Gründung einer selbstständigen Kreisorganisation gestattet, indem damit dem berechtigten Wunsche aller Genossen des III. böhmischen Wahlkreises Rechnung getragen wird und dies auch aus taktischen und agitatorischen Gründen unbedingt nothwendig erscheint.

Dieser Antrag wird unterstützt von Genossen in Petschau und der Umgebung, Puschwitz und Umgebung, Mies und Umgebung, den Genossen in Kriegern und Anderen.

Antrag der Kreisorganisation Reichenberg.

26. Die Wahlkreiszentralen der fünften Kurie verbleiben bis auf weiteres die diesbezüglichen Zentralstellen, mit welchen die gewählten Abgeordneten der betreffenden Kreise bezüglich der Berichterstattung, Agitation und anderem in steter Verbindung zu bleiben haben, von wo auch etwaige Agitationstouren zu veranlassen sind.

Arbeiterschutzgesetzgebung etc.

Anträge der Bezirksorganisation IX, Wien.

27. In Erwägung, daß bei dem ungemein schwankenden, schwer zu fassenden und allgemein strittigen Begriffe der Hausindustrie, bei dem steten Ineinanderfließen der einzelnen Betriebsformen, die ihre begriffliche Trennung schwer, bei den einzelnen Spielarten der städtischen Hausarbeit aber nahezu unmöglich machen, ein gesetzliches allgemeines Verbot der Hausindustrie ohne Verbindung mit anderen Maßregeln großen praktischen Schwierigkeiten der Durchführung begegnen würde:

in Erwägung, daß zur Bekämpfung dieser tödtlichen Schmarotzerkrankheit unserer Industrie alle möglichen Mittel kombinirt angewendet werden müssen, daß es sich nicht so sehr darum handelt, die Hausindustrie zu verbieten, als vielmehr unmöglich zu machen:

wird die Parteivertretung beauftragt, selbstverständlich unbeschadet anderer Mittel, gegen die Wasserpest der Hausindustrie eine nachhaltige Agitation zu eröffnen:

1. für eine Reform der Bau- und Wohnungsordnungen, die eine Handhabe bieten könnte zur Unterdrückung aller Unternehmungen, die sich nicht in selbstständigen, allen Anforderungen der Hygiene entsprechenden Betriebsstätten befinden:

2. für die Eroberung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für die Gemeindevertretungen, da ohne dieses niemals an ähnliche Reformen gedacht werden kann.

Anträge der Bezirksorganisation Leoben.

28. Nachdem die Arbeit bei den Hochöfen in den Eisenhüttenwerken und beim Bergbau eine schwere, gesundheitsschädliche und gefährliche ist, wird die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Reichsrathes aufgefordert, ehemöglichst im Parlament einen Antrag einbringen zu wollen, nach welchem bei den genannten Betrieben die achtstündige Arbeitszeit gesetzlich eingeführt werden soll.

29. Nachdem die gegenwärtigen Bruderladen und Versorgungsvereine der Berg- und Hüttenarbeiter nur zum Nachtheil der Arbeiter bestehen, indem den Arbeitern keine genügende Versorgung geboten wird und durch diese veralteten Institutionen aus der Zeit des Zunft- und Kastengeistes die Freizügigkeit gehemmt ist, wird die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Reichsrathes beauftragt: einen Antrag auf Auflösung sämmtlicher Bruderladen und Versorgungsvereine, und anstatt derselben Einführung einer allgemeinen Alters-, Witwen- und Waisenversorgung sowie Unterstellung der Bergarbeiter und der Arbeiter aller Kategorien, die der Unfallversicherung bisher noch nicht angehören, unter dieselbe mit 100perzentigen Renten im Parlament einzubringen.

Presse.

Antrag der Bezirksorganisation Leoben.

30. Um ein besseres Mittel für die Agitation der arbeitenden Landbevölkerung zu erhalten, ist es unumgänglich nothwendig, daß für dieselbe ein eigenes Blatt gegründet wird, das in volksthümlicher Weise gehalten werden soll und unter Vermeidung aller zu umgehenden Fremdwörter einzig bloß die vielseitigen Interessen des arbeitenden Landvolkes zu behandeln hat.

Antrag der Kreisvertretung Oberösterreich.

31. Der Parteitag wolle beschließen: „Die Wahrheit", Organ zur Verbreitung sozialdemokratischer Grundsätze für Oberösterreich, wird als Parteiorgan anerkannt.

Antrag der Bezirksorganisation Graslitz.

32. Der Parteitag wolle die seit November vorigen Jahres erscheinende sozialistische Zeitschrift „Graslitzer Volksbote" als Parteiorgan anerkennen.

Antrag der Bezirksvertretung Saaz in Böhmen.

33. Die Gründung von Kopfblättern unterliegt nicht der Genehmigung durch die Kreiskonferenz.

Antrag der Kreisorganisation Teschen.

34. Der Parteitag gibt die Zustimmung zur Gründung eines polnischen Parteiblattes in Ostschlesien und überläßt die Herausgabe und Durchführung den zugehörigen Bezirksorganisationen und befürwortet, daß die Parteileitung die möglichste Unterstützung hiezu gewähre.

Antrag der ostschlesischen Parteikonferenz.

35. Der Parteitag gibt seine Einwilligung zur Gründung eines zweimal monatlich erscheinenden polnischen Parteiblattes für Schlesien. Das Blatt wird in Teschen erscheinen und im Titel die ausdrückliche Bemerkung „Organ der sozialdemokratischen Partei" führen.

Antrag der Bezirksorganisation Floridsdorf und der umgrenzenden Orte.

36. Der Parteitag möge das während der Wahlkampagne erschienene Blatt „Der Wähler", das jetzt auf den Namen „Der Volksbote" umgetauft wurde, als Parteiblatt anerkennen.

Zur Begründung dieses Antrages spricht die Thatsache, daß sich das Blatt in unseren ländlichen Kreisen bereits Eingang verschafft und der Wunsch der bäuerlichen Bevölkerung, ein Agitationsmittel mehr zu besitzen, dadurch Berücksichtigung fände.

Antrag der Organisation Augenthal.

37. In Bezug auf die Presse wolle der Parteitag beschließen, daß „Der Volksbote" als Parteiorgan anerkannt und für dessen Verbreitung in den weitesten Kreisen agitirt wird.

Antrag der Bezirksorganisation Teplitz.

38. Die Parteivertretung wird beauftragt, ein Preßbureau zu errichten, das sich zunächst damit befassen soll, von Woche zu Woche parlamentarische Berichte für die wöchentlich erscheinenden Blätter zusammenzustellen und sie ihnen zuzusenden. Die Kosten dieser Berichte sollen von den Redaktionen der Parteiblätter gemeinsam gedeckt werden.

Anträge der Bezirksorganisation IX, Wien.

39. In Erwägung, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" ein Defizit aufzuweisen hat;

in Erwägung, daß auch für die Zukunft eine Besserung in der Lage dieser Zeitung nicht zu erwarten ist;

in Erwägung endlich, daß durch Umwandlung der „Arbeiterinnen-Zeitung" in eine Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" das Interesse der Frauen für das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie bedeutend steigen würde:

beschließt der Parteitag: die „Arbeiterinnen-Zeitung" ebenso wie die Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" aufzulassen, die „Arbeiterinnen-Zeitung" hingegen fortan als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" herauszugeben.

40. Der Parteitag beschließt zum Zwecke der Erleichterung der Agitation: die Insertionsgebühren der „Arbeiter-Zeitung" für die Organisationen der Partei sind so weit als nur möglich herabzusetzen.

Antrag der Bezirksorganisation Aussee.

41. Jedem Bezirksvertrauensmann ist die täglich erscheinende „Arbeiter-Zeitung" kostenfrei zuzustellen.

Konsumgenossenschaften und Produktivassoziationen.

Resolution der Bezirksorganisation IX, Wien.

42. In Erwägung, daß die niedere Lebenshaltung des österreichischen Arbeiters, die ein Haupthinderniß für seine wirthschaftliche und politische Hebung bildet, nebst den Löhnen auch der unverhältnißmäßigen Höhe der Preise der unentbehrlichsten Lebensmittel geschuldet ist;

in Erwägung, daß diese Preistheuerung, abgesehen von einer verkehrten Zoll- und Handelspolitik, die nur auf die unersättliche Profitgier der Landmagnaten und Bodenwucherer Rücksicht nimmt, der durchaus fehlerhaften Organisation des Lebensmittelmarktes zuzuschreiben ist, die statt des freien Spieles von Angebot und

Nachfrage die gewandten Griffe und kühnen Volten der berufsmäßigen Hazardeure und Falschspieler des Zwischenhandels zu Preisregulatoren macht:

in Erwägung, daß eine Organisation der Konsumenten zum Zwecke des Eingriffes in den sogenannten freien Marktverkehr nicht nur nothwendig, sondern auch in keiner Weise den Wirthschaftsgesetzen der kapitalistischen Gesellschaft entgegen, somit ganz wohl möglich ist;

in Erwägung, daß die Klasse der bäuerlichen Produzenten vermöge ihrer Nothlage, die zum Theil wenigstens auch der Mangelhaftigkeit des landwirthschaftlichen Kreditwesens zuzuschreiben ist, unter den Mängeln der Organisation des Lebensmittelmarktes ebensosehr leidet wie die Arbeiterklasse; daß die Preise, die ihr unter dem Zwange der Noth diktirt werden, außer allem Verhältniß stehen zu den Preisen auf den städtischen Märkten;

in Erwägung endlich, daß die Konsumvereinsbewegung diese grundlegenden Fragen nicht nur nicht lösen kann, sondern ihnen einfach aus dem Wege geht, was schon daraus hervorgeht, daß die Konsumvereine ihre Waaren zum Tageskurse, das ist eben zu den in Folge der angedeuteten Uebelstände und Schwindeleien sich ergebenden Preisen verkaufen:

fordert der Parteitag die Parteivertretung (eventuell eine eigens zu bestimmende Kommission) auf:

1. ein Aktionsprogramm zu entwerfen, das zum Gegenstande hat: die gegenseitige Verbindung von städtischen Konsumenten und ländlichen Produzenten zum Zwecke einer einverständlichen, den Interessen beider gerecht werdenden Einwirkung auf den Lebensmittelmarkt nach folgenden Grundsätzen:

a) den organisirten bäuerlichen Produzenten wären von den organisirten städtischen Konsumenten Geldmittel im Wege des Kredits, des Vorschusses zur Verfügung zu stellen, um sie von der Herrschaft der Wucherer und der Tyrannei der Sparkassen zu befreien, was auch von großer Bedeutung für die politische Befreiung der Bauernschaft würde;

b) die Organisation der städtischen Konsumenten wäre gegeben in der von den Arbeitern beherrschten Gemeinde; es wären darum die städtischen Kommunen, die sich mit den Bauern ins Einvernehmen zu setzen hätten;

c) das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für die Gemeindevertretungen ist die unerläßliche Vorbedingung für Erreichung dieses Zieles.

Antrag der Bezirksorganisation in Knittelfeld.

43. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteitag beauftragt die Parteileitung: Die Parteileitung hat an allen Orten, wo die Verhältnisse günstige sind, dafür einzutreten, daß Konsumvereine und Produktivgenossenschaften gegründet werden, und wo solche bestehen, dahin zu wirken, daß sie von den Arbeitern selbst verwaltet werden. Auch beauftragt der Parteitag die Parteileitung, so bald als möglich einen Verband der von Arbeitern verwalteten Konsumvereine und Produktivgenossenschaften ins Leben zu rufen; dieser Verband hat Auskünfte in Rechts- und Geschäftssachen zu ertheilen, sich eventuell mit der Vermittlung guter Bezugsquellen zu befassen.

Antrag der Organisation Augenthal in Niederösterreich.

44. Die Organisation von Augenthal und Umgebung spricht sich dahin aus: Die Parteileitung wolle dahin wirken, daß die Schaffung von Konsumvereinen mit Energie betrieben werde, denn sie erblickt in diesen das kräftigste Agitationsmittel auf dem Lande für die sozialdemokratischen Prinzipien, weil die ländliche Bevölkerung nur mit praktischen, handgreiflichen Argumenten, wie es eben die Konsumvereine sind, am besten organisirt werden kann.

Antrag der Bezirksorganisation VIII, Wien.

45. In Erwägung, daß die Konsumgenossenschaften eine Besserung der wirthschaftlichen Lage der Arbeiterklasse nicht herbeiführen können;

in Erwägung, daß es unthunlich ist, Konsumgenossenschaften von parteiwegen zu gründen;

in Erwägung, daß aus taktischen Gründen vermieden werden muß, unlebensfähige Konsumgenossenschaften für Arbeiter ins Leben zu rufen, beschließt der Parteitag:

1. Die Gründung von Konsumgenossenschaften ist keine Parteisache, sondern Privatangelegenheit jener Arbeiter, die dieselben zu errichten wünschen.

2. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei verhält sich an Orten, wo die Arbeiterschaft von selbst an die Gründung von Konsumgenossenschaften schreitet, diesen gegenüber neutral unter der Voraussetzung, daß zur Gründung von Konsumgenossenschaften eine genügende Mitgliederzahl angemeldet ist (nicht unter hundert Mitglieder), diese einen ausreichenden Geschäftsfonds gesammelt haben und kommerziell geschulte Kräfte vorhanden sind.

3. Der Gründung von Arbeiterkonsumvereinen, die diesen nothwendigen Bedingungen der Existenzfähigkeit nicht entsprechen, und die deshalb bei erfolgendem Fiasko das Vertrauen der indifferenten Massen in die Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse erfahrungsgemäß zu erschüttern drohen, ist von parteiwegen mit allen Mitteln der Aufklärung entgegenzutreten.

Antrag der Bezirksorganisation XI, Wien.

46. Falls der Parteitag die Konsumvereine als sozialdemokratische Organisation anerkennen sollte, wird von uns beantragt:

In Erwägung, daß die Baarzahlung in den Konsumvereinen den ärmsten Theil der Proletarier vom Einkauf in den Konsumvereinen ausschließt, ist in allen Konsumvereinen das Kreditwesen allmälig einzuführen. Erstrebt soll dieses Ziel werden entweder durch Einhebung eines erhöhten Geschäftsantheiles von den den Kredit beanspruchenden Mitgliedern, was, wenn gar nicht anders, durch Zurückhalten der Dividenden erreicht werden könnte; abhängig soll die Höhe des Kredits sein von der Höhe des Mehrgeschäftsantheiles. In Industriezentren und wo es noch geboten und möglich ist, sollen die Konsumvereine sich zum gemeinsamen Einkauf verpflichten

Antrag der Bezirksorganisation III, Wien.

47. Konsumgenossenschaften und Produktivassoziationen können unter für ihr Gedeihen günstigen Verhältnissen zu einem gut brauchbaren Hilfsmittel des proletarischen Emanzipationskampfes ausgestaltet werden. Es ist aber unmöglich, für jeden einzelnen Fall vorher zu bestimmen, ob sich Genossen an der Gründung und Erhaltung solcher Vereinigungen betheiligen sollen oder nicht. Daher beschließt der Parteitag: Die Art und die Stärke der Betheiligung sozialdemokratischer Arbeiter an Konsumgenossenschaften und Produktivassoziationen bleibt für jeden einzelnen Fall vollkommen dem Ermessen der lokalorganisirten Genossen des betreffenden Ortes überlassen.

Antrag der Genossen von Haindorf und Friedland in Böhmen.

48. Der Parteitag wolle beschließen, die Gründung von Konsum- und Wirthschaftsgenossenschaften nur anzuempfehlen, wenn selbe genau unseren Parteiprinzipien entsprechend geleitet werden.

Antrag der Bezirksorganisation Aussee.

49. Konsumvereine und Produktivgenossenschaften, in dem heutigen Sinne weitergeführt, sind als Privatsache zu erklären. Die Bezirksorganisation unterstützt jedoch einen eventuellen Antrag betreffs der Gründung der Konsumvereine und Produktivgenossenschaften auf sozialdemokratischer Basis.

Parteiangelegenheiten.

Antrag der Bezirksorganisation VIII, Wien.

50. In Erwägung, daß die derzeitige Formulirung des Parteiprogramms eine sehr unmethodische und unklare ist;

in Erwägung, daß das Programm einer Volkspartei eine sehr leichtverständliche Fassung haben muß, die in knapper Darstellung ihre Auffassung der staatlichen und gesellschaftlichen Zustände zum Ausdruck bringt und in übersichtlicher, sympathischer Form ihre Forderungen an Staat und Gesellschaft präzisirt, beschließt der Parteitag:

Eine Kommission zu wählen, die die redaktionelle Umarbeitung des Parteiprogramms nach oben angeführten Grundsätzen und in möglichster Anlehnung an das Programm der reichsdeutschen Sozialdemokratie vornimmt und dem nächsten Parteitage zur Beschlußfassung vorlegt.

Antrag der Bezirksorganisation XI, Wien.

51. Die Parteileitung wird beauftragt, im Anhang zu dem stenographischen Protokoll über den Parteitag alle zum Beschluß erhobenen Anträge und Resolutionen in leicht übersichtlicher Weise zusammenzustellen.

Bericht der Parteivertretung und der einzelnen Kreisorganisationen an den sechsten österreichischen sozialdemokratischen Parteitag.

Der fünfte Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der vom 5. bis zum 11. Juni 1896 auf der Schützeninsel in Prag tagte, fand die Gesammtpartei im Kampfe um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Die Wahlreform des Grafen Badeni war zur Zeit wohl noch nicht vom Abgeordnetenhaus angenommen, doch war sich der Parteitag vollständig klar darüber, daß sie die Zustimmung der Majorität des Parlaments finden wird, weil sie einen gewissen Fortschritt und Fortbestand des Wahlunrechtes und damit die Möglichkeit auch fernerer Korruption in sich vereinigte. Der Fortschritt lag, wie die vom Parteitag angenommene Resolution schon sagte, darin, daß die Anzahl der Wähler um zirka 3,600.000 vermehrt wurde. Gewiß ein Fortschritt und für unser rückständiges und verknöchertes Oesterreich nach der Ansicht der bürgerlichen Parteien kein geringer. Aber diesen mehr als fünf Millionen Wählern in der fünften Kurie wurden nur 72 Mandate zugetheilt, so daß im Durchschnitt auf 74.000 dieser minderwerthigsten Staatsbürger ein Abgeordneter kommt. Das alte Kuriensystem, das 63 Großgrundbesitzern dasselbe Recht gibt, nämlich auch einen Abgeordneten wählen zu dürfen, blieb bestehen. Nach wie vor sollte der Geldsack im Parlament ausschlaggebend sein. Dazu kam noch, daß nur 15 von diesen 72 Mandaten auf Grund des direkten Wahlrechtes zu erkämpfen waren. Dem Parteitag war dies Alles klar, er deckte die Hinterhältigkeiten des Regierungsantrages vollständig auf und sprach aus, daß der Antrag Badeni auf Abänderung der Wahlreform weder den Wünschen noch den Bedürfnissen des arbeitenden Volkes entspreche, beschloß jedoch in richtiger Erwägung der Sachlage, auch diesen kleinen Fortschritt im Interesse der Partei auszunützen. Der Wahlreformantrag, einmal angenommen, sollte die Partei nicht unthätig finden. Ein Mittel zum Zweck mehr, sollte er der Organisation und der Agitation dienstbar gemacht werden.

Der fünfte Parteitag beauftragte die Parteivertretung, nicht erst abzuwarten, bis die Neuwahlen ausgeschrieben werden, sondern sofort nach dem Inslebentreten der neuen Wahlordnung die Wahlagitation einzuleiten.

Wenn vor zwei Jahren die Wahl*reform* noch der Mittelpunkt der gesammten Agitationsthätigkeit der Partei war, so war es im Berichtsjahr *die Agitation zur Wahl selbst*, welche die Partei geradezu fieberhaft beschäftigte. Kaum war die Wahlreform beschlossen, wurde auch sofort mit den „gröbsten" Vorarbeiten, mit der Zusammenstellung des unerläßlichsten Agitationsmaterials für die einzelnen Wahlkreise begonnen. Und diese Arbeiten waren weder leichte noch unbedeutende. Der Agitationsapparat mußte nicht nur erst zusammengestellt, nein, er mußte vorerst *erdacht* werden. In diesem Punkte waren uns die Gegner über. Wir hatten es mit alten und erfahrenen Wahlmachern zu thun, deren Stärke nicht unterschätzt werden durfte. Es fand in Wien eine Konferenz von Vertrauensmännern aus verschiedenen Kronländern statt, in der über die Agitation zur Wahl eine Berathung gepflogen wurde. Das Parteisekretariat

wurde der Mittelpunkt zu den Wahlvorbereitungen, und dürfte das Material, das seitens der Parteivertretung den einzelnen Kreisorganisationen zuging, den Genossen gewiß nicht unerwünscht gekommen sein.

Die Parteivertretung erhielt aber vom Parteitag auch noch andere Aufträge: eine Agitation sollte in den Kronländern für die Einführung des direkten Wahlrechtes eingeleitet und hiezu auch in den Landtagswahlkampf eingetreten werden. Dem ersteren Auftrage kam die Parteivertretung in vollem Umfange nach. Es wurden die Kreisorganisationen zur Entfaltung ihrer Kräfte gegen das indirekte Wahlrecht aufgefordert. Eine Unsumme von Versammlungen fand statt, um die Landtage zu dessen Beseitigung zu bewegen. Wir hatten jedoch nur den moralischen Erfolg für uns. Das indirekte Wahlrecht blieb mit Ausnahme von Niederösterreich bestehen. Die Regierung überließ die Einführung der direkten Wahlen den Landtagen, half aber den bürgerlichen Parteien, sich im Landtage um die Lösung dieser Frage herumzudrücken.

Sich an den Landtagswahlen thatkräftig zu betheiligen, konnte die Parteivertretung den Genossen hingegen nicht mit ruhigem Gewissen anempfehlen, weil wir uns nach reiflichem Bedenken selbst sagen mußten, daß es vorzuziehen sei, die Kraft der Partei für den Reichsrathswahlkampf zu schonen, und wir waren überzeugt, die Zustimmung der Parteigenossen hiefür zu finden. Es drängt sich hier die Frage auf: Wie lange noch werden die Arbeiter, die nun ein Wahlrecht in den Reichsrath haben, vom Landtagswahlrecht ausgeschlossen bleiben? Das „Wie lange noch?" hängt auch hier allein von der Energie unserer Parteiangehörigen ab. Keineswegs können wir aber den Rechtlosen anrathen, zuzuwarten, bis die Herren der Landtage klug werden. Hier wird sehr bald der Hebel von uns aufs neue angesetzt werden müssen.

Als die Neuwahlen nun endlich ausgeschrieben wurden, hatten wir in der Partei schon die meisten Vorarbeiten hinter uns. Jetzt ging es an die Kleinarbeit im großen. Zunächst wurde unser Wahlaufruf in zirka zweieinhalb Millionen Exemplaren und in fünf Sprachen an die Wähler vertheilt. Diese Massenmißhandlung des berühmten § 23 des Preßgesetzes fand am 8. Jänner statt, zufällig zur selben Stunde, da der Preßausschuß des Abgeordnetenhauses vergeblich sich bemühte, das ungeheuerliche Kolportageverbot auf gesetzlichem Wege zu beseitigen. Ganz ohne Opfer ging es freilich nicht ab, aber im Verhältniß zur Masse des verbreiteten Materials müssen sie als mäßige bezeichnet werden. Dann kam die mündliche Agitation.

Massenhaft kamen Briefe an uns mit der Aufforderung, Referenten zu Wählerversammlungen zu senden. Aus den entferntesten Winkeln des Reiches kamen Ansprüche um Nachhilfe im Kampf. Es wurde lebendig in allen Richtungen der Windrose; gänzlich verschollen geglaubte Genossen, die vor Jahren ins Exil getrieben wurden, gaben wieder ein Lebenszeichen von sich. Gänzlich neue Mittelpunkte zur Agitation tauchten überall auf. Leider konnten wir nur zum geringsten Theile diesen Wünschen gerecht werden. Erst nachdem sich die Wahlkreise ihre Kandidaten nominirt hatten, wurde diesem Mangel zum Theil abgeholfen, da nun die Agitation in den einzelnen Wahlkreisen sich mehr planmäßig gestalten konnte. Am 23. Jänner wurden die Neuwahlen ausgeschrieben, und schon am 26. Jänner konnte unsere bis auf wenige Wahlkreise vollständige Kandidatenliste für die fünfte Kurie veröffentlicht werden. Von den 72 Wahlkreisen blieben nur einige galizische und der dalmatinische Wahlkreis ohne sozialdemokratische Kandidaten.

Innerhalb zweier Monate fanden tausende von Versammlungen statt, es entwickelte sich in der Partei eine Thätigkeit, wie sie in Oesterreich noch nie dagewesen ist. Zu gleicher Zeit wurde an hunderten Orten, die vordem von unseren Genossen unberührt geblieben waren, der Boden der sogenannten von „Gott gewollten Ordnung" erbarmungslos aufgewühlt. Die Opfer, die unsere Parteiangehörigen für den ersten Wahlkampf der österreichischen Arbeiterschaft brachten, müssen als ungeheure bezeichnet werden und verdienen an dieser Stelle ausdrücklich hervorgehoben zu werden. Die Parteivertretung war gleichfalls den einzelnen Wahlkreisen, so weit es eben ging, mit Rath und That an der Hand.

Das Wahlresultat ist noch frisch in der Erinnerung aller. Die Sozialdemokraten erhielten in den fünfzehn Bezirken mit direkter Wahl von 598.527

abgegebenen **218.832 Stimmen**; in den Bezirken mit indirekter Wahl gaben von insgesammt 37.128 Wahlmännern nicht weniger als **6269** den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmen. Während in den Wahlkreisen mit direktem Wahlrecht die Sozialdemokraten nach den Christlich-Sozialen, die 247.712 Stimmen erhielten, die zweite Stelle einnehmen, rückten sie in den Kreisen mit indirektem Wahlrecht an erste Stelle; nach ihnen kommen die Jungtschechen mit 5602 Wahlmännern, während die Christlich-Sozialen in diesen Kreisen erst an fünfter Stelle mit 2188 Stimmen erscheinen. Eine Kombination der beiden Kategorien von Wahlkreisen ergibt, daß die Sozialdemokraten in der Kurie des allgemeinen Wahlrechts die bei weitem größte Anzahl von Stimmen vereinigten. Eine hoffentlich zu gewärtigende amtliche Wahlstatistik wird das im Einzelnen nachweisen müssen.

Dieser Stimmenanzahl entspricht auch die Zahl der errungenen Mandate. In der fünften Kurie bilden die 14 sozialdemokratischen Abgeordneten die stärkste Partei und den sechsten Theil der eigentlichen Volksvertretung, welchen Namen allein die Abgeordneten des allgemeinen Wahlrechtes zu führen verdienen.

Im ersten Wahlkampfe schon zeigte sich, daß sämmtliche große Industriebezirke Oesterreichs und die Bergarbeiterbezirke durch und durch sozialdemokratisch sind. Nord- und Westböhmen, der Kladnoer Wahlkreis im Herzen Böhmens, Nordmähren, die mährisch-schlesischen Wahlkreise mit Ostrau, dann Brünn und Graz wurden erobert. Was aber diesen Siegen die Krone aufsetzte, war die Besiegung der Badeniten und der polnischen Schlachta in Krakau und Lemberg. Dazu kommen die in vielen Bezirken sehr bedeutenden Minoritäten, insbesondere unserer tschechischen Genossen in vielen böhmischen Wahlkreisen und in Galizien.

Eine besondere Erwähnung verdient das Wahlresultat in Wien und Niederösterreich. Wir wurden in sämmtlichen neun Wahlkreisen geschlagen. In Wien blieben wir mit 88.350 Stimmen gegen 117.102, die den Christlich-Sozialen zufielen, in der Minorität. Daß die Sozialdemokraten bei der ersten Wahl eine solche Stimmenzahl erreichten, ist ein Zeugniß für den Geist der Wiener Arbeiterschaft. Daß wir unterlagen, hat wesentlich drei Gründe: Wien ist nicht in erster Linie Industriestadt, das industrielle Proletariat bildet den geistig rührigsten, aber nicht zahlreichsten Theil der Bevölkerung; dann standen wir in Niederösterreich und nur hier einer in allen Formen des Wahlkampfes erfahrenen und für ihn speziell organisirten Partei als Neulinge auf diesem Gebiete der Agitation gegenüber; und drittens, was ausschlaggebend war, befand sich der gesammte behördliche Apparat in den Händen unserer fanatischen und vor keinem Mittel zurückschreckenden Gegner. In den ländlichen Wahlbezirken, wo von vornherein keine Aussicht auf Sieg war, haben wir, wie in allen anderen Kronländern, so auch in Niederösterreich ganz erhebliche und vielfach überraschende Erfolge zu verzeichnen und so den Beweis erbracht, daß die bäuerliche Bevölkerung bereits beginnt, zur Sozialdemokratie, die allein auch ihr Rettung bringen wird, Vertrauen zu fassen. Schmerzlich und unerwartet war freilich die Niederlage in dem zum großen Theil industriellen Bezirke Wiener-Neustadt, wo Pernerstorfer fiel, der bewährte und erfahrene Parlamentarier, der stets gegen die Volksfeinde auftrat, saßen sie an welchem Platze immer. Seine Niederlage war der Pfaffen Rache und der Polen Trost.

Mit welchem Interesse unser Wahlkampf von den Genossen im Auslande verfolgt wurde, zeigt deren thatkräftige Antheilnahme an den Wahlen in materieller Beziehung. Unsere braven Waffenbrüder in Deutschland allezeit voran! Sie wendeten unserem Fonds 10.000 Mark zu. Sehr dankenswerthe Beiträge kamen uns aus Belgien, Frankreich, der Schweiz und anderen Ländern zu. Die Genossen des gesammten Auslandes mögen als Dank den Erfolg mit uns theilen. Unser Sieg ist auch ihr Sieg.

Inwieweit sich die sozialdemokratischen Abgeordneten bisher im Parlament bethätigen konnten, wird der Parteitag jedenfalls direkt durch die Abgeordneten selbst erfahren. Gesagt muß jedoch werden, daß unsere Abgeordneten mit der Parteivertretung in ständiger Fühlung sind, und das umsomehr, da ja vier Mitglieder der Parteivertretung dem sozialdemokratischen Verbande angehören.

Durch die Schaffung der Wahlkreise ist in unsere Organisation der Drang nach Umänderung derselben gekommen. Nicht als ob dieser Drang unseren Genossen vordem fremd geblieben wäre. Im Gegentheil! Es wird häufiger und mehr umgeändert, als es die Nothwendigkeit und der Vortheil der Partei erheischt. Wir geben gern zu, daß überall dort, wo sich die gegenwärtige Organisationsform als Fessel erweist, sie den Umständen angepaßt werden soll. Doch muß vorher überlegt werden. Nicht dem Drang einzelner Organisatiansverbesserer darf nachgegeben werden. Mißbilligt muß es werden, wenn einzelne Genossen Abänderungen in der Organisation vornehmen, ohne vorher die von der Konferenz gewählte Leitung befragt zu haben, wie sie über die Umwandlung denkt. Unsere Genossen verdienen darauf aufmerksam gemacht zu werden, in derlei Dingen besonders vorsichtig zu sein, da auf diese Art in unseren Reihen die größte Verwirrung angerichtet werden kann. Die Abänderungen in der Organisation werden oft vorgenommen, ohne die Kreisorganisation und die Parteivertretung davon verständigt zu haben. Ein solcher Vorgang ist geeignet, die Schlagfertigkeit unserer Partei zu lähmen.

Daß während der Wahlagitation neben unserer Kreisorganisation, besser gesagt, über diese hinweg, die **Wahl**kreisorganisation von selbst entstand, lag in der Natur der Sache. Diese Metamorphose zu verhindern, wäre, abgesehen von der Unmöglichkeit, unklug gewesen. Wir werden sogar einen Schritt weitergehen und der vollzogenen Thatsache Rechnung tragen müssen, indem wir unsere Organisation nach Wahlkreisen gliedern.

Der Prager Parteitag gab der Parteivertretung auch einen Auftrag, dahingehend, die Einhebung der Parteisteuer zu regeln. Die Schwierigkeiten jedoch, die es macht, hiefür eine einheitliche Form zu finden, konnten bisher noch nicht überwunden werden.

Neben der politischen Organisation der Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren auch die gewerkschaftliche Organisation der österreichischen Arbeiterschaft weitere Vorstöße gemacht.

Das Gesetz macht die absolut durchgeführte Trennung zur Pflicht, der auch vollauf Genüge geleistet wird. Das hindert natürlich nicht, daß die Parteivertretung nach Kräften die gewerkschaftliche Organisation fördert und, wo sie kann, thatkräftig in den Lohnkampf eingreift. Daß eine noch so genaue Befolgung des Gesetzes von Seite der Arbeiterorganisationen nicht davor schützt, daß die Regierung gegen unbequeme Vereine im Gegensatze zum Gesetze vorgeht, zeigt die Auflösung der Eisenbahnerorganisation. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben im Parlament dieses Attentat gebührend gekennzeichnet.

Die Maifeier 1896 erhielt sich wie in den Vorjahren auf der Höhe. Die Regierung geht den Unternehmern nach wie vor mit gutem Beispiele voran, um die Maifeier des Proletariats zu vereiteln. Zum Glück sind aber nicht alle Arbeiter darauf angewiesen, in der Regierungswerkstätte ihr Brot verdienen zu müssen. Die immer wiederkehrenden Erlässe der Regierung sind daher nichts anderes als ein alljährlich wiederkehrender Schlag ins Wasser.

Unsere Parteipresse hat von Juni 1896 bis April 1897 einen bedeutenden Aufschwung genommen. Es gab viele Neugründungen, auch solche dem Punkt VII unseres Organisationsstatuts zuwiderlaufende. Der Parteitag wird darüber zu hören bekommen. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat zu unserer Freude an diesem Aufschwung ebenfalls mit Antheil genommen. Sie hat der Gesammtpartei und den einzelnen Wahlkreisen im Wahlkampfe großartige Dienste geleistet. Nach wie vor müssen die Parteigenossen allüberall dafür sorgen, daß der „Arbeiter-Zeitung“ die weiteste Verbreitung zutheil wird. Stolz können wir die Behauptung aufstellen, daß unser Zentralorgan das einzige Blatt in Oesterreich ist, das ohne Subventionen besteht und nicht von den Korruptions-, den Schweig- oder Lärmgeldern lebt.

Die politische und finanzielle Grundlage unseres Tagblattes ist **nur** die Abnehmerzahl. Diese stetig zu vermehren, muß uns allen heilige Pflicht sein. Der Zeitungsstempel verhindert in Oesterreich mit den Aufschwung unserer Presse. Unserem Tagblatt wurden durch die Stempelsteuer schon in den zwei ersten Jahren mehr als 100.000 fl. entzogen. Die Wochenblätter leiden ebenfalls unter

der Stempelpflicht. Die Sozialdemokratie hat daher, in Erwägung all dieser Umstände, jede Gelegenheit wahrgenommen, um für die Aufhebung des berüchtigten § 23 des Preßgesetzes zu demonstriren. Daß solche rückständige Bestimmungen bei uns noch existiren, zeigt, daß die Verwaltung in Oesterreich türkischer ist als in der Türkei selbst.

Innerhalb des letzten Jahres hat sich die Verbindung der Organisationen aller Zungen in Oesterreich enger gestaltet und gefestigt. In der Parteivertretung selbst sind außer den Deutschen die Parteigenossen tschechischer, polnischer, slovenischer und italienischer Zunge vertreten, und wir können bei allen nur ein Vorwärtsschreiten der Organisation konstatiren. Selbst in Dalmatien beginnt sich's zu regen, und in der Bukowina kommen schon sehr häufig Maßregelungen wegen der sozialdemokratischen Gesinnung vor. Der Aufschwung bei den Slovenen und den Italienern rührt aus der letzten Zeit her. Die Wahlbewegung hat gerade hier großartige Erfolge gebracht. Während die Regierung aufs neue den Nationalitätenhader entfacht und so die Staatsbürger untereinander zu gegenseitiger Verachtung aufreizt, die Völker entzweit, damit sie nicht geschlossen gegen die Regierung auftreten, sind es die auf Grund des Hainfelder Programms organisirten Arbeiter, die den Kampf gegen die Herren auf der Regierungsbank und gegen die Ausbeuter jeder Zunge, brüderlich vereint, aufgenommen haben.

Im Vorjahre nahmen seitens der österreichischen Sozialdemokratie zwei Delegirte am internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß in London theil. Desgleichen war unsere Partei am Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, welcher 1896 in Gotha tagte, durch einen Delegirten vertreten. Unsere Beziehungen zu den auswärtigen Genossen sind die brüderlichsten.

So ist denn, wie der kurzgefaßte Bericht zeigt, das Jahr seit dem Prager Parteitag eine ereignißreiche Zeit für unsere Partei gewesen. Unsere Kräfte wurden stark angespannt; die Partei hat sich als stark erwiesen.

Je mehr Streiter in der Zukunft sich an dem Kampf um die wahre Freiheit des Volkes und dessen einzig heiligste Güter, die Arbeitskraft und die Gesundheit des Volkes, betheiligen, um so leichter wird das Ringen für den Einzelnen, der jetzt für mehrere kämpfen muß. Wenn die Parteigenossen bedenken, daß bei all unseren Kämpfen gegen die brutal daherschreitende Gewaltherrschaft gedungene Verleumder, geriebene Ehrabschneider und sonstige ehrlose Wichte nicht nur der gesammten Partei, sondern auch den einzelnen Vertrauensmännern der Partei das ganze Jahr hindurch planmäßig in den Rücken fielen, ohne das Vertrauen der Parteigenossen zu erschüttern und ohne der Partei schaden zu können, können wir wohl getrost der Zukunft entgegensehen. Und wenn alle Welt sagt: „Nach gethaner Arbeit ist gut ruhn!", halten wir Sozialdemokraten dabei nicht mit. Bei uns gibt's keinen Ruhepunkt, und jeder Erfolg der Sozialdemokratie stellt ihr neue Aufgaben, die sie zum Wohle des arbeitenden Volkes lösen muß und wird. Für die Parteivertretung: Franz Schuhmeier, Parteisekretär.

Bericht des Kassiers.

Im abgelaufenen Berichtsjahre (1. Mai 1896 bis 30. April 1897) hat die Partei, wie aus den unten folgenden Ziffern hervorgeht, weit größere finanzielle Mittel aufgebracht als in den Vorjahren. Die Summe von 36.000 fl., die zum überwiegenden Theil aus Sammlungen aufgebracht wurde und nur zum geringeren Theil aus dem Ertrage gewisser Parteiunternehmungen (Maifestzeichen, Festschriften 2c.) herrührt, bedeutet ein um so glänzenderes Zeugniß für die Opferwilligkeit der Parteigenossen, als sie lediglich den bei der Zentrale eingelaufenen Betrag vorstellt, somit mindestens um das Vierfache vermehrt werden muß, wenn man die Höhe der in Wahrheit von den Parteigenossen aufgebrachten Gelder ermessen will. Im Vergleich zu dem von der Partei Geleisteten erscheint diese Summe trotzdem klein, insbesondere mit Rücksicht auf die ungeheure Wahlarbeit der letzten Monate. Die hier an-

geführten Ziffern bedeuten nur eine Gesammtübersicht über Einnahmen und Ausgaben der Partei, während der detaillirte Bericht auf dem Parteitage selbst erstattet werden wird.

Uebersicht.

	Einnahmen	Ausgaben	Mehreinnahmen	Mehrausgaben
Agitationsfonds . . .	5.318·17	6.734·53½	—	1.416·36½
Inhaftirtenfonds . . .	950·83	1.196·53	—	245·70
Wahlfonds	22.294·43½	18.661·69	3.632·74½	—
Maifonds	1.884·03	1.254·90	629·13	—
Altes Broschürenkonto .	20·—	560·—	—	540·—
Summe	30.467·46½	28.407·65½	4.261·87½	2.202·06½
Saldo		2.059·81		
		30.467·46½		

Außerdem wurden für den Preßfonds des Zentralorgans 6337 fl. 80½ kr. gesammelt.

Dr. W. Ellenbogen, Parteikassier.

Revidirt und richtig befunden:

Für die Kontrole: Eduard Zeller.

Berichte.

Kreis Niederösterreich. Organisation und Agitation. Unsere Kreisorganisation hat im abgelaufenen Berichtsjahre eine Zeit ununterbrochener Thätigkeit hinter sich. Die Gewißheit, daß das Ministerium Badeni eine Wahlreform, wenn auch eine möglichst schlechte, der Arbeiterschaft wird geben müssen, drängte alle Organisationen dazu, gleich unmittelbar nach dem Parteitag in Prag alle Vorbereitungen zu treffen, um im gegebenen Momente möglichst geschlossen auf allen Linien in die Wahlagitation eintreten zu können. Diesem Umstande ist es auch zuzuschreiben, daß mehrere Organisationsbezirke einer neuerlichen Abgrenzung unterzogen werden mußten. Zur Zeit haben wir 21 Organisationsbezirke.

Analog den jetzt bestehenden Wahlkreisen der fünften Kurie, werden denselben sich die Organisationen anpassen müssen und demgemäß künftighin in engerer Fühlung unter einander verbleiben, um die neugeschaffenen Organisationsbezirke bis zur nächsten Wahlkampagne besser bearbeiten zu können.

Neben der politischen Organisation schreitet in Wien und im Kreise Niederösterreich auch die gewerkschaftliche Organisation vorwärts. Durch die Auflösung der Eisenbahnerorganisation wurde die Zahl der in Wien und Niederösterreich organisirten Arbeiter um zirka 4000 vermindert; wenn aber hingegen das stete, wenn auch langsame Steigen der Mitgliederanzahl in fast allen Gewerkschaften ins Auge gefaßt wird, so ergibt dies das Resultat, daß trotz des obangeführten Falles in Wien und der Provinz die Zahl der organisirten Arbeiter zirka 35.000 beträgt.

Entsprechend der Organisation wurde auch auf dem Gebiete der Agitation bedeutend mehr als im Vorjahre geleistet, denn in einzelnen Bezirken wurde im Herbst schon mit der Wahlagitation begonnen und insbesondere jene Orte am flachen Lande mit Versammlungen bedacht, welche sonst immer als eine Domäne unserer klerikalen Gegner betrachtet wurden. Es fanden in der Zeit vom 1. Mai 1896 bis 30. April 1897 (mit Ausschluß der während der Wahlperiode abgehaltenen Wählerversammlungen) in Wien und der Provinz 378 Volksversammlungen statt. Davon wurden fünf verboten, sieben aufgelöst. Wählerversammlungen, von deren Stattfinden der Kreisausschuß verständigt wurde, wurden während der Wahlbewegung 453 abgehalten, davon 383 in Wien.

Auch die tschechischen Organisationen und die der Frauen hielten in derselben Zeit zusammen zirka 50 Versammlungen, zumeist in Wien ab. Nebstbei wurden von den Vertrauensmännern unzählige Wahlbesprechungen in Wien und der

Provinz einberufen, welche die Zahl 500 allein für sich beanspruchen dürften. Die fieberhafte Thätigkeit, die allerorts während der Wahlbewegung entfaltet wurde, verhinderte es leider nicht, daß bei den Wahlen in die fünfte Kurie kein einziger unserer Kandidaten durchdrang. Welche Ursachen dieses Ergebniß herbeiführte, das wurde in unserer Parteipresse schon genügend erörtert. Doch es hieße ungerecht gegen sich selbst sein, wenn man sich der Thatsache verschließen würde, daß die Anzahl der in allen neun niederösterreichischen Wahlkreisen für unsere Kandidaten abgegebenen Stimmen eine gewaltige zu nennen ist. Trotz der Niedertracht der Gegner, welche in vielen Orten, am Lande und in Wien, nicht nur Hunderten, sondern Tausenden von Wählern der fünften Kurie die Stimmzettel gar nicht zukommen ließen, sondern sie für ihre Kandidaten zurückbehielten, ergibt sich für Wien über den Ausgang der Wahlen folgende

Gesammtübersicht.

Wahlkreis	Zahl der Wahlberechtigten	Abgegebene Stimmen	Gestimmt haben für den Antisemiten	Gestimmt haben für den Sozialdemokraten
I.	41.826	31.930 (76%)	16.056	13.810
II.	60.511	47.164 (77 „)	25.111	19.154
III.	54.195	43.351 (79 „)	23.938	18.076
IV.	59.585	46.530 (78 „)	27.177	16.390
V.	61.801	47.834 (77 „)	24.820	20.920
Zusammen	277.918	216.809 (77%)	117.102	88.350

Im VI. Wahlkreis (St. Pölten) erhielt unser Kandidat . . . . . 10.345 Stimmen
„ VII. „ (Krems) „ „ „ . . . . . 3.460 „
„ VIII. „ (Korneuburg) „ „ „ . . . . . 9.339 „
„ IX. „ (Wr.-Neustadt) „ „ „ . . . . . 21.987 „

Es wurden demnach in unserem Kreise . . . . 133.481 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

Die Maifeier war heuer in Wien, obwohl der 1. Mai auf einen Samstag fiel und viele Arbeiter ohne vorherige Lohnauszahlung an derselben theilnehmen mußten, eine imposante und übertraf sogar nach mehrfachen übereinstimmenden Schätzungen manche ihrer Vorgängerinnen. Als ein erfreuliches Zeichen des beginnenden Klassenbewußtseins unter einem Theile der bisher indifferentesten und bedürfnißlosesten Arbeiterschaft ist die Betheiligung vieler Hunderte italienischer Arbeiter an der Maifeier in Wien zu konstatiren. Die Arbeiten an den großen Verkehrsanlagen und der Wienflußregulirung im Wiener Gemeindebezirke ruhten gänzlich. Auch in Hütteldorf, Weidlingau und Purkersdorf wurde auf den Bauten der Wienflußwasserleitung, Sammelbassins und den Steinbrüchen, wo fast nur italienische Arbeiter beschäftigt sind, am 1. Mai nicht gearbeitet.

Ebenso betheiligten sich viele erst durch die Wahlagitation gewonnene Orte an der Maifeier durch Einhaltung der Arbeitsruhe.

Politische Verfolgungen. Der unglückselige Zwischenfall bei der vorjährigen Maifeier in Wien, welcher der Polizei zu Fuß und zu Pferde Gelegenheit gab, mit dem Säbel und den Hufen der Rosse das Publikum zu gefährden, forderte leider viele Opfer und nicht alle sind Parteigenossen gewesen, die dem Staatsanwalte in die Hände fielen. 47 Verurtheilungen vom 1. Mai 1896 ergaben 24 Jahre 11½ Monate schweren und einfachen Kerkers sowie Arrest. Ferner sind Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung, öffentlicher Gewaltthätigkeit, §§ 23 und 24 Pr.-G., § 2 Vers.-G., §§ 12 und 19 Vers.-G., §§ 312, 491 und 496 Str.-G. (und dann die berüchtigten Haß- und Verachtungsparagraphe fehlten auch nicht) vorgekommen. Damit ist aber die Zahl der politischen Verfolgungen noch nicht erschöpft. Seit dem Monate März regnete es bis vor Kurzem noch Verurtheilungen wegen Uebertretung des Kolportageverbotes während der Wahlperiode. Es wurden Geldbußen von 5–20 fl. und Arreststrafen von 24 Stunden bis 14 Tagen, theils wegen Uebertretung des § 23 Pr.-G., theils wegen Uebertretung des § 24 Pr.-G. zudiktirt Aufrichtig gestanden, hat aber trotz alledem der § 23 Pr.-G. in unseren Augen nicht an Achtung gewonnen. Wir sind eben eine politische Partei, die vorwärts drängt und bei der es heißt: „Was sein muß, muß sein!"

Presse. Außer unserem Landesorgan „Volkstribüne" erscheint in Neunkirchen das Wochenblatt die „Gleichheit" (früher „Neunkirchener Volkszeitung"), welches eine Auflage von 2000 Exemplaren aufweist. Während der Wahlperiode gab die Floridsdorfer Organisation behufs wirksamer Agitation unter der Landbevölkerung für den VIII. Wahlkreis eine an jedem zweiten Donnerstag erscheinende Zeitung „Der Wähler" heraus, welche sich in der Wahlagitation sehr gut bewährte.

Was das Landesorgan die „Volkstribüne" betrifft, so ist deren Stand ein günstiger zu nennen, denn die Auflage derselben befindet sich in stetem Steigen. Während die „Volkstribüne" Ende März 1896 eine Auflage von 10.000 Exemplaren zu verzeichnen hatte, besitzt dieselbe mit Ende März d. J. eine Auflage von 17.000 Exemplaren. Wünschenswerth wäre es, daß die Genossen nicht erlahmen und stets für neue Abnehmer des Landesorganes sorgen.

Kassabericht.

Aus demselben werden die Genossen die Einnahmen und Ausgaben des Agitationsfonds ersehen. Die Einnahmen desselben stellen sich gegen das Vorjahr um zirka fl. 3270 niedriger und ist dies damit zu erklären, daß die Organisationen während mehr als 5 Monate ausschließlich für den Wahlfond ihres Wahlkreises sammelten, um für die Bedürfnisse der Wahlagitation aufkommen zu können. Speziell die Wiener Wahlkreise führten aber auch für den Zentralwahlfond sehr namhafte Beträge ab und der Agitationsfond kam daher eine Zeit lang schlecht dabei weg. Mit Genugthuung ist es zu verzeichnen, daß die Organisationen der Provinz Niederösterreich sich immer mehr (mit Ausnahme einiger Bezirke) daran gewöhnen, für ihre finanziellen Bedürfnisse selbst aufzukommen und regelmäßig alle Vierteljahre mit dem Kreiskassier Abrechnung pflegen. Es wäre sehr geboten, daß auch die wenigen noch vorhandenen Bezirke, von welchen man dieses bis heute leider noch immer nicht berichten kann, sich dieser Ordnung anpassen würden. Nachstehend der

Kassabericht.

Zeit	Einnahmen	Ausgaben	An die Parteivertretung abgeführt
	Gulden	Gulden	Gulden
Vom 1. 3.–30. 4. 1896	1,087·54	780·72	306·82
„ 1.–31. 5. „	304·32	238·70	65·62
„ 1.–30. 6. „	283·09	173·17	109·92
„ 1.–31. 7. „	423·89	334·76	89·13
„ 1. 8.–30. 9. „	660·69⁵	467·17⁵	193·52
„ 1.–31. 10. „	469·62	408·62	61·—
„ 1.–30. 11. „	807·56	447·16	360·40
„ 1.–31. 12. „	1,004·23	880·81	123·42
„ 1. 1.–31. 3. 1897	1,493·41	1,222·87	270·54
„ 1.–30. 4. „	1,580·16	1,267·90*)	312·26
Vom 1. 3. 1896–30. 4. 1897	8,114·51⁵	6,221·88⁵	1,892·63

Kreis Oberösterreich. Die Organisation besteht aus der Kreiskonferenz, neun Bezirks- und zwei tschechischen Organisationen, welche, den gegebenen Verhältnissen entsprechend, den Anforderungen im abgelaufenen Jahre nachgekommen sind. Politische Vereine sind zwei im Kronlande, und zwar in Linz und in Steyr. Außerdem bestehen zwölf Arbeitervereine mit 7 Filialen, 1 Arbeiterinnenverein, 21 gewerkschaftliche Vereinigungen, 3 Bezirksverbände (je 1 in Linz, Steyr, Wels), 3 Gesangvereine und 1 Stenographenverein. Volksversammlungen fanden seitens der Kreisvertretung 24 statt. Der politische Verein „Gleichheit" unterstützte uns sehr in der Agitation, indem durch dessen Leitung 16 Versammlungen arrangirt und abgehalten wurden. In der Wahlperiode fanden sehr viele Wählerversammlungen statt. Eine genaue Ziffer fehlt darüber.

Zur Wahlbewegung selbst ist anzuführen, daß jedem Wahlkreise nur sehr geringe Mittel zur Verfügung standen und der Kampf daher nicht in ausgedehntestem Maße geführt werden konnte. Im ersten Wahlkreise betrugen die Gesammteinnahmen fl. 579·07, welcher Betrag aufgebraucht wurde. In Linz wurden von den aufgestellten 90 Wahlmännern unserer Partei 58 im ersten Wahlgange und 32 bei der Stichwahl gewählt. Bei der Hauptwahl erhielten wir 3444 Stimmen von 6040 giltig abgegebenen. Weiter wurden die von uns aufgestellten Wahlmänner gewählt in St. Peter 3 mit 109 von 183 Stimmen; in Schwertberg 3, in Perg 4, Wiedegg 1 und Mauthausen bei der

*) Darunter fl. 400 für den Preßfond der „Arbeiter-Zeitung".

Hauptwahl 1, bei der Stichwahl die weiteren 3. Im zweiten Wahlbezirke wurden in Steyr unsere sämmtlichen 43 Kandidaten beim ersten Wahlgange durchgebracht, ebenso in Wolfsegg 5, Goisern 8. Im dritten Wahlbezirke hatten wir keinen Erfolg.

In allen drei Wahlbezirken haben wir sehr viele Orte mit bedeutenden Minoritäten, und haben die Wahlen eine sehr tüchtige und kräftige Agitations- und Organisationsarbeit gezeitigt. Zur Erleichterung der Wahlagitation wurde die Organisation den Wahlkreisen angepaßt, deren Oberösterreich 3 zählt, und in denen die Wahlkreiskomités selbstständig wirkten. Die Maifeier hatte weder im Vorjahre noch heuer einen Rückgang genommen, und der Gedanke, dieselbe auch fernerhin in stärkerem Maße durchzuführen, gelangt mehr und mehr zum Durchbruch. An politischen Verfolgungen hatten wir einen Fall zu verzeichnen, der mit einem Freispruch endete, und einige Fälle wegen Uebertretung des § 23 P.-G., die zu Verurtheilungen führten. Was die Presse anbelangt, muß gesagt werden, daß am meisten verbreitet die „Volkstribüne" ist; auch die „Arbeiter-Zeitung" nimmt an Verbreitung zu, wenn auch nicht in dem Maße als es wünschenswerth wäre. Seit Februar 1897 erscheint auf Grund eines Beschlusses der Kreiskonferenz ein oberösterreichisches Parteiblatt, „Die Wahrheit"; Organ zur Verbreitung sozialdemokratischer Grundsätze für Oberösterreich. Das Blatt hat eine Auflage von 4000 Exemplaren, ist finanziell gesichert und dürfte im Herbst 1897 monatlich dreimal erscheinen. Die Kreisvertretung hatte fl. 203·19 an Einnahmen und fl. 207·12 an Ausgaben, mithin ein Defizit von fl. 3·93.

Kreis Salzburg. Die Parteiverhältnisse haben sich im abgelaufenen Jahre wesentlich gebessert, die Zahl der Bezirksorganisationen wird in Folge dessen auf der nächsten Kreiskonferenz vermehrt werden müssen.

Die Kreisorganisation Salzburg ist in fünf Bezirksorganisationen eingetheilt. Die Zahl der Organisationen wurde um drei vermehrt. Behördlich sistirt wurden zwei, die der Bäcker und der Eisenbahner. Die „Aufgelösten" sind aber für die Partei nicht verloren. Es bestehen derzeit sechs Gewerkschaftsvereine, die berechtigt sind, ihre Thätigkeit über das ganze Kronland zu erstrecken, drei Verbands-Ortsgruppen, vier Arbeiter-Bildungsvereine und ein politischer Verein.

Die Zahl der Mitglieder hat in allen Organisationen zugenommen und beträgt gegenwärtig zirka 1500.

Nebst den Wählerversammlungen, die nicht registrirt sind, hat der politische Verein 30 Volksversammlungen und vier öffentliche Vereinsversammlungen im Kreis abgehalten. Die Arbeiter-Bildungs- und die Gewerkschaftsvereine halten regelmäßig monatlich eine Versammlung ab. Da sich die § 2-Versammlungen bei den einzelnen Organisationen stets mehren, werden dieselben nicht verzeichnet.

Politische Verfolgungen sind nur wegen § 23 Pr.-G. zu verzeichnen. Begonnen haben dieselben einige Zeit nach der Verbreitung der Wahlaufrufe. Hauptsächlich betroffen wurden jene Genossen, die in den Gebirgsthälern die Vertheilung besorgten. Zumeist wurden dieselben von den Anhängern der klerikalen Partei denunzirt. Besonders empfindlich war die Strafe deshalb, weil alle nach Salzburg vorgeladen wurden, was bei manchen einen Zeitverlust von zwei bis drei Tagen bedeutete. Das städt. del. Bezirksgericht verurtheilte zwei Genossen zu je fl. 5, sieben Genossen zu je fl. 2.

Die Maifeier 1896 war trotz der ungünstigen Witterung eine sehr zufriedenstellende. Es zeigte sich, daß die Arbeiterschaft auf die Maifeier nicht mehr verzichtet. Auch die Unternehmer fangen die Maifeier als eine ständige Einrichtung zu betrachten an, nur die Baumeister sträuben sich noch dagegen.

Die Wahlbewegung hat auch hier alles aufgerüttelt. Leider fehlte es an der nothwendigen Zahl von Referenten, um allen Anforderungen nachkommen zu können. Die Kleinbauern und landwirthschaftlichen Arbeiter können eben nur an Sonntagen an einer Versammlung theilnehmen, da sie zu weit entfernt wohnen. Es hätten an jedem Sonntag vier bis sechs Versammlungen stattfinden sollen; da wir nur einen Referenten haben und die nothwendigen Kommunikationsmittel, um schnell von einem Ort zum anderen zu kommen, fehlen, so war es selten möglich mehr als zwei Versammlungen abzuhalten. Trotzdem war das Resultat ein ganz gutes zu nennen. Wir hatten 45 Wahlmänner unserer Parteirichtung durchgebracht. An vielen Orten hatten wir bedeutende Minoritäten zu verzeichnen. Ueberall dort, wo eine größere Zahl von Arbeitern vorhanden ist, sind unsere klerikalen Gegner unterlegen.

Ein genaues Verzeichniß der für uns abgegebenen Stimmen ist bei diesem miserablen Wahlsystem nicht möglich zu erhalten. Wir erhielten in Salzburg und den Vororten zirka 2000, in Hallein und Umgebung 500 Stimmen.

Der Wahlkampf hat uns Gelegenheit gegeben, in viele Orte einzudringen, wo früher nie eine Versammlung war, und werden wir, so viel in unseren Kräften steht, dafür sorgen, daß die Agitation nicht ruht.

In den Organisationen ist die größte Zahl der in Oesterreich erscheinenden Parteiblätter vertreten. Stark gelesen wird die „Volks-Zeitung“ aus Innsbruck. Die Abonnentenzahl der „Arbeiter-Zeitung“ ist im steten Zunehmen.

Wie überall, so ist auch bei uns die finanzielle Frage die unangenehmste, es ist noch immer nicht gelungen, die gesammten Parteigenossen zu regelmäßigen Parteibeiträgen heranzuziehen. Die Parteiauslagen werden theils durch Sammellisten, theils aus den Ueberschüssen diverser Unterhaltungen gedeckt. Die Kreisvertretung hat gegenwärtig noch an einem Defizit von den Wahlen her zu nagen.

Wir schließen den Bericht mit der Versicherung, daß wir trotz aller Widerwärtigkeiten in unserem schwarzen Winkel vorwärts kommen. Das Resultat des Wahlkampfes berechtigt uns zu den besten Hoffnungen.

Kreis Steiermark. In politischer Beziehung war im abgelaufenen Jahre die Wahlbewegung dominirend. Die Versammlungen der politischen Vereine, deren wir fünf in Steiermark haben, behandelten in allen ihren Versammlungen Themas, die auf die Wahlbewegung Bezug hatten. Hiebei kam auch zumeist der Gegensatz zwischen christlich-sozial und sozialdemokratisch präzis zum Ausdruck, obwohl dies nicht immer leicht war, da wir in Steiermark selbst sogenannte Christlich-Soziale nicht haben, sondern bloß Klerikale, die den Christlich-Sozialen nur durch die wahrhaft ekelhafte Verleumdungssucht und sonstige Niedertracht der Kampfesweise ähnlich sind. Vor der Ausschreibung der Wahlen wurden an 200 Volksversammlungen und politische Vereinsversammlungen abgehalten, wobei es manchmal mit den Klerikalen, die stets Bauern von weit und breit als Sukkurs herbeiriefen, zu Renkontres kam. Außer in einer einzigen Versammlung siegten wir allerorts. Nach Ausschreibung der Wahlen gingen die Wählerversammlungen ins Ungezählte, und es haben zur Zeit der letzten Wahlen sicher über 1000 Wählerversammlungen in Steiermark stattgefunden. In den entlegensten Ortschaften hielten wir Versammlungen ab und verbreiteten unsere Schriften. Der von der Reichsparteivertretung herausgegebene Wahlaufruf wurde in 80.000 Exemplaren verbreitet. Eine besonders für die Landagitation wirksame Schrift war „'s Thor zua“, welche in über 20.000 Exemplaren verbreitet wurde, wofür unsere Genossen und Genossinnen von den Geistlichen öffentlich und sogar in Predigten denunzirt wurden.

Der Wahlkampf war in Steiermark, insbesondere in Graz, sehr intensiv, und selbst die sonst sehr behäbigen Pfaffen, ja auch die allerdicksten, liefen wie 16jährige Jungen und scheuten kein Mittel, um Stimmen für ihre Kandidaten zu bekommen Die gegnerischen Kandidaten selbst spielten die denkbar traurigste Rolle. Beinahe in keiner einzigen größeren Ortschaft hielten sie eine öffentliche Versammlung. Sie schimpften und schmähten uns hinter verschlossenen Thüren und riefen, sobald Genossen in eine solche Versammlung kommen wollten, Polizei und Gendarmerie herbei. In Graz sollte sogar einmal Militär requirirt werden, doch waren die Arbeiter eher vom Versammlungslokale abgezogen, bevor dasselbe erschien. Der Terrorismus, den die Klerikalen auf den Dörfern und hauptsächlich in den Gebirgsorten ausübten, war grenzenlos.

Die Wahl selbst endete in drei Wahlbezirken (Bruck, Feldbach und Cilli [indirekte Wahl]), mit dem Siege der Klerikalen und in einem Wahlbezirke (Graz [direkte Wahl]) nach einer Stichwahl mit dem Siege unseres Kandidaten. Mit Ausnahme von Graz ließ sich bisher infolge mangelhafter Berichte der Vertrauensleute die Zahl der Urwählerstimmen nicht bestimmt feststellen. In Graz erhielten bei dem ersten Wahlgange unser Kandidat Gen. Resel 16.517, der klerikale Theologieprofessor Gutjahr 14.518, der deutschvolkliche 7685 und ein weiterer Kandidat 481 Stimmen. Bei der Stichwahl erhielt Gen. Resel **21.047**, Gutjahr 18.134 Stimmen. Aus den ländlichen Gerichtsbezirken, in denen allerdings einige Industrieorte liegen, erhielt Resel 8852 Stimmen, Gutjahr 13.433 Stimmen.

Wie es in den klerikalen Wahlorten zuging, beweist, daß nach der Zahl der abgegebenen Stimmen in dem ländlichen und sehr gebirgigen Wahlorte Fölling trotz Regenwetter von 1962 Wahlberechtigten 1565 bei der Wahlurne erschienen s e i n s o l l e n. Im zweiten Wahlkreis Bruck a. d. M. erhielt Gen. Pongratz 195 Wahlmännerstimmen, der klerikale als christlich-sozialer Kandidat Schoiswohl erhielt 436 Stimmen. In den Industrieorten siegten durchwegs unsere Genossen, mitunter mit vielen hunderten von Stimmen gegen einzelne oder wenige Dutzend Klerikale. Im politischen Bezirke Leoben, von wo die genauesten Daten vorliegen, erhielten die Klerikalen trotz der vielen Landgemeinden bloß 2312 Urwählerstimmen, während wir 4248 erhielten. Im dritten Wahlkreis Feldbach erhielt unser Kandidat Gen. Drößler 108 Wahlmännerstimmen, der klerikale Kurz 414. In diesem Wahlbezirke, der zumeist aus Landgemeinden besteht, brachte die Marburger Bezirksorganisation allein 71 Wahlmännerstimmen auf. Im vierten Wahlkreis C i l l i (slovenisch) erhielt unser Kandidat Gen. Ropas unter Mithilfe der Deutschnationalen 98 Wahlmännerstimmen, der slovenisch-klerikale Ziskar 484 Stimmen.

Die Wahlbewegung im Allgemeinen zeigte, daß das Wahlrecht, und sei es noch so miserabel, ein außerordentliches Agitationsmittel ist; sie zeigte uns aber auch, wie raffinirt das derzeitige V. Kurie-Wahlrecht darauf angelegt ist, die Wahl von Sozialdemokraten zu hindern. Aber trotz alledem gelang es uns, in Steiermark wenigstens einen unserer Kandidaten durchzubringen, was außer dem agitatorischen Erfolge auch noch einen Sieg der Sozialdemokraten über die Pfafferei bedeutet. An dieser Stelle muß hervorgehoben werden, daß die Arbeiterschaft des Grazer Wahlkreises mit außerordentlicher Hingabe und Aufopferung arbeitete.

Außer den physischen Opfern wurden in dem abgelaufenen Berichtsjahre auch sehr namhafte materielle gebracht. Vom 1. Juli 1896 bis zum 1. April 1897 wurden von der Kreisvertretung für den Agitationsfonds fl. 1929·86 eingenommen und fl. 1924·98 ausgegeben. Für den Wahlfonds liefen ein: fl. 1980·75 1/2; Ausgaben waren fl. 1932·11. Für den Unterstützungsfonds gingen fl. 78·93 ein und wurden fl. 69 ausgegeben. Dabei sind aber die nach Hunderten Gulden zählenden Einnahmen und Ausgaben der Bezirksorganisationen nicht gerechnet. Alle Fonds weisen gegen das Vorjahr eine beinahe doppelte Einnahme auf, was gewiß den Fortschritt der Bewegung in Steiermark kennzeichnet.

Die Presse hat einen erfreulichen Aufschwung genommen. Der „Arbeiterwille" ist von 3000 Exemplaren Auflage auf 7000 gestiegen.

Die Maifeier war heuer noch stärker als im Vorjahre, obwohl einzelne Bezirksorganisationen ihre Pflichten in dieser Hinsicht total vernachlässigten.

Die politischen Verfolgungen waren im abgelaufenen Jahre ziemlich groß und bestanden hauptsächlich in der Uebertretung des § 23 Pr.-G. Es wurden zirka 80 Genossen, und zwar zu Strafen von fl. 2 bis zu fl. 20 verurtheilt, sehr oft über Denunziation von klerikaler Seite. Eine Anzahl Genossen wurden wegen Majestätsbeleidigung in Untersuchung gezogen. Sie wurden von den Klerikalen vorerst provozirt und darnach denunzirt. Die Klerikalen brachten in ihren Versammlungen, nachdem sie über die Sozialdemokraten ihr Geschimpfe abgeleiert hatten, stets ganz unvermittelt ein Hoch auf den Kaiser aus und denunzirten unsere Genossen, die aus Empörung über ein solches Vorgehen sitzen blieben. Ein Genosse saß darob mehrere Monate in Untersuchung und wurde dann zu vier Monaten schweren Kerker verurtheilt.

Wenn wir auch der Ueberzeugung sind, daß einen eigentlichen Werth nur die fixen Ziffern bilden, die der Kreisvertretung leider nicht zu Allem zur Verfügung stehen, so glauben wir doch, daß aus dem vorstehenden Bericht mit Gewißheit hervorgeht, daß das Kreiskomité für Steiermark mit Befriedigung auf den Fortschritt der Bewegung im abgelaufenen Jahre zurückblicken kann.

Kreis Kärnten. Seit dem letzten Parteitag wurde auch in unserem Lande eine intensivere Thätigkeit in der Organisation wie in der Agitation entwickelt. Es wurden insbesondere durch die Wahlbewegung mehrere Orte gewonnen. Einige Bezirksorganisationen haben sich erweitert und verstärkt. Im Organisationsbezirk Spital a. d. Drau wurde die Organisation durch die Gewalt der Arbeitgeber unter Mithilfe der Behörde zur Auflösung gebracht. Die Kreisorganisation Kärnten ist in neun Bezirksorganisationen eingetheilt.

Nach Beschluß der Landeskonferenz der Vertrauensmänner am 15. August 1896 hat sich der Arbeiter-Fortbildungs-, Rechtsschutz- und Unterstützungsverein für Kärnten in einen Allgemeinen Arbeiter-Gewerkschaftsverein für Kärnten mit seinem Sitze in Klagenfurt umgebildet. Nach diesem Beschluß haben sich auch die bestandenen Arbeiter-Bildungsvereine theils aufgelöst und sistirt, theils sind in diesen Orten Vororte (Ortsgruppen) des Allgemeinen Arbeiter-Gewerkschaftsvereines gebildet worden.

Auch der Gewerkschaftsverein der Bauarbeiter Kärntens hat sich aufgelöst und dem Allgemeinen Arbeiter-Gewerkschaftsverein angeschlossen. Die Ortsgruppen der Eisenbahner in Villach, Klagenfurt, Tarvis und St. Veit a. d. Glan wurden durch den Erlaß des Ministeriums des Innern aufgelöst. In Villach besteht der politische Verein „Vorwärts" mit einem Mitgliederstand von 130 Personen.

In der abgelaufenen Periode wurde eine Landeskonferenz und sechs Bezirkskonferenzen abgehalten. Die Lokalorganisationen hielten 42 Sitzungen. Die Volksversammlungen fanden statt in den Bezirken: Villach 26, St. Veit a. d. Glan 10, Wolfsberg 2, Feldkirchen 4, Völkermarkt 7, Spital 3, Klagenfurt 7, Friesach, Althofen 3, Hüttenberg 5. Zu diesen 67 Versammlungen wurden zum größten Theil von der Kreisvertretung Referenten gestellt und auch die Kosten dieser Versammlungen mußte die Kreisvertretung fast allein tragen.

Die Maifeier 1896 wurde in Villach zum größten Theil durch Arbeitsruhe begangen. Früh Umzug und Versammlung, Nachmittag Festlichkeit. In den Orten Klagenfurt, St. Veit, Feldkirchen, Althofen, Bückl und Völkermarkt wurde die Maifeier mit theilweiser Arbeitsruhe durchgeführt.

Politische Verfolgungen. 26 Genossen wurden wegen Verbreitung der Wahlaufrufe angeklagt und insgesammt zu fl. 36 Geldstrafe verurtheilt. Zwei Genossen wurden verurtheilt wegen § 2 des Vers.-G. zu einer Geldstrafe von fl. 2.

Parteipresse. In Partien bezogen wird „Arbeiter-Zeitung", „Volkstribüne", „Arbeiterwille", „Glühlichter", „Glück auf!"

Die Gewerkschaft der Metallarbeiter, Schuhmacher, Gerberarbeiter, Holzarbeiter und Hutmacher haben ihre Fachpresse **obligatorisch** eingeführt.

Anläßlich der Reichsrathswahlen wurden durch die Kreisvertretung 55 Wählerversammlungen im ganzen Lande, welches nur einen Wahlkreis bildet, abgehalten. Auf 75.241 Wähler der fünften Kurie entfällt **ein Abgeordneter.** Gewählt wurde indirekt. Der Kampf war heiß. Die Deutschnationalen haben sich mit den Klerikalen brüderlich vereint, um dem gemeinsamen Feind, der Sozialdemokratie, die Stirn bieten zu können. Bei der Hauptwahl wurden für den Deutschnationalen 453 Wahlmännerstimmen abgegeben. Unser Kandidat erhielt 101 Wahlmännerstimmen, der klerikale 54. Der klerikale Kandidat ist vor Wahlschluß von der Kandidatur **zurückgetreten,** obwohl bereits 150 klerikale Wahlmänner gewählt waren. Die Klerikalen haben somit den Sieg des deutschnationalen Kandidaten erleichtert.

Wir beenden hiemit unsern Parteibericht. Der Grund, daß wir an die Reichsvertretung keine Parteisteuer abführten, ist, daß wir für unsere eigene Agitation die Einkünfte brauchten, die hauptsächlich wieder den größten Theil die Villacher Genossen aufbringen mußten.

Kreis Krain. Die sozialdemokratischen Organisationen in den südslavischen Gebieten von Oesterreich wurden durch den ersten, am 27. und 28. August 1896 in **Laibach** stattgefundenen südslavischen Parteitag zu einer geschlossenen Partei konsolidirt, nachdem die sozialdemokratischen Ideen bei der Arbeiterschaft in jenen Ländern, hauptsächlich seit der Gründung des Parteiblattes „Delavec", Eingang und Verständniß gefunden haben. Seit diesem Parteitag hat die Bewegung einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen und berechtigen die in verhältnißmäßig kurzer Zeit erreichten Resultate und die treue Hingabe der Genossen an die Sache des Proletariats zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft.

Die Partei wird durch die Kreisvertretung mit dem Sitze in Laibach repräsentirt und hat an politischen Organisationen:

1. eine Lokalorganisation in Laibach, deren Wirkungskreis auch den Bezirk Laibach umfaßt;
2. eine Bezirksorganisation für Südsteiermark in Cilli;
3. eine Bezirksorganisation für den Bezirk Littai in Sagor;
4. eine Bezirksorganisation für Innerkrain in Idria.

Weiters sind politische Organisationen in Gründung begriffen in Rudolfswerth für Unterkrain und in Triest für das Küstenland. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind am zahlreichsten in Laibach selbst vertreten, und zwar sind daselbst die Metallarbeiter, die Tischler, die Buchdrucker, die Angehörigen der Bekleidungsindustrie, die Gerber, Bäcker und Zimmermaler organisirt. Einige dieser gewerkschaftlichen Vereine haben Mitglieder auch auf dem Lande. Nebstdem besteht in Laibach ein allgemeiner Arbeiter-Rechtsschutz-, Bildungs- und Unterstützungsverein, sowie ein Arbeiter-Gesangverein auf sozialdemokratischer Grundlage. Der aufgelöste Verein der Verkehrsbediensteten Oesterreichs hatte in Laibach zwei Ortsgruppen und je eine in St. Peter, Divacca, Nabresina und Triest, und können wir mit Befriedigung konstatiren, daß die Auflösung dieses Vereines bei den gewesenen Mitgliedern der erwähnten Ortsgruppen nicht den von der Regierung erhofften Erfolg erzielt hat.

Weiter bestehen in Krain an gewerkschaftlichen Organisationen Ortsgruppen des allgemeinen Bergarbeitervereines für die Alpenländer in Sagor, welchen auch zahlreiche Bauern angehören, weiters eine in Idria.

Schließlich wäre noch der politische Verein „Bodocnost" (Zukunft) zu erwähnen, dessen Wirkungskreis sich auf ganz Krain erstreckt. Ein gleicher Verein ist nun auch in Triest in Gründung begriffen.

In Südsteiermark haben die allgemeinen gewerkschaftlichen Vereine, sowie der steirische Arbeiter-Bildungs-, Rechtsschutz- und Unterstützungsverein Ortsgruppen, in Trifail der Bergarbeiterverein (für Trifail und Hrastnigg).

In jüngster Zeit wurden in der Provinz Vorkehrungen zur Gründung weiterer, meist gemischter gewerkschaftlicher Vereine getroffen, so in Domzale, in Ratschach, in Aßling u. s. w. Auch in Istrien nimmt das Interesse für die Sozialdemokratie zu und ist in absehbarer Zeit die Gründung von Organisationen auch dort zu erwarten.

Wie in ganz Oesterreich, haben auch in den südslavischen Gebieten die letzten Reichsrathswahlen das Interesse der Arbeiterschaft an ihrer Lage mächtig aufgerüttelt

und die Sache der Sozialdemokratie sehr bedeutend gefördert. In der fünften Kurie wurden von unserer Partei kandidirt: in Laibach Gen. Franz Zeleznikar, in Cilli Gen. Philipp Kopas und in Görz Gen. Franz Marn. Der riesige Umfang der Wahlkreise (ganz Krain bildet bekanntlich einen einzigen Wahlkreis) erschwerte die Agitation sehr bedeutend, dennoch wurde eine fleißige Arbeit verrichtet, deren Früchte freilich erst in der Zukunft deutlicher wahrnehmbar sein werden. In Laibach fanden Wählerversammlungen fast jede Woche zwei- bis dreimal, knapp vor den Wahlen auch häufiger statt und wurden wiederholt zu sechs bis sieben Versammlungen zu gleicher Zeit abgehalten und durchgehends gut besucht. In der Provinz fanden wiederholt Versammlungen in Sagor, Idria, St. Peter, Adelsberg, Laas, Neumarktl, Rudolfswerth, Dornegg, Donzale, Brünndorf, Altenmarkt, Radmannsdorf, Aßling, Krainburg, Stein u. s. w. statt. Auch entsendete die Partei Referenten nach Triest, Divacca, Nabresina u. s. w., woselbst sie die von der italienischen Parteiorganisation, respektive von der Reichsparteivertretung aufgestellte Kandidatur der Genossen Ucekar für Triest und Gerin für Istrien unterstützte.

Die Gesammtzahl der auf unsere Genossen entfallenen Stimmen kann nicht genau angegeben werden, doch ist dieselbe in Krain mit 4000, in Südsteiermark mit 5000 (selbstverständlich die Minoritäten miteingerechnet), nicht zu hoch gegriffen. Nebstdem stellte unsere Partei Kandidaten für die Landgemeindenkurie im Bezirke Littai auf, woselbst sich ein großer Theil der Kleinbauern rückhaltslos zur sozialdemokratischen Partei bekennt; der Kandidat Gen. Kordelič erhielt hier nur um wenige Wahlmännerstimmen weniger als der liberale und der sieghafte klerikale Kandidat. Weiters wurde im Ober-Innerkrainer Städte- und Märktebezirk Gen. Marn kandidirt. Er erhielt 40 Stimmen, da an 100 Idrianer Wähler durch die ganz ungerechtfertigte Vorhaltung der liberalen Agitatoren, daß im gegentheiligen Falle der klerikale Kandidat gewählt wird, von der Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten abgehalten wurden. Interessant ist wohl auch der Umstand, daß in Folge einiger Versammlungen, welche in Adelsberg stattfanden, in der dritten Kurie 22 Stimmen (gegenüber 28 liberalen und 12 klerikalen) für den Sozialdemokraten abgegeben wurden, während noch kurze Zeit vorher in der fünften Kurie für den sozialdemokratischen Kandidaten nur 9 Wähler gestimmt hatten. In Laibach erhielt in der Städtekurie der sozialdemokratische Kandidat Gen. Kordelič 27 Stimmen. Nur nebenbei sei erwähnt, daß der Wahlschwindel seitens der Gegner, insbesondere der Christlich-Sozialen, auch bei uns die absonderlichsten Blüthen trieb.

Die fortschreitende Entwicklung der Sozialdemokratie bewies auch die diesjährige Maifeier. In Laibach ruhte die Arbeit in mehreren Fabriken und Werkstätten. Die Betheiligung der Genossen war an der vormittägigen Versammlung eine bedeutend zahlreichere als in den verflossenen Jahren. Außerdem fand zum ersten Male Nachmittag ein Umzug durch die Hauptstraßen der Stadt und Abends ein großes Arbeiterfest statt, welches glänzend verlief.

Auch in Cilli verlief die Maifeier mit Versammlung und Ausflug befriedigend, in Sagor thatsächlich glänzend. An der Versammlung nahmen hier über 1200 Arbeiter und Bauern theil, ebenso am nachmittägigen Feste. Etwas weniger günstig lauten die bezüglichen Berichte aus Trifail, wo der Bergwerksdirektor Terpotic kein Mittel scheut, um die Arbeiter einzuschüchtern.

Unter den politischen Verfolgungen hatte die Partei viel zu leiden. Besonders aus der Zeit der Wahlen datiren viele Prozesse, hauptsächlich wegen Uebertretung der Kolportage und des Versammlungsgesetzes. Bei den Bezirksgerichten Laibach, Cilli, Triest und Rudolfswerth wurden in diesen Sachen zusammen an 60 Urtheile, theils zu Geld-, theils zu Arreststrafen gefällt. In vielen Fällen mußten freilich die angeklagten Genossen freigesprochen werden. Vor Kurzem wurde Gen. Cauzek in Trifail wegen einer angeblich vor mehreren Jahren begangenen Majestätsbeleidigung in Untersuchungshaft gezogen, was auf die Rachsucht des dortigen Bergwerksdirektors und des Pfarrers zurückzuführen ist. Auch in anderer Weise: Auflösung von Versammlungen, Konfiskation von Wahlplakaten, Lokalabtreibungen, durch Entlassungen von Wahlmännern u. s. w. seitens der Unternehmer wurden die Genossen arg chikanirt.

Die Presse unserer Partei wird durch den dreimal monatlich erscheinenden „Delavec“ und die monatliche „Svoboda“ repräsentirt. Beide Blätter müssen in Wien erscheinen, da in Folge der Unduldsamkeit der Behörden und der Bourgeoisie keine Druckerei in Laibach den Druck derselben übernimmt. Während der Wahlperiode erschien in Laibach die „Zarja“, in Cilli die „Luč“. An Broschüren wurden ausgegeben: „Kristus in socijalna demokracija“, aus dem Deutschen übersetzt von Gen. K. Drofenik, „Stari in novi kmečki prijatelji“ und das Flugblatt „Pozor! Socijalni demokratje gredo“ von Gen. E. Kristan und „Crkvene pristojbine za Stajersko, Korosko in Kranjsko“, ebenfalls von Gen. Drofenik. „Delavec“ und „Svoboda“ erscheinen in je 2000 Exemplaren, doch ist durch die obligatorische Einführung dieser Blätter bei einigen weiteren Vereinen, etwa im August, die Erhöhung der Auflage um zirka 800 Exemplare zu erwarten.

Der immer zahlreichere Besuch der sozialdemokratischen Versammlungen, sowohl in den Städten als auch auf dem Lande — in Laibach sind Volksversammlungen mit 1500 bis 2000, in Sagor mit 1000 bis 1200, in Idria mit 600 bis 800 Theilnehmern Regel — die wohl nicht rapid, aber stetig zunehmende Anzahl der Mitglieder bei den Vereinen, die an Ausbreitung gewinnende Presse und die rege Berichterstattung an dieselbe aus allen Landestheilen sind Symptome des etwas spät, aber doch erfolgten Erwachens des südslavischen Proletariats, welches den bürgerlichen Parteien nun ganz entschieden den Dienst kündigt und mit allem Ernste daran geht, sich zu einem vollwerthigen Gliede in den Reihen der internationalen Sozialdemokratie auszubilden.

Kreis Triest. Es fanden zum Zwecke der Organisation fünf Kreiskonferenzen statt. An Organisationen ist unser Kreis eben noch sehr arm. Es bestehen solche in Triest mit über 500 Mitgliedern und eine in Isola bei Muggia mit 40 Mitgliedern.

Zum Zwecke der Agitation wurden 5 Volksversammlungen zur Anzeige gebracht, davon aber wurde 1 verboten und 1 aufgelöst.

Die Maifeier wurde von circa 4000 Arbeitern in Triest begangen. Die Arbeiter von Muggia machten in der Zahl von 800 eine Promenade am 1. Mai nach Triest, wo sie von den Genossen bei den Due Leoni bewirthet wurden.

Verurtheilt wurden 6 Genossen wegen Uebertretung der §§ 23, 24 und 25 P.-G. zu Geldstrafen im Betrage von fl. 2·50 bis fl. 50.

Bei der Wahl in Triest wurden in der fünften Kurie für den sozialdemokratischen Kandidaten 4464 Stimmen abgegeben. In Muggia, Bezirk Capodistria, wurden zehn unserer Wahlmänner mit 708 Stimmen gewählt.

Presse. Das politische Blatt „Il Lavoratore“, Organ der Lega Sociale Democratica, erscheint in Triest zweimal monatlich und hat eine Auflage von 2200 Exemplaren.

In Spalato und Ragusa in Dalmatien wurde die Maifeier eingeführt und bei den Versammlungen wurde in beiden Orten einen politischen Verein zu gründen beschlossen.

Zur Zeit kann man in Spalato auf zirka 300 Gesinnungsgenossen, meistentheils Slaven, in Ragusa um einige mehr, ausschließlich slavischer Nationalität, rechnen.

Kreis Tirol und Vorarlberg. Das abgelaufene Berichtsjahr war für uns gewissermaßen eine Probe der Leistungsfähigkeit, und wir können behaupten, daß wir dieselbe bestanden haben. Es muß aber auch gesagt werden, daß jeder einzelne Genosse sein bestes Können freudig einsetzte, um unserer guten Sache nach Möglichkeit Eingang und Achtung zu verschaffen. Daß gerade in Tirol und Vorarlberg die Klerisei noch eine unbegrenzte Macht besitzt und kein Mittel scheut, jeder freien Geistesregung hemmend in den Weg zu treten, braucht wohl kaum besonders erwähnt zu werden. Trotzdem geht es vorwärts, wie aus nachstehenden Berichten zu ersehen ist. Eine der Hauptaktionen, die Vertheilung der Wahlaufrufe, gelang uns vollständig, was schon das entsetzliche Geheul der klerikalen Presse bewies, und wurde im Vergleich zu der Zahl der hiebei betheiligten Genossen nur eine geringe Ausbeute von Uebertretern des § 23 Pr.-G. durch die Polizei gemacht. Und diese Wenigen fielen nur der Denunziationssucht christlich-sozialer Fanatiker zum Opfer, die glaubten ein christliches Werk der Nächstenliebe auszuüben, wenn sie einen Genossen bei der Polizei denunziren.

Innerhalb der zehn Organisationsbezirke, in die Tirol und Vorarlberg eingetheilt ist, bestehen gegenwärtig 13 Gewerkschaften und Fachvereine mit 2051 Mitgliedern, 13 Arbeiterbildungs- und Lesevereine mit 826 Mitgliedern. Des Weiteren bestehen 3 politische Vereine mit 200 Mitgliedern. Neugegründet wurden 6 Gewerkschaften oder deren Ortsgruppen mit 220 Mitgliedern und 2 Arbeitervereine mit zirka 100 Mitgliedern. Auch die Frauen zu organisiren ist leider noch nicht gelungen und besitzt nur der Textilarbeiter-Fachverein und der allgemeine Arbeiterverein einige weibliche Mitglieder. Durch die Auflösung der Eisenbahnerorganisationen wurden bei uns 12 Ortsgruppen mit 1800 Mitgliedern betroffen.

Die Agitation wird kräftig betrieben und haben zu diesem Zwecke im Berichtsjahre 67 Volksversammlungen mit einer Gesammttheilnehmerzahl von 19.190 Personen stattgefunden. Hier muß bemerkt werden, daß die Klerikalen solche Versammlungen, bei denen eine Majorität für sie nicht zu erwarten ist, nicht mehr besuchen, daß sie jedoch, wenn von unserer Seite an einem noch nicht kultivirten Orte eine Versammlung einberufen wird, uns entweder das Lokal abtreiben oder wo dies nicht gelingt, mit den Angehörigen mehrerer Gemeinden, ihre Hirten an der Spitze, anmarschiren, um uns das Präsidium zu entreißen, was ihnen auch öfter schon gelungen ist.

Zum Zwecke der Agitation unter der Landbevölkerung wurde ein Separatabdruck aus der „Volkszeitung“ in einer Auflage von 6000 Exemplaren herausgegeben und

verbreitet. Hier wollen wir auch berichten, daß der berühmte § 23 Pr.=G. in Tirol und Vorarlberg 23 Genossen für den Zeitraum von 148 Stunden die Freiheit gekostet und ihren Geldbeutel insgesammt um fl. 81·50 erleichtert hat. Maßregelungen sind nur 6 zu unserer Kenntniß gelangt, obgleich das Hinausbeißen der „rothen Hetzer" für unsere liebetriefenden Gegner ein Hauptsport ist.

Einen erfreulichen Aufschwung nimmt auch das Landesorgan „Die Volkszeitung" die seit Neujahr 1897 dreimal im Monat in einer Auflage von 1400 Exemplaren erscheint und welche sich als eine kräftige Waffe im Kampfe gegen unsere Feinde und gegen die auf unserem Lande noch schwer lastende Finsterniß erwiesen hat.

Erfreuliche Fortschritte macht auch die Bewegung unter den italienischen Arbeitern, welche sich zahlreich den Organisationen anschließen und mit Eifer und Energie für die Prinzipien der Sozialdemokratie eintreten.

An der Maifeier 1896, durch Arbeitsruhe, betheiligten sich in 9 Orten, trotz schlechter Witterung, ungefähr 1490 Personen.

Eine besonders rege Thätigkeit entwickelte sich bei den Wahlen in die fünfte Kurie. Es gelang uns, in 58 Orten Wahlmänner aufzustellen, für welche 4600 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. Ein vollständiger Sieg wurde erreicht in einer Sektion Innsbrucks, in Wilten und in Pradl, Häring, Kitzbichl und in Hard (Vorarlberg), indem in diesen Orten sämmtliche sozialdemokratischen Wahlmänner gewählt wurden. Die bürgerlichen Parteien haben sich bei dieser Gelegenheit wieder in glänzendem Lichte gezeigt. In Orten, wo es uns nicht gelang sozialdemokratische Wahlmänner aufzustellen, lagen sich diese Volksretter wie Hund und Katze in den Haaren, während sie sich dort, wo unsere Genossen in den Wahlkampf eintraten, mit geringen Ausnahmen gegen uns koalirten und, auf ihre Todfeindschaft vergessend, gemeinsam sich bemühten, die Sozialdemokratie zu vernichten.

Wir glauben somit ein ziemlich genaues Bild unseres Landes entworfen zu haben und dürfte daraus klar hervorgehen, daß auch hier das Licht der Wahrheit das Gewebe der Lüge schon arg durchlöchert hat und daß auch über die Berge Tirols und Vorarlbergs die Sonne der Freiheit zu leuchten beginnt.

Kreis Mähren. Die mährische Kreisorganisation hat in dem Berichtsjahre 1896/97 in Bezug auf die Ausbreitung unserer Bewegung sehr erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen, welche vornehmlich der Reichsrathswahlbewegung zu danken sind. Wer die Verhältnisse kennt, unter denen der größte Theil der mährischen Arbeiter zu leiden hat, wem der Terrorismus der mährischen Unternehmer und die ungesetzlichen Chikanen der mährischen Behörden bekannt sind, der wird die Bedeutung des Erfolges der mährischen Genossen bei den Wahlen in der fünften Kurie zu würdigen wissen. Trotz unzulänglicher finanzieller Mittel, trotz einer geringen Anzahl von agitatorischen Kräften ist es uns gelungen, drei von den sieben Mandaten der fünften Kurie zu erobern und die Genossen Hybeš, Rieger und Berner als Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ins Parlament zu senden. Außerdem hat uns die Wahlbewegung den nicht hoch genug zu veranschlagenden Erfolg gebracht, daß wir in einer großen Anzahl von Orten Anhänger für unsere Partei gewonnen haben und dadurch der sozialistischen Idee neue Streiter in den neuen Kampfboden zugeführt haben. Die rastlose agitatorische Thätigkeit unserer Genossen fand bei der unter elenden Hungerlöhnen leidenden Arbeiterschaft einen empfänglichen Boden. Unsere Aufgabe wird es sein, die erzielten Erfolge weiter auszunützen und an dem Ausbaue unserer Organisation rastlos fortzuarbeiten.

Diese Bemerkungen allgemeiner Natur vorausgeschickt, übergehen wir nun zu dem Thätigkeitsbericht unserer Organisationen für die Zeit vom 1. Februar 1896 bis 30. März 1897. Die ungünstigen finanziellen Verhältnisse und die beginnende Wahlkampagne machten die Abhaltung einer Landeskonferenz im Jahre 1896 unmöglich, da Zeit und Geld für die Veranstaltung der nothwendigen Wahlkreiskonferenzen aufgewendet werden mußten. Die Kreisparteivertretung war auch nicht in der Lage, allzeit den an sie gestellten Anforderungen zu entsprechen, da derselben keine nennenswerthen Geldmittel seitens der Organisationen zur Verfügung gestellt wurden. Was in den einzelnen Organisationen aufgebracht wurde, verwendete man nothwendigerweise im Orte oder Bezirke zur Wahlagitation. Auch ging in Folge des Umstandes, daß sich unsere Organisationseintheilung mit den Wahlkreisen der fünften Kurie in keiner Weise deckt, die Fühlung mit den Bezirksorganisationen verloren. Der Parteitag wird also in dieser Beziehung Abhilfe schaffen müssen.

Die mährische Kreisorganisation besteht aus 11 Bezirks- und 78 Lokalorganisationen. Sitz der Kreisvertretungen ist Brünn, der Bezirksvertretungen Brünn, Mähr.-Schönberg, Mähr.-Neustadt, Sternberg, Zwittau, Neutitschein, Römerstadt, Znaim, Landskron, Witkowitz und Müglitz. Es bestehen in Mähren 35 Bildungs- und allgemeine Gewerkschaftsvereine, 31 Fachvereine, von denen einige ihre Thätigkeit über die ganze Provinz erstrecken, und 17 Geselligkeits- und

humanitäre Vereine. Unter den letzteren befindet sich die Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse mit mehr als 26.000 Mitgliedern. Außerdem bestehen in Mähren zahlreiche Ortsgruppen der Wiener Gewerkschaftsverbände, von denen in letzter Zeit die Eisenbahnerorganisation der behördlichen Auflösung verfiel. Als Errungenschaft des Berichtsjahres ist zu erwähnen die Eroberung der Bezirkskrankenkassen in Mähr.-Schönberg und Brünn. Die letztere zählt 12.500 Mitglieder.

An politischen Vereinen besitzen wir den Wahlverein des Mähr.-Schönberger Wahlkreises und den politischen Verein „Volksfreund" in Brünn. Der erstere hat in der Wahlbewegung vorzüglich funktionirt, letzterer mußte seine Thätigkeit wegen unzulänglicher finanzieller Mittel auf Brünn und Umgebung beschränken. Die nothwendig gewordene Reorganisation dieses Vereines wird wohl seine Leistungsfähigkeit wieder heben.

Die Gewerkschaftsorganisation macht stetige Fortschritte. Es bestehen vier Organisationskommissionen für Mittel-, Ost-, West und Nordmähren.

Die mährische Frauenbewegung hat leider keine nennenswerthe Entwicklung zu verzeichnen. Ausgesprochene Frauenorganisationen bestehen nicht. In Brünn haben die Genossen den Erfolg zu verzeichnen, daß es hier möglich ist, große, gut besuchte Frauenversammlungen abzuhalten. Trotz wiederholter Anstrengungen kann aber auch da keine lebensfähige Organisation geschaffen werden.

Versammlungen haben stattgefunden, und zwar 25 Wahlkreis- und Bezirkskonferenzen, 404 Volks- und Wählerversammlungen, 133 § 2-Versammlungen und 184 Vereins- und Fachversammlungen. Außerdem wurden 3 Meetings unter freiem Himmel veranstaltet, die sämmtlich glänzend besucht waren. Hier wird bemerkt, daß die vorgenannten Ziffern auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen können, da die Kreisvertretung in Anbetracht der ungeordneten Berichterstattung von der Abhaltung zahlreicher Wählerversammlungen nicht in Kenntniß gesetzt wurde. Bei den Gemeindewahlen in Grußbach trat unsere Partei mit agitatorischem Erfolg in Aktion.

Politische Verfolgungen waren zu verzeichnen: wegen § 23 P.-G. 42 Genossen, wegen § 24 P.-G. ein Genosse, wegen § 2 Vereinsgesetz 31 Genossen, § 312 St.-G. zwei Genossen, wegen § 3 Koalitionsrecht 17 Genossen. Gesammtstrafausmaß fl. 69·50 und 181 Tage Arrest. 58 Genossen wurden wegen verschiedener Delikte angeklagt, jedoch freigesprochen, ein Beweis hiefür, wie begründet sämmtliche dieser Anklagen waren.

Die Zahl der Streiks betrug elf. Es streikten die Perlmutterdrechsler, Färber, Weißgärber, Stockdrechsler, Seidenarbeiter, Eisenarbeiter und Tapezierer. Die Mehrzahl der Ausstände war von Erfolg begleitet. Von dem Bergarbeiterstreik in Ostrau berichtet die tschechoslavische Organisation.

Ueber die Verbreitung der Parteipresse in unserem Kronlande können wir kein klares Bild geben und dürfte dies den einzelnen Redaktionen leichter möglich sein. Landesparteiorgan ist der „Volksfreund". Derselbe erscheint nunmehr in einer Auflage von 3500 Exemplaren und werden die Genossen eine größere Agitation entfalten müssen, wenn das Weitererscheinen desselben nicht gefährdet werden soll.

Zum Schlusse bemerken wir, daß alle vorstehenden Daten, bis auf die Brünner Versammlungen und die Mitgliederzahl der beiden Brünner Krankenkassen, nur auf die deutsche Parteiorganisation Bezug haben. Mit der Organisation der tschechoslavischen Genossen stehen wir in engster Fühlung und im besten Einvernehmen.

Wir schließen diesen Bericht mit dem Wunsche, wir mögen durch die Ausdauer, die Opferwilligkeit und Thatkraft unserer Genossen in die angenehme Lage versetzt werden, dem nächsten Parteitage über wesentlich günstigere Ergebnisse unserer Parteithätigkeit zu berichten. Die mährische Kreisparteivertretung.

Kreis Südböhmen. Südböhmen, welches außer Krumau, Schwarzbach, Wallern und Winterberg wenig oder gar keine Industrie besitzt, steht erst am Anfange der Organisation. Außer in Krumau, wo ein Bildungsverein mit 90 Mitgliedern, ein politischer Verein mit 60 Mitgliedern und ein neugegründeter Konsumverein, welcher sich gut bewährt, besteht, hat nur noch Wallern einen Volksbildungsverein mit 45 Mitgliedern. Letzterer ist ebenfalls neu gegründet. In den meisten größeren Orten haben wir Vertrauensmänner und ist die Bewegung in der besten Entwicklung begriffen. Mangel an Kräften ist das größte Hinderniß. Versammlungen fanden statt: 10 § 2- und 8 Vereinsversammlungen.

Bezüglich der Maifeier war es bisher nicht möglich, auch nur an einem Orte Arbeitsruhe zu erzielen.

Politische Verfolgungen haben wir zwei zu verzeichnen, und zwar wegen Uebertretung des § 23 P.-G. eine zu fl. 5 Geld- und die andere zu drei Tagen Arreststrafe.

Während der Wahlbewegung haben 22 Versammlungen stattgefunden, und zwar 14 in Orten, wo bisher noch keine sozialdemokratische Versammlung stattgefunden hat. Leider ist es unmöglich, das Stimmenverhältniß auch nur annähernd anzugeben; die Thatsache jedoch, daß 68 unserer Wahlmänner im deutschen Gebiet des Wahlkreises gewählt wurden, läßt schließen, daß die Stimmenzahl eine ganz bedeutende gewesen ist. Die Wahlbewegung hat uns vorwärts gebracht und unsere Ideen bis in den kleinsten Winkel des von allem Verkehr abgeschnittenen und vom Fürsten Schwarzenberg beherrschten Böhmerwaldes getragen.

An Parteisteuer wurde eingenommen	fl.	100·50
davon für das Laufende ausgegeben	„	48·44
und dem Wahlfonds zugewiesen	„	52·06
Wahlfondseinnahmen verzeichnen wir ohne das Gebiet Hartmanitz-Neuern	„	114·47
davon ausgegeben	„	114·11
Saldo	fl.	—·36

Kreis Westböhmen. Seit dem letzten Parteitag haben wir in unserer Kreisorganisation wesentliche Fortschritte zu verzeichnen. Insbesondere ist hervorzuheben, daß die gewerkschaftliche Organisation bedeutend ausgebaut wurde. So zum Beispiel ist der Distriktsverband der Bergarbeiter in einem Jahre von 800 Mitgliedern auf 1700 Mitglieder gestiegen. Die Porzellanarbeiter-Organisationen Westböhmens verzeichnen gleichfalls ein Aufblühen der Organisation. Ebenfalls haben sich die Tabakarbeiter im Joachimsthal organisirt und ist diese Fachorganisation, die über 400 Mitglieder zählt, von 28 Tabakfabriken in Oesterreich die einzige. Die Textilarbeiter-Organisationen sind zurückgegangen. Der Verband der Textilarbeiter in Asch hatte vor einem Jahre noch 200 Mitglieder, ist aber auf 36 gesunken. Aufgelöst haben sich die Ortsgruppe in Steinpöhl und Eibenberg, welche sich in gewerkschaftliche Vereine umgewandelt haben. Bezüglich der Bildungsvereine ist anzuführen, daß man allerorts darangeht, dieselben in Gewerkschaftsvereine umzuwandeln. Die Zahl der Organisirten ist nicht festzustellen, da augenblicklich das dazu nöthige statistische Material fehlt, jedoch kann ruhig angenommen werden, daß die im vorigen Jahre angegebene Zahl 3449 der Organisirten um das Doppelte gestiegen ist, da durch die Wahlbewegung im III. böhmischen Wahlkreis eine Reihe von neuen Organisationen entstanden sind, ebenso im Karlsbader Bezirke und auch in dem bisher ausschließlich von den Klerikalen geführten Bezirke Wildstein. Politische Vereine bestehen fünf, und zwar mit dem Sitze in Asch, Eger, Falkenau, Graslitz und Karlsbad. Bezüglich der Betheiligung der Frauen an der politischen Organisation ist hervorzuheben: Dallwitz, Altrohlau, Joachimsthal, Beringen und Asch. Asch ist in dieser Richtung zurückgegangen.

Die Kreisvertretung hat ihren Sitz in Falkenau. Kreiskonferenzen wurden zwei abgehalten und eine Kreiskonferenz der Wahlmänner. Versammlungen politischer Natur wurden, die Wählerversammlungen mit eingerechnet, ungefähr 1300 abgehalten, hievon waren ungefähr 300 § 2-Versammlungen.

Politische Verfolgungen. Es wurden verhängt wegen Uebertretung des § 23 P.-G. 33 Tage Arrest und fl. 26 Geldstrafe, wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes 31 Tage Arrest, bei den Streiks kam es zu weiteren Verurtheilungen, die uns neun Monate eintrugen. Die Untersuchungshaften betrugen 346 Tage.

Streiks fanden im Kreise statt:

	Tage	Zahl der Streikenden
In Dallwitz, Firma Pröscholdt, Porzellanarbeiter	189	402
„ Graneisau, Firma Siemens, Glasarbeiter	11	400
„ Königsberg, Tischler	21	38
„ Karlsbad, Tischler	7	28
„ Lichtenstadt, Tischler	14	16
„ Eger, Metallarbeiter	14	40
„ Abertham, Handschuhmacher, Firma Chiba	30	50
„ Granesau, Johannizeche, Bergarbeiter	35	130
„ Littmitz, Katharinenzeche, Bergarbeiter	2	150
„ Janessen, Karolizeche, Bergarbeiter	3	115
„ Boden, Anglobank, Bergarbeiter	1	200
„ Katzengiebel, Ziebitz-Haberspirker Werke, Bergarbeiter	3	120
„ Davidsthal, Montan-Gesellschaft, Bergarbeiter	1	300
„ Dallwitz, Kunstschacht, Bergarbeiter	5	36
„ Grünlas, Ziegelarbeiter	3	42
„ Grün, Bahnarbeiter	3	30
	342	2097

Presse. Parteiblätter erscheinen in unserer Kreisorganisation vier, und zwar drei politische und ein Fachblatt, deren Stand folgender ist: „Der Volkswille", Auflage 3200, erscheint monatlich dreimal; „Der Graslitzer Volksbote", Auflage 800, erscheint monatlich dreimal; „Der Wähler", Auflage 3500, erscheint monatlich einmal; „Glückauf", Fachorgan der Bergarbeiter, Auflag 5000, erscheint monatlich zweimal. Außerdem ist zu Weihnachten 1896 ein Witzblatt „Die rothen Wespen" in einer Auflage von 300 Exemplaren erschienen. Der materielle Stand unserer Blätter ist ein ziemlich gesicherter.

Kreis Reichenberg. In der Zeit vom 1. April 1896 bis 30. April 1897 wurden 30 politische Organisationsversammlungen, 42 Bezirkskonferenzen, 1 Kreiskonferenz, 139 Volksversammlungen nebst einer Unzahl von Lokalorganisationssitzungen abgehalten. Verboten wurden 10 Volksversammlungen, darunter 4 unter freiem Himmel. Auch der politische Verein „Vorwärts" in Reichenberg veranstaltete eine bedeutende Anzahl von Versammlungen, in welchen zu den verschiedenen Tagesfragen Stellung genommen wurde. Zu erwähnen wäre noch, daß die Kreisvertretung zu 146 Vereinsversammlungen Referenten entsendete.

Die Wahlbewegung brachte neues Leben in unsere Reihen. Hier zeigte es sich, daß unsere Genossen Schule gemacht haben und im Stande sind, etwas zu leisten. Jeder stand auf seinem Posten; die Thätigkeit war eine fieberhafte. Schon lange bevor die Wahlen ausgeschrieben, bereits im Oktober 1896, begannen wir zu arbeiten. Als sehr vortheilhaft erwiesen sich die § 2-Versammlungen, dadurch kamen Leute zu uns, welche sich das ganze Jahr um nichts kümmerten. Viele gingen mit ganz anderem Urtheil über unsere Partei von dannen, als sie gekommen. Wie überaus thätig unsere Genossen waren, geht daraus hervor, daß in der letzten Woche vor der Wahl zu 52 Wählerversammlungen Referenten von der Kreisvertretung verlangt wurden. Wir sind in viele Orte gedrungen, welche uns früher absolut verschlossen blieben. Besonders in der Trautenauer Gegend, wo die Unternehmer im Vereine mit der Behörde alles mit eiserner Gewalt danieder hielten, hat die Wahlbewegung Bresche geschossen und sehr wohlthuend gewirkt. Es ist dadurch unserer Bewegung ein großes Feld der Thätigkeit eröffnet worden, und wir werden nicht unterlassen, dies in ausgiebigstem Maße zu bearbeiten.

Das Ergebniß der Wahlen ist ein erfreuliches zu nennen. Unser Kandidat erhielt in den zu unserer Kreisorganisation in seinen Wahlkreis fallenden Orten von 294 abgegebenen Wahlmännerstimmen 252, und wurde von im Ganzen 683 abgegebenen Stimmen mit 530 gewählt. Unser Kandidat im IX. Wahlkreise, zu welchem auch ein Theil unserer Kreisorganisation, und zwar Gablonz-Tannwald gehört, wurde, nachdem er mit 312 gegen 241 Stimmen mit dem Kandidaten der Liberalen in die Stichwahl kam, von 652 abgegebenen Stimmen mit 330 Stimmen gewählt. Die Stimmenzahl der Urwähler konnte nicht genau festgestellt werden, doch läßt das Wahlergebniß auf eine bedeutende Anzahl schließen.

In der Landgemeindenkurie erhielt Gen. Dr. Viktor Adler im ersten Wahlgange die relativ meisten Stimmen, und zwar 131, bei der Stichwahl 140. Auch bei der Städtekurie Kratzau-Friedland-Neustadtl-Gablonz-Morchenstern-Liebenau-Rochlitz zeigte sich, daß unsere Idee unter dem Bürgerthum bedeutenden Einzug gehalten. Beim ersten Wahlgange erhielt Roscher von 3023 Stimmen 836 und kam mit dem Liberalen Bendel in die Stichwahl, aus welcher Roscher mit 954 Stimmen hervorging. In drei Städten, Neustadtl, Friedland und Morchenstern, hatte er die Majorität. Die Maifeier wurde im Jahre 1896 nicht allgemein durch Arbeitsruhe durchgeführt. Die famose Unternehmervereinigung „zur Wahrung der industriellen und gewerblichen Interessen" vergewaltigt sozusagen jeden einzelnen Unternehmer. Diese müssen sich jedes Jahr neuerlich verpflichten, jeden Arbeiter, welcher eigenmächtig feiert, durch zehn Tage auszusperren. Solche Arbeiter, welche nach dieser Zeit nicht mehr aufgenommen werden, dürfen von einem anderen Unternehmer vor sechs Wochen nicht beschäftigt werden. Daß durch Anwendung solch bestialischer Mittel einestheils die Arbeiter abgeschreckt werden und es andererseits zu Konflikten kommen muß, ist begreiflich. Wir haben alle Jahre eine große Anzahl Gemaßregelter zu unterstützen. Solche Aussperrungen führen oft zu Streiks und so auch im Jahre 1896. Als einer der bedeutendsten ist der von Lederer u. Wolf in Dörfel hervorzuheben. Als die 117, meist Arbeiterinnen, welche den 1. Mai gefeiert, am 2. Mai nicht mehr aufgenommen, respektive ausgesperrt wurden, verließen die anderen die Fabrik und erklärten der Firma den Streik. Hauptforderung war nebst anderem die Aufnahme sämmtlicher Ausgesperrten und Entlassenen. Der Streik währte vier Wochen und endete zum Theile mit dem Siege der Arbeiter. Es wurden alle Arbeiter wieder eingestellt und eine kleine Lohnerhöhung zugesagt. Dieser Streik bot auch der heiligen Hermandad Gelegenheit, ihre Schießwaffen praktisch zu prüfen. Durch das Aufgebot von 20 Gendarmen, welche alle Wege, die zur Fabrik führten, besetzten und den Streikenden es unmöglich machten, auf denselben zu verkehren, wurde die Sympathie für die

Streikenden und der Unwille gegen die behördlichen Organe herausgefordert. Es entstanden des Abends Ansammlungen auf der Straße, und dies bot die erwünschte Gelegenheit, eingreifen zu können. Es war am 21. Mai, Abends 8 Uhr, als die Gendarmerie unter die unbewaffneten Arbeiter schoß. Drei Todte und vier Verwundete lagen am Boden. Unter diesen befand sich eine ganze Familie. Der Mann todt, das Weib durch's Bein und ein vierjähriges Kind, welches die Mutter auf dem Arm trug, durch die Ferse geschossen. Dieser Umstand läßt auch erkennen, aus was für „gefährlichen" Elementen die Ansammlung bestand.

Die Verurtheilungen waren ungemein zahlreich. Alles wurde angeklagt, wo es sich feststellen ließ, wer dabei war. In Dörfel wurde auch bei einer anderen Fabrik, und zwar bei Franz Liebig, am 1. Mai durch feiernde Arbeiter demonstrirt, was ebenfalls einige Verurtheilungen zur Folge hatte. Desgleichen sind einige Verfolgungen aus den Bezirken Gablonz und Tannwald zu verzeichnen; eine aus dem Bezirke Kratzau.

Verurtheilt wurden wegen Uebertretung des § 3 des Koalitionsgesetzes 6 Personen zusammen zu 1 Monat 9 Tagen. Wegen Auflaufes, §§ 281, 283 und 284 Str.-G., 55 Personen insgesammt zu 2 Jahren, 3 Monaten und 5 Tagen; zu schwerem Kerker (nach §§ 81, 82) 4 Personen 2 Jahre, 2 Monate. Der berüchtigte § 23 P.-G. kam stark in Anwendung. Es verging nicht eine Woche, wo nicht einige Genossen wegen Uebertretung dieses Paragraphen angeklagt und verurtheilt wurden. Beim Bezirksgerichte in Reichenberg hat man schon einen bestimmten Tag in der Woche zu diesen Verhandlungen angesetzt. Die Zahl der Verurtheilungen läßt sich nicht genau angeben.

In Untersuchungshaft brachten 10 Personen 1 Jahr, 1 Monat und 9 Tage zu. Ausweisungen sind im Bezirke Gablonz 2 und im Bezirke Friedland 1 vorgenommen worden.

Parteiblätter bestehen im Organisationskreise 2. Der „Freigeist" in Reichenberg erscheint wöchentlich und hat gegenwärtig 6200 Exemplare Auflage. Vor der Wahlbewegung belief sich die Auflage auf 4500 Exemplare. Die Wahlagitation hat also auch hier einen bedeutenden Aufschwung mit sich gebracht. Das zweite Blatt erscheint in Gablonz seit 22. Oktober 1896. „Der Gebirgsbote" erschien am Anfange monatlich zweimal, gegenwärtig monatlich dreimal. Auflage 2300 Exemplare. Ferner haben wir in Reichenberg das Fachblatt der Textilarbeiter, die „Arbeiterpresse", mit einer Auflage von 3900 Exemplaren.

Geldgebahrung: Für Streikende und Gemaßregelte sind in den 13 Monaten eingegangen: Beim „Freigeist" fl. 3903·54, bei der „Arbeiterpresse" fl. 2282·62½; zusammen fl. 6186·16½. Dieser Betrag legt Zeugniß ab von der Opferwilligkeit unserer Genossen. Die Ausgaben sind jedoch größer als die Einnahmen, so daß noch ein Defizit von fl. 214 zu verzeichnen ist.

Auch der Wahlfonds hat ein Defizit, da uns der IX. Wahlkreis weit über fl. 1000 gekostet hat und die Einnahmen von dort sehr gering waren. In Bezug auf das Aufbringen der Gelder steht der Bezirk Reichenberg obenan. Der Agitations- und Inhaftirtenfonds hat ein kleines Saldo zu verzeichnen.

Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß sich im abgelaufenen Jahre einige neue Lokalorganisationen bildeten, und ist zu erwarten, daß in der kommenden Zeit noch weitere Fortschritte gemacht werden.

Kreis Teplitz-Saaz. Trotzdem unsere Partei im hiesigen Kreise sehr an Ausbreitung zugenommen, bleibt doch, was die Tiefe der Bewegung und die Organisation anbelangt, noch sehr viel zu wünschen übrig. Selbst bei den Vertrauensmännern der verschiedenen Organisationen ist das rechte Verständniß über die Form und das Wesen der Organisation unserer Partei noch nicht in genügender Weise vorhanden, was zum großen Theil Schuld daran trägt, daß der nachstehende Bericht sehr viele Lücken aufweist. Trotzdem kann aber konstatirt werden, daß es, wenn zwar nicht so rasch, aber doch vorwärts geht.

Laut Beschluß der letzten Kreiskonferenz bildet Aussig, welches früher zu uns gehörte, eine selbstständige Wahlkreisorganisation. Die Kreisorganisation Teplitz-Saaz umfaßt die Bezirksorganisationen Teplitz, Saaz, Kaaden, Brüx, Weipert und Komotau. Die Bezirksorganisation Teplitz besteht aus 24 Lokalorganisationen. Neugegründet wurden im verflossenen Jahre 7 Lokalorganisationen und 15 Vereine.

Von politischen Verfolgungen wäre zu berichten, daß einige Genossen zu kleineren Arreststrafen verurtheilt wurden. Die Verurtheilungen beschränken sich meist auf § 23 und Uebertretung des § 2 Vers.-G., doch ist ihre Zahl eine unbedeutende. In Komotau erfolgte auch eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung. Urtheil: Freispruch.

Streiks fanden im Teplitzer Bezirke statt: ein Schneiderstreik, ein Streik der Terracottaarbeiter bei Brüder Urbach, beide endeten mit dem Siege der Arbeiter. Die Maler errangen durch ihren Streik theilweise Erfolge, Verkürzung der Arbeitszeit und

Lohnerhöhung. Am 1. Mai 1896 wurden im Zuckmantler Walzwerke gegen 100 Arbeiter ausgesperrt. Die Firma Grohmann (Wisterschan) sperrte am 1. Mai 1897 20 Textilarbeiterinnen aus, nahm dieselben aber wieder auf. Die Tischler der Firma Reichmann errangen ohne Streik den Zehnstundentag. Bei dem Möbelfabrikanten Fuchs wurden 27 Arbeiter ausgesperrt, die Sperreverhängung von Seite der Arbeiter blieb erfolglos. Der Schuhmacherstreik in Teplitz verlief nur theilweise zu Gunsten der Arbeiter. Ebenso ging ein von den Unabhängigen provozirter Bergarbeiterstreik im Dux-Brüxer und Komotauer Revier verloren. Aus den auswärtigen Bezirken fehlen die Streik- und Boykottberichte.

An der Maifeier betheiligten sich 10.000 Personen. Bei den Reichsrathswahlen siegten wir in dem ganzen Teplitzer Landgemeindenbezirke, während Teplitz selbst in die Hände der Liberalen fiel. So weit die Berichte vorliegen, wurden im Bezirke Teplitz 12.578 Urwählerstimmen abgegeben, davon erhielt unsere Partei 7448, während der Rest sich auf die Deutschnationalen, Liberalen, Christlich-Sozialen und einige nationale Tschechen vertheilte. Bei der Hauptwahl stimmten Liberale und Deutschnationale gemeinsam **gegen** uns.

Im Komotauer Bezirke, wo uns die Agitation durch Chikanirungen von Seite der Bezirkshauptmannschaft unmöglich gemacht wurde, fängt es seit der Wahlbewegung ebenfalls an, lebendig zu werden. Die Bezirksorganisationen Komotau, Kaaden, Saaz und Weipert umfassen, soweit die Berichte vorliegen, 25 Lokalorganisationen. Der Kreis setzt sich demnach aus 49 Lokalorganisationen zusammen, was gegen das Vorjahr, wenn man in Betracht zieht, daß durch die Lostrennung von Aussig mehrere Lokalorganisationen, die früher zu uns gehörten, nicht mitgerechnet werden können, einen großen Fortschritt bedeutet. Im Erzgebirge allein, wo wir in letzter Zeit, und insbesondere während der Wahlbewegung, erfolgreich gearbeitet haben, gibt es 10 Lokalorganisationen und einen Bildungsverein mit über 200 Mitgliedern. Andere Vereine sind im Werden begriffen. Im Ganzen gibt es, so weit unser Ueberblick reicht, im Kreise 3 politische und 95 Gewerkschafts- und Bildungsvereine. Versammlungen wurden seit dem letzten Parteitage 154 von der Kreisvertretung beschickt, die § 2-Versammlungen und Wählerversammlungen nicht mit eingerechnet. Bemerkt sei noch, daß während des Wahlkampfes fast tagtäglich Versammlungen im Kreise stattfanden. Von den Versammlungen, die von der Kreisvertretung beschickt wurden, entfielen auf die Bezirke Teplitz, Dux 70, Saaz, Podersam 23, Komotau 8, Weipert, Kaaden 33, Brüx, Oberleutensdorf 9 und außerhalb des Kreises 11 Versammlungen. Diese 154 Versammlungen fanden in 95 Orten statt. Versammlungsverbote liegen die meisten aus dem Komotauer, Brüxer und theilweise Kaadener Bezirke vor. Auflösungen erfolgten die meisten im Kaadener und Weiperter Bezirke.

Die Maifeier verlief im Allgemeinen heuer großartiger wie im Vorjahre. Unter Anderem verdient Weipert (im Erzgebirge), wo heuer das erste Mal gefeiert wurde, genannt zu werden.

Bei der Reichsrathswahl wurden im ganzen Kreise 26.000 Urwählerstimmen abgegeben, wovon unsere Partei über 16.000 erhielt. Doch können auch diese Zahlen auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen, da viele Berichte ausblieben. Bei der Hauptwahl erhielt unser Kandidat von den 664 abgegebenen Stimmen 331, während er in der Stichwahl gegen den Deutschvolklichen mit 344 von 652 abgegebenen Stimmen als Sieger hervorging.

Als Kreisorgane gelten „Die Freiheit" und „Volksstimme"; dem letzteren Blatte wurde der Titel „Neue Freiheit" beigelegt. Die „Freiheit" erscheint monatlich dreimal und die „Neue Freiheit" je nach Bedarf ein- oder zweimal. Die Auflage des Blattes ist von 2000 auf 4800 gestiegen. Außerdem werden in Teplitz selbst über 300 „Arbeiter-Zeitungen", im ganzen Bezirke mindestens 500 verbreitet. Von anderen Blättern werden „Glühlichter", „Wahrer Jakob" und „Süddeutscher Postillon", zusammen im Teplitzer Bezirke 650, und von tschechischen Blättern „Sozialny Demokrat", „Rovnost", „Červanky", „Ženský List" und „Rasple", zusammen 200 Stück, verbreitet. Maifestschriften wurden im Teplitzer Bezirke 3500 und Arbeiter-Kalender 2500 verbreitet.

An Blocks wurden vom 2. März 1896 bis zum 26. Mai 1897 im Teplitzer Kreise fl. 347 ausgegeben, davon gingen fl. 194·36 baar ein. Außenstehende Forderungen sind fl. 152·72. Nach Wien wurden fl. 15 abgeliefert. Vom Wahlfonds wurden fl. 50 an den Zentralwahlfonds abgeführt. Daß von den eingenommenen Geldern so wenig nach Wien abgeliefert wurde, erklärt sich dadurch, daß viel für die Agitation verwendet werden mußte, zumal wir theilweise für den Leitmeritzer Bezirk, der zum Kreise Aussig gehört, die Agitation besorgen mußten und von dort kein Geld einlangte.

Kreis Aussig-Tetschen. Diese Organisation konstituirte sich erst zu Weihnachten 1896 als selbstständiger Kreis. Derselbe umfaßt 10 Bezirks- und 46 Lokalorganisationen. Konferenzen fanden statt: 2 Kreis- und 12 Bezirkskonferenzen. Politische Organisationen bestehen:

Aussig. Sozialdemokratischer Wahlverein mit 1300 Mitgliedern. Tetschen. Sozialdemokratischer Wahlverein „Friedrich Engels“ mit 120 Mitgliedern. Leitmeritz. Sozialdemokratischer Wahlverein mit 80 Mitgliedern. Böhmisch-Leipa. Politischer Verein mit 60 Mitgliedern. Bildungsvereine bestehen 15, Gewerkschaftsvereine 5. Nebstdem haben folgende Zentralverbände Filialen, resp. Ortsgruppen: Buchdrucker 3, Metallarbeiter 2, Drechsler 4, Bauarbeiter 3, Textilarbeiter 4. Die Eisenbahner hatten 4 sehr starke Ortsgruppen. (Aussig, Schreckenstein, Bodenbach, B.-Leipa), Maler und Lackirer 2. Nebstdem bestehen 3 internationale Turn- und Gesangvereine. Bergarbeiter-Zentralverband Karbitz, Lebensmittelbranche 1, Schuhmacher 1, Schneider 2, Weißgärber 1. Im großen Ganzen kann konstatirt werden, daß die Bewegung durch die Wahlen einen ungeahnten Aufschwung genommen hat. Es kamen in diesem Jahre 3 Bezirkskrankenkassen in unsere Hände (Tetschen, Niemes, Karbitz). Bei den Wahlen in die Bergbaugenossenschaften wurden auch durchwegs Kandidaten der Arbeiterpartei gewählt.

Politische Verfolgungen. Wegen Uebertretung des § 23 insgesammt fl. 65 Geldstrafe. Wegen Preßvergehen 14 Tage Arrest.

Presse. Als Kreisorgan erscheinen das „Volksrecht“ jeden 1., 2. und 4. Donnerstag und das „Neue Volksrecht“ jeden 3. eventuell 5. Donnerstag im Monat. Das „Volksrecht“ hat 4800, das „Neue Volksrecht“ 4600 Auflagen. Außerdem werden im Kreise zirka 500 „Arbeiter-Zeitungen“ und die diversen Fachblätter gelesen. Wir haben noch ein großes Feld zu bearbeiten, daß wir in rein ländliche Bezirke eindringen. Ueberall werden Versammlungen gewünscht, aber es fehlt an Referenten, so daß noch Vieles brach liegen muß.

Kreis Haida-Steinschönau. Zu dieser Kreisorganisation gehören 13 Organisationsbezirke. In diesem Kreise erscheinen zwei Parteiblätter, und zwar das Wochenblat. „Nordböhmischer Volksbote“ in Steinschönau und das dreimal im Monat erscheinende Blatt „Nordböhmische Volksstimme“ in Warnsdorf. Das erstere hat eine Auflage von 1800 und das letztere eine solche von über 2000. Eine Aenderung bei der hiesigen Kreisorganisation ist insofern im Laufe dieses Jahres eingetreten, daß Tetschen-Aussig-Leitmeritz eine eigene Kreisorganisation gebildet hat, zu welcher nunmehr auch die Bezirksorganisationen Niemes, Böhm.-Leipa und Bensen gehören.

Soweit die Berichte vorliegen, bestehen in unserem Kreise 45 politische Organisationen Arbeiter-Bildungsvereine bestehen 13, gemischte Gewerkschaften 2, gewerkschaftliche Organisationen 7, darunter der Fachverband der Glasarbeiter in Steinschönau mit 16 Ortsgruppen und einer Gesammtmitgliederzahl von 1300.

Konferenzen wurden abgehalten: 17 Bezirkskonferenzen, 1 Kreiskonferenz und eine Wahlkreiskonferenz. Soweit die Berichte reichen, wurden 52 Volksversammlungen und 137 § 2-Versammlungen abgehalten.

Die Maifeier konnte nur in einer Anzahl von Orten durch Arbeitsruhe durchgeführt werden; sie wurde aber durchwegs in der würdigsten Weise begangen. In Bensen-Franzensthal, wo die Arbeiter die Arbeitsruhe durchsetzten, hatte dies einen großen Streik der Textilarbeiter zur Folge, der nach monatelangem Kampfe mit einer Niederlage der Arbeiter endete.

Wegen Uebertretung des § 23 Pr.-G. wurde im Ganzen gegen 33 Personen die Anklage erhoben, die zumeist zu Geldstrafen bis zu fl. 10 verurtheilt wurden. Weiters wurden noch verurtheilt 1 Genosse in Oberpreschkau wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes und in Haida 4 Genossen zu je fl. 2 wegen „unerlaubten“ Sammelns von Geldern zu Parteizwecken.

In die Wahlagitation wurde im ganzen Kreise überall mit Erfolg eingegriffen, und zwar nicht nur in der fünften, sondern auch in der dritten und vierten Kurie. In dem Städtewahlbezirke Tetschen u. s. w. und in dem Landgemeindenwahlbezirke Böhm.-Leipa kamen die beiden Kandidaten unserer Partei, die Genossen Wedlich und Seibt, mit den deutschfortschrittlichen Kandidaten Kirschner und Fournier in die Stichwahl, und im Landgemeindenwahlbezirke Tetschen-Rumburg-Schluckenau entfielen auf Gen. Pernerstorfer 106 Wahlmännerstimmen. In der fünften Kurie (Wahlkreis Reichenberg) wurde Gen. Hannich mit 530 Wahlmännerstimmen, von 687 abgegebenen, gewählt.

Wählerversammlungen, sowie § 2-Versammlungen, die sich mit Wahlangelegenheiten befaßten, wurden sehr viele abgehalten; der Kandidat, Genosse Hannich, hat während der Wahlagitation in 56 Volks- und Wählerversammlungen gesprochen.

Neben dem „Nordböhmischen Volksboten“ werden noch 728 andere Parteiblätter gelesen.

Die von Gen. Josef Hannich verfaßte und vom „Nordböhmischen Volksboten“ verlegte Broschüre „Bauern merkt auf!“ wurde in einer Gesammtauflage von 10.000 hergestellt und auch vergriffen.

Bezüglich der Geldgebahrung sind nur aus einigen wenigen Organisationen Mittheilungen eingegangen, so daß ein Gesammtbericht nicht zu bringen ist. Aus den eingelaufenen Berichten geht nur das Eine hervor, daß die Kosten der Wahlagitation wesentlich von den einzelnen Bezirks- und Lokalorganisationen aufgebracht worden und daß jetzt hie und da noch Schulden vorhanden sind.

Schließlich muß noch mit besonderer Genugthuung hervorgehoben werden, daß durch die letzten Wahlen der Beweis erbracht worden ist, daß der sozialistische Gedanke in unserem Kreise schon sehr tiefe Wurzeln geschlagen hat, und zwar in Volksschichten, wo es am allerwenigsten zu erwarten war.

Kreis Schlesien. Seit dem letzten Parteitage erfolgten einige Neugründungen von Lokalorganisationen, sowie Umwandlungen von Bildungs- in allgemeine Gewerkschaftsvereine.

Was die Agitation anbelangt, so wurde dieselbe mit Anspannung aller Kräfte betrieben. Im I. schlesischen Wahlkreis (Troppau) wurde bereits im Juli, im II. (Teschen) im September energisch mit der Wahlagitation begonnen, und fanden zirka 300 Volks- und Wählerversammlungen und fast ebensoviele § 2- und Vereinsversammlungen statt, wobei beiläufig 10.000 Broschüren und 50.000 Wahlflugblätter verbreitet wurden. In Orten, die uns früher vollständig verschlossen waren, gewannen wir eine Menge Anhänger; auch die gewerkschaftliche Organisation machte erfreuliche Fortschritte, so daß fast sämmtliche Mitglieder der Organisationen der Gewerkschaft angehören.

Der 1. Mai wurde im Jahre 1896 mit theilweiser Arbeitsruhe in Troppau, Wigstadtl, Freudenthal, Freiwaldau, Odrau und Zuckmantel gefeiert. Geplante Umzüge wurden überall verboten; in Troppau wäre es bald zu ernsten Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. In genannten Orten fanden Volksversammlungen, Nachmittags- und Abendunterhaltungen statt. Nur die Jägerndorfer und Bielitzer Ausbeuter verhinderten durch die Androhung von Maßregelungen jede Arbeitsruhe, doch tagten auch hier Volksversammlungen, und fand in Jägerndorf eine Vorfeier mit Illumination in den Arbeitervierteln statt.

Politische Verfolgungen fanden in Folge der lebhaften Wahlagitation eine ganze Unzahl statt, und wurden uns solche aus jedem größeren Orte des Kreises gemeldet. Den Löwenantheil daran hat Jägerndorf. Die meisten betreffen § 23 P.-G. Es wurden diesbezüglich 58 Anklagen erhoben und erfolgten 40 Verurtheilungen mit einem Strafausmaß von 10 Tagen Arrest und fl. 89 Geldstrafe. Ferner eine Verurtheilung zu fl. 15 wegen § 491 Str.-G. Weiters eine Verurtheilung wegen Gendarmenbeleidigung zu fünf Tagen Arrest mit einem Fasttage. Auf mehrere Anklagen wegen § 300 Str.-G., sowie §§ 2 und 19, als auch §§ 4 und 26 des Vereins- und Versammlungsgesetzes erfolgte Freisprechung oder Einstellung. Wegen § 24 P.-G. erfolgte bereits eine Verurtheilung zu fünf Tagen Arrest und vier Freisprechungen. Sechs diesbezügliche Anklagen sind noch im Zuge.

Die Wahlbewegung erstreckte sich über die beiden schlesischen Wahlkreise, sowie über die Enklaven, welche zum VI. mährischen Wahlkreise gehören. Wir drangen dabei in Orte ein, in welchen bisher von unserer Bewegung noch keine Spur war, und wenn wir auch im I. schlesischen Wahlkreise unterlagen, so können wir doch mit Beruhigung sagen, wir haben die Ausbreitung unserer Ideen mächtig gefördert und überall Gesinnungsgenossen gewonnen. Im I. schlesischen Wahlkreise entfielen von 536 abgegebenen Wahlmännerstimmen 133 auf unseren Kandidaten. In der Bekämpfung unseres Kandidaten waren die Deutschnationalen, Czechen und Klerikalen „ein einig Volk von Brüdern".

Im II. schlesischen Wahlkreise stimmten die Bergarbeiterbezirke geschlossen für Genossen Cingr, der auch gewählt wurde.

Der lebhaften Agitation, namentlich während der Wahlbewegung, entsprechend, nahm die Verbreitung der Parteipresse einen sehr erfreulichen Aufschwung, und gilt dies namentlich von den politischen Blättern. Während zu Beginn der Berichtsperiode unser Landesorgan „Der Volksfreund" noch zu kämpfen hatte, steigerte sich seine Verbreitung im Kreise von Monat zu Monat, wobei noch hervorgehoben werden muß, daß ihm durch die „Volkstribüne", die sich einer besonderen Beliebtheit, speziell bei der Landbevölkerung, erfreut und deren Absatz noch bedeutender zunahm, das Feld strittig gemacht wurde.

Nach dem vorjährigen Berichte hat der Kreis 2860 politische und Fachblätter bezogen. Die Summe derselben beträgt jetzt 3500.

Als ein weiteres erfreuliches Zeichen muß der Beschluß der letzten ostschlesischen Konferenz in Teschen, ein polnisches Gewerkschaftsblatt zu gründen, angesehen werden; desgleichen stand auf der Tagesordnung der westschlesischen Konferenz in Troppau die Gründung eines polnischen Blattes für Schlesien. Wenn auch diese Pläne sich nicht allsogleich verwirklichen lassen, so dokumentiren sie immerhin einen Fortschritt.

Die Agitationskasse weist eine Einnahme von fl. 242·86, gegenüber einer Ausgabe von fl. 138·62 aus; fl. 52·76 wurden an die Parteivertretung abgeliefert. Der Zentralwahlfonds für den I. schlesischen Wahlkreis hatte eine Einnahme von fl. 868·91, Ausgaben fl. 680·81, darunter fl. 25·— an die Parteivertretung. Aus dem Reste sind noch Auslagen wegen Bestrafung nach § 23 und drei zu erwartende Strafen nach § 24 P.-G. zu bestreiten. Der Bielitzer Bezirk weist

eine Einnahme von . . . . fl. 725·80
und eine Ausgabe von . . . . „ 850·—

aus. Die Einnahmen der anderen Bezirksorganisationen weisen eine Höhe von zirka fl. 1700·— auf, welche durch den Wahlkampf vollständig verbraucht wurden; zumeist sind noch Defizite zu decken. Den Hauptantheil an den Einnahmen des Zentralwahlfonds haben wir der unermüdlichen Thätigkeit unseres Kandidaten Genossen Dr. Wilh. Ellenbogen zu verdanken.

Außer den direkt von den einzelnen Organisationen für gewerkschaftliche Zwecke eingesammelten Beträgen weist die gewerkschaftliche Zentrale Troppau für diese Zwecke eine Summe von fl. 1612·49 aus, darunter fl. 1000 von den Buchdruckern Troppaus.

Kreis Westgalizien. Allgemeiner Bericht. Die sozialistische Bewegung in Galizien ist im letzten Jahre um ein beträchtliches Stück vorwärts gekommen. Nicht nur, daß die innere Organisation fester, kräftiger geworden, auch die Ausbreitung der Bewegung bis zu jenen Schichten, die vom Sozialismus noch gar nichts wußten, ist ein erfreuliches Zeichen des Wachsthums und der Lebensfähigkeit unserer Partei. Das Jahr 1896 war ein Jahr des Kampfes nach allen Seiten hin. Diese Kraftprobe hat die Partei glänzend bestanden und in heißem Ringen erstarkte die Bewegung.

Da war in erster Linie ein Kampf auf Leben und Tod mit den mächtigen Klerikalen, ein eigenthümlicher Kampf, der einen unverhofften Ausgang nahm. Als die Stanczykenpartei das Anwachsen der sozialistischen Bewegung sah, begann sie einen Höllenlärm zu schlagen und mobilisirte alle himmlischen und irdischen Mächte gegen die Sozialdemokraten. Zuerst wurden die Zeitschriften verboten. Dann wurde ein großer Katholikentag nach Lemberg berufen und die Sozialdemokratie feierlichst „vernichtet". Die Vernichtung stimmte bis auf die Wirklichkeit. Dann versuchte man klerikale Arbeitervereine zu gründen und eine „christliche" Arbeiterbewegung zu konstruiren als Antidotum gegen das sozialistische Gift. Es war ein gewagtes Stück, in Galizien einen Kampf gegen die Ecclesia militans zu unternehmen. Die Bevölkerung war ja seit jeher gehetzt und verpfafft, außerdem tief religiös. Die Partei nahm nur ungern den Kampf auf, der ihr aufgedrängt worden ist. Es war aber ein frisch-fröhlicher Kampf, reich an humoristischen Episoden, mitunter aber auch an tragischen Zwischenfällen.

Der Klerus griff nun zum äußersten Mittel: zu Bannflüchen. Ganz wie im Mittelalter wurden gegen Führer der oppositionellen Bewegung gräßliche Flüche geschleudert. Sie hatten den Zweck, dieselben vor den Bauern und Arbeitern unmöglich zu machen. Jeden, der die verbotenen Schriften las oder gar an sozialistischen Versammlungen theilnahm, traf die Exkommunikation . . . Der Jesuit Zalenski erklärte, es werde einfach Jeder verflucht werden, der für den Sozialisten stimmen wird. Den kirchlichen Verfügungen reihte sich der Druck der Behörden an — das „brachium saeculare". Versammlungen wurden unter den lächerlichsten Gründen verboten. Bald herrschte im ganzen Lande Cholera, bald drohten alle Versammlungslokal umzufallen, bald war es die Nähe einer Kirche oder eine späte Nachtstunde, die zum Verbote führte. Besonders zeichnete sich im Ersinnen von „Gründen" der Krakauer Bezirkshauptmann Laskowski aus. Er kam einmal zu den Bauern, verbrannte ein Stück Papier und fügte bei: „So werden Euere Seelen brennen, wenn Ihr die verfluchten Sozialisten nicht aus dem Dorfe hinauswerft!" Die Bauern schauten zu und staunten, warfen aber die Sozialisten doch nicht hinaus.

Es müßte der ganze Mechanismus einer Bauernseele analysirt werden, um zu begreifen, warum sie, trotz des unerhörten Terrorismus, der angestammten Religiosität oppositionell blieb. Der Kampf mit dem Klerus hatte schon diesen ungeheueren Erfolg, daß die Bevölkerung die Religion von ihren offiziellen Vertretern unterscheiden lernte, Begriffe von den Personen.

Die Bannflüche haben ihre Wirkung versagt. Die klerikalen Versammlungen mißlangen kläglich. Die Bauern in Oswiecim z. B. warfen den Herren Czecz und Chotkowski klerikale Flugschriften ins Gesicht. Ganz Westgalizien gerieth in Aufruhr. Ueberall regten sich die armen, geknechteten Bauern. Es war eine elementare Bewegung und das ganze Land erdröhnte von Versammlungsreden.

Als der Klerus seine Pläne scheitern sah, sann er auf niedrige Rache. Den armen Leuten wurde die Absolution verweigert. Von der Kanzel herab erschollen politische Hetzreden gegen den Sozialismus. Und wenn ein Anwesender dagegen zu prote-

stiren wagte, flugs ward er wegen Gotteslästerung angeklagt. Wie man einen armen Teufel zu Tode hetzen kann, beweist z. B. folgende Geschichte. Ein gewisser Isidor Michno, Krämer in Czernichow, war schon lange wegen seiner oppositionellen Gesinnung von Gendarmen des Laskowski und Pfaffen verfolgt. Eines Tages kam zu ihm Laskowski selbst und sperrte ihm die Handlung, nachdem er ihm die Lizenz ohne jedweden Grund abgenommen hatte. Der arme Michno reiste zum Badeni, versuchte alle möglichen Mittel — Alles umsonst. Ehe er zu seinem Rechte kam, starb er an einem Herzfehler und hinterließ eine arme Frau sammt Kindern. Die Herren rächten sich auch nach dem Tode. Dem Michno wurde die christliche Bestattung versagt, weil er Sozialist gewesen ist. Die Arbeiter und Bauern trugen den Sarg selbst zum Friedhof. Anstatt der Kirchenlieder erschollen — die Klänge der „Rothen Fahne". Das war eine imposante Demonstration, und die Klerikalen knirschten vor Wuth.

Gegen die sozialdemokratischen Zeitschriften wurden von Geistlichen, die angegriffen worden sind, Tendenzprozesse angestrengt. Zwei von denselben gelangten zur traurigen Berühmtheit. In dem ersten (Fall Migdal) hatte unser Redakteur vom „Naprzod" den Wahrheitsbeweis erbracht und ist von den bürgerlichen Geschworenen doch verurtheilt worden. Im anderen (der Fall Chudyba) mußte der Gerichtshof das Verdikt der Geschworenen aufheben, da es den einfachsten Gerechtigkeitsbegriffen zuwiderlief. Darauf zog Pater Chudyba schnell seine Klage zurück.

Die Wahlbewegung bildete den Kulminationspunkt des ganzen Feldzuges. Kaum waren die Wahlen ausgeschrieben, da stürzten sich die Genossen fieberhaft an die Arbeit. Ganz Galizien wurde durchstöbert, Versammlungen abgehalten an Orten, wo weder der Starost, noch die Leute etwas von der Konstitution wußten. Es gab einen Kampf nach zwei Fronten: einen gegen Klerikale und Schlachzizen, den anderen gegen die Volksparteiler. Die letzteren waren politische Zwitter, die Wasser in ihren Oppositionswein gossen und der Schlachta eine molluskenartige Opposition machten; es war eine Opposition mit konservativem fadenscheinigen Programm, eine Opposition ohne Temperament, ohne Energie. Vor den Wahlen machten sich die Herren sehr breit und schimpften weidlich gegen die Sozialdemokraten, wobei sie ihre Argumente von den Jesuiten herliehen. Die Vielweiberei, Theilung, Gottlosigkeit 2c. spielte dabei eine große Rolle. Unsere Partei rückte ihnen energisch an den Leib, indem sie eine praktische Agitation unter der bäuerlichen Bevölkerung anfing.

Das Resultat der Wahlen bewies, daß große Massen von Bauern sich offen zum Sozialismus bekennen. Ueberall fanden unsere Agitatoren bei den Bauern eine freundliche Aufnahme. Die Klerikalen und Volksparteiler erlitten eine eklatante Niederlage Besonders heiß war der Kampf im Krakauer Wahlkreise. Die größte und wichtigste Aufgabe der Partei nach den Wahlen ist, die Organisation, die sich in den heißesten Kämpfen bewährt hat, weiter auszubauen und das rohe Material, welches bei den Wahlen der Partei zugeführt worden ist, zu organisiren und zu sichten. In letzter Zeit macht sich eine starke gewerkschaftliche Bewegung bemerkbar.

Agitation. Im Jahre 1896 wurden 78 politische Volksversammlungen abgehalten, wovon 12 verboten und mehrere aufgelöst wurden. Außerdem fanden 57 Vereinsversammlungen und zirka 300 § 2-Versammlungen statt. Im Jahre 1897 bis zum 1. Mai fanden statt: 26 politische Volksversammlungen (wovon 3 verboten), 32 Vereinsversammlungen und zirka 60 § 2-Versammlungen.

Nach dem großen Streik in Mährisch-Ostrau erlahmte auf einige Zeit die Bewegung in Schlesien unter den polnischen Arbeitern. Wie aber die Wahlen bewiesen haben, sind die sozialistischen Ideen ein Gemeingut der dortigen Arbeiterschaft geworden; die Organisation blühte seit dieser Zeit mächtig auf. Es herrscht dort ein großer Mangel an geeigneten agitatorischen Kräften.

Es fanden statt: 3 politische Landeskonferenzen, 2 gewerkschaftliche. Zum internationalen Sozialistenkongreß in London wurde ein Delegirter geschickt.

Wahlbewegung. Zusammen wurden 303 Wählerversammlungen abgehalten. Hievon fallen auf den Wahlkreis Krakau 183, Wadowice 32, Tarnów 45, Neu-Sandez 37, Rzeszow 9.

An Flugschriften wurden zirka 200.000 in Stadt und Land verbreitet. Während der Wahlperiode wurde ein besonderes Blatt, die „Gazeta wyborcza", herausgegeben. Für die Bauern wurde ein Blatt „Prawo ludu" gegründet.

Die Resultate waren überraschend. Im Krakauer Wahlkreise erhielt der sozialistische Kandidat Daszynski 22.214 Stimmen, der Volksparteiler Mikolajski 3515, der Fürst Poninski 3110. Es waren also 74 Percent der abgegebenen Stimmen sozialistisch.

Im Wahlkreis Neu-Sandez erhielt Gen. Misiolek 149 Stimmen, wovon 26 wegen orthographischen Fehlers als ungiltig erklärt wurden. In Wadowice bekam Gen. Englisch 16 Stimmen und in Tarnow Genosse

Sulczewski 55 Stimmen. Wenn keine Wahlmißbräuche vorgekommen wären, würde das Stimmenverhältniß für unsere Kandidaten sich beiweitem günstiger gestalten.

Der Wahlfonds weist auf:

Einnahmen	fl. 3836·89
Ausgaben	„ 3843·73
Defizit	fl. 6·84

Die Maifeier wurde im Jahre 1896 folgendermaßen durchgeführt: 1. Krakau: Totale Arbeitsruhe, Versammlung unter freiem Himmel mit 9000 Theilnehmern. Nachher eine imposante Straßendemonstration. Nachmittags ein Volksfest. 2. Podgorze: Volksversammlung mit 400 Theilnehmern. 3. Bochnia: Arbeitsruhe, Volksversammlung. 4. Tarnow: Arbeitsruhe, Versammlung verboten. 5. Biala: Versammlung verboten. 6. Neu-Sandez: Abends Volksversammlung. 8. Ostrauer Gruben- und Hüttenrevier: Theilweise Arbeitsruhe, zwei polnische Versammlungen unter freiem Himmel.

Im Jahre 1897 ist die Maifeier noch glänzender ausgefallen. Außer den oben angeführten Ortschaften feierten zum ersten Male die Bergarbeiter in Jaworzno (2500) und die Arbeiter in Szczakowa. In Krakau wohnten der Versammlung 15.000 Leute bei. In vielen Dörfern bei Krakau und Podgorze feierten auch die Bauern. In Neu-Sandez fanden zwei Versammlungen statt, in Tarnow wurden sie verboten. In Szczakowa kam es zu einem Zusammenstoße mit Dragonern.

Organisation. In Westgalizien existiren: 1 politischer Verein „Proletariat", 7 Bildungsvereine, 27 Gewerkschaftsvereine. In Polnisch-Schlesien existiren 19 Gewerkschaften und Ortsgruppen für polnische Arbeiter. Eine ganze Reihe von Fachvereinen ist im Werden begriffen. Die galizische Statthalterei macht bei der Genehmigung der Statuten ungeheuere Schwierigkeiten. Es kamen Fälle vor, wo gleichlautende Statuten binnen einer Woche einmal abgewiesen, das andere Mal genehmigt worden sind. Doppelte Buchführung!

Presse. Wir haben in Westgalizien: 1. Das Wochenblatt „Naprzod" (Auflage 2500 Expl.). 2. Das Bauernblatt „Prawo ludu", das vortreffliche Dienste in der ländlichen Agitation leistet und nach sechs Monaten Existenz 1200 Abnehmer findet, was im Lande der Analphabeten viel bedeutet. Außerdem erscheint die wissenschaftliche Monatsrevue „Die Kritik". Als Fachorgan der Eisenbahner erscheint in Krakau in polnischer Sprache der „Kuryer kolejowy" zweimal wöchentlich. Auflage 1300 Exemplare.

Parteiliteratur. Es wurden herausgegeben in Krakau folgende Broschüren: 1. Kann ein Katholik Sozialist sein? (Auflage 6000). 2. Arbeiterkalender (5000). 3. Der Bauernbesitz in Galizien (1000). 4. Die Stola- und Kirchengebühren (6000). 5. Der erste Mai (4000). 6. Die galizischen Wahlen vor dem Parlament (6000). 7. Reichsrathswahlordnung (2000).

Außerdem wurde bei verschiedenen Anlässen eine Unmasse von Flugschriften und Tausende von polnischen Agitationsbroschüren kolportirt.

Politische Verfolgungen. Man müßte eine ganze Abhandlung schreiben über die Art und Weise der politischen Verfolgungen in Galizien. Die Ziffer der Verurtheilungen beläuft sich auf 14 Monate, 2 Wochen und 2 Tage. Die Untersuchungshaft dauerte 21 Monate und 3 Wochen. Die Polizeistrafen betrugen 19 Tage. Es geschah oft, daß Leute wegen Uebertretung des § 23 in Ketten ins Gefängniß abgeführt wurden. Nach den großen Streiks im Sommer 1896 sind mehrere Arbeiter wegen Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit angeklagt, monatelang in Untersuchungshaft gesessen, dann freigesprochen worden. Die Regierungsorgane und Gerichte im Bezirk Chrzanow z. B. anerkennen bis zum heutigen Tage keine § 2-Versammlungen. § 2 V.-G. ist hieramts unbekannt . . .

An den Verfolgungen während der Wahlperiode ist größtentheils die polnische Schlachzizenpresse, die wohl die dümmste und verlogenste in ganz Europa ist, schuld.

Die oben angegebenen Ziffern sind wohl nicht der vierte Theil aller Verurtheilungen. Eine genauere Statistik war unmöglich, da die Bauern, die verurtheilt worden sind, in der Regel darüber keine Nachrichten gaben.

Geldgebahrung war im Jahre 1896 folgende:

	Einnahmen	Ausgaben
Preßfonds	fl. 5042·03	fl. 4935·07
Agitationsfonds	„ 1430·07	„ 1084·50
Inhaftirtenfonds	„ 307·28	„ 335·75
Zusammen . . .	fl. 6779·38	fl. 6355·32

Im ersten Quartal 1897 betrugen die Gesammteinnahmen fl. 1557·79. Gesammtausgaben fl. 1534·01.

Kreis Ostgalizien. Unter dem Einflusse der Wahlbewegung hat sich die Agitation in unserem Kreise vertieft. Wir sind in Kreise gedrungen, zu denen wir bisnun trotz der größten Anstrengung nicht kommen konnten. Die nichtqualifizirten Arbeiter, die Hausmeister, Kutscher und Diener, konnten mit gewöhnlichen Agitationsmitteln aus ihrem politischen Indifferentismus nicht aufgerüttelt werden; erst die starken Wellen der Wahlbewegung hatten sie mitgerissen. Es ist uns auch gelungen, unter den Bauern Anhänger für unsere Prinzipien zu gewinnen und deren Zahl steigt stetig. Die Badeni'sche Wahlreform hat hier ihre Glanzseite, sie hat uns gezwungen, unter die Bauern zu gehen, die Agitation auf dem flachen Lande mit größtem Eifer und Ernst zu betreiben, und der Erfolg spricht dafür, daß die Bauern für unsere Partei zu gewinnen sind. Auch örtlich hat sich der Spielraum unserer Thätigkeit erweitert. Die Zahl der Organisationsbezirke ist im letzten Jahre von 5 auf 11 gestiegen. Besonders müssen wir hervorheben, daß es uns gelungen ist, in Drohobycz, dem bedeutendsten Industriebezirke Ostgaliziens, festen Fuß zu fassen.

Agitation. Im Kreise Ostgalizien wurden vom 1. April 1896 bis 30. April 1897 360 Volksversammlungen abgehalten, welche theils vom Landeskomité, theils durch Lokalkomités einberufen wurden und in denen hauptsächlich polnisch, aber auch, den Bedürfnissen entsprechend, ruthenisch und jüdisch referirt wurde. Die Referenten werden nach den meisten Orten aus Lemberg entsendet.

Die Maifeier. Am 1. Mai 1896 herrschte eine beinahe vollständige Arbeitsruhe. Es feierten einmüthig die Bauarbeiter, Tischler, Schlosser, Spengler und Bäcker, Christen wie auch Juden, nur die wenigen Mitglieder katholischer Gewerksvereine machten eine Ausnahme, und in der Hausindustrie und im Kleingewerbe, wo der Meister mit seiner Familie sammt einem oder zwei Gesellen arbeitet, ging die Arbeit ununterbrochen fort. Die Buchdrucker feierten theilweise. Es wurde ein stark besuchtes Massenmeeting und ein imposanter Straßenumzug veranstaltet. In den Städten war Militär konsignirt. In Jaroslau, Sambor, Drohobycz, Brody und Tarnopol fand keine Maifeier statt.

Politische Verfolgungen machten sich ganz besonders in Przemysl und Stryj geltend. Beide Organisationsbezirke haben jedoch den Ansturm glücklich überstanden und erweisen sich, nachdem man sich von der Zweckwidrigkeit dieser Kampfesart in den betheiligten Kreisen gehörig überzeugt hat, als durch den Druck gestärkt und gestählt. Wir haben keine genaue Statistik der Verfolgungen zur Hand, wissen aber erfahrungsgemäß, daß drei- bis viermal so viel Untersuchungshaft als Strafe verhängt wird. Zwei bis drei Tage Arrest nach zwei bis drei Monaten Untersuchungshaft sind ganz gewöhnliche Erscheinungen.

Die Wahlbewegung erforderte die Anspannung aller Kräfte, und wir können ohne Uebertreibung behaupten, daß wir unsere Pflicht erfüllt haben. Im Wahlkreise Lemberg (hier deckt sich Wahlkreis und Agitationsbezirk) hat Gen. Kozakiewicz 9434 von 14.930 Stimmen erhalten. In den übrigen Bezirken haben wir, um die Agitation besser führen zu können, Kandidaten aufgestellt. Von einer Zählung der Stimmen kann aber bei der bekannten ostgalizischen Wahlmacherei und den Niederträchtigkeiten der indirekten Wahlen keine Rede sein. Nehmen wir aber die Zahl und den Besuch unserer Versammlungen und die Stimmung der Bevölkerung zum Maßstab, so müssen wir sagen, daß die Städe uns gehören und die Bauern zum großen Theile zu uns hinneigen.

Die Kosten dieser Agitation für Ostgalizien, insoferne sie durch unsere Kreisorganisation bedeckt wurden, belaufen sich auf fl. 1210, zu deren Bedeckung wir fl. 579 Schulden einziehen mußten.

Die Presse. Das polnische Parteiorgan für Ostgalizien „Robotnik" erschien dreimal monatlich in 1500 Exemplaren. Seit dem 1. Mai 1897 erscheint der „Robotnik" als Wochenblatt und in vergrößertem Umfange.

Vom Oktober 1896 angefangen geben wir das „Jüdische Volksblatt" heraus, welches im jüdischen Jargon mit hebräischen Lettern gedruckt, zweimal des Monats in 1200 Exemplaren erscheint und äußerst stark gelesen wird. Wir machten den Versuch, ein ruthenisches Parteiorgan, den „Robotnik" (zweimal monatlich) herauszugeben, er ist jedoch eingegangen und wir gedenken so bald als möglich ein neues ruthenisches Bauernorgan zu gründen. Ueberdies besitzen die Buchdrucker ein eigenes Fachblatt „Ognisko".

Geldgebahrung. Seit dem Grazer Kongresse bis zum 30. Dezember 1896 hatten wir im Agitationskreise Ostgalizien:

	Einnahmen Gulden
Vom Preßfonds	1160·59
„ Agitationsfonds	294·17
„ Fonds für politisch verfolgte Genossen	71·37
Summe aller Einnahmen vom April bis Dezember 1896	1526·13

Für das erste Quartal des Jahres 1897 gestaltet sich die Geldgebahrung folgendermaßen:

	Einnahmen Gulden	Ausgaben Gulden
Preßfonds	594·61	594·90
Agitationsfonds	75·44	60·99
Verfolgtenfonds	23·47	28·65
Summe	693·52	684·54

Kreis Bukowina. Organisation. Nachstehender Bericht ist der erste, den wir von der Bukowina dem Parteitag unterbreiten können. Die kleinen Organisationen, welche bis zu Anfang des Jahres 1896 in der Bukowina bestanden, waren mehr zur Vereinsmeierei angelegt, als dazu, die Mitglieder zu klassenbewußten Arbeitern heranzubilden. Erst in der am 6. Jänner 1896 abgehaltenen Konferenz der in Czernowitz bestehenden Vereine wurde ein Organisationsplan ausgearbeitet, welcher in der Gründung des allgemeinen Gewerkschaftsvereines zum Ausdruck kam. Fachorganisationen sind hier in der Bukowina darum nicht möglich, weil nur Kleinindustrie herrscht und somit nur eine geringe Zahl von Arbeitern eines Industriezweiges vorhanden sind. Große Schwierigkeiten bilden aber auch einerseits die sprachlichen Verhältnisse, da zu einer jeden Versammlung drei bis vier Referenten nöthig sind, andererseits aber das tiefe Bildungsniveau, welches einem schnelleren Vorwärtsschreiten der Organisation als hindernd im Wege steht. Im August 1896 gelang es uns, mit einigen Provinzgenossen in Fühlung zu kommen und so konnten wir darangehen, einen Parteitag der Bukowinaer Sozialdemokraten abzuhalten, bei welchem die Bukowina in zwei Organisationsbezirke getheilt wurde: 1. Czernowitz mit Sadagora, Wižnitz und Kotzmann, 2. Radautz, Suczawa, Gurahumora und Kimpolung. Durch die Gründung des allgemeinen Gewerkschaftsvereines ist es uns gelungen, in mehreren Provinzstädten Ortsgruppen des genannten Vereines zu gründen, und zwar: Suczawa, Radautz, Wižnitz, Gurahumora, Kimpolung, Storoczynetz, Russisch-Moldawitza und Sereth. In dieser Organisation sind durchwegs männliche industrielle Arbeiter, deren Zahl 800 beträgt. Von einer Frauenorganisation kann hier nicht gesprochen werden. In einzelnen Orten beginnen sich auch die Feldarbeiter zu regen. Es fand auch schon eine von den Feldarbeitern einberufene Volksversammlung statt, an der sich mehrere Tausend Feldarbeiter, die von uns Rath und Hilfe gegen die Ausbeutung begehrten, betheiligten.

Die Agitation ist, so weit als es die finanziellen Verhältnisse zuließen, stark entwickelt worden. In 72 Volksversammlungen, 29 § 2-Versammlungen und 21 öffentlichen Vereinsversammlungen wurden die Ziele unserer Partei den Theilnehmern klargelegt. Verboten und aufgelöst wurden je eine Versammlung.

Die Maifeier im Jahre 1896 wurde von den Arbeitern in Czernowitz in würdiger Weise begangen; mehr wie die Hälfte der Arbeiter ließen die Arbeit ruhen und begaben sich zur Volksversammlung, deren Betheiligung 400 Personen zählte. An der geselligen Zusammenkunft und Abends an dem Einzug, welcher mit Musik und Lampions in die Stadt erfolgte, nahmen gegen 3000 Personen theil.

Politische Verfolgungen. Die politischen Verfolgungen haben 24 Stunden Arreststrafen und fl. 29 Geldstrafe nach sich gezogen und waren die Verurtheilten durchwegs Opfer des § 23 P.-G.

Wahlbewegung. Die Wahlbewegung wurde mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln betrieben. In 51 Wählerversammlungen haben wir das Programm unserer Partei entwickelt und es zeigte sich ein großer Theil der Versammelten für unsere Prinzipien empfänglich. In Czernowitz waren unter den 108 gewählten Wahlmännern 94 sozialdemokratischer Gesinnung. In der Provinz blieben in Folge des Druckes der behördlichen Organe unsere Wahlmänner in der Minorität. In der Bukowina wurden im Ganzen zirka 1200 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Die Einnahmen für Wahlzwecke betrugen fl. 297, die Ausgaben fl. 350.

Presse. Mit 1. Jänner 1897 hat die Kreisvertretung dem ihr zugetheilten Auftrag des Bukowinaer Parteitages Rechnung getragen und hat eine vierzehntägig periodisch erscheinende Druckschrift mit dem Titel „Volkspresse“ herausgegeben, deren Auflage 600 Exemplare beträgt.

Kassagebahrung. Die Einnahmen für Organisationszwecke, welche durch Blocks und Sammlungen aufgebracht wurden, betrugen fl. 160·18½, denen Ausgaben in der Höhe von fl. 159·58 gegenüberstehen.

Mit diesem glauben wir unseren Bericht schließen zu können und versprechen, an dem begonnenen Werke rastlos und unermüdlich weiterzuarbeiten. Unsere Organisation ist noch sehr jung, aber in steter Entwicklung begriffen, und hoffen wir, sie im Laufe der Zeit vollständig auszubauen.

Einnahmen für den Agitations-, Inhaftirten- und Wahlfond.

Inland.	fl.
Altroblau	6.—
Altstadt	3.—
Amstetten	1.—
Augenthal	1.70
Aussig	25.—
Baden	1.—
Biedermannsdorf	—.50
Bielitz	45.—
Bludenz	4.—
Bodenbach	5.—
Böhmisch-Kamnitz	5.—
Braunau	1.10
Brünn	110.18
Deutsch-Altenburg	—.10
Donaufeld	2.72
Dornbirn	31.—
Ebreichsdorf	3.—
Eger	10.—
Elbogen	5.80
Enzersdorf	1.—
Falkenau	20.—
Feldkirch	4.—
Floridsdorf	46.98
Fohnsdorf	20.—
Freiwaldau	15.—
Friedeck	1.28
Fulnek	50.86
Gmunden	22.—
Göding	2.—
Graz	187.30
Grottau	1.04
Gugging	—.20
Hacking	1.—
Hallein	15.—
Innsbruck	140.50
Ischl	36.—
Jägerndorf	112.49
Karlsbad	25.
Klostergrab	3.36
Klosterneuburg	3.93
Knittelfeld	16.50
Kratzau	7.—
Krumau	10.—
Kufstein	4.—
Liesing	1.28
Lilienfeld	1.25
Linz	26.—
Mannersdorf	2.50
Meran	7.—
Mödling	5.97
Nachod	50.—
Neutitschein	2.25
Nikolsburg	8.06
Odrau	201.84
Olbersdorf	1.—
Perchtoldsdorf	1.83
Pilsen	20.—
Prag	6.50
Prerau	8.—
Purkersdorf	1.—
Fürtrag . fl.	1352.02

	fl.
Uebertrag .	1352.02
Radautz	3.60
Rankweil	5.—
Reichenberg	230.—
Ried	6.—
Salzburg	56.10
Schärding	3.—
Steinschönau	47.40
Steyr	61.87
St. Lambrecht	1.60
St. Veit a. d. Glan	4.—
Teplitz	65.—
Tetschen	47.—
Tobitschau	—.50
Trebitsch	2.50
Triest	16.51
Troppau	15.—
Villach	78.89
Vordernberg	1.20
Warnsdorf	4.—
Wels	7.—
Weyer	8.—
Wien	14.158.80
Witkowitz	2.50
Znaim	5.10
Zwittau	7.62
Ausland.	
Berlin	5.—
Berlin, Deutsche Parteivertretung	5878.75
Belgische Parteivertretung	357.38
Bern	85.16
Brüssel	23.85
Budapest	43.19
Bukarest	80.99
Frankfurt a. M.	7.05
Genf	23.85
Gent	7.34
London	71.84
Luxemburg	280.47
Paris	194.83
Rußland	50.—
Sarajevo	8.—
Sassony	2.—
Stuttgart	50.—
Winterthur	223.96
Zürich	14.32
Andere Einnahmen.	
Wahlfondsblocks direct	200.—
Gemeinderathswahlfond (Ueberschuß)	263.62½
Anschaffungskosten für Blocks	153.57
Rückzahlung von Darlehen	150.—
Retour vom Wahlfond	65.—
Beitrag der czechischen Genossen für den Londoner Bericht	25.20
Thiergartenkarten	390.—
Broschüren-Konto	2015.29
Altes Broschüren-Konto	20.—
Maifond	1884.03
Summe . fl.	30.467.46½

Erster Verhandlungstag am 6. Juni 1897.

Eröffnung des Parteitages.

Vormittagssitzung.

Gen. Popp eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 35 Minuten.

Werthe Parteigenossen! Im Namen der Parteivertretung begrüße ich Sie und eröffne den sechsten Parteitag, der einberufen ist von den Exekutivkomités sämmtlicher Nationen, und ich begrüße deshalb auch die Genossen aller Nationen, die sich hier aus dem ganzen Reiche eingefunden haben.

In Prag hatten wir noch zu berathen, wie wir uns beim Zustandekommen des neuen Wahlgesetzes in der Wahlbewegung verhalten sollen.

Heute zeigt es sich deutlich, daß wir bedeutende Fortschritte gemacht haben. Das letzte Jahr war ein Jahr der Arbeit für unsere Parteigenossen, die — wir können das mit Stolz sagen — auch zur Befriedigung der gesammten Partei geleistet wurde.

Im letzten Jahre, seit dem Prager Parteitag mußten unsere Organisationen umgewandelt und Wahlkreisorganisationen gebildet werden. Die Umwandlung ist mit einer Raschheit und Promptheit geschehen, die unseren Parteigenossen gewiß alle Ehre gemacht hat. Die Wahlbewegung selbst ist zum Theil zur größten Befriedigung der Partei ausgefallen. Es zeigte sich, daß unsere Ideen in Orte eingedrungen sind, von denen wir früher gar nicht gewußt haben, daß dort Parteigenossen hausen. Es sind eine ganze Reihe Wahlmännerwahlen in Orten zu unseren Gunsten ausgefallen, von denen wir nicht dachten, daß dorthin überhaupt die Idee des Sozialismus gedrungen sei. Leider ist die Wahl in Niederösterreich, wo direkte Wahlen eingeführt sind, welche am 9. März stattfand, zu Ungunsten der Partei und der Organisation Niederösterreichs ausgefallen. Trotzdem hat sich jedoch gezeigt, daß wir nicht umsonst gearbeitet haben. Die Zahl der Stimmen, die von unseren Parteigenossen in Wien aufgebracht wurden, ist gewiß eine imposante. Auch das Land Niederösterreich hat somit seine Schuldigkeit gethan. Wenn wir aber unterlegen sind, ist nicht schuld daran, daß die Organisation schwach war, sondern der Umstand, daß unsere Gegner die ganze Verwaltung in der Hand hatten und dieselbe in rücksichtslosester Weise zu ihren Gunsten mißbraucht haben. Als dann die Wahlen in der Provinz begannen, haben wir mit Bangen auf die Resultate gewartet. Wir haben nun trotz der ungeheuer großen Wahlkreise, die von den einzelnen Organisationen nicht beherrscht werden konnten, und trotz der raffinirten Wahlgeometrie vierzehn Abgeordnete ins Parlament gebracht. Wir sind mit diesem Momente, mit diesem Siege eine parlamentarische Partei geworden, wir haben eine parlamentarische Vertretung, und das ist die Bedeutung des letzten Jahres für die österreichische Sozialdemokratie. Damit ist eine Wendung in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung eingetreten. Unsere Abgeordneten, die sich hier befinden, und die ich mir ausdrücklich zu begrüßen erlaube, werden jetzt die Arbeit, die bisher nur außerhalb des Parlaments gemacht werden mußte, im Parlament selbst machen müssen. Sie werden im Parlament immer die Interessen des Proletariats vertreten müssen, und die Arbeit der Partei wird darin bestehen, die Forderungen, welche unsere Abgeordneten im Parlament erheben, von außen zu unterstützen. Der heutige Parteitag, der sich nicht allein mit

agitatorischen und organisatorischen Fragen, sondern zum ersten Male auch mit der parlamentarischen Thätigkeit zu beschäftigen haben wird, hat in Folge dessen eine große Bedeutung. Es soll den Abgeordneten gewissermaßen eine Richtschnur gegeben werden. Sie haben trotz der außerordentlich schwierigen Lage gethan, was sie thun konnten. Der Parteitag soll feststellen, was im Herbste im Parlament und was bis dahin außerhalb des Parlaments geschehen soll, und mit dem Wunsche, daß wir das Richtige treffen, begrüße ich Sie im Namen der Parteivertretung bei dem heutigen sechsten Parteitage und erkläre denselben für eröffnet.

Wir werden in erster Linie zu den geschäftlichen Verhandlungen schreiten müssen, und da bitte ich Sie, zuerst einen Vorschlag für die Wahl des Präsidiums zu machen.

Gen. Schuhmeier: Da wir hier auf die verschiedenen Nationalitäten, die wir in Oesterreich haben, Rücksicht nehmen müssen und dies besonders im Präsidium zum Ausdrucke gelangen soll, erlaube ich mir den Vorschlag zu machen, vier Genossen zu Präsidenten und sechs Genossen zu Schriftführern zu wählen, und zwar schlage ich zu Präsidenten die Genossen Popp, Zeller, Hybeš und Kozakiewicz, und zu Schriftführern die Genossen Skaret, Elderſch, Krapka, Diamand, Gerin und Grablovic vor, und bitte die Genossen für diese Kandidaten zu stimmen.

Nachdem Gen. Kozakiewicz erklärte, eine Wahl nicht annehmen zu können, wird über Vorschlag des Gen. Daszynski Gen. Hubec ins Präsidium gewählt.

Vorsitzender Gen. Popp: Bis nun sind 161 Delegirte angemeldet.

Zur Geschäftsordnung beantragt

Gen. Stumpe die Redezeit für Einbringer selbstständiger Anträge statt, wie beantragt wurde, mit 10, mit 20 Minuten zu bemessen.

Gen. Krapka beantragt die unveränderte Annahme der §§ 2, 3, 4 und 5.

Gen. Schuhmeier beantragt die en bloc-Annahme der Geschäftsordnung, wie sie gedruckt vorliegt, während

Gen. Pernerstorfer für die Abänderung derselben eintritt.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen wurde, wird die Geschäftsordnung der Vorbesprechung gemäß mit sämmtlichen Abänderungsanträgen in der vorstehenden Fassung angenommen.

Vorsitzender Gen. Popp: Ich bitte sich an die beschlossene Geschäftsordnung zu halten. — Parteigenossen! Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, erlaube ich mir, die verehrten Gäste, Gen. Pfannkuch und Reichstagsabgeordneten Molkenbuhr, die aus Deutschland als Vertreter unserer deutschen Bruderpartei hier eingetroffen sind, im Namen des Parteitages zu begrüßen. (Großer Beifall.)

Gen. Pfannkuch (Berlin) (mit Beifall begrüßt): Parteigenossen! Wir sind hiehergekommen, um von Ihnen in der Behandlung der Geschäfte zu lernen, wie Sie ja auch unsere Parteitage beschicken, um dort, was wir für nützlich und im Interesse des Proletariats halten, auch von uns sich anzueignen.

Sie wissen, die Leiden, die wir zu erdulden haben, sind ja unsere Freuden. Kampf ist unser Lebenselement.

Die ganze Gesellschaft ist gegen uns, muß gegen uns sein; wir sind ihre geschworenen Feinde, wir müssen ihre geschworenen Feinde sein. Daraus ergibt sich, daß weder wir mit der Gesellschaft Frieden machen können, noch sie mit uns. Wir leben der felsenfesten Ueberzeugung, daß wir die alte bürgerliche Gesellschaft überwinden, daß wir unser sozialdemokratisches Programm verwirklichen werden. (Zustimmung.) Aus dem Gesagten ergibt sich der Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft. Wir können es ihr nicht verdenken, weder dort in Deutschland, noch hier in Oesterreich, noch anderswo, daß sie sich ihrer Haut wehrt. Ich füge hinzu, Diejenigen, die zum Angriffe übergehen, befinden sich ja auch stets in der günstigeren Position. Das fühlt die bürgerliche Gesellschaft und empfindet es, daß die Lebensbedingung der Sozialdemokratie ja der Erfolg der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft ist. Sie fühlt, daß, wenn die Dinge ihren naturgemäßen Verlauf nehmen, sie alles das, was sie thut, für die Sozialdemokratie thut. Daraus hat sich auch ihre Taktik entwickelt und alle die Maßregeln, die sie heute noch immer mit Erfolg glaubt anwenden zu können, ja anwenden zu müssen, um das Anwachsen der Sozialdemokratie aufzuhalten.

Verschiedene Phasen dieses Kampfes gehören bereits der Geschichte an, und ich darf wohl daran erinnern, daß gerade das Dulden und Leiden der Parteigenossen unter dem Sozialistengesetze das unauflösliche Band geschmiedet hat, das uns das felsenfeste Vertrauen gibt, auch die Stürme und Kämpfe, die uns in der Zukunft bevorstehen, mit eben der Leichtigkeit zu überwinden, wie wir das, was hinter uns liegt, überwunden haben. (Sehr richtig!)

Sie wissen, die Vormacht Deutschlands, Preußen, man könnte auch schlechthin sagen Groß-Preußen, Anderes ist ja Deutschland im Augenblick auch nichts, schickt sich an — und das ist wieder bezeichnend für die Interessenströmung, für die Zersetzung innerhalb der verschiedenen Kreise der bürgerlichen Gesellschaft — vom Partikularstaate Preußen getrieben, reaktionäre Maßregeln einzuleiten, beziehentlich, wenn es dieselben nicht einleiten sollte, auf dem partikularen Wege zur einheitlichen Durchführung in Deutschand zu bringen.

Wir haben dem Beginnen bisher mit Ruhe zugesehen. Erst als wir sahen, daß man Alles daran setze, um nochmals der unter dem ersten Reichskanzler beliebten Taktik, die wir abgethan zu haben glaubten, in Deutschland wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen und die in ihrem Endresultate darauf hinausläuft, die Sozialdemokratie zu zwingen, in einem Augenblicke, wo es uns nicht angenehm ist und nicht angenehm sein kann, den entscheidenden Kampf mit der bürgerlichen Gesellschaft auszufechten, da gebot es nicht nur der Selbsterhaltungstrieb, sondern die ganze Tradition unserer Partei, dem gegenüber in der umfänglichsten Weise den Kampf aufzunehmen. Die Agitation gegen die Verböserung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter in Deutschland hat die Sozialdemokratie in den letzten Wochen auch im vollen Umfange betrieben, wo es sich darum handelte, auch das Wahlrecht in Deutschland zu meucheln. Sie haben zum ersten Male den Versuch mit dem Wahlrecht gemacht. Es wurde mir hier in privaten Gesprächen darauf hingewiesen, wie auch der Vorsitzende darauf hingewiesen hat, daß gerade in Niederösterreich, da, wo das direkte Stimmrecht besteht, böse Erfahrungen gemacht wurden. Auch bei uns war es Anfangs der Sechziger- und Siebziger-Jahre ähnlich.

Lassalle bezeichnete schon das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht als eine zweischneidige Waffe, die geschickt zu führen eben erst gelernt, praktisch erprobt werden muß. Wir haben diese Probe in Deutschland abgelegt. Wir haben verstanden zu kämpfen, zu siegen, und wir hoffen in Zukunft weitere Früchte von unserer Thätigkeit zu ernten.

Das Gleiche wird auch Ihnen vorbehalten sein, und es wäre meines Erachtens nicht einmal gut, wäre es anders, es muß Alles gelernt werden, um dann aber das Errungene auch mit entschiedener Festigkeit erhalten zu können. Ein Erfolg, der den Betreffenden in den Schoß fällt, wird ihnen unter Umständen in den Kopf steigen. Wir sind überzeugt, daß die Parteigenossen in Oesterreich sowohl, wie in Deutschland, so wie sie geschult, wie sie taktisch organisirt sind und wie unser Programm feststeht, allen Schlägen der Zukunft gegenüber vollständig gewappnet dastehen und mit Einsicht und Thatkraft die Maßnahmen der Reaktion zu bewältigen im Stande sein werden. (Beifall.)

Ich habe auf unserem letzten deutschen Parteitage zu Gotha ausgesprochen: Nichts kann mehr errungene Erfolge in Frage stellen, als auch weitere Erfolge unmöglich machen, als wenn man seine Kräfte überschätzt, als wenn man sich mit Maßnahmen trägt, die mit den vorhandenen Kräften im Widerstreite stehen. Es ist nicht zu leugnen, es gibt eine Anzahl Parteigenossen — und auch Sie in Oesterreich werden solche haben — denen die Bewegung zu langsam geht. Wir Alle sammt und sonders, Einer wie der Andere, würden lieber morgen als übermorgen das, was wir für Ungerechtigkeit, für Knechtschaft der großen Mehrheit ansehen, beseitigen und an Stelle dieser miserablen Zustände auf Arbeit aufgebaute, den Grundlagen der Gerechtigkeit entsprechende einführen wollen. Aber wir müssen uns sagen, wollen wir nicht wieder zurückgeworfen werden, wollen wir das, was wir errungen haben, auch festhalten, dann werden wir von unserer erprobten Taktik nicht abgehen können, die wir bisher eingehalten haben. Das Programm der Sozialdemokratie ist ja international. Was wir in Deutschland wollen, wollen Sie hier in Oesterreich, was Sie hier in Oesterreich wollen, wollen

wir in Deutschland. Die Taktik kann eben nach den örtlichen, nach den nationalen Verhältnissen eine andere sein, sie wird vielleicht in nebensächlichen Fragen von einander abweichen; im großen Ganzen, in unseren Grundgedanken sind wir einig, wir sind einig in dem, was wir zu überwinden haben, wir sind einig in der Taxirung der Mittel, die uns zur Verfügung stehen. Sie haben, wie Ihr geehrter Herr Vorsitzender erklärte, jetzt zum ersten Male den Versuch gemacht — ich glaube, es ist nur ein Sprachschnitzer gewesen — als parlamentarische Partei aufzutreten. Ich möchte diesen Gedanken dahin ergänzen: Wir treten auf im Parlament, um der bürgerlichen Gesellschaft das Gewissen zu schärfen, um der einstigen liberalen Bourgeoisie in's Gedächtniß zu rufen, daß sie die Fahne der bürgerlichen Demokratie hat sinken lassen, daß sie dieselbe feigerweise verrathen hat, daß sie heute nicht mehr fähig ist, die Hand nach dem parlamentarischen Regiment auszustrecken.

Wir haben mit Interesse verfolgt, wie Sie Ihren parlamentarischen Kampf hier in Oesterreich geführt haben. Wir sagten uns aber und Sie werden sich das ebenfalls gesagt haben: es geht auf die Dauer nicht an, daß wir Schulter an Schulter mit den bürgerlichen Parteien gehen. Wir in Deutschland, beziehentlich in Preußen, wo Maßregeln eingeführt werden sollen, um die Bewegungsfreiheit der Arbeiter noch mehr zu hemmen, sind ja jetzt fast in dieselbe fatale Lage gekommen, daß wir erwägen müssen, ob wir nicht auch einmal eine Zeit lang mit der einen oder anderen der bürgerlichen Parteien werden gehen müssen, um den anderen Interessenströmungen, um den übermüthigen junkerlichen Agrariern, die im preußischen Abgeordnetenhause sitzen, entgegenzutreten. Der nächste deutsche Parteitag wird der Berathung dieser Frage wohl oder übel einige Zeit widmen müssen, ob wir nicht noch einmal den Versuch zu machen haben, einzelne bürgerliche Elemente an ihre Pflichtvergessenheit zu erinnern, und ob wir sie zwingen können, innerhalb des Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft sich nochmals der Pflicht der bürgerlichen Demokratie bewußt zu werden. Doch das sind Fragen, welche wir draußen in der Häuslichkeit zu ordnen haben, unter der Mitwirkung des Parteitages. Also auch wir haben drüben unsere häuslichen Schmerzen, obwohl wir eine längere Periode der Entwicklung des Kampfes hinter uns haben, ebenso wie Sie hier. Ich bin auch der Meinung: Mag auch hier bei Ihnen durch die Verschiedenheiten der Nationalitäten die Sachlage eine schwierige sein — wir haben uns auch nicht zu brüsten mit unserem einigen, deutschen Vaterland. Es bestehen auch dort, wenn auch nicht wie früher, 36 deutsche Vaterländer, es sind aber immerhin noch eine ganz erkleckliche Anzahl, sie übersteigen immer noch 20. Wir haben da, wenn auch nicht mit der Verschiedenartigkeit der Sprache, so doch immerhin mit den verschiedenen Regierungsformen und dem, was sich daraus ergibt, zu rechnen und unsere Kampfesweise darnach einzurichten. Wir werden aber drüben, ebenso wie Sie hier, aller dieser Schwierigkeiten Herr werden. Der alljährliche Parteitag ist der Ort, an welchem die Genossen ihre häuslichen Angelegenheiten berathen. Drüben bei uns in Deutschland, wie bei Ihnen hier in Oesterreich haben mitunter Gegenstände auf dem Parteitag zur Berathung gestanden, bei denen man einfach meinte, bei der Heftigkeit, mit der die Geister auf einander platzen würden, sei kaum ein zufriedenstellendes Resultat zu zeitigen.

Unsere Gegner haben mehr als ein Dutzendmal ihre Hoffnung darauf gesetzt, daß, wenn es auf dem Parteitag heftige Debatten gab, das Auseinanderfallen der Sozialdemokratie nun nahe bevorstehe. Sie Alle waren falsche Propheten und mußten es sein, weil sie eben die neuen Ideen, wie dieselben in der Arbeiterwelt aufgefaßt wurden, nicht zu kapiren im Stande sind. Sie sehen die Welt nur durch die Brille des Eigennutzes, der Wahrung ihrer eigenen Interessen. Sie sehen nicht, daß die Arbeiter Kraft und Energie gewonnen haben, indem sie das Zutrauen zu allen anderen Parteien verloren haben und ihre Kraft nur in sich selbst suchen. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß es nur eine einzige Wahrheit gibt, die für die Arbeiter aller Länder gilt, welcher Zunge sie auch sind: Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Dieser Geist hat allenthalben gewaltet, wo Arbeitervertreter zusammengekommen sind, um ihre Interessen wahrzunehmen. Dieser Geist waltet heute unter Ihnen, dieser Geist waltet auch in London, wo der Bergarbeiterkongreß zusammengetreten ist.

In diesem Geiste haben wir unsere Beschlüsse zu fassen. Damit machen wir alle Prophezeiungen unserer Gegner zu Schanden. Fahren Sie fort wie bisher Schulter an Schulter mit uns, wir mit Ihnen, den Kampf in gleicher Weise zu führen wie bisher. Die Brüderlichkeit, die uns speziell als Sprachgenossen in Deutschland und Oesterreich verbindet, die Kampf- und Brudergenossenschaft — sie wird auch fernerhin bestehen. Wenn die eine Bruderpartei vielleicht einmal in schwächerer Position ist, so wird sie sich der Mithilfe der anderen Bruderpartei versichert halten können. (Bravo!) Wir haben bisher in Freud und Leid in unserem Kampfe treu und brüderlich zusammengestanden, es soll auch fernerhin so sein, wie es sich im Interesse der Arbeitersache von selbst ergibt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Es sind Begrüßungsschreiben eingelangt. (Dieselben werden verlesen.) Vom Gen. Kohn sind zwei Anträge eingelangt. Der erste Antrag lautet (liest):

„Die Trambahnbediensteten sind heute in den Streik getreten. Der Parteitag spricht denselben seine vollste Sympathie aus und beauftragt die Parteivertretung, sofort einen Betrag, dessen Höhe der Vertretung überlassen bleibt, dem Streikkomité abzuführen."

Ein Zusatzantrag hiezu lautet (liest):

„Es hat für die im Lohnkampfe stehenden Tramwaybediensteten eine Sammlung unter den Delegirten und Gästen des Parteitages veranlaßt zu werden. Der Betrag hat demselben Zweck wie im ursprünglichen Antrag zugeführt zu werden."

Gen. Dr. Ellenbogen stellt folgenden Antrag:

„Der Parteitag beschließt, ein Begrüßungstelegramm an den internationalen Bergarbeiterkongreß in London abzusenden (Beifall) und weiters ein Begrüßungstelegramm an den Kongreß der ungarländischen Arbeiterpartei." (Beifall.)

Ich eröffne nun die Debatte über die Anträge des Gen. Kohn.

Gen. Müller (Graz): Ich kann nur dem ersten Theil des Antrages zustimmen, der dahin geht, daß wir den Tramwaybediensteten unsere volle Sympathie aussprechen, bin aber entschieden dagegen, daß die Parteivertretung beauftragt werde, denselben Geldmittel zur Verfügung zu stellen, denn es ist Usus, daß Unterstützungen nicht gleich am Beginn des Streiks, sondern erst nach acht oder vierzehn Tagen gegeben werden.

Gen. Dr. Adler: Ich glaube, es ist durchaus wünschenswerth, daß wir als Sozialdemokraten es offen aussprechen: Obwohl die Bediensteten der Tramway-Gesellschaft, einer der perfidesten und niederträchtigsten Ausbeutergesellschaften, die wir in Oesterreich haben (Sehr richtig!), sich heute durchaus nicht im Lager der Sozialdemokratie befinden; obwohl sie in ihrer großen Mehrheit heute unter christlich-sozialer Führung stehen und nur eine Minorität von braven alten Genossen unter ihnen ist; obwohl wir endlich an der ganzen Organisation dieser Arbeitseinstellung nicht den geringsten Antheil genommen haben, halte ich es für nothwendig, daß wir bekennen, daß, wo immer eine Proletarierschichte, mag sie bereits auf sozialdemokratischem Standpunkt stehen oder mag sie noch nicht zur Erkenntniß gekommen sein — auch die werden einmal gescheidter werden — kämpft, die Sozialdemokratie ihr mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Seite stehen wird. Wenn Gen. Müller einwendet, man möge keine Sammlung einleiten, weil bisher noch nie für Streiks gesammelt worden ist, so möchte ich doch dem lieben alten Gen. Müller das Gedächtniß auffrischen und ihn fragen, wie viel Streiks seine eigenen Fachgenossen, die Metallarbeiter, ohne die Partei hätten führen können? (Rufe: Gewerkschaftskommission!) Gewiß, aber es hat schon Streiks gegeben, bevor es noch eine Gewerkschaftskommission gegeben hat. Wie die Dinge heute stehen, kann die Gewerkschaftskommission als solche nicht eingreifen. Ich mache Sie nur auf Folgendes aufmerksam: Es besteht ein großer Unterschied zwischen einem Werkstättenausstand und einem Tramwayausstand; dieser wird in einigen Tagen entschieden sein; wenn wir also überhaupt etwas machen wollen, so müssen wir es sofort thun. Ich bin überzeugt, daß es nicht möglich ist, von den Anwesenden

einen sehr großen Beitrag zu erlangen, aber wir werden, wenn der Streik andauert, dafür sorgen, daß wenigstens unsere Parteigenossen unter den Streikenden genügend mit Mitteln versehen sind. (Beifall.)

Gen. Dr. Berstl (Wr.-Neustadt): Ich bin der Anschauung, daß der Antrag des Genossen Kohn gar nicht auf die Tagesordnung gehört.

Ich kann mich aber auch der Anschauung des Antragstellers und des Genossen Adler durchaus nicht anschließen. Daß jeder Sozialdemokrat mit einer Arbeiterschichte, die im Lohnkampfe steht, sympathisirt, ist selbstverständlich, das brauchen wir nicht noch besonders auszusprechen; es geht aber absolut nicht an, daß wir uns als Aktionskomité für den Streik der christlich-sozialen Tramwaybediensteten etabliren. (Widerspruch.) Ich erinnere Sie daran, daß die Tramwaybediensteten meines Wissens nicht zu uns gekommen sind. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Tramwaybediensteten das Geld, welches die Sozialdemokraten für sie sammeln, refüsiren und zurückstellen werden (Ruf: Das macht auch nichts!); ich erinnere Sie daran, daß bei den Streiks jene Partei, welcher sich die Tramwaybediensteten anschließen, Streikbrecher bezahlt hat. Bei dem Neunkirchener Streik haben Wedral, Lueger, Axmann u. s. w. Jedem eine Krone gegeben, der sich bereit gefunden hat, den kämpfenden Lohnarbeitern in den Rücken zu fallen. Und da wollen wir uns an die Arbeiter, die sich an eine so schmähliche Partei wenden, herandrängen? Das wäre ein Schlag in das Gesicht aller ehrlich kämpfenden sozialdemokratischen Arbeiter. (Widerspruch.) Wenn Sie zu viel Geld haben, so unterstützen Sie Diejenigen, die durch christlich-soziale Judasse arbeitslos geworden sind. Wenn wir mit unserem Gelde die Christlich-Sozialen noch unterstützen, so werden wir keinen Dank, sondern nur Hohn dafür ernten. Wir sind es auch unseren Parteigenossen in der Provinz schuldig, Farbe zu bekennen, entweder haben wir mit der christlich-sozialen Partei etwas gemein oder nicht. (Gelächter.) Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich sage Dir, wer Du bist. Wenn wir Diejenigen unterstützen, die Schulter an Schulter mit Lueger, Wedral und Mittermayer kämpfen, so sind wir moralisch auch nicht besser als diese. (Oho-Rufe.)

Gen. Feigl (Wien) (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage trotz der Rede des Gen. Berstl Schluß der Debatte (Ruf: Aber man muß ihm doch antworten!), ich beantrage Schluß der Debatte, weil beide Ansichten bereits in scharfer Weise zum Ausdruck gekommen sind, eine weitere Debatte ist vollständig unnütz.

Reichsrathsabgeordneter Gen. Zeller bittet, den Antrag des Gen. Feigl abzulehnen. (Beifall.)

Gen. Stumpe (Warnsdorf): Die Sache ist eigentlich eine Wiener Angelegenheit; es berührt aber uns in der Provinz ebenso wie die Wiener. Ich stehe vollständig auf dem Standpunkte des Gen. Dr. Adler, und zwar aus taktischen Gründen (Beifall); wir müssen nämlich verhüten, daß die Leute sagen können, die Sozialdemokratie ist bei einem so wichtigen Ausstande vollständig passiv gewesen. Bei einem Streik, der voraussichtlich nicht lange dauert, ist aber rasches Handeln unbedingt nothwendig. Unsere Genossen in Warnsdorf, die schon seit einiger Zeit die Sache verfolgen, sind schon früher der Meinung gewesen, daß die Partei als solche für den Streik eintreten solle.

Gen. Kohn (Hohenstadt): Mit den bloßen Sympathien, die wir den Tramwaybediensteten aussprechen, wie Gen. Müller es wünscht, ist ihnen nicht gedient. Maßgebend ist für uns, daß die Tramwaybediensteten Arbeiter sind, ob sie christlich-sozial sind oder etwas Anderes. Ich glaube, sie sind vielleicht nicht einmal christlich-sozial, sondern sie sind indifferent. Das ist übrigens gleichgiltig. Wir müssen sie für alle Fälle unterstützen. Und wenn gesagt wird, daß wir vielleicht auf keinen Dank zu rechnen haben, so bemerke ich nur, daß wir auf einen solchen auch nicht rechnen und es nicht das erste Mal wäre, daß wir Undank erfahren. Zum Schlusse stelle ich den Antrag auf Schluß der Debatte. (Stürmische Heiterkeit.)

Vorsitzender: Es sind zu diesem Punkte bis jetzt 17 Redner vorgemerkt.

Gen. Skaret (Wien) beantragt Schluß der Rednerliste. Der Antrag wird angenommen.

Gen. Patzelt (Atzgersdorf): Man muß über die Rede des Genossen Dr. Adler wirklich staunen. Ich begreife nicht, wie wir dazu kommen, die wir in erster Reihe im Kampfe stehen, die alle Verhöhnungen und Niederträchtigkeiten von diesen Leuten erdulden müssen, daß wir für diese Leute noch eintreten sollen; ich kann mir nur denken, daß der Gen. Dr. Adler glaubt die Leute dadurch in unser Lager herüberzuziehen, das ist aber ganz ausgeschlossen.

Es ist neuerlich vom Gen. Bartel der Antrag auf Schluß der Debatte und Wahl von Generalrednern gestellt worden. — Der Antrag wird angenommen.

Gen. Müller (Graz) (Generalredner contra): Genossen! Aus verschiedenen Rufen, die hier gefallen sind, läßt sich schließen, daß die Ansicht vorherrscht, als ob wir Gewerkschaftler der Unterstützungsfrage gegenüber einen engherzigen Standpunkt einnehmen. Mit dem ersten Theil des Antrages erkläre ich mich vollkommen einverstanden, weil eben hier Arbeiter in einem Lohnkampf stehen gegen eine Ausbeutergesellschaft, welche ihre Arbeiter in der miserabelsten Weise ausbeutet. Wogegen ich mich aber entschieden wenden muß, ist, daß wir die Leute, die erst heute in Streik getreten sind, auch schon materiell unterstützen. Wir haben bezüglich Streiks gewisse Bestimmungen, die absolut eingehalten werden müssen, weil wir nicht in der Lage sind, in dieser Weise über unsere Mittel zu verfügen. Es kommt ja oft vor, daß Leute gezwungen sind, in den Ausstand zu treten, die niemals einer Organisation angehört und nie etwas für den Streikfond beigetragen haben, und denen man sagen muß, wir sind beim besten Willen nicht im Stande, Euch im gewünschten Maße zu helfen, weil unsere Mittel zu gering sind. Heute stehen wir aber vor der Thatsache, daß Tramwaybedienstete, die sich niemals um Organisation gekümmert haben, eine Viertelstunde im Streik stehen, und schon will man die paar Kreuzer hinauswerfen. Diese Gründe veranlassen mich, zu beantragen, diesen Passus zu streichen. Wollen die Tramwaybediensteten von den organisirten Arbeitern etwas haben, müssen sie zuerst ihre Pflichten diesen gegenüber erfüllen, denn von uns werden nur Parteigenossen unterstützt, aber für die Anderen haben wir nicht einen Kreuzer. (Beifall.)

Gen. Pernerstorfer (Wien): Diese Debatte ist für mich ein betrübsames Zeichen, bis zu welcher Parteileidenschaft und Hitze der politische Kampf, der heute in Oesterreich sich abspielt, speziell in Wien und Niederösterreich gediehen ist. Die Verantwortung dafür, daß eine Erscheinung zu Tage getreten ist, die ich geradezu als unproletarisch kennzeichnen muß, hat jene Partei, die sich christlich-sozial nennt, aber ebenso widerchristlich als widersozial ist. Diese hat es durch die Gemeinheit und Niederträchtigkeit des Kampfes und der Kampfmittel verstanden, solche Reden möglich zu machen, wie wir sie gehört haben. Nicht aus taktischen Gründen, nicht deswegen, weil wir vielleicht durch die Unterstützung die Tramwaybediensteten für uns gewinnen können, müssen wir den Antrag in beiden Theilen annehmen, sondern weil der Antrag aus proletarischem Geiste hervorgegangen ist, und weil uns ganz gleichgiltig sein muß, ob leidende Arbeiter irgend eine Gesinnung, oder ob sie, wie die Tramwaybediensteten, gar keine Gesinnung haben. (Zustimmung.) Wir haben unseren Stolz immer darein gesetzt, daß wir niemals leidende Menschen überhaupt und leidende Arbeiter insbesondere um ihre Gesinnung gefragt haben. Die Lumpen, die das gethan haben, hat man nie in den Reihen der Sozialdemokratie gefunden. Wir dürfen nicht auf das Niveau der Christlich-Sozialen heruntersteigen (Beifall), welche, wie Gen. Dr. Berstl richtig bemerkt hat, sich bei dem Streik in Neunkirchen in der gemeinsten und niederträchtigsten Weise benommen und jene Taktik ausgeführt haben, welche uns heute angerathen wird. Aus prinzipiellen Gründen, weil wir die Vertreter einer proletarischen Partei sind, bringen wir den Tramwaybediensteten nicht allein unsere Sympathien entgegen, sondern wollen wir sie auch werkthätig unterstützen. Ich glaube, daß die Abstimmung den trüben Eindruck, der durch das Gehörte erzeugt wurde, verwischen wird und daß Sie einstimmig für beide Theile des Antrages stimmen werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Gen. Popp: Wir gelangen zur Abstimmung. Außer dem Antrag Kohn sind noch Eventualanträge eingelaufen, über die noch nicht debattirt

wurde. Gen. Beer beantragt, daß es den Genossen überlassen werde, die Streitenden privatim zu unterstützen. Ein weiterer Antrag lautet:

„Mit Rücksicht darauf, daß uns die Tramwaybediensteten näher stehen — wenn sie auch einer anderen politischen Gesinnung angehören — als die kapitalistische Ausbeutergesellschaft, beantragen wir, daß die Streikenden unterstützt werden in dem Maße als es bei unseren Genossen stets der Fall ist. Der Kongreß spricht den Streikenden seine Sympathien aus, und sollen, wenn der Streik länger dauert, Sammlungen eingeleitet werden."

Bei der Abstimmung wird der erste Theil des Antrages Kohn, der den Streikenden die Sympathien des Kongresses ausspricht, einstimmig, der zweite Theil, es habe der Parteitag zu beschließen, daß für die im Lohnkampfe stehenden Tramwaybediensteten eine Sammlung eingeleitet und ihnen dieselbe zugeführt werde, mit überwiegender Majorität angenommen. (Beifall.)

Es entfallen somit die beiden Eventualanträge und daher ist der Gegenstand erledigt.

Vorsitzender Gen. Popp schlägt nun die Wahl der Mandatsprüfungskommission vor.

Es werden gewählt die Genossen: Schiller, Pauser, Pokratz, Zavertnik und Chwala. Hierauf wird die Sitzung um ½1 Uhr unterbrochen.

Nachmittagssitzung.

Beginn der Sitzung 2 Uhr 40 Minuten.

Vorsitzender Gen. Popp eröffnet die Nachmittagssitzung.

Es werden zwei Anträge auf Absendung von Begrüßungstelegrammen an den internationalen Bergarbeiterkongreß in London und an den Kongreß der ungarländischen Arbeiterpartei einstimmig angenommen.

Seitens der Organisation Teplitz wird beantragt, Punkt 5 und 7 der Tagesordnung in der Reihenfolge zu vertauschen. Gen. Seliger empfiehlt diesen Antrag. Gen. Simon Stark bekämpft ihn.

Der Antrag wird hierauf abgelehnt.

Seitens der Organisation Floridsdorf wird beantragt, als letzten Punkt „die Abschaffung der Waffenübung, eventuell Schutzgesetze für den Reservisten während derselben (so lange das stehende Heer besteht) für die Erhaltung seiner Familie und seiner Existenz" auf die Tagesordnung zu stellen.

Vorsitzender Gen. Popp: Eine Abstimmung über diesen Antrag ist nicht nöthig und kann derselbe bis zur Erledigung der Tagesordnung verschoben werden.

Seitens der Bezirkskonferenz Kratzau wird beantragt, an Stelle des Punkt 7 in die Tagesordnung aufzunehmen: „Sozialgesetzgebung und Statistik."

Ein weiterer Antrag verlangt, in dem Punkt 7 den Punkt „Sozialgesetzgebung und Statistik" als Punkt 7a zu behandeln.

Die Organisation Hainburg beantragt, den Punkt „Konsumgenossenschaften" von der Tagesordnung abzusetzen.

Nach einer kurzen Debatte, an welcher sich die Genossen Hausmann, Benecke, Seliger, Schmidt, Schuster und Pölz betheiligten, werden sämmtliche Anträge abgelehnt.

Vorsitzender Gen. Popp: Es verbleibt somit bei der vorgeschlagenen Tagesordnung. Es ist von Gen. Schuhmeier ein Antrag eingelangt, daß unsere Abgeordneten am Parteitage Sitz und Stimme haben sollen. Dieser Antrag ist eigentlich selbstverständlich.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Bericht der Parteivertretung.

Als erster Referent hat das Wort

Gen. Schuhmeier: Sehr verehrte Parteigenossen! Es wird in den Kreisen unserer eigenen Parteiangehörigen vielfach behauptet, daß unsere Be-

wegung ungemein langsam vorwärts gehe, und daß wir insbesondere in der letzten Zeit viel zu wenig rasch fortgeschritten seien. Ich möchte das Gegentheil behaupten. Wer den Parteitag 1895 beim Schwender mitgemacht hat, wo wir uns noch darüber stritten, welche Taktik wir im Kampfe ums Wahlrecht einschlagen sollen, wer weiters den Prager Parteitag erlebt hat, wird sagen müssen, daß innerhalb dieses einen Jahres unsere Partei einen ganz kolossalen Vorstoß gemacht hat. Der heutige Parteitag findet uns über diesen Punkt hinaus. Wir haben die Wahlen hinter uns; die ersten Wahlen in Oesterreich, an denen das Proletariat, die vordem rechtlos gewesene Arbeiterschaft theilgenommen hat. Parteigenossen, ich kann sagen, daß gerade das letzte Jahr in der Partei eines der thatenreichsten gewesen ist, und daß die Kräfte, die der Partei zur Verfügung stehen, in keinem Jahre so ausgenützt wurden als im Vorjahre. Agitatorisch und organisatorisch ist Alles gemacht worden, was gemacht werden konnte; ich kann auch behaupten — und ich glaube, Sie werden das durch Ihre Beschlüsse besiegeln — daß auch die Parteivertretung im abgelaufenen Jahre, in den harten Kämpfen, die wir zu bestehen hatten, ihre Pflicht voll und ganz erfüllt hat. Wir mußten nach dem Prager Parteitage zunächst daran gehen, den Parteigenossen mit Allem an die Hand zu gehen, was zum Wahlkampfe nothwendig war. Wir mußten auch die Genossen dadurch unterstützen, daß wir ihnen Referenten zur Verfügung stellten, dort wo es eben ging.

Die Wahlagitation hat es auch mit sich gebracht, daß eine ganz neue Organisationsform neben der bestehenden emporgetaucht ist. Ich erinnere Sie daran, daß man in Prag nichts von einer Aenderung unserer Organisation wissen wollte. „Wir dürfen uns der Wahlreform nicht anpassen,“ hieß es, und viele Genossen waren der festen Ueberzeugung, daß unter dem Wahlgesetz Badeni's nur einmal gewählt werden darf. Es blieb uns aber dennoch nichts Anderes übrig als uns anzuspannen, denn die Wahlkreisorganisation ist ganz von selbst entstanden, insbesondere in Böhmen, Mähren und Schlesien; in Niederösterreich weniger. Heute ist diese neue Organisation so weit gediehen, daß wir am diesjährigen Parteitage eine Menge Vertreter von einzelnen Wahlkreisen, z. B. aus Mähren, Böhmen, Schlesien, Galizien u. s. w. hier haben.

Wir werden also unsere Organisationsform den Verhältnissen, trotz des Widerspruches vom Vorjahre, dennoch anpassen müssen.

Da der Bericht gedruckt vorliegt, will ich nur kurz auf Eines verweisen. Es hat Gen. Pfannkuch aus Deutschland heute Vormittags gesagt, daß wir Oesterreicher bei den Wahlen einen großen Sieg errungen haben. Das ist auch richtig. Aus dem Parteiberichte ersehen Sie, daß die sozialdemokratische Partei in Oesterreich thatsächlich die stärkste Partei ist, und zwar trotz des indirekten Wahlrechtes. Während z. B. in Niederösterreich die christlich-soziale Partei die weitaus stärkste Partei ist und erst nach der christlich-sozialen Partei die sozialdemokratische an zweiter Stelle kommt, finden wir, daß in den Ländern mit indirektem Wahlrechte die Christlich-Sozialen weit hinten sind, an fünfter Stelle stehen, während die Sozialdemokratie an erster Stelle marschirt.

Die Wahlen sind also für uns sehr günstig ausgefallen. Gen. Bebel hat im vorigen Jahre am Gothaer Parteitage mir gegenüber erklärt, als ich sagte, ich hoffe, daß wir ein Dutzend Mandate erobern werden: „Ihr Oesterreicher schneidet doch immer auf. Ihr könnt froh sein, wenn Ihr ein halbes Dutzend nach Hause bringt.“ Nun sind die Wahlen vorüber, und wir haben nicht nur ein volles Dutzend, sondern noch zwei Mandate darüber.

Wenn in Niederösterreich kein Mandat erobert wurde, so ist das weder die Schuld der Partei noch der Parteigenossen. Durch Niederösterreich und besonders durch Wien zieht Weihrauchduft. Das sagt genug.

Bezeichnend ist nur, daß wir in Wien und Niederösterreich ganz nichtssagenden Schlagworten unterlegen sind. So wie unsere Gegner uns in Niederösterreich bekämpft haben, nämlich zur Zeit der Wahlen, so werden wir nirgends bekämpft. In Wien, der Stadt der allerfreiesten Liebe, wurde die Sozialdemokratie mit der „freien Liebe“ bekämpft. Man hat uns Kirchenraub (Rufe: Königsmord!) — davon will ich gar nicht reden — vorgeworfen, zu einer Zeit, wo die Stolataxfrage in Hunderten von Versammlungen diskutirt worden ist.

Mit der Furcht vor dem Theilen, von dem man nicht einmal den Bauern in Galizien erzählen darf, hat man in Wien gegen uns große Erfolge erzielt. Das zeigt so recht die Rückständigkeit der Wiener Bevölkerung und besonders des Wiener Bürgerthums, welches über uns so hergefallen ist, und das bestätigt nur das, was ich im vorigen Jahren in Gotha gesagt habe: „Kein Bürgerthum in Europa steht so tief wie das Wiener Bürgerthum."

Wir haben also gar keine Ursache, uns über den Ausgang der Wahlen zu beklagen; die Parteileitung hat ihre Pflicht gethan und ebenso die Genossen. Bei dieser Gelegenheit sei es mir gestattet, eine Ehrenpflicht zu erfüllen, indem ich hiemit öffentlich unseren Genossen im Auslande unseren Dank für die werkthätige Antheilnahme und Mithilfe abstatte, welche sie während der Zeit der Wahlen uns in Oesterreich zu Theil werden ließen. (Lebhafter Beifall.) Allen voran standen unsere deutschen Genossen, die uns nach dem Gothaer Kongresse 10.000 Mark zur Verfügung gestellt haben, und es hat mich unendlich gefreut, heute Vormittags vom Gen. Pfannkuch die Versicherung zu vernehmen, daß die Genossen in Deutschland mit jenen in Oesterreich Freud und Leid theilen.

Es wird im Berichte auch darauf hingewiesen, daß in der letzten Zeit zahlreiche neue Lokalorganisationen gebildet und in Ortschaften, wo vorher keine feste Organisation gewesen ist, eine solche geschaffen wurde.

Außer der täglich erscheinenden „Arbeiter-Zeitung" und den tschechischen Blättern erscheinen 25 Parteiblätter, und zwar theils wöchentlich, theils vierzehntägig, theils dreimal im Monate. Die gesammte Auflage dieser 25 Blätter beträgt 83.200 Exemplare. Wir können also gewiß sagen, daß unsere Presse im letzten Jahre um ein gutes Drittel zugenommen hat. Unter den Neugründungen befinden sich allerdings auch solche, welche den Organisationsbestimmungen zuwiderlaufen. Und da kann ich insbesondere den Genossen von Nordböhmen nicht den Vorwurf ersparen, daß in der Gegend von Falkenau und Karlsbad in der letzten Zeit eine wahre Blättergründungsepidemie ausgebrochen ist. Doch darüber wird bei dem Punkte „Presse" zu sprechen sein. Ich will hier nur das Eine sagen, daß ich es nicht für gut halte, wenn so viele Neugründungen vorgenommen werden. An Geld wurden im letzten Jahre — darüber wird der Kassier noch ausführlich berichten — seitens der Parteigenossen über 50.000 Gulden zu Agitationszwecken aufgebracht. In dieser Summe ist der Agitationsfond und Wahlfond mit inbegriffen. Ich habe die runde Summe von 50.000 Gulden genommen, weil die Kreise Triest, Mähren, Reichenberg, Aussig-Tetschen, Steinschönau-Haida über ihre Geldgebahrung sich gründlich im Parteiberichte ausschweigen. Es ist sicher, daß sie viel eingenommen haben, sie sagen uns aber nicht, wie viel. Es entziehen sich daher diese Summen der Schätzung.

Es ist selbstverständlich, daß in einer Partei, die ein Jahr harter Kämpfe hinter sich hat, auch unzählige Opfer gefallen sind.

Die Arrest- und Kerkerstrafen leichten und schweren Grades, welche im verflossenen Jahre verhängt worden sind, sind geradezu erschreckend. Und wenn Sie den Bericht studiren, bitte ich Sie, diesem Punkte Ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Es wurden innerhalb des letzten Jahres im Ganzen 32 Jahre an Kerker und Arrest verhängt: an Untersuchungshaft allein 4 Jahre, 6 Monate und 1 Tag. In Galizien ist es vorgekommen, daß Genossen monatelang in Untersuchungshaft gesessen sind und dann zu 2 oder 3 Tagen Arrest verurtheilt wurden. Unter den genannten 32 Jahren sind allerdings auch mehrere Strafen mit inbegriffen, welche wegen Ausschreitungen bei Streiks verhängt wurden. Es muß hier auch betont werden, daß der § 23 in Oesterreich noch in keinem Jahre solche Orgien gefeiert hat, wie im abgelaufenen.

Es gibt Kronländer, wo die Bezirksgerichte eigene Tage für die § 23-Uebertretungen festgesetzt haben. Freilich sind auch viele Verurtheilungen auf Grund des § 24 sowie des § 5 wegen Mitschuld vorgefallen. Ich glaube, diese letzteren könnten uns erspart bleiben. Wenn man die Genossen auf frischer That ertappt und fragt: Woher haben Sie das? so sollen sie einfach die Antwort schuldig bleiben. Sie sind durchaus n i ch t verpflichtet, zu sagen, wer sie damit versehen hat.

Wir können aus alledem nur den einen Trost schöpfen, daß es uns gelungen

ist, den § 23 einmal gründlich ad absurdum zu führen. Gerade zu der Zeit, wo sich der Preßausschuß mit der Aufhebung dieses Paragraphen beschäftigt hat, haben die Sozialdemokraten bewiesen, wie überflüssig er ist. Von tausenden von Genossen ist der Paragraph übertreten worden; und man kann sagen, es gibt keinen Paragraph, der mehr geschändet wird wie dieser. Für uns ist es selbstverständlich: wenn wir etwas zu verbreiten haben, so thun wir das mit oder ohne den § 23, und darum sollte die Regierung doch endlich daran gehen, diesen Schandfleck aus unserer Gesetzgebung auszumerzen.

Die österreichische Sozialdemokratie hat zwei Genossen auf den internationalen Kongreß nach London entsendet. Ueber diesen Kongreß ist in den Parteiblättern berichtet worden und kann ich darüber hinweggehen. Ebenso hat die österreichische Parteivertretung zum letzten Parteitage der deutschen Sozialdemokratie in Gotha einen Delegirten entsendet, und es kann hier gesagt werden, daß die Beziehungen der österreichischen Sozialdemokratie zu jener des gesammten Auslandes die brüderlichsten zu nennen sind. Daß dies keine vage Behauptung ist, können Sie schon daraus entnehmen, daß die Parteigenossen aus Deutschland einen so bedeutenden Zuschuß zu unserem Wahlfond geleistet haben.

Wenn ich nun Alles zusammenfasse, so kann ich sagen, daß das letzte Jahr für uns kein erfolgloses gewesen ist. Die Parteigenossen haben ihre Pflicht gethan, und auch die Parteileitung, und es bleibt uns nur der eine Wunsch übrig: daß wir auch in Zukunft in derselben Brüderlichkeit weiter arbeiten. Einen Umstand muß ich aber noch berühren. In keinem Jahre wurde die Parteileitung, sowie die einzelnen Genossen und insbesondere die Vertrauensmänner so besudelt wie im letzten Jahre. Die Gegner haben es nicht verschmäht, eigene Leute anzustellen, die Alles, was in der Partei vorgeht, aufbauschen, die uns Lügen andichten, die sich in die Privatverhältnisse eines jeden Einzelnen eindrängen und dann Dinge erzählen, die von A bis Z e r l o g e n sind. Nichtsdestoweniger aber hat das Vertrauen keine Einbuße erlitten, und ich möchte nur wünschen, daß es auch in Zukunft so bleibt, daß sich die Genossen nicht wankelmüthig machen lassen. Wenn einmal das gegenseitige Vertrauen erschüttert ist, dann hat die Arbeit für die Partei aufgehört.

Damit glaube ich schließen zu können und gebe nur dem Wunsche Ausdruck, daß die sozialdemokratische Partei auch im kommenden Jahre ihre Pflicht ganz und voll erfüllen möge, im Interesse der Sozialdemokratie und im Interesse des gesammten Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

Referent Gen. Dr. E l l e n b o g e n: Ich habe in Bezug auf die Geldgebahrung nicht viel zu sagen, denn Sie haben in dem Berichte die Ziffern abgedruckt. Ich habe im Allgemeinen nur Folgendes zu bemerken. Die Partei war in Bezug auf ihre finanziellen Leistungen heuer weit mehr angestrengt als in früheren Jahren. Es hat sich aber an der inneren Struktur der Parteileistung nichts geändert. Es ist weder die Gesammtsumme größer noch die Art der Beitragsleistung eine andere geworden. Wie früher stets, war auch jetzt wieder Wien das Zentrum, von welchem aus die ausschlaggebenden Beiträge eingelaufen sind, während die Provinzorte — ich muß das tadelnd hervorheben — in äußerst nachlässiger Weise (Rufe: Oho!) die Pflichten, welche sie nicht nur auf dem letzten, sondern auch auf den vorhergehenden Parteitagen übernommen haben, erfüllt haben. Natürlich nehme ich aber hiebei jene Orte, die in der Liste angeführt sind, aus. Ich muß allerdings auf einen Umstand hinweisen, welcher die Genossen in der Provinz entschuldigt. Wir haben in diesem Jahre die Wahlbewegung gehabt, und da ist es zum Mindesten erklärlich, wenn die Genossen das Geld, welches sie gesammelt haben, für ihren Wahlkreis zurückbehalten haben, um die Agitation betreiben zu können. Andererseits aber werden die Parteigenossen aus der Provinz zugeben, daß die Parteivertretung ihrer Pflicht, die Vertheilung der eingelangten Gelder in einer den Verhältnissen entsprechenden Weise durchzuführen, so gut nachgekommen ist, als dies möglich war.

Ich kann diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne mit Ihrer Erlaubniß auf ein Schlagwort zurückzukommen, welches in der letzten Zeit vielfach gegen unsere Partei ins Treffen geführt wurde. Es ist dies das Schlagwort von den „blutigen Arbeiterkreuzern". Aus dem gedruckten Berichte ersehen

Sie, daß im letzten Jahre eine Summe von über fl. 36.000 eingekommen ist. Nichtsdestoweniger ist diese Summe, mit welcher wir den Wahlkampf vollführt haben, verschwindend gegenüber dem, was andere Parteien für den Wahlkampf verwendet haben. Und so können wir sagen, daß an diesen Arbeiterkreuzern, so blutig sie auch erworben werden, doch mehr Eifer und Begeisterungsfähigkeit hängt, als irgend eine andere Partei aufzubringen vermag. Ich glaube, die gegnerischen Parteien haben am allerwenigsten Grund, uns dieses Schlagwort ins Gesicht zu schleudern. Wenn wir im Parlamente und Gemeinderathe uns umsehen, wer denn Diejenigen sind, die diese Schlagworte am häufigsten brauchen, so sehen wir, daß es meist Dickbäuche sind, die das thun — Gregorig, Vergani, Strobach — oder Leute, die ihre Pfründen in Sicherheit haben, und die am meisten von den blutigen Arbeiterkreuzern leben, die in Form von öffentlichen Abgaben eingehoben werden, wie Geßmann, Lueger u. s. w. Andererseits aber müssen wir sagen, wenn wir diese Arbeiterkreuzer sammeln, so sind wir stolz darauf, daß wir alles das, was wir leisten, aus unserem eigenen Gelde bezahlen. Wir lassen unsere Wahlagitation nicht, wie die christlich-soziale Partei, von fremden Leuten bezahlen, wir haben die Erfahrung gemacht, daß dies nicht nur nicht zuträglich, sondern geradezu schädlich wäre.

Wenn nun dieses Schlagwort so häufig gebraucht wird, so hat das einen triftigen Grund. Eine Partei, die so groß ist wie die unsere, bedarf eines großen Verwaltungsapparates, und sie muß selbstverständlich ihre Beamten auch bezahlen. Es ist nicht möglich, daß eine so große Partei wie wir, eine arme Partei von Leuten, die keine Besitzthümer haben, ihr Auslangen finden kann, ohne Beamte mit Gehalt anzustellen. Gerade weil aber die gegnerischen Parteien wissen, daß die sozialdemokratische Partei ohne Gelder, die von Arbeiterkreuzern gesammelt sind, nicht bestehen kann, gerade darum setzen sie hier ihren Hebel an, weil sie glauben uns damit am ehesten zu schaden. Wenn nun auch gegenwärtig in Folge der etwas ruhigeren Periode die Sammlungen nicht in der Höhe einlaufen wie in den Zeiten der Wahlbewegung, so werden in dem Augenblicke, wo wieder eine heftige Welle in der Parteibewegung sich erheben wird, die Beiträge sicherlich reichlicher einlaufen.

Parteigenossen! Ich habe es für meine Pflicht gehalten, einmal von dieser Stelle aus über dieses Schlagwort zu sprechen. Es liegt in diesem Worte nicht nur eine hohle Demagogie, sondern auch eine bewußte Niederträchtigkeit und Verlogenheit unserer Gegner, und es ist zu wünschen, daß alle unsere Genossen in der Provinz sowohl als in Wien überall, wo sie diesem Schlagworte begegnen, ohneweiters die Lügenhaftigkeit und Demagogie unserer Gegner klarstellen. Im Uebrigen habe ich diesem Kassaberichte nichts hinzuzufügen, bin aber bereit, falls Sie irgendwelche Detailfragen in Bezug auf den Bericht an mich stellen sollten, dieselben zu beantworten. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Hirsch (Atzgersdorf): Wenn Gen. Schuhmeier u. A. sagte, daß wir in Oesterreich mit der letzten Wahlbewegung einen riesigen Fortschritt gemacht haben, so gebe ich das zu, behaupte aber, daß wir einen größeren Fortschritt hätten machen können. Die Wiener Genossen sind in Folge des hier eingebürgerten Parteigigerlthums unterlegen, sie sind von jeher gewöhnt, vor Tausenden von Genossen zu sprechen und Beifallsklatschen zu hören, aber die Maulwurfsarbeit vernachlässigen sie. Wir aber in der Provinz mußten von Person zu Person gehen und intensiv im Einzelnen arbeiten. Wir können dabei aber trotzdem nicht die Summen aufbringen, die wir nach dem Parteibeschluß aufbringen sollten, um unsere eigenen Bedürfnisse decken zu können und noch etwas zu erübrigen. Auch wir müssen deshalb unsere Geldmittel für unsere eigene Organisation verwenden. Die Wiener Genossen könnten, wenn sie wollten, tiefer in die Arbeiterschichten eindringen, und sie sollten auch etwas mehr für das Land thun.

Gen. Behr (Saaz): Wir haben es gewiß Alle mit Freuden begrüßt, daß uns bei dem Wahlkampf die deutschen Genossen zur Seite gestanden sind, und Gen. Schuhmeier hat darauf verwiesen, daß dies auch in der Zukunft der Fall sein wird. Er hat aber dabei Zweifel laut werden lassen, ob die österreichischen Genossen eventuell den deutschen Genossen beispringen würden. (Widerspruch.) Wir sind allerdings eine arme Partei gegenüber der deutschen, aber ich

glaube, jeder österreichische Parteigenosse wird den deutschen gegenüber die Pflicht der Solidarität genau so erfüllen, wie es die deutschen uns gegenüber gethan haben. (Gen. Pfannkuch: Das ist nie bezweifelt worden!) Wenn wir unsere Agitationsgelder nach Wien hätten abführen wollen, wäre für unseren Kreis nichts übrig geblieben. Hätte man zum Beispiel auf den dritten böhmischen Wahlkreis, der sehr wenig bearbeitet worden ist, auch nur eine geringe Summe verwendet, so wäre dieser Wahlkreis ebenfalls gewonnen worden. Die Kassenberichte, die ausgegeben werden, enthalten nicht Alles, was von den Parteigenossen geleistet wurde, weil die Ausgaben, die gleich in der Provinz gemacht werden, nicht gebucht werden.

Gen. Tobiasch (Aussig): Der Parteikassier wird zugeben, daß für die Wahlagitation in der Provinz vom Zentralfond gar nichts gegeben worden ist. (Widerspruch.) Wir wenigstens haben nichts bekommen. Die paar Blätter, die wir erhalten haben, haben wir ehrlich bezahlt. Wir müssen wegen eines einzigen Wahlmannes oft drei und vier Versammlungen abhalten, dazu zwei bis drei Stunden per Bahn und Schlitten fahren u. s. w. Ich glaube, die Partei könnte zufrieden sein, daß diese Arbeit verrichtet wurde, ohne daß sie Opfer bringen mußte. Als die Wahl in der fünften Kurie bei uns vollzogen war und wir erfuhren, daß Gen. Pernerstorfer gefallen war, beschlossen wir sofort, ihn bei uns aufzustellen und eine intensive Agitation zu entfalten. Wir wendeten uns telegraphisch nach Wien, man möge uns momentan mit fl. 100 aushelfen. Wir haben aber keine Antwort erhalten. Nun lesen wir, daß der Wahlfond einen Ueberschuß von fl. 3632·74½ hat. Wäre es da nicht Ehrenpflicht gewesen, diese paar Gulden aufzuwenden? Ich will nicht behaupten, daß wir Pernerstorfer, wenn die fl. 100 gekommen wären, durchgebracht hätten, aber die Möglichkeit war vorhanden.

Gen. Stark (Falkenau) beklagt es, daß die von der Partei angekündigte Broschüre über das neue Wahlgesetz nicht zur rechten Zeit erschien. Viele Genossen kannten sich nicht aus und wußten daher keinen Rath. Diese Verzögerung in der Herausgabe der Broschüre hat die Wahlarbeit sicherlich nicht gefördert. Desgleichen beschwert sich der Redner, daß, als er um einen Referenten ansuchte, keiner zu haben war. Wir Genossen in der Provinz führen einen harten Kampf und bedürfen sehr der Nachhilfe.

Unsere Gegner sind zwar nicht im Stande, die Sozialdemokratie wissenschaftlich zu bekämpfen. Deshalb werden wir aber immer mehr verdächtigt, und in jedem Pauschalwisch lesen wir Verdächtigungen gegen die „Führer".

Im politischen Bezirk Falkenau haben wir in einem Jahre 600 politische Versammlungen ohne die § 2-Versammlungen abgehalten — das mußte uns die politische Behörde sagen, denn wir wußten es nicht — im ganzen Wahlkreis über 2000. In Wien zum Beispiel gibt es Brauer, Kellner, Hausmeister u. A., die weder gewerkschaftlich noch politisch organisirt sind. Auf diesem Gebiete muß gearbeitet werden. Es wurde früher von den Tramwaybediensteten gesprochen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß nicht Lueger, Geßmann und Strobach streiken, sondern Arbeiter, und diese müssen wir unterstützen. Wenn wir in der Provinz bei einem Streik fragen würden, ob die Arbeiter sozialdemokratisch, christlich-sozial oder deutschnational sind, würden wir auch im Wahlkampf unterliegen.

Gen. Stumpe (Warnsdorf): Ich will auf die Sünden der Wiener Genossen nicht zurückkommen, aber die Ohrfeige, die der Genosse von Aussig den Wiener Genossen gegeben hat, will ich, weil ich mich auf Thatsachen stütze, theilweise variren. Ich konstatire, daß Pernerstorfer durchgedrungen wäre, ob jetzt die Wiener Geld geschickt hätten oder nicht, wenn von den Aussigern die Sache in den letzten Tagen planmäßig geleitet worden wäre. Die Parteigenossen von Warnsdorf-Rumburg, welche mich hieher geschickt haben, verlangen, daß der Bericht über die finanziellen Angelegenheiten nicht blos wie es bisher Usus gewesen ist, beim Parteitage vorgelesen werde, sondern daß alljährlich dem Parteitage nicht nur über die Arbeiterpresse, sondern über die gesammte Parteigebahrung Rechenschaft gegeben werde.

Gen. Albrecht (Reichenberg): Wir wurden durch die Kreisvertretung in Reichenberg beauftragt, im VIII. und IX. Wahlbezirke der fünften Kurie und außerdem in diesem Gebiete für die Landgemeinden- und für die Städtekurie zu

arbeiten. Zu dieser ganzen Arbeit waren wir vier Leute. Sowie die Wiener, mußten wir auch um die Städte Reichenberg und Gablenz kämpfen.

Den Bericht konnten wir aus dem Grunde nicht rechtzeitig an den Parteisekretär absenden, weil aus dem VIII. Bezirke die Bezirksorganisation an uns keinen Bericht geschickt hat. Den Vorwurf des Gen. Schuhmeier, daß wir mehr Geld eingenommen als abgeführt haben, weise ich zurück, weil dies eine Verdächtigung ist. (Widerspruch). Gen. Schuhmeier hat es ausgesprochen, daß wir den Bericht nicht eingeschickt haben, weil wir uns über die Beiträge nicht ausweisen wollen. Wir sind zu jeder Zeit in der Lage, die Berichte einzusenden. Im Bezirke Reichenberg ist ein Betrag von fl. 3000 eingegangen; von anderen Bezirken aus der fünften Kurie des VIII. Wahlkreises haben wir nur sehr wenig bekommen, und aus dem IX. Wahlkreise leider gar nichts. Trotzdem mußten wir die Agitation für diesen Wahlkreis leisten. Dafür wird uns hier als Lohn ein solcher Vorwurf gemacht. Wir haben fl. 250 an die Parteivertretung geschickt und von ihr fl. 300 bekommen.

Obwohl die Genossen in Wien unterlegen sind, mache ich ihnen daraus keinen Vorwurf, denn ich bin überzeugt, daß sie ihre Schuldigkeit gethan haben.

Vorsitzender Gen. **Popp**: Gen. Albrecht hat gesagt, daß das, was Gen. Schuhmeier vorgebracht hat, eine Verdächtigung sei. Ich halte es nicht für nothwendig, daß man persönlich wird; es ist auch nicht nothwendig, daß wir unter uns in einem Ausspruche eines Parteigenossen schon eine persönliche Spitze sehen und das als eine Verdächtigung betrachten.

Gen. **Kristan** (Laibach): Die südslavische Parteiorganisation kann sich den Vorwürfen, welche von verschiedenen Seiten der Wiener Parteivertretung gemacht wurden, nicht anschließen. Unsere Organisation hat seitens der Parteivertretung für ihre Arbeit, die sie geliefert hat, auch Unterstützung gefunden; sie war allerdings bescheiden, aber was man nicht hat, kann man nicht geben. Wir leiden materiell als auch an Agitationskräften Mangel. Unsere Erfolge sind in Folge dessen auch viel bescheidener als sie unter günstigeren Umständen gewesen wären.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit bemerken, daß das Bauernelement den sozialdemokratischen Ideen durchaus nicht so unzugänglich ist, wie in gewissen Kreisen angenommen wird; man darf aber die Bauern nicht damit ködern wollen, daß man ihnen Aussichten eröffnet, die unerfüllbar sind, sondern man muß mit der vollen Wahrheit herausrücken. Jene Bauern, welche bei uns ihre Stimme den Sozialdemokraten gegeben haben und den sozialdemokratischen Organisationen auch langsam beitreten, sind sich dessen bewußt, was die Sozialdemokratie anstrebt.

Die Bewegung, welche durch die Wahlagitation entfacht wurde, hat sich nicht blos auf Krain und den Süden Steiermarks beschränkt, sondern ist auch nach dem weiteren Süden gedrungen. Wenn, wie der Parteibericht konstatirt, in den dalmatinischen Wahlkreisen keine Kandidaten aufgestellt wurden, geschah es deshalb, weil Niemand eine Ahnung davon hatte, daß dort eine Kandidatur überhaupt nur möglich sei, ich sage nicht, daß sie Aussicht auf Erfolg hätte, und dennoch haben sich dort die Genossen aus eigenem Antriebe bewogen gefühlt, in Spalato einen Kandidaten aufzustellen, der auch eine erkleckliche Stimmenanzahl erhielt, obwohl der Wahlschwindel dort genau derselbe war, wie sonst überall in Oesterreich. Ich habe dies konstatirt, damit die Parteivertretung und der Parteitag seine Aufmerksamkeit etwas intensiver auf den Süden richte als dies bisher der Fall war. Ich wollte damit keinen Vorwurf aussprechen, sondern ich will nur darüber informiren, daß der Boden dort jetzt fruchtbar geworden ist; ich bin auch überzeugt, daß die Reichsparteivertretung ihre Hilfe nunmehr dem Süden auch nicht versagen werde.

Die Angriffe auf die Parteivertretung waren meiner Ansicht nach unberechtigt. Die Parteivertretung ist eben auch von der Voraussetzung ausgegangen, daß die stärkere Organisation die Pflicht hat, die schwächere zu unterstützen. Ueberall waren zu wenig Kräfte, und besonders im Süden war dies der Fall, weil die Bewegung dort noch sehr jung ist und man die entsprechenden Kräfte daher nicht aufbringen konnte. Nebenbei ergibt sich die Schwierigkeit, daß wir, mit Ausnahme von Krain und des Südens Steiermarks, nicht eine Gegend haben, wo ein einsprachiges

Element beisammen wohnen würde. Es muß überall in zwei Sprachen gearbeitet werden.

Unsere Presse wird von Tag zu Tag mehr verbreitet, und der Wunsch nach Referenten, nach Versammlungen wird immer lauter. Die Genossen mögen überzeugt sein, daß im Süden ebenfalls nunmehr die Sozialdemokratie im schönsten Aufblühen begriffen ist. Ich spreche noch der Parteivertretung und den nördlichen Organisationen für ihre bisherige Unterstützung den Dank aus.

Gen. Dr. Čech (Brünn) richtet an die Parteivertretung die Anfrage, warum dem gedruckten Parteibericht ein Bericht über die Thätigkeit der tschechischen Organisation nicht beigeschlossen ist. Darüber hat sich Gen. Schuhmeier ausgeschwiegen, und es ist sehr merkwürdig, daß auch die tschechischen Genossen nicht das Bedürfniß empfinden, uns etwas über ihre Thätigkeit zu berichten, sondern sich heute absentiren und gleichzeitig anderenorts eine Konferenz abhalten. So lange wir eine internationale Partei sind, wollen wir auch über die Thätigkeit der tschechischen Organisation berichtet sein.

Vorsitzender Gen. Popp: Die tschechischen Genossen haben sich schon gestern Abends entschuldigt, daß sie beim ersten Punkt der Tagesordnung nicht anwesend sein können, weil sie eine Konferenz haben, die sie später nicht mehr abhalten können, da einige Genossen, die der Konferenz beiwohnen müssen, abzureisen genöthigt sind. Die tschechischen Genossen haben sich aber nicht absentirt. Was die zweite Anfrage des Gen. Dr. Čech anbelangt, so ist ein Bericht vom tschechischen Sekretariat ganz einfach nicht eingelangt und konnte daher auch nicht vom Gen. Schuhmeier zum Drucke befördert werden.

Gen. Kohn (Hohenstadt): Gen. Schuhmeier sagte, die Parteileitung hat voll und ganz ihre Pflicht erfüllt. Ich apostrophire den Gen. Schuhmeier und stelle an ihn die Anfrage, ob sich diese Erklärung auch wirklich mit den Thatsachen im Einklang befindet. Ich habe hier einen Brief vom 10. Februar 1897, in welchem Gen. Neumann seine Kandidatur für die dritte Kurie des Bezirkes Böhm.-Trübau, Zwittau u. s. f. angemeldet hat; ich habe hier auch einen zweiten Brief, wo Gen. Neumann aus Zwittau sich mit folgenden Worten beklagt: „Der Vorwurf trifft allein die Parteileitung, die Gen. Neumann anstatt nach Zwittau nach Graz dirigirte, uns aber auf Briefe und Telegramme gar keine Antwort ertheilte, wodurch wir bis zum letzten Tage im Unklaren blieben."

Gen. Schmiedt (Jägerndorf): Wir können nicht umhin, der Parteivertretung unser volles Vertrauen auszudrücken. Sie ließ nie ein Schreiben unbeantwortet, wenn wir uns an sie mit einer Anfrage gewendet haben; auch die Unterstützungen wurden ertheilt, soweit die Mittel zur Verfügung standen.

Daß die Berichte unvollständig sind, hat seinen Grund in dem Mangel an geeigneten Kräften; wenn die Parteivertretung mangelhafte Berichte erhält, kann sie selbst nicht detaillirt und vollständig berichten. So ist es auch mit den Beiträgen; nicht alle Parteigenossen sind so aufgeklärt, daß sie einsehen, daß es mit den paar Gulden, welche da zusammenkommen, noch nicht gedient ist. Leute, die fl. 2 oder 2·50 pro Woche erhalten, halten fl. 50 für ein riesiges Vermögen, aber die Kosten für viele Versammlungen, Plakate und Saal können nicht immer damit gedeckt werden. Es ist ungerechtfertigt, wenn einzelnen Parteigenossen da Vorwürfe gemacht werden: Jeder thut, was er zu leisten im Stande ist; die Parteileitung hat da einen noch viel schwereren Standpunkt.

Gen. Köhler (Gablonz): Wir haben in der Wahlbewegung Gelegenheit gehabt, mit den Leuten zusammenzukommen und ihre Irrthümer aufzuklären. Wenn der IX. Wahlkreis zu wenig Mittel aufgebracht hat, muß man daran denken, daß in Trautenau, Braunau, Hohenelbe die Flachsgarnfürsten sitzen, die ihre Leute wie Arbeitsthiere behandeln, die nicht denken dürfen. Die Seidenweber verdienen fl. 2·20 pro Woche, davon können sie nichts hergeben, ähnlich ist es auch mit den Schleifer- und Bijouteriearbeitern. Die Agitation ist dort eine sehr schwierige, wo man sechs bis sieben Stunden weit im hohen Schnee gehen muß, um in eine Versammlung zu kommen. Wir haben geleistet, was wir konnten. Die Hochburg des Liberalismus und die niederträchtige Kampfesweise der Nationalen haben wir besiegt. Wir haben viermal in der fünften Kurie wählen müssen, eine solche Arbeit erfordert auch Mittel. Ich bin ein alter, aber

schon ein harter Kerl in der Bewegung, und mir sind die Thränen in die Augen gekommen, als mir die Leute sagten, wir haben dieses oder jenes Thal erobert. Wir wollen auch weiter thun, was wir können; was wir einmal in die Hände bekommen haben, werden wir auch zu halten wissen.

Gen. Palka beantragt Schluß der Debatte.

Gen. Dr. Adler: Ich möchte nicht, daß die Debatte geschlossen wird, es sind der Parteivertretung Vorwürfe gemacht worden. Die Parteivertretung hat hier Rede zu stehen, und es wäre ungerecht, wenn man verhindern wollte, daß Vorwürfe gegenüber derselben zum Ausdruck gebracht werden.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Majorität abgelehnt.

Gen. Hoffmann (Inzersdorf): Es wurde hier der Vorwurf gemacht, daß die Beiträge aus den Provinzen etwas nachlässig eingeflossen sind. Wenn Sie auf die Wahlbewegung Rücksicht nehmen, so müssen Sie zugeben, daß die Parteigenossen in der Provinz einen hundertmal stärkeren Kampf zu bestehen hatten als die Wiener. Für Wien liegt eine Erleichterung schon darin, daß auch aus den Provinzen Gelder hereinkommen. Ich komme aus einem Wetterwinkel, wo wir es mit sehr vielen indifferenten Arbeitern zu thun haben; wir haben hauptsächlich Ziegelarbeiter. Welche Schwierigkeit es ist, diese Arbeiter zu organisiren, das wird die Parteileitung wissen. Heute sind sie so organisirt, daß man sagen kann, sie sind verläßliche und tüchtige Parteigenossen. Wenn Sie sich also dies vor Augen halten, so ist der gemachte Vorwurf auf uns wenigstens nicht zutreffend. Auch Gen. Bretschneider, welcher in unserem Wahlkreis kandidirte, wird dies bestätigen.

Gestatten Sie mir noch etwas zu erwähnen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Sammlungen der Partei nicht jenen Erfolg bringen, welcher nothwendig ist. Es war auf einem früheren Parteitage einmal die Rede, daß man eine Parteisteuer einführen soll. Wenn dieses nun damals nicht möglich war auszuführen, so würde es heute möglich sein. Die Parteileitung möge sich also mit dieser Frage beschäftigen. Wenn nur jedes Parteimitglied pro Woche einen Kreuzer zahlt, so würden wir eine weit höhere Summe als fl. 36.000 einbringen.

Vorsitzender Gen. Popp: Es ist durch mehrere Zurufe mir der Vorwurf gemacht worden, daß ich den Genossen nicht unterbrochen habe, nachdem er einen Situationsbericht vorgetragen hat. Ich habe nicht gefunden, daß dies ein Situationsbericht ist. Gen. Seliger beantragt Schluß der Rednerliste. Es sind noch 27 Redner vorgemerkt.

Gen. Seliger: Ich betrachte es nicht als Aufgabe der Debatte, daß die einzelnen Redner einen Bericht über ihre spezielle Parteithätigkeit in ihrem Bezirke bringen, sondern zum vorliegenden Parteibericht zu sprechen haben. (Zustimmung.)

Der Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Gen. Benecke (Cilli): Man soll nicht sagen, daß Wien im Verhältniß zu den Provinzen das Meiste geleistet hat. Wien hat bekanntlich große und zahlreiche Arbeiterorganisationen. Hier ist auch die Arbeit eine leichtere, weil die Agitatoren nicht stundenweit hinauszugehen haben. Ich möchte Ihnen bei dieser Gelegenheit auch berichten, was man von Wien erwartet hat. Man hat erwartet, daß Wien bei der Wahl der fünften Kurie drei oder vier Genossen durchdrücken wird. Wir wurden enttäuscht.

Namens des IV. steiermärkischen Wahlkreises muß ich der Parteivertretung den Dank abstatten für die Unterstützung, welche sie uns geleistet hat. Es war nicht viel, aber die Unterstützung ist zur rechten Zeit eingetroffen und hat ihre Wirkung nicht verfehlt.

Gen. Schelch (Leoben): Ich muß auf den Vorwurf bezüglich der Geldabführung zurückkommen. Wir in der Provinz müssen unser Geld für unsere eigene Agitation verwenden, wenn wir unsere Organisationen ausbauen wollen. Das Geld bekommen wir nur von den organisirten Arbeitern. Neben diesen gibt es jedoch eine Menge Leute, die von der Partei nicht berücksichtigt werden. Es sind dies die Taglöhner und Dienstboten, und ich glaube, daß es diesem Umstande auch zuzuschreiben ist, daß wir in Wien keine Wahlsiege errungen

haben. Ich vermuthe nämlich, daß auch die Wiener die Dienstboten übersehen haben. Diese aber wurden von den Christlich-Sozialen als Stimmvieh verwendet. In einer Konferenz von Parteigenossen wurde bei uns Gen. Pongratz als Kandidat aufgestellt, auf einmal hieß es, daß nicht Gen. Pongratz, sondern Gen. Neumann aus Wien aufgestellt werde, weil sein Wahlbezirk in Wien aussichtslos sei und man den Gen. Neumann im Parlament besser verwenden könnte als den Gen. Pongratz. Dadurch ist eine Verwirrung unter den Genossen entstanden, sie wußten nicht, wie sie vorgehen sollten. Weiters muß ich sagen, daß bei der Wahl eine große Unklarheit herrschte. Und in dieser Beziehung muß ich der Parteivertretung den Vorwurf machen, daß sie die Wahlangelegenheiten in der Presse nicht klar und deutlich genug besprochen hat. (Gelächter.) Sie wurden zwar besprochen, aber etwas zu spät und in einer Weise, daß es zwar die organisirten Arbeiter, nicht aber die indifferenten Leute verstanden haben, weil zu viele Fremdwörter darin waren. (Heiterkeit.)

Gen. Dr. Adler: Werthe Parteigenossen! Ich muß sagen, daß ich eigentlich erwartet habe, daß der Parteivertretung noch weit mehr Vorwürfe gemacht werden, als bisher geschehen ist. Die Aufgabe der Parteivertretung war bei den Wahlen — und um die handelt es sich hier vor Allem — eine schwere, ja, ich sage es direkt, eine vollständig unlösbare. Wir haben in Oesterreich bis nach den vollendeten Wahlen absolut nicht gewußt, wie stark wir sind, wir haben nicht gewußt, wie unsere Kräfte in den einzelnen Wahlbezirken beschaffen sind. Nun hat die Parteivertretung aber doch die Aufgabe, die Uebersicht zu haben, zu wissen, was sie beim besten Willen nicht wissen konnte. Jeder der Parteigenossen wird begreifen, daß er für seinen Bezirk das nicht wissen kann. Aber zu der Parteivertretung hat er das Zutrauen, daß sie so gescheidt sei, genau zu wissen, wo anzupacken ist. Daraus sind eine große Reihe von Vorwürfen entstanden. So wird uns bezüglich Wien ein Vorwurf gemacht. Wien ist ein so wichtiger Punkt, daß man wohl darüber ein paar Worte sprechen kann. Ich wäre in der Lage, Ihnen hier Zeugen aufzurufen, daß ich schon im Juli oder August bezüglich der Wahlen in Wien klarer gesehen habe als viele andere Genossen; ich habe gesagt: „Wir brauchen 100.000 Stimmen, um durchdringen zu können; aber diese 100.000 haben wir nach meiner Ueberzeugung nicht. Wir können sie nicht haben; es hängt einzig und allein davon ab, wie stark die Wahlbetheiligung in Wien sein wird. Wenn die indifferenten Massen, vor Allem dieses ungeheure Heer von Bediensteten aller Kategorien, die in jeder Hauptstadt eine so große Rolle spielen, von den Antisemiten an die Wahlurne gebracht werden können, dann sind wir verloren.“ Die Genossen aus der Provinz haben es sehr leicht, uns Vorwürfe zu machen. Wir haben überall mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, sagen sie. Das gebe ich zu. Eines aber müssen *sie* zugeben: Sie haben verbohrte Gegner; wir wollen gar nicht den Ruhm haben, daß wir die allerdümmsten haben. Sie haben boshafte Gegner, das gebe ich Alles zu, und mächtige Gegner, aber die Wiener Sozialdemokraten sind die einzigen gewesen, die einer für Wahlen organisirten und geschulten Partei gegenübergestanden sind. Nirgends in Oesterreich war das der Fall. Wir stehen einer Partei gegenüber, die nichts kann als wählen, aber das kann sie. Wir können, ohne unbescheiden zu sein, sagen: Wir können auch sehr viel, aber im Wählen haben wir bisher keine Uebung gehabt und darum sind wir unterlegen.

Wenn gesagt wurde — und da bin ich verpflichtet, an dieser Stelle in meiner Eigenschaft als Herausgeber der „Arbeiter-Zeitung“ zu sprechen — daß die Presse zu wenig gemacht hat, um das Wahlgesetz den Genossen klar zu machen, muß ich schon sagen, daß ich die Höhe der Ansprüche, die die Genossen stellen, gar nicht mehr ermessen kann. Uns ist es vorgekommen, als ob wir unseren Lesern fast einen Nürnberger Trichter aufsetzten, so zum Ueberdruß wurde alles Mögliche auseinandergesetzt, und ich glaube nicht, daß die Unkenntniß des Wahlgesetzes irgendwie schuld war, sondern etwas ganz Anderes. Es sind bei dieser Wahlagitation in Niederösterreich von Seite der klerikalen Partei die Pfarrer mobilisirt worden, und es ist der einzige, ursprüngliche, wirklich volksthümliche, wenn auch uns feindliche Instinkt in der Bevölkerung, der neben dem sozialdemokratischen existirt, nämlich der klerikale, wachgerufen worden, und dem sind

wir unterlegen. Ich spreche hier von dieser Stelle auch aus, daß ich nicht die fünf Mandate in Niederösterreich in Anspruch nehmen würde, wenn sie mit diesem Berg von Niederträchtigkeiten erkauft werden müßten, wie es unsere Gegner gethan.

Es wird gesagt, daß die Mittel, welche die Partei zur Verfügung gestellt hat, an einzelnen Punkten zu gering waren, während wir jetzt einen Ueberschuß im Wahlfond haben. Dieser Ueberschuß entspringt nicht unserer Sparsamkeit, sondern daß hinterher noch ein guter Theil der Gelder eingelaufen sind. Wenn ein Genosse sagte, daß bei ihnen der Ausfall der Wahl von fl. 100 abhängig war, so muß ich gestehen, daß der Genosse, der dies behauptet hat, da die Wahl Pernerstorfer's in zwei bis drei Tagen effektuirt werden sollte, so klug er sonst sein mag, doch den Werth von Geldmitteln erheblich überschätzt. Uns hat an einzelnen Punkten niemals so sehr Geld gefehlt als die Arbeitskräfte, und diese allerdings in sehr hohem Maße.

Ich wundere mich, daß nicht der Vorwurf erhoben wurde, daß die Parteivertretung sich hätte darauf beschränken sollen, in einigen aussichtsvollen Wahlkreisen die ganze Kraft an Geld und Agitation aufzuwenden und die übrigen mehr als nebensächlich zu behandeln. Dagegen mußten wir uns selbst einwenden, daß wir die aussichtsvollen Wahlkreise nicht kennen, und daß für uns nicht nur die Wahlkreise Werth haben, wo wir durchgedrungen sind, sondern auch diejenigen, in welchen wir unterlegen sind, aber für die Zukunft eine Aussaat machten, die uns nicht nur für die Wahl, sondern für die ganze Agitation zu Gute kommen wird. (Beifall.)

Gen. Lehner (Bukowina): Gen. Dr. Adler hat gesagt — und ich muß da nicht mich, sondern meine Parteigenossen in der Bukowina in Schutz nehmen — er gebe alle Genossen in der Bukowina um einen halben Kreuzer her. (Genosse Dr. Adler: Ich habe Ihnen schon gesagt, daß es nicht wahr ist!) Nur Genosse Zeplichal ist ausgenommen. Gen. Adler kann vom Wiener Standpunkte leicht sprechen, aber in der Bukowina, wo vier Landessprachen sind, ist ein schwerer Kampf zu führen. Zu den Geldmitteln, die wir gebraucht haben, hat die Partei am wenigsten beigetragen, sondern wir haben sie selbst aufgebracht.

Bei dem Maurerstreik haben wir drei Telegramme an die Partei und die Gewerkschaftskommission um Hilfe geschickt. Der Streik ist allerdings zu unseren Gunsten ausgefallen, wir hätten aber mehr errungen, wenn wir von Wien Unterstützung bekommen hätten. Von Gen. Dr. Adler verlange ich eine Rechtfertigung, sonst verlasse ich den Parteitag.

Gen. Stefan (Römerstadt): Ich muß dem Parteikassier Gen. Ellenbogen auf seine Antwort bezüglich der Provinzorganisation erwidern. Wir arbeiten nämlich in Römerstadt mit Schulden. Die begüterten Bauern lassen sich polnische Arbeiter zu fl. 40 für das Jahr einführen, während sie den deutschen bis fl. 90 zahlen müssen. Heuer haben wir 250 Polen bekommen. In der Weberei erhalten die Leute fl. 1·70 bis fl. 1·80 Lohn pro Woche. — Es wurde mir deshalb von der Organisation aufgetragen, zu verlangen, daß man uns von der Parteisteuer freilassen soll.

Gen. Bartl (Teplitz): Der Genosse von Atzgersdorf hat von Provinzgenossen gesprochen, ich glaube aber, daß er keine Ahnung hat, was es heißt, in der Provinz zu arbeiten. Dem Gen. Dr. Adler möchte ich erwidern, daß unsere Gegner, zum Beispiel in Teplitz-Stadt, zumindestens so geschult sind wie die Christlich-Sozialen in Wien. Die Organisation in Wien ist jedenfalls nicht so stark, wie sie zu einem solchen Kampfe sein sollte. Die Lokalvertrauensmänner sollten von der Organisation aus instruirt werden, was die Organisation für einen Zweck hat. Man beschränkte sich aber darauf, große Versammlungen abzuhalten.

Man hat sich in den letzten Jahren darauf beschränkt, die Leute in Volksversammlungen zu elektrisiren, aber die Maulwurfsarbeit wurde in nicht genügendem Maße durchgeführt. Daß dies in Zukunft geschehe, wäre sehr nothwendig. Man muß die Genossen aufklären, Instruktionen herausgeben, wie sie vorzugehen haben, und auf diese Weise wird es möglich sein, daß wir besser vorwärts kommen; trotzdem ist aber der Vorwurf, den der Atzgersdorfer Genosse vorgebracht hat, daß wir keine Fortschritte gemacht haben, gänzlich unbegründet.

Gen. Pauser (Pottendorf) stellt den Antrag auf Schluß der Debatte. Nach einer kurzen Debatte, an der sich die Gen. Neumann und Benecke betheiligen, wird Schluß der Debatte angenommen.

Gen. Schuhmeier (Schlußwort): Parteigenossen! Es obliegt mir in meinem Schlußworte, nur mehr auf Einiges zu erwidern, was die Genossen als Anwürfe vorgebracht haben, und da möchte ich zunächst auf Gen. Hirsch aus Atzgersdorf zurückkommen, der so versteckt gedroht hat, er werde, weil ich der Ansicht bin, es müsse unsere Organisation den Wahlkreisen angegliedert werden, mit mir „noch anderwärts" abrechnen, und der überdies meinte, man dürfe die Unklugheiten des Badeni nicht als Grundlage annehmen. Ich mache den Genossen darauf aufmerksam, daß er über diese Ansicht nicht mit mir, sondern mit den Verhältnissen rechnen muß; und wenn er gerecht sein will, muß er auch die Anträge, die gedruckt vorliegen, durchlesen, und da wird er finden, daß ich nur einem Gedanken Ausdruck gegeben habe, der in den Anträgen niedergelegt ist.

Was Gen. Hirsch von den Provinzen gesprochen hat, mag ja in mancher Beziehung richtig sein, wenn er es aber als Provinzgenosse von Atzgersdorf thut, so trifft das nicht so ganz zu. Denn was ich geographische Kenntnisse von Niederösterreich habe, grenzt Atzgersdorf so nahe an Wien — mir scheint sogar, ein Haus gehört noch zu Wien — daß man hier nicht gut von der „Provinz" sprechen kann. Gar so stark ist der Provinzialgeist in Atzgersdorf nicht.

Was die Vorwürfe betrifft, die Gen. Hirsch den Wienern gemacht hat, so ist bezeichnend, daß kein einziger Wiener darauf reagirt hat. Ich wurde vielmehr von einigen Wiener Genossen ersucht, zu konstatiren, daß sie es gar nicht für nothwendig erachten, auf diese Anwürfe zu antworten. Redner polemisirt weiters gegen Gen. Behr und Dobiasch und fährt fort: Gen. Stark hat den Wienern den Vorwurf gemacht, daß der Streit unter uns schuld war, daß wir in Niederösterreich unterlegen sind. Parteigenossen! Wenn wir uns bisher immer gestritten haben, so kann ich sagen, daß zur Zeit der Wahl in Wien eine Einmüthigkeit geherrscht hat, wie ich sie noch nie erlebt habe (Beifall), und warum? — weil wir nicht einmal Zeit gehabt haben zu streiten. (Heiterkeit.)

Noch Eines: Es thut mir leid, daß gerade Gen. Albrecht gegen mich einen Vorwurf erhoben hat. Er hat sich hinreißen lassen, zu sagen, es sei von mir eine Verdächtigung, wenn ich von den Reichenbergern sage, sie hätten in ihrem Bericht ihre Beiträge nicht verrechnet. Ich habe aus dem stenographischen Protokolle ersehen, daß ich ausdrücklich gesagt habe: „An Geld wurden im letzten Jahre über fl. 50.000 zu Agitationszwecken aufgebracht. In dieser Summe ist der Agitationsfond und Wahlfond mitinbegriffen. Ich habe die runde Summe von fl. 50.000 genommen, weil die Kreise Triest, Mähren, Reichenberg, Aussig-Tetschen, Steinschönau-Haida über ihre Geldgebahrung sich gründlich im Parteiberichte ausschwiegen. Es ist sicher, daß sie viel eingenommen, sie sagen uns aber nicht, wie viel. Es entziehen sich daher diese Summen der Schätzung."

Wo liegt da eine Verdächtigung? Wo liegt da der Grund für einen solchen Vorwurf, wie ihn Gen. Albrecht erhoben hat? Ich füge nichts hinzu, ich konstatire nur die Thatsache, und wenn Gen. Albrecht gerecht sein will, wird er den Ausdruck, den er gebraucht hat, zurückziehen. (Zustimmung.)

Gen. Dr. Čech aus Brünn hat sich beschwert, daß die tschechischen Genossen uns keinen Bericht gegeben haben und in Folge dessen auch ihr Bericht im Parteiberichte nicht erwähnt erscheint. Ich habe nach Prag und nach Brünn geschrieben und den Gen. Nemec um den Bericht für Niederösterreich ersucht. Wenn er nicht gekommen ist, so ist das nicht meine Schuld, sondern die Schuld der tschechischen Genossen. Vielleicht haben sie keine Zeit dazu gehabt; ich aber habe meine Pflicht gethan.

Dem Gen. Hoffmann gegenüber bemerke ich, daß es nicht angeht, den einen Referenten als anständig, den anderen als unanständig zu bezeichnen. Die Genossen müssen vielfach froh sein, wenn sie die nothwendige Kraft für die Organisation finden. Er hat auch über die Parteisteuer gesprochen. Es ist mir schwer gefallen, im Parteiberichte die Parteivertretung entschuldigen zu müssen, aber ich glaube, die Gründe, die ich angeführt habe, sind sehr einleuchtend. Schon der Prager Parteitag hat uns beauftragt, die Parteisteuer einheitlich zu regeln. Jedoch stellen

sich dem so viele Schwierigkeiten entgegen, daß wir beim besten Willen nicht in der Lage waren, diese Schwierigkeiten im vergangenen Jahre zu lösen. Sie werden im Laufe des diesjährigen Parteitages wieder eine Parteivertretung wählen; vielleicht gelingt es der, die Schwierigkeiten besser zu überwinden als es uns gelungen ist.

Lustig war, was Gen. Benecke angeführt hat. Er meint, drei bis vier hätten in Wien doch durchdringen können. Wir meinen, es wäre gut, wenn in Niederösterreich alle neun durchgedrungen wären. (Heiterkeit.) Nachdem es aber auch bei dreien nicht gegangen ist, sieht es ungemein komisch aus, wenn ein Parteigenosse sagt, Einige hättet Ihr schon durchbringen können. Er hätte uns das Rezept dazu geben sollen. Der große Nürnberger Trichter ist eben in Verlust gerathen (Heiterkeit); wenn wir den gehabt hätten, hätten wir vielleicht ein paar Kandidaten durchbringen können.

Gen. Lehner aus Czernowitz hat uns den Vorwurf gemacht, daß zur Zeit des Maurerstreiks dreimal telegraphirt wurde, ohne daß eine Antwort gegeben worden wäre. Die Telegramme sind in der That gekommen, und zwar an die „Arbeiter-Zeitung", an das Parteisekretariat und an die Gewerkschaftskommission. Zwei Telegramme hätte sich der Genosse ersparen können, denn diese Angelegenheit ist eben nur Sache der Gewerkschaftskommission. Als das Telegramm gekommen ist, habe ich sofort mit dem Sekretär der Gewerkschaftskommission gesprochen, es wurde eine Plenarversammlung einberufen, und es ist wohl auch ein Betrag nach Czernowitz gesendet worden. Das Telegramm wurde in der Gewerkschaftskommission so rasch wie möglich in geschäftliche Behandlung genommen.

Ich glaube hiemit die wichtigsten Anwürfe, die gefallen sind, widerlegt zu haben. Auf Alles kann ich nicht eingehen, Sie dürfen aber nicht der Meinung sein, daß Sie bezüglich jener Punkte, auf die ich nicht geantwortet habe, im Rechte sind deshalb, weil Sie keine Antwort bekommen haben. Im Uebrigen bitte ich die Genossen, jener Pünktlichkeit, welche sie von der Parteivertretung wünschen, auch dieser gegenüber sich befleißigen zu wollen.

Nach dem Gesagten glaube ich, werden Sie nicht umhin können, der Parteivertretung das Absolutorium zu ertheilen, was seitens der Kontrole gewiß beantragt werden wird.

Referent Gen. Dr. Ellenbogen: Ich will nur auf zwei bis drei Bemerkungen, die über die Geldgebahrung gemacht worden sind, erwidern. Es wurde vom Gen. Tobiasch behauptet, daß ein Telegramm eingelangt ist, in welchem fl. 100 verlangt wurden. Mir sowohl als den Mitgliedern der Parteivertretung ist von einem solchen nichts bekannt. Im Uebrigen aber, wenn die Wahl des Gen. Pernerstorfer wirklich nur von diesen fl. 100, von dieser wirklich lächerlich geringen Summe abgehangen wäre, hätten wir diesen Betrag noch aufgebracht. Gen. Albrecht hat Gen. Schuhmeier vollständig mißverstanden. Er hat aber selbst einen Fehler, den die Genossen dort begangen haben, zugegeben, indem er zugestanden hat, daß ein finanzieller Bericht nicht eingelangt ist.

Endlich hat noch der Genosse von Römerstadt einen Vorwurf gegen mich erhoben, daß ich die Leistung der Parteigenossen in der Provinz zu wenig gewürdigt und ihnen einen Vorwurf gemacht hätte. Er hat aber ebenfalls konstatirt, daß Römerstadt beschlossen habe, daß für diesen Ort ein Ausnahmsgesetz zu beschließen sei, daß Römerstadt nichts abzuliefern habe. Es mag sein, daß dort ein solches Gesetz beschlossen wurde, aber das Mindeste ist doch, daß von solchen „autonomistischen" Bestrebungen die Bezirksorganisation verständigt wird.

Ich schließe mit der Ermahnung an die Genossen, die Gleichgiltigkeit — um das höflich zu bezeichnen — gegenüber den Beschlüssen des Parteitages in Bezug auf Ablieferung von Geldern dort, wo die Ablieferung möglich ist, aufzugeben. Eine solche Unabhängigkeit unter den Parteigenossen, die sie den Parteitagsbeschlüssen gegenüber einhalten (Heiterkeit), ist gang und gäbe. Aber ich würde wünschen, daß die Sammlung etwas eifriger, pünktlicher und regelmäßiger erfolge.

Reichsrathsabgeordneter Gen. Zeller (für die Reichskontrole): Verehrte Parteigenossen! In der sehr langen Debatte haben sich die Genossen mit der Rechnung selbst nur wenig befaßt.

Wir haben den Agitationsfond, den Inhaftirtenfond, den Wahlfond, den Maifond und das alte Broschürenkonto kontrolirt, und ich glaube, daß es in Ihren Intentionen gelegen ist, wenn ich nicht zu weit aushole, sondern blos bestätige, daß diese Rechnungen vollständig in Ordnung befunden worden sind. Ich beantrage daher, daß der Parteivertretung das Absolutorium ertheilt werde.

Es folgen eine Reihe von thatsächlichen Berichtigungen.

Gen. Dobiasch konstatirt gegenüber dem Vorwurf des Gen. Stumpe, daß Aussig nichts für die Wahl Pernerstorfer's geleistet hätte, daß er sich am 9. März 1897 mit Wien sofort telephonisch ins Einvernehmen gesetzt habe und daß die Genossen Alles thaten, um Pernerstorfer durchzubringen. Zu Falle gebracht wurde Pernerstorfer nur durch den Wahlausgang der Schluckenauer Gegend.

Gen. Hirsch berichtigt, er habe nicht gesagt, es wurde gar nichts geleistet, sondern er habe gesagt, es wurde sehr viel geleistet, es hätte aber noch mehr geleistet werden können. Die Maulwurfsarbeit in Wien liegt wirklich darnieder, die Arbeit ist nur eine äußerliche.

Gen. Schiller bemerkt gegenüber dem Gen. Schuhmeier, daß sich die Reichenberger in Bezug auf den Wahlfond gründlich ausgeschwiegen hätten, daß hier ein Irrthum vorliegen müsse, denn er habe selbst den Bericht über die Einnahmen und Ausgaben des Wahlfondes geschrieben und auch das Defizit angegeben.

Gen. Benecke berichtigt. daß er nicht gesagt habe, daß Wien drei bis vier Genossen durchbringen müsse, sondern daß die allgemeine Ansicht herrschend war, daß in Wien drei bis vier Genossen durchdringen würden.

Gen. Dr. Adler vertheidigt sich gegen den Vorwurf des Gen. Lehner aus Czernowitz, der es für gut befunden hat, hier irgend einen Privatklatsch vorzubringen. Die angezogene Aeußerung habe ich ganz gewiß nicht gemacht. Um aber für alle Zukunft das Hereinschleppen von Privatäußerungen auf den Parteitag zu verhindern, erkläre ich, auf diese Anwürfe hier nicht zu antworten. Ueber private Aeußerungen möge man von mir auch privatim Auskunft verlangen.

Gen. Albrecht: Gen. Schuhmeier hat Unrecht, wenn er sich durch die Worte, die ich gebraucht habe, persönlich verletzt fühlt. Ich gebe zu, daß diese Worte hart waren, aber ebenso hart ist sein Vorwurf einer Organisation gegenüber. (Gen. Schuhmeier: Der ist aber nicht gemacht worden!) Wenn Gen. Schuhmeier glaubt, damit gerechtfertigt zu sein, daß ich die harten Worte zurücknehme, bin ich auch dazu bereit. (Beifall.)

Der Antrag der Reichskontrole auf Ertheilung des Absolutoriums an die Parteivertretung wird einstimmig angenommen.

Namens der Mandatsprüfungskommission erstattet den Bericht

Gen. Chwala und bemerkt, daß sich in der Liste der Delegirten eine Unrichtigkeit vorfindet, daß nämlich nicht 161, sondern de facto 157 Delegirte eingetroffen sind.

Von diesen 157 Delegirten haben 117 ein Mandat. Dazu kommen 11 Abgeordnete und 7 Mitglieder der Parteivertretung, sind zusammen 135 mit Mandat. Ohne Mandat wurden 22 Delegirte agnoszirt; die Agnoszirung wurde auf Veranlassung des Gen. Schuhmeier vorgenommen, da diese 22 Personen seitens der Organisationen ordnungsgemäß angemeldet wurden.

An dem Parteitage nehmen theil 9 Mitglieder von Redaktionen, 10 Mitglieder von Industriegruppen, 7 Mitglieder der Parteivertretung und 11 Reichsrathsabgeordnete, 1 Mitglied der Preßkommission, 1 Mitglied des Wiener Lokalausschusses und 118 Mitglieder von Kreis- und Bezirksvertretungen, zusammen 157 Theilnehmer. Ein Nachtrag ist uns vor ungefähr einer Stunde zugekommen, so daß die Gesammtzahl der Delegirten 158 beträgt.

Dieser Bericht wird zur Kenntniß genommen.

Reichsrathsabgeordneter Gen. Zeller beantragt Montag von 9 bis 2 Uhr, an den folgenden Tagen von 9 bis 1 und ½3 bis 7 Uhr zu verhandeln, dann eventuell auch Abendsitzungen abzuhalten.

Wird angenommen. Es werden hierauf die Telegramme und Begrüßungsschreiben mitgetheilt.

Vorsitzender Gen. Popp: Da wir die für heute bestimmte Arbeit erledigt haben, erkläre ich die Sitzung für geschlossen.

Schluß der Sitzung ¼7 Uhr Abends.

Zweiter Verhandlungstag am 7. Juni 1897.

Vormittagssitzung.

Beginn der Verhandlung um 9 Uhr 15 Minuten.

Vorsitzender Reichsrathsabgeordneter Gen. Zeller: Bevor wir zur Tagesordnung übergehen, gestatten Sie mir, daß ich auf ein Versehen zurückkomme. Es wurde gestern dem Umstande nicht Rechnung getragen, daß wir ein gesammtösterreichischer Parteitag sind, an welchem eine große Anzahl von Polen, Slovenen und Italienern theilgenommen haben. Mit Rücksicht darauf, daß die böhmischen Genossen gestern erklärt haben, auf eine Uebersetzung für den gestrigen Tag zu verzichten, wurden gestern auch keine Uebersetzungen durchgeführt; heute wird es anders sein, und ich möchte die Genossen, welche eine Uebersetzung wünschen, bitten, mich jedesmal darauf aufmerksam zu machen. Ich ersuche nun den Gen. Schriftführer, die Präsenzliste und die Einläufe zu verlesen. (Schriftführer Eldersch verliest die Präsenzliste und die eingelaufenen Telegramme.) Ueber Antrag des Genossen Blahusch aus Waidhofen wird beschlossen, das Telegramm des Sensenarbeiterkongresses in Selzthal zu erwidern.

Vorsitzender Gen. Zeller: Wir gelangen zum zweiten Punkt der Tagesordnung:

Parteitaktik und parlamentarische Thätigkeit.

Die beiden Referenten haben sich dahin geeinigt, daß zuerst über die parlamentarische Thätigkeit referirt werden soll. Das Wort hat als:

Referent Reichsrathsabgeordneter Gen. Daszynski (Krakau): Parteigenossen! Im heißen Wahlkampf geboren, haben wir uns sofort nach Zusammentritt des Reichsrathes als sozialdemokratischer Verband konstituirt: wir waren uns dessen bewußt, daß der Kampf unser Element sein wird, durch das wir mit der Zeit mächtig werden sollen. Es war etwas Selbstverständliches, daß wir in diesem Verbande alle Sozialdemokraten, welcher Nation sie immer angehören, miteingeschlossen haben, und so sind in demselben Deutsche, Tschechen und Polen vertreten. Es ist dieser Verband in dem von nationalen Streitigkeiten durchwühlten Oesterreich von vorbildlicher Bedeutung. Wir sind in dem Momente, wo wir eine parlamentarische Vertretung bekommen haben, in eine neue Phase unseres politischen Lebens eingetreten. Wir müssen das Parlament benützen, um die Stellung unserer Partei klar zu kennzeichnen und immer wieder zu versuchen, das Los der arbeitenden Bevölkerung zu bessern.

Unsere Thätigkeit konnte bisher keine allzu reichliche sein. Die Genossen wissen ja aus den Zeitungen, in welchen zerfahrenen parlamentarischen Verhältnissen wir uns befinden; nichtsdestoweniger können wir sagen, daß diese 14 Leute, die zum ersten Male unsere Partei im Parlamente zu vertreten haben, in der abgelaufenen kurzen Session Alles unternommen haben, um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und die Politik der sozialdemokratischen Partei zu vertreten. Wir haben uns in der Weise konstituirt, daß wir ein Präsidium wählten, in welchem alle drei Nationen vertreten waren; wir haben ferner die Vereinbarung getroffen, daß stets drei Mitglieder der Parteivertretung an den Berathungen des Verbandes theilnehmen sollen, da wir überzeugt sind, daß wir uns stets mit dem

leitenden Organ der Partei in Uebereinstimmung befinden müssen. Wir haben im Ganzen 19 Sitzungen abgehalten; darunter eine gemeinsame Konferenz mit der polnischen Volkspartei, mit den radikalen Ruthenen und Stojalowskianern, welche die Anklage des Ministerpräsidenten betraf.

Wir haben in unserem Verbande auch einen Hospitanten, und gestatten Sie mir, daß ich darüber einige Worte spreche. Gen. Dr. Jarosiewicz ist ein Mitglied der ruthenischen radikalen Partei, welche in Ostgalizien unter der Bauernschaft arbeitet und welche bezüglich ihrer Taktik und auch in manchen Theilen ihres Programms der sozialdemokratischen Partei sehr nahe verwandt ist. Es bestehen zwar große prinzipielle Unterschiede zwischen beiden Parteien, sie sind aber in Bezug auf ihre Stellung gegenüber der Regierung und der gegenwärtigen Majorität im Parlament vollständig gleich, indem sie beide, Majorität und Regierung, auf das Schärfste bekämpfen. Mit Rücksicht darauf hat sich das Exekutivkomité der ruthenischen radikalen Partei bewogen gefühlt, sich an uns zu wenden, um den Abgeordneten Dr. Jarosiewicz in unseren Verband aufzunehmen. Wir waren nicht im Stande, dies zu thun, denn Sie wissen, daß wir, ich möchte sagen eifersüchtig, die Reinheit unserer Organisation zu wahren suchen. Darum haben wir auch geantwortet, daß es unmöglich sei, den Dr. Jarosiewicz in unseren Verband aufzunehmen, obwohl er für seine Person als Sozialdemokrat fühlt und denkt, und wir haben beschlossen, zu warten, bis sich seine Partei erklärt, welchen Standpunkt sie der sozialdemokratischen Partei gegenüber einnimmt.

Als oppositionelle Partei haben wir im Parlament eine Anzahl Dringlichkeitsanträge eingebracht, und wir können ruhig sagen, daß unsere Dringlichkeitsanträge nicht die unglücklichsten waren. Von den fünf Dringlichkeitsanträgen, die wir gestellt haben, sind drei zur Verhandlung gekommen, und die Genossen werden aus den Tagesblättern erfahren haben, daß mit diesen Verhandlungen ganze Sitzungen des Parlaments ausgefüllt wurden. Es geschah dies bei der Szajer-Debatte und bei dem Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Ueberprüfung der Wahlmißbräuche in Oesterreich, speziell in Galizien. Sie werden sich erinnern, daß wir in der Lage waren, zum ersten Male dieses Parlament daran zu mahnen, anständig zu bleiben, und wie die Leute sich zähneknirschend fügen mußten, weil wir wirklich hinter uns die öffentliche Meinung hatten, als es galt, einen Abgeordneten dem Kerker zu entreißen.

Mit den beiden Dringlichkeitsanträgen, betreffend die Wahlschwindeleien in Galizien und die Auflösung der Eisenbahnerorganisationen, haben wir gezeigt, daß wir dem parlamentarischen Kampfe gewachsen sind, und wenn wir berücksichtigen, welche nichtssagenden Antworten uns auf unsere Anklagen gegeben wurden, so können wir behaupten, daß nicht nur jeder Sozialdemokrat, sondern jeder anständige Mensch auch damals auf unserer Seite stand, als wir die Rechte des galizischen Volkes und die gesetzmäßigen Rechte der Eisenbahner im Parlamente vertheidigten. (Beifall.)

Wir haben weiters zwei für unsere parlamentarischen Verhältnisse sehr bezeichnende Anträge eingebracht: dieselben wurden in der „Arbeiter-Zeitung" Antipanamitenanträge genannt; sie sind auch thatsächlich gegen das latente Panama in Oesterreich gerichtet. Wenn einmal diese beiden Anträge zur Diskussion kommen werden, dann werden wir im Stande sein, hunderte von Menschen zu nennen, die an der Korruption im ganzen Reiche theilnehmen, eine internationale Bande von Glücks- und Industrierittern, die im Parlamente sowohl als im Herrenhause sitzen; dann wird sich's zeigen, wie die politische Moral der herrschenden Parteien in Oesterreich aussieht. Sie werden gewiß begreifen, warum die Anträge nicht sofort auf die Tagesordnung gesetzt wurden, aber wir werden sie in der nächsten Session wieder einbringen.

Ein weiterer Antrag unsererseits galt der Wahlreform; wir haben ja schon in Prag erklärt, daß wir nicht eher ruhen werden, bis nicht das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erkämpft ist.

In Bezug auf die Sprachenverordnungen haben wir einen Antrag eingebracht, es sei eine Kommission von 48 Mitgliedern aus dem ganzen Hause zu wählen, welche ein Sprachengesetz auszuarbeiten habe, ein Antrag, welcher der logischeste und vernünftigste in der gegebenen Lage war: der einzige anständige Ausweg

die Sprachenstreitigkeiten zu erledigen, ist der Weg eines Gesetzes. Es geht einfach nicht an, immer hinter den Koulissen zu verhandeln.

Neben diesen Anträgen haben wir auch noch eine Reihe von Gesetzentwürfen, darunter ein Gesetz zum Schutze jugendlicher und weiblicher Personen im Bergbau, eingebracht, andere, das Berginspektorengesetz, die Gewerbenovelle, die Privatbeamtenversicherung, das Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetz betreffende Gesetzentwürfe sind zur Zeit, als die Session geschlossen wurde, in Ausarbeitung gewesen.

Wir haben auch einige Erklärungen, in denen wir unseren prinzipiellen Standpunkt wahrten, abgegeben; unsere tschechischen Abgeordneten haben dem Staatsrecht gegenüber im Parlamente ihren Standpunkt präzisirt, ferner haben wir eine Erklärung ausgearbeitet und verlesen, durch welche wir unsere Meinung in Angelegenheit der Sprachenverordnung kennzeichneten; im Adreßausschusse hat Genosse Kiesewetter eine Erklärung abgegeben, in der wir unsere Haltung zur gesammten Politik Oesterreichs feststellten, und zuletzt gaben wir eine Erklärung ab in Sachen der Vergewaltigung und Verletzung der Geschäftsordnung seitens des Präsidiums des österreichischen Abgeordnetenhauses. Von den 46 von uns eingebrachten Interpellationen wurde keine einzige beantwortet.

Unsere Thätigkeit erstreckte sich aber auch auf das Gebiet der Agitation in Volksversammlungen. Nach meinen Aufzeichnungen haben wir 110 Versammlungen und Vorträge besucht, beziehungsweise dort gesprochen oder referirt.

Im Parlamente haben wir sechzehnmal das Wort ergriffen, und sind wir in zehn Ausschüssen vertreten. Zu dieser Statistik möchte ich hinzufügen, daß wir kein einziges Duell zu bestehen hatten (Heiterkeit. Abgeordneter Gen. Berner: Schimpfduelle ja!), aber auch keine Abbitte leisten mußten.

Es liegt vielen Genossen schwer im Magen, daß, als Geßmann, Armann, Mittermayer und wie sie alle heißen, an uns herumschnüffelten und uns beschimpften, sich kein Genosse gefunden hat, welcher mit einer kräftigen „Watschen" vorgegangen ist. (Heiterkeit.) Die Sache wurde auch in den Blättern zur Sprache gebracht.

Wir sind aber der gegentheiligen Meinung, nämlich, daß die antisemitischen Gemeinheiten und Verräthereien nicht mit Ohrfeigen aus der Welt geschaffen werden, sondern sie müssen unter der Bevölkerung gebrandmarkt werden! Wenn wir uns moralisch entrüsten wollen, dürfen wir nicht zuerst an die Gewalt appelliren. (Beifall.) Deshalb warten wir noch mit den Ohrfeigen. (Heiterkeit.)

Ich muß noch etwas zur Kennzeichnung unserer Stellung und unserer Politik hervorheben. Wir haben kein einziges Mal Antichambrepolitik getrieben, kein einziges Mal sind wir im Vorzimmer eines Ministers gestanden. Die Jungtschechen haben, als sie am oppositionellsten gewesen, immer antichambrirt. Wir haben uns nie an die Minister mit einem zutraulichen Tone gewendet, sondern eine Volkspolitik getrieben, indem wir stets unverhüllt unser Recht forderten. Das ist der Bericht über die Sitzungen und über die Arbeiten des Verbandes.

Erlauben Sie nun, daß ich mit wenigen Worten ganz allgemein auf die politische Lage eingehe. Wir haben uns in der verflossenen Sitzungsperiode in einer heftigen und scharfen parlamentarischen Opposition befunden. Ein Theil der Genossen nahm es uns übel, als wir sozusagen Gewehr bei Fuß gestanden sind. Sie sagten, das sei denn doch zu vornehm für die Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei, wenn sie nicht mitschreien oder wenn sie sich nicht genug entrüsten über die Schuftereien des Präsidiums. Die Anderen wieder haben es oft in Wort und Schrift ausgedrückt, daß wir nicht am wüsten Geschrei theilnehmen sollen. Wir haben wirklich die anständigste Stellung in diesem Kampfe eingenommen. Wir haben nie deshalb geschrien und auf die Pulte geklopft, weil es uns entzückte, daß wir die Worte des Redners oder des Präsidiums übertönen können. Wir haben immer protestirt, wenn wir irgendwie verkürzt worden sind, wenn die Geschäftsordnung verletzt wurde und wenn wir nicht in dem Maße geachtet werden, wie wir es zu verlangen das Recht haben. Wir waren immer dabei, wenn es galt, die Stellung Badeni's zu erschüttern. Auch in Zukunft werden wir mit keiner Wimper zucken, wenn Badeni fallen sollte — wir werden ihn nicht aufhalten — (Heiterkeit), wenn es auch dadurch geschehen sollte, daß wir uns an irgend einer politischen Agitation nicht betheiligen. Wir werden

immer dabei sein, wo es gilt, die Regierung zu stürzen und die Majorität zu schwächen.

Wir wurden stets von zwei Fronten angegriffen; es galt daher nicht nur die Majorität zu bekämpfen, sondern auch die perfiden Angriffe im Rücken seitens der christlich-sozialen Volksverräther abzuwehren. Dazu mußten wir uns noch in Acht nehmen, damit wir nicht mit dem liberalen Pack, mit den klein-bürgerlichen deutschvoelklichen Schwächlingen oder mit jenen alkoholisirten Ur-teutonen, die sich da um Schönerer scharen, in Berührung kommen. Also, Genossen, unsere Lage in dieser Obstruktion war nicht zu beneiden, sie war eine sehr schwierige, und ich kann sagen, wir haben uns in dieser Lage ganz gut bewährt. Wir haben den sozialdemokratischen Namen, die sozialdemokratische Fahne auch unter diesen Umständen in allen Ehren hochgehalten. (Lebhafter Beifall.)

Die Obstruktion, Genossen, muß aber auch noch von einem anderen Stand-punkt aus betrachtet werden. Es ist ja nicht zu leugnen, daß das Parlament durch die Wahlen in der fünften Kurie verjüngt wurde, und es ist auch nicht zu leugnen, daß der Kampf um die Wahrung der parlamentarischen Rechte, unser Drängen, den Sprachenstreit im Parlamente zu entscheiden, eine Art Kraft-probe zwischen Parlament und Regierung gewesen ist. Wir haben also da an einem Kampfe theilgenommen, der für Oesterreich von prinzipieller Bedeutung ist, denn man muß gestehen, daß in diesem Kampfe, in dem die Opposition im Parlamente sich der Regierung zum ersten Male mit hartnäckigem Muthe gegen-überstellte, die Regierung die Besiegte war, da sie sich bemüssigt sah, die Session zu schließen.

An diesen Kampf knüpfen sich aber auch die Folgen desselben, das heißt die Drohungen, die in der Presse ausgestoßen, die verschiedenen Erklärungen, die — vorwiegend bei Champagner — abgegeben werden, daß man, wenn es so fortgeht, den Parlamentarismus abschaffen wird, speziell aber den ohnmächtigen und überflüssigen Zentralparlamentarismus, an dessen Stelle man, ich weiß nicht welches, aber jedenfalls ein autonomistisches Gebilde setzen will. Dieser Teufel, den man da an die Wand malt, erschreckt uns ganz und gar nicht, Genossen, denn die parlamentarisch-konstitutionelle Staatsform ist ja nicht so sehr für uns, als vielmehr für die Bourgeoisie, für die kapitalistische Gesellschaft eine Nothwendig-keit. Das liberale Oesterreich hat sich ja bereits zweimal gute Prügel geholt, als es im Absolutismus zu weit kam. Das erste Mal im Jahre 1848, das zweite Mal im Jahre 1866, und wir haben nichts dagegen, wenn es ein drittes Mal geschieht.

Aber auch andere politische Strömungen kommen jetzt zum Vorschein, die angeblich eine Folge der Obstruktion sind. Man spricht und schreibt jetzt sehr viel über die Autonomie und den Föderalismus in Oesterreich. Und da sage ich Ihnen im Namen des Verbandes ganz offen: Wenn die Autonomie ein freies Selbst-bestimmungsrecht der großen Volksmassen bedeutet, so sind wir Autonomisten im wahrsten Sinne des Wortes; wenn der Föderalismus eine freie und freiheitliche Vereinigung der Völker sein soll, dann sind wir auch Föderalisten. (Beifall.) Wir haben mit dieser unserer Meinung auch niemals hinter dem Berge gehalten, wir haben in drei Erklärungen unseren prinzipiellen Standpunkt gewahrt und offen erklärt, daß wir in diesem Sinne Autonomisten sind. In Sachen der Sprachen-verordnung lautete unsere Erklärung:

„Gemäß unserem Programm stehen wir in jeder Beziehung auf dem Boden vollster Gerechtigkeit, somit sind wir auch in nationaler Beziehung für vollkommene Gleichberechtigung.“

Ferner erklärten wir:

„Endlich verwahren wir uns noch in der allerentschiedensten Weise gegen die von dem Abgeordneten Wolf sozusagen unter Berufung auf alle Deutschen in Oesterreich gemachte Aeußerung, daß die ‚nichtdeutschen Volksstämme Oesterreichs ‚minderwerthig‘ seien. Die erreichte Stufe der Kulturentwicklung mag bei ver-schiedenen Völkern allerdings etwas verschieden sein, aber nach unserer Ansicht ist es schädlicher Hochmuth, wenn sich ein Volk gegen die anderen Volksstämme

desselben Staates derart überhebt. Die Berufung auf ein historisches Vorrecht der Deutschen in Oesterreich ist nicht minder eine Anmaßung wie die Berufung seitens der Jungtschechen auf das alte böhmische Staatsrecht; gegen beides müssen wir darum auf das Allerentschiedenste protestiren."

Endlich haben wir im Adreßausschusse folgende Erklärung abgegeben:

„Was die immer wieder aufgeworfenen staatsrechtlichen Fragen anlangt, stehen wir Sozialdemokraten auf dem Standpunkt weitestgehender Autonomie. Wir fürchten dabei gar nicht, daß der vor Allem aus Gründen der wirthschaftlichen Entwicklung nothwendige einheitliche Verband des Staates beeinträchtigt werden könnte. Wir wissen, daß auch die scheinbar rücksichtslosesten Staatsrechtler sich davor wohl hüten werden, ein Band zu zerreißen, das die wichtigsten Ausfuhrgebiete für ihre Industrie an sie fesselt. Wenn wir aber Autonomisten sind, so sind wir es vor Allem auf demokratischer Grundlage. Nicht das Zentralparlament, das schwach und ohnmächtig genug ist, ist noch mehr einzuschränken und zu schwächen, sondern die Zentralregierung" u. s. w.

Sie sehen also, Genossen, daß wir stets unseren Standpunkt gewahrt haben, und wir werden in Zukunft immer und immer wieder auf denselben zurückkommen müssen, denn es wird uns gegenüber eine Art Autonomie ins Treffen geführt, mit der wir uns nicht befreunden können. Da ist zunächst das böhmische Staatsrecht. Sogar ein radikal sich geberdender Abgeordneter, Herr Dr. Baschaty, hat in dieser Beziehung von „tausendjähriger Vergangenheit", „königlichen Eiden", „feierlichen Anerkennungen" u. s. w. gesprochen. Sehen Sie, Genossen, diese tausendjährige Geschichte mag ja für Kämmerer, Hofküchenmeister, für adelige Hofdamen etwas Entzückendes sein. Diese tausendjährige Geschichte ist ja die Geschichte des Hofes und des Hochadels, für das Volk aber bedeutet diese Geschichte nur tausend Jahre Thränen und Arbeit (Lebhafter Beifall), für das Volk sind das tausend Jahre der Sklaverei, der Leibeigenschaft, des jus gladii, jus primae noctis und wie die schändlichen Feudalüberbleibsel heißen mögen. Das Volk will mit dieser Geschichte nichts gemein haben und kann sich daher auch nicht entzücken für tausendjährige Rechte des böhmischen Staates.

Wenn ich nun auf die eigentlichen Autonomisten, die Herren vom Polenklub, zu sprechen komme, so stoßen wir wiederum auf das gemeine, lügnerische Schlagwort von den historischen Individualitäten der Königreiche und Länder, die als ein Kleinod gewahrt werden sollen. Das ist eine offizielle Lüge. Betrachten wir die Bukowina, so ist sie nichts anderes als ein Produkt diplomatischen Schachers; Galizien der Antheil, der aus dem Raube, der Theilung Polens an Oesterreich fiel; Schlesien, dieses Denkmal preußischer Uebermacht, die lebendige Erinnerung an die Prügel, die Oesterreich von Preußen bekommen hat. Und das soll plötzlich als geschichtliche Individualität bewahrt werden? Nehmen Sie Dalmatien, das hochlöbliche Land Vorarlberg, und Sie werden sofort erkennen, daß es nur geschichtliche Lügen sind, auf die sich die Autonomisten so gerne berufen. Mit diesen geschichtlichen Individualitäten hat die große Masse des Volkes nichts zu schaffen, denn es hat ganz andere geschichtliche Individualitäten aufzuweisen als die k. k. offizielle Geschichte. (Beifall.) Für uns sind nicht vergilbte Pergamente, nicht Erinnerungen und Ueberlieferungen vom tausendjährigen Reiche der Böhmen oder Polen maßgebend, sondern die Bedürfnisse des Komplexes von Völkern, die in Oesterreich zusammengekoppelt sind. Auch was über die Wahrung der Grenzen gesprochen wird, ist nicht wahr. Die Jungtschechen z. B. wären die ersten, die sich mit aller Entschiedenheit dagegen wenden würden, wenn Galizien seine Eisenbahntarife derart erhöhen würde, daß die tschechische Waare nicht mehr so billig auf diesen Absatzmarkt kommt. Sie würden dann sagen: Wir sind ja ein Staat, etwas Einheitliches, leben unter einem Kaiser und wollen daher auch die freie Zirkulation der Waare.

Das Volk respektirt auf der ganzen Welt keine Grenzen, für das Volk bestehen eben in Folge der ökonomischen Verhältnisse keine Grenzpfähle, es ist da immer das Hin- und Herwogen der großen Masse des Volkes, es ist da der Zug nach besseren Lebensbedingungen vorherrschend. Wir sind nun keine Partei, die diese Grenzpfähle in der Menschheit aufpflanzen wollte. Wir nehmen gegen-

über den sogenannten Feudalklerikalen, Jungtschechen und anderen autonomistischen Parteien den gerade entgegengesetzten Standpunkt ein. Diese pochen auf ihre historischen Rechte. In der Geschichte hat diese Rechte nur der Adel gehabt, und auf diese adeligen Rechte wird gepocht. Wir aber verlangen, die unsterblichen, unveräußerlichen Rechte des Volkes zur Geltung zu bringen, das Recht auf Dasein, das Recht auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, das ist unsere Autonomie. Wenn wir zur gegebenen politischen Lage das Wort ergreifen, so sagen wir offen, wir sind damit einverstanden, daß dieser Staat einmal umgearbeitet werde. Diese geschichtlichen Individualitäten sind jämmerliche Gebilde. Wir haben nichts gegen eine Föderation von Völkerstaaten in Oesterreich, aber auf welcher Grundlage? Wir sind dafür, daß auf demokratischer Grundlage nationale, politische Einheiten geschaffen werden, welche dann in der vollkommensten Harmonie miteinander leben können, aber diese demokratische Grundlage muß da sein; jetzt ist sie in keinem Lande, in keinem Königreiche gegeben. Wir müssen das Volk zuerst daran interessiren, daß die Autonomie etwas für das Volk bedeutet — nicht nur für den Grafen Dziedusżycki oder für die Fürsten Schwarzenberg — und das geschieht dadurch, daß wir zuerst das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Landes- und Gemeindestube verlangen, und daß wir die kulturellen Vorbedingungen eines geordneten öffentlichen Lebens schaffen wollen. Wir wollen eine vernünftige Preß-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, wir wollen dann eine von der frommen Verdummung freie weltliche Schule, wir wollen nationale Minderheiten schützen, wo es nicht möglich ist, dieselben abzugrenzen, wir wollen überhaupt gerechte Sprachengesetze ausarbeiten, damit in seinem ursprünglichen Rechte, in seinem Naturrechte, in seiner Muttersprache zu sprechen und sich gesellschaftlich zu bethätigen, Niemand verkürzt werde. (Zustimmung.) Und diese Vorbedingung fehlt ganz und gar in jedem Lande, und die Autonomisten haben nichts gethan, um diese Vorbedingung in irgend einem Lande zu schaffen. Genossen! Ich habe nicht in meinem Namen gesprochen, sondern wir im Verbande haben uns darüber vollkommen ausgesprochen, und wir sind in diesen schwierigsten und nationalen Fragen vollkommen einig. (Beifall.) Ich will nicht den Propheten für die nächsten Zeiten spielen; die Sozialdemokratie hat in Oesterreich schon unter weit schwierigeren Verhältnissen gerungen, sie hat die nationale Verhetzung überwunden und wird auch den künftigen Gefahren, mag da kommen, was da will, immer und immer gewachsen sein. Wir stützen uns auf die große, schaffende, duldende Masse des Volkes, und dem angeblichen historischen Rechte auf Bedrückung des Volkes stellen wir das Recht der Völker, sich ihre Bedrücker vom Halse zu schaffen, entgegen. Wer da in diesem Kampfe siegen wird, das unterliegt für uns keinem Zweifel. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Gen. Zeller: Wir gelangen

Zum Punkt: Taktik.

Das Wort hat als Referent Gen. Dr. Adler: Parteigenossen! Die, wie Sie Alle zugeben werden, ebenso klare und präzise wie vollständige Auseinandersetzung über die Aufgabe unserer parlamentarischen Vertretung, die wir soeben gehört haben, ist wohl die allerbeste Einleitung für das, was ich zu besprechen habe, nämlich die schwebenden Fragen der Parteitaktik, die Fragen, welche Wege die Partei zunächst zu wandeln hat. Parteigenossen! Daszyński hat gesagt, wir waren schon in schlimmeren Lagen als heute. Das ist wahr. Wir waren vor zehn Jahren in kleiner Anzahl — einige davon sind auch heute hier — in Hainfeld beisammen, und unsere Berathung der Parteitaktik hat eigentlich damals nichts Anderes zum Inhalte haben können, als wie diese Partei überhaupt leben, wie sie in der Arbeiterschaft erst Wurzel fassen sollte. Heute — und das ist die Grundlage unserer Taktik — heute ist es anerkannt in der ganzen Arbeiterschaft und anerkannt bei allen Klassen, die dieses Oesterreich zusammensetzen, daß die Sozialdemokratie die wirklich berufene Vertreterin der Arbeiterklasse in allen ihren Zungen, in allen ihren Schichten ist (Beifall); das muß von vorneherein als die Grundlage unserer Taktik hingestellt werden. So wichtig und unschätzbar groß der Fortschritt ist, daß wir heute ein neues Organ unserer Thätigkeit gewonnen haben — und wie wichtig uns das ist, haben wir

gezeigt, indem die Arbeiterschaft durch viele Jahre mit den größten Opfern daran gearbeitet hat, sich diese Vertretung endlich zu erobern — so wichtig uns das auch ist, wir müssen uns dessen bewußt sein, daß der Verband doch nur ein Organ ist, mit welchen die Arbeiterschaft ihre politische Zukunft verfolgt. Wir müssen uns auch dessen bewußt sein, daß die politische Fraktion der Sozialdemokratie zu ihrer Partei in einem ganz anderen Verhältniß steht als die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien; die Fraktionen der bürgerlichen Parteien müssen sich ihre Parteien im Volke erst schaffen oder wenigstens den Anschein davon, die Sozialdemokraten haben ihre Vertretung, ich möchte sagen, aus sich selbst geboren, sie haben sich sie selbst geschaffen, und was mehr ist, die parlamentarische Vertretung, auf die wir stolz sind ihrer Qualität nach, ist ihrer Quantität nach lange nicht entsprechend dem, was der Vertretung, nicht der Arbeiterschaft überhaupt, sondern der sozialdemokratischen, klassenbewußten Arbeiterschaft in Oesterreich an Zahl genügen würde. Wenn wir — das soll endlich hier am Parteitag ausgesprochen werden — heute vierzehn Mann im Parlament als unsere Vertreter haben, und wenn man gestern hier ein wenig pessimistisch über die Wahlen gesprochen hat, so wollen Sie nicht vergessen, daß, wenn wir ein vernünftiges, ein anständiges, ein europäisches Wahlrecht in Oesterreich hätten, wir eine Vertretung von 85 Mann haben würden. (Zustimmung.) Sie dürfen nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie heute von 72 Volksvertretern 14 hat — die anderen Herren, die da durch Kliquen hineingewählt wurden, gehen uns nichts an. Wir haben bisher die Aufmerksamkeit der Partei mit einer solchen Wucht auf die Erlangung des Wahlrechtes gerichtet, daß in dem Momente, wo dieser Kampf einen Augenblick in den Hintergrund tritt, gewissermaßen bei vielen Genossen eine Art Leere entsteht. Das augenblickliche Ziel, das zu erreichen war, hat die Energie der Genossen in hohem Maße in Anspruch genommen. Die ganze Thätigkeit war auf diesen Punkt so sehr konzentrirt, daß heute, wo es nicht thunlich ist und unpraktisch wäre, ganz unmittelbar den Kampf in derselben Weise ausschließlich diesem weiteren Zwecke zu widmen, so viel wir auch noch für das Wahlrecht zu thun haben, die Frage auftaucht: was thun? Da müssen wir zurückgreifen auf die Gruppe von Aufgaben, die der arbeitenden Klasse in Oesterreich vorbehalten sind, da die anderen Parteien ihr Werk unvollendet gelassen haben, theils weil sie dazu unfähig sind, theils weil sie sich dafür nicht interessiren. Eine der ersten, wichtigsten Thätigkeiten der Partei ist heute der Kampf gegen die wieder hereinbrechende Verdummung und Verpfaffung in Oesterreich. (Beifall.)

Es ist nothwendig, daß wir uns heute darüber ein wenig aussprechen. Als wir kurz vor dem Wahlkampfe und während desselben gezwungen waren, die Tafel aufzupflanzen: „Nieder mit der Pfafferei", da ist dies durchaus nicht zufällig, durchaus nicht leichten Herzens und durchaus nicht ohne genaue Erwägung und Ueberlegung der Verhältnisse geschehen. Das war kein Wahlmanöver, wir haben vielmehr mit diesem Schlachtruf uns selbst die erbittertsten Gegner auf den Hals gehetzt. Wir haben damit den Fanatismus der bittersten Feinde des Volkes aufgerührt und bis zum Wahnsinn gesteigert. Wir sind nicht unserer Neigung, sondern der Nothwendigkeit gefolgt. Wir kennen weder Pfaffenfurcht, noch Pfaffenhaß und überdies war die Gesellschaft, die den Krieg gegen das Pfaffenthum geführt hat, selbst womöglich noch schlechter als die Pfaffen, das waren die liberalen Pfaffen, die in ihrer Weise ebenso orthodox, bornirt, niederträchtig und verrätherisch waren als die schwarzen Pfaffen. Daß es uns nicht gelüstet hat, in dieser Gesellschaft den Kampf zu führen, wird man begreiflich finden. Daß wir es doch gethan haben, daran tragen die Verhältnisse die Schuld, die heute das Kleinbürgerthum in die Hand der Agenten der Pfaffen getragen haben. Es ist traurig, aber wahr, daß wir heute durch die Verhältnisse, aber nicht durch die Schuld der Klerikalen, sondern insbesondere durch die Schuld ihrer Gegner, wirklich vor einer klerikalen Gefahr stehen, gegen die sich keine Abwehr im Bürgerthum findet. Da mußten wir eingreifen. Heute freilich werden verschiedene Mahnungen gegen die Verpfaffung der Schule, gegen den Ebenhoch'schen Schulantrag laut, heute sind sie alle wieder lebendig. Aber, Parteigenossen, wir haben doch kein so kurzes Gedächtniß, wir kennen doch die liberalen Verfechter der Schule, wir wissen, daß dieses selbe Bürgerthum, das heute so ent-

rüstet ist gegen die Klerikalen, das Einschleichen des Klerikalismus in unsere Schule, unter dem Minister Gautsch, jahrelang nicht nur geduldet, sondern gefördert hat (Sehr richtig!), so lange es oben saß. Die Pfafferei ist ein Mittel der Unterdrückung und der Knechtung, das das Bürgerthum nicht gegen sich ausgenützt haben will, sondern selbst auszunützen wünscht. Uns Sozialdemokraten fängt man mit solchen Schlagworten nicht, wir wissen, die christlich-soziale Partei ist thatsächlich nichts Anderes als das wildgewordene Kleinbürgerthum, das unter pfäffischer Führung steht. Gefördert wurde diese Strömung von den Fabrikanten, die damit gegen die sozialdemokratischen Arbeiter losgehen wollen. Schauen Sie die Leute heute an. Wenn Lueger, wenn die Antisemiten sich empfehlen wollen, sprechen sie da heute noch von Befreiung aus dem Joche des jüdischen Kapitals? Verdammt wenig. Heute sprechen sie davon, daß sie das einzige Rezept, um die vaterlandslose Sozialdemokratie umzubringen, besitzen, sie empfehlen sich, wie irgend ein Quacksalber seine geheimen Mittelchen empfiehlt. Das ist für sie der Titel, aus dem sie das Recht ableiten, daß eigentlich ihnen die Herrschaft gebühre. Herr Dr. Lueger möchte gerne die Arbeiterschaft Oesterreichs als Schulpferd vorreiten, er möchte zeigen, wie er es versteht, sie zu bändigen und sie in geordneten Trab zu bringen gegen den jüdischen Kapitalismus, aber für den christlichen, der auch so gut jüdisch ist wie der andere. (Heiterkeit und Zustimmung.) Weil es sich heute um die Aufrufung eines im Volke noch tiefliegenden und weitverbreiteten Instinktes von Leuten handelt, die das Produkt einer Erziehung sind, die zur Versklavung, zur Liebedienerei führt, weil man diese Stimmung dazu benützen will, um die aufstrebende Arbeiterbewegung in den Boden zu schaufeln, weil man unter dem Namen einer klerikalen und antisemitischen Volksbewegung gegen uns eine volksfeindliche, eine verrätherische, eine an den wahren Interessen des arbeitenden Volkes Verrath übende Bewegung hervorruft, darum müssen wir uns jetzt mit aller Kraft dagegen stemmen.

Ich komme nun zu den Anträgen. Die Bezirksorganisation XI, Wien beantragt:

> In Erwägung, daß die Vertreter von staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften die Kirche zu parteipolitischen Zwecken benützen und die perfidesten Lügen und Entstellungen über unsere Partei unter dem Volke verbreiten, trotzdem nach den Grundsätzen jeder wahren Religion diese über jede Parteipolitik erhaben sein soll, erklärt der Parteitag:
>
> „Die Sozialdemokratie bekämpft — unbeschadet ihres Prinzips ‚Religion ist Privatsache' — die Vertreter aller Religionsgemeinschaften auf das Entschiedenste mit allen zulässigen Mitteln, wann und wo immer dieselben unsere Partei und deren Angehörige verleumden, sowie wenn ihre Lehren sich dem Befreiungskampfe des Proletariats entgegenstellen."

Dieser Antrag, Genossen, ist ein Stück von dem, was wir allerdings thun müssen. Wir kämpfen nicht gegen die Religion, wir kämpfen nicht gegen die Kirche, aber es muß einmal ausgesprochen werden, daß, wenn ein Priester lügt, ihn das Priestergewand nicht immun machen darf. (Lebhafte Zustimmung.) Erinnern Sie sich an den Wahlkampf, erinnern Sie sich daran, daß da auf allen Kanzeln in Oesterreich gegen uns ein Kampf geführt wurde, wie er verbitterter, verlogener, verdächtigender, unwürdiger eines Menschen, der von seiner Religion etwas hält, gar nicht geführt werden konnte. Da ist es natürlich, daß wir erklären: trotzdem der Mann Priester ist, werden wir ihn als Feind behandeln, wenn er sich uns als verleumderischer Feind gegenüberstellt, nicht deshalb, weil er das Priestergewand trägt. Wenn er als Priester den Lehren seiner Religion ins Gesicht schlägt, mag er das mit ihr ausmachen, wir verstehen davon nicht soviel und können darüber nicht zu Gericht sitzen, was sich mit dem Christenthume, respektive mit der heutigen Kirche verträgt. Der Antrag selbst entspricht mir nicht vollständig, weil ich ihn für zu enge halte, man könnte darüber hinausgehen.

Ein Antrag der Organisation Roßbach lautet:

> „In Erwägung, daß der von der Pfaffenpartei im Reichsrath eingebrachte Volksschulgesetzentwurf die Verklerikalisirung der Volksschule

beabsichtigt; in Erwägung, daß dieser Antrag in jeder Beziehung kulturfeindlich ist; in Erwägung, daß vorzüglich die ländliche Bevölkerung sich über die Folgen dieses Schulantrages nicht klar ist; in Erwägung endlich, daß dieser Antrag uns weitere Kreise der Bevölkerung mehr sympathisch macht und uns das Eindringen in die Landbevölkerung erleichtert, wolle der Parteitag beschließen: Es sind in ganz Oesterreich in allernächster Zeit Versammlungen zu veranstalten mit der Tagesordnung: Der klerikale Schulantrag und die Folgen seiner Verwirklichung."

Gegen diesen Antrag läßt sich eigentlich nichts einwenden, ich habe nur gegen den Ausdruck „in allernächster Zeit" etwas. Wir haben keine Ursache, früher einzugreifen, besonders in jenen Momenten, wo wir mit dem größten Erfolge einschreiten könnten; es wäre heute ein Verschießen unseres Pulvers, wo der Feind nicht vorhanden ist. Wenn die Schlacht kommt, wird die Arbeiterschaft am Platze sein. Die Reste der Liberalen haben viel mehr Angst vor der Verpfaffung der Schule als die Arbeiter. Diese fürchten deshalb nichts, weil sie zu ihrer Kraft Zutrauen haben und wissen, daß dieses Attentat auf die Schule auf einen ganz unerhörten Widerstand in der Arbeiterschaft stoßen würde, weil die Arbeiter damit nicht nur ihre Gegenwart, sondern vor Allem die Zukunft des österreichischen Proletariats, die in seinen Kindern ruht, bedroht sehen. Für das Bürgerthum ist die Schulfreiheit nebensächlich, es hat ja die klerikale und die christlich-soziale Partei unterstützt. Liberale Fabrikanten bedenken christlich-soziale Arbeitervereine mit bedeutenden Geldunterstützungen, während sie sozialdemokratische und einfache Fachvereine auf jede Weise unterdrücken und maßregeln. Ein solcher christlich-sozialer Verein hat zwei Schutzpatrone, auf der einen Seite den Pfarrer, auf der anderen Seite den Fabrikanten: Weihwedel und Geldsack schützen solche Vereine. Diejenigen, die ihre eigenen Kinder an die Klerikalen ausliefern wollen, sorgen durch den Privatunterricht, durch sorgfältige Erziehung dafür, daß ihre Kinder freie Menschen werden, daß sie herrschen können über eine Masse unfreier, nicht nur physisch und ökonomisch, sondern auch geistig gebundener Sklaven.

Darum können wir uns auf das Bürgerthum nicht verlassen, und so stark ist dieses Oesterreich nicht, daß es den Sturm aushalten würde, der käme, wenn man ein solches Attentat wagen würde. (Lebhafter Beifall.)

In zweiter Reihe steht eine Aufgabe, die auch gar nicht eine spezifische Arbeit der Sozialdemokratie wäre, die längst von der bourgeoisen Gesellschaft hätte gelöst werden sollen. Es sind dies die nationalen Schwierigkeiten. Wollen wir einmal eine kurze Selbstprüfung vornehmen, wollen wir uns zugestehen, daß der Begriff des Internationalen in der Arbeiterschaft selbst, die international ist, eine gewisse Wandlung durchgemacht hat. Wenn Sie heute die alten Broschüren lesen, nicht jene aus den 40er-Jahren, sondern jene aus den 60er- und 70er-Jahren, dann werden Sie finden, daß die Begriffe international und nationslos gleichgestellt wurden. Es wurde so aufgefaßt, als ob ein Mensch sich seiner nationalen Individualität entkleiden, als ob er in einem rein abstrakten Menschlichkeitsbegriff aufgehen könnte. Er ist dem Bedürfnisse entsprungen, aus den Produkten der einzelnen Nationen etwas allgemein Menschliches, etwas rein Abstraktes herauszudestilliren. Aus dieser Anschauung hat sich ein Begriff entwickelt, der übrigens nichts Anderes ist als der alte bürgerliche Humanismus oder Kosmopolitismus und der eigentlich niemals lebendig geworden ist, sondern nur in einzelnen Köpfen vorhanden war, der Begriff des abstrakten Internationalismus. Wir in Oesterreich — und wir sind, was die Nationalitätenfrage und den Internationalismus anbelangt, wirklich die Experimentirkammer der Weltgeschichte, oder man könnte vielleicht mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse sagen, die Sudelküche für die Nationalitätenfrage — sind beinahe zuerst dazu gelangt, den Begriff der Internationalität weiter zu entwickeln, weil nirgends in Europa, mit Ausnahme eines Landes, auf das ich noch zu sprechen kommen werde, die Proletarier der verschiedenen Nationen so sehr aufeinander angewiesen sind, wie in Oesterreich. Das Programm des Internationalismus ist heute ein ganz anderes. Es lautet: Wie ist es bei vollständiger Anerkennung der bestehenden Thatsache der nationalen Individualität und unter Hinderung jedes Versuches

einer Vergewaltigung der nationalen Individualität möglich, einheitlich zu wirken und zu kämpfen?

Das ist das Problem, und dieses Problem, an dem alle Staatsmänner Oesterreichs scheitern, an dem das Bürgerthum in Oesterreich zu Grunde geht und verblutet und, weil es das Problem nicht lösen kann, rettungslos eine Beute des Feudalismus wird, wird die Sozialdemokratie lösen, und sie ist im Begriffe, es zu thun.

Der Gen. Daszynski weiß nicht Alles, was in der Welt vorgeht (Heiterkeit), oder wenigstens erinnert er sich nicht an Alles. Als er uns über die parlamentarische Thätigkeit referirt hat, hat er ein Moment nicht erwähnt, welches hier und im Auslande Aufsehen erregt hat. Als er nämlich im Parlamente über die polnischen Wahlen sprach und in der Rede sagte „ich als Pole“ und die Meute über ihn herfiel und rief: „Sie sind kein Pole! Sie sind ein internationaler, vaterlandsloser Sozialdemokrat“, da wiederholte er erhobenen Hauptes: „ich bin ein Pole und ich bin ein internationaler Sozialdemokrat“. Das, Genossen, ist die Lösung. Wir in Oesterreich sind darauf angewiesen, innerhalb dieser Kämpfe das kulturbildende Element in den Nationalitäten unangetastet zu lassen und trotzdem die Vereinigung zum Internationalismus möglich zu machen. Es ist dies eine schwere Aufgabe, weil wir nicht ungestört arbeiten können. Heute müssen wir, wie die Dinge stehen, auch von den deutschen Parteigenossen sprechen; wir könnten unsere Sache viel leichter, ohne Mißverständnisse und unter weniger Reibungen abmachen, wenn wir unter uns wären, wenn nicht die bürgerliche Preßmeute uns umheulen würde und wenn wir — man möge sagen, was man wolle — nicht doch unter dem Einflusse dieser bürgerlichen Anschauungen mehr stehen würden, als wir uns selbst gestehen wollen. Wir wissen ja ganz genau, daß das, was sich bei uns abspielt, in der bürgerlichen Presse als ein verzerrtes Spiegelbild wiedergegeben erscheint. Seitdem nun die Jungtschechen die Löwenhaut fallen gelassen haben und diese von den Deutschnationalen auf den Rücken genommen wurde, seitdem auch diese anfangen, den wilden Mann zu spielen, seitdem ist für die deutsche Arbeiterschaft die Gefahr vorhanden, daß die Opposition gegenüber der Regierung und der staatlichen Autorität, die dem Arbeiter immer gefällt, zusammengeworfen wird mit der nationalen Opposition und dadurch eine Verwechslung entsteht und auf unsere Leute ein gewisser Einfluß geübt wird. Durch diese Umstände entstehen für uns große Schwierigkeiten; wir verzweifeln aber nicht daran, diese Schwierigkeiten zu besiegen, umsoweniger als wir heute Waffen haben, welche denen der bürgerlichen Parteien wenigstens qualitativ ebenbürtig sind; wir verfügen über eine sozialdemokratische Presse, welche diese Unklarheiten aufzuklären vermag, und in ganz kurzer Zeit — wir begrüßen das hier auf dem Parteitage als einen wichtigen Fortschritt für die Gesammtpartei — werden wir auch ein tschechisches Tagblatt in Prag haben. (Lebhafter Beifall.)

Ja freilich, wenn man mit den Nationalen spricht, so sagen die Deutschnationalen: ihr seid international, aber die Tschechen sind ihr Lebtag keine Nationalen, und den Tschechen sagen die Jungtschechen: ja ihr seid ehrliche Internationale, darum werdet ihr aber auch in Wien gefoppt und von der Wiener Parteileitung über den Löffel balbiert. So sind wir, Alle, wie wir da sitzen, eine Gesellschaft von Verräthern an der Nation, weil wir die Interessen der Nation, aller Nationen nicht verrathen wollen. (Lebhafter Beifall.) Wir gehen mit dem vollen Bewußtsein darauf los, ein festes Gefüge der ganzen österreichischen Arbeiterschaft, das zwar sprachlich nicht einheitlich, sondern verschieden ist, aber darum nicht minder fest herzustellen, und wir sind durch die Erfahrungen belehrt, daß wir dieses feste Gefüge nicht dadurch herstellen können, daß wir Alles über einen Leisten schlagen, sondern nur dadurch, daß wir den praktischen Bedürfnissen in der ehrlichsten Weise Rechnung tragen.

Ich habe früher von einem anderen Lande gesprochen, wo ähnliche Schwierigkeiten, freilich nicht so komplizirter Natur wie bei uns, bestehen, es ist dies Belgien. Dort gibt es zwei Volksstämme: die Wallonen (Franzosen) und Vlamen (Germanen). Die Vlamen ringen heute in Belgien ebenso um die Anerkennung, wie die Slaven heute in Oesterreich. Und der Anwalt dieses Kampfes um die nationale Gleichberechtigung ist die Sozialdemokratie. So ist es passirt — ich

habe leider das Blatt nicht in die Hände bekommen können — daß ein fanatisch deutschnationales Blatt die belgische Sozialdemokratie, diese vaterlandslose, nationalitätenfeindliche Sozialdemokratie, als das Urbild, als das Muster einer Partei anführt, die für die nationale Gleichberechtigung der Vlamen (weil das Germanen sind) eintritt.

Wenn wir dasselbe in Oesterreich für die Tschechen thun, wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, daß man die faktischen Verhältnisse nicht übersehen darf, dann sind wir Verräther. Wenn dies aber zu Gunsten eines germanischen Sprachstammes gegenüber einem romanischen geschieht, dann sind das ausgezeichnete Leute.

Wir haben aber in Oesterreich noch eine andere Schwierigkeit. Genosse Daszynski hat bereits darauf hingewiesen, daß die Begriffe Autonomie, Föderalismus durch die herrschende Politik einfach gefälscht werden, um das Bürgerthum zu Füßen des Feudaladels zu bringen. Was sich immer im Parlament vollzieht, ist nichts Anderes als einmal ein Verrath der Klasseninteressen des Bürgerthums seitens der deutschen Bourgeoisie, um die tschechische Bourgeoisie zu unterdrücken und mit dem Feudaladel einen Brocken von Gewalt zu theilen, und wenn diese Phase abgelaufen ist, vollzieht sich dieser Verrath wieder auf tschechischer Seite, während es doch im Interesse des Bürgerthums gelegen wäre, ihre Macht zu vereinigen, um den eigentlichen Beherrscher Oesterreichs, den Feudalismus, endlich niederzukriegen. So hindert dieser Verrath, dieser Schacher, der getrieben wird, immer die naturgemäße Entwicklung. Da müssen wir denn doch sagen, wenn in der letzten Zeit im Parlament und in der Presse so viel von höherer und tieferer Kulturentwicklung der einzelnen Nationen gesprochen wurde, es gibt gewiß tief einschneidende Kulturunterschiede und Unterschiede in der Entwicklung, aber sicher ist auch, daß alle diese Parteien auf einem sehr tiefen Stande der Kulturentwicklung sind, und daß die Kultur, welche bestimmt ist, Europa in Ordnung zu bringen, heute einzig und allein durch die organisirte Arbeiterschaft repräsentirt wird. (Beifall.) Wenn uns bewiesen wird, daß bei der Sozialdemokratie irgend eine Organisation weniger entwickelt ist als die andere, so ist es für uns naturgemäß, daß wir Alle zusammenhelfen müssen, um diese zurückgebliebene Organisation in die Höhe zu bringen. Was für eine Folgerung ziehen aber diese Kulturträger aus einer solchen vermeintlichen Thatsache? Daß man diese zurückgebliebene jüngere Organisation niedertreten muß. Ich sage also, daß uns von dieser Weltanschauung ein ganzer Abgrund trennt.

Die zweite Hauptaufgabe in diesem Zeitpunkte, wo die nationalen Kämpfe eine solche Zuspitzung erfahren haben, muß eine scharfe Hervorkehrung unseres internationalen Standpunktes sein. Heute hängt die Entwicklung Oesterreichs weit mehr als je von dem Standpunkte ab, den die Arbeiterklasse einnimmt. Wir sind auf einem Schiff, wo der Wahnsinn epidemisch geworden ist, auf dem sich lauter Tobsüchtige befinden, die einzigen Vernünftigen, und darum sind wir verpflichtet, mit starker Hand die Richtung zu zeigen, in der das Schiff gesteuert werden soll. Wenn jemals die gemeinsame internationale Arbeit eine Grundbedingung nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für die ganze Gesellschaft in Oesterreich ist, so ist dies heute, und ich hoffe, daß dieser Parteitag, der bei keiner anderen Klasse möglich wäre, neue Grundlagen für die gemeinsame Arbeit legen wird. Er wird nicht etwa mit den Banketten verwechselt werden, bei denen die Leute Küsse tauschen (Heiterkeit), wo sie gegen einander von Liebe triefen, dieselben Leute, die im nächsten Moment einander aus der Tasche stehlen.

Ich sage eine wirkliche Solidarität ist bei einer anderen Klasse als bei der Arbeiterschaft nicht möglich, weil die Leute vom Streite leben. Mit der Internationalität ist es ebenso wie mit der Volksaufklärung. Die Mitglieder jeder Klasse wünschen für sich eine Verbesserung des Unterrichtes, eine größere Verbreitung der Volksbildung, aber ihre Klasseninteressen stehen dem entgegen, weil sie wünschen müssen, daß die Arbeiterschaft bis zu einem gewissen Grade in geistiger Abhängigkeit gehalten werde. Das Klasseninteresse der Arbeiter aber fordert eine größere Volksbildung, und darum sind wir ehrlich dafür. Das ist ein Lebensinteresse für uns, es liegt im Wesen der sozialdemokratischen Partei-

entwicklung, daß alles, was den Fortschritt der Menschheit fördern kann, ihr eigenes Interesse ist.

Wenn wir also in der nächsten Zeit hinausgehen werden und die Agitation wieder aufnehmen, die durch die Wahlen eigentlich nicht besonders unterbrochen wurde, dann wird trotz aller Schwierigkeiten, die sich bei den Wählerschaften ergeben werden, die Behandlung dieses internationalen Standpunktes in die erste Linie zu stellen sein. Freilich finden wir da die Sprachenverordnungen auf unserem Wege. Ich bin da gezwungen, noch einige Worte über den Standpunkt zu sagen, den die Fraktion zu diesen Sprachenverordnungen eingenommen hat. Wir behaupten, wenn die Sprachenverordnungen ihrem ganzen Inhalte nach so vortrefflich, so gerecht und vollkommen wären, wie sie es zum großen Theile nicht sind, so hätte sich trotzdem ein Sturm gegen dieselben erheben müssen, weil selbst eine gerechte Maßregel ein politischer Fehler ist, wenn sie von oben auf oktroyirt wird. Der Graf Badeni hat sich als ein schlechter Händler gezeigt, und ich glaube, daß sein Ansehen, das er an der Lemberger Getreidebörse genossen hat, in der letzten Zeit sehr gesunken ist. (Heiterkeit.) Graf Badeni mußte den Streit und die Eifersucht unter den Nationalitäten aufrecht erhalten, denn das muß jede österreichische Regierung, oder glaubt es thun zu müssen, weil sie davon lebt wie die Maden im Käse. (Heiterkeit.)

Was die Sprachenverordnungen anbelangt, haben wir in unzähligen Ennunziationen im Parlamente und in der Presse erklärt, daß wir sie soweit vollständig billigen, als sie bestimmen, daß jedem Staatsbürger in seiner Sprache der ganze Verwaltungsapparat des Staates in Amt, Schule und Gericht zur Verfügung stehen muß (Sehr richtig!), hingegen erklären wir, daß wir es als eine überflüssige Härte ansehen, wenn in tschechischen Bezirken alle tschechischen und in deutschen Bezirken alle deutschen Beamten zur Zweisprachigkeit amtlich gezwungen werden. Wir glauben, daß man in dieser Sache nicht weiter zu gehen hat, als es das praktische Bedürfniß erfordert. Die Aemter sollen so beschaffen sein, daß sie den Bedürfnissen des Publikums genügen, und damit ist die Grenze gegeben. Wir sagen aber — und da werden Sie uns wohl zustimmen, — daß die Vergewaltigung, die in diesem Weitergreifen liegt und die ich soeben gekennzeichnet habe, uns durchaus nicht zu besonderer Entrüstung veranlaßt hat. Wir sind ganz andere Vergewaltigungen von der österreichischen Regierung gewöhnt, und wir sahen, daß dieselben Parteien, die jetzt über die Sprachenverordnungen in Entrüstung gerathen, geduldig zusehen, wenn die Arbeiterschaft aller Nationen aufs Schamloseste vergewaltigt wird. (Sehr richtig!) Wir glauben daher ihrer Entrüstung nicht, aber daraus folgt nicht, daß, wenn sie dem Badeni unangenehm werden, wir ihn schützen sollen, wenn auch nur, indem wir schweigen. Die Christlich-Sozialen, die heute nichts Anderes sind, als die Leute, die dem Badeni die Mauer machen, (Heiterkeit) haben es versucht, die Liberalen und überhaupt die Opposition gerade in dem Momente anzugreifen und ihnen zwischen die Waden zu springen, wo sie etwas Nützliches gemacht haben. Die deutsche Linke hat seit vielen Jahren Dummheiten, Schwachheiten und Feigheiten begangen. Zum ersten Male thun sie etwas Ordentliches und gehen auf den Badeni los, und gerade da packt sie Lueger. Die Parteivertretung war mit der Fraktion durchaus einig darin, daß die Fraktion Alles zu vermeiden hat, was der Regierung nützen konnte und aussehen würde, als wollten wir die Opposition, die gegen ihn losstürmt, abschwächen. Halten Sie das nicht für unwichtig. Sie dürfen nicht glauben, daß es der Regierung ganz gleichgiltig sein kann, was die 14 Sozialdemokraten, die „kleine Gruppe“, thut. Wenn die Sozialdemokraten den Kampf gegen die Regierung nicht mitgemacht hätten, würde Badeni gesagt haben: „Die größte Partei Oesterreichs, die eigentliche Volkspartei hat gegen mein Regime nichts einzuwenden. Sie betheiligt sich nicht, wenn gegen mich Sturm gelaufen wird, sondern das thun nur die Vertreter der Bourgeoisie“, von welchen Badeni nicht viel hält. (Heiterkeit.) Das hätte die Presse ausgebeutet, und das mußte umso eher vermieden werden als Lueger eine seiner gewöhnlichen Verräthereien begangen hat.

Vorsitzender Gen. Zeller unterbricht den Redner, da seine durch die Geschäftsordnung festgesetzte Redezeit abgelaufen ist.

Gen. Dr. Adler appellirt an den Parteitag; derselbe lehnt nach kurzer Debatte den Vorschlag des Vorsitzenden, daß diesem Referenten unbeschränkte Redefreiheit gewährt werde, ab und beschließt gemäß dem Antrage des Genossen Daszynski, daß ihm noch 30 Minuten Redezeit zugebilligt werden.

Gen. Dr. Adler, seine Rede fortsetzend: Ich war gerade im Begriffe zu erwähnen, daß neben der Frage der Volksbildung und neben der Nationalitätenfrage nunmehr mit ganz besonderer Schärfe die Frage des Arbeiterschutzes im weitesten Sinne in den Vordergrund unserer Parteitaktik treten muß. Wir müssen zugeben, daß Fragen, die spezifisch Arbeiterangelegenheiten betreffen, zum Theil während der Zeit des Wahlrechtskampfes zurücktraten, daß sie aber jetzt umso lebhafter behandelt werden müssen. Die Angst, die viele Genossen hatten, es würden durch ein Einlassen mit dem Parlamentarismus alle wichtigen Arbeiterfragen zurückgedrängt werden, ist heute doch geschwunden, weil die Arbeiterschaft sieht und empfindet, daß sie selbst das politische Leben beherrscht und erfüllt. Ich möchte anschließend daran erinnern, daß in kurzer Zeit die Regierung gezwungen sein wird, eine Verlängerung des Wehrgesetzes zu beantragen, und bei dieser Gelegenheit wird es unsere Aufgabe sein, dem Militarismus gegenüber in sehr scharfer Weise Stellung zu nehmen, nicht nur innerhalb des Parlaments, sondern auch außerhalb desselben.

Hier möchte ich zwei Anträge erwähnen, die uns vorliegen. Die Bezirksorganisation Aussee stellt den Antrag:

„Die sozialdemokratische Fraktion ist zu beauftragen, ehestens einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der dahin geht: Jedem Reservemann, der zu einer aktiven Dienstleistung einberufen ist, hat der Staat die Kosten der Fahrt und der Verköstigung zu ersetzen. Den Familien der verheirateten Reservemänner ist deren Verdienstentgang während der Dauer der Waffenübung zu ersetzen.“

Der Antrag der Bezirksorganisation III, Wien lautet:

„In Erwägung, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden, über Bündnisse und sonstige Abmachungen mit auswärtigen Mächten in konstitutionell regierten Staaten — ich weiß nicht, ob der Antragsteller Oesterreich meint — nur in den Händen der direkt gewählten Volksvertretung liegen kann; in fernerer Erwägung, daß die österreichische Regierung bisher ohne Befragung der Parlamente souverän in solchen Fragen entschieden hat, daß in Folge dessen in dieser Beziehung heute noch der nackte Absolutismus herrscht, und in endlicher Erwägung, daß Entscheidungen auf diesem Gebiete Gut und Blut und die wichtigsten Kulturinteressen der Arbeiterklasse auf das Empfindlichste berühren, beauftragt der Parteitag den sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhause, das Ministerium und den Präsidenten zu veranlassen, eventuell mit allen geschäftsordnungsmäßig zur Verfügung stehenden Mitteln zu zwingen, alle wichtigeren Angelegenheiten der äußeren Politik in den einzelnen Phasen ihrer Entwicklung dem Hause zur Kenntniß zu bringen und eine Debatte darüber zuzulassen.“

Nun, Parteigenossen, ich finde, daß der Antrag darauf hinausgeht, aus dem österreichischen Abgeordnetenhause ein wirkliches Parlament zu machen. Aber so sehr ich auch wünsche, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten diese Sache durchsetzen, so sehr bezweifle ich auch, daß ihnen das in ausreichendem Maße gelingen wird. So viel ich weiß, waren die Sozialdemokraten die Einzigen, welche anläßlich der Verwicklungen zwischen der Türkei und Griechenland, wo österreichische Schiffe mit Soldaten im Auslande weilten, wo wir nicht wußten, ob Blut österreichischer Soldaten geflossen ist und Leute gefallen sind, mindestens auf dem Wege der Interpellation versucht haben, die Regierung zu zwingen, über diese Sache Rede zu stehen. Die Regierung hat dies natürlich nicht gethan. Ich bin daher dafür, daß unsere Abgeordneten alles Mögliche in dieser Beziehung versuchen. Wir haben von unseren Abgeordneten durchaus nicht die niedrige Auffassung wie die bürgerlichen Parteien und begnügen uns nicht wie diese damit, daß die Abgeordneten eine kleine Eisenbahn oder ein paar Tausend Gulden Nothstandsunterstützung, die ohnedies nicht ausreichen, nach Hause bringen, sondern wir verlangen, daß unsere Abgeordneten die Vertreter des Volkes in allen das

Volk berührenden Fragen sein sollen, und dazu gehören auch die auswärtigen Angelegenheiten.

Es liegt noch ein Antrag der Organisation Roßbach vor, den ich Ihnen abzulehnen empfehle: er lautet:

„In Erwägung, daß die Sprachenfrage in Oesterreich eine ständige ist und von den bürgerlichen Parteien zu dem Zwecke benützt wird, um die Arbeiter von ihren wirklichen Interessen abzulenken, die Arbeiter aber in jeder Hinsicht die Kosten dieser Nationalitätenhetze zahlen müssen, möge der Parteitag beschließen: Die sozialdemokratische Fraktion wird beauftragt, im Reichsrath einen Gesetzentwurf einzubringen, daß in den Volksschulen außer dem Sprachunterricht in der Muttersprache noch ein gemeinsamer Sprachunterricht in einer geeigneten fremden Sprache (Weltsprache) an Stelle des Religionsunterrichtes unentgeltlich ertheilt werde."

Ich glaube, wenn ich den Antrag recht verstehe, daß es sich hier um eine Art Volapükerei oder derartige Dinge handelt, und auf diese können wir uns selbstverständlich nicht einlassen.

Schließlich wird ein Antrag der Organisation Brünn zu behandeln sein, welcher lautet:

„Der Parteitag beschließt: Die Parteivertretung wird beauftragt, für die Entfaltung einer Agitation behufs Erlangung des Landtags- und Gemeindewahlrechtes Sorge zu tragen."

Für diesen Antrag, glaube ich, werden wir mit aller Kraft eintreten, dagegen können wir den Antrag der Organisation Teplitz, welcher lautet:

„Der Parteitag empfiehlt den Genossen aller österreichischen Länder mit Rücksicht auf die agitatorische Thätigkeit, die bei den Wahlen zu den verschiedenen Vertretungskörpern entfaltet werden kann, das Eingreifen bei den kommenden Landtagswahlen durch Aufstellung eigener Kandidaten,"

nicht empfehlen.

Ich bin der Ansicht, daß wir aus dem Eingreifen in die Landtagswahlen, wo ein beschränktes Wahlrecht besteht, absolut nicht eine Vorschrift machen dürfen. Heute, wo die Masse der Arbeiter einmal zum Worte gekommen ist, hat die Wahl in den Kurien mit Zensus selbst für den Reichsrath wie für den Landtag an Bedeutung verloren, und wir haben viel mehr Kraft nöthig, um wenigstens in vielen Ländern und Bezirken das Wahlrecht zu erobern, als ein Wahlrecht auszunützen, das wir faktisch nicht haben. Ich empfehle daher, es den einzelnen Bezirksorganisationen, respektive Wahlkreisen zu überlassen, wie sie sich dazu verhalten wollen.

Was aber das Gemeindewahlrecht anbelangt, so werden wir hier in Wien in nächster Zeit dazu gezwungen sein, den Anwalt des christlichen Volkes in Wien zu fragen, was er denn, da er die unbestrittene Herrschaft hat, gethan hat, um das Wahlrecht zu erweitern, und ich glaube dem Beschlusse der Parteivertretung nicht vorzugreifen, wenn ich ankündige, daß wir entschlossen sind, zum Herbst energisch den Kampf für die Ausdehnung des Wahlrechtes aufzunehmen, weil wir damit in der Lage sind, gegen die christlich-soziale Partei einschneidende Schritte zu unternehmen, und weil wir die Leute einmal mit ihren eigenen Prinzipien konfrontiren wollen. Die Leute haben ja vor den Sozialdemokraten keine Angst. Die Herren haben uns besiegt und frohlocken darüber. Wenn sie so mächtig sind, mögen sie doch das allgemeine Wahlrecht für die Gemeinde einführen und zeigen, daß sie wirklich trotz der Sozialdemokraten die Gemeinde beherrschen können. Wenn ich speziell von Wien spreche, so wissen Sie ja, daß Wien in dieser Beziehung vorbildlich ist für alle Provinzen, und daß, wenn es einmal gelungen ist, das allgemeine Wahlrecht für den Wiener Gemeinderath einzuführen, alle anderen Städte dann sehr bald dasselbe erringen werden.

Der Antrag der Bezirksorganisation VIII, Wien lautet:

a) „Zu den Sitzungen des parlamentarischen Verbandes ist immer zumindestens Ein Mitglied der Parteivertretung hinzuzuziehen.

b) Die Genossen des parlamentarischen Verbandes werden aufgefordert, im Parlament anläßlich der Berichte des Legitimationsausschusses energisch gegen die Mißbräuche bei den Wahlen überhaupt, besonders aber bei den Wiener Wahlen, aufzutreten.

c) Die Genossen des parlamentarischen Verbandes haben im Sinne des Parteiprogramms zu jeder Angelegenheit, die die politischen und wirthschaftlichen Interessen des Proletariats berührt, im Parlament selbst Stellung zu nehmen."

Diese Anträge bringen mich wirklich in Verlegenheit. Ablehnen kann man sie nicht, weil sie ganz vernünftig sind, aber annehmen kann man sie auch nicht, weil Alles, was darin steht, von jeher naturgemäß geschieht. Es versteht sich eben ganz von selbst, daß die sozialdemokratische Reichsrathsfraktion mit der Parteivertretung in innigster Fühlung sein muß. Weder die Fraktion noch die Parteivertretung war darüber auch nur einen Augenblick im Zweifel; es hat bis jetzt keine Sitzung der Fraktion stattgefunden, bei der nicht mindestens ein Mitglied der Parteivertretung anwesend war. Würde der Parteitag den Antrag in der vorgeschlagenen Fassung annehmen, würde das bedeuten, daß man so eine Art von Regierungskommissär in die Fraktion hineinsetzt. Wenn aber auch zufällig in einer Fraktionssitzung ein Mitglied der Parteivertretung nicht anwesend sein sollte, so können Sie überzeugt sein, daß nichts geschehen wird, was unseren Prinzipien widersprechen würde. Damit es nicht aussehe, als wollten wir der Fraktion ein Mißtrauensvotum geben und sie unter Vormundschaft stellen, wäre es das Gescheiteste, diesen Antrag abzulehnen.

Ich möchte mit dem Gesagten bei Ihnen den Gesammteindruck hervorgerufen haben, daß die sozialdemokratische Partei heute eine alle Probleme des öffentlichen und des gesellschaftlichen Lebens umfassende ist, daß sie die wichtigste Partei in Oesterreich ist, daß es keine lebendigere, keine mehr an die faktischen Verhältnisse, nicht nur an Theorien sich anlehnende Partei gibt, als die Sozialdemokratie. Uns nennt man die Leute mit dem Zukunftsstaate, die in den Wolken wandeln. Die Gegner sind die Utopisten, weil sie glauben, daß man bei einer solchen Schweinewirthschaft — gestatten Sie mir den Ausdruck — die heutigen Verhältnisse aufrechthalten kann. Wir sind Realisten im besten Sinne des Wortes. Daß unsere Partei dabei den Vorzug hat, daß sie auch wissenschaftlich auf festem Boden steht, das ist gewiß kein Nachtheil, sondern ein Vortheil, und das führt dazu, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, welche ungescheut den Forschungen der Wissenschaft und der Wahrheit ins Auge zu sehen wagt. Die praktische Thätigkeit ist der Körper unserer Parteithätigkeit. Sie ist das, wodurch jeder Arbeiter die Empfindung bekommt, daß er mit dieser Partei die engste Lebensgemeinschaft hat, daß sie Fleisch von seinem Fleische, Blut von seinem Blute ist. Die anderen Parteien möchten uns ja gerne Alles nachmachen. Schauen Sie sich einmal die Christlich-Sozialen an. Die sind nur die Affen der Sozialdemokraten in jeder Beziehung, aber sie bringen es eben nicht zu Stande. Und gewisse Dinge kann man nicht nachmachen. Man kann wohl arbeiterfreundliche Reden schmieden in Versammlungen und in der Presse, wenn es aber zu Maßregeln kommt, die d e n A r b e i t e r n nützen sollen, hören die Phrasen auf, da muß man Farbe bekennen. Wenn es zur Frage des Arbeiterschutzes kommt, wenn die Arbeitszeit umfassend eingeschränkt werden soll, wenn es dazu kommt, für die Eisenbahner, welche die Herren so gerne protegiren, einen ernsten Schutz einzuführen, wenn es gilt, mit den furchtbaren Zuständen aufzuräumen, die auf dem Gebiete der Hausindustrie bestehen, werden wir sehen, wie sich die Herren da benehmen werden, die fort und fort gegen den Juden schreien und gegen die Fleisch- und Mehlwucherer, weil sie ihre Wähler sind, keine Klauen und keine Zähne haben. Wir treiben keine Demagogie, wir spielen uns nicht auf, als ob wir Dinge machen könnten, die wir faktisch nicht machen können, weil sie auch Andere nicht machen können, wir können aus der kapitalistischen Ordnung keine reinliche Sache machen, wir können auch nicht im Nu die Verhältnisse umkrempeln, aber wir können Alles dazu thun, um die Arbeiterschaft stark und kräftig zu machen, damit sie endlich aufräume mit diesen kapitalistischen Verhältnissen, und wir können Alles dazu thun, um die Arbeiterschaft zu

kräftigen auf physischem, geistigem und ökonomischem Gebiete. Das ist unser eigentliches Programm und unsere eigentliche Taktik. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Gen. Zeller: Es wurden folgende Anträge überreicht:

„In Anbetracht des Umstandes, daß die in den Städten und Industrieorten Oesterreichs bestehenden skandalösen, jeder Kultur hohnsprechenden Wohnungsverhältnisse des arbeitenden Volkes der Demoralisation desselben Vorschub leisten, das Volk physisch und geistig schwächen, die Gemeinden und das Land aber nicht geneigt erscheinen, wirksame Reformen auf diesem Gebiete zu schaffen, beschließt der sozialdemokratische Parteitag: Der Parlamentarische Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten wird beauftragt, sofort nach Eröffnung der nächsten Session einen diesbezüglichen Gesetzentwurf im Abgeordnetenhause einzubringen, um dadurch eine Gesundung der menschenunwürdigen Wohnungsverhältnisse im Wege der Reichsgesetzgebung herbeizuführen. Das zur Begründung eines solchen Antrages nothwendige Material haben die Genossen aller Orte dem Verbande an die Hand zu geben." C. Palka, Wr.-Neustadt.

„Der Parteitag wolle beschließen, es sei der Sozialdemokratische Verband im österreichischen Abgeordnetenhause aufzufordern, einen Gesetzentwurf, wonach die „Arbeiter-Produktivgenossenschaften" bei den Lieferungen für das Staatsärar den Vorzug zu genießen haben, einzubringen." Luigi Scotti.

„Die Sozialdemokratie bekämpft auf das Entschiedenste jene Vertreter aller Religionsgenossenschaften, welche unsere Partei bekämpfen und deren Angehörige verleumden, weil sie die Religion dazu benützen wollen, um die kapitalistische Ausbeutung zu schützen und zu vertheidigen." Dobiasch (Aussig).

„Die sozialdemokratische Fraktion wird beauftragt, eine Novelle zum Bruderladen- und Bergbaugenossenschaftsgesetz einzubringen, worin den Delegirten der Bergarbeiter gesetzlicher Schutz gesichert wird."
Simon Stark. Anton Bruch.

Reichsrathsabgeordneter Gen. Steiner (tschechisch): Wir finden, wenn wir den Weg der parlamentarischen Taktik feststellen, die Frage vor uns, ob wir unsere Haltung durch Beweggründe der Opportunität bestimmen oder ob wir sie auf Grundlage unserer prinzipiellen Ueberzeugungen bilden wollen. Die Entscheidung kann daher keinen Augenblick zweifelhaft sein: Wir müssen das Prinzip der Bewegung zur Basis unserer Thätigkeit nehmen. Die Aenderung der politischen Verhältnisse in Oesterreich hat nun das Bild wesentlich verschoben. Die Jungtschechen, die einstigen Demokraten, sind jetzt eine Regierungspartei, und da die Deutschbürgerlichen aller Schattirungen in Opposition stehen, wird die Sache von unseren Gegnern so entstellt, als ob die Sozialdemokraten die „Verbündeten" der deutschen Bourgeoisie wären. Für uns ist es aber klar, daß wir trotz des sehr abschreckenden Charakters der bürgerlichen Opposition nichts Anderes thun können, thun dürfen, als die Regierung unter allen Umständen aufs Schärfste zu bekämpfen. Daran kann die tschechische Sozialdemokratie auch der in Böhmen verbreitete Wahn nicht hindern, daß die Regierung Badeni eine slavenfreundliche Regierung sei. Für uns ist sie eine arbeiterfeindliche Regierung, und das ist der Grund, warum wir sie bekämpfen. Die tschechischen Genossen sind sich darüber im Klaren, daß ihr Kampf mit der tschechischen Bourgeoisie dadurch noch verschärft, ihre Lage erschwert werden wird. Die Jungtschechen verbreiten, um ihren Verrath zu verbergen, das Schlagwort, es sei jetzt eine günstige Strömung für die Autonomie vorhanden. Aber wir haben es schon in unserer staatsrechtlichen Erklärung ausgesprochen: Wir sind die wahren Autonomisten des tschechischen Volkes, wir fußen auf dem Boden des natürlichen Rechtes des arbeitenden Volkes, das durch keine Privilegien und Vorrechte gehemmt werden darf. Wir wollen die Autonomie des Volkes, die Jungtschechen das alte Staatsrecht, das die Herrschaft des Adels und der Kutte war. Da die Jungtschechen ihren Wählern mit der grimmigen Opposition von einst nicht mehr imponiren können, haben sie sich auf die Hetze gegen die Sozialdemokraten geworfen und vergiften

mit Lügen und Entstellungen den politischen Kampf. Weil wir die Regierung Badeni, wie es unsere Pflicht ist, auf das Entschiedenste bekämpfen und uns dabei in der allerdings nicht sehr angenehmen Gesellschaft der deutschen Opposition befinden, stellt man uns als antinational, als an die Deutschen und Juden verkauft hin. Wir werden selbstverständlich trotzdem den Kampf gegen die Regierung energisch weiterführen, ohne Rücksicht darauf, daß wir vielleicht einzelne Theile der indifferenten Wählerschaft dadurch gegen uns aufbringen. Unser Kampf darf durch keinen Opportunismus gehemmt werden. Ich begrüße es, daß sich nun auch bei den deutschen Genossen die richtige Ansicht über den Internationalismus durchzubrechen beginnt, denn wenn wir manchmal mit den chauvinistischen Residuen in unseren Reihen zu kämpfen haben, so gibt es unzweifelhaft auch bei den Deutschen nationale Chauvinisten. Die internationale Gesinnung besteht in Oesterreich nicht darin, daß alle deutsch werden. Die Sprachenverordnungen sind keine bloße Angelegenheit der Bourgeoisie, wie manche deutschen Genossen zu meinen scheinen, sondern oft mehr eine Sache der tschechischen Arbeiter. Thatsächlich hat man tschechischen Arbeitern in Gebieten, die nur deutsch scheinen — und zwar deshalb, weil die Steuerzahler Deutsche sind und die Stadtverwaltung in Händen haben, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung tschechisch ist — alle amtlichen Zuschriften deutsch übermittelt, so daß die Arbeiter gar nicht wußten, was man von ihnen will, und zu starkem Schaden kamen. Die Sozialdemokratie tadelt an den Sprachenverordnungen hauptsächlich nur das, daß sie ungesetzlich zu Stande gekommen sind. Die Situation im Parlament ist deshalb so abnorm, weil wir schweigen müssen und nicht die Möglichkeit vor uns sehen, durch Worte und Thaten unseren Gegnern und Verdächtigern an den Leib zu rücken. Denn die Sozialdemokratie trägt eine solche Fülle lebendiger Kraft in sich, daß sie, wenn mit Argumenten und Gehirnen gekämpft wird, siegreich bleiben muß. Das ist auch unsere feste Zuversicht für die Zukunft. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Palka (Wr.-Neustadt): In Folge des langwierigen politischen Kampfes sind die wichtigen wirthschaftlichen Fragen ganz in den Hintergrund gerückt worden. Ueberall wird nun der Wunsch rege, daß jetzt auch daran gegangen werde, für die wirthschaftliche Hebung der Arbeiterschaft etwas zu thun. Wenn wir unser Programm realisiren wollen, müssen wir eine physisch und geistig gut entwickelte Arbeiterschaft haben.

Ich bin von den Organisationen, die ich hier zu vertreten habe, beauftragt worden, hier den Antrag einzubringen, daß auch die Wohnungsreform im Parlamente in Angriff genommen werde. Mein Beruf bringt es mit sich, daß ich fast täglich in Arbeiterwohnungen komme, wo kranke Leute sich befinden. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß 90 Perzent der Wohnungen der Proletarier nicht derart sind, daß in denselben ein Kranker sich aufhalten und genesen kann. Die meisten sind licht- und luftarm. Und so ist es gewiß nicht nur in Wr.-Neustadt, sondern in allen größeren Städten, wo ein industrielles Proletariat lebt. Nachdem die Gemeinde in dieser Beziehung nichts thun und auch der Landtag keinen Schritt machen wird, so bin ich beauftragt worden, hier den Antrag einzubringen, daß unsere Fraktion im Parlamente einen entsprechenden Antrag einbringen möge, und es wird Sache der Genossen in den verschiedenen Städten sein, unseren Abgeordneten im Parlamente das nöthige Material an die Hand zu geben.

Gen. Camber (Spalato) schildert die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in Dalmatien. Ueber die Zustände in Galizien hat man in der letzten Zeit Vieles gehört, was Allen neu war. Die Zustände in Dalmatien aber seien derart, daß sie sich von jenen in Innerafrika nicht viel unterscheiden. An der Küste findet man hie und da wenigstens Schulen, im Innern des Landes aber nichts. Kaum 10 Perzent der Bevölkerung kann lesen und schreiben. Die nationale Hetze treibt dort ihre üppigsten Blüthen. Die Italiener werden gegen die Kroaten und diese gegen die Serben verhetzt. Als einmal ein Genosse von Triest nach Spalato kam, hat er dort sofort einen außerordentlich großen Anhang gefunden. Die Leute fangen eben an, einzusehen, daß der Nationalitätenkampf zu nichts führt. Der Boden in Spalato sei für die Agitation sehr günstig, dieselbe könne aber der nationalen Gegner wegen weder von Agram noch von Triest aus geleitet werden. Wenn die Dalmatiner seitens der Wiener Parteivertretung mehr

Berücksichtigung finden würden, würde dies in Dalmatien von kolossalem Erfolge für die Partei sein.

Redner bittet für seinen Antrag zu stimmen, daß Jemand seitens der Partei nach Dalmatien geschickt werde, der die kroatische Sprache versteht, um die Agitation in die Hand zu nehmen. (Beifall.)

Gen. **Brod** (Lipnik): Wir haben in der letzten Zeit in Niederösterreich einige Erfahrungen gemacht, die uns zeigen, daß die Taktik, die wir gegenüber den Antisemiten eingeschlagen haben, nicht die richtige ist. Man hat diese Frage zwar gestern und heute gestreift, das Kind aber nicht beim rechten Namen genannt. Seit zwei Jahren werden von den Gegnern in Wien die Dinge so dargestellt, als wenn die ganze sozialdemokratische Partei eine Heerde von Dummköpfen wäre. Die Taktik der Partei ging bis jetzt dahin, unter keiner Bedingung den Verdacht aufkommen zu lassen, als wäre die Partei verjudet. (Widerspruch.) Man wollte nur zeigen, daß wir keine Judenknechte sind. Ich sage Ihnen, wenn wir 100 Jahre alt werden, werden wir die Spießbürger davon nicht überzeugen. Was haben die Genossen von der Parteileitung gethan, um die unaufgeklärten Elemente davon zu überzeugen, daß es neben der jüdischen Bourgeoisie auch ein jüdisches Proletariat gibt? In Wien ist Jud und Kapitalist gleichbedeutend. Ich habe nicht ein einzigesmal in der „Arbeiter-Zeitung" oder in Versammlungen davon reden gehört (Rufe: Oho!) — Sie wissen doch nicht, was ich sagen will — daß das jüdische Proletariat das gedrückteste, unglücklichste und am meisten zurückgebliebene ist. (Rufe: Aber ja!) Ich meine, es ist nicht genügend erörtert worden.

Wenn ich nicht fürchten würde, mir den Vorwurf zuzuziehen, daß ich persönlich spreche, so könnte ich Ihnen Manches erzählen, was sich mit den Prinzipien der Sozialdemokratie nicht vereinbaren läßt. Man hat aus Opportunitätsrücksichten gerade in Wien manchmal die Prinzipien der Sozialdemokratie ein wenig vernachlässigt. (Widerspruch.) Erst wie die Wahlbewegung losgegangen ist, hat man gehört, daß die sozialdemokratische Partei eine rücksichtslose Gegnerin der antisemitischen Dummheiten ist; vor den Wahlen aber haben gewisse Sozialdemokraten eine schreckliche Angst vor den Antisemiten gezeigt. (Lebhafte Oho-Rufe.) Sie rufen Oho, ohne daß Sie wissen, wer gemeint ist; ich meine bestimmte Personen, die diesen Fehler begangen haben, und damit sich Niemand getroffen fühlt, sage ich Ihnen, daß gerade Dr. Adler diesen Fehler begangen hat.

Am internationalen Kongreß in Brüssel hat es sich darum gehandelt, gegen den Antisemitismus Stellung zu nehmen, und es war der Vertreter der amerikanisch-jüdischen Arbeiter, der diese Frage angeregt hat, und Gen. Dr. Adler und der Abgeordnete Singer haben sich dagegen ausgesprochen, daß diese Frage auf die Tagesordnung gestellt werde. (Gen. Dr. **Adler**: Die Sache ist doch erledigt worden!) Es ist dasselbe Politik, die der Gen. Dr. Adler in Wien beobachtet. Wenn er hie und da den Antisemiten einen Hieb versetzt hat, so hat er darüber gewacht, daß auch den Liberalen gleich ein Hieb versetzt werde. (Rufe: Das ist ja richtig!) Man muß aber doch schauen, ob eine Ursache vorhanden ist, um ihnen einen Hieb zu versetzen (Lebhaftes Gelächter); wenn Sie sich auf den Standpunkt stellen, so oft Sie einem Antisemiten etwas sagen, zu gleicher Zeit, auch ohne den mindesten Grund, auch den Liberalen einen Hieb zu versetzen, so machen Sie sich einfach lächerlich. (Oho-Rufe.)

Wir haben von dem Referenten gehört, daß die Taktik von nun an eine andere werden wird, und Gen. Adler hat gesagt, wir müssen rücksichtslos gegen die Pfafferei in allen ihren Formen auftreten. Dies zeigt eben, daß die bisherige Taktik doch nicht ganz richtig gewesen ist, sonst wäre nicht die Nothwendigkeit vorhanden, eine andere Taktik einzuschlagen (Widerspruch); die Wiener werden gerade so wie die Provinzgenossen vorgehen müssen.

Ich habe hier nur das Wort genommen, um an das anzuknüpfen, was hier gesagt wurde, und demnächst werde ich in verschiedenen Versammlungen dasselbe sagen. Wir werden die Parteileitung zwingen, daß sie sozialdemokratisch vorgeht und nicht spießbürgerlich.

Gen. **Kristan** (Laibach) spricht zuerst slovenisch und fährt dann deutsch fort: Die slovenische Partei tritt heute zum ersten Male in verstärkter Anzahl am österreichischen Parteitage auf, und sie hat es für nothwendig befunden, bei dieser

Gelegenheit den nationalen und klerikalen Gegnern, welche uns in ganz derselben Weise zusetzen, wie Ihnen in Wien die Christlich-Sozialen, den Standpunkt klar zu machen, auf welchem wir stehen, um damit für die Zukunft jede Polemik über diese Frage abzuschneiden.

Was während der Zeit der berüchtigten Sprachenverordnungen von Seite unserer Gegner an Infamie geleistet wurde, ist schier unerhört. Es wird von der slovenischen Bourgeoisie fortwährend behauptet, sie sei die Vertreterin des Volkes, aber sie ist gerade diejenige, die das Volk bei jeder Gelegenheit verkauft. Wenn bei uns ein Schriftsteller nicht etwa im Sinne der Sozialdemokratie, sondern im bürgerlichen Sinne nur ein bischen materialistisch zu schreiben sich untersteht, wird das Anathema über ihn verhängt (Rufe seitens der tschechischen Genossen: Das machen die Jungtschechen auch!); das ist ein Beweis, daß die Leute von nationalen Idealen wirklich keine Spur haben. Auch in wirthschaftlichen Fragen tritt sie das eigene Volk mit Füßen. Wie es aber mit den Prinzipien dieser Leute aussieht, das möge Ihnen Folgendes beweisen: Die sogenannte liberale Partei bei uns ist unter der Parole „Freiheit“ in den Kampf getreten; nun wollten die Klerikalen nicht in den südslavischen Klub im Abgeordnetenhause eintreten, weil sie ihren klerikalen Standpunkt genau präzisirt haben wollten. Man sollte meinen, die freiheitliche Partei werde Alles aufbieten, um auch ihren Standpunkt zu wahren. Was hat aber diese schöne Gesellschaft gethan? Sie hat vor den Klerikalen kapitulirt, ist dem christlich-nationalen Verband beigetreten und läßt sich dort von dem Dr. Schusterschic und Dr. Krek bei der Nase herumführen.

Der nationale Kampf, der da unten bei uns wüthet, spottet jeder Beschreibung. Da tritt nun ein slovenischer Abgeordneter als Beschützer der slovenischen Nationalität auf. Aber das slovenische und kroatische Volk muß sich entschieden dagegen verwahren, daß sein angebliches Interesse durch eine Denunziation gewahrt werde. (Beifall.)

Der Abgeordnete Gregorcic hat gedacht, er werde der slovenischen Nation einen Liebesdienst erweisen, wenn er die Italiener als Verräther denunzirt: dagegen hat das slovenische und kroatische Volk, soweit es proletarisch ist, auf das Entschiedenste sich verwahrt.

Wir haben thatsächlich heute im Reichsrathe keine Vertreter. Wir haben dort Klerikale und Liberale, aber keine Volksvertreter, und wir müssen an die tschechischen, polnischen und deutschen Abgeordneten der Sozialdemokraten appelliren, daß sie auch die Vertretung des slovenischen und kroatischen Proletariats übernehmen.

Wir haben uns bemüssigt gesehen, hier eine Erklärung abzugeben, welche in deutscher Sprache folgendermaßen lautet:

„Angesichts der fortgesetzten Schmähungen der bürgerlichen Presse und deren Vertreter gegen die Sozialdemokratie, zu welcher sich ein großer Theil des slovenischen und kroatischen Volkes in Oesterreich mit vollster Ueberzeugung bekennt; angesichts der Vorwürfe von Antinationalität, Heimatsverrath und sonstiger altersschwacher Schlagworte erklärt die Delegation der südslavischen sozialdemokratischen Partei am Parteitage der österreichischen Sozialdemokratie 1897 ein- für allemal, daß sie strenge auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms steht, welches ausdrücklich die Internationalität der Partei ausspricht und die Vorrechte der Nationen ebenso wie alle Vorrechte überhaupt verurtheilt. Die Delegation erklärt, daß die nationale Gleichberechtigung und damit der nationale Friede nur durch die internationale Sozialdemokratie realisirt werden kann, weil die Bourgeoisie unter dem Deckmantel des Nationalkampfes nur internationalkapitalistische Zwecke verfolgt. Die südslavische sozialdemokratische Delegation fordert ganz selbstverständlich für die slovenische und kroatische Nation volle Gleichberechtigung mit allen übrigen Nationen, dieses nationale Recht kann und darf aber nur das Naturrecht, nicht aber irgend ein Privilegium von gestern oder morgen sein.“

Gezeichnet: Zavertnik, Kopac, Benecke, Cobal, Grablovic, Kristan.

Gen. Stumpe (zur Geschäftsordnung) beschwert sich in einer Anfrage an das Präsidium über Störungen durch Zwischenrufe, namentlich seitens des Genossen Austerlitz.

Vorsitzender Gen. Zeller erwidert, daß es dem Präsidium nicht möglich sei, die Zwischenrufe zu beseitigen, und er es dem Taktgefühl und der Bildung jedes Einzelnen überlassen müsse, wie er sich benehme.

Gen. Austerlitz weist den Anwurf des Gen. Stumpe zurück und verwahrt sich dagegen, daß er Taktgefühl und Bildung außer Acht gelassen habe.

Vorsitzender Gen. Zeller entgegnet, daß durch Zwischenrufe die Verhandlung gestört und die Redezeit des Redners beeinträchtigt werde.

Gen. Pernerstorfer (VIII. Bezirk, Wien, Neunkirchen und Umgebung): Die Frage der Parteitaktik hat mich auf die Tribüne geführt, und ich wollte an einzelne Ausführungen des Gen. Adler anknüpfen; im Verlaufe der Debatte ist mir aber Gen. Brod zur Anknüpfung sympathischer geworden. Als wir vor einigen Jahren im heftigsten politischen Kampfe gegen die Koalition gestanden sind, war ich in einer ähnlichen unangenehmen Lage, wie heute die parlamentarische Fraktion, ich mußte nämlich auch mit Leuten gehen, deren Gesinnung ich nicht getheilt habe, nur mit dem einen Unterschiede, daß ich die Jungtschechen überschätzt habe, indem ich sie viel anständiger gehalten habe, wie sie sind.

Die Jungtschechen und Antisemiten haben die Opposition gegen die Koalition geführt, und Dr. Kronawetter und ich sind mitgegangen und haben die Bundesgenossenschaft dieser Parteien auf das Entschiedenste gesucht, weil wir sie gebraucht haben. Damals ist die antisemitische Partei in der „Arbeiter-Zeitung" zwar heftig angegriffen worden; aber das Objekt, welches in allererster Linie bekämpft werden mußte, waren jene Parteien, welche an der Herrschaft waren. Das waren damals die Antisemiten noch nicht — sondern die Liberalen und die anderen Parteien der Koalition. Es ist natürlich, daß man, wenn man im Kampfe mit bestimmten Parteien oder Parteigruppen steht, die Angriffe gegen diese in erster Linie wendet und den anderen auch feindlich Gesinnten weniger Aufmerksamkeit schenkt, wenn man mit ihnen gemeinsam kämpfen muß. Es wäre natürlich gewesen, wenn die antisemitische Partei zu jener Zeit, als sie in der löblichen Aktion begriffen war, der liberalen Partei den Todesstoß zu versetzen, noch weniger gestört worden wäre, als es von der „Arbeiter-Zeitung" und der Partei geschehen ist. Wir haben kein Interesse daran gehabt, die Aktion der Antisemiten zu stören, und einer unserer Genossen hat in einer Versammlung anläßlich der Gemeinderathswahlen gesagt: „Es wird immer ein Verdienst der Antisemiten sein, die liberale Partei in Oesterreich getödtet zu haben." Das konnte von der sozialdemokratischen Partei nicht so leicht geschehen, weil die Schichten, auf die die antisemitische Partei Einfluß hat, diejenigen sind, auf die wir den geringsten Einfluß haben, die ungebildeten Schichten des Mittelstandes, die für politische Fragen kein Verständniß haben, sondern nur für politische Phrasen empfänglich sind. Heute muß die Taktik eine andere werden. Diese Herren sind nicht mehr in der Opposition, sondern in einem ganzen Kronlande zur Herrschaft gelangt. Die Antisemiten haben es verstanden, den pfäffischen Charakter ihrer Bewegung einigermaßen zu verdunkeln — für uns wohl nicht — aber im Großen und Ganzen haben sie das pfäffische Moment nicht mit jener Klarheit und Reinheit hervorgekehrt, wie sie es heute thun. Wir müssen daher den Christlich-Sozialen gegenüber mit anderen Waffen vorgehen. Es ist aber unrichtig, wie Gen. Brod meinte, daß eine Konnivenz gegen den Antisemitismus stattgefunden hat. Freilich muß sich die Partei dagegen verwahren, als wenn sie die Auffassung hätte, wie manche Juden, die sofort über Verletzung der Gleichberechtigung zetern, wenn sie nicht gleich Alles erreichen, was sie erreichen wollen. Die Partei hat prinzipiell den Juden nie Schwierigkeiten gemacht; so steht aber die Sache nicht, daß einer eine führende Stellung haben muß, nur darum und schon deshalb, weil er ein Jude ist.

Heute hat nun die antisemitische Partei mit völliger Deutlichkeit, die in gewissen Sinne löblich ist, sich vollständig als gleichwerthig mit der klerikalen Partei deklarirt und hat zugleich verstanden, den Klerikalismus neu zu beleben, und wir sehen heute die große Macht der klerikalen Bewegung wieder auftauchen.

Es ist natürlich, daß wir uns gegen diese Bewegung wehren müssen, nicht nur vom engeren Parteistandpunkte aus, sondern vom Standpunkte einer wirklichen Kulturpartei, weil wir wirklich wollen, daß das Volk aus den Fesseln der alten Tradition der Gedankenunfreiheit befreit werde. Seit die österreichischen Völker „katholisch gemacht“ wurden, sind sie diese blöde Masse geworden, und wir müssen bei der Gegnerfraktion heute, wo der Klerikalismus, dieser geborene Feind jedes Fortschrittes, wieder sein Haupt erhebt, mit aller Macht uns dagegen stemmen, und gerade in dem Augenblicke, wo er stark und mächtig wird, und wo, wie wir allgemein sehen, das Volk „katholisch“ geworden ist im Sinne eines ganz oberflächlichen Namenschristenthums, weichen wir nicht zurück, sondern steigen wir auf die Schanzen und fangen den Kampf an und werden niemand Anderen hinter uns haben als die sozialdemokratische Partei.

Der Punkt der geänderten Taktik muß prinzipiell verstanden werden und Niemand wird darüber im Zweifel sein, daß ein Widerspruch zwischen der früheren und heutigen Taktik in dieser Aenderung gefunden werden kann. Taktik ist überhaupt etwas, was sich von Tag zu Tag ändern kann.

Ein zweites wesentliches Moment, welches ich mir erlauben werde hier vorzubringen, besteht darin, daß die sozialdemokratische Partei heute zum ersten Male auf dem Parteitage ein Prinzip neu interpretirte, welches bisher in dieser Weise noch nicht interpretirt worden ist.

Ich war zwölf Jahre lang Abgeordneter. Ich bin als Deutschnationaler ins Abgeordnetenhaus gewählt worden und war noch nicht lange Abgeordneter, als ich von allen Theilen aus Oesterreich — und das rechne ich mir mit Stolz an — besonders aus dem tschechischen Volke Briefe und Zuschriften bekam; und eine meiner ersten Kundschaften war Gen. Hybeš aus Mähren. (Heiterkeit.) Damals im Jahre 1885 und 1886 stand die österreichische Sozialdemokratie auf dem Standpunkte eines fleisch- und blutlosen Internationalismus; heute aber steht die sozialdemokratische Partei auf dem realistischen Standpunkt, auf welchem ich immer gestanden bin, und weil ich schon in den letzten Jahren diese Aenderung der Partei gesehen habe, habe ich mich auf den Zeitpunkt gefreut, wo ich in die Partei eintreten und es mir möglich sein wird, in ihr als Genosse thätig zu sein. Ich habe selbst als ich Deutschnationaler war, nie ein Wort des Hasses gegen andere Nationalitäten gefunden; mein deutschnationales Bekenntniß hat mich immer dazu getrieben, die edlen und großen Traditionen unserer klassischen Zeit, jene Traditionen, die uns besagen, daß wir die Nationalität als eine Blüthe der Entwicklungsform der Menschheit ansehen sollen, hochzuhalten. Und so wie ich für mein Volk alles Gute vom Himmel herabwünsche, so auch für jedes andere Volk. Nicht wie Grillparzer sagt: „Von Nationalität durch Brutalität zur Bestialität sollen wir kommen,“ was heute als Schlagwort jener Parteien hingestellt werden könnte, welche sich heute national nennen, die ich aber als national-brutale bezeichne, sondern von der Bestialität durch Humanität zur Nationalität, zu einem Verständniß der Völker und ihrer Interessen, zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten derselben. In diesem Sinne eines wirklich verständigen, herzerfrischenden Internationalismus wird auch die Anschauung zur Geltung kommen, daß man ein sehr guter Deutscher, ein ausgezeichneter Tscheche, ein vortrefflicher Italiener und dennoch ein leidenschaftlicher internationaler Sozialdemokrat sein kann. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Gen. Zeller theilt mit, daß das Ergebniß der gestrigen Sammlung für die Tramwaybediensteten fl. 30·98 betrage.

Gen. Dr. Adler bringt den Brief eines bei der Tramwaygesellschaft angestellten Genossen zur Verlesung, in welchem dieser um die Unterstützung der Partei im Streik bittet und bemerkt, daß gerade die sozialdemokratischen Parteigenossen bei diesem Streik ihre Pflicht in moralischer und organisatorischer Beziehung erfüllen.

Vorsitzender Gen. Zeller läßt den Einlauf zur Verlesung bringen. In demselben befinden sich zahlreiche Begrüßungstelegramme und ein Protest des Bergarbeiters Josef Wagner aus Brüx. Dieser Protest wird den tschechischen Delegirten zugewiesen.

Hierauf wird die Sitzung um 2 Uhr geschlossen.

Dritter Verhandlungstag am 8. Juni 1897.

Vormittagssitzung.

Beginn der Verhandlung 9 Uhr 15 Minuten.

Vorsitzender Reichsrathsabgeordneter Gen. Hybes bringt den Einlauf zur Kenntniß. Es ist ein Telegramm der russischen Sozialdemokraten und der ungarländischen Bruderpartei eingelangt, die beide mit Beifall aufgenommen werden.

Weiters liegt eine Begrüßungszuschrift aus Augenthal vor, worin am Schlusse gesagt wird, daß in die § 2-Versammlung, welche die Sympathiekundgebung an den Parteitag beschloß, der Bürgermeister mit Gendarmen eingedrungen und diese Versammlung aufgelöst habe.

Gen. Krapka (Brünn) beantragt hiezu, der Parteitag möge über diese Mißachtung des Versammlungsgesetzes seine Entrüstung aussprechen und den sozialdemokratischen Verband beauftragen, die Sache im Reichsrathe zur Sprache zu bringen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Vom Gen. Pernerstorfer wird zur Geschäftsordnung folgender Zusatzantrag eingebracht:

„Jeder Redner hat, falls seine Redezeit abgelaufen ist und er vom Vorsitzenden zum Schlusse seiner Rede gemahnt wird, das Recht, an den Parteitag bezüglich der Fortsetzung seiner Rede zu appelliren. Ueber diese Appellation entscheidet der Parteitag sofort ohne Debatte."

Nachdem Gen. Pernerstorfer diesen Antrag begründet und sich Genossen Feigl und Dr. Ellenbogen dagegen erklärt haben, wird dieser Antrag abgelehnt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Verhandlung über den Punkt

Parteitaktik und parlamentarische Thätigkeit.

Gen. Dobiasch (Aussig): Eine der wichtigsten Fragen in der gegenwärtigen Zeitströmung ist gewiß jene, wie wir am besten den Einfluß des Pfaffenthums bekämpfen können. In dieser Beziehung wird aber von unseren Genossen häufig der Fehler gemacht, und insbesondere bei der Landagitation, daß sich der Kampf nicht so sehr gegen die Pfaffen richtet, welche das Christenthum mit Füßen treten, sondern daß über Religion, über den Himmel u. s. f. gesprochen wird. Aber die stärkste Waffe zur Bekämpfung der Pfaffen ist das Christenthum selbst. Redner begründet den von ihm eingebrachten Antrag. Werde dieser angenommen, dann können sich die Pfaffen nicht darauf berufen, daß sie bekämpft werden, weil sie Religionsdiener sind, sondern sie werden bekämpft, weil sie die Religion dazu benützen wollen, um die kapitalistische Ausbeutung zu schützen. Gen. Brod hat sich darüber beschwert, daß die Sozialdemokratie anfange, ein bischen antisemitisch zu werden. Darüber müssen wir uns aussprechen. Die Juden drängen sich heute in die sozialdemokratische Partei hinein, nicht um Sozialdemokraten zu werden, sondern weil sie glauben, daß die Sozialdemokratie ihre Interessen schützen werde. Ich habe dabei nur die bürgerlichen Juden im Auge. Wenn wir die Schwarzenberge angreifen, wird das gebilligt, wenn wir aber die jüdischen Ausbeuter beim Ohr nehmen, dann kommen diese bürgerlichen Auchsozialdemokraten und fangen

an zu kritisiren, daß es doch nicht nothwendig gewesen wäre, diese Leute so scharf zu bekämpfen. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Selbstverständlich ist, daß die jüdischen Proletarier zu uns gehören, aber gegen diese bürgerlichen Juden, die sich jetzt als Sozialdemokraten aufspielen, müssen wir auftreten. Gehört es ja doch heute schon zum guten Ton, daß man sich wenigstens als Sozialpolitiker oder als Beschützer der Sozialdemokraten gerirt. Müssen wir uns jeden Bürgerlichen, der in unsere Partei kommt, genau ansehen, so müssen wir uns jeden bürgerlichen Juden, der in unsere Partei kommt, dreimal genau ansehen und dreimal genau prüfen. (Beifall.)

Gen. Schuhmeier erklärt sich mit der Thätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Parlamente vollkommen einverstanden. Insbesondere die Erklärung zur Adreßdebatte war eine Leistung, welche die Sozialdemokratie voll und ganz auf der Höhe der Zeit gefunden habe. Unsere Abgeordneten haben im Parlamente einen schweren Stand. Gehen sie etwas nach links, finden sie eine anrüchige Gesellschaft, die Liberalen, gehen sie nach rechts, finden sie die Gesellschaft der Mittermayers, Vergani's, der Obligationen- und Riskontofreunde. (Heiterkeit.) Wir müssen beim Krakehl dabei sein, wenn dieser durch eine Ungerechtigkeit verursacht wird, und dies ist seit Erlassung der Sprachenverordnungen vom Präsidium wiederholt geschehen. Wenn sich andere Herren bei der Obstruktion köstlich unterhalten haben — die Entrüstung auf Seite der Sozialdemokraten war ehrlich gemeint. Gen. Daszynski hat angedeutet, daß die „Volkstribüne" die Ohrfeigentaktik einführen wolle. Wir dürfen gewiß nicht die Ersten sein, welche Ohrfeigen austheilen, aber wir dürfen auch nicht die Ersten sein, welche die Ohrfeigen einstecken. Einem Geßmann gegenüber kann von Anstand nicht die Rede sein. Ein Mensch, der es nur verstanden hat, sich von den Strahlen der Sonne Lueger's und Liechtenstein's bescheinen zu lassen, und der es wagt, eine ganze Partei zu besudeln, verdient keine bessere Behandlung. Gen. Brod meinte, die Sozialdemokraten hätten erst zur Zeit der Wahlen gefunden, daß die Antisemiten auf das Entschiedenste zu bekämpfen seien. Daraus kann uns doch kein Vorwurf gemacht werden, denn wir haben dadurch bewiesen, daß wir uns nicht scheuen, den Antisemiten an den Leib zu rücken. Gen. Brod meint, er und die Provinzgenossen werden die sozialdemokratische Parteivertretung zwingen, daß sie sozialdemokratisch und nicht spießbürgerlich handelt. Das war doch wohl nur eine Redensart, denn wenn Brod den Beweis dafür erbringen wollte, daß hier spießbürgerlich vorgegangen wird, wird ihm das wohl nicht gelingen. Es ist ihm auch unangenehm, daß wir auf die Liberalen losschlagen. Ja, die Liberalen warten nur auf die Gelegenheit, wo wir uns einzig und allein auf die Antisemiten stürzen, um sich selbst auf diese Weise wieder zu Ansehen zu bringen. Redner befürwortet hierauf den Antrag Palka, betreffend die Wohnungsverhältnisse, den Antrag Stark, betreffend die Bruderladen und Bergbaugenossenschaften, hält aber den Antrag Dobiasch, der besagt:

> „Die Sozialdemokratie bekämpft auf das Entschiedenste jene Vertreter aller Religionsgenossenschaften, welche unsere Partei bekämpfen und deren Angehörige verleumden, weil sie die Religion dazu benützen wollen, um die kapitalistische Ausbeutung zu schützen und zu vertheidigen,"

für zu gelinde, befürwortet aber in dieser Frage den Antrag der Bezirksorganisation XI, Wien.

Gen. Prähauser (Salzburg): Der Prager Parteitag hat den Beschluß gefaßt, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages auch die Agrarfrage zu stellen. Ich bedauere, daß dies nicht geschehen ist, denn es wäre gerade jetzt von Nutzen, über die Sache eingehend zu sprechen, nachdem wir wieder weitere Erfahrungen gesammelt haben. Wenn im Antrag 10 gefordert wird, daß Versammlungen in ganz Oesterreich zu veranstalten sind, in welchen der klerikale Schulantrag besprochen werden soll, so muß ich sagen, daß dies ja schon geschehen ist. Fraglich ist es, was dann zu geschehen hat, wenn dieser Antrag Gesetz wird. Was das Verhalten gegenüber den Christlich-Sozialen betrifft, so vermisse ich in unserer Presse eine scharfe Abwehr seitens jener Genossen, welche in der gegnerischen Presse angegriffen werden. Freilich sagt sich Mancher, diese Leute sind mir zu gemein, ich gebe mich mit ihnen nicht ab. Das ist aber nicht immer richtig.

Wenn Gen. Tobiasch glaubt die Pfaffen mit den Kirchenvätern bekämpfen zu können, so muß ich ihm erwidern, daß die Agitatoren keine Zeit haben, die Kirchenväter zu studiren. Wir haben andere Waffen genug, die uns die Pfaffen selbst in die Hand geben.

Ueber Antrag des Gen. Stark wird Schluß der Rednerliste angenommen.

Gen. Feigl (V. Bezirk, Wien): Es kann nicht ausdrücklich genug konstatirt werden, daß in neuerer Zeit in unserer Partei eine neue Auffassung des Nationalismus platzgegriffen hat. Diese Auffassung ist gewiß schon vielfach in einzelnen Köpfen vorhanden gewesen, sie ist aber diesmal, ich möchte beinahe sagen theoretisch, zum ersten Male auf dem Parteitage zum Ausdrucke gekommen. Wenn Genosse Daszynski meinte, wir können die historischen Rechte leicht übergehen und darüber lachen, so ist das richtig, aber über die historischen Thatsachen, und das sind die Nationalitäten in Oesterreich, kommen wir mit liberalisirenden, naturrechtlerischen, einfach programmatischen Sätzen nicht hinweg. Es muß auch ausgesprochen werden, daß der Zentralismus in Oesterreich im Gesammtstaatsleben und innerhalb der Partei nicht länger möglich ist. Es gibt aber in unseren Reihen noch immer Viele, die sich nicht vorstellen können, daß die Sache anders werden könnte; und da tritt die interessante Thatsache zu Tage, daß die Leute, die in thesi die Internationalsten sind, in der Praxis die national Einseitigsten werden können, während gerade wir Anderen größere Gerechtigkeit zu üben von vorneherein eher vermögen. Ich gebe der Ueberzeugung Raum, daß die Sozialdemokratie in Oesterreich die Bewegungsfreiheit der einzelnen Nationalitäten garantiren muß, und daß die Stärke der Partei in der Zukunft von diesem Umstande abhängen wird.

Gen. Ulrich (Bielitz) ersucht die Parteivertretung, den Genossen in der Provinz mehr Unterstützung angedeihen zu lassen. Wenn dies schon früher geschehen wäre, so würden auch größere Erfolge erzielt worden sein. Lange Zeit hat man mit der Stojalowski-Partei förmlich geliebäugelt, und darunter hat gerade der Wahlkreis Ostschlesien am meisten zu leiden gehabt. Stojalowski ist in politischer Hinsicht nur ein Charlatan. Wenn die deutsche Arbeiterschaft, wie dies bei uns geschehen ist, einen tschechischen Kandidaten unterstützt, schreien die bornirten deutschfortschrittlichen Fabrikanten über Verrath an den Deutschen, und dasselbe ist bei den Tschechen der Fall. Gerade dieses Vorgehen aber beweist, daß sowohl die deutschen wie die tschechischen Sozialdemokraten vollkommen auf dem internationalen Standpunkt stehen. Schließlich möchte ich bitten, daß unsere Anfragen, die wir an die Parteivertretung um eine Richtschnur für unser taktisches Vorgehen richten, künftighin auch beantwortet werden mögen.

Gen. Winarsky (III. Bezirk, Wien) unterstützt zunächst die Anträge 7 und 8 der Bezirksorganisation III, Wien. Was den Antrag 9 der Bezirksorganisation Brünn betrifft, so sei es ganz richtig, daß die Sozialdemokratie mit der fünften Kurie nicht zufrieden sein könne. In der Thronrede wird in Bezug auf die Wahlreform gesagt: „Die Aktion sei gegenwärtig abgeschlossen." Wir betrachten sie aber nicht als abgeschlossen. Gerade in Wien sollte die Sozialdemokratie in die Wahlbewegung bei den Gemeinderathswahlen eingreifen, um gegen die christlich-soziale Partei anzukämpfen. Der Bürgermeister von Wien hat uns ja selbst ein ausgezeichnetes Agitationsmittel in die Hand gegeben. Vor zwei Jahren sagte er, er werde sich stets daran erinnern, daß er ein Sohn des Volkes sei. Er ist nun Bürgermeister, hat aber bisher noch nichts gethan, um den Forderungen der Arbeiter irgendwie zu entsprechen. Wir werden in der nächsten Zeit jedenfalls eine energische Agitation gegen die christlich-soziale Partei entwickeln müssen, und es wird hiebei vor Allem auf die Kleinarbeit ankommen. Es muß hier auch betont werden, daß in Wien so Manches in dieser Richtung versäumt wurde. Es wäre nicht nothwendig, daß in Wien eine ganze Proletarierschichte, die Angehörigen der Verkehrsbranche, der Sozialdemokratie ganz ferne stehen.

Der Antrag Dobiasch und der Bezirksorganisation XI rennt offene Thüren ein. Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie vor den Vertretern der Religion nicht Halt machen werde; aber das sozialdemokratische Parteiprogramm sagt ja Alles, was in dieser Richtung zu sagen ist.

Gen. Wutschl (XII. Bezirk, Wien) wünscht, daß in Zukunft in Bezug auf Taktik nicht so nach der Schablone vorgegangen werde, wie dies bisher der Fall gewesen sei. Die Taktik müsse stets den geänderten Verhältnissen angepaßt werden. Wenn Jemand vor zwei Jahren gesagt hätte, wir sollen die Pfaffen bekämpfen, so würde man ihn für einen Narren erklärt haben (Widerspruch), obwohl die Pfaffen heute dasselbe thun, was sie damals gethan haben. An Stelle des Drills sei die Erziehung zu setzen; denn wenn man so derb dreingeht, stößt man häufig dadurch ab. Wenn in Bezug auf die Bekämpfung der Pfaffen gesagt wurde, es seien darunter nicht nur die katholischen und protestantischen, sondern auch die jüdischen, atheistischen und materialistischen Pfaffen zu verstehen, so ist dabei eine Gattung vergessen worden. Es sind dies die sozialistischen Pfaffen, das sind jene Leute, die eine andere Bewegung absolut nicht gelten lassen wollen und Alles rein doktrinär auffassen. Wir müssen, wenn wir die Pfaffen bekämpfen, den Leuten klar machen, daß wir dieselben als Politiker bekämpfen. Und wenn sich die Pfaffen hinter die Religion flüchten, müssen wir den Leuten zeigen, daß wir nicht die Kirche und die Religion bekämpfen, weil ja der Formalismus nicht die Religion ausmacht.

Gen. Dietl (X. Bezirk, Wien) ist ebenfalls der Meinung, daß die Schulfrage gegenwärtig im Vordergrund des Interesses stehe, jedoch müsse man mehr Versammlungen abhalten, um in dieser Hinsicht aufklärend zu wirken. Redner spricht sich auch für den Antrag 9 der Bezirksorganisation Brünn aus, um dessen Annahme er bittet. Ebenso tritt er für den Antrag 16 des Gen. Palka ein.

Gen. Jeziorsky (Steyr) wendet sich gegen die Art und Weise, mit der man die Reichsrathsfraktion mit Anträgen und Interpellationen überschwemmt, und polemisirt gegen den Gen. Steiner in Betreff der Nationalitätenfrage.

Gen. Eldersch (Brünn) begründet die Anträge der Organisation Brünn und spricht sich gegenwärtig gegen die Einleitung einer großen Bewegung für das gleiche, allgemeine und direkte Reichsrathswahlrecht aus. Mit der Haltung der Reichsrathsfraktion sei er vollkommen einverstanden und begrüße es, daß auf dem heurigen Parteitage gegenüber den Christlich-Sozialen eine schärfere Tonart eingeschlagen werde.

Redner spricht sich zum Schlusse noch für den Antrag 14 aus, bittet aber um Ablehnung der Anträge 4, 7, 10, 12 und 13.

Gen. Seliger (Teplitz) vertheidigt die von der Organisation Teplitz bezüglich der Landtagswahlen gestellten Anträge, spricht der Reichsrathsfraktion die Zufriedenheit für ihre bisherigen Leistungen aus und wendet sich gegen die Ansicht des Genossen Eldersch, man möge die Christlich-Sozialen mit Gewalt bekämpfen. Wenn die Antisemiten es nicht wagen, vor die Oeffentlichkeit zu treten, so darum, weil sie sich fürchten, und damit können wir zufrieden sein.

Gen. Dr. Morgenstern (Mähr.-Schönberg) erklärt, daß die Agitation für das allgemeine Wahlrecht gegenwärtig zurücktreten müsse, trotz des Beschlusses des Prager Parteitages, daß der Kampf um das Wahlrecht nicht unterbrochen werden solle. Anders sei dies mit dem Landtagswahlrecht, denn wichtige Fragen wie die Wohnungsfrage gehören ja in die Kompetenz der Landtage. Ebenso müsse man trachten in die Gemeindestuben einzudringen, wenn auch die ungeheueren Schwierigkeiten, die sich da entgegenstellen, nicht zu verkennen seien.

Genosse Rouschar (Prag, in tschechischer Sprache): Ich erkläre im Namen der tschechischen Genossen, daß wir mit der Thätigkeit der Fraktion zufrieden sind. Für uns ist von Wichtigkeit zunächst die Erklärung der tschechischen Genossen bezüglich des Staatsrechtes. Daß diese Erklärung prinzipiell richtig ist, darüber sind wir alle einig. Mancher von uns ist aber der Ansicht, daß eine bessere, deutlichere Stilisirung wünschenswerth gewesen wäre, um eventuellen Angriffen vorzubeugen. Ich für meine Person bin nicht dieser Ansicht, weil ich glaube, daß die tschechische Bourgeoisie auch bei einer anderen Stilisirung dieselbe Hetze gegen uns veranstaltet hätte, und wenn nicht diesmal, so bei einer anderen Gelegenheit. Die Verhältnisse in Böhmen sind folgende: Dem Volke wurde das Staatsrecht als der Erlöser von allem Uebel gepriesen; es sollte das tschechische Volk mit Einem Schlage von allen seinen Leiden befreien. Die Hetze, die gegen uns veranstaltet wurde, läßt sich nicht beschreiben. Es kam zu förmlichen Straßen-

kämpfen mit den Gegnern. Das Volk sollte nicht mit Worten, sondern mit Stöcken und Messern überzeugt werden. Diese Kämpfe haben unsere Genossen nur mehr gestählt. Aber die indifferente Masse wurde doch stutzig. Bei ihnen hat uns die Erklärung allerdings geschadet. Die schwierige Arbeit liegt nun darin, diese Leute zu belehren und aufzuklären. Aus diesem Kampf würden wir ganz gewiß siegreich hervorgehen, wenn uns nicht von Seite vieler deutscher Genossen Prügel zwischen die Füße geworfen würden, wahrscheinlich nicht absichtlich, sondern durch unüberlegtes Reden. Kaum haben wir einen Sturm besänftigt, kommt wieder ein anderer. Wenn dem nicht so wäre, würden wir das Feld in Böhmen ganz beherrschen. Sehr günstig ist für uns ja der Umstand, daß die Jungtschechen im Dienste des Badeni sind, und daß sich Jeder, der es mit den demokratisch-revolutionären Idealen des tschechischen Volkes ernst nimmt, nur uns anschließen muß. Das ist auch der Grund, warum die ganze Hetze gegen uns begonnen wurde. Daß in diesem Kampfe nicht mit ehrlichen Waffen gegen uns gekämpft wird, sondern mit Lüge und Verleumdung, versteht sich von selbst. So wird uns vorgeworfen, daß wir unter der Herrschaft der Juden und Deutschen sind. Ich würde wünschen, daß unsere deutschen Genossen der tschechischen Bourgeoisie nicht immer neue Waffen liefern sollen. So wurde aus einer Rede des Genossen Daszynski neues Material gegen uns gemacht. Dieser soll nämlich gesagt haben, daß die Deutschen nicht zu Gunsten der Tschechen bedrückt werden dürfen. (Genosse Daszynski ruft dazwischen: Ich habe das gar nicht gesagt; der Bericht war ungenau!) Die Tschechen sind, darüber ist gar kein Zweifel, national bedrückt, und wenn das Jemand leugnet, dann sieht das tschechische Volk in ihm seinen Feind. Wir ersuchen die deutschen Genossen, ihre Worte vorher immer abzuwägen.

Gen. Job (Prag): Es kann sich hier nur darum handeln, daß in der Taktik der Partei und in dem Verhältnisse zwischen den Tschechoslaven und der Partei keine Zweideutigkeit liege. Wir finden seitens einiger Genossen manchmal recht wenig Verständniß für unsere speziellen Verhältnisse. Es wird uns vorgeworfen, daß wir immer mit der tschechischen Bourgeoisie rechnen. Wir müssen das thun, wir haben eben nicht die Möglichkeit in der Hand, das Volk anders zu belehren. In der Erklärung des Verbandes wurde gesagt, daß die Sprachenverordnungen diesmal auf Kosten der Deutschen herausgegeben worden sind. Von unserem Standpunkte aus muß ich erklären, daß das nicht wahr ist, sondern daß vielmehr diese Sprachenverordnungen auf Kosten der deutschen Bourgeoisie herausgegeben wurden. Was von uns gesagt wird, wird im Volke wiederholt anders ausgelegt, und wir haben oft schwere Arbeit, unseren Leuten auszureden, daß die deutschen Genossen nicht so denken, wie eben die tschechischen Genossen lesen. Daszynski kämpfte hier gegen die historischen Rechte, gegen das, was von der tschechischen Bourgeoisie verlangt wird, aber wir müssen sagen, dieselbe Bourgeoisie, der wir die historischen Rechte heute bestreiten, komme nur mit dem, was heute die polnischen Genossen schon im Programme haben. Redner beklagt sich, daß in einiger Hinsicht den Wünschen der tschechischen Partei nicht entsprochen wird. Es sind zwar Kleinlichkeiten, aber gerade die werden gegen uns ausgenützt. Wenn daher über die Parteiverhältnisse geschrieben und gesprochen wird, soll es klar und offen geschehen, damit keine Zweideutigkeit herausgelesen werden kann.

Gen. Fischer (Schwechat) wünscht, daß die Agitation auch auf die Bauernschaft ausgedehnt werde, und zwar hauptsächlich mittelst kleiner Broschüren, welche den Bauern unentgeltlich gegeben werden müßten. In diesen Broschüren sollte hauptsächlich eine Aufklärung über die wirthschaftlichen Verhältnisse des Bauernstandes gegeben werden. Das, was die Bauern am meisten fürchten, ist, daß sie ihre Güter theilen müssen. In der Kirche hören sie uns Diebe und Räuber nennen. Dem muß entgegengewirkt werden, und das könnte nur auf dem Wege solcher Broschüren geschehen, zu deren Verbreitung unter den Bauern auch die radfahrenden Genossen sehr viel beitragen könnten.

Gen. Behr (Saaz): Die deutschböhmischen Genossen stehen auf dem Standpunkt, daß das sogenannte böhmische Staatsrecht die Sozialdemokraten gar nichts angeht. Wir sind der Meinung, daß keine Nation gegenüber der anderen irgend ein Vorrecht haben soll.

In Bezug auf die Sprachenverordnung glauben wir, daß dadurch allerdings die bürgerlichen Elemente eine Einbuße erleiden; die deutschen Arbeiter aber werden dadurch nicht benachtheiligt, und wir haben uns auch immer auf den Standpunkt gestellt, daß die tschechischen Arbeiter Gelegenheit haben sollen, sich in ihrer Muttersprache ausdrücken zu können. Ich freue mich, daß die Partei nunmehr daran geht, den Kampf gegen die Vertreter der Religionsgesellschaften durchzuführen. Nur glaube ich, hätte man schon früher energischer in dieser Richtung auftreten sollen. Insbesondere hätte man auch schon gegen die ministeriellen Maßnahmen in Bezug auf die Beeinträchtigung der Konfessionslosen Stellung nehmen sollen.

Schließlich bin ich von den Parteigenossen meines Wahlkreises beauftragt, einen Antrag einzubringen, daß die bestehenden Arbeiterschutzgesetze auch auf die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter ausgedehnt werden sollen.

Gen. Steinböck (XVIII. Bezirk, Wien) verzichtet auf das Wort.

Zwei Anträge auf Schluß der Debatte werden, nachdem Genosse Dr. Verstl dafür und Gen. Popp dagegen gesprochen haben, abgelehnt.

Gen. Dr. Chomed (Radautz) bezeichnet es als einen Fehler, daß Genosse Dr. Adler in seinem Referate nicht auch der Einbeziehung der Frauen in die Agitation gedacht habe. Es sei in Wien eine größere Anzahl von Frauenversammlungen abgehalten worden, ohne daß in der „Arbeiter-Zeitung" darüber Berichte erschienen wären. Die Agitation der Frauen sei aber von außerordentlicher Wichtigkeit. Es ist auch bedauerlich, daß die Frauen auf dem Parteitage nicht vertreten sind. Gerade die Wiener sollten wissen, welch großartige Erfolge die Christlich-Sozialen dem Umstande zuzuschreiben haben, daß sie die Frauen zur Agitation herangezogen haben. Redner wünscht, die Parteivertretung möge veranlassen, daß der Frauenorganisation ein größeres Augenmerk zugewendet werde, als dies bisher geschehen sei.

Gen. Müller (Graz) meint, man habe die Christlich-Sozialen nicht mit der nöthigen Energie bekämpft, sondern habe sie dadurch, daß man sich ihnen gegenüber auf den „noblen" Standpunkt gestellt habe, förmlich großgezogen. Auch die „Arbeiter-Zeitung" habe stets den Liberalen die stärkeren Hiebe gegeben, und bei der Debatte bezüglich der Tramwaybediensteten habe man wiederum versucht, Leuten, die von uns nichts wissen wollen, sich aufzudrängen. Wir in Steiermark, sagt Redner, haben den Christlich-Sozialen gegenüber bisher eine andere Taktik verfolgt, weil wir der Ansicht sind, daß man solche Leute stets mit denselben Waffen bekämpfen muß, mit welchen sie uns angreifen.

Gen. Stark (Falkenau) bemerkt, daß es die Parteigenossen in seinem Bezirke gerne gesehen hätten, wenn ein Parlamentsbericht seitens der Fraktion ausgegeben worden wäre, da Viele mit dem Programm der Partei nicht vollkommen vertraut sind. Er sei auch mit dem Vorgehen der Fraktion gegenüber den Sprachenverordnungen vollkommen einverstanden, denn die Sozialdemokraten müssen sich überall gegen das Unrecht wenden. Er gibt aber seinem Befremden Ausdruck, daß Gen. Hannich in einer Versammlung in Rumburg sich als deutscher Sozialdemokrat deklarirte. Redner betont die Nothwendigkeit, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten mehr in Volksversammlungen sprechen und namentlich über das Thema: „Schule und Volk" reden. Er spricht sich für den Antrag, betreffend das Landtags- und Gemeindewahlrecht, aus und erklärt, daß man, wenn in seinem Bezirke bei der Landtagswahl agitirt worden wäre, sicher einen Erfolg erzielt hätte.

Gen. Pelikan (II. Bezirk, Wien) schließt sich den Ausführungen der Genossen Müller und Eldersch an.

Gen. Kristan (Laibach) wünscht eine intensivere Agitation im Küstenlande und Dalmatien. Man solle einzelne Referenten auf längere Zeit in diese Länder senden.

In seinen weiteren Ausführungen tritt Redner einer Aeußerung Job's entgegen, daß die Südslaven das Staatsrecht proklamirt hätten. Auf dem südslavischen Parteitage wurde erklärt, daß die Sozialdemokraten in Kroatien und in den südlichen Ländern eine kulturelle Vereinigung der Südslaven anstreben. Wir haben ausdrücklich erklärt, daß wir die staatsrechtlichen Gelüste der Bourgeoisie

nicht theilen, daß wir aber wohl gegen die Aufdrängung der fremden Sprachen Protest erheben. Wir sind Alle mit der bisherigen Thätigkeit unserer Reichsrathsfraktion einverstanden, und ich erlaube mir daher folgenden Antrag zu stellen:

„Der VI. österreichische Parteitag, an welchem zum ersten Male sozialdemokratische Abgeordnete Oesterreichs theilnehmen, erklärt die schwierige Stellung der Fraktion im Parlamente vollauf zu kennen. Das vorsintfluthliche Wahlrecht, die Künsteleien der Regierung, die egoistisch beschränkte Haltung der bürgerlichen Parteien und das noch immer bestehende Unverständniß der Massen, soweit dieselben von der sozialdemokratischen Idee noch nicht ganz durchdrungen sind, muß deren Thätigkeit naturgemäß erschweren. Trotzdem hat die Fraktion in allem Anfange den richtigen Weg in diesem Labyrinth gefunden und hat sich das Vertrauen der sozialdemokratischen Wählerschaft und der organisirten Arbeiterschaft im ganzen Reiche in vollem Maße erworben. Der Parteitag erklärt daher der parlamentarischen Fraktion seine Anerkennung und vollstes Vertrauen und fordert die Genossen Abgeordneten auf, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren und bei jeder Gelegenheit die wahren Interessen des arbeitenden Volkes streng im Sinne des sozialdemokratischen Programms ohne Rücksicht noch oben, nach rechts und nach links mit aller Entschiedenheit zu vertreten."

Die Ausführungen des Gen. Kristan sowohl als die Resolution werden mit Beifall aufgenommen.

Gen. Kohn (Hohenstadt) bespricht die Haltung der „Arbeiter-Zeitung", wo es immer heißt, daß in Wien keine christlich-sozialen Arbeiter zu finden seien, und verweist diesbezüglich auf die Tramwaybediensteten, die doch zum größten Theile christlich-sozial sind. Diesem Umstand muß das Parteiorgan gerecht werden.

Die Verhandlung wird hierauf um 1 Uhr Mittag unterbrochen.

Nachmittagssitzung.

Beginn 2 Uhr 35 Minuten.

Vorsitzender: Reichsrathsabgeordneter Gen. Hybes.

Gen. Köhler (Gablonz) erklärt sich mit der Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten vollkommen einverstanden. Die Aufgabe der Zukunft sei es, die indifferenten Elemente aufzuklären. In Nordböhmen habe man jetzt mit den Ungesetzlichkeiten der Bezirkshauptleute zu thun, die man erst politisch erziehen müsse. Redner verlangt, daß jede Ungesetzlichkeit und jede Beschränkung der politischen Rechte von den Abgeordneten unserer Partei in der entschiedensten Weise im Parlamente zur Sprache gebracht werden.

Gen. Hirsch (Atzgersdorf) wendet sich gegen die beiden Anträge, betreffend die Vertreter der Religionsgenossenschaften. Diese Anträge seien unannehmbar, weil man immer persönlich werden müßte. Wir müssen aber das System der Pfafferei und nicht einzelne Personen bekämpfen.

Auf die Haltung der tschechischen Genossen übergehend, bemerkt Redner, ihm komme es vor, als ob die tschechischen Genossen ab und zu eine Art staatsrechtlicher Anwandlung bekämen. (Gelächter seitens der tschechischen Delegirten.) Wir sind aber eine internationale Partei und kennen nur freie Nationen, die überall ihre Nationalität bethätigen, einen nationalen Staat kennen wir nicht. (Widerspruch und Gelächter seitens der tschechischen Delegirten.)

Gen. Brod (Lipnik): Ich war erstaunt, durch die ganz sachlichen Worte, welche ich gestern gesprochen habe, so viel Widerspruch hervorgerufen zu haben. Gen. Pernerstorfer scheint gemeint zu haben, daß ich von persönlichen Gründen geleitet werde, das muß ich entschieden zurückweisen. Ich habe mich auf Grund der Erfahrungen, welche ich gemacht habe, berechtigt gefühlt, darauf hinzuweisen, daß die bisherige Taktik der Partei, welche gegenüber den Antisemiten eingehalten wurde, nicht die richtige war. Wenn Genosse Pernerstorfer sagte, daß man die Antisemiten zur Zeit, als sie in der Opposition standen,

deshalb nicht bekämpfen konnte, weil sie ja gegen die Liberalen auftraten und der Klerikalismus dieser Partei noch nicht so zum Ausdruck kam, so erinnere ich Sie daran, daß Dr. Lueger schon damals wiederholt auf katholischen Kongressen aufgetreten ist und daß es von vornherein klar war, daß Lueger ein Reaktionär ist. Gen. Schuhmeier stellte die Sache so dar, als ob ich mich zu den Provinzgenossen geflüchtet hätte, um die Wiener anzugreifen. Es ist mir nicht im Geringsten eingefallen, mich den Provinzgenossen anzubiedern. Ich habe nur bemerkt, daß die Provinzgenossen nicht so viele Fehler gemacht haben wie die Wiener. Gen. Dobiasch hat bemerkt, daß sich in Nordböhmen die Juden an die Partei herandrängen. Ich sage Ihnen, wenn ein kapitalistischer Jude zur sozialdemokratischen Partei hinzu käme und hier mitarbeiten müßte, so würde er nach den ersten 24 Stunden dorthin gehen, woher er gekommen ist. Die Gefahr, daß wir von den Juden überschwemmt werden, ist also nicht vorhanden.

Gen. Skaret (Wien) verzichtet auf das Wort.

Gen. Dr. Berstl (Wr.-Neustadt): Die Rede des Gen. Dr. Adler hat auf mich den Eindruck gemacht, daß sie zum Fenster hinaus gesprochen ist. (Widerspruch.) Die Taktik der Parteivertretung, deren hervorragendstes Mitglied Gen. Dr. Adler ist, hat im verflossenen Jahre sich darauf konzentrirt, gute Wahlen zu machen. Man hat alles Andere zurückgestellt, und vielleicht gerade darum sind die Wahlen schlecht ausgefallen. Durch dieses Vorgehen der Partei sind manche Bezirke schwer geschädigt worden; es ist eben von oben herab schablonisirt und gedrillt worden, und auf der anderen Seite hat man durch die Haltung der „Arbeiter-Zeitung" abgestoßen, so daß wirklich radikal-proletarisch Gesinnte im Interesse des Kandidaten sich scheuen mußten, in die Agitation einzugreifen. Der Antrag des Gen. Dobiasch, betreffend die Bekämpfung der Vertreter der Religionsgenossenschaften, hat der Debatte jene Richtung gegeben, die ich bedauere. Es ist die Frage des Philosemitismus und Antisemitismus und die Frage des Nationalismus und Internationalismus besprochen worden. Ich beklage jene Auslegung, welche die Genossen Adler, Pernerstorfer und Feigl dem Begriffe Internationalismus gegeben haben. Wenn diese Auslegung unter den Massen Wurzel fassen sollte, dann werden wir jeden festen Kurs verlieren, dann haben wir es nur mit Deutschen, Tschechen, Slovenen u. s. w. zu thun. Es ist dies eine Auslegung, welche Diejenigen, die sie vorbringen, in ihren Jugendjahren als deutschnationale Couleurstudenten praktizirt haben. (Widerspruch.) Ich weiß, daß die Masse der Arbeiter von einer solchen Auslegung nichts wissen will. (Widerspruch.) Wenn ich nach Neunkirchen käme und den Leuten sagen würde, wir sind in erster Linie Deutsche, so würden sie mir antworten: „Du hast immer gesagt, wir sind in erster Linie Menschen." Lesen Sie doch das, was Kautsky über den Begriff des Internationalismus sagt, und Sie werden eine andere Meinung bekommen. Es ist eine solche Auslegung nichts Anderes als eine Konzession an unsere Gegner, gerade so wie der Beschluß bezüglich der Unterstützung der Tramwaybediensteten nichts Anderes ist als ein Liebäugeln mit den Gegnern. (Oho-Rufe.) Unsere Taktik bewegt sich in lauter Zickzacklinien, so daß sich die Genossen nicht mehr auskennen. Auf der einen Seite gibt es keine Parteidiplomatie, auf der anderen Seite werden Begriffe, die sich eingebürgert haben, am Parteitage umgestoßen. Ich beklage es, daß über Internationalismus und Interkonfessionalismus so viel gesprochen wurde. Die indifferenten Leute kennen keinen Unterschied zwischen der Religion und dem Vertreter der Religion. Ich bedauere es, daß in den letzten Jahren — wir Alle sind daran schuld — unser Augenmerk nicht wie früher darauf gerichtet wurde, die indifferenten Massen in Bezug auf die Naturwissenschaften u. dergl. aufzuklären. Es werden immer nur politische Versammlungen abgehalten. Wenn wir den Stier nicht bei den Hörnern anfassen werden wir ihn nicht bezwingen.

Gen. Dr. Cech (Brünn) wünscht eine lebhaftere Agitation unter den Frauen und verweist auf die Erfolge, welche die Brünner Christlich-Sozialen in Frauenversammlungen erzielt haben.

Gen. Pölz (Floridsdorf) unterstützt den Antrag der Organisation Floridsdorf und polemisirt gegen die Ausführungen des Gen. Dr. Berstl bezüglich der Judenfrage.

Gen. Schelch (Leoben) wünscht, daß die Fraktion eine Novelle, betreffend die Aufhebung der Bruderladen, einbringe. Auch sollen der Achtstundentag und die übrigen Arbeiterschutzgesetze in Zukunft mehr in den Vordergrund der Parteitaktik gestellt werden.

Hiemit ist die Rednerliste erschöpft.

Von Gen. Stumpe wurde noch ein Antrag überreicht, welcher dahin geht, daß der sozialdemokratische Verband bei dem Zusammentritte des Reichsrathes behufs Amnestirung der wegen politischer Delikte Verurtheilten die nothwendigen Schritte einleiten möge.

Referent Reichsrathsabgeordneter Daszynski (zum Schlußwort): Der sozialdemokratische Verband hat keine Ursache, sich über die Behandlung seitens der Redner zu beklagen. Es wurde von allen Seiten anerkannt, daß der Verband in dieser Zeit alles unumgänglich Nothwendige gethan, um die Interessen der sozialdemokratischen Partei zu wahren. Während die herrschenden Parteien aller Nationen sich im Reichsrathe, wo die Leidenschaften ihren Siedepunkt erreicht haben, in den Haaren liegen, waren wir im Stande, hier in einer großen politischen Versammlung vor den Vertretern von sechs Nationalitäten über die wichtigsten nationalen Fragen mit Verständniß, Ruhe und Würde zu verhandeln. Wir bedauern es auch nicht, wie einer meiner Vorredner, daß diese Frage überhaupt besprochen wurde. Wir konnten und wollten in einer politischen Situation, wo sich Alles um diese Frage und um diesen großartigen Betrug aller Völker Oesterreichs, um den Föderalismus dreht, nicht schweigen, weil wir in nationalen Angelegenheiten nichts zu verschweigen haben. Unser Kurs ist kein Zickzackkurs, wie hier behauptet wurde; er ist im Gegentheil ein immer tiefer und tiefer eindringendes Verständniß für die wichtigsten und schwierigsten Fragen, welche in der Politik und im gesellschaftlichen Leben überhaupt bestehen.

Wenn die tschechischen Genossen behaupten, daß die Jungtschechen die verlogensten Gegner sind, so verweise ich demgegenüber auf Galizien, wo wir eine ebenso verlogene und verleumderische gegnerische Presse gegen uns haben, wie sie in Böhmen. Es geht aber nicht an, in unsere Erklärungen hineingelogene Zweideutigkeiten zur Grundlage von Verwahrungen und Interpellationen zu machen. Dazu haben die Genossen ihre Organisation und die großen Zentren der Bewegung und außerdem ihre Presse. Sie werden die Gegner umso wirksamer bekämpfen können, als sie ja darangehen, ein Tagblatt zu schaffen.

Gen. Job behauptete, wir polnischen Sozialdemokraten hätten auch beschlossen, das polnische Staatsrecht einzuführen. Genossen! In allen unseren Programmen ist kein Wort vom polnischen Staatsrecht oder vom polnischen Staat überhaupt enthalten. Wo wir uns als Volk als eine sprachliche nationale Einheit fühlen, wollen wir uns auch in unseren Rechten nicht verkürzen lassen; dort wollen wir auch eine autonome, freie Nation sein. Das wurde von der gesammten proletarischen Welt richtig befunden, und in diesem Sinne, nämlich im Sinne der Resolution des internationalen Londoner Kongresses, an der auch wir mitgearbeitet haben, werden wir auch weiterhin vorgehen.

Gestatten Sie mir nun, daß ich zum zweiten Punkt, nämlich zur Bekämpfung der uns bedrohenden klerikalen Reaktion, übergehe. Ich muß offen sagen, ich bin nicht für den Antrag, der alle Religionsgenossenschaften bekämpft wissen will. Wir haben in dieser Kulturfrage bis nun den richtigen Standpunkt eingenommen. Wir in Galizien haben mit einer klerikalen Reaktion zu kämpfen, wovon Sie hier keinen Begriff haben. Ich und viele meiner Genossen stehen ja unter dem kirchlichen Bannfluch. Von der Kanzel herab wurde gepredigt, mein Leichnam werde einst nicht am geweihten Gottesacker, sondern auf einem Misthaufen liegen. (Allgemeines Gelächter.) Das geschieht in Krakau, dem Zentrum des politischen Lebens Westgaliziens. Dennoch haben wir uns aber gesträubt, und wir werden es uns noch überlegen, ob wir so ohneweiters in diesen Kampf ziehen sollen. Wir haben ja noch andere Waffen im Kampfe wider die Pfaffen, zum Beispiel die Stolagebühren. Bei Besprechung dieser können wir die Pfaffen mit Recht im Glanze der ordinärsten Ausbeutung zeigen.

Wenn beantragt wird, daß wir in Bezug auf die Reform der Volksschule einen Schritt nach vorwärts machen sollen, kann ich mich auf unsere Erklärung

im Adreßausschusse berufen. Wir haben da gezeigt, daß die Parade der beste Hieb ist. Wir werden stets auch am Platze sein, wenn es gilt, den Schulkindern ökonomisch zu helfen und sie vor Hunger und Noth zu schützen.

Gestatten Sie mir nun auf das Verhältniß zu Stojalowski mit einigen Worten einzugehen. Es wurde uns hier der Vorwurf gemacht, wir haben Stojalowski gegenüber zweideutig gehandelt, und daß eine klare feindliche Stellung gegen den Mann vielleicht vortheilhafter gewesen wäre. Vergleichen Sie aber den Stojalowski von heute mit dem Stojalowski, der vor einem Jahre unter den Bauern agitirte. Damals wurde er von den Klerikalen gehetzt, von Gefängniß zu Gefängniß geschleppt, er sagte offen, er sei Sozialdemokrat, und seine Reden zum Volk können in gewisser Richtung wirklich als sozialdemokratische Ennunziationen angesehen werden. Jetzt ist es anders geworden; jetzt ist er mit demselben Lueger vereint, gegen den er sich früher stellte. Nach Allem, was ich über die politische Lage in Galizien und Polnisch-Schlesien weiß, kann ich Sie versichern, daß heute die Lage des Stojalowski tausendmal ungünstiger ist, als sie damals war, als wir ihn unterstützten. Dies hat seinen Grund darin, daß wir schon in die ländliche Bevölkerung eingedrungen sind und Stojalowski sich winden muß, um seinen Schwindel vollführen zu können. Wir haben ihn überwunden, und daß es geschehen ist, daß in der ländlichen Bevölkerung der Gedanke aufgetaucht ist, daß der christliche Sozialismus Stojalowski's ein Schwindel ist, ist das Verdienst unserer Politik. Deshalb nehmen wir alle Verantwortlichkeit auf uns, daß wir es mit Stojalowski so und nicht anders gehalten haben.

Der Referent bespricht, nachdem er vorher noch erklärte, dafür zu sein, daß nunmehr auch um das Wahlrecht in Landtag und Gemeinde gestritten werden müsse, und nachdem er nochmals erklärte, nicht für die Politik mit dem Prügel zu sein, die zu diesem Punkte der Tagesordnung gestellten Anträge.

Die Anträge der Bezirksorganisation VIII, Wien, führt Redner aus, sind unnöthig, da zu jeder Sitzung des Verbandes, auf Grund eines Beschlusses, der in das Protokoll Aufnahme gefunden, stets drei Mitglieder der Parteivertretung beigezogen werden. Den Antrag Winarsky und den Antrag 8 bitte ich abzulehnen, denn sie würden unausführbar bleiben; die Sache der Wahlreform werden wir im Parlament gewiß nicht ruhen lassen. Zum Antrage 5 der Organisation Teplitz würde ich einen Zusatz beantragen, nämlich: „Mit Zustimmung der Landesorganisation." Den Antrag 11 bitte ich abzulehnen, hingegen bitte ich die Anträge 7 und 16, welche den Militarismus betreffen, anzunehmen. Seien Sie versichert, daß wir alle diese Anregungen befolgen und uns bemühen werden, unsere Thätigkeit im Parlament auch in anderer Richtung auszugestalten. Wir sind im Stande, auch die schwierigsten Aufgaben zu lösen, wenn sie nur wirklich die große Masse des Volkes betreffen, und dies deshalb, weil wir die einzige, wirkliche Volkspartei sind. (Lebhafter Beifall.)

Referent Gen. Dr. Adler (Schlußwort): Werthe Genossen! Ich habe die Empfindung, daß unsere Diskussion über diesen wichtigsten Punkt, den wir auf der Tagesordnung haben, auf eine Höhe gerathen ist, daß wir davon wohl befriedigt sein können. Wir haben in früheren Jahren Parteitage gehabt, wo unser Gebiet ein beschränktes war. Eine ganze Menge Fragen der Politik sind uns anfangs nichts angegangen. Heute gibt es keine einzige große politische und kulturelle Frage, die nicht auf diesem Parteitage besprochen wird, weil die Sozialdemokratie eine solche Ausdehnung und einen solchen Einfluß gewonnen hat, daß sie von jeder dieser Fragen in ihrem Lebensnerv berührt wird.

Ich muß hier noch auf die nationale Frage in einigen Punkten zurückkommen. Es wurde gesagt, es sei eine ganz neue Auslegung des Begriffes „international" von mir hier vorgebracht worden, und diese Auslegung des Begriffes wurde von Freund und Feind diskutirt. Wenn allerdings der Begriff der internationalen Organisation sich vertieft, sich also geändert hat, so kommt das nicht daher, wie angenommen wird, daß das eine Erfindung von Leuten ist, in denen plötzlich alte Ideen aus der Studentenzeit aufgewacht sind — das wäre doch eine sehr kurzsichtige Auffassung des Prozesses — sondern der Begriff des Internationalismus hat sich dadurch entwickelt, daß es früher thatsächlich mehr oder weniger nur eine deutsche Sozialdemokratie gegeben hat. Heute können wir mit

Stolz sagen, daß wir auch eine tschechische und polnische Sozialdemokratie haben, und hoffentlich bekommen wir auch eine italienische und slovenische in dem Ausmaße, wie die anderen sind. Wenn Jemand mit der materialistischen Geschichtsauffassung kommt, so muß er eben wissen, daß sich der Begriff „Internationalismus" insolange nicht lebendig entwickeln kann, als wesentlich nur Genossen einer Nationalität die Träger der Partei sind. (Sehr gut!) Die tschechische Sozialdemokratie hat sich neben der deutschen entwickelt, und nicht entwickelt, indem sie uns Boden weggenommen hat, sondern indem sie die indifferenten Massen auf tschechischer Seite an sich gezogen hat.

Die Neuerungen, die dadurch nothwendig wurden, vollziehen sich allerdings nicht ganz glatt. Wir sind ja nicht deshalb unseren Gegnern überlegen, weil wir keine nationalen Verschiedenheiten und keine Schwierigkeiten in Folge dieser Verschiedenheiten haben. Auch wir haben sie, nur werden wir mit ihnen fertig, während die Gegner mit ihnen nicht fertig werden können. Es ist auch etwas Natürliches, daß sich bei den schwächeren Organisationen eine gewisse Empfindlichkeit und Gereiztheit zeigt, und daß sie von der bürgerlichen Presse weit mehr abhängig sind als die ausgewachsenen Organisationen. Soweit sollten aber die tschechischen Genossen nicht gehen, daß man die offiziellen Erklärungen der Partei darnach beurtheilt, was die gegnerische Presse in dieselben hineinlegt oder aus ihnen herausnimmt.

Es sind eine Reihe von Anwürfen gegen das Wesen unserer Parteitaktik erhoben worden. Zunächst wurde der Vorwurf erhoben, wir hätten gegenüber der christlich-sozialen Partei eine Aenderung der Taktik, und zwar eine falsche Taktik eingeschlagen. Ein Genosse fragte, ob es denn wirklich christlich-soziale Arbeiter gibt, nachdem die „Arbeiter-Zeitung" sagt, daß es keine solchen gebe. Es ist kein Zweifel, daß es Proletarierschichten gibt, welche den christlich-sozialen Führern nachlaufen. Es sind dies zumeist jene Schichten, die gewissermaßen zu den Bedientenklassen gehören. Wenn sie nun fragen, ob das christlich-soziale Arbeiter sind, so sage ich Ihnen, insoferne sie Arbeiter sind, sind sie nicht christlich-sozial, und insoferne sie christlich-sozial sind, sind sie keine Arbeiter, d. h. so lange sie irgendeine Gnade von oben erwarten, sei es vom Herrgott im Himmel oder vom Herrgott im Rathhause, so lange laufen sie den Christlich-Sozialen nach, wie jetzt die Tramwaybediensteten, soweit sie nicht Sozialdemokraten sind. Erinnern Sie sich, wie wir in früheren Parteitagen über diese Dinge gesprochen haben. Wir haben immer gesagt: Lassen wir die Christlich-Sozialen arbeiten, sie arbeiten schließlich für uns. Auf diesem Standpunkte stehe ich auch heute noch, nur glaube ich nicht, und habe auch nie geglaubt, daß auf diese Pflügung so schnell unsere Ernte folgen kann, wie Sie erwarten. Sie können auch nicht erwarten, daß Sie gewisse Schichten für die Sozialdemokratie gewinnen, die in einer Großstadt wie Wien eine große Rolle spielen. Ich meine das Kleinbürgerthum. Ich sage also, christlich-soziale Arbeiter als bewußtorganisirte gibt es nicht, und sobald die Christlich-Sozialen sie als Partei organisiren wollten, würden sie ihnen unter den Händen entschwinden. Unmöglich ist es nicht, daß aus diesen christlich-sozialen Arbeitern sich eine wirklich proletarische Partei entwickelt, die nur katholisch ist. Wenn dies eintreten würde, dann, ich sage es offen heraus, wären wir verpflichtet, mit einer solchen wirklich proletarischen und ehrlichen, wenn auch katholischen Partei in dasselbe Verhältniß zu treten, wie unsere Genossen in der Schweiz es seit Langem gethan und auch die Genossen in Belgien es zu thun im Begriffe sind. (Sehr richtig!) Heute haben wir das nicht nöthig, weil es eine solche Partei nicht gibt und weil wir mit den Verführern und Lügnern, mit den Schwindlern, die sich an die Spitze der Partei stellen, und vor Allem mit diesen gänzlich unwissenden Leuten uns überhaupt nicht einlassen können. Nun wird gesagt, diese Leute prügeln uns, wir müssen uns daher wehren. Schon Gen. Schuhmeier hat gesagt, eine Watschen ist Gemüthssache. (Heiterkeit.) Darauf will ich nicht näher eingehen. Nicht Jeder ist ein solcher Gemüthsmensch wie der Schuhmeier. (Erneuerte Heiterkeit.) Ich glaube aber, daß man auch hier sagen muß, Watschen sind Privatsache. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich glaube aber nicht, daß es möglich oder auch wünschenswerth ist, daß wir in dieser Beziehung unsere Taktik ändern, und ich gebe dem Gen. Daszynski vollständig recht, wenn er sagt, daß dies zu einer der Partei

unwürdigen Verrohung führen würde. Ja, ich gehe noch weiter. Sind denn Prügel das Empfindlichste, was die Leute uns anthun? Die unangenehmste Waffe sind Lüge und gemeine Verleumdungen. Wenn ein Genosse gesagt hat, die Parteivertretung spüre das nicht so, so möchte ich fragen, ob er es für so angenehm halten würde, jeden Tag in einem antisemitischen Blatt in Wort und Bild in der schmählichsten Weise verleumdet und verunglimpft zu werden. Wenn aber Jene Recht hätten, welche sagen, wir müssen mit denselben Waffen kämpfen, so müßten ja auch wir lügen und verleumden. Nein, Genossen, das hat unsere Partei nicht nöthig, ebenso wenig wie wir diese lächerliche Reklame und den Personenkultus der Antisemiten brauchen, obwohl er ein gutes Mittel ist, die dumme, stumpfe Masse bei den Wahlen mitzuführen. Unsere anderen Gegner haben Staatsanwälte, Kerker und Ketten, das sind auch keine angenehmen Mittel, das sind auch brutale Mittel, die beinahe nicht übertroffen werden können.

Wir müssen noch aus einem anderen Grunde diesen Weg vermeiden. In dem Momente, wo wir uns auf den Weg der Rohheit und Verleumdung begeben, werden wir von den Antisemiten und den anderen Parteien weit übertroffen.

Es sind auch eine Reihe von kleineren Fragen aufgeworfen worden. Die Angriffe des Gen. Brod in Bezug auf die Taktik der „Arbeiter-Zeitung" und der Partei sind ganz unberechtigt, und zwar in seinem Munde umsoweniger berechtigt, da er die Verhältnisse in Wien ganz genau kennt. Ich klage mich vor dem ganzen Parteitag allerdings des Verbrechens an, daß wir im Momente, wo wir auf die Christlich-Sozialen eingehauen haben, jedesmal sehr genau überlegt haben, ob nicht auch die Liberalen eine gleich schwere Ohrfeige bekommen müssen. Und wir werden diesen Weg auch nicht verlassen. Der Kampf nach zwei Seiten hin, das ist die Tradition, in der wir aufgewachsen sind, und aus unserer Haut können wir nicht mehr heraus. Der liberalen Bourgeoisie gehört unser ältester und durch nichts auszurottender Haß, und bei jeder Gelegenheit soll sie ihn fühlen. (Beifall.)

Dem Gen. Berstl hat es beliebt, der Parteivertretung einen Vorwurf aus ihrem Vorgehen bei den Wahlen zu machen. Ich möchte den Gen. Berstl daran erinnern, daß wir kurz vor den Wahlen noch die Zeit gefunden haben, ein Kommunalprogramm zu entwickeln und zu verfechten, in welchem alle wirthschaftlichen Fragen aufgerollt worden sind, was durchaus keine Schablonenarbeit war.

Wenn Gen. Berstl behauptet, daß speziell in seinem Wahlkreise radikale Genossen sich nicht getraut haben, im Interesse der Wahlen zu sprechen, und daß es sich nicht um eine politische Agitation gehandelt hat, sondern um die Agitation, gewählt zu werden, so möchte ich den Genossen aufmerksam machen, daß, wenn man solche Vorwürfe vorbringt, man verpflichtet ist, sie mit Thatsachen zu belegen.

Ich konstatire, damit er sieht, wie Niemand vor Vorwürfen sicher ist, daß auch seine, in s e i n e n Augen gewiß echt proletarische Thätigkeit wiederholt dem Vorwurfe ausgesetzt war, daß sie einer bürgerlichen Partei zu Gute komme. Gen. Berstl weiß, daß ich selbst in der Lage war, ihn zu fragen, wie es sich damit verhält, und ich gestehe, daß ich darüber eine befriedigende Auskunft bekommen habe. Ich wiederhole also, derartige Angriffe bringt man entweder nicht vor, oder man bringt sie konkret vor.

Es wurde auch der Vorwurf erhoben, daß die Frauenagitation vernachlässigt wurde, und daß hier überhaupt die Frauen nicht vertreten sind.

Die Wiener Genossinnen sind zusammengetreten und haben sich überlegt, ob sie Jemand delegiren sollten. Aus irgend welchen Gründen, die uns nichts angehen, haben sie darauf verzichtet. Sie sind aber von der Parteivertretung nicht verhindert worden, eigene Delegirte zu entsenden. Uebrigens vertritt der Genosse aus Wigstadtl auch eine Frauenorganisation, welche wegen der Kosten keine eigene Delegirte hergesendet hat. Was die Frauenagitation betrifft, so halte ich die angeführten Argumente für ganz verfehlt. Die Frauenagitation bei den Antisemiten ist etwas ganz Anderes als jene bei den Sozialdemokraten. Bei den Antisemiten werden die Frauen zur persönlichen Anbeterei abgerichtet. Bei uns gehen die Organisationen der Frauen aus den wirthschaftlichen Verhältnissen hervor. Weil die Frau Proletarierin ist, darum ist sie in der Organisation. Ich lege weniger Werth auf eine spezifische Frauenorganisation als auf die Einbeziehung der Frau in die Fachorganisation. (Beifall.)

Der Gen. Brod hat vom internationalen Kongresse in Brüssel gesprochen. Es ist wahr, daß ich mit der Art, wie die Frage dort zur Sprache gebracht wurde, nicht einverstanden war. Aber auf die Gefahr hin, vom Gen. Brod für einen Antisemiten gehalten zu werden, muß ich mir das Recht zuerkennen, daß ich meine Ansicht darüber ausspreche, ob es opportun ist, eine Frage zur Erörterung zu bringen oder nicht. Das muß ich dem Gen. Brod noch sagen: Ich stehe allerdings auf dem Standpunkt, daß die Judenfrage aufgebauscht wurde. Und es ist das größte Verbrechen der Antisemiten, daß sie dieser Frage eine solche Wendung gegeben haben, daß die reichen Juden als die armen Lazarusse dastehen, aber ich möchte wissen, welcher jüdische Proletarier jemals von unserer Partei zurückgewiesen worden ist. Die Judenfrage hat ihre spezifische Gestalt davon, daß die kapitalistische Bourgeoisie hier in Wien eine jüdische Färbung hat. Daß die Juden das tragen müssen, ist traurig, aber daß wir bei dieser Gelegenheit immer wieder den Juden in der Suppenschüssel finden, ist mir und Anderen auch zu langweilig. Es entsteht dadurch direkt eine Verschiebung. Jede Diskussion wird dadurch verdreht.

Wenn man sagt, daß keine christlichen Bourgeois zu uns überlaufen, aber dafür viele Juden, so erkläre ich offen, daß es ein schlechtes Zeichen für die arische Bourgeoisie, ja eine Schande für sie ist. Aber glauben Sie ja nicht, daß dieser „Massenzuzug", der allerdings stattfinden würde, wenn wir sie nur herankommen ließen, auch wirklich von so idealen Motiven geleitet ist. Gerade so lächerlich und abgeschmackt wie die Judenfurcht ist die Antisemitenfurcht, und wir gedenken nicht unter der Maske und dem Schilde der Gleichberechtigung der Konfessionen oder, wie Gen. Brod sagt, der „Interkonfessionalität" die uns bekannten und verdächtigen Elemente, die in der Bourgeoisie heute existiren, herankommen zu lassen. Wir gestatten keine Ablenkung der sozialdemokratischen Bewegung auf antisemitische Bahnen, aber ebenso wenig eine Ablenkung auf philosemitische Bahnen. (Beifall.)

Was die Anträge anbelangt, erlaube ich mir an die Spitze meiner Erörterung über die Anträge selbst einen Antrag einzubringen. Diesen Antrag will ich damit motiviren, daß es gut wäre, wenn man über die große Masse der hier aufgeworfenen Fragen, insbesondere über das Vorgehen den Christlich-Sozialen gegenüber, klar wüßte, ob die Mehrheit des Parteitages uns und der Politik der Parteivertretung nach außen Recht gibt oder denjenigen Genossen, die glauben, daß wir anders vorgehen müssen. Der Antrag lautet:

„Der Parteitag erklärt sich mit der bisher von den Genossen der Parteivertretung eingeschlagenen Taktik einverstanden und sieht keinen Anlaß, sie zu ändern."

Ich bitte über diesen Antrag abzustimmen, damit die nächste Parteivertretung klar weiß, woran sie ist. Was die einzelnen Anträge betrifft, bin ich dafür, daß Sie alle jene Anträge, die der parlamentarischen Fraktion Aufträge geben, insgesammt der Fraktion zur Beachtung überweisen. Wir können Alle zusammengenommen nicht beurtheilen, was im Herbst zunächst nothwendig und überhaupt möglich sein wird. Wir würden unsere Fraktion nur in die Lage bringen, daß sie entweder einen Beschluß des Parteitages außer Acht läßt oder etwas thut, was nach ihrer Ueberzeugung nicht das Richtige ist. Diese Aufträge werden deswegen nicht weniger beachtet werden, als wenn sie hier feierlich beschlossen worden wären. Ich lege der Fraktion insbesondere ans Herz einen Antrag, von dem ich mich freue, daß er eingebracht worden ist und von welchem bisher nicht möglich war, im Parlament etwas zu machen, nämlich den Antrag 16 e. Was die Amnestirung selbst anbelangt, weiß ich nicht, ob der sozialdemokratische Verband die geeignete Einrichtung dazu ist, um eine Amnestirung in Anregung zu bringen. Jedenfalls weiß ich, daß es sich nicht nur um die heute noch im Kerker Befindlichen, sondern auch um die vielen Hunderte von Ausgewiesenen handelt, zu deren Gunsten etwas geschehen soll und muß. In welcher Weise dies geschieht, das muß ich bitten dem Verbande zu überlassen, aber die Anregung ist gewiß nur dankenswerth.

Ich bitte weiter, den Antrag Kristan-Schiller, welcher der Fraktion für ihre Thätigkeit die Zufriedenheit ausspricht, anzunehmen. Hingegen sind, wie ich

schon im ersten Referat gesagt habe, eine ganze Reihe von Anträgen überflüssig, weil die Fraktion die Sache ohnedies schon gemacht hat. Das sind insbesondere die Anträge 4 a, b und c. Ich bemerke weiter, daß ein Antrag 6 des Genossen Spačina, Wien XIX, welcher empfiehlt, einen Entwurf zum Schutze der Wahlfreiheit im Abgeordnetenhaus einzubringen, modifizirt wurde, indem der zweite Absatz zurückgezogen wurde. Es ist dieser Antrag überdies zu jenen zu rechnen, die ohnedies der Fraktion zugewiesen werden sollen.

Ich habe noch über den Antrag 14 zu sprechen, welcher sich mit der Bekämpfung der Christlich-Sozialen, respektive jener Priester beschäftigt, die in den Kampf gegen uns treten, und da haben wir einen Antrag, der ziemlich dasselbe will wie der von Gen. Tobiasch. Ich möchte Gen. Tobiasch ersuchen, daß er seinen Antrag zu Gunsten des hier vorliegenden zurückziehe, damit die Sache vereinfacht wird. Es sind unter den eingebrachten Anträgen auch eine Anzahl, die man nicht einmal der Fraktion zuweisen sollte, weil sie wirklich undurchführbar sind und von falschen Voraussetzungen ausgehen. Ein solcher Antrag ist der, es solle die Fraktion dafür sorgen, daß Lieferungen für das Aerar an die Produktivassoziationen der Arbeiter übergeben werden. Das sind Dinge, die zumindest verfrüht sind. Erst müssen diese Produktivassoziationen bestehen. Es liegt dann eine Gruppe von Anträgen vor, die sich mit dem Arbeiterschutz beschäftigen, und ich glaube, daß man diese Anträge, das ist natürlich Sache des Präsidiums, einfach zum Punkt „Arbeiterschutz" lasse, um sie dort der Diskussion zu unterziehen. Es wurde dann noch eine Gruppe von Anträgen eingebracht, welche ebenfalls nicht hieher gehören. Das sind die Aufträge für die Parteivertretung. Da ist zuerst der Antrag 16 j. Ich möchte die italienischen, kroatischen und slovenischen Genossen ersuchen, diese Broschüre zu schreiben. Wenn es ihnen dann an Mitteln fehlt, sie verbreiten zu lassen, können sie überzeugt sein, daß die künftige Parteivertretung, soweit sie die Mittel dazu hat, ihnen ebenso gern weiterhelfen wird, wie sie es bisher gethan hat. Schließlich wurde ein Antrag gestellt, es seien in die Reichsparteivertretung wenigstens drei Mitglieder der parlamentarischen Fraktion vom Parteitag zu wählen. Diesen Antrag bitte ich hier überhaupt nicht zu erledigen, weil er zur Wahl der Parteivertretung gehört, aber daß sie ihn in dieser Form nicht annehmen werden, bin ich überzeugt, weil wir in der Zahl der Genossen, die wir in die Parteivertretung aufnehmen wollen, nicht beschränkt sein dürfen. Es werden voraussichtlich mehrere hineinkommen. Und nun zum Schlusse, Genossen! Ich habe mich bemüht, kurz zu sein und habe natürlich sehr Vieles auslassen müssen. Ich bitte alle Genossen, die so freundlich waren, insbesondere mich mit ihren Vorwürfen zu beehren, um Entschuldigung, wenn ich nicht in der Lage bin, darauf zurückzukommen. Einem Genossen aber, der sich — wenn ich nicht irre — auch gegen mich speziell gewendet hat, muß ich eine Antwort geben. Das ist Gen. Wutschel. Derselbe hat nämlich — nicht zum ersten Male — hier gesagt, wir seien eine zu exklusive Partei, wir betreiben eine zu exklusive Politik, wir hätten gefehlt, als wir in der Versammlung im Musikvereinssaal, die über Volksbildung einberufen war, die sozialpolitischen Bourgeois vor den Kopf gestoßen haben. Er hat gesagt, wir sind zu schroff gegen die Leute. Ich bin ein von Natur sehr höflicher Mensch (Heiterkeit), dem es die größte Ueberwindung kostet, schroff zu sein, aber ich glaube, die Partei muß schroff sein, am meisten dort, wo eine Verwechslung, eine Verwirrung oder gar eine Anbiederung am gefährlichsten und am naheliegendsten ist. Es mag ja mitunter zu unangenehmen Folgen führen, es mag mitunter persönlich hart sein, es mag Manchem, der so schroff behandelt wurde, unangenehm sein, aber ein Mensch, aus dem überhaupt etwas wird und der für die Partei brauchbar ist, der wird sich durch diese Schroffheit nicht abhalten lassen. Jeder, der so schroff abgewiesen wird und sich dadurch abhalten läßt, an dem haben wir nichts verloren. Ich weiß nicht, ob es vielen Genossen so gegangen ist wie mir. Ich kann Ihnen sagen, ich bin nicht mit Glacéhandschuhen behandelt worden, als ich in die Partei kam. Hier handelt es sich aber nicht um Personen, sondern um ganze Strömungen, und diese Strömungen in der Bourgeoisie müssen wir mit dem größten Argwohn verfolgen. Wir können sie benützen, wir haben es aber gar nicht nothwendig, Strömungen an uns herankommen zu lassen, um ihre Sünden auf uns

nehmen zu müssen und unsere Rücken herzuhalten für andere politische Zwecke. Ich weiß, der Gang unserer Bewegung ist den Herren, die uns so sympathisch gegenüberstehen, einmal zu langsam, einmal zu schnell, einmal sind wir zu roh, einmal zu sanft, kurz und gut, es paßt ihnen immer etwas nicht. Derselbe Gen. Wutschel, dem wir da zu schroff sind, wäre aber sehr geneigt, unsere Schroffheit noch besonders zu erhöhen, wenn es sich um die Pfaffen handelt; da möchte er mit aller Gewalt losziehen. So viel ist sicher, Jedem können wir es nicht recht machen, auch nicht in der Partei; aber im großen Ganzen müssen wir sagen, daß auch diese Diskussion, so heftig und verzweigt sie war, gezeigt hat, daß wir in der Partei nicht nur einen großen gemeinschaftlichen Zug haben, sondern daß auch die Genossen so viel Selbstständigkeit in der Partei haben, daß Jeder, der dieser Debatte zugehört hat, durchaus nicht die Meinung haben wird, daß wir nur Marionetten sind, die von ein paar Drahtziehern gezogen werden.

Die Meinungsverschiedenheit, die in vielen Dingen aufgetreten ist, bringt der Partei keinen Schaden, sie bringt ihr Nutzen und ist die Ehre der Partei. Wenn wir einmal so wären wie die Bleisoldaten, wenn wir so wären wie die Marionetten, dann wären wir auch mit der Partei fertig. Ich schließe und meine, daß die Taktik, welche die Partei bisher eingeschlagen, ihr zum Wohle gereicht hat, daß sie sich immer nach den Verhältnissen wird einrichten müssen, und will meine Ueberzeugung aussprechen, daß auch für die neu gegebenen Verhältnisse die Partei die richtige Taktik zu finden wissen wird. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt eine Reihe thatsächlicher Berichtigungen.

Gen. Hannich (Rumburg) erklärt gegenüber dem Gen. Simon Stark, daß er in Rumburg zufällig gar nicht gesagt habe, er sei ein „deutscher" Sozialdemokrat und verliest die bezügliche Stelle aus einer Zeitung.

Gen. Eldersch (Brünn) berichtigt den Gen. Adler und Daszynski gegenüber, daß er keine Verrohung in den Klassenkampf tragen wolle, sondern nur gesagt habe, man werde gegen die Gewalt der Christlich-Sozialen mit den bisherigen Kampfmitteln nicht auskommen.

Gen. Schuhmeier (Wien) berichtigt gegenüber dem Gen. Brod, daß er gemeint habe, wenn sich Gen. Brod mit einer solchen Ansicht auf die Seite der Provinzgenossen stellt, ist das keine Ehre für sie. Wenn ich die Meinung hätte, sagt Redner, daß Brod etwas Unehrliches gethan hat, kann er überzeugt sein, daß ich keinen Anstand genommen hätte, das hier zu sagen. Gen. Brod hat mich angegriffen, weil ich die Aeußerung gethan hätte: Meinetwegen sollen alle Juden nach Palästina gehen. Wie ich mich kenne, und ich kenne mich besser als Genosse Brod (Heiterkeit), werde ich sicher darauf gesagt haben: Ich habe aber auch nichts dagegen, wenn alle Pfaffen den Juden irgendwohin nachfolgen.

Gen. Krapka (Brünn) reagirt auf die Vorwürfe, die dem Gen. Eldersch gemacht wurden, der die Prügeltheorie verbreiten wolle. Es ist thatsächlich im Brünner Bezirke der Fall vorgekommen, daß Gen. Hybes unter dem Schutze der Gendarmerie nach Hause gehen mußte, weil er von einer vom Pfarrer aufgehetzten Meute verfolgt wurde.

Gen. Dr. Verstl (Wr.-Neustadt) wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen das Vorgehen des Präsidiums, warum dasselbe ihn gegen das seitens des Gen. Resel gefallene Schimpfwort „Sie Frechling" nicht in Schutz genommen habe. Dr. Adler hat in seiner Rede eine Bemerkung gemacht, die den Eindruck machen kann, als ob ihm über mich Dinge übermittelt worden wären, die nicht honorig sind. Während der Wahlagitation habe ich zwei Reden gegen die Christlich-Sozialen gehalten, und da ist im „Deutschen Volksblatt" gestanden, daß ich für die Liberalen eingetreten hin. Daraufhin habe ich vom Dr. Adler die Aufforderung bekommen, mich zu rechtfertigen.

Vorsitzender Reichsrathsabgeordneter Gen. Zeller: Das Präsidium kann erklären, daß derartige Zwischenrufe, wie der eben erwähnte, in unseren Versammlungen unstatthaft sind, und daß ich, wenn ich diesen Zuruf gehört hätte, den Gen. Resel sofort aufmerksam gemacht hätte, daß ein solcher Ausdruck unzulässig ist und daher zurückgewiesen werden muß.

Gen. Brod (Wien) wendet sich gegen den Gen. Daszynski. Redner habe der Parteileitung nicht zugemuthet, daß sie jüdische Proletarier wegstoße; er habe

einfach gesagt, daß durch die Verwirrung, die in die Köpfe vieler unaufgeklärter Arbeiter gekommen ist, jeder Jude als ein Ausbeuter und Kapitalist betrachtet werde. Die Art der Beleidigung, die mir vom Gen. Schuhmeier zugefügt wurde, kann nicht parlamentarisch zurückgewiesen werden. Ich bestehe aber darauf, daß nach dem Parteitage die betreffenden Genossen zusammenkommen, um durch ein Schiedsgericht zwischen mir und ihm zu entscheiden.

Gen. Pernerstorfer (Wien) berichtigt gegenüber dem Gen. Brod, daß er in seiner Rede dem Gen. Brod durchaus nicht persönliche Motive unterschieben wollte, sondern nur eine Charakterisirung der antisemitischen und philosemitischen Bewegung geben wollte. Gegenüber Dr. Berstl, der gesagt hat, daß die Wahlbewegung in seinem Wahlbezirke sehr wenig prinzipiell gewesen ist, bemerkt er, daß viele Tausende von Parteigenossen, die ihn gehört haben, darüber entscheiden sollen, ob er für die sozialdemokratische Bewegung auch in prinzipieller Beziehung werthvolle Agitationsdienste geleistet habe.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Gen. Resel gegen Dr. Berstl und einer thatsächlichen Berichtigung des Gen. Stark gegenüber Dr. Adler wird

zur Abstimmung

geschritten.

Gen. Dr. Adler beantragt, zuerst die Anträge, betreffend die Erklärung des Parteitages gegenüber der Haltung des parlamentarischen Verbandes, sodann die Anträge, betreffend die Taktik der Partei, zur Abstimmung zu bringen, und alle jene Anträge, welche sich auf die parlamentarische Thätigkeit beziehen, dem Verband zuzuweisen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Der Antrag Adler, welcher lautet:

„Der Parteitag erklärt sich mit der bisher von den Genossen wie der Parteivertretung eingeschlagenen Taktik einverstanden und sieht keinen Anlaß, sie zu ändern,"

sowie der Antrag Kristan-Schiller werden angenommen, und zwar ersterer mit allen gegen zehn Stimmen, letzterer einstimmig.

Die zum Antrag Adler gestellte Resolution Brod, welche lautet:

„Indem der Parteitag der bisherigen Parteileitung sein Vertrauen ausspricht, fordert er die neuzuwählende Parteileitung auf, ohne alle Opportunitätsrücksichten die christlich-sozialen Schwindler zu bekämpfen und die Internationalität des Proletariats aller Länder und Zonen bei jeder Gelegenheit zu betonen,"

wird mit großer Majorität abgelehnt.

Der Antrag 4 a der Bezirksorganisation VIII, Wien wird abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag 5 der Organisation Teplitz wird über Antrag des Gen. Popp bis zur Abstimmung über den Punkt „Organisation" aufgeschoben.

Die Anträge 9 der Organisation Brünn und 10 der Organisation Roßbach werden angenommen.

Die Abstimmung über die Anträge 12 und 13 der Bezirksorganisation XI, Wien werden über Antrag Feigl bis zur Abstimmung über den Punkt „Presse" aufgeschoben; der Antrag 14 derselben Organisation wird angenommen, der Antrag Dobiasch hingegen wird abgelehnt.

Der Parteivertretung zugewiesen wird der Antrag Müller, welcher lautet:

„Beantrage, es sei in populärer Schreibweise eine auch den Bauern verständliche Broschüre in mehreren Sprachen zu verfassen, in welcher die Stellung der Sozialdemokratie, sowie der Christlich-Sozialen dargestellt wird und die unentgeltlich massenhaft zur Vertheilung kommen soll. Die Kosten werden percentual auf die Kronländer vertheilt."

Folgende Anträge werden nach dem Antrage Adler dem parlamentarischen Verbande zugewiesen:

Antrag Behr, welcher lautet:

„In Anbetracht dessen, daß die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter bis heute schutzlos der Ausbeutung ihrer Anwender überliefert sind, beantrage ich, daß der

sozialdemokratische Verband ehebaldigst einen Antrag im Abgeordnetenhause einbringt, wonach die arbeiterschutzgesetzlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung, sowie die Unfall- und Krankenversicherung auch auf die landwirthschaftlichen Arbeiter ausgedehnt werden."

Antrag Kohn, welcher lautet:

„Das Existenzminimum bei den Beamten ist mit fl. 600 festgesetzt und bis zu dieser Höhe weder besteuert, noch exequirbar. Der sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, einen Gesetzesantrag einzubringen, daß dieses vernünftige Gesetz auch auf alle Gewerbe- und Handeltreibenden, sowie auch auf Landwirthe, die kein größeres Einkommen als fl. 600 haben, ausgedehnt werde, und zwar, daß alle solchen Kleingewerbe- und Kleinhandeltreibenden, wie auch die Landwirthe von sämmtlichen Steuern, unbeschadet aller politischen Rechte, enthoben werden."

Antrag Dr. Morgenstern, welcher lautet:

„Die Reichsrathsfraktion wird aufgefordert, in energischer Weise darauf zu dringen, daß die Mißachtung des parlamentarischen Interpellationsrechtes seitens der Regierung beseitigt werde, daß die Regierung genöthigt wird, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt die eingebrachten Interpellationen zu beantworten."

Antrag Palka, welcher lautet:

„In Anbetracht des Umstandes, daß die in den Städten und Industrieorten Oesterreichs bestehenden skandalösen, jeder Kultur hohnsprechenden Wohnungsverhältnisse des arbeitenden Volkes der Demoralisation desselben Vorschub leisten, das Volk physisch und geistig schwächen, die Gemeinden und das Land aber nicht geneigt erscheinen, wirksame Reformen auf diesem Gebiete zu schaffen, beschließt der sechste sozialdemokratische Parteitag: Der Parlamentarische Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten wird beauftragt, sofort nach Eröffnung der nächsten Session einen diesbezüglichen Gesetzentwurf im Abgeordnetenhause einzubringen, um dadurch eine Gesundung der menschenunwürdigen Wohnungsverhältnisse im Wege der Reichsgesetzgebung herbeizuführen. Das zur Begründung eines solchen Antrages nothwendige Material haben die Genossen aller Orte dem Verbande an die Hand zu geben."

Antrag Luigi Scotti, der besagt:

„Der Parteitag wolle beschließen, es sei der sozialdemokratische Verband im österreichischen Abgeordnetenhause aufzufordern, einen Gesetzentwurf, wonach die „Arbeiter-Produktivgenossenschaften" bei den Lieferungen für das Staatsärar den Vorzug zu genießen haben, einzubringen."

Antrag Stumpe, welcher lautet:

„Der sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, beim Zusammentritt des Reichsrathes eine Aktion behufs Amnestirung der in den Achtziger-Jahren wegen politischer Delikte Verurtheilten (Pačes 2c.) einzuleiten."

Außerdem werden der Fraktion zugewiesen die Anträge 7 und 8 der Bezirksorganisation Wien IV.

Angenommen wird noch der Antrag des Dr. Čech:

„Der Parteitag erklärt, daß er den Antrag Brod deswegen verworfen hat, weil der Antrag den internationalen und interkonfessionellen Standpunkt der Sozialdemokratie nicht präzise und klar genug zum Ausdrucke gebracht hat."

Hiemit ist der Punkt Parteitaktik und parlamentarische Thätigkeit erledigt.

Gen. Stefan beantragt, bei den weiteren Verhandlungen die Anträge auch tschechisch vervielfältigen zu lassen. Dieser Antrag wird angenommen.

Gen. Rawica (Agram) begrüßt den Parteitag in kroatischer Sprache.

Gen. Kristan (Laibach) übersetzt diese Ausführungen und sagt: Der Genosse überbringt zunächst dem Parteitage die Grüße der Sozialdemokratie in Kroatien und Slavonien und schildert die Ereignisse, die sich dort abgespielt haben, und die thatsächlich hinter den galizischen in keiner Weise zurückstehen, ja sie sogar übertreffen. Die Partei in Kroatien ist noch sehr jung, hat aber unter der Bevölkerung bereits so starke Wurzeln gefaßt, daß sie nicht mehr ausgerottet werden können. Auf dem Parteitage der kroatischen Sozialdemokratie, welcher zu Weihnachten in Agram abgehalten wurde, wurde auch beschlossen, in den diesjährigen Wahlkampf zum ersten Male einzutreten, und hat die Partei zu diesem

Zwecke in erster Reihe ihre Organisationen zu stärken versucht. Nun ist dies aber unter den in Kroatien herrschenden Verhältnissen nicht so leicht möglich. Das Vereinsgesetz ist dort noch viel reaktionärer als das unserige. Es genügt dort nicht, Statuten vorzulegen und zu warten, bis sie bestätigt werden oder nicht. Man muß dort Jahrzehnte warten, die Behörden geben einfach keine Antwort, ebensowenig wie sie auf die Interpellationen antworten. Nun war es Sitte, daß man politische Klubs gründete, welche dem Vereinsgesetze nicht unterstanden. Solche Klubs wurden in größerer Anzahl speziell in Syrmien gebildet. Als aber die Regierung sah, daß die Partei in dem bevorstehenden Kampfe mächtiger werden könnte, als es der Regierung lieb ist, hat sie die Klubs aufgelöst. Es kam eine Aera der Verfolgungen, die geradezu beispiellos ist. Sobald ein Bauer auf den Bahnhof kam und eine Karte nach Agram verlangte, wurde er vom Fleck weg arretirt. (Bewegung.) Als nun die Wahlen kamen, da waren in Agram und in Syrmien fast alle agitatorischen Kräfte verschwunden. In Slavonien wurden ihrer 66 verhaftet, abgesehen davon, daß 40 Bauern auf kürzere Zeit eingesperrt wurden. Die Arreste waren nicht mehr genügend. So wurde der kleine Belagerungszustand proklamirt. Es durfte nach 9 Uhr Niemand mehr auf die Straße und kein Gasthaus geöffnet sein. Die Genossen haben sich aber dadurch nicht einschüchtern lassen. Sie haben nichtsdestoweniger den Ancell als Kandidaten aufgestellt, der heute noch mit 66 Genossen im Mitrowitzer Gefängnisse sitzt. Als die Leute zur Wahlurne kamen und den Namen Ancell nannten, wurden sie verhaftet. Als man sah, daß das nicht genüge, wurde seitens des Brachiums, welches im März in diesen Bezirk delegirt wurde, vor dem Wahllokal ein Kordon gezogen, und man sagte den Leuten, daß der Kandidat Ancell todt sei. Die Genossen wandten sich nach Agram mit der Anfrage, ob dies wahr sei. Sie erfuhren, daß es nicht so sei, und es wurden Diejenigen, welche den Ancell wählen wollten, von der Wahl überhaupt abgehalten. Am 18. d. M. findet nun der Monstreprozeß gegen die Angeklagten statt, wie ich im kroatischen Amtsblatte gelesen habe. Die Genossen in Kroatien befinden sich in einer sehr prekären Lage. Seit Neujahr ist noch keine Nummer des dortigen sozialdemokratischen Blattes erschienen, welche nicht derart konfiszirt worden wäre, daß höchstens 100 oder 150 Zeilen stehengeblieben sind. Den betreffenden Buchdrucker hat man durch allerlei Chikanen dazu veranlaßt, dem Blatte den Druck zu kündigen, und es wird jetzt das Blatt in einer kleinen Druckerei hergestellt. Bei der Konfiskation wird so vorgegangen: Wenn die erste Auflage konfiszirt wurde und es erscheint eine zweite, so sagt man, es ist eine neue Nummer, und hiefür muß eine neuerliche Kaution von fl. 25.000 geleistet werden. Dabei hat man aber alles Geld, das sich in den Klubs vorgefunden hat, konfiszirt. Die Partei wendete sich nun an die Bruderparteien im Auslande um Beistand in diesem schweren Kampfe. Ich glaube, es wird sich am Parteitage ein Genosse finden, welcher einen Antrag in dieser Richtung stellen wird. (Beifall.)

Gen. Eldersch (Brünn) wünscht, daß den kroatischen Parteigenossen die Sympathien des Parteitages zum Ausdrucke gebracht werden und die Vertreter der südslavischen Genossen sich zu dem Zwecke mit der Parteivertretung ins Einvernehmen setzen mögen, um bezüglich der Unterstützung entsprechende Anträge zu stellen. Die Beschlußfassung hierüber möge jedoch bis morgen verschoben werden.

Hierauf wird die Sitzung um 7 Uhr 20 Minuten geschlossen.

Vierter Verhandlungstag am 9. Juni 1897.

Vormittagssitzung.

Beginn der Sitzung um 9 Uhr 30 Minuten.

Vorsitzende: Gen. Popp (Wien) und Gen. Hudec (Lemberg).

Gen. Dr. Ellenbogen (Wien) beantragt, es sei den Genossen in Kroatien und Slavonien die Sympathie des Parteitages auszusprechen und zugleich der Entrüstung über das Vorgehen, welches den Behörden dieses Landes gegenüber den Genossen beliebt, Ausdruck zu geben.

Gen. Palka (Wr.-Neustadt) gibt gegenüber den Ausführungen des Gen. Dr. Verstl von gestern folgende Erklärung ab und ersucht um Aufnahme derselben in das Protokoll:

Erklärung.

Nachdem Gen. Dr. Verstl in seiner Rede zum Punkt „Parteitaktik" die Bemerkung machte, daß die Wahlagitation vielfach so geführt worden sei, daß das Mandat die Hauptsache und die Verbreitung unserer Ideen Nebensache war, was so manchem radikalen, von echt proletarischem Geiste erfüllten Genossen es unmöglich machte, mitzuthun, fühlen wir uns im Namen des Kreiswahlkomites des II. niederösterreichischen Wahlkreises veranlaßt, um bei den Parteigenossen den Verdacht zu zerstreuen, als ob speziell im Wiener-Neustädter Wahlkreis die Wahlbewegung einen zu wenig prinzipiellen Charakter gehabt habe, zu erklären, daß bei uns in allen Versammlungen in den Bauerndörfern gerade so wie in den Industrialorten der proletarische, auf die Beseitigung der privatkapitalistischen Wirthschaftsordnung abzielende Charakter unserer Partei in mehr oder minder scharfer Weise hervorgehoben worden ist. Wir haben weder nach links noch nach rechts Konzessionen gemacht, weshalb der Vorwurf des Gen. Dr. Verstl, der auf uns gemünzt war, als völlig ungerechtfertigt erscheint. Für private Aeußerungen einzelner Genossen kann das Wahlkomité, sowie die Partei nicht verantwortlich gemacht werden.

A. Korinek, Mödling; K. Palka, Wr.-Neustadt; Franz Jaitschko, Baden; A. Pauser, Pottendorf; Heinrich Fischer, Schwechat; Anton Schrammel, Neunkirchen.

Gen. Behr (Saaz) beklagt sich darüber, daß in dem Berichte der „Arbeiter-Zeitung" nicht alle jene Anträge verzeichnet erscheinen, welche der Parteitag ohne weitere Abstimmung der parlamentarischen Fraktion überwiesen habe. Er müßte dagegen protestiren, wenn diese Anträge unter den Tischen fallen sollten.

Gen. Dr. Adler erwidert darauf, daß der Bericht naturgemäß ein unvollständiger sein müsse, weil es technisch unmöglich sei, in der kurzen Zeit und mit Rücksicht auf den Raum alle gestern angenommenen Anträge wörtlich mitzutheilen. Zu diesem Zwecke besteht ja ein Protokoll, in welchem die Anträge sammt und sonders abgedruckt werden.

Gen. Feigl (Wien) beschwert sich über die Art der Berichterstattung in der „Arbeiter-Zeitung". Die Ausführungen einzelner Genossen, welche keine Referenten sind, werden auffallend ausführlich wiedergegeben; während andere

Genossen, selbst wenn sie Wichtiges und Interessantes gesagt haben, nur wenige Zeilen zugemessen erhalten. Auch im Protokoll wurde derselbe Vorgang eingehalten. Ja, es komme vor, daß in dasselbe auch etwas aufgenommen wird, was am Parteitag gar nicht gesagt worden sei.

Gen. Dr. **Adler** (Wien): Was Gen. Feigl in so aufgeregter Weise vorgebracht hat, wird von jedem Redner, der in einer Versammlung oder auf einem Parteitag spricht, in der Weise vorgebracht. Auch mir ist nie ein Bericht gut genug, aber auch niemals kurz genug über das, was ich spreche. Ich gebe ohne Weiteres zu, daß mitunter Nöthiges ausgelassen und Unrichtiges hervorgehoben wurde. Ich fordere aber die anwesenden Redakteure von Parteiblättern auf, zu sagen, ob sie jemals Leute gefunden haben, die mit ihren Berichten zufrieden waren. Einen Bericht zu machen, der allen Wünschen entspricht, ist einfach vollständig ausgeschlossen. (Zustimmung.) Ich gebe zu, daß die Beschwerde des Gen. Feigl berechtigt ist, daß, wo von der Auslegung des Internationalismus die Rede ist, die Genossen Adler und Pernerstorfer, aber nicht Gen. Feigl Erwähnung finden. Ich werde mir aber deswegen doch nicht erlauben, Gen. Feigl Eitelkeit zuzumuthen. Es ist aber ein Verhängniß, daß Alle, die protokollarisch verzeichnet werden, solche „sachliche" Einwendungen haben. Ich verzichte auf Grund einer mindestens zehnjährigen Erfahrung darauf, Berichte ins Blatt zu bringen, mit denen **alle** Genossen einverstanden sind. Gen. Feigl sprach auch vom Protokolle. Ich muß ihm darauf antworten, weil ich hier persönlich angegriffen bin. Ich habe, seit wir Parteitage haben, die unangenehmste, schwierigste, langweiligste und undankbarste Arbeit, weil man es Niemandem recht machen kann, übernehmen und die Protokolle einrichten müssen. Ich werde sehr froh sein, wenn mir diese Arbeit abgenommen wird. Ich bin nicht lüstern darnach, mir viel Arbeit aufzuladen; ich habe ohne das Protokoll genug zu thun. Ueber die Fassung des Protokolls wurden mir selten und von ganz bestimmten Genossen, zu denen allerdings regelmäßig Gen. Feigl gehört, Ausstellungen gemacht. Ich weise es mit aller Entschiedenheit zurück, daß in die Protokolle, welche durch meine Hand gehen, in einer willkürlichen, absichtlichen Weise etwas hineinkommt, was am Parteitage nicht gesprochen wurde. Man kann darüber, ob man etwas, was gesprochen wurde, ins Protokoll aufnehmen soll oder nicht, verschiedener Ansicht sein. Wenn ich dieses Protokoll noch weiter zu machen hätte, würde ich zum Beispiel die persönliche Polemik von gestern Abend aus dem Protokolle wegwischen. (Gen. Feigl: Ich auch!) Jetzt erfreue ich mich der Gunst des Momentes, mit dem Gen. Feigl einer Ansicht zu sein. Es ist möglich, daß jetzt vielleicht Gen. Dr. Verkl oder sonst Jemand einer anderen Meinung ist. Ich würde mich dieser Eventualität mit Ruhe aussetzen. Ich erkläre, mich aber entschieden dagegen zu verwahren, als ob in ein Protokoll etwas aufgenommen wurde, was nicht gesagt wurde; das ist faktisch unmöglich. Ich bin aber einverstanden, daß mir diese Arbeit abgenommen wird.

Es wird hierauf zum Punkt III der Tagesordnung

Parteiorganisation

übergegangen. Zu diesem Punkte wurde von Gen. Feigl folgender Antrag überreicht:

„Zur Vorberathung der Anträge zum Punkte „Organisation" ist nach Schluß der Debatte eine sechzehngliedrige Kommission zu wählen, in welcher alle Nationalitäten vertreten sein sollen und der der Referent zugezogen werden soll."

Dieser Antrag wird nach einer kurzen Debatte mit der von Gen. **Elderſch** beantragten Aenderung, **daß die Zahl der Kommissionsmitglieder 10 zu betragen habe**, angenommen.

In die Kommission werden gewählt die Genossen Behr, Elderſch, Lehner, Pongratz, Widholz, Krapka, Soukup, Daszynski, Scotti und Kopač.

Gen. **Feigl** macht darauf aufmerksam, daß bisher immer diejenigen Genossen, welche Anträge gestellt hatten, dieser Kommission zugezogen wurden.

Vorsitzender **Popp** erwidert, daß dieser Vorgang nach der Fassung des Antrages ausgeschlossen sei und macht darauf aufmerksam, daß außer den An=

trägen, welche zu diesem Punkte gestellt wurden, auch jene in Verhandlung stehen, welche von früheren Punkten der Tagesordnung zu diesem zurückgestellt wurden.

Das Wort ergreift

Referent Gen. Dr. Adler: Ich hoffe, Ihren Beifall zu finden, wenn ich mein Referat so sachlich, trocken und geschäftsmäßig als möglich führe, das heißt, daß ich mich auf allgemeine Ausführungen überhaupt nicht einlasse, nachdem bei dem Punkte „Taktik" darüber zur Genüge gesprochen wurde.

So wie wir uns in der Taktik immer den Verhältnissen und dem Verhalten unserer Gegner anpassen müssen, sind wir gezwungen, unsere Organisation von Schritt zu Schritt der Entwicklung der Partei anzupassen. Nachdem nun unsere Partei eine schnell wachsende Partei ist, die sich in zehn Jahren, ich möchte sagen, aus dem Nichts zu einer sehr mächtigen und vielgestaltigen Masse ausgebildet hat, ist es natürlich, daß wir, zum Unterschied von anderen Bruderparteien im Auslande, beinahe auf jedem Parteitage mit der Umgestaltung der Organisation beschäftigt sind. Das wird den deutschen Genossen fremd sein, da sie eine feststehende Grundlage für die Organisation besitzen.

Nach zwei Gesichtspunkten muß die Organisation von Zeit zu Zeit geändert werden. Erstens in Bezug auf die Grundlage der Organisation, und zwar ohne Unterschied der Nationalität, muß der Zusammenhang der Organisation an Ort und Stelle geändert werden nach der Entwicklung der Partei, und zweitens muß das Verhältniß, in welchem die verschiedenen so gestalteten Organisationen zu einander stehen, insbesondere auch mit Bezug auf die nationalen Verhältnisse, einer Aenderung unterzogen werden. Das sind die beiden Punkte, über die hier hauptsächlich zu berichten sein wird.

Es wurde schon in der Eröffnungsrede des Gen. Popp darauf hingewiesen, daß die Einführung der fünften Kurie und der uns zugänglichen Wahlkreise, die Einführung der allgemeinen Wahlen an und für sich eine Aenderung unserer Organisation bedingt hat, bevor sie noch statutarisch festgesetzt war. Das Bedürfniß dazu war ein so lebendiges, daß die tschechischen Genossen einen neuen Parteitag gar nicht abgewartet haben, sondern noch vor den Wahlen ihre Organisation direkt den Wahlkreisen angepaßt haben. Wir haben, seitdem wir überhaupt eine Organisation besitzen, stets mit Neid nach Deutschland hinübergesehen, wo die Organisation auf Grundlage der Wahlkreise eine ganz selbstverständliche und naturgemäße ist, während wir, nicht nur durch die nationalen Verschiedenheiten, sondern auch durch die Bezirks- und Provinzgrenzen behindert, uns gewisse Agitationsbezirke einrichten mußten. Nun kam die Badeni'sche Wahlreform und bot uns für das ganze Land 72 Wahlkreise, die nicht nur politisch, sondern auch organisatorisch viel zu groß und in ihrer Zusammensetzung und Abgrenzung vielfach ganz absurd sind, obwohl wir zugeben mußten, daß an den meisten Orten versucht wurde — und das ist auch vielfach gelungen — eine Abgrenzung nach Nationalitäten zu finden. Es sind nur einzelne Wahlkreise, wo eine erhebliche nationale Minorität in einen Wahlkreis der anderen Nationalität eingeschoben ist. Allerdings ist das zum Beispiel in Böhmen, das da in erster Linie in Betracht kommt, auf Kosten einer vernünftigen Einrichtung geschehen. Es ist ja eine große Absurdität, wenn man sieht, wie alle Wahlkreise von Prag aus strahlenförmig ausgehen und immer ein Stück von den eigentlichen Vororten Prags mitgerissen wird. Dabei ist aber das Bestreben nicht zu verkennen, Bezirke mit vorwiegend industrieller Arbeiterschaft durch ländliche Bezirke in demselben Wahlkreis zu majorisiren, indem man die eigentlichen Industriebezirke auseinandergerissen hat. Der Wahlkreis Trautenau zum Beispiel, der zu unserer allergrößten Ueberraschung in unseren Besitz gelangte, wurde durch Hineinschieben eines tschechischen Wahlkreises in zwei Theile getrennt, von denen der eine an der Nordgrenze, der andere an der Südostgrenze von Böhmen liegt. Das sind also große Unzukömmlichkeiten, die ich erwähne, weil wir uns dieser Schwierigkeiten und Fehler bewußt sein müssen, wenn wir daran gehen, auf Grund dieser Abgrenzung unsere Organisation zunächst einzurichten.

Ich weiß ganz gut, daß Manche sagen werden: „Ja, wie kommen wir dazu, uns auf Grundlage eines Wahlgesetzes, an welchem wir keinen Antheil haben und das wir auf das Entschiedenste bekämpfen, einzurichten?" Das ist ganz richtig.

Aber als klare Politiker müssen wir mit den vorhandenen Thatsachen rechnen, und das sind die jetzt bestehenden Wahlbezirke. Wird es uns gelingen, diese Eintheilung zu ändern und eine vernünftige Wahlordnung zu schaffen, dann werden wir unsere Organisationen derselben leichter anpassen können; es wird aber leichter sein, unsere Organisationen einer neuen Wahlordnung anzupassen, als die Wahlordnung umzuändern.

Der Referent bespricht hierauf die bestehenden Bezirks- und Kreisorganisationen, die auf der momentanen Entwicklung der Organisation gegründet waren, und führt dann weiter aus:

Nun hat sich das mit einem Schlage bei den Wahlen geändert. Es waren jetzt bestimmte Bezirksorganisationen durch die äußeren Verhältnisse naturgemäß aufeinander angewiesen. Ob sie nun zusammen arbeiten wollten oder nicht, ob sie logisch zusammengehörten oder nicht, sie mußten zusammen arbeiten, weil sie zu Wahlzwecken einheitlich vorgehen mußten. Das Alles hat sich von selbst durchgesetzt, und wir haben in dieser Beziehung nur das in unser Organisationsstatut aufzunehmen, was bereits in der letzten Wahlbewegung Thatsache geworden ist. Ich schlage Ihnen also vor, wo es früher Kreisorganisation und noch früher Landesorganisation geheißen hat, jetzt die ganze Organisation in Wahlkreisorganisationen einzutheilen. Vielfach k a n n das Bedürfniß vorliegen, mehrere Wahlkreise zu einer organisatorischen Einheit zu vereinigen. Wir haben solche organisatorische Einheiten in Niederösterreich, in Steiermark, in Mähren, wir haben sie aber zum Beispiel nicht in Böhmen. In dieser Beziehung soll nun der Parteitag keine Vorschriften machen, sondern es den Wahlkreisen überlassen, ob sie es für wünschenswerth halten, Organisationen über den Wahlkreisen zu schaffen oder nicht. Ich bin überzeugt, daß in Niederösterreich die Eintheilung in neun Wahlkreise aufrecht bleiben wird, und daß diese neun Wahlkreise auch fernerhin die einheitliche Organisation in einer Landesorganisation beibehalten werden. Aehnlich wird es auch in anderen Kronländern geschehen, weil es sich als praktisch erwiesen hat. Es wird aber kaum möglich sein — um auf das zweite Industriezentrum zurückzukommen — daß in Nordböhmen dasselbe geschieht, weil die Wahlkreise, welche hier in Betracht kommen, nicht so gelegen sind, daß sie einheitlich geleitet werden können, und weil die Eisenbahnverbindungen schlechte sind. (Zustimmung.) Aus diesen Gründen ist es technisch nicht wahrscheinlich, daß diese Wahlkreisorganisationen zu einer Landesorganisation zusammentreten werden. Der Parteitag soll aber hier eine Beschränkung nicht eintreten lassen. Unser Antrag geht in Folge dessen dahin, daß es im Punkt III des Statuts anstatt Kreisorganisation überall Wahlkreisorganisation zu heißen habe, und daß am Schlusse gesagt werde: „Wo es sich als vortheilhaft erweist, können mehrere Wahlkreisorganisationen zu einer Gebiets- oder Landesorganisation zusammentreten.“ Wir haben Gebietsorganisationen gesagt, weil wir dieses Zusammentreten nicht durchaus auf ganze Kronländer beschränken wollen.

Wenn Sie diesen unseren Antrag annehmen, würde sich eine ganze Reihe von Anträgen, die selbstständig eingelaufen sind, von selbst erledigen.

Da ist in erster Reihe der Antrag 26 der Kreisorganisation Reichenberg. Daß die Abgeordneten mit ihren Wahlkreisen in steter Verbindung bleiben, dafür brauchen nicht wir zu sorgen, dafür werden schon die Genossen in ihren Wahlkreisen überall Sorge tragen, so wie sie mit ihren sonstigen Agitationskräften in Verbindung bleiben. Den Antrag 20 der Bezirksorganisation Brünn würde ich Ihnen zur Ablehnung empfehlen, weil, wenn Sie ein Zwischenglied zwischen die Wahlkreis- und Lokalorganisation einfügen wollen, Sie ja in der Lage sind, dieses Zwischenglied direkt nach Ihrem Wunsche und nach den örtlichen Bedürfnissen festzusetzen, ohne sich an die zum großen Theile willkürlich und für unsere Bedürfnisse ganz untauglich abgegrenzten Gerichtsbezirke halten zu müssen.

Es erledigt sich weiters der Antrag 22. Auch hier braucht der Parteitag keine Vorschriften zu ertheilen. Ebenso erledigt sich der Antrag 23 der Bezirkskonferenz Teplitz und der Antrag 25 der Organisation Tachau. Diese Wahlkreisorganisation wird sehr lange brauchen, bis sie auf eigenen Füßen stehen kann, und hauptsächlich wird dies bei den ländlichen Wahlkreisen der Fall sein. Wenn wir auf diese Organisation eingehen, und wir müssen darauf eingehen, bitte ich

Sie, Eines zu berücksichtigen, was sich daraus möglicherweise entwickeln kann, nämlich ein gewisser Egoismus, ein gewisser Separatismus der Wahlkreise. Bis jetzt haben die Organisationen einander in die Hände gearbeitet, so gut und so viel sie konnten, und es wurde nicht darauf Rücksicht genommen, ob es diesem oder jenem Kreise zu Gute kommt. Es ist nun Gefahr vorhanden, daß die Solidarität und das Pflichtbewußtsein, das Bewußtsein der Genossen, daß sie nicht nur Wahlagitatoren für einen bestimmten Wahlkreis sind, sondern auch Parteigenossen, denen die Entwicklung der Partei im ganzen Reiche am Herzen liegt und liegen muß, so daß wir es erleben könnten, daß gerade die schwächsten Wahlkreise durch diese Organisation isolirt, blutleer und entkräftet werden, und gerade die besten Kreise alle Kräfte aufsaugen. Aber da nützen statutarische Bestimmungen und Paragraphen nicht, es muß vielmehr im Geiste der Partei liegen, daß solche Zustände nicht platzgreifen.

Eine weitere Gruppe von Anträgen bezieht sich darauf, welches die Funktionen dieser Wahlkreisorganisationen sein sollen. Hieher gehört der Antrag 17 der Bezirksorganisation IX, Wien, Rechtsbureaux zu errichten. Dieser Antrag ist selbstverständlich; wo es möglich ist, geschieht es ohnedies. Der Antrag 19 der Bezirksorganisation Leoben verlangt, Gewerkschaftsvereine für die arbeitende Landbevölkerung ins Leben zu rufen. Wenn es Ihnen möglich ist, Genossen, das landwirthschaftliche Proletariat zu organisiren, wird Ihnen der Parteitag für jeden Fortschritt, den Sie hier machen, in welcher Form, mit welchen Mitteln und Kosten es auch geschieht, einen Orden geben. (Heiterkeit.) Ich halte es nicht für wünschenswerth, daß man diese Gewerkschaftsvereine für die arbeitende Landbevölkerung als Regel vorschreibt. Solche aus Landarbeitern hervorgehende Organisationen werden vielleicht in Ländern möglich sein, die noch wenig entwickelt sind, wie in Galizien und Schlesien. Aber überall, wo Sie ein Industrieproletariat haben, werden Sie diese Landarbeiterorganisationen nur im Anschlusse an die bestehenden Organisationen des Industrieproletariats gründen können, da die Landarbeiter zu gewissen Zeiten des Jahres auch Industriearbeiter sind. Der Antrag der Bezirksorganisation Falkenau verlangt, daß die Kassiere der Fachvereine, Bildungs- und Gewerkschaftsvereine zu beauftragen sind, einen Kreuzer Parteisteuer einzukassieren, sowie freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und mit dem Lokalorganisationskassier monatlich abzurechnen. Ich gratulire dem Genossen, wenn dies in seinem Bezirke möglich ist. Wir in Wien würden dies in dieser Form und auf Grund eines solchen Beschlusses weder machen können noch machen wollen, weil wir uns sehr wohl hüten würden, die Organe unserer Gewerkschaften zugleich zu Organen der politischen Organisation zu machen. Der Referent erklärt sich des Weiteren gegen den Antrag, indem er dabei auf die Auflösung der Eisenbahnerorganisationen hinweist, und ersucht diesen Antrag als unpraktisch, zu Mißdeutungen von Seite der Behörden Anlaß gebend, abzulehnen.

Der Antrag Krapka-Czech verlangt, daß der Frauenfrage eine größere Aufmerksamkeit zugewendet werden soll. Es wird sich wohl Niemand finden, der etwas dagegen einzuwenden hat. Der Antrag 21 erscheint überflüssig, weil er bereits im Punkt VII, „Vereinswesen“, des alten Organisationsstatuts enthalten ist.

Ich möchte noch feststellen, daß die Organisation, wie sie Ihnen die Parteivertretung hier vorschlägt, und wie sie zum Theil in den Anträgen hier vorliegt, bereits von den tschechischen Genossen für sich durchgeführt wurde, und daß, soweit wir Kenntniß haben, die tschechischen Genossen damit ganz zufrieden sind.

Ich komme nun zu jener Gruppe von Aenderungen, die sich darauf beziehen, daß die nationalen Organisationen zu einander in ein festeres Verhältniß treten müssen. Wir haben auf dem Prager Parteitag Beschlüsse gefaßt, die weder föderalistisch noch zentralistisch waren, sie waren einfach praktisch, sie waren gemacht zum Zwecke der Durchführung unserer Ansichten auf Grund unserer Bedürfnisse.

Wir haben damals der Partei eine Gesammtexekutive gegeben. Die Parteivertretung hat durch viele Jahre funktioniren und das ganze Gebiet der Organisation vollständig übersehen können, so lange dieses Gebiet ein verhältnißmäßig kleines war. In dem Maße aber, als sich die tschechische und galizische Organisation entwickelt hat, war es aus rein praktischen Gründen nothwendig, daß sich

diese Organisationen eine selbstständige Exekutive gegeben haben. Das war keine Konzession an dieselben, sondern ist aus den Thatsachen hervorgegangen, und ich hoffe, daß auch die italienischen und die slovenischen Genossen in Kurzem zu einer selbstständigen Organisation kommen werden.

Je mehr es aber nothwendig war, jedem einzelnen Theile volle Selbstständigkeit zu geben, umso nothwendiger war es auf der anderen Seite, die Einheitlichkeit trotz dieser Autonomie aufrecht zu erhalten. Demgemäß wurden auf dem Prager Parteitage zwei veränderte Institutionen geschaffen: erstens eine obligate Vertretung aller Nationen in der in Wien befindlichen Parteivertretung und zweitens eine Gesammtparteivertretung, welche die Zusammenfassung aller einzelnen Exekutivkomités darstellt und bei wichtigen Entscheidungen vollständig einzuberufen ist. Dieselbe hat sich besonders bei den Wahlen durchaus bewährt, und es hat sich nirgends ein Separatismus bemerkbar gemacht. Nun haben die tschechischen Genossen auch in der Konferenz ihrer Vertrauensmänner in Brünn beschlossen, einen Schritt weiterzugehen und zu beantragen, daß zu dem Institute der Gesammtparteivertretung oder der Reichsparteivertretung, wie sie es nennen, ein Gesammtparteitag hinzuzufügen wäre. Dies war durchaus nichts Neues, wir sind auch heute auf einem Reichsparteitage. Die tschechischen Genossen wünschen aber, daß jene Parteitage, auf welchen alle Organisationen der verschiedenen Nationen vertreten sind, nicht mit jenen Angelegenheiten belästigt werden, welche nur die einzelnen Organisationen angehen. Ich muß sagen, daß dem ein sehr vernünftiger Gedanke zu Grunde liegt. Sie Alle wissen, wie viel Zeit durch die Behandlung der Angelegenheiten, die nur einzelne Organisationen betreffen, auf dem Parteitage in Anspruch genommen wird, und daß darüber Genossen entscheiden sollen, welche die Dinge aus eigener Anschauung gar nicht kennen. Auf dem kommenden Reichsparteitage sollen nun ausschließlich Fragen von allgemeinem Interesse behandelt werden, insbesondere prinzipielle Fragen des Programms und der Taktik, während die anderen Angelegenheiten auf den sonstigen Parteitagen ausgemacht werden sollen.

Wir haben diesen Anträgen Rechnung getragen, indem wir ein neues Kapitel in die Organisation eingefügt und vorschlagen, es soll außer den gewöhnlichen Parteitagen alle zwei Jahre ein Gesammtparteitag zusammentreten. Eine Schwierigkeit macht hier die Zahl der verschiedenen Vertreter. Wir stehen durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß einzelne Organisationen die anderen majorisiren sollen, und wir haben es auch nicht nothwendig, etwa einen kleinlichen Schlüssel ausfindig zu machen, um nach der Wichtigkeit der verschiedenen Organisationen jeder so und so viele Vertreter zuzuweisen. Die tschechischen Genossen und wir sind der Ansicht, wenn die Vertretung am Parteitag nach Wahlkreisen stattfindet, daß jeder Wahlkreis eine bestimmte Anzahl von Vertretern zu schicken das Recht haben soll. Damit wir aber auch den Anforderungen, die uns die sprachlichen Verschiedenheiten in Oesterreich nun einmal auferlegen, Rechnung tragen, wollen wir den nationalen Minoritäten, soweit sie organisirt sind, in den einzelnen Wahlkreisen eine besondere Vertretung einräumen. Nun haben die tschechischen Genossen gemeint, es solle jeder Wahlkreis das Recht haben, zwei Delegirte zu senden, und daß hiebei auf die nationalen Minoritäten Rücksicht zu nehmen sei, wenn dieselben wenigstens ein Viertel der Bevölkerung des Wahlkreises ausmachen. Wir sind davon abgekommen, weil wir uns nicht auf eine Untersuchung der Grundlage der Volkszählung einlassen wollen. Wir glauben, daß jede nationale Minorität, wenn sie die Möglichkeit hat, auf den Parteitag zu kommen, zu demselben kommen soll. Denn bei uns werden wichtige Fragen nicht durch Majorisirung entschieden. Uebrigens hat jede einzelne Organisation Majoritäts- und Minoritätsbezirke, das gleicht sich also aus. Wir meinen also, es soll jede Nation das gleiche Recht zur Beschickung haben.

Nun muß ich, und das ist vielleicht das Wichtigste, Ihnen sagen, warum wir die Grundlage, welche wir für die Beschickung des Gesammtparteitages, nämlich die Wahlkreisorganisation, angenommen haben, nicht auch für die gewöhnlichen Parteitage angenommen haben. Wir haben dies darum nicht gethan, weil wir den lokal organisirten Genossen das Recht geben wollen, so viel Vertreter zu schicken, als sie wollen und können. Wir können zum Beispiel den Wahl-

kreis Reichenberg oder einen Wiener Wahlkreis, wo Tausende und Hunderttausende von Genossen sind, nicht so einschränken, daß er sich nur ebenso vertreten lassen darf wie ein Wahlkreis, wo nur etwa der zehnte Theil von Genossen vorhanden ist.

Eine Aenderung — das gilt für die beiden Arten von Parteitagen — soll nur dahin gemacht werden, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten auf den Parteitagen Sitz und Stimme haben sollen, und es liegt sogar ein Antrag vor, wonach sie verpflichtet werden sollen, zu erscheinen. Damit ist eine Aenderung in der Zusammensetzung der Parteivertretung nicht durchgeführt. Wir wünschen, daß das heutige Verhältniß in der Parteivertretung aufrecht bleibe, da es sich vielfach bewährt hat. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir die Zustimmung des Parteitages für unsere Vorschläge finden würden.

Vorsitzender Gen. Popp theilt mit, daß weitere Anträge zu diesem Punkt eingelangt sind.

Antrag Köhler:

„An Stelle der jetzt bestehenden Kreisorganisation hat eine Wahlkreisorganisation zu treten mit politischen Wahlvereinen zum Behufe leichterer politischer Bearbeitung."

Antrag Ranziglio:

„Der Parteitag hat ein dreigliedriges Komité zu wählen, das die Agrarfrage, respektive die Lage der ländlichen Arbeiter praktisch zu studiren hat, um im Punkte „Organisation und Agitation" Anhaltspunkte zu schaffen."

1. Antrag Behr (Saaz):

Punkt IV. Statt: „Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt", ist zu setzen:

„Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen der Bezirke bestimmt, doch kann jeder Bezirk nur einen Delegirten entsenden."

1. Antrag Schiller (Kreisorganisation Reichenberg):

„Das Gebiet Trautenau-Hohenelbe ist in die Reichenberger Kreisorganisation einzureihen und, wenn möglich, eine geeignete Kraft dort anzustellen."

2. Antrag Schiller (Kreisorganisation Reichenberg):

„Nachdem die jetzige Kreiseintheilung noch jung ist und mit aller Kraft dahin gearbeitet werden muß, daß das heutige Kurienwesen fällt und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eingeführt wird, beschließt der Parteitag:

„Die Organisation nach Wahlkreisen der fünften Kurie ist nicht einzuführen, und die bestehende Kreisorganisation, respektive Landesorganisation ist weiter zu belassen."

1. Antrag Feigl (Wien):

Der Absatz 3 des Punktes V (Parteivertretung) soll anstatt wie jetzt: „Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen", heißen:

„Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole, welch letztere von Parteitag zu Parteitag stets neu zu wählen sind, wohnhaft sein müssen."

1. Antrag Müller (Graz):

„Die Landesorganisation ist mit dem Einverständnisse der Wahlkreisorganisationen des betreffenden Kronlandes berechtigt, behufs Aufbringung der nothwendigen Geldmittel Blocks zur Ausgabe gelangen zu lassen.

An dieser Einnahme haben in erster Linie Anspruch in nicht festzusetzendem Perzentsatze a) die Wahlkreisorganisation, b) die betreffende Landesorganisation, c) als Parteisteuer die Parteivertretung."

2. Antrag Müller (Graz):

„Die Parteiorganisationen haben dafür zu sorgen, rechtskundige Personen aufzustellen, welche nicht allein an Parteigenossen, sondern auch an solche Personen in Bezug auf Rechtsfragen unentgeltliche Auskünfte ertheilen, welche eventuell noch keiner Organisation angehören, wenn der Rechtsbruch ein eklatanter ist."

Antrag Čech-Elderſch (Brünn):

„Arbeiterblätter dürfen nur über Zustimmung des Parteitages gegründet werden."

2. Antrag Behr (Saaz):

„Da der III. böhmische Wahlkreis nicht die geeigneten Kräfte besitzt, um sich selbstständig zu organisiren, so sind die dortigen Organisationen je nach ihrer Lage der Teplitzer oder der westböhmischen Kreisorganisation zuzutheilen, welche sich hierüber zu verständigen haben."

Antrag Chwala (Wien):

Punkt 2 des Theiles IV Parteitag soll statt: „Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes gewählt", bestimmt lauten:

„Jeder Ort, beziehungsweise Bezirk hat das Recht, einen Delegirten zu wählen."

Antrag Blaschek (Wien):

„Anträge sind vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen. Die Vorschläge der Parteivertretung sind längstens acht Tage vor der Eröffnung des Parteitages im Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei bekannt zu geben."

Antrag Simon Stark (Falkenau):

„In Erwägung, daß durch die Wahlagitation neue Organisationen sich entwickeln, dieselben aber mit dem Wesen der Parteiorganisation nicht vertraut sind, sind geeignete Referenten (Agitatoren) von den Kreisvertretungen zu bestimmen, die sich in Versammlungen speziell mit der Gründung und dem Aufbau der Lokalorganisationen zu befassen haben. Die Tagesordnung hätte in diesen Versammlungen zu lauten: I. Die Nothwendigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und Besprechung wegen Ausbauung und Gründung der Lokalorganisation."

Außer diesen Anträgen stehen folgende, bereits vorliegende Anträge zur Diskussion:

2. Antrag Feigl (Wien):

„Die Abgeordneten des sozialdemokratischen Verbandes sind verpflichtet, dem Parteitage anzuwohnen, und soll das Ausbleiben in jedem einzelnen Falle besonders entschuldigt werden."

Antrag Camber (Spalato):

„Beantrage in Anbetracht der für die sozialdemokratischen Ideen gegenwärtig äußerst günstigen Stimmung unter der ländlichen Bevölkerung Dalmatiens eine möglichst intensive Agitation durch der kroatischen und italienischen Sprache vollkommen mächtige Kräfte einzuleiten und auf die Dauer von sechs Monaten einen der beiden Sprachen vollkommen mächtigen Agitator (oder zwei Agitatoren) anzustellen."

Antrag Simon Stark (Falkenau):

„Es sind in jeder Organisation, als: Fachvereine, Bildungs- und Gewerkschaftsvereine u. s. w., die Kassiere zu beauftragen, außer den gewöhnlichen Monatsbeiträgen 1 Kreuzer Parteisteuer einzukassiren, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und mit dem Lokalorganisationskassier monatlich abzurechnen."

Antrag Carlo Ucekar und Genossen (Triest):

„Die Parteivertretung wird vom Parteitage beauftragt, die italienischen Organisationen in ihrer Bestrebung, einen unabhängigen Sekretär für sämmtliche italienischen Organisationen Oesterreichs anzustellen, thatkräftig zu fördern, nöthigenfalls für eine gewisse Zeit dieses Bestreben auch materiell zu unterstützen."

Antrag Dr. Čech, Krapka (Brünn):

„Der Parteitag erklärt, es sei nothwendig, daß die Parteigenossen allerorten der Frauenfrage eine rege Aufmerksamkeit zuwenden und unter den Frauen eine rege Agitation entfalten."

Antrag Krapka und Genossen (Brünn):

„Der Parteitag soll auch durch Delegirte der Frauenorganisationen beschickt werden, und zwar wenigstens in der Weise, daß eine jede Frauenorganisation der einzelnen Nationen je durch zwei Genossinnen vertreten wird."

Antrag H y b e s (Brünn):

„Die parlamentarische Taktik wird in der Zwischenzeit von einem Gesammtparteitage zum anderen durch den Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten Oesterreichs im Einvernehmen mit den Exekutivausschüssen aller nationalen Organisationen bestimmt."

Endlich der Antrag G l e i n s l e r (Innsbruck), welcher vom Punkte „Parlamentarische Thätigkeit" zurückgestellt wurde.

Gen. Dr. A d l e r: Ich habe vergessen, zu erwähnen, daß an unserem Parteitage zwei Mitglieder der radikalen ruthenischen Partei als Gäste theilnehmen, die von dem Zentralkomité dieser Partei delegirt worden sind. Es sind dies die Gen. Wittig und Dr. Jarosiewicz. Ich beantrage, daß diesen beiden Gästen in der Debatte über den Punkt „Organisation", sobald sie es wünschen, das Wort ertheilt werde.

Dieser A n t r a g wird e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n.

Reichsrathsabgeordneter Dr. J a r o s i e w i c z: Im Auftrage der Parteileitung der ruthenischen radikalen Partei als Delegirte dieser Partei an diesem Parteitage als Gäste theilnehmend, begrüßen wir den Parteitag auf das Herzlichste und haben die Ehre, im Namen unserer Partei folgende Erklärung abzugeben:

„E r k l ä r u n g.

Die radikalen Ruthenen stehen auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei in ihrem Programm. (Beifall.) Die Organisation der radikalen Ruthenen ist derzeit eine selbstständige. Unser Agitationsgebiet ist die ruthenische Bauernschaft, die ganz besondere Verhältnisse und eine besondere Taktik nöthig macht. Darum wollen wir die Selbstständigkeit der Partei aufrechthalten. Wir wünschen aber mit der sozialdemokratischen Partei in engste Fühlung zu treten und werden immer bereit sein, in einzelnen praktischen Fällen mit der sozialdemokratischen Partei gemeinsam vorzugehen, mit der sozialdemokratischen Parteivertretung uns ins Einvernehmen zu setzen und den an uns gerichteten Wünschen nach Möglichkeit zu entsprechen." (Lebhafter Beifall.)

Reichsrathsabgeordneter Gen. D a s z y n s k i: Es hat sich in der Geschichte der Entwicklung unserer Partei zum ersten Male ereignet, daß auch unsere ruthenischen Brüder in unsere Reihen eingetreten sind und hier das Wort ergriffen haben. Wenn manche organisirte Arbeiter Oesterreichs es nicht leicht begreifen, warum die ruthenischen Radikalen, da sie doch unsere Organisationsform annahmen, unsere Taktik befolgen und auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms stehen, sich nicht einfach Sozialdemokraten nennen, so müssen sie berücksichtigen, daß die ruthenischen Radikalen unter den schwierigsten Verhältnissen arbeiten. Sie haben nicht nur als Proletarier, als Vertreter der Bauernschaft mit ihren Ausbeutern zu kämpfen, sondern sie führen auch den härtesten nationalen Kampf, denn die Ausbeuterklasse in Ostgalizien sind die polnischen Schlachzizen. Das ruthenische Volk ist noch rückständig; es hat keine Industrie und keine städtischen Elemente, und es fehlt jede Anregung von den Zentren der Kultur. Sie sind daher auf die Arbeit auf dem Lande unter den Bauern angewiesen, von denen in manchen Bezirken 94 Perzent Analphabeten sind. Wenn Sie das bedenken, werden Sie nachsichtig sein und gestehen, daß wirklich ein großer Fortschritt dadurch gemacht wurde, daß durch diese Erklärung die Richtung für die Entwicklung der ruthenischen radikalen Partei gegeben wurde, so daß es jetzt nur eine Frage der Zeit ist, bis sich die ruthenischen Radikalen stark genug fühlen, all diesem kleinlichen Gezänke entgegentreten zu können, in derselben Weise, wie wir es in allen anderen Provinzen thun. Ich glaube, daß die große Debatte über die nationale Frage, die wir gestern und vorgestern geführt haben, für ihren Entschluß, diese Erklärung abzugeben, sehr fördernd war. Das ruthenische Volk sieht in uns nicht die Nationslosen, sondern die Partei, die alle Nationalitäten gleich achtet, und in deren Reihen, ohne Phrase, Raum ist für die Proletarier aller Länder. Deshalb erlauben Sie mir, daß ich im Namen vieler Parteigenossen hier die aufrichtigste Freude ausdrücke und die ruthenischen Abgesandten zu dem gemachten Schritte beglückwünsche. (Lebhafter Beifall.)

Es wird hierauf in die **Debatte** eingegangen.

Reichsrathsabgeordneter Gen. **Hybeš**: Die tschechische Organisation hat zwei Anträge gestellt, welche ich mir zu begründen erlaube. Dieser Parteitag ist nur dem Namen nach ein Reichsparteitag, nicht aber der Form und Zusammensetzung nach. Die tschechischen Genossen sind hier nicht nach ihrer Stärke vertreten, da viele nicht deutsch verstehen und ihnen daher die Reden übersetzt werden müssen. In der gleichen Lage sind auch die anderen Nationen. Dadurch sind diejenigen Delegirten, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, vom Parteitage ausgeschlossen. Wir schlagen daher vor, daß derartige Reichsparteitage nur diejenigen Fragen verhandeln sollen, die sich auf die Gesammtparteitaktik beziehen und alle Nationen angehen, und solche Beschlüsse fassen, die für Alle bindend sind. Bis jetzt haben die deutschen Genossen auf den Reichsparteitagen ihre Streitigkeiten verhandelt. Da sollten die Anderen zuhören, obwohl sie dabei nicht interessirt sind. Das ist eine Zeit- und Geldverschwendung und eine Herabsetzung des Parteitages.

Es hat schon die Parteivertretung eine Aenderung bezüglich der Gesammtparteitage in Vorschlag gebracht. Wir begrüßen das, da wir darin einen Fortschritt zum Besseren sehen. Es darf aber nicht unberücksichtigt bleiben, daß innere Angelegenheiten, zum Beispiel Angelegenheiten der Presse, die Art und Weise der Agitation und andere Dinge, wie Mißhelligkeiten untereinander auch besprochen werden müssen. Zu dem Zwecke schlagen wir vor, daß alljährlich Nationalkongresse abgehalten werden, wie wir Tschechen es bereits thun. Es werden dann die Nationalitäten ein größeres Interesse für die Parteitage haben und diese werden auch zahlreicher beschickt werden.

Außerdem ergibt sich die Nothwendigkeit, daß jede nationale Organisation ein eigenes Exekutivkomité habe, weil die Arbeiten der Organisationen gemacht werden müssen. Diese Komités müssen auf jeden Fall mit der Gesammtparteivertretung in Fühlung stehen. Am besten ist es aber, wenn aus den Exekutivkomités der verschiedenen Nationen die Gesammtparteivertretung zusammengesetzt wird; dann haben alle diese Parteien gleichen Einfluß und gleiche Rechte und können ihre Interessen und Bedürfnisse zur Geltung bringen.

Aus dem Antrage, daß der Gesammtparteitag nur alle zwei Jahre stattfinden soll, ergibt sich noch ein weiteres Bedürfniß. Es wurde hauptsächlich des parlamentarischen Verbandes wegen erwähnt, daß zwei Jahre ein langer Zeitraum sind und unterdessen taktische Fragen auftauchen, die erledigt werden müssen. Damit dazu nicht der Gesammtparteitag einberufen werden muß, beantragen wir, daß in der Zeit zwischen den einzelnen Reichsparteitagen Fragen der Taktik und dergleichen die parlamentarische Fraktion mit allen nationalen Ausschüssen oder mit dem Gesammtparteiausschuß, wenn er nach unserem Antrage gebildet wird, zu erledigen hat.

Wir Tschechen, die wir eine große und starke Partei sind, mußten, um unsere Macht auszunützen, eine spezielle nationale Organisation konstruiren, und wir bereuen es nicht. Wir gewinnen auf diese Weise neue Gebiete und können eine Thätigkeit entfalten, die uns sonst nicht möglich wäre. Dieselbe Nothwendigkeit sehen wir bei den polnischen Genossen und werden sie auch bei den Ruthenen sehen. Die Nothwendigkeit hat unsere Anträge hervorgebracht; nur durch ihre Annahme können wir alle Kräfte anspannen. Unsere Partei soll zugleich eine föderalistische und eine zentralistische sein, eine Zentrale, die föderalistisch arbeitet.

Gen. **Soukup** (Prag): Das Problem, über das wir heute verhandeln, läßt sich in dem Satze ausdrücken: Sollen wir das föderalistisch-autonomistische oder das zentralistische Prinzip in der Theorie anerkennen und in der Praxis durchführen? Wir Tschechen treten entschieden für das föderalistische Prinzip ein, weil es ein natürliches, praktisches, ein lebens- und entwicklungsfähiges ist, weil es mehr sozialdemokratisch ist als das andere. Der Zentralismus ist nur möglich im Anfang einer Organisation; er ist aber auf die Dauer, namentlich im vielsprachigen Oesterreich, unhaltbar. Die ganze Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie muß zu einer Dezentralisation der Organisation führen. Es handelt sich heute nur darum, dem faktischen Zustand eine Sanktion zu geben. Dieser Parteitag ist scheinbar ein Gesammtparteitag, aber im Wesen ist er — die

theoretischen Fragen ausgenommen — nur ein deutscher Parteitag; unsere Betheiligung ist eine mehr theoretische als praktische, und auch die anderen Nationen, Polen, Ruthenen, Italiener, Slovenen, sind nur durch Delegationen vertreten.

Wir Tschechen freuen uns, daß die für uns wichtige Frage des Verhältnisses zwischen Nationalismus und Internationalismus richtig und natürlich aufgefaßt und ausgelegt und mit den thatsächlichen Verhältnissen in Einklang gebracht wurde. Wir haben da wieder einen Schritt vorwärts gemacht. Jedes Volk — das ist eine Thatsache, mit der gerechnet werden muß — ist ein geschlossenes Ganzes mit anderen Traditionen, anderer Geschichte, Kultur- und politischer Entwicklung. Die Sozialdemokratie darf sich dieser Thatsache nicht verschließen und hat darnach ihre Taktik und Organisation einzurichten. Wenn auch das Programm gemeinsam ist, die Organisation jeder Nation in Oesterreich muß selbstständig sein, und wo das noch nicht der Fall ist, wird es über kurz oder lang doch dahinkommen. Diese Selbstständigkeit fordern wir hauptsächlich aus dem Grunde, weil jede Nation selbst am besten wissen muß, was ihr paßt. Wir tschechischen Sozialdemokraten stehen am Anfang einer neuen, mächtigen Entwicklung. In Kürze gründen wir unser Tagblatt. (Beifall.) Unser Volk ist demokratisch, es ist revolutionär und sozialistisch angehaucht, und es sind alle Bedingungen für eine mächtige Sozialdemokratie gegeben; in kurzer Zeit dürften wir im tschechischen Volke eine dominirende Stellung einnehmen. Darum ist es aber auch nöthig, daß wir selbst unsere Taktik und Organisation bestimmen. Wenn wir auf dem von uns gestellten Antrag entschieden verharren, so ist es deshalb, weil wir von seiner Nothwendigkeit überzeugt sind, weil er der ganzen Sozialdemokratie nützen wird, für uns aber ein Lebensinteresse ist.

Gen. Dr. Chomed (Radautz): Bisher haben wir uns hauptsächlich der Organisation der industriellen Arbeiterschaft zugewendet, weil diese durch die wirthschaftlichen Verhältnisse am revolutionärsten ist. Wir dringen aber jetzt in die Kreise der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Kleinhäusler. Es gibt keine Schichte der arbeitenden Bevölkerung in ganz Oesterreich, die so ausgesogen wird wie die landwirthschaftlichen Arbeiter. Diese Ausbeutung besorgen drei Faktore: die jüdischen Wucherer, die 18perzentigen Pfaffen und die Großgrundbesitzer. Die Wucherer sind in allen Dörfern verbreitet und machen ungeheuere Profite. Trotz des Bestandes des Wuchergesetzes finden wir doch, wenn wir die Kriminalstatistik in die Hand nehmen, wenige, die wegen Wucher verurtheilt werden. Unsere parlamentarischen Vertreter mögen daher die Regierung auf diese Zustände aufmerksam machen, damit sie ein Ende nehmen. Ich habe die 18perzentigen Pfaffen genannt, denn auch sie treiben Wucher. Sie nehmen „nur" 1½ Perzent, wie sie sagen, lassen sich aber für fl. 100 monatlich fl. 1·50 zahlen, das sind also achtzehn Perzent. Bezüglich der Ausbeutung der Arbeiter durch die Großgrundbesitzer bringt Redner ein Protokoll über einen derartigen Fall vor und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die landwirthschaftliche Bevölkerung, wenn sie organisirt sein werde, solche Mißstände abschaffen werde. Er wünscht schließlich, daß entsprechend dem Antrag der Bukowinaer Organisation eine Agrarkommission gebildet werde.

Vorsitzender Gen. Popp theilt mit, daß noch 43 Redner eingetragen sind.

Es wird Schluß der Rednerliste beantragt und angenommen.

Gen. Krapka (Brünn) befürwortet den Antrag Hybes. Der Antrag der Parteivertretung (VIII. Gesammtparteitag) erscheint nicht zweckmäßig, weil es da zu einer ungerechten Beschickung kommen würde. Es könnten dadurch sprachliche Minoritäten durch ebenso viele Delegirte vertreten sein, wie ein großer Bezirk. Redner begründet hierauf die von ihm eingebrachten, die Frauenfrage betreffenden Anträge. Wir werden, sagt Redner, auf jedem Parteitag darüber donnern, daß die Parteigenossen nichts für die Frauenorganisation thun. Es muß unter den Genossen mehr Verständniß und mehr Aufrichtigkeit über die Frauenfrage platzgreifen. Unser Programm sagt, daß die Befreiung des Proletariats nicht anders geschehen kann als durch die Befreiung der beiden Geschlechter. Da geht es durchaus nicht an, den größten Theil der Menschheit außer Acht zu lassen. Dieser Parteitag hat auf mich durchaus keinen günstigen Eindruck gemacht, weil keine einzige Genossin hieher delegirt wurde. Man verlangt von unseren Genossinnen,

daß sie in die Organisation eintreten, man bringt aber nicht die nöthigen Geldmittel auf, damit sie hier am Parteitage ihre Wünsche und Beschwerden vorbringen können. Wenn wir eine Frauenorganisation haben wollen, wenn wir darauf hinarbeiten wollen, daß einmal dieses große Proletariat, das jetzt auf dem Produktionsfeld auftritt und das dem männlichen Proletariat große Konkurrenz machen wird, stark werde, dann werden Sie meine Anträge annehmen und dafür Sorge tragen, daß zur Delegirung von Genossinnen auf den Parteitag die nöthigen Mittel beschafft werden. Wenn unsere Genossinnen ihre Wünsche und Beschwerden hier vortragen können, werden sie uns Rathschläge geben können, wie wir unter den Frauen zu agitiren haben und wie wir sie zu wirklichen Mitarbeitern und wirklichen Mitkämpfern unserer Bewegung machen können. (Beifall.)

Gen. Behr (Saaz) wendet sich gegen die vorgeschlagene Wahlkreisorganisation. Die Organisation nach Wahlkreisen hat bis jetzt nur dort stattgefunden, wo die Verhältnisse dafür günstig waren. Im Großen und Ganzen werden wir aber finden, daß die bisherigen Organisationszentren auch bei der Wahlbewegung Anlehnungspunkte für die Organisation und Agitation gewesen sind. Die Wahlkreisorganisation kann nur dort mit Vortheil ins Leben gerufen werden, wo auch die nöthigen Kräfte dafür vorhanden sind. Eine schwache Wahlkreisorganisation wird aber von einer benachbarten Organisation keine Unterstützung bekommen, weil ihr auch keine Mittel zufließen.

Der III. böhmische Wahlkreis hat den Antrag eingebracht, daß er als selbstständiger Wahlkreis anerkannt werden soll. In diesem Wahlkreis hat vor den Wahlen eine Organisation nicht bestanden, sie war nur im Podersamer Bezirke vorhanden. Die Genossen dieses Bezirkes haben vor ungefähr acht Tagen eine Konferenz abgehalten, in der sie erklärten, sich der Wahlkreisorganisation nicht anzuschließen, weil sie dadurch von der Teplitzer Organisation abgeschnitten würden, von der sie sich agitatorische Kräfte verschaffen können. Vielleicht wird es bis zu den nächsten Wahlen gelungen sein, diesen einzelnen Kreis selbstständig zu organisiren, aber bis heute gibt es Kreise, die selbst eine kräftige Organisation nicht haben, die umsoweniger ganze Kreisleitungen erhalten können. Bezüglich der Delegirung zum Parteitag wünscht Redner, daß jeder Bezirk nur einen Delegirten entsenden darf, wodurch einer Majorisirung vorgebeugt wäre. Er verlangt, daß auch die landwirthschaftlichen Arbeiter gewerkschaftlich organisirt werden.

Vorsitzender Gen. Popp theilt mit, daß aus dem Wahlkreise Tachau fünfzehn Zuschriften eingelangt sind, die den Antrag auf Erklärung dieses Kreises als selbstständige Wahlkreisorganisation unterstützen.

Gen. Scotti (Isola) gibt ein Bild der Entwicklung der italienischen Organisation. Unter den italienischen Genossen ist eine einheitliche Propaganda sehr schwierig. Während in Südtirol einige Maulhelden die irredentistische Idee ausnützen, um für die ökonomischen Interessen der Bourgeoisie daraus Kapital zu schlagen und für eine administrative Trennung Tirols im eigenen Interesse zu propagiren, haben wir auf der anderen Seite mit den Pfaffen zu kämpfen. Bei uns gibt es nur wenig industrielle Arbeiter. Die Bewegung hat nicht unter den Arbeitern ihren Anfang genommen, sondern unter dem intelligenten Theil der Bourgeoisie und ist erst von hier ins Volk gekommen. Die letzten Reichsrathswahlen haben sehr erfreuliche Erfolge der Agitation gezeigt. Die Sozialdemokraten haben es gegenüber 400 Stimmen der Liberalen und 3500 Stimmen der Klerikalen auf 2000 Stimmen gebracht. Die italienische Bourgeoisie ist durch die Slavenfluth bedroht und verfolgt unter dem Vorwande idealer Güter selbstsüchtige Interessen. Speziell durch die slovenischen Hetzpfaffen kam es hier in einigen Orten zu einem förmlichen Bürgerkrieg. In Südtirol werden wir k. k. Sozialisten genannt, im Küstenlande, behaupten die Gegner, besorgen wir wieder die Geschäfte der Slaven. Unter solchen Verhältnissen ist der Kampf ein schwieriger. Außerdem haben wir noch mit den wandernden Elementen, den Reichsitalienern, zu thun. Die Wiener Organisation möge auf diese Bewegung ihr Augenmerk richten. Unsere Arbeit unter den reichsitalienischen Genossen kann nur eine vorübergehende sein, es muß Sache der reichsitalienischen Genossen in ihrem Lande selbst sein, diesen schwierig zu organisirenden Theil der Arbeiter in eine Organisation zu bringen. Trotz allen diesen Umständen haben wir aber eine Organisation zu Stande gebracht. Wir haben

agitatorische Kräfte, aber die ganze Organisation ist ein Körper ohne Seele, ohne Zusammenhalt, und deshalb bitte ich Sie, unseren Antrag anzunehmen, der dahin geht, daß ein unabhängiges Sekretariat gegründet werde, welches ein einheitliches Vorgehen aller Italiener einleiten soll. Ich bitte ebenso um Annahme des Antrages Camber.

Gen. Skaret (Wien) beantragt:

Punkt IV. vorletzter Absatz soll lauten: „Gleichzeitig mit der Einberufung des Parteitages hat die Parteivertretung ihre zum Parteitage zu stellenden Vorschläge im Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen. Alle Anträge der Organisationen hingegen sind vier Wochen vor dem Parteitag der Parteivertretung einzusenden und in gleicher Weise zu veröffentlichen."

Ein ähnlicher Antrag, der Antrag des Gen. Blaschek, welcher bereits eingebracht wurde, wird zurückgezogen.

Weiters wird beantragt:

„Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes dürfen der Parteikontrole nicht angehören."

Hierauf wird die Sitzung um 12 Uhr 40 Minuten geschlossen.

Nachmittagssitzung.

Beginn 2 Uhr 50 Minuten.

Vorsitzender Reichsrathsabgeordneter Gen. Hybes: Zum Worte gelangt in Fortsetzung der Debatte über den Punkt „Organisation"

Gen. Stark (Falkenau): Der Redner wendet sich gegen die Aeußerung des Gen. Dr. Adler, daß durch die Eifersüchteleien die Entwicklung der schwächeren Organisationen gehindert werden würde. Bezüglich der Einbringung der Parteisteuer wird überall mit einer gewissen Nachlässigkeit vorgegangen. Es sollte deshalb bestimmt werden, daß die organisirten Genossen verpflichtet sind, zum Mindesten monatlich einen Betrag zu Handen des Lokalkassiers abzuliefern. Redner begrüßt die Idee eines Reichsparteitages, wendet sich aber gegen den Vorschlag, daß jeder Wahlkreis das Recht haben soll, zwei Delegirte zu entsenden. Er spricht die Befürchtung aus, daß dann nur jene Genossen delegirt würden, die sich gewissermaßen als Beamte der Partei fühlen. Es muß auch den anderen Genossen die Gelegenheit gegeben werden, die Fachschule, das heißt den Parteitag, zu besuchen. Jede Organisation sollte das Recht haben, so viele Vertreter zu entsenden, als sie zu entsenden in der Lage ist. Wenn gesagt wird, es könnte dann ein Massenparteitag entstehen, so könnte dem dadurch abgeholfen werden, daß sich die Delegirten eines Bezirkes untereinander verständigen und in wichtigen Fragen sich auf einen Generalredner einigen. Schließlich unterstützt Redner den Antrag der Organisation Leoben und spricht den Wunsch aus, daß Genossen, welche der deutschen und tschechischen Sprache mächtig sind, das Gebiet von Dux, Brüx u. s. w. aufsuchen mögen. Es sei dort ein fruchtbares Feld zu bearbeiten.

Gen. Schelch (Leoben): Die Bezirksorganisation Leoben hat ihren Antrag eingebracht, weil wir bei den Reichsrathswahlen gesehen haben, daß die ländliche Arbeiterbevölkerung außerordentlich wenig in politischer Beziehung aufgeklärt ist. Die Leute haben sich vielfach mit der Anfrage an uns gewendet, wie sie stimmen sollen und nur durch die klerikale Agitation sind sie uns in vielen Orten abwendig gemacht worden. Es wird allerdings nicht leicht sein, die ländliche Bevölkerung zu organisiren. Nun muß man aber bedenken, daß in den Alpenländern zum größten Theile solche Bauern sind, deren Lage kaum eine bessere genannt werden kann, als jene der Proletarier. Man muß den Leuten sagen, wie es gekommen ist, daß sie in diese elenden Verhältnisse gerathen sind.

Redner spricht sich gegen die Schaffung einer Agrarkommission aus, und zwar mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern. Das beste Mittel, die ländliche Bevölkerung aufzuklären und zu gewinnen, sei die Bildung von landwirthschaftlichen Lese- und Bildungsvereinen.

Gen. Petrich (Muggia) spricht italienisch. Er berichtet über die Entwicklung der Sozialdemokratie in Istrien und vor Allem in Muggia. Daselbst wurde die Propaganda für unsere Ideen im Jahre 1891 begonnen. Gleichzeitig

aber begann auch mit uns die Thätigkeit seitens der Polizei. Einer der Genossen wurde sofort zu drei Monaten Arrest verurtheilt. So ging es fort bis zum Jahre 1895. Zwei Monate Arrest und drei Monate Untersuchungshaft waren so ziemlich die Regel. Die Arbeiter waren damals ganz auf sich selbst angewiesen, sie hatten keine Belehrung oder moralische Unterstützung, und so ist es begreiflich, daß ihre Ideen über den Sozialismus damals noch sehr unklar waren. Die Verfolgungen wurden hauptsächlich durch die Gendarmerie betrieben. Es wurden in der Nacht die Wohnungen nach Broschüren, Zeitungen u. s. w. durchsucht, um die Kinder und Weiber einzuschüchtern und durch diese vielleicht auf die Arbeiter einzuwirken. Am 1. November 1895 gründeten die Arbeiter einen Leseverein auf sozialdemokratischer Grundlage, welchem 120 Mitglieder, darunter sehr viele jugendliche Arbeiter und Frauen, beigetreten sind. Als heuer die Wahlen in der fünften Kurie ausgeschrieben wurden, beschlossen die Arbeiter in Muggia, sich an denselben zu betheiligen, und es haben von den 1400 Wahlberechtigten 708 für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt. Es wären noch viel mehr Stimmen auf ihn entfallen, es wurde jedoch die Wahl in ganz ungesetzlicher Weise um halb 12 Uhr abgebrochen und Niemand mehr zur Wahlurne zugelassen. Die Genossen haben während der Wahlperiode fl. 128 aufgebracht, welche sie für die Wahlagitation verwendeten. Wenn die Wahl eine direkte gewesen wäre, wären weit mehr Stimmen auf den sozialdemokratischen Kandidaten entfallen.

Die Presse wird durch den „Lavoratore" vertreten, welcher in Triest erscheint. Der Aufschwung, den das Blatt nimmt, ist ein merklicher.

Interessant war der Streik, welcher zu Ostern in Muggia durchgeführt wurde. Derselbe hat 21 Tage gedauert, und haben 2500 Arbeiter daran theilgenommen. Die Genossen haben den Sieg davongetragen. Seit dieser Zeit hat die Bewegung an Intensität zugenommen und sich auch über andere Orte verbreitet. Die Genossen beabsichtigen einen Gewerkschaftsverein zu gründen. Der Redner verweist darauf, daß es in Istrien noch sehr viele Orte gibt, wo die sozialdemokratische Idee noch völlig unbekannt ist, daß aber eine große Anzahl von Matrosen, Heizern, Fischern u. s. w. für die sozialdemokratische Idee gewonnen werden könnte, wenn eine Agitation entfaltet würde. Er stellt daher den Antrag:

„Nachdem die Organisation in Istrien großen Schwierigkeiten begegnet, und zwar in Folge der topographischen Lage, da die Agitation von Muggia bis Pola und von Lussin bis Abazzia sich zu erstrecken hätte, weiters in Folge des Mangels an Kommunikation wie auch in Folge des Mangels an entsprechenden Kräften, ist ein italienischer Genosse mit dem Sitze in Triest unabhängig zu stellen, welcher die Agitation und Organisirung der italienischen Sozialdemokratie in ganz Oesterreich durchzuführen hat."

Gen. Ranziglio (Klosterneuburg) hebt die Schwierigkeiten hervor, die sich den Provinzgenossen bei der Agitation unter der bäuerlichen Bevölkerung entgegenstellen, da es den kleinen Organisationen an geeigneten Kräften mangle. Das Bedürfniß nach einem Agrarprogramm macht sich immer mehr geltend und habe Redner auch einen diesbezüglichen Antrag gestellt, um dessen Annahme er bitte. Redner unterstützt den Antrag der Bezirksorganisation Mähr.-Schönberg, da die Organisationen nicht in der Lage sind, die hohen Kosten der Delegirung jedes Jahr aufzubringen.

Gen. Prähauser (Salzburg): Es macht auf mich den Eindruck, daß der Unterschied zwischen Gewerkschaftsorganisation und Parteiorganisation und zwischen Lokalorganisation und Parteivertretung nicht beachtet wird. Bezüglich des Antrages 17 glaube ich, daß der Rechtsschutz Sache der Gewerkschaftskommission ist. Ebenso wäre der Antrag 19 der Gewerkschaftskommission zur Berathung und Behandlung zuzuweisen.

Die Frage der Organisirung der landwirthschaftlichen Arbeiter haben wir in Salzburg bereits entschieden, ohne zu warten, bis sich der Parteitag mit der Sache beschäftigt, da wir überzeugt sind, daß eine einheitliche Regelung dieser Frage nicht möglich ist.

Mit dem Antrag Stark, betreffend die Parteisteuer, erklärt sich Redner nicht einverstanden. Auf jedem Parteitage werden diesbezügliche Beschlüsse

gefaßt, aber dann nicht durchgeführt. Jedenfalls müsse die Gewerkschaft von der Politik verschont bleiben.

Schließlich bittet Redner die Anträge 17, 24, 25, 26, 26a abzulehnen.

Gen. Gleinsler (Innsbruck) hält die Gründung von Gewerkschaftsvereinen auf dem Lande für nicht angezeigt; mit den Wahlvereinen könnte mehr erreicht werden. Er unterstützt den Antrag, den Reichsparteitag alle zwei Jahre abzuhalten, während alljährlich Nationalparteitage stattfinden sollen, da bei diesen viel besser gearbeitet werden könnte. Bezüglich des Antrages 26 bedauert Redner, daß die Agitationstouren nicht so arrangirt werden, daß alle Orte von derselben berührt werden. Der Antrag, den Redner eingebracht hat, daß mindestens drei Mitglieder der parlamentarischen Fraktion in der Parteileitung zu sitzen haben, wurde im Auftrage der Organisation von Tirol und Vorarlberg gestellt. Man wollte ursprünglich beantragen, es solle die parlamentarische Fraktion die Parteileitung bilden, ging aber davon ab, da nicht alle Länder in der Fraktion vertreten sind. Redner spricht sich gegen den Antrag 26 b aus. Gegen den Antrag, betreffend die Beschickung des Parteitages durch Genossinnen, hat Redner nichts einzuwenden, er bezweifelt aber, ob die Frauenorganisation jeder Nation in der Lage sein wird, durch zwei Genossinnen vertreten zu sein. Er schließt sich auch den Klagen über die Zentralisation der Kräfte in Wien an.

Gen. Polke (Freiwaldau) stellt und begründet folgenden Antrag:

„Die Bezirksorganisation Freiwaldau (Schlesien) wird wegen gänzlichen Mangels an Kräften und Mitteln nach Möglichkeit mit Referenten unterstützt, damit der Ausbau der dortigen Organisation ermöglicht werde."

Redner befürwortet den Antrag der Organisation Mährisch-Schönberg und wünscht bezüglich des Antrages 26d, daß endlich einmal die Beschlüsse hinsichtlich der Frauenfrage von den Parteigenossen mit mehr Ernst behandelt werden, denn die Frauen seien besonders bei Streiks und bei den Wahlen unentbehrlich.

Gen. Spann (XIII, Wien) bemerkt, daß dieselben Zustände, die vom Vorredner bezüglich Schlesiens bemängelt werden, auch in einigen Bezirken Wiens bestehen und es schwer sei, Referenten zu erhalten.

Vorsitzender Gen. Popp macht darauf aufmerksam, daß diese Angelegenheit vor den niederösterreichischen Landesausschuß, nicht aber vor den Parteitag gehöre.

Gen. Dr. Morgenstern (Mährisch-Schönberg): Durch die von der Parteivertretung beantragten nationalen Parteitage und Gesammtparteitage werden den Provinzgenossen schwere Opfer auferlegt. Ich stelle daher den Antrag zu Punkt IV: Der erste Satz habe zu lauten:

„Parteitage der einzelnen Nationen, sowie Gesammtparteitage finden regelmäßig in alternirender Weise in jedem Jahre statt."

Auf diese Weise dürfte es auch gelingen, die Verhandlungen zusammenzudrängen, so daß es nicht nothwendig sein wird, daß wir acht Tage berathen. Wenn den Provinzgenossen noch größere Lasten als bisher aufgebürdet würden, könnte der Parteitag im nächsten Jahre sehr schwach besucht werden.

Der Punkt V ist unklar gefaßt. Ich beantrage daher, daß es hier statt Parteitag heißt:

„Der Gesammtparteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung . . ."

Auch über die Stärke der beantragten Exekutivkomités fehlt jede Richtschnur. Deshalb beantrage ich zu Punkt IX:

„Die Anzahl der Mitglieder des Exekutivkomités wird von dem nationalen Parteitage im gegenseitigen Einvernehmen bestimmt."

Bezüglich der Parteisteuer leiden wir an dem Blocksystem. Es ist nothwendig, daß den Wahlkreisvertretungen, respektive den Lokal- und Bezirksorganisationen größere Mittel zur Verfügung gestellt werden und nicht immer ein perzentueller Antheil an die Partei abgeführt werde. Wenn die Organisationen etwas übrig haben, werden sie an die Reichskasse nicht vergessen. Die Landes- und Reichsorganisationen sollten überhaupt auf diese lächerliche Lappalie verzichten und den Bezirks- und Lokalorganisationen die Möglichkeit geben, ihre finanziellen Verhältnisse zu rangiren.

Gen. Ueckar (Triest) unterstützt wärmstens den Antrag der italienischen Delegation auf Errichtung eines Sekretariats. Er konstatirt das Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung in Triest und verweist diesbezüglich auf die Erfolge der letzten Reichsrathswahlen, bei denen 4464 Stimmen für den sozialistischen Kandidaten abgegeben wurden. Die neue Organisation bedürfe aber dringend einer moralischen und materiellen Unterstützung.

Gen. Schiller (Reichenberg) spricht sich gegen eine Aenderung der gegenwärtigen Organisation aus. Die jetzt bestehenden Kreisorganisationen bestehen noch nicht lange, so daß man deren Wirken noch nicht überblicken konnte. Redner tritt für den Antrag Dr. Čech ein, welcher dahin lautet, die Organisation der Frauen mit allen Mitteln anzustreben. Im Antrage Krapka wird von Nationen gesprochen. Das nationale Moment sollte man aber aus dem Spiele lassen; es wird überhaupt diesmal zu viel von Nationen gesprochen. Wir sind eine internationale Partei, und wir sollen den Nationalitätenhader nicht aufkommen lassen. Redner unterstützt noch den Antrag Behr, daß jede Organisation nur einen Delegirten zum Parteitage entsenden darf, spricht sich aber gegen den Antrag der Organisation Brünn aus, daß die Organisation nach Gerichtsbezirken eingerichtet werden soll.

Gen. Roušar (Prag) spricht tschechisch. Er führt aus, daß der Antrag der tschechischen Genossen aus der Natur der Organisation entsprungen sei. Die Genossen finden, daß die gegenwärtige Art der Beschickung der Parteitage nicht entsprechend sei, und sie könnten die deutschen Genossen sehr leicht dadurch überzeugen, indem auch sie alle Kleinigkeiten, die sie zu erledigen haben, auf diese Parteitage bringen und hier behandeln lassen. Die tschechischen Genossen sind überzeugt, daß auch die anderen nichtdeutschen Genossen derselben Ansicht sind, und sie bitten, ihren Antrag als einen ganz sachlichen anzusehen und nicht als Ausfluß des Chauvinismus zu betrachten. Schließlich ersucht Redner, daß mit dem Antrag nicht so verfahren werde, wie mit jenem der tschechischen Genossen auf dem Gewerkschaftskongreß, der in einem Winkel abgemurkst wurde. (Heiterkeit.)

Gen. Nemec (Wien): Endlich haben wir einen Parteitag, auf welchem die nationale Frage und die nationalen Unterschiede einer eingehenden Würdigung unterzogen worden sind. Man hat gefunden, daß der bisherige Vorgang nicht ganz richtig war. Wir haben im vorigen Jahre einen Antrag eingebracht, welcher auch angenommen worden ist und welcher lautet:

> „Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich, die sich aus den Vertretungen oder Exekutivkomités der deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammensetzt und in der die italienischen und südslavischen Genossen entsprechend vertreten sind. Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen."

Wir haben schon am Prager Parteitag erklärt, daß wir Niemand in die Parteivertretung wählen, weil wir diesen Antrag so aufgefaßt haben, daß der österreichische Parteitag nicht mehr in der Weise einzuberufen ist wie bis jetzt, sondern daß jede nationale Gruppe ihre eigenen Parteitage einberuft, sich ihr Exekutivkomité wählt, und daß diese Exekutivkomités die Gesammtparteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie bilden. Nun ist die Sache anders gekommen. Man hat gesagt, wir wollen eine österreichische Parteivertretung haben, in welcher die verschiedenen Nationalitäten vertreten sind, und außerdem eine gesammtösterreichische Parteivertretung. Am Parteitag zu Prag wurde denn auch beschlossen: „Parteitage finden regelmäßig in jedem Jahre statt." Dann weiter: „Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung." Die Parteivertretung, wie sie heute zusammengesetzt ist, ist aber nicht im Stande, alles das zu machen, was die einzelnen nationalen Organisationen brauchen. Es soll also die heutige Organisation geändert werden. Sie können unmöglich österreichische Parteitage, auf welchen alle Nationalitäten vertreten sind, einberufen, und nebstbei noch Gesammtparteitage, wo wieder alle Genossen vertreten sind. Sie werden finden, daß, wenn auf einem gesammtösterreichischen Parteitage nur Fragen der Taktik und des Programms behandelt werden, wir mit zwei oder drei Tagen das Auslangen finden werden, und Sie werden auch finden, daß dies der geeinigten

Partei besser entsprechen wird. Wenn die anderen Parteien sich ebenfalls entwickelt haben werden, werden sie mit denselben Forderungen kommen und sich nicht damit abthun lassen, daß man ihnen sagt, die deutschen Genossen haben die Leitung, und die anderen sollen arbeiten. Es geht auch nicht an, zu sagen, die deutschen Genossen sind verpflichtet, alle nationalen Organisationen zu organisiren. Das müssen sich die nationalen Organisationen selbst besorgen, und demgemäß müssen sie auch in der Gesammtleitung der Partei eine entsprechende Vertretung finden. Es muß damit einmal gebrochen werden, daß die Parteitage der deutschen Genossen zugleich Gesammtparteitage der österreichischen Sozialdemokratie sind.

Wenn Sie fragen, wie es möglich ist, daß diese nationalen Exekutivkomités stets miteinander in Fühlung sein sollen, so ist die Antwort sehr leicht gegeben. Jede nationale Gruppe wählt sich ein Exekutivkomité, von welchem stets ein oder zwei Mitglieder in Wien wohnen müssen, welche die ständige Fühlung mit den anderen Exekutivkomités aufrecht zu halten haben. Hiefür ist auch durch die Bestimmung vorgesorgt, daß in jedem Vierteljahr eine Sitzung des Gesammtexekutivkomités stattfinden soll. Ich bitte Sie, alle diese Erwägungen zu beachten.

Die einzig richtige Lösung dieser schwierigen Frage wird die sein: keine gemeinsame österreichische sozialdemokratische Partei, sondern eine geeinigte Partei der österreichischen Sozialdemokratie, welche aus den verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzt ist. (Beifall.)

Gen. Palka (Wr.-Neustadt) glaubt, wenn die Wahlkreisorganisation zur Durchführung gelangen sollte, so müßten zuvor die nöthigen Mittel aufgebracht werden, um unabhängige Agitatoren zu bestellen, sonst würde diese Organisation nur abträglich sein. Von den Genossen in Wr.-Neustadt sei er beauftragt, sich dahin auszusprechen, daß nicht alljährlich ein Parteitag abgehalten werden solle, da die Provinzorganisationen nicht in der Lage seien, die Kosten hiefür aufzubringen. Es sollte die alte Bestimmung wieder hergestellt werden, wonach nur in jedem zweiten Jahre ein Parteitag stattfinden soll. Es könnte ja in dem einen Jahre der gewöhnliche Parteitag und im zweiten Jahre der gesammte Parteitag für alle Nationen Oesterreichs abgehalten werden. Schließlich tritt Redner für die Ausgabe kleinerer Blocks ein, um die Abfuhr des gesammelten Geldes rascher bewerkstelligen zu können. Den Antrag Camber betrachtet er als unannehmbar, da die Partei jene Mittel, welche ihr zur Verfügung stehen, für wichtigere Aufgaben benöthige.

Gen. H o f f m a n n (Inzersdorf) bemerkt, daß durch die Einführung der Wahlkreisorganisation die bestehende Organisation der Ziegelarbeiter außerordentlich geschädigt würde. Es muß überhaupt gesagt werden, daß die Organisation der Ziegelarbeiter eine außerordentlich schwierige Arbeit ist, da es in Wien außerordentlich schwer ist, tschechische Referenten zu bekommen. Er spricht sich daher gegen die Einführung der Wahlkreisorganisation aus und schlägt vor, daß jeder Wahlkreis seine Organisation so einrichten möge, wie es seinen Verhältnissen entsprechend sei. Weiters tritt Redner für eine intensivere Agitation unter der Bauernschaft ein und wünscht, daß auch der Frauenorganisation eine größere Aufmerksamkeit zugewendet werde. Es sei bedauerlich, daß es nicht möglich sei, die in Wien bestehenden Arbeiterinnenvereine lebensfähig zu erhalten.

Gen. H i r s ch (Atzgersdorf) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und spricht sich besonders gegen die Organisation nach Wahlkreisen aus; so habe namentlich der Ort, den Redner vertritt, mit dem Wahlkreishauptorte St. Pölten gar keine Verbindung.

Gen. G r a b l o v i c (Köflach) tritt für die Organisation nach Wahlkreisen ein. Wenn diese Organisationsform vor den Wahlen bestanden hätte, hätte auch die Agitation viel besser betrieben werden können. Bezüglich des Parteitages steht Redner auf dem Standpunkt des Gen. Nemec. Betreffs der Parteivertretung kündigt er einen Antrag an. Den Antrag Stark findet er nicht am Platze, da man die nichtpolitischen Vereine nicht mit Aufgaben der politischen Partei betrauen dürfe.

Ein Antrag P e r l o r n i g g - S o k o l, Generalredner zu wählen, wird a b g e l e h n t.

Gen. H e d o r f e r (XI, Wien) bemerkt zur Unterstützung des Antrages 17, daß es Pflicht sei, Leuten, welche für die Partei gestimmt haben und Auskunft in

Rechtsangelegenheiten wünschen, solche zu ertheilen. Bezüglich des Antrages 18 verweist er auf den Streik der Gasarbeiter, bei welchem sich der Mangel eines italienisch sprechenden Genossen fühlbar gemacht habe. Redner beantragt schließlich, eine italienisch sprechende, unabhängige Person anzustellen, damit sie mit diesen Leuten unbehindert verkehren kann.

Vorsitzender Gen. Popp gibt bekannt, daß abermals eine Anzahl von Anträgen zu dem in Verhandlung stehenden Punkt der Tagesordnung überreicht wurden. Da er zum Schluß der Sitzung schreiten will, läßt er durch den Schriftführer die Anträge verlesen.

Antrag Kristan (Laibach) und Genossen:

„Die Sozialdemokratie Oesterreichs ist zusammengesetzt aus der deutschen, böhmischen, südslavischen und italienischen sozialdemokratischen (eventuell und der ruthenischen radikalen) Partei, welche ihre eigenen Exekutivkomités und Parteitage haben. Die allen nationalen Gruppen gemeinsamen politischen und parteilichen Angelegenheiten werden durch eine Reichsparteivertretung geleitet, in welcher alle Nationen proportionaliter nach der Stärke vertreten sind. Jedes zweite Jahr findet der ordentliche Parteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs statt, auf welchem nur gemeinsame und prinzipielle Angelegenheiten zu verhandeln sind."

Antrag Valka (Bezirksorganisation Neutitschein):

„Die Parteileitung wird beauftragt, für unseren Kreis eine Organisationskraft, die beider Landessprachen mächtig ist, anzustellen. Die Begründung zu diesem Antrag liefert eine ungemein große Masse Arbeiter der Textil- und Hutmacherbranche in Stadt und Umgebung von Neutitschein, die noch aufzuklären ist."

Antrag Winarsky (III, Wien):

„Der Parteitag fordert die Parteivertretung auf, der prinzipiellen Ausbildung der organisirten Genossen und Genossinnen ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden, eventuell für die Schaffung geeigneter Institutionen zu sorgen."

Zusatzantrag Dr. Čech zu 26 d:

„Der Parteitag verpflichtet die Parteivertretung, die geeigneten Maßnahmen zur Ausführung des Beschlusses 26 d (Frauenagitation) zu treffen und über die erzielten Resultate dem nächsten Parteitage Bericht zu erstatten."

Gen. Dr. Adler theilt mit, daß die Tramway-Gesellschaft trotz der in Anwesenheit des Bürgermeisters, des Statthalters und eines Beamten des Handelsministeriums gegebenen Zusage, keinen Bediensteten zu entlassen, heute 60 Bedienstete entlassen habe (Pfui-Rufe); allerdings nur solche, die in den letzten Tagen engagirt wurden und sich nicht zu Streikbrechern hergegeben haben. Es ist jetzt Pflicht der Partei, in der Presse und auch sonst Alles daranzusetzen, daß die Behörde, welche den Vertrag mitunterzeichnete und damit Garantien übernommen hat, an ihre Pflicht gemahnt werde. Ich möchte Sie daran erinnern, daß die Sammlung für die Streikenden noch nicht ihr Ende gefunden hat, sondern daß besonders die Wiener Genossen in energischer Weise eingreifen müssen. So viel ist sicher, daß die Tramwaybediensteten gesehen haben, daß ihre Erfolge nur so weit reichen als ihre eigene Kraft. (Beifall.)

Vorsitzender Gen. Popp schließt hierauf die Sitzung um ½6 Uhr Abends.

Fünfter Verhandlungstag am 10. Juni 1897.

Vormittagssitzung.

Beginn 9 Uhr 30 Minuten.

Vorsitzender Gen. Popp eröffnet die Sitzung und gibt bekannt, daß von Gen. Job mit Bezug auf die Debatte zum Punkt „Parlamentarische Thätigkeit" folgende Erklärung abgegeben wurde:

„Ich halte es für meine Pflicht, Folgendes zu erklären. Meine Worte, die ich in der Debatte über den Punkt „Taktik" den Ausführungen des Gen. Daszynski gegenüberstellte, wurde von den Genossen mißverstanden und von der Bourgeoisiepresse absichtlich verdreht. Es ist mir nie eingefallen, ein Anhänger der historischen Pergamente und des historischen Staatsrechts zu sein. Ich erkläre, daß ich geradeso wie die ganze tschecho-slavische Partei auf dem Standpunkte des natürlichen Selbstbestimmungsrechtes eines jeden Volkes stehe."

Der Vorsitzende theilt weiters mit, daß noch 25 Redner vorgemerkt sind. Er ersucht die Redner, sich strenge an die Tagesordnung zu halten und alle Wiederholungen zu vermeiden, damit nicht die letzten Punkte der Tagesordnung durchgepeitscht werden müssen.

Gen. Ulrich (Bielitz) erklärt, er könne auf Grund der Erfahrungen sich mit den in Punkt „VI. Vereinswesen" vorgeschlagenen Bestimmungen nicht einverstanden erklären, denn es sei unpraktisch, wenn politische Vereine ihre Wirksamkeit auf einen ganzen Wahlkreis erstrecken sollen. Er spricht sich weiters gegen das Blocksystem aus. Auch die Gewerkschaften hätten ja dieses System bereits abgeschafft. In Bielitz wurden in kurzer Zeit anläßlich des Streiks durch Listen fl. 40 eingebracht, ein Betrag, der mittelst Blocks in einem ganzen Jahre nicht aufzubringen wäre.

Gen. Kořinek (Mödling) bemerkt zu dem Antrage der Gen. Krapka und Čech, daß die Antragsteller auch hätten angeben sollen, in welcher Weise die Frauenorganisation am praktischesten in Angriff genommen werden soll.

Redner empfiehlt in den Frauenversammlungen hauptsächlich die wirthschaftlichen Fragen zu besprechen, weil diese den Frauen am nächsten liegen.

Auch die Konsumgenossenschaften seien ein Mittel, um die Frauen in die Organisation zu bringen. Was die Agitationen in der Provinz betreffe, so sei es leider vorgekommen, daß auch Leute als Agitatoren hinausgeschickt wurden, die zwar gute Redner sind, die aber durch ihr Auftreten nach den Versammlungen den Eindruck, welchen sie gemacht haben, wieder vollständig zerstörten, indem sie sich nicht wie Genossen, sondern wie Bourgeois benehmen. (Gen. Schuhmeier: Wer war denn das?) Der Betreffende ist nicht anwesend, ich werde aber den Namen dem Gen. Schuhmeier sagen, damit dieser Parteigenosse nicht mehr in die Provinz hinausgeschickt werde.

Gen. Dr. Ellenbogen (Wien): Es ist von mehreren Seiten die Nothwendigkeit einer Regelung der Agrarfrage betont worden. Dieselbe ist thatsächlich für Oesterreich ungleich wichtiger als für Deutschland, weil wir ein Agrikulturland sind. Die Genossen einer Großstadt wissen eben nicht, wie schwierig es ist, auf dem Lande zu arbeiten, und so leicht wie Gen. Prähauser es meint, ist die Sache nicht, daß man einfach die Leute hinausschickt und sagt, sie werden schon das Richtige finden. Es mag sein, daß es solche Leute gibt, aber jenen, welche

nicht diesen feinen Instinkt haben, muß doch eine gewisse Richtschnur gegeben werden. Auch geht es nicht an, die Agitation auf die Landarbeiter zu beschränken, man muß auch die kleinen Bauern in dieselbe einbeziehen. Ich glaube, das Einzige, was wir jetzt thun können, ist, daß wir es der Parteileitung überlassen, den Zeitpunkt zu bestimmen, in welchem man ein solches Agrarprogramm ausarbeiten soll. (Rufe: Das ist auch schon im vorigen Jahre gesagt worden!) Die Frage ist eben ungeheuer komplizirt, nicht nur nach innen, sondern auch nach außen. Sie hat einen anderen Charakter in Böhmen und einen anderen in Tirol.

Auch die Frage der Parteisteuer ist nicht so einfach zu lösen. Dazu bedarf es eingehender Studien. Meiner Ueberzeugung nach wird sich dieselbe nicht anders lösen lassen als in der Weise, daß wir eine territoriale Eintheilung der Organisationsbezirke vornehmen und bestimmte Sammler aufstellen, welche von Haus zu Haus gehen. Wenn die Genossen in Deutschland das gemacht haben, wird es auch bei uns möglich sein.

Bezüglich der vielberührten Nationalitätenfrage möchte ich Folgendes bemerken: Wir können nicht leugnen, daß die Thatsache der nationalen Unterschiede besteht. Daraus ergibt sich für uns als ein unabweisliches Prinzip, das Sie ja auch hier in mehreren Sprachen lesen können: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch", das heißt diejenige Trennung, welche durch die natürlichen Verhältnisse, durch die Entwicklung der einzelnen Nationen sich speziell in Oesterreich naturnothwendig ergibt, müssen wir durch irgendwelche organisatorische Maßregeln zu überwinden im Stande sein. Darin liegt der Unterschied zwischen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Politik. Die bürgerliche Politik ist dahin gerichtet, den nationalen Hader anzufachen, weil sie vom Streite lebt; unsere Politik muß dahin gehen, uns zu vereinigen, um die Macht der Bourgeoisie zu brechen. Unsere Aufgabe ist es daher, eine Form zu finden, um die in den letzten Jahren entstandenen selbstständigen Organisationen zu vereinigen. Diese Form ist der Gesammtparteitag, und ich glaube, daß wir nicht weiter gehen sollten, als die Parteivertretung uns vorschlägt. Ich glaube, daß eine Trennung der Parteivertretung im gegenwärtigen Momente nicht möglich ist, so lange wir nicht ein Mittel haben, um die Wiedervereinigung dieser Theile bewirken zu können. Wenn aber fortwährend hervorgehoben wird, daß es unsere Aufgabe ist, gegenüber dieser nationalen Trennung die Vereinigung durch die Organisation zu bewirken, so ist von einem „Betonen" der Nationalität keine Rede. Wir anerkennen nur die Thatsachen. (Gen. Dr. Berstl: Nationale Ueberschwänglichkeit!) Davon ist keine Rede. Es gibt doch Leute, die nur deutsch, und Leute, die nur tschechisch sprechen. Mit dieser Thatsache müssen wir rechnen, und wenn wir das thun, so werden wir die Frage zum Wohle der gesammten Partei lösen.

Gen. Fischer (Schwechat) spricht sich gegen den Antrag Palka's aus und glaubt, es wäre viel besser, wenn vorläufig die Organisationen in der Weise bestehen bleiben würden, wie sie jetzt bestehen. In dem Antrage Stark sei nicht angegeben, in welcher Form die Parteisteuer eingehoben werden soll. Wenn vorgeschlagen werde, daß Sammler von Haus zu Haus gehen, dann sei keine Kontrole vorhanden. Im Jahre 1874 habe in Schwechat eine derartige Einrichtung bestanden, und die Kontrole sei dadurch hergestellt worden, daß die Beträge in der „Gleichheit" ausgewiesen wurden. Schließlich fordert Redner die Parteileitung auf, dieselbe möge Listen herausgeben, aus welchen zu ersehen sei, wie viel sozialdemokratische Stimmen in jeder einzelnen Ortschaft abgegeben worden seien, damit man wisse, in welchen Ortschaften sich Genossen befinden, und wie viele es deren gibt. Das sei für die Agitation von großer Wichtigkeit.

Gen. Skaret (Wien): Wenn der Antrag der Wiener Genossen zum Beschlusse erhoben wird, daß die Anträge zum Parteitage von Seite der Parteivertretung gleichzeitig mit der Einberufung desselben hinausgegeben werden, würden eine Menge von Unannehmlichkeiten auf dem Parteitag erspart. Ich glaube, die Parteivertretung soll doch, wenn sie den Parteitag einberuft, wissen: Was haben wir dem Parteitag Neues vorzuschlagen, nachdem sie ja die Tagesordnung bekannt gibt. Wenn sie von uns verlangt, daß wir unsere Anträge vier Wochen vor dem Parteitage einbringen, so können wir von ihr verlangen, daß sie ihre Anträge acht Wochen früher bekannt gibt. In Punkt IV heißt es: Der Parteitag findet regel=

mäßig in jedem Jahre statt. In Punkt VIII heißt es: Alle zwei Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen. Nach dem Wortlaute dieser Bestimmungen wäre dies so zu verstehen, daß alljährlich ein Parteitag und außerdem alle zwei Jahre ein Gesammtparteitag einberufen wird, so daß also in jedem zweiten Jahre ein Parteitag und ein Gesammtparteitag stattfindet. Ich glaube, wir könnten mit einem Parteitag, der nur alle zwei Jahre stattfindet, das Auskommen finden. Es steht ja ohnehin der Parteivertretung jederzeit das Recht zu, bei besonderen Anlässen einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen.

Ein Antrag des Gen. Winarsky auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Gen. Seliger (Teplitz) bemerkt, daß der von der Parteivertretung vorgelegte Organisationsentwurf, gegen den sich viele Redner ausgesprochen haben, nichts Anderes enthalte, als was bereits zum Theil eine vollzogene Thatsache sei. Wenn man gegen den Entwurf stimme, beschließe man damit die Aufhebung der bereits bestehenden Wahlkreisorganisationen. Je kleiner die Kreisorganisation sei, desto größer sei der Fortschritt in der Bewegung. Redner schließt sich dem Antrage der tschechischen Genossen bezüglich des Parteitages an und schlägt vor, daß es statt „Parteivertretung" zu heißen habe: „Geschäftsführender Ausschuß" oder „Exekutivkomité der Partei". Das wäre verständlicher. Er vertritt schließlich den Antrag 23 der Organisation Teplitz und beschwert sich über die große Zahl der zirkulirenden Blocks.

Gen. Winarsky (III. Bez., Wien) ist der Ansicht, daß der Parteitag den einzelnen nationalen Organisationen die größtmögliche Autonomie einräumen solle und befürwortet den Vorschlag der Parteivertretung mit dem Zusatzantrag Hybeš. Er hält es aber für zweckmäßig, daß in sprachlich gemischten Bezirken die Organisationen ein gemeinsames Komité zur Regelung der Angelegenheiten einsetzen würden. Redner begründet sodann den von ihm überreichten Antrag bezüglich der Ausbildung von Agitatoren.

Gen. Feigl (V. Bez., Wien) kommt auf die Erklärung des Abgeordneten Dr. Jarosiewicz zurück und drückt sein Erstaunen aus, daß sich bisher so wenige Redner mit derselben befaßt haben. Er sei von der Erklärung durchaus nicht befriedigt, denn eine Partei, die sich nicht offen eine sozialdemokratische nenne, könne man von vorneherein nicht aufnehmen. (Rufe: Das wollen die Ruthenen auch nicht!) Andererseits solle man den Ruthenen nicht Hindernisse in den Weg legen und sie so in eine andere Richtung drängen. Redner begründet hierauf seine Anträge und ersucht um Annahme derselben.

Gen. Schuster (Linz) wünscht die Einführung der Wahlkreiseintheilung und eine intensivere Beschäftigung der Parteileitung mit der Agrarfrage. Bezüglich der Frauenagitation mögen die Genossen bei ihren eigenen Frauen anfangen und sie in Versammlungen schicken, dann werde diese Bewegung rascher vorwärts kommen.

Vorsitzender Gen. Popp macht aufmerksam, daß abermals ein Antrag einlief, welcher lautet:

Antrag Kickmaier (Graz):

„In Erwägung, daß bei Einrichtung von Vereinsbibliotheken seitens vieler Organisationen ganz planlos vorgegangen wird, beantragt der Gefertigte, die Parteileitung werde beauftragt, ein Verzeichniß aller jener Bücher und Werke vorzulegen, die jede Vereinsbibliothek enthalten soll.

Gleichzeitig wäre in diesem Verzeichniß, welches in Druck gelegt werden muß, auch die Reihenfolge anzugeben, welche beim Lesen einzuhalten ist, um dadurch den Bibliothekaren eine Direktive zu geben, in diesem Sinne auf die Leser einwirken zu können."

Gen. Čobal (Sagor): Es wird von vielen Genossen ein Agrarprogramm verlangt; man sagt, es sei mit dem jetzigen Programm nicht möglich, unter der Landbevölkerung zu agitiren. Dies ist aber unrichtig. Jeder Genosse, der unter die Landbevölkerung kommt, soll den Leuten auseinandersetzen, daß sie befreit werden, nicht daß ihnen von uns etwas genommen wird. Bezüglich der Delegirung zum Parteitag soll es bei der alten Bestimmung bleiben, daß jede Bezirksorganisation das Recht habe, eine Delegirung zu entsenden. Die beantragte Wahlkreiseintheilung ist nicht überall praktisch durchzuführen, die Entscheidung

soll da den Landesorganisationen überlassen bleiben, und ich werde deshalb für den Antrag der Reichenberger stimmen.

Gen. Kristan (Laibach): Das neue Statut enthält entweder Widersprüche oder Pleonasmen. Es heißt einmal Parteitag, dann Gesammtparteitag, einmal Parteivertretung, dann wieder Gesammtparteivertretung. Ich konstatire mit Vergnügen, daß sich die Mehrzahl der Redner für den Antrag der tschechoslavischen Organisation ausgesprochen hat. Ich empfehle meinen Antrag, damit endlich klar ausgesprochen werde, in welcher Weise die Sozialdemokratie Oesterreichs zusammengesetzt ist. Bezüglich der Aufnahme der radikal-ruthenischen Partei in meinen Antrag ist dieser Passus nicht aus meiner Initiative hineingekommen, sondern auf Grund eines von anderer Seite geäußerten Wunsches. Dr. Ellenbogen sagt, daß damit eine Zerreißung der Parteivertretung beabsichtigt sei. Wir wollen im Gegentheil eine Parteivertretung, welche sich mit den gesammten Fragen der Partei befassen soll. Wir wollen aber nicht, daß die Parteivertretung überladen werde mit Dingen, die nur einzelne Gruppen angehen, und wir wollen nicht, daß der Parteitag sich immer und immer wieder mit lokalen Fragen beschäftige. Was die Organisation der Bauern anbelangt, ist das eine Frage, die der Parteitag nicht lösen kann. Die Lage der Bauern ist in den verschiedenen Gegenden eine ganz verschiedene. Wir wollen eben die Sozialdemokratie nach nationalen Gruppen organisiren, und diese Gruppen sollen dann auch die Organisirung der Bauern in geeigneter Weise durchführen.

Die Organisation der Frauen ist eine sehr schwierige Sache. Wir haben zum Beispiel in der Laibacher Tabakfabrik, welche 2500 Arbeiterinnen beschäftigt, zirka 30 organisirt. Wir leben ja auch in einem kapitalistischen Staat, wo die Frau im Hause thätig sein muß. Der Wunsch, daß eine sozialdemokratische Bibliographie hergestellt werde, ist ein vollkommen gerechtfertigter.

Gen. Zavertnik (Wien): Es wurde gegenüber dem Antrag des Genossen Camber gesagt, es sei nöthiger, um Wien herum zu organisiren. Die Sozialdemokratie hat aber ein Interesse, überall zu organisiren, wo Menschen wohnen: wir müssen nicht nur industrielle Arbeiter in die Bewegung ziehen, sondern auch die Bauern. Daß wir dies können, beweist Krain, Kroatien und Ungarn. Redner steht auf dem Standpunkt der tschechoslavischen Organisation. Es ist unmöglich, die Wahlen von einem Orte aus zu leiten, wenn man nicht einmal die Muttersprache der betreffenden Wähler kennt. Die Cillier sind nur deshalb unterlegen, weil die Wahl von Graz aus geleitet wurde. (Widerspruch.) Die Niederlage wäre gewiß nicht so groß gewesen, wenn die Genossen von Steiermark dort gute slavische Agitatoren angestellt hätten. Durch Annahme des Antrages auf Anstellung eines Agitators in Triest dürfte die sozialistische Idee dort festeren Fuß fassen und der nationale Kampf verringert werden. Für die Wahlkreisorganisation muß ich eintreten, da ich überzeugt bin, daß diese Organisationsform besser sein wird: ich bin aber dagegen, daß von jedem Wahlkreis nur zwei Delegirte zum Parteitag entsendet werden können.

Gen. Radimsky (Wien): Es wurde uns gestern seitens des Genossen Schiller vorgeworfen, daß wir zu national sind. Wir müssen diesen Vorwurf ganz entschieden zurückweisen, wir sind national im Sinne des kommunistischen Manifestes, wo es wörtlich heißt: „Das Proletariat jeder Nation muß sich als nationale Klasse konstituiren. Das Proletariat jeder Nation muß sich zur nationalen Klasse erheben, muß sich als Nation selbst konstituiren." Dazu müssen aber zuerst nationale Organisationen da sein. Deshalb ist auch die alte Internationale zu Grunde gegangen, weil nicht die Bedingungen für ihre Existenz gegeben waren. Zur Zeit der Internationale bestanden keine nationalen Organisationen, deshalb konnte international auch nicht gearbeitet werden. Gegen die kapitalistische Ausbeutung werden wir immer international sein. Deshalb hat uns Tschechen die Interpretation des Internationalismus seitens der Genossen Adler und Pernerstorfer sehr angenehm berührt.

Diese Auslegung wird der gesammten österreichischen Sozialdemokratie nur zum Vortheile gereichen. Wir haben uns im Jahre 1892 eine selbstständige nationale Parteiorganisation gegeben, und zwar erstens aus rein praktischen Gründen, weil wir die Massen des tschechischen Volkes in rein sozialdemokratischem

Sinne nicht organisiren können, zweitens deshalb, weil wir als Sozialdemokraten dafür halten, daß wir uns das Selbstbestimmungsrecht zu wahren haben. Wir halten jedes zweite Jahr unseren Parteitag ab, wo wir unsere häuslichen Angelegenheiten besprechen, und wir können da nur erfreuliche Fortschritte konstatiren. Die programmatischen und parteitaktischen Fragen wollen wir aber dem gesammtösterreichischen Parteitag zugewiesen haben. Wie die Tschechen haben sich auch die Polen und die südslavischen Genossen in letzter Zeit als eigene nationale Organisation konstituirt und werden auch die Italiener und die übrigen Nationalitäten nachfolgen. Es geht nicht an, daß auf dem gesammtösterreichischen Parteitag spezifisch deutsche Fragen behandelt werden. Wir haben bis heute alle Reichsparteitage beschickt. Durch die jährliche Abhaltung der Parteitage kommen wir in eine schlechte Lage, da es uns aus materiellen Gründen nicht möglich ist, in einem Jahre einen Parteitag und im nächsten Jahre zwei Parteitage zu beschicken. Deshalb soll der Reichsparteitag nur alle zwei Jahre abgehalten und demselben nur programmatische und parteitaktische Fragen überwiesen werden. Die Beschickung dieser Parteitage ist nach Wahlkreisen der fünften Kurie vorzunehmen. Die deutschen Genossen werden gezwungen werden, ihre Angelegenheiten auf einem eigenen Parteitag zu behandeln. Demgemäß muß auch die Gesammtparteivertretung organisirt werden. Die Gesammtparteivertretung besteht im Sinne des Prager Beschlusses aus den Exekutivkomités der nationalen Organisationen. Die deutschen Genossen können auf dem heutigen Parteitag wieder nur ihr deutsches Exekutivkomité wählen, das dann im Verein mit den anderen Exekutivkomités der bestehenden nationalen Organisationen die Gesammtparteivertretung bilden wird. Aus dieser Gesammtparteivertretung heraus müßte dann der Vollzugsausschuß der gesammtösterreichischen Sozialdemokratie gebildet werden, und jedes Exekutivkomité soll im Verhältniß zur Stärke der nationalen Organisationen Delegirte entsenden. Ich bitte, sich mit dem Antrag der tschechischen Vertrauensmänner ernst zu beschäftigen, im Interesse des einträchtigen, fruchtbaren Zusammenwirkens der gesammtösterreichischen Sozialdemokratie. (Beifall.)

Gen. Dr. Diamand (Lemberg): Die Delegirten Ostgaliziens legen der Erklärung der ruthenischen radikalen Partei eine große Bedeutung bei. Wir haben mit dieser Partei zusammenzuarbeiten und wir halten dieses Zusammenarbeiten für die Entwicklung des Sozialismus in der Provinz und in der ganzen Monarchie für wichtig. Die ruthenische radikale Partei hat in ihrer Erklärung nicht nur der Meinung des Komités, sondern der wirklichen, wahrhaften Meinung der ruthenischen Bauernschaft Ausdruck verliehen. Während der letzten Wahlen haben wir Gelegenheit gehabt, mit den Bauern in Berührung zu treten, und gesehen, daß die sozialdemokratische Partei unter der Bauernschaft den größten Sympathien begegnet. Leider war ein Zusammengehen mit der ruthenischen Partei während der Wahlen nicht möglich, wir hätten sonst wenigstens drei Mandate mehr bekommen. (Vereinzelter Widerspruch.) Leider waren die ruthenischen Radikalen bisnun den Einflüssen anderer Parteien ausgesetzt, und das war die Ursache, weshalb wir mit ihnen nicht zusammengehen konnten. Diese Erklärung wird uns veranlassen, eine Resolution dem Parteitag vorzulegen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich einige Worte über den Gen. Dr. Berstl sagen. Wir ostgalizische Delegirte vertreten eine ganze Reihe durchaus jüdisch-proletarischer Organisationen. Wir theilen die Ansicht der Gen. Berstl und Brod ganz und gar nicht. Wir verwahren uns mit aller Entschiedenheit dagegen, als ob irgend ein opportunistischer Gedanke uns dazu bewogen hätte, für den die Tramwaybediensteten betreffenden Beschluß zu stimmen. Wir haben das ganz im Sinne der uns delegirenden Genossen gethan: wir hätten die größte Entrüstung in den jüdischen Organisationen hervorgerufen, wenn sie erfahren hätten, daß wir nicht mit aller Energie für die Tramwaybediensteten eingetreten sind. (Beifall.) Wir haben in jüdischen Wählerversammlungen erklärt, daß die Sozialdemokratie sich nie und nimmer dazu hergeben wird, irgendwelche philosemitische Schritte zu thun. Wir haben erklärt, daß wir den Antisemitismus bekämpfen, nicht weil er antijüdisch ist, sondern weil er antikulturell ist, weil er ein Schaden ist für das Proletariat in ganz Oesterreich. Die Antisemiten verstehen es, den Blick vom Kapitalismus auf die Juden abzulenken. Deshalb kämpfen wir gegen den Anti-

semitismus ebenso wie die übrigen Genossen. Aber wir werden uns nie dazu hergeben, etwas zu thun, was gegen das Klasseninteresse des Proletariats verstößt, wenn es auch im Interesse der Juden wäre. Wir sind zu klug, um darin einen Opportunismus zu sehen. Wir werden die antisemitischen Arbeiter dann für uns haben, wenn sie unsere Prinzipien kennen gelernt und sich überzeugt haben, daß der Antisemitismus nur dazu dient, die wahre Sachlage zu verschleiern. (Beifall.)

Gen. Elderſch (Brünn) unterstützt den Antrag Skaret, daß die Anträge der Parteivertretung vor Zusammentritt des Parteitages in den Zentralorganen veröffentlicht werden, wodurch auch die Einbringung überflüssiger Anträge verhindert werden würde. Die Organisation der Frauen, die wir nicht in der Weise der Christlich-Sozialen vollziehen wollen, ist eine so wichtige Angelegenheit, daß man sie nicht mit so leichten Worten, wie es der Referent gethan, abthun kann. Es muß auch für die Durchführung des Beschlusses Sorge getragen werden. Es ist Pflicht der Parteivertretung, dieser Frage eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden und auch die nöthigen Mittel zu verschaffen. Bezüglich der Wahlvereine stehen wir auf dem Standpunkt, daß solche für Wahlkreise geschaffen werden sollen, weil wir glauben, daß Vereine, die sich auf das ganze Land erstrecken, nichts Ersprießliches leisten können. Auch die Frage der Parteisteuer bedarf einer Regelung. Jede Organisation, die ausgebaut ist, bringt ihre Mittel in entsprechender Weise auf. Wir in Brünn gehen von Haus zu Haus die Parteigelder einsammeln. Bezüglich des Parteitages und der Parteivertretung stehe ich auf dem Standpunkte der tschechischen und südslavischen Genossen. Es geht nicht an, daß wir nationale Eigenthümlichkeiten in Bezug auf die Organisation hier durch irgend ein Parteistatut verschleiern wollen. Die deutschen Genossen sind gezwungen, hier auf dem gesammtösterreichischen Parteitag ihre häuslichen Angelegenheiten zu erledigen, weil es ihnen nach dem Statute nicht möglich ist, diese ihre Angelegenheiten auf einem eigenen Parteitage zur Sprache zu bringen. Ebenso ist es mit der Parteivertretung. Auch hier gibt es nur eine Gesammtparteivertretung und keine spezifisch deutsche Parteivertretung. Der nationale, verschiedensprachige Parteitag soll in jedem Jahre und ein Gesammtparteitag in jedem zweiten Jahre stattfinden, auf welch letzterem nur die Angelegenheiten, welche alle Organisationen angehen, hauptsächlich die Fragen der Taktik, geregelt werden sollen. Bezüglich der Parteikontrole verlangen wir, daß jene Genossen, welche dem sozialdemokratischen Verbande angehören, nicht in der Parteikontrole zu sitzen haben, weil die Parteivertretung die oberste Leitung unserer Partei ist und die Angehörigen des Verbandes bereits ihrer Kontrole unterstehen.

Parteiblätter sollen nur über Beschluß des Parteitages gegründet werden. Bezüglich der Agrarfrage werden jedes Jahr Wünsche geäußert, aber es werden keine Vorschläge erstattet.

Ich würde wünschen, daß eine Kommission eingesetzt werde, welche alle Beschwerden entgegenzunehmen und darüber Bericht zu erstatten hätte, damit den Genossen eine Anleitung über die Agitation in der Agrarfrage gegeben werden könne.

Gen. Pelikan (II. Wien) verzichtet auf das Wort, indem er sich mit den Ausführungen des Gen. Skaret einverstanden erklärt.

Gen. Müller (Graz) befürwortet die Anträge der Parteivertretung auf Umänderung der Organisationsform in Wahlkreise, da diese Umänderung aus den Verhältnissen hervorgegangen sei. Gegenüber dem Gen. Zavertnik bemerkt Redner, daß die steiermärkischen Genossen durch die thatsächlichen Verhältnisse gezwungen waren, in den Wahlkampf einzugreifen, weil in Cilli eine nennenswerthe Organisation nicht bestanden habe.

Redner begründet seinen Antrag auf Errichtung von Rechtsbureaux, in denen auch Nichtparteigenossen Rechtsschutz gewährt werden soll, indem er dies als sehr wirksames Agitationsmittel, insbesondere in den Provinzen, bezeichnet. Redner befürwortet noch seinen zweiten Antrag, betreffend die Parteisteuer, und weist darauf hin, daß das Blocksystem nur deshalb so diskreditirt ist, weil jede kleinste Organisation bei irgend welchem Anlasse Blocks zur Ausgabe gelangen läßt. Der Parteitag müsse sich über die Berechtigung, Blocks auszugeben, aussprechen. Bei den Industriegruppen ist es auch nicht gestattet, beliebig Blocks auszugeben. Wenn

man behauptet, daß es mit den Listen besser gehe, ist dies sicher nur für gewisse Gebiete richtig.

Gen. Smetana (Wien) tritt entschieden für eine Abänderung der Bestimmungen des Organisationsstatuts bezüglich des Parteitages, der Beschickung desselben und der Zusammensetzung der Parteivertretung ein. Es sei nicht richtig, wenn man behauptet, daß dadurch, daß neben dem Gesammtparteitag noch Parteitage der einzelnen sprachlichen Organisationen abgehalten würden, die Parteitage an Bedeutung und Kraft verlieren würden. Im Gegentheil, sie würden nicht nur nach innen, sondern auch nach außen gewinnen, weil an den Gesammtparteitagen nur die wichtigsten, die Verhältnisse der gesammten österreichischen Sozialdemokratie betreffenden Gegenstände zur Verhandlung gelangen würden.

Gen. Chwala (Wien) hält den Antrag, daß jede Bezirksorganisation nur einen Vertreter zum Parteitage entsenden soll, für berechtigt, da andernfalls es leicht vorkommen könnte, daß die Wiener die anderen Genossen majorisiren würden. In Bezug auf den Antrag, daß die Parteivertretung zugleich mit der Veröffentlichung der Tagesordnung zu den einzelnen Punkten derselben Stellung nehmen solle, ist Redner dafür, daß die Parteivertretung sechs Wochen vor dem Parteitage ihre Vorschläge veröffentlichen soll, damit die Genossen zu denselben Stellung nehmen können. Wir halten es für eine überflüssige Arbeit, führt der Redner weiter aus, wenn so viel Bezirksorganisationen sich plagen müssen, um mit Ach und Krach ihre Anträge zusammenzubringen, und sich dann viele darunter befinden, die ganz überflüssig sind. Würde die Parteivertretung ihre Vorschläge früher machen, so könnten die Genossen sich darüber früher aussprechen.

Gen. Schmied (Jägerndorf) spricht sich dafür aus, daß neben der Wahlkreisorganisation auch die bestehenden Organisationen, die sich ja bewährt haben, aufrecht erhalten werden sollen. Es sei nicht immer möglich, die Agitationen auf die einzelnen Wahlkreise zu beschränken. So mußte bei den Wahlen ein Theil eines mährischen Wahlkreises seitens des zweiten schlesischen Wahlkreises bearbeitet werden, während wieder die mährischen Wahlkreise jene Theile der schlesischen bearbeitet haben, in welchen tschechische Bevölkerung sich befindet. Was die Frauenorganisation betreffe, so sei es eine Thatsache, daß in verschiedenen Branchen die Frauen viel stärker vertreten sind als die Männer und doch nur wenige dieser Branche den Organisationen angehören. Ein spezieller Beschluß bezüglich der Frauenorganisation hätte nur den Sinn, daß wir die Genossen darauf aufmerksam machen, daß sie in dieser Richtung mehr thun sollten. Wenn man spezielle Frauenorganisationen schaffen will, so könnten solche überhaupt nur in größeren Städten gegründet werden.

Die Parteivertretung beklagt sich darüber, daß zu wenig Geld abgeliefert werde. Die Genossen streiten sich auf der anderen Seite um das System, durch welches mehr Steuer eingebracht werden könnte. Einige sind für Blocks, Andere wieder für Listen. Keine Parteivertretung wird etwas dagegen haben, wenn die Genossen irgend ein Mittel finden, um der Parteivertretung mehr Geld zufließen zu lassen. Von der Parteivertretung wird auch verlangt, daß sie alle möglichen Dinge unterstütze, dagegen aber sagen die einzelnen Organisationen, daß sie das Geld für sich selbst brauchen. Unter solchen Umständen darf man aber von der Parteivertretung keine Unterstützung verlangen. Das Blocksystem hält Redner wegen der leichten Kontrole sehr praktisch. Es würde sich aber, nachdem auch andere Blocks zirkuliren, empfehlen, auf den Parteiblocks ausdrücklich zu bemerken, daß es Parteiblocks sind.

Die Organisation der Bauern wird noch lange großen Schwierigkeiten begegnen. Es ist richtig, daß man auf die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern Rücksicht nehmen muß. In Schlesien z. B. würde es ganz gut möglich sein, die Bauern so zu organisiren wie die industriellen Arbeiter.

Die Hauptschwierigkeit bestände nur darin, daß die Leute außerordentlich schwer dazu zu bringen sind, für solche Zwecke Geld herzugeben. Vielfach müsse man sich also darauf beschränken, aufklärend zu wirken. Schließlich empfiehlt Redner die Annahme des Antrages des Gen. Polke.

Gen. Albrecht (Reichenberg): Die Agitationsbezirke können unmöglich nach den einzelnen Wahlkreisen abgegrenzt werden. Speziell in Nordböhmen wäre

es unthunlich, sich auf einen Wahlkreis zu beschränken. Wenn wir im VIII. Wahlkreise in Böhmen, zu welchem Reichenberg gehört, die Agitation auf diesen Wahlkreis beschränken würden, so wissen wir bestimmt, daß im IX. Wahlkreise nicht das gethan würde, was gethan werden muß, und es müßte die Parteivertretung dafür Sorge tragen, daß dort ständige mit der Agitation vertraute Leute angestellt werden. Wenn die Agitation in diesem Wahlkreise den Gablonzern übertragen würde, dann wäre dieselbe für die Partei so ziemlich verloren, denn sie werden mit der Stadt Gablonz und ihrem eigenen Wahlkreise nicht fertig. In beiden Wahlkreisen haben wir auch sehr viele Tschechen. Die Organisation unter denselben ist eine ziemlich mangelhafte, und es ist ganz richtig, wenn Gen. Schiller sagte, daß sich die tschechischen Genossen mehr auf den nationalen Standpunkt stellen. Die tschechischen Arbeiter nehmen zwar theil an den wirthschaftlichen Kämpfen, da sind sie international, aber in politischen und anderen Fragen sind sie es nur bedingungsweise.

Gen. Stephan (Römerstadt) schließt sich den Anträgen des Gen. Eldersch an und hält den Modus, der für die Organisation gefunden wurde, für den besten. Redner tritt der Ansicht des Gen. Ellenbogen, daß wir auf die bäuerliche Organisation noch lange werden warten müssen, entgegen; durch geeignete Broschüren und tüchtige Agitatoren wäre es in dieser Richtung sehr leicht, Abhilfe zu schaffen. Er empfiehlt, den Antrag der tschechoslavischen Partei und der Parteivertretung mit kleinen Modifikationen anzunehmen.

Gen. Lehner (Czernowitz) unterstützt den von Dr. Chomed eingebrachten Antrag, „der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, der Kreisorganisation Bukowina allmonatlich einen Betrag von fl. 25 zur Schaffung einer unabhängigen Stellung für einen befähigten Genossen zu geben," und beantragt, statt der Worte „einen Betrag von fl. 25" zu setzen „einen entsprechenden Betrag". Redner verweist schließlich zur Kennzeichnung der Zustände in der Bukowina auf den letzten Maurerstreik in seinem Bezirke, bei dem 26 Verhaftungen wegen Auflauf vorgenommen wurden, und auf das feindselige Verhalten der Behörden bei dieser Gelegenheit.

Gen. Dr. Camber (Spalato) wendet sich gegen die Gen. Adler und Ellenbogen, die auf die Mittheilung eines Dritten hin ihn bei der Parteileitung als verkappten Antisemiten geschildert haben.

Er ist auf Grund seiner Erfahrungen der Ansicht, daß in Dalmatien bei geeigneter Agitation für die Partei sehr viel geleistet werden könne, und ersucht schließlich um Annahme des Antrages 26 a.

Hiemit ist die Rednerliste erschöpft.

Gen. Dr. Diamand ersucht, eine Sammlung zur Unterstützung der Familien der im Dawidower Proceß Verurtheilten einzuleiten.

Gen. Dr. Ellenbogen beantragt, die Parteivertretung zu beauftragen, fl. 100 für diese Verurtheilten zu widmen und zugleich eine Sammlung unter den Anwesenden zu veranlassen.

Diese Anträge werden einstimmig angenommen. Es folgt eine Reihe thatsächlicher Berichtigungen.

Gen. Behr (Saaz) erklärt, daß die Organisation mit den aus dem dritten böhmischen Wahlkreise eingelangten Zuschriften nichts gemein habe.

Gen. Dr. Ellenbogen (Wien): Ich bin mir nicht bewußt, daß ich oder Dr. Adler hier die Frage, ob Dr. Camber Antisemit ist oder nicht, zur Sprache gebracht hätten. Als ich nach Triest kam, wurde mir von verschiedenen Parteigenossen die Mittheilung gemacht, daß Dr. Camber eine eigenthümliche Rolle in der Partei spiele und im Verdachte stehe, zur christlich-sozialen Partei hinzuneigen und mit ihr in gewisser Verbindung zu stehen. Die Genossen werden aber zugeben, daß die Art und Weise, wie Gen. Camber sein Mandat erlangte, doch eigenthümlich ist. Wir Alle haben von ihm niemals etwas gehört, und die Triester Genossen erzählen, daß er in Spalato sein Mandat bekam, nachdem er eines Tages eine Vertheidigungsrede hielt. Trotz alledem habe ich mich um diese Sache nicht gekümmert. Jeder von uns, insbesondere die sogenannten „Intelligenzler", die aus der Bourgeoisie kamen, ist von vorneherein mit großem Mißtrauen betrachtet worden und mit vollem Recht. Das muß sich Jeder gefallen lassen, auch Doktor Camber. Das wird er selbst anerkennen.

Gen. Benecke (Cilli) wendet sich gegen die Ausführungen der Genossen Grablovic und Zavertnik.

Gen. Reichsrathsabgeordneter Resel konstatirt, daß die Bezirkskonferenz in Cilli beschloß, daß die Genossen im Wahlkreis Cilli nur insoferne von Marburg abhängig sein sollen, als der obere Theil des Wahlkreises von Marburg ausbearbeitet werden solle, daß daher die Untersteirer nicht gehindert wurden, mit Laibach in Fühlung zu treten. Es ist auch unrichtig, daß die Grazer Genossen nicht dafür sorgen, daß slovenische Agitatoren in das Gebiet kommen. Was den Anwurf des Gen. Zavertnik betrifft, so bestehe der ganze Zentralismus darin, daß die Grazer den Untersteirern unentgeltlich Wahlblocks geliefert und Geld für die Agitation zur Verfügung gestellt haben.

Gen. Dr. Verstl: Die Erklärung, die ich abzugeben habe, bezieht sich auf einen Protest, welchen Gen. Palka gestern in meiner Abwesenheit hier verfaßt, unter einigen Genossen hat zirkuliren lassen und zu Protokoll bringen ließ. Ich erkläre, daß ich niemals im Sinne gehabt habe, das Wahlkreiskomité von Wr.-Neustadt irgendwie mit meinen Worten zu behelligen, sondern meine Kritik bezog sich nur auf die Agitation einer einzelnen Person. Ich weise demnach jenen Protest von Palka und Genossen zurück.

Ich muß diese Erklärung abgeben, weil vielleicht keine einzige Person so viel verleumdet, verdächtigt und verhöhnt wurde, wie gerade meine Wenigkeit. (Zustimmung seitens einiger Genossen.) Es hat im Vorjahre einem hervorragenden Genossen gefallen, gegen mich eine unwahre, entehrende Beleidigung auszusprechen. Obzwar die Genossen, die mich entsendet haben, sich mit Entschiedenheit gegen diese, mich entehrende Aeußerung gewendet haben, kränkle ich heute noch immer daran, daß ich in gegnerischen Blättern fort und fort beschimpft werde, mit dem Hinweis darauf, daß dies am Parteitage ein hervorragender Genosse gesagt habe. Gegenüber jenen Genossen, welche meine Haltung zum Streik der Tramwaybediensteten hier besprochen haben, muß ich thatsächlich berichtigen, daß ich selber dafür eingetreten bin, es sei den streikenden Tramwaybediensteten die Sympathie des Parteitages auszudrücken.

Es ist mir nicht im Mindesten eingefallen, eine Konfessionsfrage hereinzuziehen. Es muß Einem wehthun, wenn man von Kameraden fort und fort angegriffen wird. An der Kritik zu meiner Haltung zum Antrage, die Tramwaybediensteten mit Geldmitteln zu unterstützen, werde nicht nur ich das ganze Jahr laboriren, sondern auch Sie mit mir und die ganze Organisation. Ich erkläre ausdrücklich, daß es mir nicht im Mindesten eingefallen ist, irgend einen nationalen oder konfessionellen Geist in die Debatte bezüglich der Tramwaybediensteten hineinzutragen. Gen. Diamand hat die Sache so dargestellt, als ob zwischen den jüdischen Proletariern in Galizien und zwischen mir irgend ein Gegensatz in Bezug auf die Haltung zu den Tramwaybediensteten bestehen würde. Er sagt, es ist selbstverständlich, daß ich international und interkonfessionell bin. Ich bin aber anational und konfessionslos.

Was ich gesagt habe, ist hervorgegangen aus der Angst, daß durch die Taktik, welche Sie einschlagen, solche Fragen der Nationalität und Konfessionellität wenn auch nicht heute oder morgen, so doch in absehbarer Zeit werden hereingetragen werden.

Vorsitzender Gen. Popp bemerkt demgegenüber: Die Erklärung, welche gestern abgegeben wurde, ist nur dagegen abgegeben worden, als ob in den Versammlungen, welche in dem Wahlbezirke Wr.-Neustadt abgehalten wurden, die politischen Interessen nicht gewahrt worden wären.

Gen. Grablovic (Köflach) konstatirt, daß die Cillier Genossen von den Grazern nicht abhängig gewesen sind, sondern daß vielmehr die Cillier sich selbst überlassen waren.

Reichsrathsabgeordneter Gen. Schrammel: Dr. Verstl hat gestern in provozirender Weise hier eine Erklärung abgegeben. Er hat ausdrücklich hier erklärt, daß die Agitation im Wr.-Neustädter Wahlkreise nicht prinzipiell gehalten wurde und erst auf einen Zwischenruf hin auf die Person Pernerstorfer's hingewiesen. Ich kann mir, der ich in Neunkirchen ansässig bin und für Pernerstorfer mehr als 40 Versammlungen abgehalten habe, den Vorwurf nicht machen lassen, daß ich

nicht prinzipiell agitirt hätte. Wenn durch das Auftreten Berstl's Jemand geschädigt wird, ist es nicht Dr. Berstl, sondern sind es Jene, welche draußen arbeiten müssen, und ist es die Partei.

Vorsitzender Gen. Popp: Ich bedauere, daß diese Berichtigungen eine solche persönliche Spitze annehmen; am Parteitage sollten persönliche Fragen zurückgestellt werden.

Gen. Prähauser: Dr. Ellenbogen hat behauptet, daß ich die Agrarfrage zu leicht auffasse, ich habe vielmehr mein Bedauern darüber ausgesprochen, daß der Beschluß des Prager Parteitages nicht respektirt und die Agrarfrage diesmal nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Ich habe den Eindruck gewonnen, als ob die Parteivertretung dieser Frage aus dem Wege gehen wollte. Es muß übrigens vielmehr Sache der Kreisorganisationen sein, wie sie die Landagitation einrichten. Es wäre wünschenswerth gewesen, wenn wir uns über diese Frage hier ausgesprochen hätten.

Vorsitzender Gen. Popp: Damit ist die Debatte über den Punkt „Organisation" erschöpft. Nachdem die Kommission zur Berathung der Anträge ihre Arbeit noch nicht vollendet hat, wird Dr. Adler sein Schlußwort erst nach Beendigung dieser Arbeit erstatten.

Nach Verlesung der Begrüßungsschreiben wird die Sitzung um 1 Uhr unterbrochen.

Nachmittagssitzung.

Gen. Popp als Vorsitzender: Da die Kommission noch nicht fertig ist, schreiten wir zum Punkt 5:

Arbeiterschutzgesetzgebung.

Zunächst erhalten die drei Referenten das Wort.

Referent Gen. Dr. Verkauf: Mein Referat wird naturgemäß nur eine Einleitung zur Diskussion sein. Ich werde Ihnen erstens zeigen, wie weit die Arbeiterschutzgesetzgebung in Oesterreich vorgeschritten ist; zweitens werde ich zu zeigen haben, welche Forderungen die Arbeiterschaft an die Gesetzgebung stellt.

Die österreichische Regierung und die bürgerlichen Parteien können unsere Arbeiterschutzgesetzgebung nicht genug rühmen, so daß sich zeitweilig auch unsereiner dazu hinreißen läßt, zuzugestehen: Ja, es ist wahr, wir sind in Europa, wenigstens auf dem Papier, in dieser Richtung am weitesten vorgeschritten. Ich meine, es ist hoch an der Zeit, daß diese Legende, die sich zu bilden beginnt, vernichtet werde.

Ich werde Ihnen nun zu zeigen haben, was in Wirklichkeit, vom Standpunkt eines objektiven Beobachters, von dieser vielgerühmten österreichischen Arbeiterschutzgesetzgebung zu halten ist. Ich werde Ihnen zuerst die österreichische Arbeiterschutzgesetzgebung in Ziffern vorführen, Ihnen dann zeigen, wie sie in Paragraphe gezwängt ist, und schließlich, wie sie zur Durchführung gelangt.

In Oesterreich sind nach der Volkszählung vom 31. Dezember 1890 in Industrie, Handel, Verkehr und Landwirthschaft mehr als 9¼ Millionen Personen in abhängiger Stellung beschäftigt, wobei ich von den staatlichen Angestellten absehe. Wenn wir die Dienstboten mit etwa einer halben Million dazurechnen, so haben wir annähernd zehn Millionen Personen, die des staatlichen Schutzes in der einen oder anderen Weise bedürfen. Den Mittelpunkt für die österreichische Arbeiterschutzgesetzgebung bildet die Gewerbeordnung.

Welcher Theil dieser zehn Millionen ist nun der Gewerbeordnung unterworfen? Sie wissen, die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter, das sind zirka 6½ Millionen, unterliegen der Gewerbeordnung nicht. Es ist merkwürdig, welcher Privilegien sich die Land- und Forstwirthschaft in Oesterreich wie überall erfreut. Selbst von der Krankenversicherung sind die Besitzer von Grund und Boden befreit und der Unfallversicherung nur zum geringen Theil unterworfen, und im Verhältniß zu ihren Arbeitern genießen sie weitgehende Privilegien. Man schränkt den Arbeitsvertrag ein, aber zu Gunsten der Unternehmer, nicht zu Gunsten der Arbeiter, so daß wir einen Arbeitertrutz gegen die landwirthschaftlichen Arbeiter haben. Es ergibt sich daraus, daß diese 6½ Millionen landwirthschaftliche Arbeiter vollkommen schutzlos sind; diese Schutzlosigkeit sucht man dadurch zu

erhalten, daß man die gesammte Gesetzgebung für die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter den Landtagen zuweist. Die Landtage aber beschäftigen sich mit diesen Dingen nicht, denn dort gibt es keine mahnenden Sozialdemokraten.

Eine zweite Gruppe von Arbeitern, die gleichfalls der Gewerbeordnung nicht unterliegen, sind jene Arbeiter, die nicht bei Gewerbsunternehmern beschäftigt sind, sondern bei Privaten. Wenn Baron Rothschild einen Tischler oder Gärtner beschäftigt, so unterliegt dieser Arbeiter nicht den Bestimmungen der Gewerbeordnung, weil Rothschild kein Gewerbetreibender ist. Solche Personen gibt es zirka 80.000. Eine dritte Kategorie sind die Lohnarbeiter, die die „Arbeit der gemeinsten Art", wie sich die Gewerbeordnung ausdrückt, zu verrichten haben; es sind dies 277.000 Menschen. Ferner haben wir das Transportgewerbe. Da herrschen nun ganz eigenthümliche Verhältnisse. Das Einführungsgesetz zur Gewerbeordnung erklärt, daß die Eisenbahnen sowie die See- und Binnenschifffahrtunternehmungen den Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht unterliegen: es sind dies mehr als 140.000 Menschen. Auch das Lohnfuhrwerk unterliegt den Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht, wenn auch gesetzlich hiefür kein Anhaltspunkt besteht. Es ist bekannt, daß hier die Bestimmungen über Sonntagsruhe, Pausen u. s. w. nicht eingehalten werden, trotzdem die Gewerbeordnung diese Kategorie keineswegs von ihren Vorschriften ausschließt.

Ich komme nun zu einem Zweige, über den wir Zahlen anzuführen nicht in der Lage sind, zur Hausindustrie. Der § 1 der Gewerbeordnung erklärt: „Die gesammte Hausindustrie ist von der Einreihung unter die Gewerbeordnung ausgenommen", und es findet thatsächlich nur eine einzige Bestimmung der Gewerbeordnung, nämlich § 78 a, bezüglich des Trucks, auf die Hausindustrie Anwendung.

Eine andere Gruppe von Arbeitern unterliegt zwar nicht den Bestimmungen der Gewerbeordnung, es bestehen aber für sie eigene Bestimmungen; es sind die Berg- und Hüttenarbeiter, etwa 144.000. Für diese ist eine eigene Novelle geschaffen, und es gelten für sie einzelne Bestimmungen des allgemeinen Berggesetzes. Diese Bestimmungen gehen im Allgemeinen dahin, daß Kinder unter 12 Jahren nicht beschäftigt werden dürfen; Kinder zwischen 12 und 14 Jahren können unbeschränkt zur Arbeit herangezogen werden. Es gilt eine zwölfstündige Schicht, allerdings blos für Arbeiter unter Tags; Frauen ist die Nachtarbeit nicht untersagt; die Sonntagsruhe ist festgesetzt. Auf Eines möchte ich besonders hinweisen. Das allgemeine Berggesetz enthält für Bergarbeiter bezüglich des Kontraktbruches keine Bestimmung; die Gewerbeordnung erklärt, daß diese Vorschriften auf die Bergarbeiter keine Anwendung finden. Da hat sich nun das Ackerbauministerium folgendes Kunststück geleistet: Es sollen zwar die Bestimmungen der Gewerbeordnung auf die Bergarbeiter im Allgemeinen keine Anwendung finden, aber die Bestimmung des § 85 über den Kontraktbruch muß auf sie Anwendung finden; — warum, wissen wir nicht. Es ist keiner Behörde eingefallen, diese Interpretation zu beanstanden.

Wir kommen also zu folgendem Resultat: Von den rund zehn Millionen schutzbedürftiger Personen unterstehen bestenfalls — da ist die Hausindustrie nicht berücksichtigt — 2¼ Millionen den Bestimmungen der Gewerbeordnung, während nicht viel unter acht Millionen Menschen vollkommen schutzlos sind.

Nun müssen wir uns fragen, welcher Theil der Gewerbeordnung findet auf diese 2¼ Millionen Anwendung? Sind dies die wesentlichsten und wichtigsten Vorschriften? Nehmen wir einzelne Gruppen heraus, und zwar zunächst den Handel. Hier sind rund 350.000 Personen beschäftigt, wenn man die Taglöhner mit wechselnder Beschäftigung auch einbezieht. Da finden wir folgende Seltsamkeiten. Der § 73 der Gewerbeordnung erklärt, daß zu den Hilfsarbeitern, also zu jenen, auf die die Gewerbeordnung Anwendung findet, auch die Handlungsgehilfen gehören; im letzten Absatz dieses Paragraphen heißt es dagegen, daß Buchhalter, Kassiere und dergleichen Personen sind, die zu Arbeiten höherer Art verwendet werden und deshalb keine Hilfsarbeiter sind, die Gewerbeordnung also auf sie keine Anwendung findet. Sie wissen, welche praktischen Folgen diese merkwürdige Bestimmung nach sich gezogen hat. Als einen Ausweg versucht man folgende Interpretation: Man sagt: Die Buchhalter und Kassiere, die im Handelsgewerbe beschäftigt sind, unterliegen der Gewerbeordnung; jene, die bei Fabrikanten

und Gewerbetreibenden beschäftigt sind, sind eine höhere Art von Menschen und unterliegen der Gewerbeordnung nicht. Dieser ganze unerquickliche Streit ist aber recht müßig. Welche Bestimmungen der Gewerbeordnung gelten denn eigentlich für die Handlungsgehilfen und Hilfsarbeiter des Handelsgewerbes? Gelten für sie die Bestimmungen bezüglich der Arbeitszeit, der Nachtarbeit, des Frauenschutzes u. s. w.? Nein; es gilt für sie der § 74 bezüglich gewisser Sicherheitsvorkehrungen, ebenso § 75 über Arbeitspausen, dann die Bestimmung über die Sonntagsruhe, über Truck und Kontraktbruch; der § 88 über Arbeitsordnungen aber nur dann, wenn mindestens zwanzig Personen Verwendung finden. Keine Geltung haben die Bestimmungen über den Schutz der Kinder, über die Nachtarbeit und Arbeitszeit. Nun möchte man glauben, daß das Handelsgesetzbuch, das sich auch mit den Handlungsgehilfen beschäftigt, ihnen einen Schutz verleiht. Das ist nicht der Fall. Es sind nur fakultative Vorschriften, indem es heißt, wenn nichts Anderes vereinbart ist, gilt eine sechswöchentliche Kündigung, hat der Handlungsgehilfe im Krankheitsfall Anspruch auf sechs Wochen Lohn, beziehungsweise Verpflegung u. s. w. Die Entlassung kann aus diesen und jenen Gründen, wenn nichts Anderes vereinbart wird, sofort erfolgen. Damit sind die Handlungsgehilfen vollständig der Willkür der Unternehmer preisgegeben, und dies wird auch in angemessener Weise ausgenützt. Wer die Klagen der Handlungsgehilfen in der Kündigungsfrage kennt, wird begreifen, wie schlecht sie in dieser Beziehung gestellt sind. Während die Arbeiter häufig dafür eingetreten sind, daß jede Kündigungsfrist beseitigt werde, wünschen die Handlungsgehilfen, daß eine obligatorische Kündigungsfrist eingeführt werde. Ich kann dem noch hinzufügen, daß sie blos für den Krankheitsfall versichert sind und der Unfallversicherung nicht unterliegen.

Der österreichische Arbeiterschutz steht unter dem Schlagworte: „Schutz des Kleingewerbes." Aus diesem Gesichtspunkt erklärt sich Vieles, was man in der Gewerbeordnung findet, und was man in ihr vermißt. Es ist aber seltsam, wie dieses Schlagwort mißbraucht wird. Man sollte annehmen, daß sich der Gesetzgeber gefragt hat: Was ist ein Kleingewerbetreibender? Die volkswirthschaftliche Theorie ist der Anschauung, daß ein Kleingewerbetreibender ein Unternehmer ist, der selbst als Arbeiter thätig ist, bei dem die eigene Arbeitskraft der wichtigste Faktor ist, der keine oder wenige Hilfsarbeiter beschäftigt und nur ein geringes Anlage- und Betriebskapital hat. Wie ist das aber in Oesterreich? Hier hat man nicht gesagt, Kleingewerbetreibende sind diese und jene Personen, und hat sie von der Arbeiterschutzgesetzgebung ausgenommen, sondern man hat gefragt: Was sind fabriksmäßige Betriebe? Darauf hat man geantwortet: Fabriksmäßige Betriebe sind solche, wo mindestens zwanzig Personen in geschlossenen Räumen beschäftigt sind. Die Folge davon ist, daß in Oesterreich zahlreiche Unternehmer als Kleingewerbetreibende behandelt werden, die nichts weniger als solche sind, die zahlreiche Arbeiter beschäftigen, maschinellen Betrieb haben, die ein bedeutendes Anlagekapital haben, und denen es nicht einfällt, selbst mitzuarbeiten. Ich verweise Sie da nur auf die Baugewerbe. Mir ist bekannt, daß ein Schlossermeister, der mehr als hundert Leute beschäftigt, als Kleingewerbetreibender gilt. Dies ist für ihn besonders wegen der Unfallversicherung von Bedeutung. Es tritt weiter bei großen Fabriken das Bestreben zu Tage, einzelne Betriebe unter die Aufsicht eines sogenannten selbstständigen Meisters zu stellen. Dadurch werden die Arbeiter von der Versicherung befreit. So hat die Fabrik der privilegirten Staatseisenbahngesellschaft im X. Bezirk alle Anstreicherarbeiten einem Meister übertragen, der eigentlich nur Aufseher in dieser Fabrik ist. Man hat da erklärt, die Anstreicher brauchen nicht für den Unfall versichert zu werden, trotzdem sie in der Fabrik beschäftigt sind. Der Verwaltungsgerichtshof hat in der That anerkannt, daß dies ein selbstständiger Betrieb sei, daß er aber doch der Versicherungspflicht unterliege, weil die Arbeiter allen Gefahren ausgesetzt sind, die dieser Fabriksbetrieb mit sich bringt.

Ich glaube, daß sehr viele Baugewerbetreibende das ausnützen, um sich auf diesem Wege der Unfallversicherung zu entziehen. Ich meine, alles das kommt daher, daß man bei uns nicht das Kleingewerbe schützt, sondern unter dem Vorwand, es zu schützen, zahlreiche Leute, die eigentlich Fabrikanten sind, von den Bestimmungen der Gewerbeordnung und von der Unfallversicherung befreit.

Wir haben uns nun zu fragen, welche Bestimmungen für diese sogenannten Kleingewerbetreibenden gelten. Sie wissen, im Kleingewerbe dürfen Kinder, die das zwölfte Jahr erreicht haben, beschäftigt werden. Die Heuchelei ist Ihnen bekannt, womit seinerzeit der Achtstundentag für Lehrlinge eingeführt worden ist. Man war sich klar darüber, daß der Achtstundentag für Lehrlinge undurchführbar ist. Wollte man, daß Kinder zwischen zwölf und vierzehn Jahren kurze Arbeitszeit bekommen, so mußte dekretirt werden, daß sie nur Vor- oder Nachmittags arbeiten dürfen, denn nur das läßt sich überwachen. Das ist nicht geschehen, man hat sich mit dem Achtstundentag begnügt. Die Folge davon ist, daß — wie wir Alle wissen — die Lehrlinge, auch die u n t e r vierzehn Jahren, in der weitestgehenden Weise ausgebeutet werden, daß sie so lange und länger noch als die Gehilfen beschäftigt werden.

Das Verbot der Nachtarbeit hat für das sogenannte Kleingewerbe keine Anwendung, der Maximalarbeitstag gilt hier auch nicht, Arbeitsordnungen sind nicht nothwendig, die Unfallversicherung ist oft bei Betrieben mit hundert und mehr Personen ohne Geltung.

Zu welchem Ergebniß gelangen wir, wenn wir alles das zusammenfassen? Zu folgendem: Die wesentlichsten und wichtigsten Bestimmungen der Gewerbeordnung gelten höchstens für 750.000 von den zehn Millionen schutzbedürftigen Personen. Es erfreuen sich also unserer Schutzbestimmungen über Maximalarbeitszeit, Nachtarbeit u. s. w. kaum 8 Perzent der Arbeiter: das ist das Fazit der Lobpreisungen des österreichischen Arbeiterschutzes, wenn nüchterne Ziffern sprechen.

Jetzt werde ich die Bestimmungen der Gewerbeordnung im Einzelnen betrachten, und zwar thue ich das nach zwei Richtungen. Da haben wir vor Allem die Bestimmungen, die den Vertragscharakter des Lohnverhältnisses betreffen. Es wird uns immerwährend erzählt — jetzt in geringerem Maße als früher —, daß der Arbeitsvertrag eben ein Uebereinkommen ist, das zwischen zwei gleichgestellten Personen getroffen wurde, in das ein dritter — der Staat — sich nicht einmischen dürfe. Wie schaut es in Wirklichkeit mit dieser Vertragsfreiheit aus, und wie verhält sich der Staat zu ihr? Sie wissen, daß der Vertragscharakter nicht in der Weise zum Ausdruck kommen kann, daß der einzelne Arbeiter über jeden einzelnen Punkt mit dem einzelnen Unternehmer Abmachungen trifft. Es ist ja auch nicht möglich, daß in großen Fabriken, wo hunderte Personen beschäftigt werden, jeder einzelne Arbeiter mit dem Unternehmer über Arbeitszeit, Arbeitspausen u. s. f. Abmachungen trifft. Es ist zu diesem Zweck ein Uebereinkommen zwischen der Gesammtheit der Arbeiterschaft und dem Unternehmer nothwendig, das heißt mit anderen Worten, das, was man Arbeitsordnung nennt, soll eine Vereinbarung zwischen diesen beiden Theilen sein.

Was bestimmt nun die österreichische Gewerbeordnung über die Arbeitsordnungen? Die Arbeitsordnungen haben absolut nicht den Charakter eines Vertrages, sie sind nichts Anderes als etwas den Arbeitern Aufoktroyirtes. Nach der Gewerbeordnung hat der Unternehmer das Recht, eine Arbeitsordnung auszuarbeiten; es trifft ihn nur eine einzige Pflicht, und die geht dahin, sie den Behörden vorzulegen. Die Behörden haben nur die Arbeitsordnung auf ihre Gesetzlichkeit zu prüfen und die Bestätigung, daß sie sie gesehen haben, daraufzusetzen. Der Arbeiter selbst braucht über diese Arbeitsordnung absolut nicht gefragt zu werden. Sie ist zwar ein Theil, und zwar der wichtigste Theil des Arbeitsvertrages, dennoch hat die Arbeiterschaft auf sie nicht den geringsten Einfluß. So die Gewerbeordnung. Klar ist darnach, daß die Arbeitsordnung kein Vertrag ist, sondern daß sie nur bestätigt, was wir stets behaupteten: das Lohnverhältniß ist kein Vertrags-, sondern ein Herrschaftsverhältniß der Unternehmer gegenüber den Arbeitern.

Sie kennen Alle die zahlreichen Bestimmungen der Arbeitsordnungen über Konventionalstrafen, Strafen, die angeblich durch ein Uebereinkommen, einen Vertrag statuirt werden. Sie wissen, die Arbeiter unterwerfen sich diesen Bestimmungen nicht, sondern sie werden ihnen aufgezwungen: es ist daher lächerlich, von Konventionalstrafen zu reden. Dem Unternehmer werden durch die Konventionalstrafen dreierlei Rechte eingeräumt. Er kann Strafen zivilrechtlicher Natur, Disziplinar-

strafen und Strafen strafrechtlicher Natur verhängen. Wenn der Unternehmer einen Schaden erleidet, kann er nicht nur Schadenersatz selbst einheben, sondern auch Strafen auferlegen. Er kann wegen Geringfügigkeiten disziplinarer Natur, wegen Lachen, unartigen Benehmens, Ungehorsam oder Essen während der Arbeitszeit Strafen diktiren. Er hat also eine Disziplinargewalt über die Arbeiter kraft des Gesetzes und schließlich, das kann nicht oft genug besprochen werden, auch eine strafrechtliche Gewalt. Wenn ein Arbeiter etwas thut, was man bei anderen Menschen eine Uebertretung des Strafgesetzes nennt, ist es überdies noch eine Uebertretung der Arbeitsordnung, die vom Unternehmer gestraft wird, auch wenn er vom Gericht gestraft wird. Man darf also die Konventionalstrafen nicht in einen Topf werfen, sondern muß die drei Kategorien unterscheiden, weil man erst dann zu einer richtigen Kritik kommt. Die bürgerliche Gesellschaft hat eine Reihe von Grundsätzen aufgestellt, von denen zwei hier von Wichtigkeit sind. Der eine lautet: Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden. Der Arbeiter wird in zahlreichen Fällen, wo sich der Unternehmer eine strafrechtliche Gewalt annaßt, seinem ordentlichen Richter entzogen und von dem Unternehmer oder seinem Werkführer gestraft, ohne verhört zu werden, ohne daß ein ordentliches Verfahren vorhergeht. Ein zweiter Grundsatz ist, daß in eigener Sache Niemand rechtsprechen darf. Nicht einmal Schiedsrichter darf Jemand in eigener Sache sein, sonst ist das Urtheil nach österreichischem Gesetz null und nichtig. Wenn aber einem Unternehmer vom Arbeiter Schaden zugefügt wird, schätzt er selbst den Schaden und kann außer dem Schadenersatz noch eine Strafe von ihm fordern, er ist bei alldem Richter in eigener Sache. Die Unternehmer haben also noch heute den industriellen Arbeitern gegenüber eine sehr weitgehende öffentliche Gerichtsbarkeit, die sich von der Gerichtsbarkeit des Staates wesentlich unterscheidet. Sie ist unbeschränkt, während den Richtern eine Minimal- und Maximalgrenze vorgeschrieben ist; gegenüber den Richtern gibt es eine Berufung an eine höhere Instanz. Der Unternehmer ist aber erste und letzte Instanz.

Wir haben ferner etwas sehr Charakteristisches, was von den Arbeitern schwer empfunden wird, das Arbeitsbuch. Es findet hier das Seltsame statt, daß in das Arbeitsbuch für den Arbeiter ungünstige Dinge nicht aufgenommen werden dürfen. Nun würde ein logisch denkender Mensch fragen, wozu denn das Arbeitsbuch ist. Wenn man wahrheitsgemäß sowohl Günstiges als Ungünstiges eintragen dürfte, wäre der nachfolgende Unternehmer in der Lage, zu beurtheilen, ob der Arbeiter verdient, von ihm ausgebeutet zu werden. Es tritt nun eine jener grausamen Niederträchtigkeiten zu Tage, die man alle Tage spürt, über die man aber selten spricht. Nach der österreichischen Gewerbeordnung ist der Unternehmer berechtigt, das Arbeitsbuch zurückzuhalten, wenn der Arbeiter nicht ordnungsgemäß aus dem Arbeitsverhältniß tritt, das heißt kontraktbrüchig wird, und es gibt keine gesetzliche Bestimmung, die den Unternehmer verpflichtet, nach irgendeiner Zeit das Arbeitsbuch auszufolgen. Wenn also der Arbeiter ohne Kündigung das Arbeitsverhältniß löst, ist er von rechts- und staatswegen zum Hungertode verurtheilt, denn ein anderer Unternehmer darf ihn ohne Arbeitsbuch nicht in Arbeit nehmen. Das ist keine Uebertreibung von Hetzern, sondern die logische Konsequenz, die ich aus der Gewerbeordnung ziehe. Das Arbeitsbuch hat also seine schönen Aufgaben, die zwar nicht auf der Hand liegen, die aber für Jeden, der das Leben kennt, klar sind. Sie wissen, daß das System der geheimen Zeichen in vollster Blüthe steht. Wo sich Unternehmer organisiren, ist es das Erste, daß sie die Niederträchtigkeit begehen, geheime Zeichen zu vereinbaren und sie am 1. Mai, bei Lohnkämpfen und auch in normalen Zeiten anzuwenden. Anton Menger hat in schlagender Weise die Arbeitsbücher charakterisirt, indem er meint, daß das Arbeitsverhältniß ein Vertragsverhältniß sei. Haben die Arbeiter Bücher, so sollten auch die Unternehmer Bücher erhalten, worin die Arbeiter eintragen, ob sie mit den Unternehmern zufrieden sind, und die Unternehmer sollten verpflichtet sein, jedem Arbeiter die Bücher vorzulegen, aus denen hervorgeht, wie sich die Unternehmer betragen. In Konsequenz dessen könnte man den Kaufleuten den Zwang auferlegen, Bücher zu führen, und die bei ihnen einkaufen, sollen eintragen, ob sie zufrieden sind. Das ist logisch, aber Logik und Konsequenz würde man vergebens suchen, wenn es sich um die Unterdrückung der Schwachen handelt.

Noch eine vierte Schönheit haben wir, die das Vertragsverhältniß angeht, und die klar zeigt, daß es sich in Wirklichkeit nicht um ein Vertragsverhältniß handelt: die Bestimmung des § 85 über Kontraktbruch. Wo im wirthschaftlichen Leben zwei Leute einen Vertrag schließen, sind die Folgen des Vertragsbruches für beide Seiten klar. Das Handelsgesetzbuch und das bürgerliche Gesetzbuch bestimmen, daß, wer einem Anderen durch Vertragsbruch einen Schaden zufügt, ihm den Schaden zu ersetzen hat. Wenn ein Arbeiter aber den Vertrag bricht, muß er den Schaden ersetzen, außerdem wird er noch mit Arrest bestraft und endlich gezwungen, zu dem Unternehmer zurückzukehren und zwangsweise bei dem Unternehmer zu arbeiten. Wenn ich diese Seite der Gewerbeordnung resumire, kann ich sagen: die Gewerbeordnung wahrt nicht einmal den Schein des Vertragscharakters bei dem Verhältniß zwischen Unternehmern und Arbeitern. Im Gegentheil erkenne ich klar und deutlich, daß es sich dem Gesetzgeber darum handelte, das Herrschaftsverhältniß der Unternehmer gegenüber den Arbeitern zum Ausdruck zu bringen, was auch vollkommen gelungen ist. Das ist der Unternehmertrutz oder Unternehmerschutz der österreichischen Gewerbeordnung.

Ich habe gesagt, ich werde die Bestimmungen der Gewerbeordnung über Arbeiterschutz in Ziffern und Paragraphen vorführen. Wir haben da vor Allem den Schutz von Kindern, der eigentlich nur für die Großindustrie gilt; für das Kleingewerbe, den Bergbau, die Landwirthschaft und den Handel gibt es keinen Schutz für Kinder. Hier können Kinder in ungemessener Weise ausgebeutet werden. Mit dieser Frage hängt nun eine andere sehr wichtige Frage, die Schulfrage, zusammen. Heute geht man daran, die Schulpflicht auf sechs Jahre herabzudrücken, sie bis zum zwölften Jahre einzuschränken. Wenn dieses Attentat gelingt, werden sich bald mitleidige Seelen finden, die sagen werden: „Sollen die armen Kinder vom zwölften Jahre an wild wachsen? Für sie muß gesorgt werden, und das geschieht am besten, wenn man ihnen gestattet, in die Fabrik zu gehen.“ Zu den Handwerkern dürfen sie doch jetzt schon gehen. Wenn man von einer Einschränkung der Schulpflicht spricht, so handelt es sich auch um die Einschränkung des Arbeiterschutzes. Mit Ausnahme des bischen Kinderschutz ist für die jugendlichen Personen in Oesterreich gar nicht vorgesorgt. Im Kleingewerbe, im Handel und im Transportgewerbe können sie unbeschränkt ausgenützt werden. Für die jugendlichen Arbeiter zwischen 14 und 16 Jahren in den Fabriken gelten dieselben Bestimmungen wie für erwachsene Männer.

Die Ausbeutung der Lehrlinge ist in Oesterreich eine uneingeschränkte. Sie wissen, worauf die Bemühungen aller Retter des kleinen Mannes hinauslaufen. Sie deklamiren, dem kleinen Manne könne nur geholfen werden, wenn ein entsprechender Nachwuchs herangebildet wird. Es wäre nun ihre erste und dringendste Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Lehrlinge wirklich im Handwerk herangebildet werden, daß sie darum nicht mißbraucht werden zu häuslichen Arbeiten und zu Theilarbeit, daß sie nicht in so unbarmherziger Weise ausgebeutet werden, damit nicht eintritt, was wir heute sehr oft sehen, daß die Lehrlinge, wenn sie mit der Lehrzeit fertig sind, erst zu lernen beginnen müssen. Wir suchen vergeblich nach einer Bestimmung oder Einrichtung, die die fachliche Ausbildung der Lehrlinge irgendwie sichert. Arbeiter, die ausgelernt haben, sind oft genöthigt, ihren Beruf aufzugeben und sich als Taglöhner und dergleichen zu verdingen. Als Lehrlinge sind sie geeignete Ausbeutungsobjekte, aber als qualifizirte Arbeiter können sie, wenn sie zu einem Handwerker kommen, nicht verwendet werden. Wir Sozialdemokraten, die wir von der Rettung des kleinen Mannes nicht viel hoffen, müssen darauf aufmerksam machen, daß die Handwerker ihre Lehrlinge ausbilden sollen. Warum nicht zu dieser Ausbildung geschritten wird, ist für uns Alle klar. Die Aufsicht darüber führen die Genossenschaften, die Meister, die an der maßlosen Ausbeutung und einseitigen Verkümmerung der Lehrlinge großes Interesse haben. Der Kinderhandel wird speziell bei uns in Wien schwunghaft betrieben. Der Menschenhandel besteht nicht blos darin, daß man Mädchen und Frauen ins Ausland verfrachtet, er wird auch mit jungem Menschenfleisch betrieben.

Aus Böhmen, Mähren und anderen Ländern werden Kinder um etliche Gulden oder noch weniger verkauft. Diese sind den Meistern vollständig preisgegeben. Wie soll bei derartigen Zuständen im Lehrverhältniß — wie man es

beschönigend nennt — ein Schutz der Vertragsrechte des Lehrlings möglich sein? Diesen Schutz soll wieder die Genossenschaft gewähren, und Leute, die, wie ich, die Gelegenheit haben, oft von solchen armen Proletarierkindern um Schutz angegangen zu werden, sind verzweifelt, wenn sie gestehen müssen, daß wir keine Instanz haben, die diese armen Lehrjungen zu schützen in der Lage wäre; weder Gerichte noch Behörden können das thun.

Nun zu den Frauen! Nach dem Gesetz sind die Frauen im Kleingewerbe, im Handel, im Bergbau schutzlos, und in den Fabriken genießen sie den gleichen Schutz wie die männlichen Arbeiter: sie haben den Elfstundentag. Außerdem ist ihnen noch in den Fabriken die Nachtarbeit verboten, von welchem Verbote es aber Ausnahmen gibt. Die Enquête über die Frauenarbeit, an der wir uns betheiligt haben, hat, wie Sie wissen, schauderhafte Dinge aufgedeckt. Es hat sich gezeigt, daß schulpflichtige Kinder verwendet werden, daß Arbeiterinnen ungesunde Arbeiten verrichten müssen, oft Arbeiten, zu denen sich männliche Arbeiter nicht herbeilassen: ich erinnere da an den Proceß des Gelbbrennens, des Bronzirens und ähnliche Dinge. Ich erinnere, daß die Frauen bei den Dachdeckern gerade zu den mühevollsten Arbeiten verwendet werden. In dieser Richtung kann man nicht einmal der Gesetzgebung Alles zur Last legen: das Handelsministerium trägt hier die alleinige Verantwortung. Durch das Gesetz vom Jahre 1885 ist die Handhabe geboten, jene schweren und gesundheitsschädlichen Arbeiten zu bezeichnen, die für Frauen unzulässig sind. Der Handelsminister hat keine derartige Verordnung erlassen, und wenn Jemand Grund gehabt hat, sich bei der Enquête zu schämen, waren es die österreichischen Regierungen. (Zustimmung.) Wir haben auch erfahren, daß die Frauen im Kleingewerbe in maßloser Weise zur Nachtarbeit verwendet werden, und zwar in zweierlei Form, in der Werkstätte und indem sie die Arbeit nach Hause nehmen müssen, nachdem sie sich den ganzen Tag geradert haben. Sie müssen es entweder thun, weil es vom Unternehmer verlangt wird, oder weil der Lohn, den sie in der Werkstätte verdienen, zu geringfügig ist. Was von der Nachtarbeit gilt, gilt aber auch von der Sonntagsarbeit. Obwohl wir Bestimmungen haben, die die Sonntagsarbeit verbieten, werden die Frauen gezwungen, besonders jene Arbeiten, die sie Samstag nicht fertiggestellt haben, nach Hause zu nehmen und sie fertigzustellen.

Die Arbeiterversicherung, die wir besitzen, ist ein Torso sowohl objektiv als subjektiv, weil nur ganz kleine Kreise von Versicherungsbedürftigen versichert sind. Der Krankenversicherung unterliegen 2 Millionen Personen, und 10 Millionen, wenn ich vom Kleingewerbe und den Bauern absehe, bedürfen ihrer. Der Unfallversicherung unterliegt nur 1 Million Personen. Wir haben eine sogenannte Krankenversicherung, aber diese dauert nur 20 Wochen, so lange, bis der Kranke zusammenbricht und sich nicht weiterschleppen kann. Die Regierung hält Enquêten ab und pflegt Erhebungen, aber von einer Steigerung der Leistung will sie nichts wissen. Wir haben keine Invaliditätsversicherung und keine Altersversorgung. Wir haben sie wohl bei den Bruderladen, aber man darf nicht davon reden, wie sie aussieht. Die Krankenversicherung soll nicht nur auf weitere Kreise ausgedehnt werden, sondern es muß auch eine Invaliditäts- und Altersversicherung und eine Witwen- und Waisenversorgung hinzukommen. Vor Allem muß die Versicherung der Selbstverwaltung der Arbeiter überlassen bleiben und darf nicht als Unterdrückungsmittel ausgenützt werden, wie dies bei den Betriebskrankenkassen und den berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalten, von denen wir glücklicherweise nur eine haben, sowie bei den Bruderladen geschieht.

Wie sieht es nun mit der Durchführung der Gesetze aus? Die Gewerbe-Inspektion, die wir haben, existirt rechtlich nicht für den Bergbau und das Transportgewerbe, faktisch nicht für den Handel und das Kleingewerbe. Wenn wir nun die Statistik zur Hand nehmen, finden wir, daß im Jahre 1890 900.000 selbstständige Unternehmen in Industrie, Handel und Verkehr bestanden, und für diese, wovon allerdings viele keine Arbeiter beschäftigten, waren 41 Inspektoren, unter denen auch die Zentral-Gewerbe-Inspektoren, die keine Inspektionsthätigkeit ausüben, mitgerechnet sind. Die Strafgewalt bei Uebertretungen der Gewerbeordnung und der Arbeiterschutzgesetzgebung liegt in der Hand der politischen Behörden, und diese sind in den wichtigsten Industriezentren, wo die Arbeiter am stärksten

konzentrirt sind, die Vertreter der Unternehmer. Ich werde nicht müde, hervorzuheben, daß es, wo die sogenannte Autonomie herrscht, wo die Bourgeoisie den Magistrat in der Hand hat, diesbezüglich am schlechtesten bestellt ist.

Dort ist die Protektion für die Unternehmer am größten. Dort können sie willkürlich die gesetzlichen Bestimmungen übertreten. Auch die Strafen sind darnach. Ich will Ihnen ein klassisches Beispiel vorführen. Der Genossenschaftsvorsteher der Tischler in Wien, eine politisch bekannte Persönlichkeit, hat sich einer Uebertretung des Krankenversicherungsgesetzes schuldig gemacht. Er wurde zu fl. 1 Geldstrafe verurtheilt. Er hat rekurrirt, und die Statthalterei hat erklärt, der Rekurs wird abgewiesen, aber im Gnadenweg erlassen wir den Gulden! (Lebhafte Heiterkeit.)

Wenn Sie sich an das Rütlibündniß erinnern, das zwischen Dr. Lueger und dem Grafen Kielmansegg geschlossen wurde, wenn Sie bedenken, daß Lueger jetzt den Apparat der politischen Behörde in die Hand bekommen hat, wenn Sie berücksichtigen, daß ihm Graf Kielmansegg dabei nicht in den Arm fallen wird, dann können Sie sich wohl vorstellen, wie es mit dieser politischen Justiz, mit dieser politischen Ueberwachung der Arbeiterschutzgesetzgebung in Wien und mit der Judikatur in Lohnstreitigkeiten aussehen wird. Heute wird der Arbeiter von Pontius zu Pilatus geschickt, er weiß nicht, soll er zur politischen Behörde oder zu Gericht gehen. Eine kleine Reform wird allerdings durchgeführt werden durch das am 1. Juli 1898 in Kraft tretende Gesetz, wonach die politischen Behörden für die industriellen Arbeiter nicht mehr judiziren werden. Die Arbeiter werden alle Genugthuung empfinden, endlich einmal von dieser sogenannten Judikatur der politischen Behörden befreit zu sein. Aber der Wunsch ist unerfüllt geblieben, daß auch für die ländlichen Arbeiter diese Judikatur der politischen Behörden endlich aufhöre.

Ich gehe nun zum zweiten Theil über, nämlich zu unseren nächsten Forderungen und zu den Reformvorschlägen der bürgerlichen Parteien und der Regierung. Sie kennen diese Reformvorschläge der Regierung aus der jüngsten Zeit: die Gewerbenovelle, die in den Akten des Abgeordnetenhauses wie andere sozialpolitische Anläufe begraben worden sind. An solchen Begräbnissen hat es in den letzten sechs Jahren in Oesterreich nicht gefehlt. Dieser Gewerbenovelle nun können wir keine Thräne nachweinen. Es ist erinnerlich, welch ungeheuerliches Attentat auf das Koalitionsrecht da unternommen werden sollte, und die wenigen Verbesserungen, die in der Vorlage enthalten waren, haben keinesfalls das Attentat auf das Koalitionsrecht aufgewogen, das im Gegensatz zu den Verbesserungen gewiß verwirklicht worden wäre. Unsere bürgerlichen Parteien strengen sich nicht sehr an. Sie haben in dem Wahlkampfe beobachten können, wie alle bürgerlichen Parteien von sozialen Reformen gesprochen haben, sie alle haben viel Zusagen gemacht, und als sie in das Parlament eingezogen waren, was haben sie da geleistet? Zweihundert Initiativanträge sind eingebracht worden. Ich habe die Mühe nicht gescheut, alle diese Anträge zusammenzustellen, um zu sehen, was das für Anträge sind. Es sind eingelangt zehn Anträge, die die Arbeiterversicherung betreffen. Damit prunken jetzt alle Parteien. Sie wissen, selbst die Liberalen, die von Arbeiterschutz wirklich vom Herzen nichts wissen wollen, haben ihre Zuflucht zur Arbeiterversicherung genommen. Sie denken, es ist das billigste Geschäft, das man da machen kann, für die kranken und invaliden Arbeiter zu sorgen; es ist viel kostspieliger, für gesunde Arbeiter zu sorgen, ihre Arbeitszeit abzukürzen, ihnen mehr Lohn zu gewähren. Aber auch die „arbeiterfreundlichen" Christlich-Sozialen und die katholischen und die anderen „Volksparteien" haben gefunden, daß die Arbeiterversicherung das Allerbequemste ist. Sie alle haben Anträge eingebracht, in denen die Regierung aufgefordert wird, Gesetzentwürfe einzubringen, um die Arbeiterversicherung auszubauen. Die Einen meinen die Unfall-, die Anderen die Invaliditätsversicherung. Aber die allerwichtigsten Vorschläge, nämlich in Bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit, werden Sie vergeblich unter diesen Anträgen suchen.

In dieser Beziehung haben nur wir einen Antrag eingebracht auf Einführung des Achtstundentages für die Arbeiter im Bergbaubetriebe. Allerdings haben auch die Antisemiten einen Antrag eingebracht. Aber sie haben nicht gesagt, die Regierung wird aufgefordert, eine Abkürzung der Arbeitszeit, sagen wir auf zehn Stunden,

sowohl für die Großindustrie als auch im Kleingewerbe einzuführen; das ist etwas zu gefährlich. Was würde der Spießer sagen, wenn man den Zehn-, den Elf-, sagen wir selbst den Zwölfstundentag beantragen würde? Er würde wild werden. Da finden auch diese Herren den Ausweg, den Alle finden, die sich schon so oft bemüht haben, den nationalen Arbeiterschutz unmöglich zu machen: man flüchtet sich zum internationalen Arbeiterschutz. Das ist heute oft ein Mittel, um den heimischen Arbeiterschutz zu verhindern. Schneider und Konsorten haben also einen Antrag eingebracht: „Die Regierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß eine internationale Arbeiterschutzkonferenz einberufen werde, damit diese beschließe, es sei der Achtstundentag einzuführen.“ Ja, wissen denn die Herren nicht, oder halten sie die Leute für so vergeßlich, daß sie es nicht wissen, daß trotz der Bemühungen der Schweizer Regierung alle Versuche der Einberufung einer Arbeiterschutzkonferenz mißglückt sind? Wissen denn die Herren nicht, welche Erfolge die Berliner Konferenz erzielt hat? Diese Konferenz soll den Achtstundentag beschließen, aber nicht für alle Unternehmungen, sondern nur für die Industrie, nicht für das Kleingewerbe, nicht für den Handel, nicht für die Landwirthschaft, sondern lediglich für die Fabriken. Das ist der einzige diesbezügliche Antrag gewesen, der in der letzten Session von bürgerlicher Seite eingebracht wurde. Mit solchen Dingen dürfen wir uns aber nicht abgeben. Verrennen wir uns nicht in den internationalen Arbeiterschutz! Seien Sie überzeugt, daß gelegentlich des Ausgleiches mit Ungarn so mancher Versuch unternommen werden wird, mit Hilfe des ungarischen Ausgleiches die österreichische Arbeiterschutzgesetzgebung im Fortschreiten aufzuhalten. Es ertönen von Seite der Industriellen verschiedene Rufe, den Arbeiterschutz auch für Ungarn anzustreben: So lange kein Arbeiterschutz für Ungarn besteht, so lange kein Arbeiterschutz für Oesterreich. Wir müssen uns hüten, in diesen Ruf nach einem internationalen Arbeiterschutz heute einzustimmen. Er ist nur ein Mittel, um den nationalen Arbeiterschutz todtzuschlagen.

Ich komme nun zu unseren Forderungen. Wir haben im Verbande darüber eingehende Besprechungen gehalten, und ich hoffe, daß der Parteitag den dort gefaßten Beschlüssen auch seine Zustimmung geben wird. Wir müssen daher trachten, daß dieser geringe Arbeiterschutz, den wir haben, auch wirklich durchgeführt wird, daß man einen Einblick gewinne in die Verhältnisse der Unternehmungen. Das können wir nur, wenn die Zahl der Gewerbe-Inspektoren vermehrt wird, so daß die Inspektoren mindestens einmal im Monat die Betriebe besichtigen können. (Zustimmung.) Weiter ist es erforderlich, daß weibliche Inspektoren angestellt werden, und daß ferner eine spezielle Inspektion eingeführt werde, wie zum Beispiel beim Schiffsgewerbe, wo sie sich sehr gut bewährt hat, auch für den Bergbau, für den Handel, für die Eisenbahnen, für jene Industrien, wo weibliche Arbeitskräfte beschäftigt sind, u. s. w. Weiter ist von uns auch der Gedanke der Einführung von Lehrlings-Inspektoren ventilirt worden, die darüber wachen sollten, daß diesen armen Proletarierkindern nicht so viel Unrecht geschieht, als es heute der Fall ist. In der Provinz wie in Wien gibt es zahlreiche schutzlose Lehrlinge. Wir müssen auch für die Inspektoren eine Exekutive verlangen. (Sehr richtig!) Wir müssen verlangen, daß auch die Durchführung der Gesetze — nicht nur die Ueberwachung — nicht mehr Sache der politischen Behörden bleibe, sondern ausschließlich Sache der Inspektoren werde. Damit dies möglich wird, sind wir zu dem Gedanken gekommen, ausgehend von den Bestimmungen über den Bergbau, eine Gesetzesvorlage, und zwar vollkommen ausgearbeitet, in Vorschlag zu bringen, damit die Majorität und die Regierung keine Ausrede haben kann. Wir verlangen darin als Organe der Inspektion Vertrauensmänner der Arbeiter nach Berufsgruppen, die von der Arbeiterschaft auf eine bestimmte Anzahl von Jahren (drei bis fünf Jahre) zu wählen und vom Staate zu besolden sind. Diese sollen die Aufgabe haben, die Betriebe erstens auf ihre Sicherheit zu prüfen, und zweitens darauf zu achten, daß die Anordnungen der Inspektoren auch thatsächlich zur Durchführung gelangen. Ferner verlangen wir auch ein geordnetes Strafverfahren gegen die Unternehmer bei Uebertretung der Gewerbeordnung. Diese Strafen sollen nicht mehr von den politischen und autonomen Behörden verhängt werden. Die Strafgerichtsbarkeit muß den ordentlichen Gerichten überwiesen werden; diese sollen in öffentlicher mündlicher Verhandlung darüber zu erkennen haben, ob sich die Unternehmer einer

Uebertretung der Gewerbeordnung schuldig gemacht haben. Die Protektion soll ausgeschlossen sein bei der Verhängung der Strafen, und darum verlangen wir eine Strafgerichtsbarkeit vor den ordentlichen Gerichten. Und dazu sind eigene Gewerbegerichte nothwendig.

Bezüglich der Lohnverhältnisse sind unsere Forderungen ganz klar. Die Arbeitsordnungen sollen in der Art zu Stande kommen, daß bei deren Ausarbeitung die Arbeiter mitzuwirken hätten; weiter müssen wir fordern, daß die Arbeitsordnungen von den Inspektoren nicht blos zu prüfen, sondern zu genehmigen sind, und diese Inspektoren nicht nur die Gesetzmäßigkeit, sondern auch die Zweckmäßigkeit zu beurtheilen hätten. Die Arbeitsordnungen dürfen nicht mehr dekretirt werden, sondern die Arbeiterschaft muß auch einen Einfluß auf sie bekommen, und das öffentliche Interesse soll dabei berücksichtigt werden. Die Arbeitsordnungen sollen obligatorisch werden, und es müssen Normalarbeitsordnungen für bestimmte Gruppen von Betrieben entworfen werden.

Daß die Konventionalstrafen verschwinden müssen, ist klar. Die Unternehmer haben Mittel genug, um gegen die Arbeiter vorzugehen. Der Arbeiter soll vor Gericht zitirt werden, und der Richter soll die Strafe bestimmen. Wir haben ja kein besonderes Zutrauen zu den Gerichten, aber noch viel weniger zu den Unternehmern. Fort also mit allen sogenannten Konventionalstrafen, ob diese nun zivilrechtlicher, disziplinarer oder strafrechtlicher Natur sind. Wenn der Unternehmer mit seinem Arbeiter nicht zufrieden ist, so soll er ihm kündigen. Wir verlangen, daß der Kontraktbruch ebenso geahndet werde wie bei jedem anderen Staatsbürger.

Bezüglich des Handelsbetriebes sind die Forderungen, die die Handelsangestellten immer erheben, folgende: angemessene Sonntagsruhe, angemessene Arbeitszeit, obligatorische Kündigungsfrist und Versicherung. Das sind Forderungen, für die einzutreten unsere Pflicht ist.

Bezüglich der Landwirthschaft haben wir die Dinge im vorigen Jahre besprochen; auch hier sind unsere Forderungen klar. Wir verlangen Frauenschutz, Schutz der Kinder, Sonntagsruhe, Beschränkung der Arbeitszeit u. s. w. Allerdings werden hier Schwierigkeiten und Kompetenzstreitigkeiten zu Tage treten. Man wird erklären, ja, das gehört vor die Landtage, wir hoffen aber, daß das bei uns keine Aufregung erzeugen wird.

Für die Lehrlinge müssen wir mit Entschiedenheit eintreten, weil für diese noch nichts geschehen ist. Wir werden weiter Anträge einbringen, daß für die fachliche Ausbildung der Lehrlinge in größerem Maße vorgesorgt werde, als dies heute der Fall ist. Wir werden auch weiter darauf dringen, daß eine Inspektion für Lehrlinge eingeführt werde.

Die Arbeiter werden sich bald überzeugen, daß die Befürchtung, als ob wir nur politisch thätig sein und erst in zweiter Linie für die Bestrebungen der Arbeiter eintreten werden, eine ganz grundlose ist. Die Hauptsache wird es stets für uns sein, für die wirthschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft das Möglichste zu leisten. Wir erwarten und fordern aber auch von Ihnen vollste Unterstützung, denn nur durch Ihre thatkräftige Förderung können wir etwas erreichen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Referent Gen. Neumann: Karl Marx sagt in seinem „Kapital" über die Hausindustrie, daß sie die im Hintergrunde aufgebaute Exploitationssphäre sei. Er nennt sie auch die Dezentralisation der Großindustrie, und wir müssen gestehen, daß diese Dezentralisation Fortschritte macht, und zwar so lange, bis man nicht in dem einen oder anderen Fach vermöge des Fortschreitens der maschinellen Einrichtungen wieder zurückkehrt zum Fabriksbetriebe, zum Betriebe an einer Stätte. In solchen Fällen wird die Hausindustrie, die Heimarbeit, den Industriellen keinen Nutzen mehr bringen, und in solchen Fällen wird eben in dem einen oder anderen Fache die Heimarbeit verschwinden. In jenen Fächern aber, wo heute noch die Heimarbeit sehr rentabel ist, haben die Unternehmer eine zärtliche Zuneigung zu derselben gefaßt. Sie bietet ihnen aber auch alles Wünschenswerthe, eine Verminderung der Produktionskosten durch Ueberwälzung der Ausgaben für die Arbeitsräume, Werkzeuge, Beleuchtung und Beheizung auf die Schultern Derjenigen, die in der Heimarbeit beschäftigt sind. Weiters bietet auch die Heimarbeit für die

Unternehmer in Bezug auf die Besteuerung sehr große Vortheile. Die Folge davon ist das Anwachsen dieser Art der Produktion, die stete Erweiterung der Heimarbeit und der Hausindustrie. Redner gibt eine detaillirte Darstellung der Heimarbeit, des Sitzgesellenwesens und des Schwitzsystems. Dieses System wurde von uns, fährt der Referent fort, von jeher bekämpft, aber noch immer ohne Erfolg. Die Auswüchse desselben beschäftigen nicht nur uns, sondern auch die Regierung, ebenso wie die Handels- und Gewerbekammer. Eine Statistik, die allerdings nicht sehr verläßlich ist, sagt uns, daß in der Heimarbeit 760.522 Arbeiter und Arbeiterinnen ihr Fortkommen finden. Die Großindustrie beschäftigt nach dieser Statistik 1,080.712 Arbeiter, die kleinen Industrien 402.736 Arbeiter. Wir finden somit, daß 37 Perzent der gesammten Arbeiterschaft in der Heimarbeit beschäftigt sind. In Bezug auf die rechtliche Stellung der Heimarbeiter finden wir, daß dieselben sowohl nach der Gewerbeordnung vom Jahre 1859 als auch nach der neuen Gewerbeordnung vom Jahre 1888 des Arbeiterschutzes nicht theilhaftig sind, dessen sich beispielsweise die Arbeiter in den Fabriken, allerdings in der äußerst mangelhaftesten Weise, erfreuen.

Die Hausindustrie selbst wird nach den „örtlichen Gepflogenheiten" behandelt. Ein sehr weit dehnbarer Begriff. Die Hausindustrie unterliegt nicht einer Ueberwachung. Die Löhne sinken fort und fort. Die Wohnräume, die zugleich als Arbeitsräume dienen, entsprechen nicht den hygienischen Anforderungen. Aber auch in Bezug auf das Krankenversicherungswesen ist die Hausindustrie keinesfalls bedacht worden. Es heißt im Krankenversicherungsgesetz vom 30. März 1888 im § 3, daß „solche Unternehmer, in deren Auftrag und für deren Rechnung selbstständige Arbeiter in eigenen Betriebsstätten persönlich oder unter Mitwirkung der Angehörigen des eigenen Hausstandes, jedoch ohne anderweitige Hilfsarbeiter mit der Herstellung oder Bearbeitung industrieller Erzeugnisse beschäftigt sind (Hausindustrie), berechtigt sind, mit diesen Arbeitern unter Zustimmung derselben der Krankenversicherung beizutreten". Ein Versicherungszwang für Arbeiter der Hausindustrie besteht also nicht, und die Kassenpraktiker werden finden, daß in den meisten Fällen die Heimarbeiter von der Krankenversicherung thatsächlich ausgeschlossen sind. Die Unternehmer finden es nicht nothwendig, die Heimarbeiter anzumelden, und die Arbeiter selbst verdienen so wenig, daß sie die Lasten der Krankenversicherung nicht tragen wollen, und so ist im Falle der Erkrankung unter den Heimarbeitern stets das größte Elend zu finden.

Wie erwähnt, hat sich die Regierung mit der Frage der Heimarbeiter beschäftigt und gewisse Vorschriften über Regelung derselben erlassen. Das Handelsministerium hat an sämmtliche Handelskammern einen Erlaß ergehen lassen, worin sie konkrete Vorschläge für eine Milderung der wesentlichsten Schäden der Heimarbeit verlangt. In erster Linie soll da eine Zählung der Heimarbeiter vorgenommen werden, es sollen die Heimarbeiter mit Arbeitsscheinen versehen, diese Arbeitsscheine sollen nach Ablauf eines Jahres und bei einer gewissen Altersgrenze nicht mehr ausgegeben werden; man will mit einem Worte, daß die Heimarbeit nach und nach aussterbe. Bei dieser Umfrage haben sich nun merkwürdigerweise alle 15 Handelskammern, deren Gutachten mir bekannt sind, für eine Refarm der Heimarbeit und für eine Beseitigung derselben ausgesprochen. Wir haben ouf dem Gewertschaftstag eine Resolution gefaßt, in welcher wir uns über die Heimarbeit aussprachen und sagten: Es gehe nicht an, daß man einfach sagt, die Heimarbeit müsse verschwinden, sondern es muß vor Allem dafür gesorgt werden, daß diejenigen Arbeiter, die von einer solchen Bestimmung getroffen werden, nach wie vor ihre gewerbliche Thätigkeit ausüben können.

Wir halten es daher für nothwendig, daß die Unternehmer dazu verhalten werden, feste Betriebsstätten zu errichten. Wir haben eingesehen, daß dies nicht sofort durchgeführt werden kann, und haben in Folge dessen eine Reihe von Beschlüssen darüber gefaßt, was in der Uebergangszeit zu geschehen habe.

Die Ansichten der Handelskammern weichen von den unserigen vielfach ab. In erster Linie fällt auf, daß die Handelskammern eines der gefährlichsten Systeme, das Schwitzsystem, in ganz oberflächlicher Weise behandeln. Sie sind darüber einig, daß die Zwischenmeister nicht als Arbeiter angesehen werden sollen, sondern als Gewerbetreibende, und das erscheint ihnen als das Um und Auf der ganzen

Reform. Die Zwischenmeister sollen nicht beseitigt, sondern blos mit einem Gewerbeschein versehen werden. Ob dadurch an der Ausbeutung der Arbeitskräfte irgend etwas geändert wird, will ich Ihrer eigenen Beurtheilung überlassen. Ein anderes Mittel weiß übrigens auch die Regierung nicht. Die niederösterreichische Handelskammer glaubt sehr weit zu gehen, wenn sie fordert, daß diese Zwischenmeister auch nicht das Recht haben sollten, Lehrlinge zu halten, und es scheint, daß auch das Handelsministerium geneigt ist, diese Ansicht zu akzeptiren. Sie ersehen daraus, daß sich die Bekämpfung der Heimarbeit in sehr milden Formen vollzieht, so daß nicht zu erwarten ist, daß dadurch eine wesentliche Aenderung in dem gegenwärtigen Zustand herbeigeführt wird.

Schon im Jahre 1873 und 1874 hat eine Enquête über die Heimarbeit stattgefunden, wo die Schneidermeister von Krems erklärten, es sei zu beklagen, daß die Kleiderfabrikanten weder gewerbetüchtig noch fachmännisch gebildet seien, daß sie ihre Arbeiten durch Heimarbeiter herstellen lassen und daß dieses System beseitigt werden müsse. Die Handschuhmacher beklagten sich darüber, daß die Handschuhhändler viel mehr produziren als die Meister u. s. w. Ihre Klagen waren damals noch nicht so nachhaltig wie heute, wo bereits zahlreiche Gewerbetreibende die Schäden an ihrem eigenen Leibe verspüren. Damals richteten sich die Klagen hauptsächlich gegen die Arbeiterorganisationen, welche eine Erhöhung der Löhne herbeiführten und Streiks organisirten.

Nun finden wir in den Berichten der Handelskammern manches Merkwürdige. So sagt die Bozener Kammer, daß die Holzschnitzer, deren es etwa 1300 bis 1500 gibt, in so elenden Verhältnissen leben, daß sie ihre Waaren den Händlern zu Preisen verkaufen, nach welchen nicht einmal das Holz gezahlt erscheint. Die Handelskammer erklärt ganz offen, daß dies daher komme, weil diese Leute das Holz einfach stehlen. Wenn es so weit gekommen ist, daß diese Heimarbeiter das Rohprodukt stehlen müssen, und daß die Handelskammer und natürlich auch die Behörden davon wissen, so mögen Sie daraus entnehmen, wie umfangreich die Schäden dieser Art der Industrie für das gesammte Gewerbe bereits gediehen sind.

Wie sieht es nun mit der Heimarbeit in Wien aus? Es sind da in den Gewerbebetrieben mit einer Erwerbsteuer von fl. 21 aufwärts Heimarbeiter beschäftigt in der Metall- und Metallwaaren-Industrie 44, in der Maschinen-, Apparaten- und Instrumenten-Industrie 104, in der Stein-, Erde-, Thon- und Glas-Industrie 31, in der Holzschnitzwaaren-Industrie und Kautschuk-Industrie 1636, in der Leder-, Fell-, Borsten-, Haar- und Federn-Industrie 64, in der Textil-Industrie 2353, in der Bekleidungs- und Putzwaaren-Industrie 16.572, in der Papier-Industrie 42, in den Nahrungs- und Genußmittelgewerben 12, in den polygraphischen und Kunstgewerben 60, zusammen 20.918 Heimarbeiter. Bei den Bekleidungs- und Putzwaarengewerben stehen diesen 16.000 Heimarbeitern nur 10.980 Werkstättenarbeiter gegenüber. In dieser Industrie finden wir überhaupt äußerst traurige Verhältnisse. Bei vielen Stückmeistern sind Wohnung und Werkstätte gar nicht getrennt, und zwar ist dies der Fall im 1. Bezirk bei 11 Stückmeistern, im 2. Bezirk bei 332, im 3. Bezirk bei 113, im 4. Bezirk bei 33, im 5. Bezirk bei 77, im 6. Bezirk bei 80, im 7. Bezirk bei 101, im 8. Bezirk bei 139, im 9. Bezirk bei 51, im 10. Bezirk bei 73, im 11. Bezirk bei 15, im 14. Bezirk bei 26, im 15. Bezirk bei 194, im 16. Bezirk bei 168, im 17. Bezirk bei 86, im 18. Bezirk bei 101 Stückmeistern. Die Ziffern des 12., 13. und 19. Bezirkes sind unbekannt. Es ist also bei 1600 Stückmeistern dieser Uebelstand zu verzeichnen. Es ist wiederholt auf die Schäden, die daraus erwachsen, hingewiesen worden. Zahlreiche Krankheitsstoffe werden in den erzeugten Kleidern verschleppt, und so mancher Dandy würde seinen Anzug mit großer Angst am Leibe tragen, wenn er erfahren würde, daß der Stückmeister, der ihn hergestellt hat, an Lungentuberkulose oder seine Kinder an einer Infektionskrankheit darniederlagen.

Wir finden weiters, daß auch sehr viele Heimarbeiter unter dem Trucksystem zu leiden haben. Die Handelskammern sagen, es sei ein offenes Geheimniß, daß diese Händler zugleich Gemischtwaarenverschleißer sind und die Arbeiter nicht mit Geld, sondern mit Nahrungsmitteln, Kleidungsstoffen u. s. w. bezahlen. Der Budweiser Gewerbe-Inspektor berichtet im Jahre 1895, daß die Unternehmer der

Nagelschmiedbranche sich zugleich als Gemischtwaarenverschleißer etablirt hatten und die Arbeiter mit Konsumartikel bezahlten. Wenn sie dieselben nicht nehmen wollten, erhielten sie keine Aufträge mehr. Ein solcher Arbeiter erzeugt 500 bis 600 große Bretternägel in 12 Stunden oder 2000 bis 2500 Schuhstifte und verdient je nach Fleiß und Geschicklichkeit 35 bis 40 kr. pro Tag. Dieser karge Lohn wird noch dadurch geschmälert, daß er dafür die Waaren um theures Geld nehmen muß. Das Gewerbe-Inspektorat hat sich der Sache bemächtigt, und es ist sogar einer dieser Unternehmer bestraft worden, und zwar mußte er fl. 200 Strafe bezahlen. Das hat er leicht bezahlen können, denn er hat jahrelang ein vorzügliches Geschäft gemacht. Von der Rudniker Korbwaarenfabrik berichtet der Gewerbe-Inspektor, daß diese Körbe durch Hausindustrielle hergestellt werden. 45 Familien verdienten in fünf Wochen fl. 844, in einem anderen Falle 29 Familien in derselben Zeit fl. 661, in einem dritten Falle 69 christliche Familien fl. 3973, hingegen 25 jüdische Familien fl. 2270. Die Verschiedenheiten in dem Verdienste sind darauf zurückzuführen, ob eine Familie mehr oder minder angestrengt arbeitet und ob sie mehr oder weniger Köpfe zählt. Immerhin ist das aber so wenig, daß man annehmen kann, daß die Leute davon überhaupt nicht leben können. In dem Berichte wird gesagt, die Leute seien sehr leichtlebig. Bei dem Verdienste dürften sie nicht besonders leichtlebig sein können.

Wir fordern also, wie gesagt, daß die Heimarbeit zu beseitigen ist und daß feste Werkstätten zu errichten sind.

Da dies nicht so bald durchgeführt werden wird, müssen wir vor Allem trachten, daß eine genügende Ueberwachung der Heimarbeit stattfindet, und da komme ich zu demselben Schlusse wie der Vorredner, daß nämlich das Gewerbe-Inspektorat in dem Sinne auszubauen sei, daß Vertrauensmänner der Arbeiter aufgestellt werden, welchen die Ueberwachung der Arbeiterschutzgesetzgebung obliegt. Wenn man bedenkt, daß der Wiener Gewerbe-Inspektor im abgelaufenen Jahre 745 Betriebe besucht hat, daß 1879 Stückmeister gezählt werden — ihre Zahl ist aber eine bedeutend größere — und wenn 20.000 Heimarbeiter in Wien existiren, dann muß man sagen, daß das Gewerbe-Inspektorat nur äußerst mangelhaft seine Aufgabe erfüllen kann.

Es ist daher unbedingt nothwendig, daß besoldete, von Arbeitern gewählte Vertrauensmänner angestellt werden. Es würde allerdings die Versuchung nahe liegen, zu verlangen, daß Gewerbe-Inspektoren überhaupt auch aus dem Kreise der Arbeiter aufgenommen werden. Wir sagen uns aber, wenn Arbeiter als Gewerbe-Inspektoren angestellt werden, so sind sie schließlich doch Beamte und unterstehen nicht mehr der Kontrole ihrer Genossen.

Was die Meldepflicht betrifft, worüber die Handelskammern ebenfalls sich aussprechen, so muß ich sagen, daß es nicht genügt, blos zu dekretiren, daß die hausindustriellen Arbeiter sich mit einem Arbeitsschein zu versehen haben, sondern es muß den Unternehmern die Pflicht auferlegt werden, jeden Arbeiter, den sie außer Haus beschäftigen, anzumelden, und die Uebertretung dieser Verpflichtung darf nicht mit Geld, sondern muß mit Arrest bestraft werden. (Zustimmung.)

Auch in Bezug auf die Wohnungen sind eine Reihe von Wünschen hier auszusprechen. Vor Allem haben die Kommunen die Verpflichtung, darauf zu dringen, daß gesunde und billige Arbeiterwohnungen gebaut werden. Von der gegenwärtigen Wiener Kommunalvertretung können wir dies wohl nicht erwarten, denn Diejenigen, welche in der Gemeindevertretung sind, haben vor Allem die Interessen der Hausherren zu vertreten, von denen sie ja eigentlich gewählt sind. Es müssen daher von Seiten der Arbeiterschaft alle Anstrengungen gemacht werden, damit sie auch das Gemeindewahlrecht erhält.

Wir sagen auch, es seien die Unternehmer zu verhalten, dafür zu sorgen, daß die Produkte, welche durch Heimarbeiter hergestellt werden, in solchen Räumen hergestellt werden, welche den hygienischen Anforderungen entsprechen. Von den Unternehmern ist natürlich nicht zu erwarten, daß sie dem Folge leisten; es ist daher nothwendig, daß die Wohnungen von Zeit zu Zeit durch eigene Inspektoren inspizirt werden. Wir verlangen weiters, daß für die Heimarbeiter eine scharfe Besteuerung der Unternehmer platzgreife. Wenn wir dadurch dem Staate eine neue Einnahmsquelle eröffnen, dann wird gewiß die Heimarbeit eingeschränkt werden.

Selbstverständlich ist es, daß wir auch die Arbeiterschutzgesetze auf die Heimarbeiter angewendet wissen wollen.

Es wird dagegen eingewendet, daß die Heimarbeiter selbst vielfach gegen diese Forderung auftreten. Dies müssen wir allerdings zugestehen. Wenn die Arbeiter selbst mithelfen würden, dann ginge es ja sehr leicht, die Heimarbeit allmälig zu beschränken und so zu beseitigen. Dies zeigt die Meerschaum-Industrie. In der Meerschaumbildhauerei wurden zu Anfang der Achtziger-Jahre die meisten Arbeiten in festen Betriebsstätten hergestellt. Im Jahre 1883 haben die Unternehmer sukzessive ihre Betriebsstätten aufgelassen, und es waren immer mehr Arbeiter gezwungen, zu Hause zu arbeiten, so daß von den zirka 200 Arbeitern etwa 130 zu Hause gearbeitet haben. Die nächste Folge war ein rapides Sinken der Löhne auf die Hälfte oder ein Drittel. Schon damals sind Versuche gemacht worden, die Arbeiter zu vereinigen, dieselben sind jedoch gescheitert, da einzelne Arbeiter diesen Versuchen ablehnend gegenüberstanden. Die Löhne sind aber in den Neunziger-Jahren weiter herabgegangen, und so haben sich die Arbeiter gezwungen gesehen, sich zu einer Gruppe zu vereinigen. Es sind derselben etwa 80 Arbeiter beigetreten. Dieser Gruppe war es möglich, die Arbeitslöhne aufrecht zu erhalten und es dahin zu bringen, daß jene Arbeiter, welche zu Hause arbeiteten, von den Unternehmern keine Arbeiten mehr bekamen, weil die Unternehmer fürchten mußten, daß die Gruppe in der Zeit, wo der Geschäftsgang gut ist, nicht für sie arbeiten wird. Schließlich haben sich alle Arbeiter der Gruppe angeschlossen, und es ist in dieser Branche die Heimarbeit vollständig aufgehoben worden. In der Massapfeifenschneiderei haben wir einen ähnlichen Fall zu verzeichnen.

Wir sehen, daß derartige Versuche ein gewisses Resultat herbeiführen. Es ist allerdings richtig, daß diese Versuche nur bei ganz kleinen Fächern unternommen werden können. In der Konfektionsbranche, Schneidergeschäften und bei Schuhmachern haben solche Versuche keine Aussicht auf Erfolg. Dessenungeachtet ist es nothwendig, daß in den kleineren Fächern, wo die Arbeiter ebenfalls durch Heimarbeit geschädigt werden, derartige Versuche gemacht werden.

Ganz eigenthümliche Verhältnisse finden wir im Etuifach. Ende der Siebziger- und Anfangs der Achtziger-Jahre gab es im Etuifach nur Tischler, die bei den Etuifabrikanten arbeiteten. In den Achtziger-Jahren begannen die Etuitischler zu Hause zu arbeiten, und es kam so weit, daß sie aus den Werkstätten austraten. Die Etuitischler, die nur zu bestimmten Saisonen zu arbeiten haben, klagen heute darüber, daß unter ihnen eine maßlose Konkurrenz herrscht. Heute müssen sie Tag und Nacht arbeiten und verdienen trotz dieser langen Arbeitszeiten nicht mehr als fl. 10, 12 oder 14. Dagegen sinken in der faulen Zeit die Löhne riesig. Ein Tischler macht dem anderen Konkurrenz, einer sucht den anderen in Bezug auf Billigkeit zu unterbieten, und ein stetiges Sinken der Arbeitslöhne ist zu verzeichnen. Es ist unzweifelhaft, daß es in diesem Fache wie bei den Meerschaumbildhauern möglich wäre, eine Gruppe zu bilden und die Arbeitslöhne auf ein festes Niveau zu bringen. Daraus resultirt, daß, obwohl wir von der Gesetzgebung und unseren Vertretern im Reichsrathe verlangen, daß eine Reihe von Gesetzentwürfen eingebracht wird, die im Stande sind, die Schäden der Hausindustrie zu mildern, die Arbeiter selbst trachten müssen, so viel als möglich mitzuwirken, um diese Schäden hintanzuhalten.

Wir haben aber noch etwas Anderes zu thun: Wir haben Erhebungen zu pflegen und müssen in die Gegenden reisen, wo die Heimindustrie zu Hause ist, sie kennen lernen und uns mit der Frage beschäftigen, ob nicht noch andere weitgehendere Forderungen aufzustellen sind. Vorläufig empfehle ich, daß Sie das, was in der vorgelegten Resolution nur in großen Zügen in Bezug auf die Heimarbeit geschehen soll, akzeptiren. Wenn im Kleider- und Schuhwaarenfache die Verhältnisse traurige sind, dann muß von Seite der Gesetzgebung gerade in diesen großen Industriezweigen etwas geschehen, damit eine Aenderung der bestehenden Zustände herbeigeführt werde. Strenge Ueberwachung, Besteuerung der Unternehmer, die Lösung der Wohnungsfrage muß schließlich dazu führen, daß die Heimarbeit nicht in so weitgehendem Maße angewendet wird wie bisher. Wir müssen trachten, daß die Arbeiter vor Ausbeutung geschützt sind, wir müssen trachten, daß die Unternehmer nicht etwa die Heimarbeit als willkommenes

Objekt betrachten, um billig produziren zu können. Wenn wir in diesem Sinne arbeiten, dann können Sie überzeugt sein, daß wenigstens vorläufig die Schäden der Heimarbeit gemildert werden und wir das schließliche Ziel, auf das wir unentwegt hinarbeiten müssen, nämlich die Beseitigung der Heimarbeit, erreichen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Referent Gen. Tomschik: Werthe Parteigenossen! Es ist heute das erste Mal, daß sich der Parteitag mit der Lage der Transportbediensteten beschäftigt. Die Wichtigkeit dieses Gegenstandes erhellt daraus, daß wir in Oesterreich 200.000 Transportbedienstete haben, von denen ungefähr 140.000 Eisenbahnbedienstete sind. Die Bedienstetenkategorie entbehrt so ziemlich jedes Arbeiterschutzes. Die Bahnunternehmungen haben es, wie die Transportunternehmungen überhaupt, verstanden, einen Staat im Staate zu bilden. Sie haben es einerseits verstanden, die Verkürzung der Arbeitszeit zu verhindern mit dem Hinweise darauf, daß es technisch unmöglich sei, eine Verkürzung eintreten zu lassen; andererseits haben sie es verstanden, bezüglich der sogenannten Humanitätsinstitute, der Unfallversicherung 2c., eine Ausnahme zu machen, und so wurde, als die Unfallversicherung angenommen wurde, für die Eisenbahnbediensteten die berufsgenossenschaftliche Versicherung geschaffen. Die Eisenbahnverwaltungen haben es auch verstanden, die Bediensteten von der Betriebskassenverwaltung gänzlich auszuschließen. Bei den k. k. Staatsbahnen z. B., wo ungefähr 40.000 Bedienstete, theils Angestellte, theils Arbeiter, sind, gibt es 20.000 bis 30.000 Arbeiter, von denen ein einziger Arbeiter im Krankenkassenausschuß sitzt. Allerdings existirt eine Lokalkommission, wo ebenfalls Bedienstete sitzen, die aber nur Anträge auf Unterstützungen u. dergl. stellen können. Ferner haben es die Eisenbahnverwaltungen verstanden, die Instruktionen zum Schutze des Verkehres, zum Schutze und zur Sicherheit des Lebens nur am Papier zu belassen und praktisch nicht durchzuführen. Der Ministerpräsident hat bei der Debatte über die Auflösung der Eisenbahnerorganisation im Parlamente hervorgehoben, daß die Forderungen, die von Seite der Fachorganisation der Eisenbahnbediensteten auf ihren Fachkongressen gestellt wurden, nicht durchführbar seien, weil sie den Verkehr hemmen würden. Sehen Sie, wenn die Instruktionen, die sich die Eisenbahnverwaltungen selbst geschaffen haben, und die keineswegs von einer Arbeiterorganisation ausgearbeitet wurden, sondern von Bureaukraten, deren Hauptinteresse dahin geht, die Bediensteten so weit als möglich auszunützen, in Wirklichkeit eingehalten würden, so würde — und das hat der Versuch der Südbahnbediensteten gezeigt — bei dem heutigen Personalstand, bei dem Materiale, das die Eisenbahnverwaltung besitzt, der Verkehr ganz sicher gelähmt werden und stillstehen müssen. Die gestellten Forderungen aber würden nicht den Verkehr lähmen, sondern es müßte vor Allem eine Vermehrung des Personals eintreten. Wenn die Arbeitszeit der Werkstättenarbeiter auf acht Stunden beschränkt würde, wenn bei denjenigen Bediensteten, welche die Züge auf der Strecke begleiten, eine zehnstündige Arbeitszeit und eine dementsprechende Ruhezeit, welche mindestens das Doppelte der Zeit, die der Betreffende im Dienste steht, betragen soll, platzgreift, wenn für das Personal, das einer Ablösung bedarf — es gibt ja viele solche Kategorien — eine zwölfstündige Dienstzeit eingeführt wird, und wenn vor Allem die selbstgeschaffenen Instruktionen eingehalten werden würden, so müßte bei einem Stande von 140.000 Eisenbahnbediensteten eine Vermehrung um mindestens 80.000 eintreten. Es geht daraus hervor, daß heute ein Eisenbahnbediensteter den Dienst für zwei leisten muß.

Was nun die Arbeitszeit bei den Transportunternehmungen betrifft, so findet sich eine übermäßig lange Arbeitszeit nicht nur bei den niederen Bediensteten, sondern auch bei den Beamten und es ist noch nicht lange her, daß Verkehrsbeamte eine ununterbrochene Dienstzeit von 36 Stunden hatten. Ja, es gibt heute noch und nicht nur bei Privat-, sondern auch bei Staatsbetrieben Arbeiterkategorien, von denen 36stündige ununterbrochene Arbeitszeit verlangt wird. Allerdings gibt es auch viele Ausnahmen, wo die Arbeitszeit für Bedienstete sowohl als auch für Beamte auf 72 Stunden steigt. Die Sucht, immer mehr Gewinn aus den Verkehrsunternehmungen herauszuziehen, hat es dahin gebracht, daß der Personalstand, statt sich zu erhöhen, sich vermindert hat, und jeder Betriebsdirektor bei den k. k. Staatsbahnen oder Inspektor bei einer Transportunternehmung hat sein

Hauptaugenmerk darauf gerichtet, den Personalstand herabzusetzen. So gibt es bei den Bahnen Stationen, wo ein Wächter gleichzeitig Stationsvorstand ist, die Karten ausgibt, die Züge abfertigt, als noch das Glockenzeichen bestand, das Glockenzeichen geben mußte, den Stundenpaß des Zugsführers unterschreibt, die Waaren auslädet, dafür zu sorgen hat, daß diese Waaren auch an die Partei abgeführt werden, kurz, welcher den ganzen Dienst zu versorgen hat und von Niemandem abgelöst wird, also eine riesig lange Dienst-, respektive Arbeitszeit durchzumachen hat. Die Sucht mancher Bediensteten, die Dienstzeit auszudehnen, hat ihren Grund darin, daß für sie eine längere Dienstzeit einen höheren Lohn bedeutet, z. B. Stunden- und Kilometergelder, so daß bei manchen Bediensteten die Verkürzung der Arbeitszeit starker Abneigung begegnet, weil das eine Verringerung ihres Lohnes bedeutet.

Wenn wir die Gehaltsverhältnisse der Eisenbahnbediensteten betrachten, so finden wir, daß sie — wie auch bei den übrigen Transportunternehmungen — die miserabelsten sind, so daß ein Eisenbahnbediensteter, der als Kondukteur oder sonst was aufgenommen wird, den gewöhnlichen Lohn von fl. 1 durchschnittlich bei einem verantwortungsvollen Dienst bekommt. Man hat nun die niedrigen Löhne damit motivirt, daß man sagte, die Leute verdienen an Stunden- und Kilometergeldern. Sehen wir uns nun an, wie die Sache jetzt aussieht, wo dieser Nebenverdienst, auf den sich die Eisenbahnverwaltungen berufen haben, bei den Arbeitern im k. k. Staatsbahnbetriebe aufgehoben wurde.

Bei der Stabilisirung wurde auf die Forderung der Bediensteten, den Akkord aufzuheben, dieser auch aufgehoben und der Grundsatz aufgestellt, daß Niemand bei der Stabilisirung etwas verlieren soll. Darunter denkt man sich, wenn man von sozialen Erfolgen spricht, daß nicht nur gegenwärtig Niemandem geschadet werden soll, sondern daß es hauptsächlich für die Zukunft einen Vortheil für die Bediensteten bedeutet. Jetzt müssen wir aber sagen, daß die Leute sogar gegenwärtig verkürzt wurden. Denn wer z. B. Krankenurlaub hatte, dem wurde das Krankengeld als Verdienst gerechnet, und Leuten, welche Urlaub hatten, wurde der gehabte Urlaub nicht gerechnet. Besonders charakteristisch ist der Verlust, den diejenigen Arbeiter zu verzeichnen hatten, welche ihren Hauptverdienst aus der Ueberarbeit gezogen haben. Das sind die in den Magazinen oder Heizhäusern bediensteten Leute. Die Ueberzeit wurde ihnen stets bezahlt, und es wurde auch viel Ueberarbeit geleistet, so daß es vorkam, daß ein Heizhausarbeiter in einer Woche bis zu 70 Stunden Ueberzeit zusammenbrachte, was darin seinen Grund hat, daß für Ueberstunden eine V i e r t e l s t u n d e mehr gerechnet wird. Nun wurde bei der Stabilisirung folgendermaßen vorgegangen: Man theilte den Lohn in Gehalt und Quartiergeld, und das Fazit war, daß Ueberstunden nur vom Gehalt berechnet wurden und der Mann so weniger bekam als früher. Ferner ließ man die Magazinsarbeiter und Heizhausarbeiter, die Ueberstunden bezahlt bekamen, in der letzten Zeit um fl. 50 avanciren, und ein Erlaß des Eisenbahnministeriums ordnete an, daß ihnen von nun an Ueberstunden nicht mehr bezahlt werden, so daß der Mann die Ueberzeit vollständig verliert und für sie nur fl. 50 Gehaltserhöhung erhält. Die Stabilisirung, die zeigen sollte, daß die Eisenbahnverwaltung für die Arbeiter etwas thun wolle, hat das Gegentheil gezeigt. Heute beträgt das Anfangsgehalt des Arbeiters fl. 350, das Endgehalt fl. 750. Drei Jahre muß er provisorisch im Dienste stehen und bekommt während dieser Zeit 80 kr., fl. 1 oder fl. 1·20 pro Tag, indem man ihn auf die Anstellung vertröstet. So werden die Leute durch drei Jahre hingehalten, damit sie um geringeren Lohn arbeiten. Wenn so ein Mann sein Avancement durchmacht, so kann er in 48 Jahren das Endgehalt von fl. 750 erhalten, während es früher Arbeiter gab, die im Akkord in einem Jahre fl. 750 Verdienst erreichten. Diese Verhältnisse sind bei den Kondukteuren, die auf Stunden- und Kilometergelder angewiesen sind, noch schlechter, da bei Privatunternehmungen für alle Zugsverspätungen keine Zeitentschädigung gezahlt wird. Da werden nur diejenigen Stunden entlohnt, welche die fahrplanmäßige Zeit des Zuges ausmachen. Wenn also der Zug fünf Stunden Verspätung hat, muß die Zugsbegleitung diese fünf Stunden unentgeltlich leisten. Bei den Staatsbahnen wird ebenfalls erst nach drei Stunden die Hälfte des Stundengeldes gezahlt.

Bezüglich des Lokomotivpersonales gilt dasselbe; der Mann macht nicht mehr Kilometer, wenn der Zug Verspätung hat, als wenn dies nicht der Fall ist.

Bezüglich der Trinkgelder ist zu bemerken, daß die Kondukteure bei den Personen- und Schnellzügen durch dasselbe korrumpirt werden, die Lastzugskondukteure sind deshalb zur Organisation viel leichter zu haben.

Was die Humanitätsanstalten betrifft, die bei den Eisenbahnen und bei den übrigen Transportunternehmungen eingeführt sind, wie Kranken-, Pensions- und Provisionskassen, sind die Verhältnisse sehr triste. Die Eisenbahnverwaltungen halten sich einen eigenen Bahnarzt, und zwar aus den Mitteln der Betriebskasse. Die Bahnärzte sind aber nur Vertrauensmänner der Bahnverwaltungen. Ueber die Aufnahme entscheidet nur die Krankenkasse, und in dem Krankenkassenausschuß sitzt nur z. B. bei der k. k. Staatsbahn ein einziger Arbeitervertreter, bei dem noch verhindert wird, daß er durch die Wahl aus der Mitte der Arbeiter hervorgehe. Es wird in der Regel von der Bahnverwaltung dekretirt, der und der wird gewählt; die Stimmzettel werden schon hektographirt vorgelegt und der Mann förmlich gezwungen, zu unterschreiben. Wenn aber wirklich ein Arbeiter in den Krankenausschuß kommt, so ist jede Debatte über die Anstellung von Aerzten von vornherein abgeschnitten; bezahlt werden die Aerzte aber hauptsächlich vom Gelde der Bediensteten.

Bezüglich der Ausübung der Krankenpflege auf den Eisenbahnen will ich Ihnen ein drastisches Beispiel vorführen: In Nabresina ist es vorgekommen, daß ein Bahnarzt sich die Kranken auf dem Bahnhof hat aufstellen lassen; diese sind in einer Reihe gestanden, der Bahnarzt kommandirte: „Zunge heraus!" und ist dann die ganze Reihe abgegangen und hat auf diese Weise die Untersuchung gepflogen, ohne sich Notizen zu machen. Da in dem betreffenden Ort keine Apotheke vorhanden war, sagte der Arzt: „Die Medizin werde ich schon schicken." Wenn er die Strecke durchfährt, behandelt er so ungefähr 40 Kranke; er kann sich natürlich nicht merken, welche Medizin der Einzelne braucht. Da wird gewöhnlich eine einzige Medizin verschrieben, deren größter Inhalt — Aqua ist; wenn sie ihm nicht hilft, schadet's ihm nicht. Ein Bahnarzt in Wien hat es zu Stande gebracht, einen bereits gestorbenen Eisenbahnbediensteten gesund zu melden: als seine Frau in die Kanzlei ging, um den Tod des Betreffenden zu melden, hatte der Bahnarzt durch den Kanzleidiener schon einen Zettel an die Leitung geschickt, daß der Mann bereits gesund ist. In Salzburg wieder sind zwei Bahnärzte, wo der eine zum Kranken sagt: Sie gehören nicht in meinen Rayon; der andere Bahnarzt sagt dasselbe. Der kranke Bedienstete wird eben so lange herumgeschickt bis er gesund geworden ist, oder bis er stirbt. In die Station Herpelje-Kozina kam zum Beispiel ein Bahnarzt und will noch einen Wächter, der in dem Wächterhause krank darniederliegt, besuchen. Auf dem Putzkanal steht eine Maschine, die schon für den Personenzug vorbereitet ist, dessen Ankunft erwartet wird. Der Bahnarzt sagt zum Stationschef: „Sie, leihen Sie mir die Maschine und lassen Sie mich zum Bahnwächter hinausfahren", also dem Zuge, der in zehn Minuten erwartet wird, entgegen; der Chef willigt ein, der Bahnarzt fährt hinaus, springt beim Wächter ab, läuft hinauf, reißt die Thür auf und schreit hinein: „Wie geht es Ihnen?" der Wächter antwortet: „Herr Doktor, da und da . . ." der Arzt unterbricht ihn, „also melden Sie sich, wenn Sie wieder gesund werden, bei mir," dann steigt er wieder auf die Maschine und fährt in die Station zurück. Von einer Untersuchung kann keine Rede sein. Der Bahnarzt, der den Kranken zu besuchen hatte, hätte da leicht ein noch größeres Unglück verursachen können, wenn man bedenkt, wie leicht von dem ankommenden Zug, da dort ein Gefälle von 20 Meter per 1000 ist, eine Bremse hätte reißen und auf diese Weise durch eine Karambolage ein großer Unglücksfall sich hätte ereignen können. Aehnliche Verhältnisse wie bei den Eisenbahner-Krankenkassen bestehen auch bei den Tramwaybediensteten; auch hier ist die Verwaltung der Kasse in den Händen der Unternehmung. Den Einspännergehilfen ist es gelungen, die Verwaltung der Kasse in ihre Hände zu bekommen.

Was die Verhältnisse bei den Pensions- und Provisionskassen betrifft, sind dieselben bei allen Transportunternehmungen so ziemlich gleich; die Verwaltung liegt auch hier hauptsächlich in den Händen der Unternehmungen; die Arbeiter werden gewöhnlich nicht berücksichtigt, schon deshalb nicht, weil man immer versucht, daß die Kandidaten, die da aufgestellt werden, auch wirklich in das Institut

hineinkommen, und wenn der Kandidat hineinkommt, da suchen die Unternehmer erst recht zu verhindern, daß dieser Mann sich auch in die Verhältnisse dieser Institute einweihe.

Die Provisionskassen sind so eingerichtet, daß die Vortheile, die da zu verzeichnen sind, von Seite der Unternehmungen für die Bediensteten durch die Disziplinargewalt, welche die Unternehmungen in Händen haben, behindert werden können. Es ist ihnen möglich, einen Arbeiter um seine durch jahrelange Einzahlung erworbenen Ansprüche zu bringen. Ein mißliebiger Arbeiter wird da einfach vor die Disziplinarkommission gestellt und verurtheilt und dann seines Anspruches auf den Provisionsfond und der sogenannten Altersversicherung für verlustig erklärt. Dieses Institut muß daher in die Hände der Mitglieder übergehen, nämlich der Bediensteten, welche die Einzahlungen leisten, denn die Beiträge, welche die Transportunternehmungen leisten, sind gewiß sehr minimal. Die Unternehmungen sollten, wenn sie sich auf ihre Humanität gegenüber den Arbeitern berufen, auf die Verwaltung dieser Institute vollständig verzichten; das thun sie eben nicht, weil hauptsächlich bei den Eisenbahnen diese Institute ein riesiges Kapital repräsentiren, welches sehr gut zu Zwecken der bezüglichen Transportunternehmung verwendet werden kann.

Den Unternehmungen ist es in diesen Provisionskassen leicht möglich, die Arbeiter in jeder Form zu betrügen, so daß wir dafür eintreten müssen, daß die Verwaltung der Pensionskassen in die Hände Derjenigen übergehe, welche die Beiträge zu diesen Kassen leisten müssen. Weiters ist es vor Allem nothwendig, daß für die Transportbediensteten die Dienstespragmatik, welche heute besteht und welche die Bediensteten vollständig der Willkür preisgibt, einer gerechteren Dienstespragmatik weiche. Wir haben in die Resolution einen Punkt, betreffend die Schaffung einer Dienstespragmatik, aufgenommen, und es wird Sache des sozialdemokratischen Verbandes sein, sich mit diesem Punkte zu befassen und die Dienstespragmatik als Gesetz einzubringen. Es muß den Bahnverwaltungen die Disziplinargewalt über ihre Bediensteten genommen werden. Diese sind heute vollkommen der Disziplinarkommission ausgeliefert, die ihr Urtheil immer im Sinne der Verwaltung fällt. Es werden von der Disziplinarkommission Geldstrafen in der Höhe von fl. 20, 30, ja 50 verhängt für Leute, die ein Jahresgehalt von fl. 450 haben, oder man sagt dem Manne: Du bist auf so und so lange vom Avancement ausgeschlossen. Diese Strafen werden dann Humanitätsinstituten zugeführt und dadurch ermöglicht, daß die Unternehmungen nur geringe Beitragsleistungen zu denselben zu entrichten haben.

Weiter verlangt unsere Resolution, daß Inspektoren aus der Mitte der Bahnbediensteten gewählt werden, welche über den Schutz derselben zu wachen haben. Die heute bestehende Generalinspektion erfüllt ihre Pflicht in keiner Hinsicht. Trotz der zahlreichen Unfälle, die auf den Eisenbahnen vorkommen, hat sich die Generalinspektion nicht ein einziges Mal bemüssigt gesehen, einzugreifen. Es müssen daher von den Bediensteten der Transportunternehmungen Delegirte gewählt werden, welche die Aufgabe haben, auf die Durchführung der zum Schutze dieser Branche geschaffenen Instruktionen zu achten. In der Resolution wird insbesondere auf das Hainfelder Programm hingewiesen, welches Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter enthält. Ich empfehle Ihnen auch unsere zweite Resolution, welche lautet:

„Der sechste Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie spricht den angestellten Eisenbahnern anläßlich ihres Kampfes um das Koalitionsrecht seine Sympathien aus. Er verurtheilt auf das Entschiedenste das Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien, welche theils offen, theils versteckt für die Konfiskation der Koalitionsfreiheit der Eisenbahner eingetreten sind. Der Parteitag billigt die Haltung des sozialdemokratischen Verbandes anläßlich der Debatte über den Dringlichkeitsantrag wegen der Auflösung der Eisenbahnerorganisationen und spricht die sichere Erwartung aus, daß die Angestellten energisch für ihre ökonomischen Interessen eintreten, wobei sie die Unterstützung der gesammten Arbeiterschaft zu erwarten haben."

Wenn unsere Eisenbahnerorganisation auch aufgelöst wurde, so können wir uns doch sagen, daß, wenn wir heute trotz des Hiebes, der von der Regierung geführt wurde, in die Lage kommen, eine neue Organisation zu schaffen, eine

doppelte Anzahl von Eisenbahnbediensteten in der Organisation stehen werden, als dies früher der Fall war. Ich ersuche um Annahme dieser Resolution. (Bravo! Bravo!)

Es wird hierauf der Antrag eingebracht, die vorliegenden Anträge an eine aus sechs Mitgliedern bestehende Kommission zuzuweisen und über diesen Punkt zur Tagesordnung überzugehen.

Gen. Schuhmeier beantragt, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen, da es unbedingt nöthig sei, sich über die wirthschaftlichen Fragen gründlich auszusprechen.

Nach Annahme des Antrages Schuhmeier wird in die Debatte eingegangen.

Es wird zugleich Schluß der Rednerliste beantragt und der Antrag gestellt, daß die Redner, welche Antragsteller sind, zehn Minuten, alle anderen aber nur fünf Minuten sprechen dürfen.

Gen. Berner spricht sich dagegen aus, weil man die Redner zu diesem Punkte nicht dafür büßen lassen könne, daß die Debatte bei anderen Punkten in die Länge gezogen wurde.

Vorsitzender Gen. Popp macht darauf aufmerksam, daß die Annahme des zweiten Antrages nur zur Folge hätte, daß noch mehr Anträge einlaufen würden.

Es wird hierauf der Antrag auf Schluß der Rednerliste angenommen, dagegen der andere Antrag abgelehnt.

Gen. Berner (Wien): Daß die Hausweberei heute noch existirt, ist der intellektuellen Rückständigkeit der Unternehmer zu danken.

Die Krise, die wir in der Textil-Industrie in Oesterreich haben, während dieselbe im Auslande blüht, danken wir ihrer kommerziellen und technischen Unfähigkeit. Dies müssen vor Allen die Arbeiter büßen. Aus den mir zugekommenen Briefen entnehme ich, daß die Arbeitszeit in den Fabriken 11 Stunden beträgt. Die Löhne schwanken zwischen fl. 1 und höchstens fl. 5 pro Woche. Soweit ich mir Lohnzettel verschaffen konnte, habe ich gefunden, daß der höchste Durchschnittslohn fl. 2 pro Woche ist. Die Behandlung seitens der Vorgesetzten ist eine brutale. Noch trauriger sieht es bei den Heimarbeitern aus; ihre Löhne sind niedriger, und die Arbeitszeit ist eine bedeutend längere. Es gibt 300 Heimarbeiterinnen, welche nur 10 kr. täglich verdienen. Diese Zustände drücken sich auch in der ungeheueren Morbidität unter den Hauswebern aus. Die Bevölkerung ist degenerirt. Es ist eine Thatsache, daß in Deutschhause seit zehn Jahren kein Weber zum Militär assentirt wurde. Gegenüber diesen Zuständen wird aber nichts unternommen. Es ist daher nothwendig, daß wir bei jeder Gelegenheit darauf hinweisen, welches Elend unter diesen Hausindustriellen herrscht, um endlich die Regierung und die Gesetzgebung zu einem energischen Einschreiten zu veranlassen. Ich halte aber die vorgeschlagene Resolution nicht für ausreichend und würde wünschen, daß der Referent auch noch die Forderung aufnehme, daß bei solchen Industrien, deren Auflösung vor sich geht, den dort beschäftigten Personen der Uebergang zu anderen Beschäftigungen erleichtert werde und ihnen durch produktive Bauten, wie: Eisenbahnen, Straßen- und Flußregulirungen u. s. w., Beschäftigung zugewiesen werde. Ich möchte Sie auch bitten, den Antrag des Gen. Stark anzunehmen, aber nur in dem Sinne, daß dem sozialdemokratischen Verbande aufgetragen werde, Mittel und Wege zu suchen, um einen Schutz vor Maßregelungen für diese Delegirten auf gesetzlichem Wege herbeizuführen. Ich bin allerdings der Ansicht, daß dies nicht ganz möglich sein wird, denn die Unternehmer werden immer Mittel finden, einen mißliebigen Arbeiter loszubekommen, und es ist nicht gut, mehr zu versprechen, als was man leisten kann.

Schließlich möchte ich darauf hinweisen, daß eine große Gruppe von Transportarbeitern, nämlich die Verlader auf den Elbeschiffen, welche nach den klaren Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes versicherungspflichtig sind, bis heute in die Unfallversicherung nicht einbezogen wurden, weil der mit den dortigen Transportunternehmern eng befreundete Bezirkshauptmann die Sache so darstellt, als wären die Arbeiter selbstständige Gewerbetreibende. Die Leute

verunglücken aber sehr oft, und es wäre nothwendig, auch für diese etwas zu thun.

Gen. Stark (Falkenau): Als die Nachrichten über die bekannten Massenmorde in Ostrau in die Oeffentlichkeit kamen, haben wir gehofft, daß auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes vom Parlament doch etwas gemacht werden wird; diese Hoffnung hat sich allerdings insoweit erfüllt, als das christlich-soziale Werk des Todfeindes der österreichischen Arbeiter, des Grafen Falkenhayn, zu Stande kam. Es wurden die Bergbaugenossenschaften ins Leben gerufen, welche nur den Zweck haben, die Organisation der Bergarbeiter zu erdrücken. Wenn Graf Falkenhayn gewußt hätte, daß dieses Machwerk gerade seiner Partei Schaden bringen würde, so hätte er es wahrscheinlich nicht gemacht. Diese Bergbaugenossenschaften bestehen bekanntlich aus zwei Gruppen; die eine Gruppe sind die Unternehmer, die andere Gruppe die Arbeiter. Obwohl die Arbeiter keinen gesetzlichen Schutz genießen, ist es doch gelungen, vorwiegend Sozialdemokraten als Delegirte zu wählen. Kaum aber waren die Wahlen vollzogen, so ist man auch schon in einigen Gegenden daran gegangen, die Delegirten zu maßregeln. Vorwiegend geschahen diese Maßregelungen indirekt, indem man die Leute an ihrem Lohne verkürzte, ihnen schlechte Arbeitsörter zuwies u. s. w., so daß sie die Arbeit aufgeben mußten. Auf diese Weise ist ein großer Theil der Delegirten wieder abgegangen, und Neuwahlen wurden nicht vorgenommen. Ich halte daher den von mir eingebrachten Antrag für sehr wichtig.

Es ist auch gegen die Maßregelungen vorzugehen. Durch die in meinem Antrag vorgesehenen Maßnahmen ist wenigstens so viel erreicht, daß die Entlassung der Betreffenden hinausgeschoben wird und es ihnen während dieser Zeit möglich ist, an anderen Orten Arbeit zu finden.

Was die Bruderladen betrifft, so bilden die Aerzte derselben die Polizei.

Weiters soll dafür gesorgt werden, daß die Arbeiterschutzgesetze durchgeführt werden, so die Bestimmungen über die Sonntagsruhe und über die Arbeitszeit. Auch die Akkordarbeit soll unbedingt abgeschafft werden. Die Arbeitsbücher sind nichts Anderes als Auslieferungs- und Ausweisungsdekrete, und ich möchte Ihnen da einen eklatanten Fall erzählen: Als der Karls-Schacht bei Karlsbad niederbrannte, wurden zirka 90 Mann entlassen; diese hatten das einzige Verbrechen begangen, daß sie dem Verbande der Berg- und Hüttenarbeiter angehörten. In ihre Arbeitsbücher wurde nun mit rother Tinte hineingeschrieben: „Wegen Betriebsstörung entlassen.“ Diese Leute haben nirgends mehr Arbeit gefunden, bis sie sich schließlich an den Bergkommissär wendeten und die Arbeitsbücher geändert wurden.

Ein besonderes Augenmerk ist auch den Arbeiterwohnungen zuzuwenden; es wäre ganz gut möglich, Bestimmungen zu treffen, daß die Arbeiter nicht Knall und Fall aus ihren Wohnungen vertrieben werden können, denn gerade die Furcht, daß sie mit der Entlassung zugleich auch obdachlos werden, treibt die Arbeiter dazu, den Organisationen fernzubleiben.

Gen. Schelch (Leoben) erklärt sich mit dem Antrage, den die Fraktion bezüglich der Bergarbeiter eingebracht habe, vollkommen einverstanden. Es wäre aber auch nothwendig, der Hüttenarbeiter zu gedenken, die theils dem Berggesetzen, theils der Gewerbeordnung unterstehen. Die Einführung des Achtstundentages sei bei den Hochöfen noch dringender geboten als beim Bergbau, denn die Arbeit sei eine so anstrengende, daß Arbeiter in Folge des starken Schweißverlustes ohnmächtig niedersinken. Den Antrag auf Auflösung der Bruderladen hat die Organisation Leoben lediglich deshalb eingebracht, weil die Verhältnisse in denselben sich von Tag zu Tag verschlechtern. Redner verweist auch auf die traurigen Verhältnisse im staatlichen Quecksilberbergwerke von Idria, wo pro Tag Löhne von 17 und 18 bis höchstens 70 kr. und Provisionen von fl. 1 monatlich gezahlt werden. Redner bittet schließlich die Arbeiter der anderen Branchen, die Aktion der Bergarbeiter wegen Aufhebung der Bruderladen durch Demonstrationsversammlungen zu unterstützen.

Gen. Lichtenecker (St. Pölten) schildert die Kämpfe, welche die Bäckerarbeiter durchmachen müssen, um die Bestimmungen über den Ersatzruhetag, dieses minimale Stück Arbeiterschutz, durchzuführen. Alle Anzeigen der Organisation an

die Gewerbebehörden nützen nichts. Die Strafen, welche den Meistern, welche das Gesetz übertreten, auferlegt werden, sind zu geringfügig, um einen Erfolg zu erzielen. Auch das Verbot der Verwendung jugendlicher Arbeiter unter sechzehn Jahren zur Nachtarbeit wird nicht beachtet. Er ist der Ueberzeugung, daß nur die öffentliche Meinung zur Durchsetzung des vom menschlichen und hygienischen Standpunkt nothwendigen Ruhetages in dieser Branche verhelfen könne.

Gen. Tobola (Wien) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. In der Lebensmittelbranche gebe es Unternehmer, welche 100 und mehr Arbeiter beschäftigen, aber als Kleingewerbetreibende behandelt werden, wodurch die Bestimmungen in Bezug auf Arbeitszeit, Unfallversicherung u. s. w. auf derartige Betriebe nicht Anwendung finden. Tobola erklärt sich mit der vorgelegten Resolution einverstanden, wünscht aber außerdem, daß die Lehrlinge vor dem Eintritte in das Gewerbe untersucht werden, ob sie im Stande sind, das Gewerbe auszuüben, weil es viele Berufe gebe, besonders diejenigen, in denen die Nachtarbeit herrscht, in denen Arbeiter, die frei werden, in Folge der Anstrengungen arbeitsunfähig geworden sind. Redner beleuchtet sodann die Haltung der Behörden gegenüber den Arbeitern.

Als in Prag sich Unternehmer und Arbeiter auf eine Arbeitsordnung einigten, die den Zwölfstundentag und andere Vortheile für den Arbeiter enthielt, weigerte sich die Behörde, ihr Visum zu geben. Der Bäckermeister Milaček im X. Bezirk sichert sich durch die Bestimmung, daß nicht mehr als drei Arbeiter an einem Tage kündigen dürfen, vor dem Gebrauch des Koalitionsrechtes durch die Arbeiter. Trotzdem wurde auch diese Arbeitsordnung von der Behörde vidirt. Redner befürchtet, daß die Verhältnisse sich nicht bessern, sondern daß sogar der Ersatzruhetag zu Gunsten der Unternehmer geregelt werde.

Gen. Blaschek (IX, Wien) glaubt, daß durch ein Verbot der Hausindustrie nichts Anderes erreicht werde, als daß es entweder übertreten oder das Kleingewerbe vermehrt werde. Er empfiehlt deshalb den Antrag 27 seiner Organisation.

Gen. Chwala (VII, Wien) lenkt die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die Aktion des Industriellenverbandes, daß die Regierung einen Theil der Beiträge zur Krankenversicherung leiste und mit einem Drittel an der Verwaltung der Kassen theilnehme, wodurch die Unternehmer hoffen, die Verwaltung der Kassen in die Hand zu bekommen und in ihrem Schandgewerbe, die Kassen zu betrügen, nicht gestört zu werden.

Es wird hierauf beschlossen, die Verhandlung bis 9 Uhr Abends weiterzuführen.

Vorsitzender Gen. Popp theilt mit, daß das Ergebniß der Sammlung für die Dawidower Familien fl. 58 betrage. (Beifall.)

Gen. Čobal (Sagor) bespricht die Verhältnisse der Glasarbeiter in den Fabriken von Sagor und Krasnik. Es besteht dort eine Arbeitszeit von 16 bis 18 Stunden, Kinder von acht Jahren angefangen werden von der Unionsleitung daselbst beschäftigt, so daß sie in ihren Kindesjahren greisenhaft aussehen. Redner appellirt an die sozialdemokratischen Abgeordneten, den Minister in einer Interpellation über die Verhältnisse zu befragen und ihn aufzufordern, daß endlich einmal diese Zustände in Augenschein genommen werden. Redner ist ebenfalls für die Beseitigung der Bruderladen.

Gen. Dr. Čech (Brünn) beantragt die Aufnahme der Worte „und sonstige Privatangestellte" in die Resolution. Auch diese Schreiberproletarier bedürfen dringend eines Schutzes in Bezug auf Sonntagsruhe, Regelung der Arbeitszeit, Versicherungsgesetzgebung u. s. f.

Gen. Kopač (Idria) bespricht die Verhältnisse im Bergwerke Idria. Der Staat zeige sich hier durchaus nicht als humaner Unternehmer, indem er einer Witwe eine Pension von 65 kr. gibt. Redner bespricht die Thätigkeit der k. k. Generalinspektoren. Wenn der Generalinspektor anwesend ist, sagt man den Leuten, sie sollen nach der Vorschrift arbeiten. Die Leute werden aber sonst von der Direktion förmlich gezwungen, sich gegen die Instruktion einer Gefahr auszusetzen. Dies ist der Grund, daß so viele Unglücksfälle vorkommen. Redner führt einen Fall an, daß einmal bei Einhaltung der Instruktionen der Verkehr derart

ins Stocken gerathen sei, daß ein Zug, der am Abend um 8 Uhr fahrplanmäßig hätte ankommen sollen, den nächsten Tag, Nachmittag 4 Uhr angekommen sei. Aber die Generalinspektion weiß von alledem nichts. Redner bespricht hierauf die Auflösung der Eisenbahnerorganisation und verlangt schließlich, daß die Krankenkassen bei den Eisenbahnen in die Hände der Bediensteten kommen.

Gen. Bruch (Hohenstein) verlangt die Wahl von unabhängigen Berginspektoren durch die Arbeiter. In unserem Distrikte sind im Jahre 1896 unter 24.000 Bergarbeitern 2173 Unglücksfälle vorgekommen. (Hört!) Die bergpolizeilichen Vorschriften werden nicht gehandhabt, es herrscht die Profitwuth ganz allein. Wenn sich die Leute in der Organisation bethätigen, oder wenn sie die Schäden bei den Bruderladen aufdecken, dann werden geheime Zeichen in die Arbeitsbücher eingetragen, oder es wird auf schon gedruckt vorliegende Briefe einfach der Name geschrieben, und der Mann bekommt keine Arbeit mehr. Will man verhindern, daß ein Arbeiterdelegirter im Ausschusse bei den Berggenossenschaften oder den Bruderladen sitze, versetzt man ihn einfach auf eine andere Grube, wodurch er seine Funktion verliert. Redner verlangt das Eintreten der sozialdemokratischen Fraktion für die Interessen der Bergarbeiter.

Die Sonntagsarbeit wäre vollständig einzustellen. Die Leute sind aber darauf angewiesen, auch am Sonntag zu arbeiten, da sie bei den schlechten Löhnen nicht leben können. Der christlich-soziale Graf Sylva-Tarouca zahlt, um die Arbeiter zur Sonntagsarbeit anzuspornen, 10 kr. statt 7 kr. pro Stunde. Die Zusammensetzung der Schiedsgerichte sei eine solche, daß eine Unparteilichkeit nicht garantirt erscheine. Die Bergarbeiter sind nicht im Stande, ihre Lage selbst zu verbessern, da sie in Folge der anstrengenden Arbeit unter Tags geistig ganz herabgekommen sind.

Gen. Seidel (Kruman) verliert das Wort, da er nicht anwesend ist.

Gen. Dittrich (Wien) bemerkt, die Frage der Hausindustrie sei eine der schwierigsten, mit der sich der Parteitag zu beschäftigen hat. Wir haben es hier nicht nur mit den Unternehmern zu thun, sondern auch in unseren Reihen finden wir Vertheidiger des Sitzgesellenwesens und der Heimarbeit, und gerade unter jenen Arbeitern, die am meisten durch die Hausindustrie ausgebeutet werden, weil sie fürchten, daß, wenn die Heimarbeit abgeschafft würde, sie in ihrer Lebensführung beeinträchtigt würden. Wenn man glaube, daß man diese Uebelstände einfach durch ein Gesetz hinwegdekretiren könne, so sei das nicht richtig. Ja, es wird die Heimarbeit unmöglich ganz beseitigt werden können. Wir können sie nur durch fortwährende Agitation und Aufklärung unter den Betheiligten selbst einzudämmen suchen. Es gebe heute schon eine Menge von Arbeiterschutzgesetzen, welche, wenn sie entsprechend durchgeführt würden, das Sitzgesellenwesen sehr einzuschränken im Stande wären. Es müßten nur auf die Uebertretungen dieser Gesetze empfindliche Strafen, und zwar wie Neumann ganz richtig bemerkte, Arreststrafen für die Unternehmer festgesetzt werden. Es wäre auch dahin zu trachten, daß der Staat verpflichtet wäre, alle ärarischen Arbeiten nur dort machen zu lassen, wo diese Gesetze beobachtet werden. Etwas Aehnliches gelte ja jetzt schon, indem das Kriegsministerium Lieferungen nur solchen Unternehmern übertragen darf, wo die Erzeugung in der Fabrik geschieht. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß auch diese Bestimmung häufig nicht eingehalten wird. Schließlich empfiehlt Redner die Abhaltung von Demonstrationsversammlungen, wenn die bezüglichen Anträge im Parlamente eingebracht werden, damit denselben auch der nöthige Nachdruck verliehen werde.

Gen. Kickmaier (Graz) erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten und des Gen. Dittrich einverstanden. Er wolle es der Beurtheilung der Fraktion überlassen, ob es möglich sei, dem Wunsche zu entsprechen, welcher in dem ersten Theile des von ihm eingebrachten Antrages enthalten sei. Zu dem Antrage, Demonstrationen zu veranstalten, haben wir uns veranlaßt gesehen, weil wir in unserer Branche mit unseren eigenen Fachkollegen einen Kampf zu bestehen hatten. Es haben sich ja auch die Unternehmer verschiedener Branchen in Graz für die Abschaffung des Sitzgesellenwesens bereits ausgesprochen; allerdings aus einem anderen Grunde, als unsere Partei dies thut.

Gen. Dr. Diamand (Lemberg): Die politischen Behörden in Galizien haben bereits durch die Art, wie sie die politischen Rechte einschränken, einen europäischen Ruf erlangt. Es würde aber einen noch weit größeren Eindruck machen, wenn Sie erfahren würden, in welcher Weise dort die Arbeiterschutzgesetzgebung ausgeführt wird, und zwar nicht nur seitens der staatlichen, sondern auch seitens der autonomen Behörden. Einen der schwärzesten Punkte bildet der Naphthagrubenbezirk Drohobycz. Dort gibt es einfach keine Arbeiterschutzgesetzgebung. Wir haben am vorigen Parteitag versprochen, unsere ganze Kraft diesem Bezirke zuzuwenden, und wir haben es auch gethan. Es sind dort bereits Arbeiterorganisationen in Bildung begriffen. Ich habe aus der Petroleumraffinerie Schreiben erhalten, welche das Elend und die Ausbeutung der Arbeiter in rührenden Worten schildern. Der Maximallohn dieser Arbeiter beträgt 60 kr. pro Tag. Die Leute lesen auch unsere Schriften, und da haben sie gelesen, daß wir für die Bergarbeiter den Achtstundentag anstreben; sie fragen, warum man nicht auch ihrer gedacht habe, und sie haben mich beauftragt, in dieser Richtung einen Antrag zu stellen, was ich auch gethan habe.

Ein anderer Antrag, welchen ich einbrachte, betrifft eine Reform der Dienst- und Gesindeordnung und Einbringung eines diesbezüglichen Gesetzentwurfes. Wir haben in Lemberg und Krakau zwei Rechtsschutzbureaux errichtet. Dort haben wir erfahren, wie unerhört die Behandlung der Dienstboten seitens der Behörden ist. Es genügt, daß der Dienstherr eine Anzeige erstattet, und die Dienstboten werden sofort mit Arrest bestraft. So hat eine hysterische Frau ihrer Magd die Kleider vom Leibe gerissen, und der Dienstbote ist dafür mit 14 Tagen Arrest bestraft worden. Sie können sich eine Vorstellung über die Verhältnisse machen, wenn ich Ihnen mittheile, daß im galizischen Landtage ein Gesetzentwurf beschlossen wurde, wonach die Prügelstrafe für Dienstboten eingeführt werden soll. Derselbe hat allerdings nicht die Sanktion erhalten. Ich habe auch von Arbeitern der Staatsbahnen in Galizien Schreiben erhalten, in welchen gesagt wird, daß die Oberbauarbeiter einen Lohn von 50 kr. täglich haben. Wenn einer irgend eine Beschwerde gegen einen Vorgesetzten vorbringt, wird er sofort entlassen. Ich erwähne dies nur, um zu zeigen, welche Zustände die Regierung durch die Auflösung der Arbeiterorganisationen schützt, und wie nothwendig diese Kampforganisationen sind, weil die Regierung gewiß aus eigenem Antriebe für die Arbeiter nichts thun wird.

Ich möchte den Genossen auch die Annahme des Antrages Chwala befürworten und Ihnen folgenden Fall vorführen: Wir haben in Lemberg eine sehr gut organisirte Krankenkasse der Bauarbeiter. Nun hat sich die Genossenschaft der Unternehmer getheilt in eine Genossenschaft der Baumeister und eine Genossenschaft der Maurermeister. Sie wollten auch eine Spaltung der Krankenkasse herbeiführen und haben ganz gesetzwidrige Statuten eingebracht, wonach nur ein Arbeitgeber Vorsitzender der Krankenkasse sein darf und die Arbeiter blos ein Drittel und die den Unternehmern gefügigen Bauzeichner das zweite Drittel der Vertreter zu wählen hätten. Ich war mit einer Deputation im Ministerium des Innern, und der Referent hat mir versprochen, diese Statuten zurückzuweisen. Es ist aber nicht geschehen, sie sind bestätigt worden, und nur dank der Energie unserer Genossen, welche mit einem allgemeinen Streik gedroht haben, wenn diese Statuten ins Leben treten, ist das bewirkt worden, was der Minister entweder nicht thun wollte oder nicht thun konnte. Wir haben auch unseren Bürgermeister gezwungen, die skandalösen Zustände in den Lemberger Bäckereien zu untersuchen. Der Bürgermeister mußte nach der Revision in ein Bad gehen, weil er so voll Ungeziefer war, daß er nicht unter die Leute gehen konnte, und der Vizebürgermeister wurde in Folge des Gestankes von einem Starrkrampf befallen. Bis heute aber ist noch keine dieser Bäckereien gesperrt worden.

Gen. Nanziglio (Klosterneuburg) stimmt mit der Stellung, welche die Fraktion den Anträgen bürgerlicher Parteien gegenüber einnimmt, nicht überein, namentlich hätte sie den Antrag auf Einberufung eines internationalen Kongresses für Verkürzung der Arbeitszeit in der Industrie unterstützen sollen.

Von den Vorschlägen des Referenten Renmann bezüglich der Inspektion erwartet Redner keinen Erfolg, sondern nur von solchen Anträgen, welche eine Abschaffung oder ein allmäliges Verschwinden der Hausindustrie bezwecken.

Vorsitzender Gen. Popp theilt mit, daß die Parteivertretung einen Antrag überreichen werde des Inhalts, daß sich die Partei an einem internationalen Kongreß für Arbeiterschutz betheilige, der von dem schweizerischen Arbeiterbund, dem schweizerischen Arbeitersekretariate, den katholischen Verbänden der Schweiz, den Grütlivereinen und den westschweizerischen Arbeiterverbänden in Lausanne einberufen wird.

Gen. Benecke (Cilli) tritt dafür ein, daß der Unfug, daß die Arbeiter Kost und Logis beim Meister haben, abgeschafft werde, da dadurch oft Ueberschreitungen der Arbeitszeit hervorgerufen werden.

Gen. Köhler (Gablonz) schildert die Ausbeutung der hausindustriellen Arbeiter, der Glasschleifer, der Feilenhauer, Holzarbeiter und Hausweber im Gablonzer Bezirke, bei welch letzteren Wochenlöhne von fl. 2·30 vorkommen. Zwischen dem Exporteur und den Heimarbeitern steht eine Menge Lieferanten, welche die Löhne drücken.

Gen. Seliger (Teplitz) bespricht die elenden Verhältnisse der Arbeiter der Spitzenklöppelei, der Posamenten- und der Spielwaaren-Industrie im Erzgebirge. Es sind dort an einzelne Fabriken Staatssubventionen verliehen worden, und bei einzelnen dieser Fabrikanten machen die Löhne nicht einmal so viel aus als die Zinsen der Subvention.

Gen. Dr. Morgenstern (Mährisch-Schönberg) bespricht die Verhältnisse der mährischen Hauswebe-Industrie, insbesondere die schlechten Lohnverhältnisse in derselben. Die Hausweber, die stundenweit vom Lieferungsort wohnen, müssen sich das Material holen und die fertige Waare wieder überbringen, so daß sie jede Woche bei nicht mehr als fl. 2½ Verdienst 30 kr. auf die Eisenbahnfahrt verwenden müssen. Er macht auf die Nothwendigkeit einer Krankenversicherung für die Hausarbeiter aufmerksam. Die Regelung der Hausindustrie müsse Hand in Hand gehen mit einer ausgedehnten Arbeitsvermittlung und umfassender Verkürzung der Arbeitszeit, damit nicht mit der Beseitigung der Heimarbeit der Hungertyphus einzieht.

Gen. Dr. Ellenbogen (Wien) verweist auf die traurigen Verhältnisse der Schiffsarbeiter und auf die Nothwendigkeit einer Organisation derselben. Ein Matrose auf einem großen Handelsschiff hat eine Arbeitszeit von vier Stunden, die sich mit vier Stunden Ruhe ablöst, aber die Arbeit ist eine außerordentlich schwierige. Bei stürmischem Wetter dauert die ununterbrochene Arbeit viel länger. Die Heizer haben nach vier Stunden Arbeit acht Stunden Ruhe. Das scheint günstig zu sein, doch wenn man die Art der Arbeit in Betracht zieht, ergibt sich, daß diese Arbeitszeit eine viel zu lange ist. Dazu kommt, daß diese Leute keinen Arbeiterschutz, keine Kranken- und Unfallversicherung haben. Auf den Handelsschiffen ist in der Regel kein Arzt; der erkrankte Matrose ist der Behandlung des Kapitäns überantwortet. Auch die Entlohnung ist eine geringfügige; sie beträgt fl. 18 für einen Matrosen und fl. 40 für einen Heizer. Die letzteren leiden überdies durch die enorme Hitze in den unzulänglichen Räumen.

Auch bei der Küstenschifffahrt, dem sogenannten Piccolo cabottaggio, sind die Verhältnisse äußerst triste, denn auf acht Stunden Arbeitszeit folgen vier Stunden Ruhe. Die Institution der Facchini, der Taglöhner, öffnet der Ausbeutung Thür und Thor.

Auf die Zustände bei den Eisenbahnen übergehend, bemerkt Redner: Wenn die Unternehmer sagen, daß die Einführung der Sonntagsruhe nicht möglich ist, muß das als eine freche Unternehmerlüge hingestellt werden. In der Schweiz zum Beispiel sind für die Eisenbahner 52 Ruhetage im Jahre gesetzlich bestimmt, von denen 15 sogar auf einen Sonntag fallen müssen. Im Güterverkehr ist die Sonntagsruhe vollständig durchgeführt in der Schweiz, in Deutschland und auch in England; es wird unbedingt auch in Oesterreich geschehen müssen. Redner erwähnt schließlich, daß der arbeiterfreundliche Dr. Geßmann in letzter Zeit die Bäckermeister zum Handelsminister führte in Angelegenheit einer Petition gegen den Ersatzruhetag.

Gen. Krejci (Pilsen, spricht tschechisch): Es sind im Kranken- und Unfallversicherungsgesetze Reformen unbedingt nöthig, damit die Unternehmer nicht immer die Beiträge hinterziehen. Die Jungtschechen haben die Gemeinheit, zu

behaupten, daß in den von Sozialdemokraten verwalteten Kassen das Vermögen schwindet und die Schulden anwachsen. Wenn die jungtschechischen Ausbeuter den Kassen nicht die Beiträge schuldig blieben, wären in allen diesen Kassen große Ueberschüsse.

Gen. Trettenbrein (I. Bezirk, Wien) bespricht die Verhältnisse der Hausindustrie bei den Wiener Schneidern. Die größeren Geschäftsinhaber fangen an, ihre Werkstätten aufzulassen und die Heimindustrie einzuführen; dadurch werden die Lehrlinge förmlich gezüchtet. Die Gehilfen werden durch lange Arbeitszeit ausgebeutet, so daß ihnen zu geistiger Arbeit keine Zeit übrig bleibt. Er verlangt einen Schutz gegen die maßlose Ausbeutung der Lehrlinge, die insbesondere von den christlich-sozialen Meistern in unerhörter Weise betrieben werde. Wenn ein Lehrling bei der Arbeit einschläft, bekommt er seine Hiebe. Mit 20 Jahren siechen dann die Leute dahin. Dergestalt ausgebeuteten und abgerackerten Menschen ist es schwer, die Menschenwürde und den Werth der Organisation beizubringen.

Gen. Zavertnik (Wien) bespricht die Verhältnisse der Seeleute; diese werden gezwungen, mit dem Kapitän Verträge abzuschließen, welche immer zu Ungunsten der Matrosen lauten und auf Grund deren die Hälfte der Löhnung in Verwahrung des Kapitäns bleibt, so daß der Matrose, selbst wenn er eine bessere Einschiffung finden würde, das Schiff nicht verlassen kann. Die Ausarbeitung eines internationalen Schutzgesetzes für Seeleute ist nöthig. Die Feuerleute müssen vier Stunden im Heizraume arbeiten, wo eine Hitze von 40 bis 50 Grad herrscht. Ein österreichischer Lieutenant hat, als er eine halbe Stunde in diesem Raume sich aufgehalten hatte, gesagt: „Ich wundere mich nicht, daß die Heizer sich in das Lager der rothen Sozialisten schlagen." Auf den Schiffen wird als Proviant nur Pökelfleisch mitgeführt, nicht aber auch lebendes Geflügel, so daß, wenn der Skorbut herrscht, die Leute, welche kein frisches Fleisch haben, zu Grunde gehen müssen. Redner beantragt, in die dritte Zeile des vierten Absatzes der Resolution nach dem Worte „Eisenbahnen" die Worte „Binnengewässer- und Seeschifffahrt" aufzunehmen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sollten sich den Schutz dieser Leute ebenfalls angelegen sein lassen; sie haben keine Krankenversicherung, keine Altersversicherung, und unter Umständen ist die Arbeitszeit eine ungemessene. Wenn das Schiff zum Beispiel bei Gegenwind in den Hafen einlaufen will, so muß es 20-, 30- bis 40mal über Stak gehen, wo dann die ganze Mannschaft mitarbeiten muß. Die Bemannung muß so stark sein, daß man auch bei schlechtem Wetter mit der halben Mannschaft manövriren kann. Auf den Segelschiffen werden gewöhnlich Jungen im Alter von 14 Jahren zum Schließen der Bramsegel, zum Ketten- und Tautragen verwendet; daraus ist auch die gebückte Haltung dieser Leute zu erklären. Die Schiffsmannschaft verwildert ganz und gar, wenn sie, wie dies beispielsweise auf Segelschiffen, die von Hamburg nach Sidney laufen, der Fall ist, sieben Monate lang auf dem Meere sind, ohne einen Hafen anzulaufen. Da sollte etwas erzieherisch gewirkt werden, es sollten den Leuten Bibliotheken 2c. zur Verfügung gestellt werden. (Beifall.)

Hiemit ist die Rednerliste erschöpft.

Die Sitzung wird hierauf um 9 Uhr Abends geschlossen.

Sechster Verhandlungstag am 11. Juni 1897.

Fortsetzung der Verhandlung über „Arbeiterschutz".

Vormittagssitzung.

Beginn 9 Uhr 15 Minuten. Vorsitzender Gen. Popp.

Referent Gen. Dr. Verkauf (Schlußwort): Ich habe lediglich die Absicht, zu den eingelaufenen Anträgen zu sprechen, kann es aber nicht unterlassen, meiner großen Genugthuung darüber Ausdruck zu geben, daß die gestrige Debatte in so weitgehendem Maße durchgeführt wurde. Ich glaube, Sie Alle werden das Gefühl haben, daß eine so sachliche und von großem Wissen zeugende Debatte nur von Sozialdemokraten geführt werden kann.

Gestatten Sie mir noch eine allgemeine Bemerkung. Die mannigfachen Anträge haben zum Theile aus den Augen gelassen, daß es nicht angeht, dem sozialdemokratischen Verbande eine Unmasse von Aufträgen zu geben und zu fordern, daß alle diese Gegenstände in erster Linie behandelt werden sollen. Das ist nicht nur schwierig, sondern unmöglich. Der Verband hat im Interesse der Sache, die er vertritt, darauf zu achten, daß er nicht Anträge einbringt, deren Diskussion er unter den gegebenen Umständen zu erzwingen nicht in der Lage ist. Er muß den geeigneten Moment dazu zu finden wissen. Darauf müssen Sie Rücksicht nehmen und dürfen nicht Dinge fordern, von denen Sie wissen, daß sie zur Durchführung nicht gelangen können. Machen Sie sich also darauf gefaßt, daß nicht alle Anträge von der Fraktion zuerst behandelt werden können und nicht jede Gesetzesvorlage schon bei der Eröffnung des Reichsrathes fertig sein wird.

Zu der vorgeschlagenen Resolution sind drei Abänderungsanträge eingebracht worden, welche ich akzeptire.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten und gelangt zunächst die Resolution, in welche die Zusatzanträge schon einbezogen sind, zur Verlesung.

Resolution:

„Der sechste Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie beauftragt den sozialdemokratischen Verband des österreichischen Abgeordnetenhauses, die Forderungen der Arbeiterschaft bezüglich der Arbeiterschutzgesetzgebung, wie sie im Hainfelder Programm aufgestellt und auf zahlreichen Fach- und Gewerkschaftskongressen vertreten wurden, in die Gestalt von Gesetzesvorlagen zu bringen.

Neben der Reform der Gewerbeordnung, die sich auf die Ausdehnung des Arbeiterschutzes (Schutz der Kinder, Frauen, Sonntagsruhe, Achtstundentag 2c.) und die Beseitigung der den Arbeitern durch Arbeitsbücher, Strafen auf Kontraktbruch 2c. auferlegten Fesseln zu beziehen hat, sind auch Vorschläge zu erstatten zur Einschränkung und endlichen Beseitigung der Heimarbeit (Anzeigepflicht, Ausdehnung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, höhere Besteuerung, Wohnungsgesetzgebungsgesetz 2c. 2c.), welche der Großindustrie Gelegenheit bietet, sich den Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung zu entziehen.

Außerdem sind zu geeigneter Zeit Gesetzentwürfe zum Schutze der Bergarbeiter, der Bediensteten des Transportgewerbes, der Eisenbahner, Tramwaybediensteten (insbesondere durch Schaffung einer Dienstespragmatik), der Bediensteten und Arbeiter der Handels-, See- und Flußschifffahrt (durch eine entsprechende Seemannsordnung), Fuhrwerker 2c., der Handels- und sonstigen Privatangestellten, sowie der landwirthschaftlichen Arbeiter einzubringen.

Das besondere Augenmerk ist auf den Ausbau des Gewerbe-Inspektorates, sowie auf die Schaffung spezieller Einrichtungen für Bergbau, Eisenbahnen, Binnengewässer- und Seeschifffahrt, Handel und die Frauenarbeit zu richten. Den Inspektoren sind von Arbeitern und Arbeiterinnen gewählte und vom Staate besoldete Delegirte an die Seite zu stellen, die neben der Ueberwachung der Sicherheit in den Betrieben für die Durchführung der von den Inspektoren getroffenen Anordnungen zu sorgen haben.

Gleichzeitig ist die Uebertragung der Strafgerichtsbarkeit in Fällen der Uebertretung der Arbeiterschutzgesetze an die ordentlichen Gerichte in Vorschlag zu bringen."

Diese Resolution wird angenommen.

Weiters wird die Resolution Tomschik's (Siehe Seite 153) einstimmig angenommen.

Zum Antrag 28 der Bezirksorganisaton Leoben beantragt der Referent, denselben dem sozialdemokratischen Verbande zuzuweisen. Die Zuweisung wird beschlossen.

Ferner werden folgende Anträge dem sozialdemokratischen Verbande zugewiesen:

Antrag Trettenbrein (I, Wien):

„Der Parteitag wolle beschließen: Die parlamentarische Fraktion möge während der nächsten Session des Reichsrathes die geeigneten Schritte thun behufs Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf die Arbeiter im Handels- und Transportgewerbe, hauptsächlich aber in Bezug auf den Normalarbeitstag und die Sonntagsruhe."

Antrag Simon Stark:

„Bei Schaffung eines Heimarbeitergesetzes ist auf die Musikwaarenarbeiter (Schönbach, Graslitz u. s. w.) Rücksicht zu nehmen."

1. Antrag Diamand:

„Die Reichsrathsfraktion wird aufgefordert, eine Reform der Dienst- und Gesindeordnung durch Einbringung eines Gesetzentwurfes anzustreben."

2. Antrag Diamand:

„Die Reichsrathsfraktion wird aufgefordert, sei es durch Einbringung eines eigenen Gesetzes, sei es durch Reform des Gewerbegesetzes, die Einführung des Achtstundentages in den gesundheitsschädlichen (chemischen u. s. w.) Gewerben, wie auch in jenen Unternehmungen, die ununterbrochenen Betrieb (Tag- und Nachtarbeit) haben, im Reichsrathe anzustreben."

Antrag Behr (Saaz):

„In Anbetracht dessen, daß die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter bis heute schutzlos der Ausbeutung ihrer Anwender übertiefert sind, beantrage ich, daß der sozialdemokratische Verband ehebaldigst einen Antrag im Abgeordnetenhause einbringt, wonach die arbeiterschutzgesetzlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung, sowie die Unfall- und Krankenversicherung auch auf die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter ausgedehnt werden."

Der Antrag 27 der Bezirksorganisation IX, Wien wird angenommen.

Der Antrag des Gen. Kickmaier wird über Antrag des Referenten in zwei Theilen zur Abstimmung gebracht und wird der erste Theil:

„Im Auftrage der organisirten Bekleidungsbranche Graz stellt der Gefertigte folgenden Antrag:

Die parlamentarische Fraktion wird beauftragt, gleich nach Eröffnung des Reichsrathes einen Gesetzentwurf behufs Aufhebung, beziehungsweise Regelung der Hausindustrie einzubringen,"

der Fraktion zugewiesen, der zweite Theil:

„Zur Zeit der Einbringung dieser Gesetzesnovelle sollen an allen Orten Versammlungen mit einer auf diesen Punkt bezughabenden Tagesordnung einberufen werden, bei welchen nach Thunlichkeit auch die Abgeordneten selbst zu referiren hätten,"

angenommen.

Ebenso wird der Antrag 29 der Bezirksorganisation Leoben angenommen.

Des Weiteren wird der

Antrag Krejci:

„Da die bürgerlichen Parteien die Vorstände der Bezirkskrankenkassen, die von den Sozialdemokraten verwaltet werden, in perfider Weise verdächtigen, daß sie die

Kassen schlecht verwalten, wird der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten ersucht, in der nächsten Session des Reichsrathes einen Gesetzentwurf einzubringen, es seien jene Arbeitgeber, die Mitgliedsbeiträge abziehen und an die Krankenkasse nicht abführen, wegen Betrug und Veruntreuung zu bestrafen,"

sowohl als der

Antrag Chwala:

„Mit Rücksicht auf die hinterhältigen Machinationen des arbeiterfeindlichen Unternehmerthums, darauf hinauslaufend, die Verwaltung der Kranken- und Unfallversicherung vollends an sich zu reißen, werden die proletarischen Organisationen verpflichtet, darauf zu sehen, daß gelegentlich der Wahlen in die Vorstände gedachter Arbeiterversicherungs-Institute Sozialdemokraten aufgestellt und gewählt werden, um solcherart zu verhindern, daß das den Arbeitern gesetzlich zustehende, ohnehin spärliche Verwaltungsrecht denselben entrissen und zum Schaden der Versicherten mißbraucht wird,"

angenommen.

Zu dem Antrage Chwala, Feigl, Pelitan:

„Den sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedern der Arbeiterversicherungs-Institute wird nahegelegt, für ihre Angestellten gleichfalls die Sonntagsruhe durchzuführen,"

bemerkt der Referent, es gebe bereits eine Reihe von Krankencassen, bei welchen die Sonntagsruhe vollständig durchgeführt ist. Insbesondere die großen Institute haben es dahin gebracht, daß ihre Angestellten am Sonntag nicht in der Kassa sitzen müssen. Der Antrag wird gleichfalls angenommen.

Zum Antrage Dietl:

„Die Parteigenossen aller Branchen werden aufgefordert, überall statistisches Material über die Arbeits- und Wohnungsverhältnisse zu sammeln und der Reichsrathsfraktion zur Verfügung zu stellen,"

bemerkt der Referent, er könne denselben nicht zur Annahme empfehlen, denn es sei unmöglich, daß die Branchenorganisationen eine genaue Wohnungsstatistik erheben könnten. Es wäre dies Sache der Regierung oder vielleicht der Krankenkassen.

Dieser Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag der Gen. Simon Stark, Vinzenz Schelch und Anton Bruch:

„Der sechste Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie beauftragt den sozialdemokratischen Verband des österreichischen Abgeordnetenhauses eine Novelle zum Bergbau-Genossenschaftsgesetz einzubringen, in welchem den Delegirten der Gruppe II (Arbeiterdelegirte) der Schutz gegen willkürliche Entlassung gesichert ist.

Die Gründe der Kündigung eines Delegirten müssen dem Revierbergamte vorgelegt, von diesem geprüft werden und von da, im Falle sie das Revierbergamt für richtig befindet, an die Generalversammlung, respektive das Schiedsgericht zur Entscheidung gelangen. Erst nach Ausspruch des Schiedsgerichtes kann der Betreffende nach dreimonatlicher Kündigung entlassen werden.

Ferner ist, um die indirekte Maßregelung (schlechter Lohn, Arbeitsbedingung) hintanzuhalten, im Gesetz dafür zu sorgen, daß der tägliche Verdienst eines Delegirten unter den Durchschnittsverdienst eines Bergarbeiters nicht heruntersinkt, desgleichen soll in der Novelle dafür gesorgt werden, daß die Delegirten nicht zur Strafe für Ausübung ihrer Funktion an Orte zur Arbeit versetzt werden, die schlechter als jene sind, an welchen sie vordem zur Arbeit verwendet wurden.

Alles hier Angeführte gilt auch für Bruderladen-Delegirte,"

wird angenommen.

Der Antrag österreichischer Genossen in der Schweiz, Antragsteller Josef Vorderwinkler:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, fortlaufend das sich ergebende statistische Material über die Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden aus Fabriken und Werkstätten im In- und Auslande zu sammeln. Alljährlich soll das Ergebniß dieser Aufzeichnungen in der Mai-Festschrift veröffentlicht werden,"

wird über Vorschlag des Referenten der Parteivertretung zugewiesen.

Schließlich liegt noch ein Antrag vor behufs Beschickung des internationalen Kongresses für Arbeiterschutz, welcher im August 1897 in Zürich stattfinden soll.

Gen. Feigl beantragt, der Parteitag möge beschließen, daß die Parteivertretung beauftragt werde, diesen Kongreß zu beschicken.

Dieser Antrag wird mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Es wird sodann die Verhandlung über den Punkt III

Parteiorganisation

fortgesetzt.

Referent Gen. Dr. Adler (zum Schlußwort) theilt einleitend mit, daß er sowohl als Referent zu diesem Punkt der Tagesordnung, wie auch als Referent der Antragskommission spreche, und fährt dann fort: Die Kommission hat vor Allem sich die Hauptfrage, die in der ganzen Debatte als die wichtigste hervorgetreten ist, noch einmal vorgelegt und sie in allen Einzelheiten diskutirt. Die Hauptschwierigkeit unserer Organisation ist die Verbindung von selbstständigen nationalen Organisationen mit einer vereinigten internationalen Exekutive. Die Anträge, welche die Parteivertretung vorgelegt hat, wurden zum Theil nicht gut verstanden, und ich gestehe, daß dies nicht ausschließlich Schuld der Parteigenossen ist, sondern daß auch mit daran schuld ist, daß wir nicht klar genug vorgegangen sind. Bisher haben wir nebeneinander zwei Dinge gehabt: die österreichische Parteiorganisation, die ursprünglich faktisch die Organisation der deutschen Genossen war, und die anderssprachigen Organisationen, welche sich nach und nach in dem Maße, als sie sich entwickelten, von ihr losgelöst und selbstständig gemacht haben. Wir haben den Versuch gemacht, noch weiter diese Mutterorganisation, wie ich sie nennen möchte, beizubehalten, ihr einen immer noch internationalen Charakter zu bewahren und daneben die eigentliche Vereinigung aller selbstständigen Vertretungen möglich zu machen. Es hat sich aber herausgestellt, daß nicht nur besonders die tschechischen Parteigenossen eine Trennung der tschechischen von der deutschen Organisation wollen, sondern auch die deutschen Parteigenossen haben es in mehrfachen Reden ausgesprochen, daß, wenn die einzelnen anderssprachigen Organisationen sich stark genug fühlen, auf eigenen Füßen zu stehen, sie sie nicht daran hindern wollen. Wir werden uns — ich gebe damit nur wieder, was ausgesprochen wurde — vielleicht freier und kräftiger entwickeln, wenn wir, die deutsche Organisation, von den pflichtgemäß geübten Rücksichten auf die anderssprachigen Organisationen in Zukunft enthoben sind. Mein persönliches Urtheil weicht in diesem Punkt von dem Urtheile vieler Parteigenossen ab. Ich hätte gewünscht, daß auch weiterhin noch eine gewisse Zeit diese alte Form aufrecht geblieben wäre, weil ich auf dem Standpunkt stehe, daß die deutschen Genossen noch eine starke Verpflichtung haben, die anderssprachigen Genossen auf Schritt und Tritt zu fördern. Es wird gewiß in Zukunft noch geschehen, aber ich hätte gewünscht, daß dieser Gedanke in unserer Organisation einen ganz klaren Ausdruck finde; da jedoch nach dem Urtheile der großen Mehrheit die deutsche Organisation nun ihre Mutterrolle aufgeben kann, sind die Deutschen einfach genöthigt, sich als deutsche Organisation zu deklariren.

Wir haben so zwei Organisationen zu besprechen, und der Parteitag hat zwei Aufgaben: Erstens hat er in seiner Eigenschaft als gesammtösterreichischer Parteitag die gesammtösterreichische Organisation festzustellen, die Reichsorganisation der österreichischen Sozialdemokratie. Diese theilt sich naturgemäß in den Reichsparteitag und in die Gesammtvertretung. Die andere Aufgabe hat der Parteitag zu besorgen als deutscher Parteitag, als Vereinigung der deutschen Organisationen, und hat daher über die Organisation der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich zu beschließen.

Die Vorschläge der Parteivertretung zerfallen daher in zwei Abschnitte. Die Punkte I bis inklusive VII betreffen die Organisation der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich; die Punkte VIII und IX werden in ein besonderes Kapitel unter der Ueberschrift „Reichsorganisation der österreichischen Sozialdemokratie“ zusammengefaßt. Unsere bisherige Organisation soll in ihrem Wesen für die deutsche Sozialdemokratie vollständig aufrecht bleiben. Es werden nur jene Aenderungen vorgenommen, die bereits genügend besprochen wurden und bei einer sehr großen Majorität Beifall gefunden haben, so daß sie, wie ich vermuthe, werden einstimmig angenommen werden.

Punkt I, welcher bestimmt, wer zur Partei gehört, bleibt unberührt.

Punkt II über die Vertrauenspersonen und Bezirksorganisationen soll in der Fassung, wie sie die Parteivertretung vorlegt, angenommen werden. Er unterscheidet sich von dem bisher geltenden nur dadurch, daß anstatt der Kreise und Kreiskonferenzen die Wahlkreise und Wahlkreiskonferenzen eintreten.

Punkt III „Wahlkreisorganisation" ist ein neuer Punkt. Es ist von den Genossen am Parteitage mit wenigen, ganz verschwindenden Ausnahmen anerkannt worden, daß die Wahlkreisorganisation nothwendig ist. Wir schlagen daher vor, diesen Punkt anzunehmen, wie ihn die Parteivertretung empfohlen hat.

Punkt IV „Parteitag" behandelt den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. Es ist nicht nothwendig, daß das im Text noch einmal hervorgehoben wird.

Wenn wir einen Reichsparteitag haben, können wir ihn nur in jedem zweiten Jahre abhalten. Die Bestimmung über den außerordentlichen Parteitag bleibt aufrecht erhalten, und es heißt nun: „Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der deutschen Wahlkreisorganisationen stattfinden."

Nun handelt es sich um die Beschickung dieses Parteitages. Wir stehen auf dem Standpunkt — und dieser wurde auch in der Debatte nicht angefochten — daß die Beschickung im Wesentlichen so bleibe wie bisher, das heißt daß jede Lokal- und Bezirksorganisation das Recht habe, einen Delegirten zu schicken. Wir fürchten daraus keine Majorisirung, sondern sehen darin nichts Anderes als den Ausdruck einer kräftigen Organisation in jenen Wahlkreisen. Wir haben im Absatz 2 dieses Punktes, der bis jetzt lautete: „Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt," den Antrag Chwala, der eine präzisere Fassung vorschlägt, aufgenommen. Es soll künftig heißen: „Jeder Ort, beziehungsweise Bezirk hat das Recht, einen Delegirten zu schicken."

Die übrigen Absätze bleiben aufrecht, sowohl was die Beschickung durch die Redaktionen der Parteiblätter, durch Korporationen und Industriegruppen, als auch die Ortsbestimmung und die Veröffentlichungen in Bezug auf den Parteitag anlangt.

Es wurden Anträge eingebracht, die Parteivertretung möge gezwungen werden, auch ihre Anträge vorher vorzulegen. Wir haben dem Rechnung getragen, indem wir zum vorletzten Absatz dieses Punktes, welcher lautet: „Anträge sind vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen", den Zusatz gemacht haben: „Dasselbe gilt für die Anträge der Parteivertretung."

Bezüglich der Beschickung des Parteitages müssen wir noch die Bestimmung aufnehmen: „Die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben die Pflicht, am Parteitage zu erscheinen, und haben dort Sitz und Stimme."

Wir kommen nun zur Parteivertretung. Diese ist nunmehr blos eine Vertretung der deutschen Organisationen, während wir bisher eine Parteivertretung hatten, in welcher Vertreter aller Nationalitäten saßen. Wir haben den betreffenden Punkt mithin selbstverständlich fallen lassen müssen. Die deutsche Organisation besteht wie bisher also aus 16 Personen. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrole. Nun heißt es weiter: „Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen." Dazu liegen die Anträge Eldersch und Feigl vor, welche beide das Wahlrecht des Parteitages in Bezug auf die Mitglieder der Kontrole einschränken wollen. Es wurde in der Kommission mit großer Majorität beschlossen, diesen Anträgen Rechnung zu tragen. Der Parteitag hat zu wählen acht Mitglieder des engeren Ausschusses, die in Wien wohnen, und zwei Kontrolore, die ebenfalls in Wien zu wohnen haben, aber nicht im Vorjahre Kontrolore gewesen sein dürfen. Der Partei-

tag wählt weiters noch sechs Kontrolore, deren Wohnort gleichgiltig ist. Wir haben geglaubt an die Stelle der bisherigen Bestimmung, daß Genossen aller Nationalitäten in der Parteivertretung sind, eine andere Bestimmung treten lassen zu sollen, um diese Fühlung aufrecht zu erhalten, und zwar haben wir in der Bestimmung über die Gesammtvertretung folgenden Punkt aufgenommen: „Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung oder Exekutivkomités können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivkomités theilnehmen, und es ist wünschenswerth, daß das so oft wie möglich geschehe." Die Parteivertretung von 16 Mitgliedern ist vollständig selbstständig und enthält keine Mitglieder anderer Nationen; wir Deutschen wählen unsere Parteivertretung selbst, aber wir wünschen, daß unsere Mitglieder zu den anderen hingehen und an den Sitzungen theilnehmen können, und wir wünschen, daß sie zu uns kommen und daß sie sich genau Schritt für Schritt informiren über das, was geschieht. Alle anderen Bestimmungen, die zum Punkt Parteivertretung gehören, bleiben aufrecht.

Wir kommen zum Punkt „Vereinswesen". In Bezug auf diesen Punkt liegen verschiedene Anträge vor, welche empfehlen, anstatt politische Vereine zu sagen Wahlvereine. Wir haben geglaubt, diese Beschränkung nicht einführen zu sollen.

Hiemit wären alle jene tief einschneidenden Aenderungen, welche an der Organisation der deutschen Sozialdemokraten zu treffen sind, erledigt, und ich komme nun zu unseren Vorschlägen, betreffend die Reichsorganisation, und zwar in erster Linie zum Gesammtparteitag. Da heißt es: „Alle zwei Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen, dessen Beschickung folgendermaßen geregelt wird: Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegirte zu schicken. Hier wurde in der Kommission der Antrag der Parteivertretung angenommen. Während wir es für nationale Parteitage für nothwendig halten, daß eine nationale Organisation gemacht werde, halten wir es für nothwendig, daß zur Grundlage der internationalen Parteitage, um da ein richtiges Verhältniß der Beschickung herauszubringen, die Beschickung sich auf Wahlkreise stützt. Betreffend die nationalen Minoritäten, haben wir gemeint, weder eine perzentuelle Bestimmung hineinbringen, noch auch der nationalen Majorität etwas nehmen zu sollen zu Gunsten der nationalen Minderheiten: wir glaubten, daß wir der nationalen Minderheit sehr gut geben können, ohne der Mehrheit etwas zu nehmen. Es heißt nicht, jeder Wahlkreis muß durch zwei Delegirte vertreten sein, und jede Minorität muß zwei Delegirte senden, es heißt, sie hat das Recht, sie zu schicken, und es wird auch das ein Mittel sein, um gewissermaßen das Gewicht der verschiedenen Organisationen entsprechend auf dem Parteitage zum Ausdruck zu bringen.

Weiters sagen wir: „Den organisirten Industriegruppen jeder Nationalität ist durch je einen Delegirten am Parteitag eine Vertretung einzuräumen." Das versteht sich von selbst und ist nur aus den bisherigen Bestimmungen herübergenommen. „Die Mitglieder der Exekutivausschüsse aller nationalen Parteiorganisationen, sowie die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme. Nach Thunlichkeit sollen auch die Frauenorganisationen der nationalen Gruppen durch je zwei weibliche Delegirte vertreten sein."

Ich komme nun zu den Befugnissen dieses Parteitages: „Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesammtparteitage vorbehalten. Im Uebrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesammtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle nationalen Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesammtparteitage nicht

gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesammtparteitages erfolgt durch die Gesammtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen." Das ist die entsprechende Bestimmung, die bisher gegolten hat. Nun kommen wir zur Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs: „Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs, die sich aus den Vertretungen und Exekutivkomités der deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammensetzt." Hierin ist ein weiteres Wachsthum der neuen Organisationen zum Ausdruck gebracht. Während wir in Prag nur sagen konnten „der deutschen, tschechischen und polnischen Organisationen," bilden sich jetzt auch die italienischen und südslavischen Organisationen selbstständige Exekutivausschüsse, und wir haben uns damit einverstanden erklärt.

Weiter heißt es: „Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen.

Die in Wien wohnenden Mitglieder aller nationalen Vertretungen und Exekutivkomités bilden zusammen die ständige Gesammtexekutive." Es mußte nämlich vorgesorgt werden, daß eventuell ein schnelles Handeln möglich ist, dazu wurde diese ständige Exekutive geschaffen. Wir haben es nicht für nothwendig gehalten, hier Ziffernbeschränkungen irgend welcher Art zu machen; es liegt in der Möglichkeit einer jeden Organisation, sich das so einzurichten wie sie will. Schließlich wurde noch, wie ich schon vorhin erwähnte, bestimmt: „Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivkomités theilnehmen, und es ist wünschenswerth, daß das so oft als möglich geschehe."

Dieses Gesammt-Exekutivkomité hat den Parteitag einzuberufen, es hat in Fällen, wo ein sofortiges Eingreifen nöthig ist, und über die laufenden Geschäfte Beschluß zu fassen. Es ist hingegen die Gesammtvertretung aller Exekutivkomités auch aus den Provinzen nur dann einzuberufen, wenn es die ständige Exekutive für nöthig hält.

In Bezug auf die internationale Organisation haben wir noch den Antrag des Gen. Dr. Diamand, welcher sich mit dem Verhältniß zur ruthenisch-radikalen Partei beschäftigt und welcher in der folgenden Fassung von der Kommission in Vorschlag gebracht wird:

> „Der sechste österreichische sozialdemokratische Parteitag nimmt die durch den Abg. Dr. Jarosiewicz im Namen der ruthenisch-radikalen Partei abgegebene Erklärung zur Kenntniß und begrüßt es mit Freude, daß die auf gemeinsamem prinzipiellen Boden stehende ruthenisch-radikale Partei im wohlverstandenen gemeinsamen Interesse beabsichtigt, mit uns in enge Fühlung zu treten.
>
> Wir erwarten, daß diese Erklärung der ruthenisch-radikalen Partei sowohl zur vollen Klärung der Verhältnisse in ihrer eigenen Partei als auch zur Förderung ihrer Organisation auf sozialdemokratischer Basis beitragen werde, und daß dadurch eine gemeinsame Taktik, ein gemeinsames Vorgehen und später auch eine gemeinsame Organisation ermöglicht werden wird."

Ich darf wohl daran den Ausdruck der Befriedigung knüpfen, daß wir die Ruthenisch-Radikalen auf diesem Parteitage begrüßen können, und die Hoffnung aussprechen, daß wir sie auch auf den künftigen Parteitagen in unserer Mitte sehen werden. (Beifall.)

Parteigenossen! Wir haben auf dem Parteitage in Prag, wo wir die Grundlagen für diese Organisation, die heute im Einzelnen durchgeführt ist, gelegt haben, die Erfahrung gemacht, daß die bürgerliche Presse absolut kein Ver-

ständniß dafür gehabt hat, was wir wollten, daß sie mit allem Eifer das, was wir gethan haben, entstellt, karikirt und ausgenützt hat, um den einzelnen Organisationen zu schaden. Mit der größten Unsinnigkeit ist nach dem Prager Parteitage von der tschechischen Presse behauptet worden, daß wir in den Zentralismus hineingerathen, während die deutsche Presse uns vorgeworfen hat, daß wir auf den nationalen Weg gerathen sind. Auch in unseren eigenen Reihen war eine volle Würdigung und ein klares Verständniß nur bei jenen Genossen vorhanden, welche in das Innerste der Parteiorganisation eingeweiht sind und die einzelnen ausdrücklichen Erklärungen auf dem Parteitage mit angehört haben.

Wir haben es deshalb für nothwendig gehalten, indem wir diese neue Organisation beschließen, zugleich hier vom Parteitage als der dazu einzig berufenen Instanz zu erklären, was wir wollen; es ist dies auch darum nothwendig, weil im Laufe der Debatte die angeblich neue und unerhörte Interpretation des Begriffes Internationalität eine bedeutende Rolle gespielt hat.

Parteigenossen! Ich bin dem Gen. Radimsky sehr dankbar, daß er in der Debatte die Auffassung, die er hier vorgebracht hat, über den Nationalismus und Internationalismus auf das kommunistische Manifest gestützt hat; ich vermuthe aber, daß er dabei nicht das Original, sondern eine tschechische Uebersetzung zur Hand gehabt hat. (Widerspruch seitens des Gen. Radimsky.) Nun ist im kommunistischen Manifest in zwei Zusammenhängen von nationalen Dingen die Rede. Es heißt 1. im Kapitel „Proletarier und Kommunisten“ folgend (liest): „Die Kommunisten stellen kein besonderes Prinzip auf, wonach sie die politische Bewegung modeln wollen.

„Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen politischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesammten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesammtbewegung vertreten.“

Es wird in dieser Stelle ausdrücklich anerkannt, daß es verschiedene nationale Kämpfe der Proletarier gibt. Marx und Engels waren blutige Realisten, ihnen ist es nicht eingefallen, etwas zu leugnen, was besteht, aber Sie dürfen ja nicht vergessen, daß das Wort „national“ zur Zeit des kommunistischen Manifestes, wie auch in anderen Ländern heute noch, durchaus nicht die Bedeutung gehabt hat, wie wir es anwenden, daß das Wort „national“ im kommunistischen Manifest nicht ein ethnologischer, sondern ein territorialer Begriff ist. (Sehr richtig!) Genossen, die des Französischen oder des Englischen nicht mächtig sind, sind mitunter ganz verblüfft, und sehen ein Verbrechen gegen das Prinzip der Internationalität darin, wenn sie von Frankreich lesen, von dem „Congrès national de la France“, oder wenn sie von dem englischen Kongreß lesen, und es heißt: „National labour congress“. Das bedeutet durchaus nicht „national“ in unserem Sinne, sondern das bedeutet einen Kongreß der R e i c h s o r g a n i s a t i o n.

Ebenso richtig aber ist, und das dürfen wir auch nicht vergessen, daß das kommunistische Manifest geschrieben wurde zu einer Zeit, wo man an österreichische Nationalitätsbegriffe nicht gedacht hat, wo man aber sehr viel gewußt hat, und das auch geschrieben hat, auf Grund e i n e r n a t i o n a l e n d e u t s c h e n B e w e g u n g. Das dürfen Sie nicht vergessen, wenn Sie das richtig interpretiren wollen. M a r x und E n g e l s haben an der Bewegung zur Zusammenfassung eines einigen Deutschlands in ihrer Weise und vom proletarischen Standpunkt durchaus daran theilgenommen, also die nationalen Bestrebungen unterstützt. Sie wissen, daß die erste sozialdemokratische Bewegung in Deutschland, die Lassalle'sche Bewegung, sehr deutlich und weit darüber hinaus die Spuren dieses Geistes getragen hat. Es ist meines Erachtens ganz undenkbar, daß man diese Stelle und die weitere, die Gen. Radimsky angezogen hat und die ich gleich verlesen werde, anders auffaßt, als daß sie sich auf die territoriale Abgrenzung, aber auch auf diese nationale Gesammtbewegung in Deutschland stützt. Die zweite Stelle lautet — den Kommunisten ist nämlich vorgeworfen worden, sie wollten Vaterland und Nationalität abschaffen — (liest): „Die Arbeiter haben

kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nationalität konstituiren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie."

Das ist die Stelle, die Radimský zitirt, aber es gehören auch die Vorder- und die Hintersätze dazu. Die scheinbaren Widersprüche oder Unklarheiten in diesen Sätzen werden uns aber nur verständlich, wenn wir die Zeit, in der sie geschrieben wurden, uns vor Augen halten. Ich habe diese Erörterung für nothwendig gehalten, damit es umso klarer wird, daß das richtig ist, was ich gesagt habe, daß es sich bei dieser Neukonstituirung um eine Weiterentwicklung handelt und nichts weiter. Das Neue daran ist nur die Vertiefung, nicht die Einschränkung der nationalen Prinzipien; darüber wollen wir gar keinen Zweifel aufkommen lassen, daß wir diese Organisation in nationalen Gruppen blos zu dem Zwecke machen, um den Klassenkampf desto schärfer international führen zu können. (Beifall.) Wir sind uns bewußt, daß die Klassengegensätze tiefer einschneidend sind als alle nationalen Unterschiede. Wir sind uns bewußt, daß jede nationale Gruppe des Proletariats, um den Klassenkampf gegen die Ausbeuter ihrer eigenen Nation führen zu können, die feste internationale Organisation braucht, und wir sind uns bewußt, daß, wenn wir uns als national gesonderte Gruppen organisiren, uns ein festes Band zusammenhält und ein Abgrund uns von den anderen Klassen und Parteien derselben Nation trennt. Das ist das, was ich hier zum Ausdrucke bringen wollte und in einer Resolution bekräftigen will. Diese Erklärung, welche also der Motivenbericht der neugeschaffenen Organisation sein soll, lautet (liest):

Erklärung.

Die vom Prager Parteitag angebahnte und vom sechsten Parteitag durchgeführte Organisation der österreichischen Sozialdemokratie nach selbstständigen nationalen Gruppen hat den Zweck, für die Arbeit der Organisation des vielsprachigen Proletariats in Oesterreich die besten praktischen Bedingungen zu bieten, die praktischen Schwierigkeiten der Sprachverschiedenheit zu überwinden. Indem wir so die Nützlichkeit der vollen Selbstständigkeit für die Organisation der Sozialdemokratie jeder Zunge anerkennen und ihr Rechnung tragen, schaffen wir zugleich in dem Gesammtparteitage und der Gesammtexekutive die Einrichtungen, die geeignet sind, noch mehr als bisher die feste und schlagfertige Zusammenfassung aller einzelnen Organisationen zum gemeinsamen Kampfe zu sichern. Nationale Selbstständigkeit und internationale Geschlossenheit ist das Grundprinzip unserer Organisation. (Beifall.)

Wir ergreifen diese Gelegenheit, um im Vorhinein jede Interessensolidarität mit den nationalen und chauvinistischen Parteiungen und Kämpfen der besitzenden Klassen auf das Entschiedenste zurückzuweisen. Wir haben das Bewußtsein, daß die Klassengegensätze stärker und tiefer trennen als nationale Verschiedenheit, und wir erklären, daß diese Organisation ausschließlich bestimmt ist, die wirksamste Form zu schaffen, in der die international geeinigten und brüderlich verbundenen Sozialdemokraten aller Zungen den Kampf führen gegen die Ausbeuterklassen in ihrer eigenen Nation und gegen die Ausbeuterklassen aller Nationen.

Nicht um die nationalen chauvinistischen Bestrebungen der besitzenden Klassen zu unterstützen, ist diese unsere Organisation geschaffen, sondern sie hat zum Ziele, sie umso schärfer, rücksichtsloser und wirksamer bekämpfen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Ich mache darauf aufmerksam, daß die tschechischen Genossen auf eine Uebersetzung meines Referates verzichten, da sie bis auf Wenige demselben vollständig folgen können. Die Kommission legt einen großen Werth darauf, und die tschechischen Genossen haben dem zugestimmt, daß diese soeben verlesene Erklärung auch in tschechischer Sprache zum Beschlusse erhoben wird.

Damit ist die wichtigste Arbeit gethan, nun kommt aber die schwerste. Ich möchte die Anträge in zwei Gruppen theilen: in jene, welche in Folge der Organisationsbestimmungen, wenn wir sie so, wie sie vorgeschlagen, annehmen, entfallen, und ich glaube, daß wir eine Abstimmung über diese Anträge gar nicht besonders einleiten; die andere Gruppe von Anträgen wendet sich mit verschiedenen

Wünschen an die Parteivertretung. Ich glaube, diese können wir nicht anders behandeln, als indem wir sie der künftigen Gesammtexekutive zuweisen. Ferner liegen Anträge allgemeiner Natur vor. Ich darf mir wohl erlauben, Sie zu bitten, daß Sie bei allen Beschlüssen, welche die Einzelheiten der Organisation und insbesondere die Aufbringung von Mitteln betreffen, sich vor Augen halten, daß die Kommission wohl weiß, zu welcher Zeit und in welcher Stimmung sie Ihnen die Ablehnung der meisten dieser Anträge anempfiehlt. Vergessen Sie nicht, Genossen, daß wir möglicherweise wieder einer Zeit entgegengehen, in der wir uns fest auf die Füße stellen müssen. Redner erörtert anknüpfend den geheimen Erlaß des Badeni und schließt: Wenn man auch die bürgerlichen Parteien mit solchen Maßregeln klein kriegt, uns werden sie damit nicht klein kriegen; nicht einmal wenn auf jedem Baume die Badeni wachsen. (Heiterkeit und Beifall.)

Gen. Seliger schlägt vor, daß zuerst über die Gesammtorganisation abgestimmt werden möge.

Gen. Krapka theilt mit, daß in der Kommission seitens der tschechischen Genossen erklärt wurde, daß sie bei jenen Anträgen, welche nur die deutschen Genossen betreffen, sich der Abstimmung enthalten werden.

Es wird

zur Abstimmung

geschritten.

Referent Gen. Dr. Adler: Als Titel wird vorgeschlagen: „Gesammtorganisation der Sozialdemokratie in Oesterreich."

Einstimmig angenommen.

„I. Gesammtparteitag. Alle zwei Jahre wird ein Gesammparteitag einberufen."

Einstimmig angenommen.

„Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte zu entsenden."

Gegen zwölf Stimmen angenommen.

„In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegirte zu schicken."

Gegen sieben Stimmen angenommen.

„Den organisirten Industriegruppen jeder Nationalität ist durch je einen Delegirten am Parteitage eine Vertretung einzuräumen."

Einstimmig angenommen.

„Die Mitglieder der Exekutivausschüsse aller nationalen Parteiorganisationen sowie die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme."

Einstimmig angenommen.

„Nach Thunlichkeit sollen die Frauenorganisationen der nationalen Gruppen durch je zwei weibliche Delegirte vertreten sein."

Gegen zwei Stimmen angenommen.

„Befugnisse des Parteitages. Aenderungen des Parteiprogramms sind dem Gesammtparteitage ausschließlich vorbehalten."

Einstimmig angenommen.

„Im Uebrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesammtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle nationalen Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesammtparteitage nicht gestellt werden."

Gegen zwei Stimmen angenommen.

„Die Einberufung des ordentlichen Gesammtparteitages erfolgt durch die Gesammtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Parteiberichte und Tagesordnung sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen."

Einstimmig angenommen.

„II. Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs. Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs, die sich aus den Vertretungen und Exekutivkomités der

deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammensetzt."

Wird gegen eine Stimme angenommen.

„Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen."

Wird einstimmig angenommen.

„Die in Wien wohnenden Mitglieder aller nationalen Vertretungen und Exekutivkomités bilden zusammen die ständige Gesammtexekutive."

Gegen drei Stimmen angenommen.

„Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivkomités theilnehmen und ist es wünschenswerth, daß das so oft als möglich geschehe."

Einstimmig angenommen.

Gen. Job verliest hierauf die Erklärung in tschechischer Sprache.

Die Gen. Gerin und Kristan verzichten auf eine Uebersetzung der Erklärung in die italienische, beziehungsweise slovenische Sprache und erklären, mit derselben übereinzustimmen.

Die Erklärung wird sodann einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Es wird hierauf der Titel des Punktes I „Organisation der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich" mit 59 gegen 10 Stimmen angenommen.

Punkt I bleibt unverändert.

Bei Punkt II „Vertrauenspersonen", wird zuerst in prinzipieller Abstimmung mit 49 gegen 13 Stimmen beschlossen, die Wahlkreise zur Grundlage der Organisation zu nehmen, und sodann Punkt II mit den entsprechenden Abänderungen angenommen.

Referent Gen. Dr. Adler: Der letzte Absatz des Punktes III heißt: „Wo es sich als vortheilhaft erweist, können mehrere Wahlkreisorganisationen zu einer Gebiets- oder Landesorganisation zusammentreten." Damit ist jenen Wünschen Rechnung getragen, die aus zwei Wahlkreisen Böhmens an uns gelangt sind. Die Reichenberger wünschen, daß ihnen die Möglichkeit geboten wird, den angrenzenden Wahlkreis Trautenau-Gablonz in die Organisation einbeziehen zu können. Ebenso wird es möglich sein, daß sich der Wahlkreis Mies mit dem Wahlkreis Eger oder Saaz, je nach Bedürfniß, vereinigt. Das Gleiche gilt bezüglich der beiden schlesischen und der vier steiermärkischen Wahlkreise. Die Erledigung dessen können wir im Hinblicke auf diesen Punkt den betreffenden Wahlkreisen überlassen.

Gen. Schiller (Reichenberg) erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden.

Punkt III wird angenommen.

Es werden hierauf folgende Sätze in satzweiser Abstimmung angenommen.

„IV. Parteitag. Parteitage finden regelmäßig in jedem Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der deutschen Wahlkreisorganisationen stattfinden. Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt."

Die übrigen Punkte bleiben unverändert.

Ueber den Zusatzantrag: „Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben die Pflicht, am Parteitag zu erscheinen und haben dort Sitz und Stimme", wird über Antrag des Gen. Behr zuerst mit Auslassung der Worte „und haben dort Sitz und Stimme" abgestimmt. Der Antrag ohne diese Worte wird gegen eine Stimme, der Zusatz mit großer Majorität angenommen.

Die übrigen Punkte bleiben unverändert. Im vorletzten Alinea wird die Einschaltung: „Dasselbe gilt für die Anträge der Parteivertretung" angenommen.

Punkt V, erster Absatz, bleibt unverändert. Der zweite Absatz: „In die Parteivertretung werden Genossen der verschiedenen Nationalitäten gewählt, um die ständige Fühlung zu vermitteln", entfällt und wird durch folgenden Passus ersetzt: „Die Mitglieder der Gesammtexekutive können an den Sitzungen der Parteivertretung jederzeit theilnehmen." Die übrigen Absätze bleiben unverändert.

Der Zusatzantrag: „Reichsrathsabgeordnete können nicht als Mitglieder der Kontrole gewählt werden", wird mit allen gegen elf Stimmen, ein weiterer Zusatz: „Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Wahlperiode die Funktion als Kontrolore in Wien ausgeübt haben, sind in der nächsten Wahlperiode nicht wieder wählbar", mit Majorität angenommen.

Referent Dr. Adler theilt mit, daß Punkt VII der Organisationsbestimmungen: „Parteipresse", noch unter Punkt „Presse" zur Diskussion auf dem Parteitage kommen werde, und führt, zu den anderen Anträgen übergehend, Folgendes aus: Den Antrag 17 des Verzeichnisses empfiehlt Ihnen die Kommission. Zu diesem Antrag liegt ein Antrag Müller vor. Die Kommission empfiehlt Ihnen den Antrag 17, weil es in demselben heißt, „wo die nothwendigen Mittel und Personen vorhanden sind". Außerdem können wir auch nicht die Genossen verpflichten, Auskünfte auch an einer Organisation nicht angehörende Personen zu ertheilen. Antrag 17 wird angenommen.

Zum Antrag 18 liegen vor die Anträge Ueckar, Camber und der Antrag der Organisation Isola (Istria), welcher lautet:

„In Erwägung, daß eine kräftige sozialistische Agitation in Istrien entfaltet werden muß, wenn man wünscht, daß die sozialistischen Ideen in Istrien größere Verbreitung finden, beantragt die Lokalorganisation der sozialdemokratischen Partei in Isola (Istrien), daß ein Parteigenosse von der Parteivertretung damit betraut werde, sich in Istrien der Agitation zu widmen.

Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß mit Hilfe aller Parteigenossen in Oesterreich die Mittel zur Durchführung dieses Antrages herbeigeschafft werden."

Dieser Antrag wurde zu Gunsten des Antrages Uecfar zurückgezogen. Die Kommission beantragt, alle drei Anträge dem Gesammtexekutivkomité zur Erledigung zu überweisen. Wird angenommen.

Den Antrag 19 empfiehlt die Kommission in folgender Fassung anzunehmen:

„Es wird den Organisationen empfohlen, Vereine für die arbeitende Landbevölkerung ins Leben zu rufen."

Es wäre sehr gut, wenn wir uns da die Form der Kasinos aneignen würden: die Knechtekasinos im Gegensatze zu den Bauernkasinos. Hiezu liegt vor der Antrag Ranziglio, den wir zur Ablehnung empfehlen, weil wir nicht ein Komité schaffen wollen, welches unter allen Umständen gezwungen ist, Vorschläge zu machen, und wenn es keine guten hat, schlechte machen würde.

Der Antrag 19 wird in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Der Antrag Ranziglio wird abgelehnt.

Antrag 20 ist zurückgezogen.

Der Antrag 21 wird angenommen.

Antrag 22 ist zurückgezogen.

Der Antrag 23, erster Absatz, entfällt, weil die Wahlkreisorganisation angenommen ist.

Den zweiten Theil des Antrages 23 empfiehlt die Kommission mit dem Zusatze: „und Gewerkschaftszwecke". Es soll damit nur der Herausgabe jener Blocks energisch entgegengewirkt werden, wie sie jetzt mitunter zum Zwecke von gesellschaftlichen Unterhaltungen oder zur Aufbringung von Mitteln für Fahnenbänder 2c. üblich wird.

Andererseits soll aber, indem wir die Partei- und Gewerkschaftszwecke ausnehmen, nicht gesagt sein, daß wir das Blocksystem als solches als besonders geeignet zur Einkassirung von Parteibeiträgen empfehlen. Absatz 2 des Antrages 23 wird mit dem Zusatzantrage der Kommission angenommen.

Der Antrag Simon Stark, betreffend die Vereinskassiere, wird einstimmig abgelehnt.

Antrag 24 entfällt auf Grund des neuen Organisationsstatuts.

Antrag 25 entfällt ebenfalls.

Antrag 26 entfällt.

Der Antrag Müller, betreffend die Ausgabe von Blocks seitens der Landesorganisation, wird abgelehnt.

Der Antrag Schiller, betreffend die Belassung der gegenwärtig bestehenden Kreis-, respektive Landesorganisation, entfällt.

Die Anträge Dr. Čech-Krapka und Dr. Čech werden angenommen.

Erledigt erscheinen der Antrag Eldersch zu Punkt V, ebenso der Antrag Behr zu Punkt IV, der Antrag Schiller, betreffend die Einreihung des Gebietes Trautenau-Hohenelbe in die Reichenberger Kreisorganisation, und der Antrag Behr, betreffend den dritten böhmischen Wahlkreis.

Den Antrag Polke, sowie den Antrag Valka beantragt die Kommission der betreffenden Wahlkreisorganisation und in weiterer Folge der Parteivertretung zuzuweisen. Beide Anträge werden zugewiesen.

Der Antrag Winarsky, betreffend die prinzipielle Ausbildung der organisirten Genossen, wird angenommen.

Den Antrag Stark, betreffend die Bestimmung von Referenten seitens der Kreisvertretung, empfiehlt die Kommission, da man nicht in die diesbezüglichen Details am Parteitage eingehen könne, der Wahlkreisorganisation zur Berücksichtigung abzutreten. (Zustimmung.)

Der Antrag Blaschek ist erledigt.

Der Antrag Kickmaier, betreffend die Herausgabe eines Wegweisers für Vereinsbibliotheken, wird angenommen.

Die Anträge Dr. Morgenstern und Genossen entfallen durch die Annahme unserer Organisation. Dasselbe ist bezüglich des Antrages Köhler der Fall.

Der Antrag des Gen. Dr. Chomed bezüglich einer monatlichen Ausgabe von fl. 25 an die Genossen in der Bukowina zur Schaffung einer Stellung für einen unabhängigen Genossen wurde dahin abgeändert, daß es nunmehr heißen soll:

„Der Parteitag beauftragt die Gesammtexekutive, der Kreisorganisation Bukowina allmonatlich eine entsprechende Unterstützung zur Schaffung“ u. s. w.

Wird der Gesammtexekutive zugewiesen.

Der Antrag Gleinsler: „In die Parteivertretung sind wenigstens drei Mitglieder ...“ wird abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag Kristan entfällt, nachdem derselbe zurückgezogen wurde.

Der Antrag Hybes: „Die parlamentarische Taktik“ u. s. w. wird abgelehnt.

Sodann wird die Resolution bezüglich der ruthenisch-radikalen Partei zum Beschlusse erhoben, und ist damit der Punkt „Organisation“ erledigt.

IV. Wahl der Parteivertretung.

Vorsitzender Gen. Popp: Hiezu ist ein Antrag eingelangt, daß eine Wahlkommission gewählt werde.

Gen. Cingr: Ich ziehe diesen Antrag zurück.

Vorsitzender Gen. Popp: Es liegt weiters ein Antrag des Gen. Skaret vor, daß für die deutsche Parteivertretung eine Wahlkommission gewählt werde.

Gen. Feigl (Wien) beantragt, eine siebengliedrige Wahlkommission zu wählen, und zwar: zwei Mitglieder für Deutschböhmen, eine für Mähren und Schlesien, zwei für die Alpenländer und zwei für Wien und Niederösterreich.

Gen. Seliger (Teplitz) stellt den Antrag, daß aus jedem Wahlkreise ein Vertreter in die Wahlkommission gewählt werde.

Vorsitzender Gen. Popp gibt bekannt, daß in dem Antrage des Genossen Skaret vorgeschlagen sei, daß die Wahlkommission aus je einem Delegirten der einzelnen Kronländer und einem für Wien zusammengesetzt werden soll.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Gen. Seliger abgelehnt und der Antrag Feigl angenommen.

Damit entfällt die Abstimmung über den Antrag Skaret.

In die Kommission werden gewählt: für Mähren und Schlesien Dr. Čech, für Wien und Niederösterreich Feigl und Palka, für Böhmen Seliger und Schiller und für die Alpenländer Müller und Schuster.

Hierauf wird die Sitzung um 12 Uhr 45 Minuten unterbrochen.

VI. Parteipresse.

(Nachmittagssitzung. Beginn 2 Uhr 45 Minuten.)

Vorsitzender Reichsraths-Abgeordneter Gen. Zeller. Das Wort erhält

Referent Gen. Popp. Derselbe führt aus: Die Parteipresse hat in den letzten Jahren einen beträchtlichen Aufschwung genommen. Wenn sich dieselbe in Oesterreich nicht so entwickelt hat, wie es wünschenswerth und nothwendig wäre, so liegt dies an der engherzigen Gesetzgebung in Oesterreich und außerdem daran, daß im Allgemeinen das österreichische Volk noch nicht jenes Verständniß besitzt, um sich mit allen politischen Tagesfragen zu beschäftigen und sich auch über die wirthschaftlichen Fragen zu informiren. Die Entwicklung der Presse ist einerseits durch das Verbot der Kolportage und andererseits durch den Zeitungsstempel sehr gehindert, weil dadurch die Preßerzeugnisse bedeutend vertheuert werden und es daher der Arbeiterschaft, die ja bei dem schlechten Verdienst auf jeden Kreuzer sehen muß, sehr schwer fällt, sich täglich ein Blatt zu kaufen, während andererseits durch das Verbot der Kolportage für die Arbeiter die Blätter sehr schwer zugänglich gemacht werden. Wir fühlen dies am deutlichsten bei der „Arbeiter-Zeitung".

Die Provinzblätter, die als Wochenblätter oder 14tägig erscheinen, haben auf den § 23 des Preßgesetzes nicht Rücksicht zu nehmen, sie können ihre Blätter durch Kolporteure vertreiben und sind dadurch im Stande, ein billigeres Blatt herauszugeben. Dort aber, wo es nothwendig ist, ein Blatt öfter erscheinen zu lassen, sind die Genossen gezwungen, dasselbe theurer zu kaufen und dadurch ist auch der Absatz beeinträchtigt. Auch ist die „Arbeiter-Zeitung" dadurch stark behindert, daß sie an die Verschleißer gebunden ist, und es ist daher begreiflich, daß sie sich nicht so aufschwingen kann, wie es Viele von uns anfangs gehofft haben. Ich muß da allerdings gleich bemerken, daß die „Arbeiter-Zeitung" eine Auflage hat wie wenige bürgerliche Blätter in Oesterreich. Wenn diese aber eine solche Auflage haben, so haben sie zunächst auch einen namhaften Ertrag davon. Wir aber befinden uns in Folge der korrupten Preßverhältnisse in Oesterreich in einer schlechten materiellen Stellung. In Wien, wo die „Arbeiter-Zeitung" zumeist verbreitet ist, hat sie unter eigenthümlichen Umständen zu kämpfen, die ihre Verbreitung beeinträchtigen. Wir haben Tabaktrafiken, welche die „Arbeiter-Zeitung" zwar führen, dieselbe aber hinter den Pulten versteckt halten und sie nur abgeben, wenn sie Jemand verlangt. Dazu kommen noch die Konfiskationen, deren wir im Jahre 1896 elf auszuhalten hatten. So lange die „Arbeiter-Zeitung" ein Wochenblatt war, wurde jede Nummer konfiszirt. Dem konnten wir aber die Spitze bieten. Bei einem Tagblatt geht das aber nicht, da das Blatt, bevor es ausgegeben wird, der Preßbehörde vorgelegt werden muß. Diese ist trotz der schnellsten Expedition im Stande, da wir auf den Verschleiß angewiesen sind, das Blatt bei den Verschleißern oder bei der Post abzufangen oder unseren Austrägern, welche es den Abonnenten zustellen, wegzunehmen.

Nichtsdestoweniger hat aber die „Arbeiter-Zeitung" im Jahre 1896 bedeutende Fortschritte gemacht und feste Abnehmer gewonnen. Während wir im Jahre 1895, im ersten Jahre des Bestandes des täglichen Blattes, eine Einnahme von fl. 46.000 für Abonnements hatten, nahmen wir im Jahre 1896 über fl. 68.000 nur für Abonnements ein, also um die Hälfte mehr. Erfreulich ist, daß dabei der Einzelverschleiß in den Tabaktrafiken nicht zurückgegangen ist. Im Jahre 1895, als wir noch das Abendblatt hatten, hatten wir eine Einnahme von fl. 93.000 im Einzelverschleiß, 1896 ohne das Abendblatt jedoch fl. 92.000 speziell in Wien.

Unsere Einnahmen betragen heuer mit dem Saldo von 1895 fl. 251.000, das ist eine Einnahme, wie wir sie bisher bei Parteiunternehmungen noch nie erzielt haben. Manche Genossen werden glauben, daß das Blatt sich rentiren,

vielleicht sogar einen Gewinn abwerfen muß. Es ist aber leider nicht so, denn obwohl wir überall sparen, haben wir für die Expedition allein jährlich eine Ausgabe von fl. 32.000, für die Redaktion sind die Ausgaben verhältnißmäßig gering. Sie werden bei den größeren Tagesblättern einzelne Redakteure finden, welche einen so hohen Gehalt haben wie unsere ganze Redaktion; die angestellten Redakteure sammt den externen Mitarbeitern und den Korrespondenzen kosten fl. 33.600. Sie können daraus ersehen, wie ungerecht der Vorwurf gegnerischer Blätter ist, daß die Angestellten von den „blutigen Arbeitergroschen" leben. Bei einem Blatte in Wien, welches die meisten Inserate hat, ist der Administrator mit einem Gehalt von fl. 24.000 jährlich kontraktlich auf zehn Jahre angestellt. Bei uns kostet das ganze Personal sammt Zins für die Lokalitäten, Steuer, Beleuchtung und Allem, was zur Administration gehört, im ganzen Jahre fl. 12.000.

Ein sehr großes Hinderniß für die Verbreitung unseres Blattes ist der Zeitungsstempel. Wir haben bis jetzt über fl. 200.000 an Zeitungsstempel gezahlt, in diesem Jahre bis Juni allein nahezu fl. 40.000.

Während wir bis zum Jahre 1897 mit der Auflage noch zwischen 15.000 und 20.000 laborirten, ist die Auflage während der Wahlbewegung so in die Höhe geschnellt, daß wir nicht im Stande waren, den Druck in der verhältnißmäßig kurzen Zeit zu bewältigen. Es wurden 50.000 Exemplare nicht blos gedruckt, sondern verkauft und dies nicht nur an Sonntagen, sondern an Wochentagen. Sie sehen, daß sich unsere Hoffnung, daß die „Arbeiter-Zeitung" sich während der Wahlbewegung in die Höhe arbeiten und in alle Schichten dringen wird, erfüllt hat. Sowohl die Genossen von Wien als auch von der Provinz haben sich beschwert, daß das Blatt spät hinausgekommen ist und daß Unregelmäßigkeiten in der Expedition eingetreten sind. Es möge ihnen zur Aufklärung dienen, damit sie es, wenn sie nach Hause kommen, den Genossen mittheilen, daß dies geschah, weil sich in der Druckerei technische Schwierigkeiten ergaben.

Es werden auch der Verbreitung des Blattes in der Provinz große Schwierigkeiten gemacht. Während alle bürgerlichen Blätter, besonders im Sommer, auf allen Bahnhöfen von den Portiers oder anderen Zeitungsverschleißern verkauft werden, findet die „Arbeiter-Zeitung" nur schwer Eingang auf den Bahnhöfen. Wenn die Genossen, die oft Reisen machen, auf den verschiedenen Bahnhöfen das Blatt verlangen würden, würde es möglich sein, das Blatt auch dort einzuführen. Wir können zu unserer größten Zufriedenheit sagen, daß unser Blatt nicht nur von den Arbeitern, sondern zum großen Theil auch von der Intelligenz, von Advokaten, Beamten, Lehrern und Anderen mehr gelesen wird.

Wir haben auch eine Frauenzeitung. Sie wissen, daß am letzten Parteitag ein Antrag gestellt worden ist, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" aufzulassen ist oder daß sie als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" erscheinen soll. Es wurde diesbezüglich der Beschluß gefaßt, daß die „Arbeiterinnen-Zeinung" weiterzubestehen und die Parteivertretung Sorge zu tragen habe, daß das Defizit nicht anwächst. Wie aber die Parteivertretung das anfangen sollte, wurde nicht gesagt. Wir haben nachgedacht und gefunden, daß das Blatt einzig und allein dadurch gehoben werden kann, indem die Genossen dafür agitiren und das besonders unter den indifferenten Arbeiterinnen, deren es sehr viele gibt.

Wenn die Genossen diese Arbeit nicht auf sich nehmen, die Parteivertretung kann in dieser Hinsicht sehr wenig thun. Sie müßte sich darauf beschränken, an alle Parteiblätter das Ersuchen zu stellen, dieselben mögen die „Arbeiterinnen-Zeitung" ankündigen und für sie Propaganda machen. Im Jahre 1896 stieg das Deficit von fl. 1200 auf fl. 1436, dagegen ist es im Jahre 1897, nachdem die Parteiblätter die „Arbeiterinnen-Zeitung" angekündigt haben, wieder etwas gefallen. Die Auflage der „Arbeiterinnen-Zeitung" ist jedoch von 2500 auf 3000 Exemplare gestiegen, und seit dem 1. Jänner 1897 hat sich das Defizit um fl. 161 verringert. Im Uebrigen wird der Parteitag — ich werde auch einen diesbezüglichen Antrag unterbreiten — zu beschließen haben, was in Bezug auf die „Arbeiterinnen-Zeitung" zu geschehen hat.

Was die Parteipresse im Allgemeinen anlangt, muß ich erwähnen, daß in letzter Zeit in der Provinz wieder eine Reihe von Blättern gegründet wurden, ohne daß sich die Genossen, die diese Blätter gründeten, an den Punkt VIII

unseres in Prag beschlossenen Organisationsstatuts gehalten hätten. So ist in Warnsdorf ein Blatt erschienen, dessen Herausgabe auf einer Bezirkskonferenz beschlossen wurde, ferner ist auch in Graslitz, allerdings nur ein Kopfblatt erschienen, vor dem Parteitag erschien in Karlsbad ein neues Blatt, dessen Herausgabe meines Wissens von der Kreiskonferenz vorher abgelehnt wurde. In Gablonz wurde der „Gebirgsbote" herausgegeben. In Niederösterreich erschien ebenfalls ein neues Blatt vor der Wahl. Thatsache ist, daß einzelne der neugegründeten Blätter ganz gut stehen. In Aussig ist beispielsweise zuerst ein Kopfblatt von Teplitz aus erschienen; bald aber brachten es die dortigen Genossen dazu, ein selbstständiges Blatt herauszugeben, das jetzt — wenn ich nicht irre — eine Auflage von 5000 Exemplaren hat. Die Genossen in Karlsbad haben zum Beispiel sich an die Kreiskonferenz gewendet, damit das in Falkenau erscheinende Blatt nach Karlsbad verlegt werde. Da die Kreiskonferenz das ablehnte, gründeten die Karlsbader Genossen ein selbstständiges Blatt. Die Folge wird sein, daß diese beiden Blätter sich gegenseitig Konkurrenz machen werden. Es soll stets vorerst erwogen werden, ob die Nothwendigkeit zur Herausgabe eines Blattes vorhanden ist. Die Wahlkreiskonferenz hat zu entscheiden, in welchem Orte das Blatt erscheinen soll, und wenn trotz dieser Entscheidung die Genossen eines anderen Ortes ein Blatt herausgeben, muß ihm die Anerkennung versagt werden. Ich möchte Ihnen daher eine Verschärfung unserer Bestimmung über die Presse empfehlen. Der Absatz 2 des Punktes VII soll lauten:

„Gründungen von politischen Parteiblättern sollen nur dann erfolgen, wenn in einem Wahlkreise ein nachweisbares Bedürfniß vorhanden ist, die Wahlkreiskonferenz die Herausgabe beschließt und ihr Bestand gesichert erscheint und wenn vor Allem die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte vorhanden sind. Blätter, die ohne einen vorausgehenden Beschluß einer Wahlkreiskonferenz gegründet werden, haben so lange von der Partei nicht unterstützt zu werden, bis sie von der Wahlkreiskonferenz und dem Parteitag anerkannt werden."

Ich halte das für eine Verschärfung und glaube, daß bei der Erschwerung der Anerkennung die Genossen es sich doch überlegen werden, ohneweiters Blätter herauszugeben. Der Referent wendet sich in seinen weiteren Ausführungen den eingelaufenen Anträgen zu. Ein solcher liegt von Gen. Brod vor und lautet:

„Der Parteitag wolle beschließen: Die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung" sei zu veranlassen, sich einer volksthümlicheren Schreibweise zu befleißigen. Fremdwörter sind auf das Nothwendigste zu beschränken und womöglich durch eine entsprechende Uebersetzung in Klammern dem Verständnisse des Arbeiters näher zu bringen."

Zu diesem Antrag möchte ich dem Gen. Brod sagen, daß die Redaktion, wo sie Fremdwörter vermeiden kann, es ohnehin thut. Den Antrag des Genossen Dobiasch:

„Der Parteitag anerkennt die in Aussig erscheinenden Blätter „Volksrecht" und „Neues Volksrecht" als Parteiorgane,"

empfehle ich zur Annahme. Weiters sind zwei Anträge der Kreisorganisation Bukowina eingelaufen, welche lauten:

„Der Parteitag wolle die laut Beschlusses der Bukowinaer Landeskonferenz von der Bukowinaer Kreisvertretung seit 1. Jänner 1897 vierzehntägig herausgegebene „Volkspresse" als Parteiorgan anerkennen,"

und:

„Der Parteitag wolle die Parteileitung ermächtigen, die zur Landagitation in der Bukowina unerläßliche Herausgabe von Parteiblättern in ruthenischer und in rumänischer Sprache (sei es als Beilagen zur „Volkspresse", sei es als selbstständige Blätter) materiell zu unterstützen."

Den ersten Antrag bezüglich der „Volkspresse" können wir annehmen, den zweiten müßten wir jedoch der Gesammtexekutive zuweisen.

Gen. Feigl hat beantragt:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, eine volksthümliche Broschüre herauszugeben, in welcher die Nationalitätenfrage überhaupt und speziell die in Oesterreich behandelt wird."

Ich bitte auch diesen Antrag der Parteivertretung zuweisen zu wollen.

Der Antrag 30 der Bezirksorganisation Leoben verlangt die Herausgabe eines Blattes für die Landbevölkerung. Mit dieser Frage mußten wir uns beinahe noch auf jedem Parteitage beschäftigen, aber ein derartiger Beschluß kann einfach nicht durchgeführt werden. Die Provinzpresse, die ja die besonderen Verhältnisse der Landbevölkerung in der betreffenden Gegend am besten kennt, könnte für die ländlichen Interessen dieser Gegend das Meiste leisten. Ein zentrales Bauernblatt würde aber seinem Zwecke nicht entsprechen, weil es auf die örtlichen Bedürfnisse nicht so sehr Rücksicht nehmen könnte. Die „Volkstribüne" hat in der Provinz deshalb einen so starken Absatz, weil „Die Bauernstube", welche die „Volkstribüne" in ihrem Blatte errichtet hat, die ländlichen Interessen vertritt. In dieser Weise sollten auch die anderen Provinzblätter sich einrichten. Den Antrag 31 der Kreisvertretung Oberösterreich, die „Wahrheit" als Parteiorgan anzuerkennen, ersuche ich anzunehmen. Der Antrag 32 der Bezirksorganisation Graslitz ist erledigt, da der „Graslitzer Volksbote" jetzt Kopfblatt des „Falkenauer Volksboten" ist. Die Bezirksvertretung Saaz beantragt (33), daß die Gründung von Kopfblättern nicht der Genehmigung der Kreiskonferenz unterliegen soll. Dieser Antrag ist überflüssig. Wenn die Nothwendigkeit zur Gründung von Kopfblättern vorhanden ist, so macht das keine großen Kosten und trägt nur zur Verbreitung des Blattes bei. Den Antrag 34 der Kreisorganisation Teschen würde ich zur Zuweisung an die Gesammtexekutive beantragen. Antrag 35 ist damit erledigt. Den Antrag 36 kann ich Ihnen zur Annahme empfehlen, da die niederösterreichische Kreisorganisation gegen die Anerkennung nichts einzuwenden hat. Der Antrag 37 würde dann entfallen. Der Antrag 38 läßt sich nicht leicht ausführen, es ist am besten, denselben der Parteivertretung zuzuweisen, welche sich mit der Sache beschäftigen soll.

Ich komme zum Antrag 39, welcher verlangt, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" fortan als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" herauszugeben sei. Ich muß mich gegen diesen Antrag ganz entschieden aussprechen. Nach der Diskussion bei Punkt „Organisation" müssen wir wohl annehmen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" als Agitationsmittel unter den indifferenten Arbeiterinnen, unter denen ja die „Arbeiterinnen-Zeitung" hauptsächlich verbreitet wird, nothwendig ist. Dieses Agitationsmittel würde entfallen, wenn die „Arbeiterinnen-Zeitung" als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" erscheinen würde. Die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat heute pro Nummer ein Defizit von fl. 12 bis 16, welches die Partei zu tragen hat. Würde die „Arbeiterinnen-Zeitung" aber als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" erscheinen, müßte diese auch das Defizit tragen, was nicht nur ungerecht, sondern auch unpraktisch wäre. Das Defizit würde sich nämlich bedeutend erhöhen, da die „Arbeiterinnen-Zeitung" dann statt in einer Auflage von 3000 in einer Auflage von 30.000, und statt 14tägig wöchentlich erscheinen würde. Wenn man meint, daß unter den Frauen der Genossen, welche die „Arbeiter-Zeitung" lesen, die „Arbeiterinnen-Zeitung" dann mehr Verbreitung finden würde, ist das eine ganz verfehlte Ansicht, da die „Arbeiterinnen-Zeitung" in ganz andere Kreise geht als die „Arbeiter-Zeitung".

Die „Arbeiterinnen-Zeitung" ist in einigen Branchenorganisationen obligatorisch eingeführt. Diese Arbeiterinnenorganisationen haben daher in erster Linie in dieser Frage ein Wort mit dreinzureden und in zweiter Reihe die Organisationen der Provinz, da von der ganzen Auflage der „Arbeiterinnen-Zeitung" nicht mehr als 500—600 Exemplare in Wien bleiben. Die Provinzgenossen haben aber noch nie gesagt, die „Arbeiterinnen-Zeitung" soll zu erscheinen aufhören, nur ein Theil der Wiener Genossen ist es, die systematisch gegen die „Arbeiterinnen-Zeitung" Stellung nehmen. Ich bin überzeugt, daß der Parteitag über die Stimmung der Organisationen der Frauen, und mögen dieselben noch so schwach sein, nicht so ohneweiters hinweggehen und sich der Ansicht nicht verschließen wird, daß es ein Fehler wäre, die „Arbeiterinnen-Zeitung" aufzulassen. Es gäbe einen Ausweg, der es ermöglichen würde, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" in ihrer Auflage gehoben und dadurch das Defizit vollständig verschwinden würde, indem sie nämlich der Volksbuchhandlung übergeben würde. Diese kann im Gegensatze zur Partei in ein nothleidendes Unternehmen etwas hineinstecken und etwas riskiren, sowohl in Bezug auf die Agitation als auch in Bezug auf die Redaktion. Diese ist heute

einförmig, weil in der Regel eben nur eine Genossin Beiträge liefert. Aehnlich wie mit der „Arbeiterinnen-Zeitung“ war es mit den „Glühlichtern“, die heute eine Auflage von 20.000 Exemplaren haben und aktiv sind. Ich stelle daher auch den diesbezüglichen Antrag:

„Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ ist der Volksbuchhandlung zu übergeben.“

Den Antrag 40, betreffend die Herabsetzung der Insertionsgebühren, bitte ich abzulehnen, denn je größer die Auflage wird, desto theuerer kommen uns die Inserate zu stehen. Die Administration hat sich schon mit dem Gedanken getragen, die Insertionsgebühren zu erhöhen und da wird eine Herabsetzung verlangt. Eine Herabsetzung ist aber nicht möglich. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat noch nicht so viel Geld, um daraufzahlen zu können. Für den Antrag 41 der Bezirksorganisation Aussee, der schon am letzten Parteitage abgelehnt wurde, muß ich auch heute um dasselbe Schicksal bitten.

Wenn sich die Arbeiterpresse so entwickeln soll, wie es nothwendig ist, dann müssen die Hindernisse, die heute einer freien Entwicklung der Presse entgegenstehen, beseitigt werden. Unsere Abgeordneten müssen darauf hinarbeiten, daß der § 23 Pr.-G. beseitigt, daß das objektive Verfahren aufgehoben werde und daß eine Konfiskation nur über Beschluß des Gerichtes verhängt werden darf. Weiter ist es nothwendig, daß unsere Genossen im Parlamente sofort bei Eröffnung der Session einen Antrag auf Aufhebung des Zeitungsstempels einbringen. Wenn der Stempel fällt, dann wird es möglich sein, daß sich unsere Presse frei entwickelt, dann wird jener Indifferentismus schwinden, der heute in Folge der theueren Lektüre noch vorhanden ist, dann wird aber auch ein bedeutendes Wachsthum unserer Partei zu konstatiren sein. (Beifall.)

Es wird folgender Antrag überreicht:

Antrag Schustaczek:

„Im Auftrage der Bezirksorganisation XIV beantrage ich, daß das Weitererscheinen der „Arbeiterinnen-Zeitung“ eingestellt werde, wenn die Einnahmen die Ausgaben nach Ablauf eines halben Jahres nicht decken, ohne erst einen nächsten Parteibeschluß abzuwarten.“

Da 40 Redner eingetragen sind, wird Schluß der Rednerliste beantragt und angenommen.

Gen. Schiller (Reichenberg) ist der Ansicht, daß der Vorschlag des Gen. Popp, welchen er bezüglich der Gründung neuer Blätter vorgebracht habe und der eine Verschärfung sein sollte, thatsächlich keine Verschärfung sei. Auch Redner sei für eine Verschärfung, und deswegen beantrage er, daß an Stelle der Worte: „haben so lange von der Partei nicht unterstützt zu werden, bis sie von der Wahlkreiskonferenz und dem Parteitage anerkannt werden“, zu setzen sei: „sind nicht zu abonniren und haben sämmtliche bestehende Parteiblätter dagegen Stellung zu nehmen“. (Rufe: Das wäre noch schöner!)

Der „Volksbote“ ist in Gablonz herausgegeben worden, ohne daß die Kreiskonferenz dazu ihre Zustimmung gegeben habe. Der „Freigeist“ habe dagegen Stellung genommen, während die „Arbeiter-Zeitung“ diesen „wackeren Mitkämpfer“ willkommen geheißen habe. Wie verträgt sich das mit unseren Beschlüssen? Ein zweiter Fall ist folgender: In einer Broschüre, in der auch die Parteiblätter anempfohlen werden, sei der „Freigeist“ nicht verzeichnet gewesen, während der „Volksbote“ angeführt war. Heute sei allerdings die Sache nicht mehr aktuell, denn der „Volksbote“ sei in der letzten Kreiskonferenz als Parteiblatt anerkannt worden.

Was den Antrag betreffs der „Arbeiterinnen-Zeitung“ betreffe, so könne sich Redner nicht dafür erwärmen, daß dieselbe als Sonntagsbeilage zur „Arbeiter-Zeitung“ erscheine, weil damit der beabsichtigte Zweck vollkommen verfehlt wäre. Defizite haben sich schon bei so manchen Parteiunternehmungen ergeben. Die Hauptsache sei, ob das Blatt seinen Zweck erfülle, und es könne gesagt werden, daß dies bei der „Arbeiterinnen-Zeitung“ der Fall ist.

Den Antrag, den Bezirksvertrauensmännern die „Arbeiter-Zeitung“ gratis zu verabfolgen, könne Redner absolut nicht befürworten.

Gen. Hedorfer (XI. Bezirk, Wien) empfiehlt dem Parteitage die Annahme der unter Nr. 12 und 13 von der Bezirksorganisation XI eingebrachten Anträge. Diese Anträge seien eingebracht worden, weil wir glauben, daß dadurch für unsere Genossen, die agitatorisch wirken, eine Erleichterung ihrer Arbeit geschaffen werde. Ferner tritt Redner für die Annahme des Antrages 39 der Bezirksorganisation IX ein. Es sei schon am Prager Parteitage beschlossen worden, die „Arbeiterinnen-Zeitung" wenn sie mit einem Defizit arbeiten sollte, aufzulassen. (Widerspruch.) Man habe wenigstens damals im Sinne gehabt, sie aufzulassen. Wenn die „Arbeiterinnen-Zeitung" als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" erscheine, so würde es möglich sein, die „Arbeiter-Zeitung" auch in Kreise einzuführen, die heute ausschließlich Schmierblätter wie das „Extrablatt" lesen.

Gen. Dr. Čech (Brünn): Ich glaube, daß die Bestimmung, welche in der Resolution vorgeschlagen wird, daß Parteiblätter ohne Zustimmung des Parteitages oder der Kreiskonferenz nicht gegründet werden dürfen, nicht präzise genug ist, und möchte beantragen diese Bestimmung so zu formuliren: „Parteiblätter dürfen nur über Beschluß des Parteitages gegründet werden." Wenn Sie jedem Wahlkreis gestatten, Blätter zu gründen, so wird in der That eine wahre Blättergründungswuth unsere Wahlkreise durchziehen. Wir haben z. B. für Mähren u. Schlesien den „Volksfreund". Wenn nun der Schönberger Wahlkreis die Absicht hätte, ein Blatt zu gründen, so würde der „Volksfreund" im Brünner Wahlkreis allein nicht die entsprechende Unterstützung finden, er müßte mit der Zeit eingehen.

Was die „Arbeiterinnen-Zeitung" anbelangt, würde ich es für eine Schande halten, wenn wir nicht im Stande wären, auch für die Arbeiterinnen eine eigene Zeitung erscheinen zu lassen. Ich glaube ebenfalls, daß zu wenig agitirt wird. In Wigstadtl und Umgebung gibt es etwa 500 organisirte Frauen, und es gehen dorthin zirka 100 Exemplare der „Arbeiterinnen-Zeitung". Dieses Beispiel sollten die Genossen an allen Orten nachahmen.

Gen. Dobiasch (Aussig): Ich habe den Antrag zu vertreten, daß die in Aussig erscheinenden Blätter „Volksrecht" und „Neues Volksrecht" als Parteiblätter anerkannt werden. Wir sind bei der Gründung dieser Blätter streng nach den Organisationsstatuten vorgegangen. Daß diese Blätter, die eine Auflage von 5000 haben, für einen Wahlkreis, der so stark ist, daß er einen Abgeordneten durchgebracht hat, ein Bedürfniß sind, steht außer Zweifel. Uns handelt es sich nicht etwa um eine materielle Unterstützung, sondern nur darum, daß dem Blatt gegeben werde, was ihm gebührt: das Recht, sich Organ der Partei nennen zu dürfen.

Durch die Gründung dieser Blätter ist die Agitation wesentlich verstärkt worden. Früher hatte die Teplitzer „Freiheit" im Aussiger Bezirke 200 Abnehmer. Nach der Gründung des „Volksrecht" hat die „Freiheit" ihre Thätigkeit auf das Erzgebirge verlegt, und es ist ihr gelungen, dort etwa 2000 neue Abonnenten zu erwerben. Die Partei hat also durch diese Gründung keinesfalls einen Schaden genommen.

In seinen weiteren Ausführungen erklärt sich der Redner gegen den Antrag des Gen. Hedorfer, da er solche Broschüren als überflüssig hält.

Wenn wir den Antrag des Gen. Dr. Čech annehmen würden, würden wir nur bewirken, daß auf den Parteitagen große Debatten über Blättergründungen hervorgerufen werden. Der Parteitag ist aber gar nicht in der Lage, zu beurtheilen, ob es nothwendig ist, in einer Gegend ein Blatt zu gründen. Und wenn sich der Parteitag dafür einsetzen würde, dann wäre die Partei auch verpflichtet, ein solches Blatt unter allen Umständen zu halten, und es müßten oft große Subventionen bewilligt werden. Dadurch würde aber nur Zwietracht gesäet werden. Auch bin ich entschieden dagegen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" als Beilage erscheint. Wenn nur in der Administration etwas rationeller gewirthschaftet würde, so würde es ganz gut gehen. Wir haben eine Menge Provinzblätter, die unter schwierigeren Verhältnissen arbeiten und keine Schulden haben. Ich bin auch dagegen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" der Volksbuchhandlung übertragen werde, nachdem das Blatt als Parteiorgan gilt und für die Genossinnen das sein soll, was die „Arbeiter-Zeitung" für die Genossen ist.

Gen. Stark (Falkenau) hält den Antrag der Bezirksorganisation Graslitz für vollkommen überflüssig. Was die Gründung eines neuen Blattes in Karlsbad betrifft, so möge man es der Kreiskonferenz überlassen, die Sache zu entscheiden. Die Herausgabe einer eigenen Zeitung für die ländliche Bevölkerung sei nicht zu empfehlen. Dem wiederholt ausgesprochenen Wunsche, daß darauf gesehen werden möge, daß in der „Arbeiter-Zeitung“ nicht so viele, insbesondere schwer verständliche Fremdwörter gebraucht werden, könne er sich nur anschließen.

Gen. Hoffenreich (Wien) bemängelt, daß der Antrag der Preßkommission zu diesem Punkte vom Referenten nicht berührt worden ist. Den Antrag der Bezirksorganisation Wien IX hält er für reaktionär, weil dadurch die agitatorische Kraft der „Arbeiterinnen-Zeitung“ verloren gehen würde. Wenn diese weniger trocken geschrieben wäre und Artikel über Hauswirthschaft, Kindererziehung und Gesundheitspflege brächte, würde sie leichter in die Familien eindringen und mehr Absatz finden. Er ersucht, den Antrag der Preßkommission anzunehmen, den Antrag der Organisation Wien IX, sowie den Antrag des Referenten jedoch abzulehnen, weil durch letzteren das Blatt der Kontrole der Preßkommission entzogen würde.

Gen. Pölz (Floridsdorf) führt aus, daß anläßlich der Wahlagitation für den Wahlkreis „Viertel unter dem Manhartsberge“ ein Blatt gegründet wurde mit der Absicht, dasselbe wieder eingehen zu lassen, falls nicht triftige Gründe für das Weitererscheinen vorhanden sind. Es fand aber großen Anklang und hatte eine Auflage von 6000 Exemplaren, die jetzt nach der Wahl auf 3400 gesunken ist. Er vertritt den Antrag der Bezirksorganisation Floridsdorf (36).

Gen. Benecke (Cilli) überreicht folgenden Antrag:

„Ich beantrage, das slovenische Blatt „Luč“, das heißt „Licht“, welches während der Wahl zweimal herausgegeben wurde und für den IV. steiermärkischen Wahlkreis eine unbedingte Nothwendigkeit ist, als Parteiblatt anzuerkennen und mit einer einmaligen Subvention von fl. 50 zu unterstützen.“

Es seien von vielen slovenischen Bauern noch nach der Wahl Zuschriften gekommen, welche dieses Blatt verlangen. In Untersteiermark existiren drei Blätter, welche die Sozialdemokraten bekämpfen, und es sei nöthig, ihnen entgegenzutreten. Den „Delavec“ könne man für die Behandlung derartiger lokaler und persönlicher Angelegenheiten nicht heranziehen.

Gen. Dietl (Wien, X) bekämpft den Antrag 40, betreffend die Herabsetzung der Insertionsgebühren für Vereine, sowie den Antrag 41 der Bezirksorganisation Aussee, da aus denselben eine zu große Mehrbelastung der „Arbeiter-Zeitung“ resultiren würde, in Folge des letzteren Antrages allein bei einer Zahl von 5000 Vertrauensmännern eine solche von täglich fl. 200.

Bezüglich der „Arbeiterinnen-Zeitung“ bemerkt er, daß dieselbe in der Wäschebranche obligatorisch eingeführt war, daß aber die Arbeiterinnen das Fachblatt verlangten, weil sie aus demselben mehr lernen. Redner bringt schließlich im Auftrage seiner Organisation folgenden Antrag ein:

„Nachdem das Defizit der „Arbeiterinnen-Zeitung“ fortwährend steigt und eine Besserung in absehbarer Zeit nicht eintreten wird, beschließt der Parteitag, die „Arbeiterinnen-Zeitung“ sei aufzulassen.“

Gen. Behr (Saaz) plaidirt für eine Reduzirung der Regie der „Arbeiterinnen-Zeitung“; bei einer Zahl von 3000 Abonnenten sollte sie ohne Deficit auskommen. Falls das nicht möglich sei, möge man sie der Volksbuchhandlung übergeben. Wenn man wolle, werde man auch dann eine Kontrole ausüben können. Redner erinnert daran, daß auch in Deutschland die dortige „Arbeiterinnen-Zeitung“ im Privatverlag erscheine.

Bezüglich der Gründung neuer Blätter befürwortet er den Standpunkt, der in Deutschland üblich ist, daß man nämlich den Genossen empfehle, so vorsichtig als möglich bei solchen Gelegenheiten vorzugehen. Auf keinen Fall soll aber die Partei ein Risiko übernehmen. Redner empfiehlt dem Parteitag, das Blatt „Volksrecht“ als Parteiorgan anzuerkennen.

Gen. Polke (Wien) bekämpft den Antrag der Bezirksorganisation IX, Wien; die „Arbeiterinnen-Zeitung“ ist für die Provinzgenossen sehr nothwendig,

und diese sind hier in erster Linie maßgebend. Dort gibt es Familien, die nicht in der Lage sind, ein Tag- oder Wochenblatt zu abonniren. Die Schuld des Defizits liegt an den Wiener Genossen, die für die „Arbeiterinnen-Zeitung" mehr agitiren sollten.

Redner spricht sich gegen den Referentenantrag aus, die „Arbeiterinnen-Zeitung" der Volksbuchhandlung zu übergeben. Mit der Bezahlung der Insertionsgebühren für die „Arbeiter-Zeitung" sollten die Organisationen etwas gewissenhafter vorgehen. Schließlich empfiehlt Redner, den „Volksbote" als Parteiblatt anzuerkennen.

Gen. Puhl (Niemes) spricht gleichfalls gegen die Uebergabe der „Arbeiterinnen-Zeitung" an die Volksbuchhandlung.

Gen. Körbler (XVI. Bezirk, Wien) befürwortet die Auflassung der Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" und wünscht an deren Stelle die Aufnahme der „Arbeiterinnen-Zeitung". Dadurch würde nicht, wie der Referent sagt, das Defizit vergrößert werden, sondern es würde möglicherweise ganz verschwinden.

Wenn man den Wienern vorwirft, daß sie die „Arbeiterinnen-Zeitung" nicht unterstützen wollen, muß gesagt werden, daß sie für dieselbe kein Bedürfniß haben, da ja hier den Genossinnen die täglich erscheinende „Arbeiter-Zeitung" zur Verfügung steht. Redner ist ebenfalls gegen die Uebergabe an die Volksbuchhandlung, da die Kontrole über die Zeitung dadurch eingeschränkt würde.

Gen. Blaschek (IX. Bez., Wien) verwahrt sich gegen den Ausdruck des Referenten, daß Jene, die den Antrag bezüglich der „Arbeiterinnen-Zeitung" gestellt haben, diese in Wien systematisch unmöglich machen wollen. Für die Agitation würde viel mehr geschehen, wenn die „Arbeiterinnen-Zeitung" Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" wäre, weil diese dann eine viel größere Verbreitung haben würde. Dazu kommt noch, daß gerade an diesem Tage die Frauen Zeit finden würden, um die Zeitung lesen zu können. Die technischen Schwierigkeiten wären im Falle der Beilegung geringer, als sie jetzt sind. Wir glaubten durch unseren Antrag zu bezwecken, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" in weitere Kreise eindringe. Dann könnte sie auf eine gesunde Basis gestellt werden und würde eine höhere Auflage haben als heute. Gegen die Uebergabe an die Volksbuchhandlung spreche ich mich ganz entschieden aus.

Ein von den Genossen Prähauser-Chwala eingebrachter Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Gen. Seliger (Teplitz) beantragt, nur den Einbringern selbstständiger Anträge das Wort zu ertheilen, ohne daß noch neue Anträge eingebracht werden könnten.

Der Antrag des Gen. Seliger wird angenommen.

Gen. Grablovic (Köflach) beantragt, daß der Antrag des Gen. Benecke betreffend die Anerkennung des Blattes „Luč" als Parteiorgan und dessen Subventionirung, der südslavischen Exekutive zugewiesen werde.

Gen. Hedorfer (Wien) beantragt, daß von jeder nationalen Fraktion je ein Redner zum Worte gelangen soll. Wird angenommen.

Gen. Widholz (VI. Bez., Wien): Wenn Sie heute selbst ein kleines bürgerliches Wiener Blatt in die Hand nehmen, so werden Sie finden, daß ein großer Theil des Blattes der Socialpolitik gewidmet ist. Die „Arbeiter-Zeitung" vernachlässigt aber leider den sozialpolitischen Theil.

Wir haben in der letzten Zeit eine Enquête zur Berathung wünschenswerther Reformen des Krankenversicherungsgesetzes unter ganz eigenthümlichen Verhältnissen abgehalten. Den niederösterreichischen Vertretern der Arbeiter standen Unternehmer aus anderen Ländern gegenüber, die sich, um nicht direkt von den Genossen aus Böhmen u. s. w. auf die Finger geklopft zu werden, aus der Enquête herausgeschlichen hatten. Wir hatten es da mit Unternehmern und Direktoren der frechsten Art zu thun. Die „Arbeiter-Zeitung" hat über diese Sitzungen dieselben Berichte gebracht wie die bürgerlichen Blätter. Das war nicht gut, und ich habe mir, um einen zweiten Beweis für meine Behauptung zu geben, die Mühe genommen, das Material bezüglich der Unfallversicherungsanstalt zu sammeln und habe es der „Arbeiter-Zeitung" zur Verfügung gestellt. Bis heute ist aber nichts Anderes als

das nackte Communiqué der Anstalt veröffentlicht worden, ohne daß ein Wort der Kritik daran geknüpft worden wäre.

Auch die Frage der Hausindustrie bildet einen Gegenstand, mit welchem die „Arbeiter-Zeitung" sich sehr viel beschäftigen könnte, insbesondere jetzt, nachdem die Regierung sich der Sache bemächtigt hat und eine Reform herbeiführen will. Schließlich habe ich noch zu erklären, daß Gen. Feigl sich im Namen der Bezirksorganisation V meinen Ausführungen anschließt.

Gen. Ulrich (Bielitz): Ich habe den Auftrag, den Antrag 34, betreffend die Gründung eines polnischen Blattes für Ostgalizien, zu vertreten. Ich möchte den Parteitag ersuchen, den ersten Theil des Antrages: „Der Parteitag gibt die Zustimmung . . . den zugehörigen Bezirksorganisationen" anzunehmen und den zweiten Theil der Gesammtexekutive zuzuweisen. Die Nothwendigkeit der Gründung eines solchen Blattes ist vorhanden, nachdem heute ungefähr 10.000 polnische Bergarbeiter gezwungen sind, ein tschechisches Blatt zu lesen. Wir müssen aber auch ein Parteiblatt herausgeben, um die sechs klerikalen Blätter, die wir dort haben, wirksam bekämpfen zu können.

Gen. Barta (Wien) glaubt, daß keiner von den Delegirten etwas gegen den von ihm eingebrachten Antrag, betreffend die Herausgabe einer Broschüre über die Verhältnisse der gesammten Handelsangestellten, werde einzuwenden haben. Redner tritt für die Annahme des Antrages ein, daß die Parteivertretung zur Unterstützung der Anträge wegen Aufhebung des Zeitungsstempels und Freigabe der Kolportage in ganz Oesterreich eine Agitation einleite. Wir sollten endlich einmal ernstlich gegen die Knebelung der Presse Sturm laufen. Schließlich wendet er sich gegen den Antrag des Gen. Schelch. Hierauf wird die Debatte unterbrochen.

Bericht der Wahlkommission

zum IV. Punkt der Tagesordnung.

Gen. Feigl (V. Bez., Wien) als Berichterstatter: Wie alljährlich ist eine Wahlkommission aus verschiedenen Kronländern gewählt worden, und ebenso haben wie alljährlich die Wiener Delegirten eine Besprechung abgehalten, um die Vorschläge zu erstatten, welche Genossen in die Parteivertretung, beziehungsweise in die Kontrole gewählt werden sollen. Wir haben heuer 16 deutsche Mitglieder, und zwar 10 Wiener Genossen, 8 in den engeren Ausschuß und 2 in die Kontrole, und 6 Genossen von der Provinz zu wählen. Als Schlüssel zur Auftheilung dieser letzteren Mandate schlagen wir vor, zwei Genossen aus Deutschböhmen, zwei aus den Alpenländern und je einen aus Mähren und Schlesien zu wählen.

In den engeren Ausschuß werden seitens der Kommission vorgeschlagen die Gen. Adler, Ellenbogen, Pernerstorfer, Popp, Rieger, Schrammel, Schuhmeier und Skaret, in die Parteikontrole von Wien Wutschel und Schäfer, von der Provinz Schiller (Reichenberg), Seliger (Teplitz), Prähauser (Salzburg), Müller (Graz), Elderſch (Brünn) und Schmidt (Jägerndorf).

Wir haben alle Pro und Contra in der Wahlkommission erwogen und hoffen, daß Sie die vorgeschlagenen Genossen annehmen werden.

Die Kommission hat auch den Wunsch ausgesprochen, daß die Parteivertretung die Obmänner des sozialdemokratischen Verbandes zu allen Sitzungen einlade. Die Begründung ist eigentlich überflüssig. Da aber bei Punkt „Organisation" der Beschluß gefaßt wurde, daß Fraktionsmitglieder in die Parteikontrole nicht wählbar sind, haben wir es für nothwendig erachtet, diesen Vorschlag zu machen.

Gen. Schuhmeier erklärt, eine Wahl nicht anzunehmen.

Gen. Dr. Adler verlangt, daß sich die Kommission nochmals zu einer Berathung über die Vorschläge zurückziehen möge.

Die Sitzung wird hierauf um 6 Uhr 15 Minuten unterbrochen.

Nachtsitzung.

Beginn derselben um 8 Uhr 20 Minuten.

Vorsitzender Reichsrathsabgeordneter Gen. Zeller.

Gen. Jeziorsky (Steyr) klagt über die Rigorosität, mit der von Seite der Parteivertretung bei Neugründung von Blättern vorgegangen wird. Man sei über das Bedürfniß nach einem Blatt nicht immer informirt. Speziell unter den oberösterreichischen Bauern habe die „Arbeiter-Zeitung" keinen Eingang gefunden, und auch die sonst trefflich redigirte „Volkstribüne" hat den Erwartungen nicht entsprochen. Man fürchte immer die Konkurrenz der Provinzblätter, welche Furcht jedoch vollkommen überflüssig sei. Die „Wahrheit" setze allein 700 Exemplare bei den Bauern ab. Das Blatt ist lebensfähig, es hat 1000 Abonnenten und wirft einen Ueberschuß ab. Redner bittet daher, den Antrag 31 anzunehmen.

Die Parteivertretung verlegte sich zu viel auf's Handeln, und dem entspringe auch der Antrag, die „Arbeiterinnen-Zeitung", wenn sie nicht prosperirt, der Volksbuchhandlung zu übergeben. Die „Arbeiterinnen-Zeitung" möge ihre Schreibweise ändern, sie möge populärer werden und nicht ausschließlich Fabriksarbeiterinnen berücksichtigen.

Gen. Eldersch (Brünn) vertritt seinen Antrag. Die Bestimmung, daß über Beschluß einer Wahlkreiskonferenz ein Blatt gegründet werden kann, sei keine gute, denn dadurch würden zahlreiche Blätter geringer Qualität entstehen. Redner spricht sich auch dagegen aus, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" erscheine, denn auf diese Weise werde man dem Beschlusse, die Frauenbewegung zu fördern, nicht gerecht. Desgleichen bekämpft er den Referentenantrag, die „Arbeiterinnen-Zeitung" der Volksbuchhandlung zu übergeben. Er unterstützt ferner den Antrag der Teplitzer Organisation und macht auf die von den Parteiorganen der Provinzpresse gemachte Konkurrenz aufmerksam, die hintangehalten werden sollte.

Gen. Brod (Wien) begründet den von ihm eingebrachten Antrag und verweist diesbezüglich auf den Usus im „Vorwärts". Blutrünstige Illustrationen, wie eine solche während der Wahlbewegung vorgekommen sei, sollten unterbleiben. Er spricht ebenfalls gegen eine Uebergabe der „Arbeiterinnen-Zeitung" an die Volksbuchhandlung.

Der Vorsitzende theilt mit, daß die Wahlkommission ihre Berathung beendigt hat und daß er in Folge dessen den Punkt IV in Verhandlung nehmen wolle.

Fortsetzung des Punktes: Wahl der Parteivertretung.

Namens der Wahlkommission erklärt Gen. Feigl (V. Bezirk, Wien), daß die frühere Erklärung Schuhmeier's, eine Wahl in die Parteivertretung nicht anzunehmen, nur durch ein Mißverständniß hervorgerufen worden sei. Genosse Schuhmeier hat der Kommission erklärt, eine eventuell auf ihn fallende Wahl anzunehmen.

Redner macht namens der Kommission folgenden Wahlvorschlag:

Für den engeren Ausschuß: Dr. Adler, Dr. Ellenbogen, Pernerstorfer, Popp, Rieger, Schrammel, Schuhmeier, Skaret. Für die Kontrole, und zwar für Wien: Wutschel, Schäfer; für Deutschböhmen: Schiller Karl, Seliger; für die Alpenländer: Prähauser, Müller Aug.; für Mähren und Schlesien: Eldersch, Schmidt Hugo.

Zu diesen Vorschlägen nimmt das Wort Gen. Dr. Berstl (Wr.-Neustadt): Die Niederösterreicher haben ihren zwei Delegirten die Instruktion gegeben, für Chwala einzutreten, während die Kommission an dessen Stelle Rieger gesetzt hat. Ich hätte erwartet, daß der Referent dies auch begründen würde.

Es ist auch ein angebliches Mißverständniß bezüglich des Gen. Schuhmeier vorgefallen. Es ist im Interesse des Parteitages gelegen, daß da Aufklärung verbreitet wird. Wenn ich mir den Vorschlag der Kommission ansehe, finde ich die alten Leute wieder; es macht auf mich den Eindruck, als ob uns die Kommission empfehlen würde, daß fortgewurstelt werden soll. Es haben sich aber bei „Taktik" zirka zehn Genossen dahin bekannt, daß sie mit der bisher eingeschlagenen Taktik nicht einverstanden sind. Ich mache keinen Gegenvorschlag, aber ich erhebe

warnend meine Stimme, um Sie daran zu erinnern, wo es hinkommt, wenn einzelne Personen sich in ihre Stellen verkarsten und wenn Sie den natürlichen Erscheinungen, daß eine Organisation, die sich fortbewegen will, immer neue Kraft und neue Männer braucht, nicht Rechnung tragen.

Sie haben durch die vorgeschlagenen Personen jener Parteirichtung neue Nahrung gegeben, die durch das Referat des Dr. Adler markirt war und die sich auf der einen Seite äußert in einer Anlehnung an eine eventuell sich gründende katholische Arbeiterpartei, nach der anderen Richtung uns bemüssigt, in der Provinz, wenn wir den Beschluß des Parteitages befolgen wollen, in nationaler Beziehung unsere Genossen Jahre hindurch nach einer entgegengesetzten Richtung zu erziehen als bisher. (Zwischenruf: Pernerstorfer!) Es scheint wirklich Pernerstorfer die Brücke bilden zu sollen zwischen der bisherigen Taktik und der zukünftigen in nationaler Beziehung. (Widerspruch.) Sonst könnte ich mir nicht vorstellen, warum Gen. Pernerstorfer, dessen Verdienste ich nicht bestreite, der aber faktisch erst seit ein paar Wochen in der Partei steht, so rasch vorgeschlagen worden ist. Es ist nicht gut, wenn in einer Partei keine Opposition ist. Wenn keine Opposition da ist, verfault die Partei, jede Partei korrumpirt, wenn sie nicht kontrolirt wird. Deshalb werden Sie mir nicht verargen, wenn ich hier direkt sage, ich bin gegen den Vorschag; ich wäre dafür gewesen, wenn gewisse Genossen, die schon jahrelang in der Parteivertretung sitzen, die sich abgemüht haben um die Partei, und denen ich dafür dankbar bin, in Befolgung des demokratischen Prinzips gesagt hätten: „Bei uns soll Jeder einmal darankommen!" Solche Personen müssen müde werden, sie können die Partei nicht mehr so jugendfrisch, schlagfertig und tüchtig führen, wie es eine revolutionäre Partei verlangt. Wenn Sie glauben, daß neue Männer zu wählen sind (Rufe: Berstl!) — ich wohne ja nicht in Wien —, dann suchen Sie sich auch solche Personen aus, die in der Minorität sind, damit wir, wenn die Majorität Fehler macht, sagen können, es gibt auch eine Minorität in der Partei.

Gen. Feigl (Wien, V) erwidert, daß die Niederösterreicher in der Kommission nur ein Vorschlagsrecht haben und daß er seinem Auftrage, Chwala vorzuschlagen und für ihn zu stimmen, nachgekommen sei. Das Mißverständniß, welches Gen. Dr. Berstl aufgeklärt wissen will, war nur ein Mißverständniß zwischen Personen, und jeder Delegirte hat ja das Recht, sich persönlich an Schuhmeier um Auskunft zu wenden.

Durch den Antrag, den ich gestellt habe und der auch vom Parteitage angenommen wurde, daß die Kontrolore zu wechseln haben, ist auch für den Wechsel in der Parteivertretung Sorge getragen. Ich bitte daher um Annahme des Kommissionsvorschlages.

Vorsitzender: Die Kommission hat ihren Vorschlag gemacht. Das Wahlrecht bleibt Ihnen unbenommen, stimmen Sie, wie es Ihre Ueberzeugung ist.

Es werden hierauf drei Skrutatoren gewählt, und zwar die Gen. Dr. Berstl, Pongratz und Pelikan, worauf die Stimmzettel abgegeben werden.

Vorsitzender: Wir fahren fort in der Debatte über den Punkt „Parteipresse" (Fortsetzung).

Gen. Soukup (Prag): Vor sechs Monaten haben wir in Böhmen eine Monatsschrift, die „Akademie", gegründet. Die Gründung des Blattes fiel in die Zeit des größten Aufschwunges des nationalen Chauvinismus in Böhmen. Wir wollten dadurch manifestiren, daß das Proletariat aller Nationalitäten solidarisch ist. Ich bin durch Beschluß der ganzen Redaktion beauftragt, hier die Bitte vorzutragen, daß die „Akademie" als Parteiorgan anerkannt werde. Das Blatt bedarf keiner materiellen Unterstützung. Chefredakteur ist Gen. Tomaschek für den tschechischen und Gen. Pohl für den deutschen Theil. Ich bin überzeugt, daß das Blatt für die Partei nur von Nutzen sein wird.

Gen. Kristan (Laibach): Lange Zeit war bei uns die Presse das einzige Agitationsmittel. Sie wissen aber, wie schwierig diese Agitation ist, wenn die Presse mit solchen Hindernissen zu kämpfen hat wie der „Delavec", der in Wien erscheinen muß, weil sich in ganz Krain keine Druckerei fand, die den Druck des Blattes übernommen hätte. Wir treten daher für alle Anträge ein, welche geeignet sind, die Presse zu fördern, und müssen uns aus diesem Grunde dagegen aus-

sprechen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung“ als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung“ erscheinen soll. Dadurch würden beide Blätter verlieren, und zwar die letztere deshalb, weil dann die bisher wissenschaftliche und belletristische Literatur, die sich in dem Blatte findet, auch noch verloren ginge.

Was die Abschaffung jener gesetzlichen Bestimmungen, welche eine freie Entwicklung der Presse in Oesterreich hindern, betrifft, so wünschen wir, daß in dieser Beziehung eine Aktion eingeleitet werden möge, welche dieselben Dimensionen annehmen sollte, wie seinerzeit der Kampf um das Wahlrecht. Was die Anträge der Gen. Benecke und Grablovic betreffs des Organs „Luč“ anbelangt, so glaube ich, daß es zwar für den Wahlkreis Cilli sehr gut wäre, wenn dort ein Lokalorgan existiren würde, allein wir wissen nicht, ob dieses Blatt auch existenzfähig sein wird und wollen der Parteivertretung nicht zumuthen, daß sie sich in vage Experimente einlasse.

Die Kreisorganisation möge das Blatt herausgeben; wenn die Genossen das Blatt fundiren können, wird die moralische Unterstützung nicht ausbleiben. An dem Antrage des Gen. Kopač, daß die „Arbeiter-Zeitung“ wenigstens während der Reichrathssession ein Abendblatt herausgeben möge, weil sich viele Genossen veranlaßt sehen, die bourgeoisen Abendblätter zu kaufen, sind, glaube ich, nur die Wiener Genossen interessirt. Gegen die Gründung eines separaten Bauernorganes sprechen wir uns entschieden aus, weil wir nicht den Separatismus fördern wollen. Es mögen sich lieber jene Blätter, die auch in bäuerlichen Kreisen gelesen werden, mehr mit den Angelegenheiten des ländlichen Proletariats befassen und dabei den Bauern immer wieder sagen, daß sie Proletarier sind und nichts Anderes, und daß ihre Interessen, wenn sie durch die Sozialdemokratie vertreten werden sollen, identisch sein müssen mit den Interessen der industriellen Arbeiter.

Was die angeblich hohe Sprache der „Arbeiter-Zeitung“ anbelangt, so sieht es damit nicht so schrecklich aus. Wir haben aber im Gegentheil die Bemerkung gemacht, daß, wenn die Genossen etwas in dem Blatte nicht verstehen, dadurch ihr Wissensdurst angeregt wird und sie herumfragen und dadurch Anregung zu neuem Studium gewinnen. Es ist nicht möglich, ein Blatt, das auf der Höhe der Zeit steht, so populär zu schreiben, wie sich's viele Genossen vorstellen. Man muß trachten, den Gesichtskreis des lesenden Publikums zu erweitern. Wir sind daher gegen diesen rückschrittlichen Antrag, denn wir meinen, wir sollten Alles thun, um unsere Presse auf ein höheres Niveau zu stellen.

Gen. Köhler (Gablonz): Ich habe den Antrag gestellt, daß der Parteitag unser Blatt als Parteiorgan anerkennen möge. Wenn wir Kräfte haben wollten, die bei uns agitatorisch thätig sind, so war es für uns eine absolute Nothwendigkeit, den „Gebirgsboten“ zu gründen, denn wir haben es mit der korruptesten Presse zu thun, die es überhaupt gibt. Das Blatt hat bereits den Beweis erbracht, daß es auf sozialdemokratischer Grundlage steht, denn wir sind seit Oktober schon fünfmal konfiszirt worden. (Heiterkeit.)

Gen. Seliger (Teplitz): Es ist für die Parteipresse und insbesondere die Provinzpresse in dem Momente, wo unsere Abgeordneten ins Parlament eingezogen sind, eine neue Aufgabe erwachsen: Es muß in den weitesten Kreisen bekannt werden, welche Stellung die sozialdemokratischen Abgeordneten zu den verschiedenen politischen und wirthschaftlichen Fragen im Parlament einnehmen und welche Haltung insbesondere die anderen Parteien diesen Fragen gegenüber beobachten. Das kann sich aber nicht jeder Redakteur selbst machen. Eine Reihe von Provinzblättern haben zwar Wochenberichte über die Verhandlungen im Parlament gebracht, es waren dies aber nichts Anderes als die Berichte der „Arbeiter-Zeitung“. Es sind auch Berichte über Verhandlungen darunter gewesen, die schon drei Wochen vorher stattgefunden haben. Wir sind daher der Ansicht, daß es nothwendig ist, daß ein Preßbureau geschaffen werde.

Die Saazer Genossen wünschen ein Kopfblatt herauszugeben. Ich will nicht untersuchen, ob dies nothwendig ist oder nicht. Die Kreisvertretung hat sich jedoch im Prinzip mit ihrem Antrage einverstanden erklärt, sie wünscht aber, daß die Kreiskonferenz darüber entscheiden solle. Zwischen dieser und der Redaktion wird ja bald eine Verständigung hergestellt sein. Wenn Sie aber auch den Antrag der

Saazer Genossen annehmen, so ist damit nicht ausgesprochen, daß die Saazer auch ihr Kopfblatt bekommen. Ich bitte also, den Antrag abzulehnen.

Gen. Häcker (Krakau): Nach dem Wahlsiege speit die gegnerische Presse allen ihren Geifer gegen uns aus, und sie benützt dazu jeden Anlaß, insbesondere aber die parlamentarische Thätigkeit unserer Abgeordneten. Der „Naprzod" ist ein Wochenblatt, das den an das Blatt gestellten Anforderungen nicht mehr zu entsprechen vermag. Wir vermögen in jeder Nummer nicht alle die Anwürfe, die in der Zwischenzeit gegen uns erhoben worden sind, gehörig zurückzuweisen. Unsere Partei ist während und nach den Wahlen so gewachsen, daß sich das Bedürfniß geltend gemacht hat, ein polnisches täglich erscheinendes Blatt zu gründen. (Beifall.) Wir sind zu der Ansicht gelangt, daß wir den gegenwärtigen Moment ausnützen müssen, denn gerade jetzt hat das Blatt alle Aussicht zu prosperiren. Dieser Gedanke entspringt aber nicht vielleicht dem Nachahmungstriebe, er ist seit Langem ventilirt worden, und das Krakauer Parteikomité hat sich erst nach reiflicher Ueberlegung zu diesem Schritte entschlossen. Wir haben daher den Antrag gestellt, der Parteitag wolle die Nothwendigkeit der Gründung eines polnischen täglich erscheinenden Parteiorgans anerkennen, und er empfiehlt den Genossen aller Organisationen auf das Wärmste, die Krakauer Genossen in diesem Bestreben zu unterstützen. Dieser Antrag zielt dahin ab, daß, wenn wir unseren Antrag auf unserem nationalen Parteitage perfekt machen, uns auch die Genossen in den anderen Ländern unterstützen mögen. Die Frage der Gründung eines polnischen Parteiblattes in Schlesien halte ich heute für noch nicht spruchreif. Wir sehen noch nicht, daß ein solches Blatt prosperiren könnte. Eher wäre der Antrag 34 anzunehmen. Aber ein polnisches Parteiblatt mit dem Sitze in Teschen halten wir für unmöglich.

Die Genossen Kopač und Dr. Diamand verzichten auf das Wort.

Genossin Adelheid Popp (Wien): Ich weiß nicht, ob Gen. Hedorfer mit den Genossinnen in Simmering in Verbindung steht, aber ich weiß, daß sie entschieden dagegen protestiren würden, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" erscheint. Sie wollen, daß sie in ihrer bisherigen Form verbleibt. Das Gleiche gilt von dem Genossen aus dem XIV. Bezirk. Man hat die Genossinnen im XIV. Bezirk dadurch verwirrt gemacht, daß man nur von einer Steigerung des Defizits gesprochen hat, und sie wußten nicht, ob sie auch nur ein Wort dafür reden dürfen. Etwas Anderes ist, was Gen. Hoffenreich sagte, daß das Blatt zu trocken ist. Es ist gewiß ein Fehler, daß für die Ausgestaltung der „Arbeiterinnen-Zeitung" viel zu wenig geschieht, den die Redaktion am wenigsten verkennt, da sie am meisten darunter leidet. Wenn man für die Organisation keine Mittel verwendet, kann man natürlich für die Ausgestaltung des Blattes auch nichts thun: Eine Person — nur selten arbeiten mehrere daran — kann nicht so vielseitig sein, um nach allen Seiten den Wünschen Rechnung zu tragen. Ich bin aber überzeugt, die Genossen, welche den Inhalt der „Arbeiterinnen-Zeitung" bemängeln, haben sie am allerwenigsten gelesen. (Heiterkeit.) Man sagt, sie ist eine Wiedergabe der „Arbeiter-Zeitung". Das trifft in den seltensten Fällen zu und kann auch nicht sein, weil sie sonst den Arbeiterinnen so unverständlich wäre, wie es die „Arbeiter-Zeitung" in den meisten Fällen ist.

Ich bin von den Genossen der Provinz, den Delegirten von Jägerndorf, Wigstadtl, Bautsch und Hof beauftragt, zu erklären, daß die Genossinnen entschieden gegen eine Umwandlung des Blattes sind — dort hat das Blatt eine beträchtliche Abnahme —; sie wünschen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" selbstständig bleibt, und auch mit ihrem Inhalt sind sie einverstanden. Sie werden es mit Freuden begrüßen, wenn der Parteitag in seinem Beschlusse so weit geht, daß mehr Mittel gewährt werden als es bisher der Fall ist. Gen. Körbler hat darauf hingewiesen, daß die „Arbeiter-Zeitung" unter den Frauen mehr Anhang gewinnen könnte, wenn die „Arbeiterinnen-Zeitung" ihr als Sonntagsbeilage beigegeben wird, und daß mehr agitirt werden könnte, wie es bei den Christlich-Sozialen geschieht. Die Christlich-Sozialen agitiren aber auch mit einer Frauen-Zeitung, für welche seit der Wahlbewegung fortwährend eine Agitation entfaltet wird und zu deren Verbreitung man bei jeder Gelegenheit auffordert. Sie verkennen

nicht den Werth einer Zeitung, die sich direkt und ausschließlich an die Frauen wendet. Der Antrag der Organisation Wien, IX ist lediglich eine Wiener Frage, für die Provinz hat er keinen Werth. Wo 50, 100 und 200 Nummern der „Arbeiterinnen-Zeitung" hingehen, werden nicht die Arbeiter die „Arbeiter-Zeitung" kaufen können, um ihren Frauen die Sonntagsbeilage zur Verfügung zu stellen. Sie werden keines von beiden Blättern haben, weil sie für die 26 kr., welche die „Arbeiterinnen-Zeitung" vierteljährlich kostet, nicht die „Arbeiter-Zeitung" kaufen können.

Ein Genosse meinte, daß die Genossinnen in der Wäschebranche lieber das Fachblatt lesen. Ich bin darüber erfreut, aber im Allgemeinen ist es nicht der Fall. In der Textilbranche gibt es große Bezirke, wo man für die weiblichen Mitglieder der Organisation statt des Fachblattes die „Arbeiterinnen-Zeitung" eingeführt hat. (Gen. Krapka: Bei den Ziegelarbeitern auch!) Gewiß, nicht nur in der keramischen Branche, sondern in einer ganzen Reihe von Branchen. Gen. Blaschek fragte, was das für ein Publikum sein kann, unter welchem die „Arbeiterinnen-Zeitung" verbreitet wird. Das ist das weibliche Publikum, das ein anderes Blatt nicht hat.

Wie gesagt, sollten aber die Provinzgenossen die ersten sein, welche mit einer gewissen Berechtigung gegen unsere Zeitung auftreten könnten, weil ihre Blätter selbst einer größeren Verbreitung bedürfen. Viele Provinzgenossen, die zum Worte gekommen sind, traten für die „Arbeiterinnen-Zeitung" ein, weil sie ihren Werth für die Agitation unter den Arbeiterinnen kennen.

Mir ist es persönlich gleichgiltig, ob das Blatt der Volksbuchhandlung übergeben wird oder nicht. Es ist aber die Frage, ob es nicht möglich ist, die „Arbeiterinnen-Zeitung" auch in Wien mehr zu verbreiten. In die Provinz gehen über 2000 Exemplare, in Wien werden aber nur einige hundert abgesetzt. Die Genossinnen haben keine Delegirten. Wenn aber die Genossinnen, welche Erfahrungen haben, reden würden, könnten sie Ihnen sagen, warum für die „Arbeiterinnen-Zeitung" so wenig agitirt wird: die Genossen sagen nämlich, daß sie bald eingestellt wird. Wenn das Blatt in seiner heutigen Form bleiben wird, wird der nächste Parteitag nicht über ein Defizit bestimmen müssen, denn Sie haben heute gehört, daß die Auflage um 500 Exemplare gestiegen ist. (Beifall.)

Gen. Job (Prag) bespricht die Gründung des tschechischen Tagblattes. Gegen die Angriffe der vereinigten tschechischen Klerikalen und Alttschechen, die sich bereits während der Wahlbewegung, noch mehr aber nach dem Sturm, den die tschechische Bourgeoisie in Folge der Erklärung der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten erregte, erhoben, haben sich die Blätter, die wir bisher besitzen, als ungenügend erwiesen. Wir haben bisher fl. 8500 gesammelt, ich muß den deutschen Genossen für die bisherige Unterstützung danken und zugleich die Partei ersuchen, die tschechischen Genossen auch in Zukunft zu unterstützen.

Vorsitzender: Hiemit ist die Rednerliste erschöpft, und es folgt eine Reihe thatsächlicher Berichtigungen.

Gen. Benecke (Cilli) ist gegen eine Ueberweisung seines Antrages an das südslavische Exekutivkomité, da dieses selbst vorläufig noch von der Zentrale unterstützt werden muß.

Gen. Behr (Saaz) berichtigt gegenüber Gen. Seliger, daß kein Antrag von der Saazer Bezirksorganisation eingebracht wurde.

Gen. Schustaczek (Wien, XIV) bezeichnet es als unrichtig, daß er im XIV. Bezirke gegen die Frauenzeitung gesprochen hätte.

Gen. Ulrich (Bielitz) erklärt gegenüber den Ausführungen des Genossen Häcker, daß, wenn ein polnisches Tagblatt gegründet würde, die polnischen Arbeiter in Ostschlesien, deren Zahl 25.000 beträgt, nicht in der Lage wären, sich dasselbe zu kaufen.

Gen. Seliger (Teplitz) berichtigt gegenüber dem Gen. Behr, daß von der Saazer Bezirksorganisation thatsächlich ein Antrag bezüglich des Kopfblattes eingebracht wurde und daß sich die Parteivertretung mit demselben einverstanden erklärt habe.

Referent Gen. Popp (Schlußwort): Ich habe mich gewundert, daß die Angriffe auf die „Arbeiter-Zeitung" nicht in dem Maße stattfanden, wie ich er-

wartet hatte. Es hat hauptsächlich Gen. Widholz der „Arbeiter-Zeitung" den Vorwurf gemacht, daß sie sich zu wenig der Sozialpolitik widme, und daß die bürgerlichen Blätter im sozialpolitischen Theil sich mehr mit Arbeiterschutz befassen wie die „Arbeiter-Zeitung". Ich gebe zu, daß sie quantitativ nicht so viel bringt wie die bürgerlichen Blätter, qualitativ aber wohl mehr. Ich glaube sogar, daß die „Arbeiter-Zeitung" manchmal — nicht immer — den sozialpolitischen Theil auf Kosten der übrigen Theile zu weitgehend behandelt.

Ein Genosse wünscht, es mögen Mittel gefunden werden, daß nicht so viel Exemplare des Blattes zurückkommen, man soll einfach nicht mehr drucken als man absetzen könne. Da wir für die lokalen Verhältnisse allein für mehr als 1000 Verschleiße Blätter auflegen müssen, ist es nicht viel, wenn 15 bis 18 Perzent von diesen Blättern zurückkommen. Von der Gesammtauflage kommen selten 15 Perzent retour. Allerdings ist das ein Verhältniß, welches, da wir nur mit wenig Mitteln arbeiten, für das Blatt sehr viel bedeutet. Denn jedes Blatt, das zurückkommt, bringt den Verlust des Zeitungsstempels und die Herstellungskosten, zusammen von 2·8 kr., mit sich. Speziell die Wiener Genossen werden wissen, daß in den Trafiken zu wenig Blätter aufgelegt werden. Dem wäre nur abzuhelfen, wenn wir die freie Kolportage hätten, wie es in modernen Staaten ist. So weit sind wir aber noch nicht und müssen uns mit Dem begnügen, was wir erkämpft haben. Es muß Sache speziell der Wiener Genossen sein, zu trachten, daß wir mehr regelmäßige Abnehmer finden; nur dadurch ist zu vermeiden, daß wir in's Ungewisse drucken lassen müssen.

Gen. Dobiasch versteht es nicht, wieso die „Arbeiterinnen-Zeitung", ein Blatt mit 3000 Auflage, ein Defizit haben könne. Es beruht dies, abgesehen von dem niederen Preise, darauf, daß das Porto bei Abonnements für die Provinz — und ich wiederhole es, daß es die Schuld der Wiener Genossen ist, daß das Blatt in Wien nicht mehr Absatz hat — nicht aufgerechnet wird. Das Blatt kostet nicht, wie andere 14tägig erscheinende Blätter à 4 kr., im vierteljährlichen Abonnement für die Provinz 30 kr., sondern nur 26 kr. Diese 4 kr. würden genügen, um das Defizit zu decken. Einen eingebürgerten Preis aber umzuändern, ist sehr mißlich.

Der Referent vertheidigt hierauf gegenüber dem Gen. Schiller, der folgenden Antrag gestellt hat:

> „Bei Punkt ‚Parteipresse' sind die Worte: ‚haben so lange' bis ‚anerkannt werden' zu streichen und an deren Stelle zu setzen: ‚sind nicht zu abonniren und haben sämmtliche Parteiblätter dagegen Stellung zu nehmen,"

seinen eigenen Antrag zum Punkt „Parteipresse". Wenn die Kreiskonferenz ein Blatt anerkennt, ist die Anerkennung des Parteitages nicht mehr nothwendig. Gen. Čech meint, daß dieser Antrag zu wenig weitgehend sei und man der Blättergründung nur dann einen Riegel vorschieben kann, wenn nur über Beschluß des Parteitages ein Blatt gegründet werden soll. Wenn sich die Genossen eines Bezirkes zur Herausgabe eines Blattes aber stark genug fühlen werden, werden sie das Blatt herausgeben, ohne den Parteitag zu fragen, und werden dann so oft an den Parteitag herantreten, bis dieser das Blatt anerkennt. Er wird ja, wenn das Blatt prosperirt, seine Anerkennung nicht versagen. Der Antrag des Genossen Schiller ist zu weitgehend und würde nicht eingehalten werden. Wenn die Genossen etwas auf Disziplin halten, sagt mein Antrag genug.

Ich empfehle daher die Ablehnung des Antrages Schiller.

Vorsitzender: Ich werde nunmehr gleich zur

Abstimmung zum Punkt „Presse"

schreiten. Der Antrag des Referenten zu Punkt VII des Organisationsstatuts, „Parteipresse", wird hierauf gegen sechs Stimmen angenommen; es entfallen somit die diesbezüglichen Anträge.

Referent Gen. Popp: Bezüglich des Antrages Brod meine ich, daß ein solcher Beschluß nicht strikte gefaßt werden kann. Ich glaube, es sollte blos ein derartiger Wunsch gegenüber der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung" ausgesprochen werden, daß Fremdwörter auf's Nothwendigste zu beschränken und vorkommenden

Falles in Anmerkungen zu übersetzen sind. Auf eine volksthümlichere Schreibweise wird man sich wohl nicht einlassen können.

Der Vorschlag des Referenten wird mit 30 gegen 21 Stimmen angenommen.

Der Antrag des Gen. Kopač:

„In Anbetracht dessen, daß sich insbesondere während der Reichsrathssession häufig wichtige Ereignisse abspielen, deren Besprechung im Morgenblatte durch die bourgeoisen Abendblätter überholt werden und sich daher die Arbeiter meist veranlaßt sehen, solche ihnen feindselige Blätter zu kaufen, wird beantragt, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht thunlich erscheint, wenigstens zur Zeit der Reichrathssession ein Abendblatt der „Arbeiter-Zeitung" herauszugeben,"

wird angenommen.

Weiters wird der Antrag Popp:

„In Anbetracht dessen, daß die „Arbeiter-Zeitung" in der Provinz noch nicht so große Verbreitung gefunden hat wie es der Stärke der Partei entspricht, werden die Parteiblätter der Provinz beauftragt, die „Arbeiter-Zeitung" von Zeit zu Zeit anzukündigen und anzuempfehlen,"

gegen zwei Stimmen angenommen.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung" betreffend, liegen folgende Anträge vor:

Antrag der Preßkommission:

„Entgegen dem Antrage der Bezirksorganisation IX auf Sistirung der „Arbeiterinnen-Zeitung" als selbstständiges Organ und Erscheinen derselben als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung", beantragt die Preßkommission: die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat so wie bisher zu erscheinen, mit der Bedingung, daß die Grundlage derselben erweitert wird.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung" soll in Zukunft nicht blos die Interessen der Arbeiterin, insoweit sie in Fabriken und Werkstätten arbeitet, vertreten, sie soll auch die Interessen derselben vertreten, insoweit sie einer häuslichen Beschäftigung obliegt und insoweit sie auch nur die Frau eines Arbeiters ist. Der „Arbeiterinnen-Zeitung" ist durch den Parteitag selbst die kräftigste Unterstützung zuzusichern."

Antrag des Referenten:

„Die Arbeiterinnen-Zeitung" wird der Volksbuchhandlung unter der Bedingung übergeben, daß dieselbe das vorhandene Defizit an die Partei herausbezahlt."

Antrag Körbler, XVI. Bez., Wien:

„Mit Rücksicht darauf, daß es seit dem sechsjährigen Bestehen der „Arbeiterinnen-Zeitung" bis jetzt nicht gelungen ist, das Defizit verschwinden zu machen, andererseits aber auch die Agitation für die Frauenorganisation in wirksamerer Weise betrieben werden soll als dies bisher geschah, beschließt der Parteitag, die „Arbeiterinnen-Zeitung" sei aufzulassen und an deren Stelle statt der Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" und im Umfange derselben die „Arbeiterinnen-Zeitung" erscheinen zu lassen."

Antrag Bezirksorganisation X, Wien:

„Nachdem das Defizit der „Arbeiterinnen-Zeitung" fortwährend steigt und eine Besserung in absehbarer Zeit nicht eintreten wird, beschließt der Parteitag: die „Arbeiterinnen-Zeitung" ist aufzulassen."

und der Antrag Schustaczek.

Die Anträge auf Einstellung des Erscheinens der „Arbeiterinnen-Zeitung" werden abgelehnt. (Beifall.)

Der Antrag des Referenten, die „Arbeiterinnen-Zeitung" der Volksbuchhandlung zu übergeben, wird gleichfalls abgelehnt und der Antrag der Preßkommission angenommen.

Weiters liegt vor ein Antrag Haecker, Kurowsky:

„Der Parteitag anerkennt die Nothwendigkeit der Gründung eines polnischen täglichen Parteiorgans, und empfiehlt den Genossen aller Organisationen auf das Wärmste, die Krakauer Genossen in dieser Bestrebung zu unterstützen,"

und vom Referenten eine

Resolution:

„Der Parteitag begrüßt es mit Genugthuung, daß die tschechische und die polnische Organisation stark genug geworden sind, um die Gründung von Tagblättern in Prag und Krakau nöthig zu machen. Der Parteitag fordert die Genossen aller Zungen auf, eifrig daran zu gehen, die Mittel aufbringen zu helfen, insbesondere für das Prager Blatt, das schon in Bälde erscheinen soll."

Diese Resolution wird gegen fünf Stimmen anstatt des Antrages Haecker angenommen.

Antrag Soukup-Feigl:

„Akademie", orgán socialistické mládeže („Akademie", Organ der sozialistischen Jugend) in Prag ist als Parteiorgan anzuerkennen,"

wird gegen drei Stimmen angenommen.

Ich empfehle weiters zur Annahme den

Antrag Dobiasch:

„Der Parteitag anerkennt die in Aussig erscheinenden Blätter „Volksrecht" und „Neues Volksrecht" als Parteiorgane."

Wird einstimmig angenommen.

Der Antrag der Kreisorganisation Bukowina auf Anerkennung der „Volkspresse" als Parteiorgan wird einstimmig angenommen.

Der Antrag derselben Organisation auf Unterstützung von ruthenischen und rumänischen Parteiblättern in der Bukowina wird der Gesammtexekutive zugewiesen.

Der Antrag, betreffend die Unterstützung von Parteiblättern in ruthenischer und in rumänischer Sprache in der Bukowina wird gleichfalls der Gesammtexekutive zugewiesen.

An Stelle des Antrages des Gen. Benecke:

„Beantrage, das slovenische Blatt „Luč", das heißt Licht, welches während der Wahl zweimal herausgegeben wurde und für den IV. steiermärkischen Wahlkreis eine unbedingte Nothwendigkeit ist, als Parteiblatt anzuerkennen und mit einer einmaligen Unterstützung von fl. 50 zu unterstützen,"

wird der

Antrag Grablovic:

„Ich stelle den Antrag, daß der Vorschlag des Gen. Benecke, betreffend die Anerkennung des Blattes „Luč" als Parteiorgan und dessen Subventionirung, ohneweiters an die südslavische Parteiexekutive gewiesen wird,"

angenommen.

Auch der Antrag Köhler, „Der Gebirgsbote" wird als Parteiblatt anerkannt," wird angenommen.

Der Antrag 30 der Bezirksorganisation Leoben wird abgelehnt.

Der Antrag 31 wird einstimmig angenommen.

Die Abstimmung über den Antrag 32 entfällt, nachdem der „Graslitzer Volksbote" heute kein selbstständiges Blatt, sondern ein Kopfblatt ist.

Der Antrag 33 wird mit der Hinweglassung des Wortes nicht, aber in der Fassung:

„Die Gründung von Kopfblättern unterliegt der Genehmigung durch die Wahlkreiskonferenz,"

gegen vier Stimmen angenommen.

Der Antrag 34 wird der Gesammtexekutive zugewiesen.

Die Abstimmung über die Anträge 35 und 37 entfällt.

Der Antrag 36 wird angenommen.

Der Antrag 38, der von der Errichtung eines Preßbureaus handelt, wird mit 28 gegen 10 Stimmen an die Gesammtexekutive gewiesen.

Der Antrag 39 ist erledigt.

Die Anträge 40 und 41 werden abgelehnt, letzterer gegen zwei Stimmen.

Der Antrag des Gen. Feigl:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, eine volksthümliche Broschüre herauszugeben, in welcher die Nationalitätenfrage überhaupt und speziell die in Oesterreich behandelt wird,"

wird angenommen.

Der Antrag des Gen. Bartel:

„Ich beantrage, daß die Parteivertretung beauftragt wird, ehestens eine den österreichischen Verhältnissen angepaßte Broschüre über die christlich-soziale Bewegung und den Antisemitismus herauszugeben,"

wird durch den Antrag Müller, welcher in zwei Theilen zur Abstimmung gelangte, und dessen erster Theil mit dem Inhalte:

„Beantrage, es sei in populärer Schreibweise eine auch den Bauern verständliche Broschüre in mehreren Sprachen zu verfassen, in welcher die Stellung der Sozialdemokratie, sowie der Christlich-Sozialen dargestellt wird,"

angenommen wird, erledigt.

Der zweite Theil des Antrages Müller, welcher folgenden Wortlaut hat:

„. . . und die unentgeltlich massenhaft zur Vertheilung kommen soll. Die Kosten werden perzentuirt auf die Kronländer vertheilt,"

wird abgelehnt.

Antrag Barta, Wien:

„Beantrage, daß die Parteivertretung eine billige, wenn möglich unentgeltliche Broschüre herausgeben soll, welche sich mit den Verhältnissen der gesammten Handelsarbeiter befassen und zugleich in unserem Sinne belehrend und aufklärend wirken soll,"

wird mit Hinweglassung der Worte: „wenn möglich unentgeltliche" angenommen.

Der Antrag Winarsky:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, für die Herausgabe von sozialistischer Kinderliteratur, eventuell einer in regelmäßigen Perioden erscheinenden Jugendschrift zu sorgen,"

wird der Parteivertretung zugewiesen.

Der Antrag des Gen. Schelch:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, bei Herausgabe von Broschüren zu trachten, daß dieselben in gleichgroßem Format herausgegeben werden, um den Einband mehrerer zusammen zu ermöglichen,"

wird angenommen.

Referent Gen. Popp: Wir gelangen nun zum

Antrag der Bezirksorganisation XVIII, Wien:

„In Erwägung des Umstandes, daß durch die Schließung des Parlaments über den heurigen Sommer auf politischem Gebiete Ruhe zu erwarten ist und die Gesammtpartei kaum Gelegenheit finden wird, zu einer aktuellen politischen Tagesfrage Stellung zu nehmen, die Zeit aber dennoch nicht ungenützt verstreichen soll, beantragen die Gefertigten, es sei von der Gesammtreichspartei eine gemeinsame Aktion für die Aufhebung des Zeitungsstempels und für die Freigebung der Kolportage einzuleiten. Am besten wird sich hiefür die Veranstaltung einer Massenkundgebung in allen Theilen des Reiches zu ein und derselben Stunde eignen, in der gemeinsame Resolutionen vorgelegt werden sollen, die dem sozialdemokratischen Verbande im Parlament den nöthigen Rückhalt zur rücksichtslosen Erkämpfung der Preßfreiheit geben sollen."

Da dieser vom Genossen Steinböck eingebrachte Antrag unklar gefaßt ist, hat er denselben in seinem ersten Absatze umgeändert und lautet derselbe nunmehr folgendermaßen:

„Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden aufgefordert, wenn das Parlament eröffnet wird, sofort einen Antrag auf Aufhebung des Zeitungsstempels und für die Freigebung der Kolportage einzubringen."

Hieran würde sich der zweite Theil schließen:

„Bei Behandlung dieser Anträge im Parlament sollen zur Unterstützung derselben Massenkundgebungen in allen Theilen des Reiches zu ein und derselben Stunde veranstaltet werden, in denen gemeinsame Resolutionen vorgelegt werden, die dem sozialdemokratischen Verbande im Parlament den nöthigen Rückhalt zur rücksichtslosen Erkämpfung der Preßfreiheit geben sollen."

Ich glaube, der Parteitag sollte nur ganz kurz beschließen:

„Bei Einbringung dieser Anträge im Parlament soll die Parteivertretung oder die Exekutive eine Agitation einleiten, daß im ganzen Reiche zu Gunsten der Preßfreiheit und der Anträge der Abgeordneten Demonstrationen veranstaltet werden."

Ich meine, dieser Antrag würde so ziemlich der Sachlage entsprechen.

Angenommen wird der umgearbeitete erste Theil des Antrages der Bezirksorganisation XVIII und die vom Referenten als zweiter Theil gegebene Fassung.

Referent Gen. Popp: Nun haben wir noch einige beim Punkt „Parlamentarische Thätigkeit" zurückgestellte Anträge zu erledigen. Zunächst ist der Antrag 12 der Bezirksorganisation XI, Wien. Ich empfehle Ihnen diesen Antrag abzulehnen, und zwar aus folgenden Gründen: Wenn irgend etwas Wichtiges im Parlament vorgeht, eine wichtige Berathung oder dergleichen, wird man nicht bis zum Schluß der Session warten, sondern gleich eine Broschüre herausgeben (Zustimmung), welche zur Agitation verwendet werden kann. Ich erinnere zum Beispiel an die Eisenbahnerbroschüre. Ist aber nichts Wichtiges vorgefallen, genügt die Lektüre der „Arbeiter-Zeitung".

Der Antrag 12 wird abgelehnt.

Im Antrage 13 der Bezirksorganisation Wien XI:

„Die Parteileitung wird beauftragt, nach jeder zur Agitation zweckdienlichen Debatte im österreichischen Parlament Broschüren im eigenen Verlag herauszugeben,"

werden die Worte „im eigenen Verlage" gestrichen und der Antrag im Uebrigen angenommen.

Der Antrag Scotti:

„„Il Lavoratore" in Triest und „L'Avvenire del lavoratore" in Rovereto sind als Parteiorgane anzuerkennen,"

wird ebenfalls angenommen.

Es liegt noch ein Antrag vor, der von 29 Redakteuren in und außer Dienst unterschrieben ist, welcher dahin geht, die sozialdemokratischen Redakteure seien zu beauftragen, einen Fachverein zur Wahrung ihrer Interessen und Abwehr der Bedrängung seitens der Parteigenossen zu gründen. (Heiterkeit.) Dieser Antrag sollte zum Punkt „Organisation" eingebracht werden; nachdem dies nicht geschehen ist, entfällt er.

Ferner ist noch ein Antrag vom Punkt „Organisation" zurückgeblieben, betreffend die Herausgabe einer Broschüre in italienischer und kroatischer Sprache. Ich bitte diesen Antrag anzunehmen. Wird angenommen.

Vorsitzender Reichsrathsabgeordneter Gen. Zeller: Hiemit ist der Punkt „Presse" erledigt, und ich bitte nun Gen. Pelikan, den Bericht über das

Skrutinium zum Punkt „Wahl der Parteivertretung"

zu erstatten.

Gen. Pelikan: Das Skrutinium ergab folgendes Resultat: Abgegeben wurden 68 Stimmzettel. Zwei Stimmzettel waren leer, die absolute Majorität beträgt demnach 34. Auf einem Stimmzettel stand: „Mit Allem einverstanden, statt Chwala Rieger." Diesen Stimmzettel hat die Kommission als giltig anerkannt und die Stimme, wie es der Genosse gewünscht hat, gezählt.

Es erhielten:

Für den engeren Ausschuß: die Genossen Skaret 65, Doktor Adler 61, Dr. Ellenbogen 58, Schrammel 57, Schuhmeier 56, Popp 54, Rieger 50 und Pernerstorfer 48 Stimmen.

Zersplitterte Stimmen entfielen auf Gen. Chwala 18, Feigl 9, Dr. Berstl 7, Pelikan 6, Schäfer 6, Widholz, Resel und Bretschneider je 4, Wutschel, Beer und Tomschik je 2, David, Dr. Čech, Nitsche, Preußler, Neumann und Winarsky je eine Stimme.

Für die Kontrole erhielten die Genossen Wutschel 63, Schäfer 58, Prähauser 65, Schmidt 64, Eldersch 63, Schiller 61, Seliger 58 und Müller 56 Stimmen.

Zersplitterte Stimmen entfielen auf die Genossen Zeller 5, Beer, Pongratz, Rieger und Resel je 3, Chwala, Dobiasch, Feigl und Nitsche je 2, Dr. Berstl, Bruch, Dr. Čech, Grünwald, Kiesewetter, Pelikan, Pernerstorfer und Schrammel je eine Stimme.

Das Komité stellt den Antrag, das Stimmenverhältniß ins Protokoll aufzunehmen.

Vorsitzender Gen. Zeller: Diesem Wunsche wird entsprochen werden. Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

Schluß der Sitzung um halb 11 Uhr Nachts.

Siebenter Verhandlungstag am 12. Juni 1897.

Vormittagssitzung. Beginn 9 Uhr.

Vorsitzender Reichsrathsabgeordneter Gen. Zeller eröffnet die Sitzung und schreitet zum VII. Punkt der Tagesordnung:

Konsumgenossenschaften und Produktivassoziationen.

Gen. Schuhmeier als Referent führt aus: Die beste Schule für jeden Menschen ist das Leben. Von diesem Grundsatze ausgehend, will ich an jene beiden Fragen herantreten, die mir zur Besprechung überwiesen wurden. Ich habe dabei nicht nothwendig, die Geschichte der Konsumvereine und Produktivassoziationen zum Besten zu geben, ich bin durch meinen Grundsatz der Aufgabe enthoben, ihnen das zu erzählen, was in vielen Werken über das Kapitel Konsumvereine und Produktivassoziationen schon geschrieben wurde. Eines jedoch sei jetzt schon ausdrücklich bemerkt: Weder die Gründung von Konsumvereinen noch die von Produktivassoziationen ist etwas spezifisch Sozialdemokratisches, dies wissen auch jene Genossen, die sich mit Verve für die Kreirung solcher Genossenschaften aussprechen. Es soll Alles nur ein Mittel zum edlen Zweck sein, behaupten sie. Aber auch hier bewahrheitet sich der Satz: „Grau, Freund, ist jede Theorie". Gehen wir einmal daran, die Gründe zu beleuchten, welche die Freunde der Produktivgenossenschaften ins Treffen führen. Es wird durch die Produktivassoziationen möglich — behaupten sie — daß man gemaßregelte Genossen auch fernerhin der Bewegung erhalten kann und dann andere administrative Kräfte für die Partei erziehe. Und was die Hauptsache ist, durch die Produktivassoziationen könne die Partei eine Einnahme erzielen. Wenn nun schon die Partei auch nicht auf jene Zuschüsse, die von den Produktivassoziationen kommen, warten kann, aber gleich hier mit den „Haben-selbst-nichts" rechnen müßte, und auch gegenwärtig schon die auf diese Art erzogenen administrativen Kräfte auf sich warten lassen, so ist auch noch, zum Trost für diesen Entgang, die erste Behauptung unrichtig. Die bei uns bestehenden Produktivassoziationen sind nämlich auch nichts anderes als kleingewerbliche Betriebe. Für sie gelten dieselben grundlegenden Geschäftsprinzipien wie für das Kleingewerbe. Das Hainfelder Programm mit seinen Forderungen kann gewiß nicht als Geschäftsprogramm genommen werden, es kommt erst in letzter Linie. Die Produktivgenossenschaft muß ebenfalls an allen Ecken und Enden sparen und kann daher nur so viele Arbeiter oder gemaßregelte Genossen einstellen, als sie momentan benöthigt. Sie kann ebensowenig als der Kleingewerbetreibende den Arbeiter für eine Zeit bezahlen, in der er nicht für die Produktivassoziation Mehrwerth schafft. Zahlt sie besser, hat sie selbst einen ungemein schweren Stand, da schon schwer das nothwendige Kapital einkommt, um den Anforderungen — wenn sie auch da sind — entsprechen zu können.

Wir haben in Oesterreich auf den verschiedenen Gebieten der Produktion sehr viele Assoziationen. Am besten von allen dürften sich die der Schuhmacher, die der Hutmacher und die der Bäcker stehen. Wenn wir aber auch noch um hundert solcher Genossenschaftsbetriebe mehr zu verzeichnen hätten, wären wir der Lösung der sozialen Frage um keinen Schritt näher gekommen. Im Gegen

theil. Wenn unsere bisherigen Ausführungen vom Verfall des Kleingewerbes richtig sind, hätten wir hundert Sprünge nach rückwärts gethan. Die Emanzipation der Arbeiter geht um so rascher vor sich, als der Großbetrieb die Welt erobert. Die Fabrik wird zum Versammlungslokal der Proletarier, zum Agitationsherd für die sozialistische Idee. Wir selbst sollten angesichts dieser Thatsache von Parteiwegen den Kleinbetrieb in eigener Regie fördern? Nein. Das darf die Partei nicht thun und ein prinzipiell gebildeter Sozialdemokrat, der weiß, welchem Ziele die Sozialdemokratie zusteuert, wird diese Selbstverleugnung auch nicht verlangen. Ja, könnte man nun sagen, da entwickeln wir uns halt auch zum Großbetrieb. Es gibt ja so viele Fabrikanten, die barfuß nach Wien kamen und heute reiche Männer sind. Darauf ist zu erwidern: sie wurden reich durch die unverantwortliche Ausbeutung ihrer Arbeiter, dies darf aber eine Produktivassoziation nicht thun, denn sonst wird sie zur drückenden Aktiengesellschaft. Wuchert nun eine Produktivassoziation, haben weder die bei ihr beschäftigten Arbeiter, noch weniger aber hat die Gesammtheit etwas davon. Thut sie es nicht, wie will sie, inmitten der modernen Produktionsweise, die auf der Ausbeutung Vieler durch den Einzelnen beruht, bestehen? Würde sich aber die Partei als solche dazu entschließen, die Gründung von Produktivassoziationen auf das Wärmste zu empfehlen, so verknüpft sie sich mit dem Schicksal dieser Betriebe und hat einen Theil der Verantwortlichkeit mit auf sich geladen. Jeder Zusammenbruch einer solchen Genossenschaft würde dazu mißbraucht werden, um die Undurchführbarkeit unserer Idee nachzuweisen, was natürlich nicht richtig ist, denn auch heute gehen tausende Unternehmungen zu Grunde, ohne daß indirekt unsere Prinzipien leiden. Steht ein solches Unternehmen vor dem Krach, hätte es ein gutes Recht zu sagen: „Die Partei hat uns die Gründung der Assoziation empfohlen. Genossen, springt uns bei, thut Eure Pflicht."

Es kann also selbst nach den kurzen Andeutungen schon, wie ich glaube, gesagt werden: die Partei als solche hat mit der Gründung von Produktivassoziationen nichts gemein, weil die Arbeiter auf diesem Wege nicht zur Befreiung vom Joche des Kapitals gelangen. Wir müssen vielmehr uns weiterhin als Klasse organisiren, dem Unternehmerthum jetzt schon abzuringen versuchen, was möglich ist, um so gekräftigt weiterkämpfen zu können um die politische Macht, mit der wir auch unsere wirthschaftlichen Interessen erobern können. Unser Ziel ist die Ueberführung der Produktionsmittel aus dem Besitze Einzelner in den Besitz der Gesammtheit. Der Klassenkampf ist's, den wir führen, und in diesem Kampfe dürfen wir nicht zwischen uns und der Gesellschaft eine Wand errichten, die uns den Ausblick verstellt.

Ich komme nun zu den Konsumvereinen. Dieselben beschäftigten schon im Vorjahre den Parteitag in Prag in weit höherem Maße als die Produktivassoziationen. Eines ist jedoch auffallend: Vorsicht war damals, wie heute, die Mutter der Weisheit. Nur ein Antrag verlangte bedingungslos die Errichtung von Konsumvereinen. Der Antrag Dittrich (Wien, VII) und Holly (Wien, XIV) sagt, daß „im Konsum der Arbeiterklasse bei entsprechender Organisation derselben ein nicht zu unterschätzendes, bisher fast ganz unbenützt gelassenes Kampfmittel des Proletariats ruht", und sollte daher schon der Prager Parteitag „es für nothwendig" erklären, daß die Parteigenossen auf diesem Gebiete thatkräftig eingreifen. Gen. Dittrich ist seiner Ansicht treu geblieben, er hat heute eine Resolution vorgelegt, die sich von der im Vorjahre nur darin unterscheidet, daß die Einsetzung einer Kommission verlangt wird, und daß wir übers Jahr über diese Frage wieder reden sollen. Ich sage, das geht nicht, die Frage muß heute entschieden werden, damit die Genossen wissen, wie der Parteitag darüber denkt.

Haben nun schon im Vorjahre die Parteigenossen zur größten Vorsicht gemahnt, so ist dies auch heuer der Fall; die Genossen wünschen, daß in der Sache etwas gemacht werde, aber sie wünschen nicht, daß sich die Partei dabei engagire. Was von den Produktivassoziationen gilt, gilt in erhöhtem Maße von Konsumvereinen.

Was in den Konsumvereinen geboten wird, ist erstens nicht immer die allerbeste Waare und zweitens werden die Waaren ebenso zum Tagespreise verkauft, wie bei den Geschäftsleuten. Wenn uns gesagt wird, daß bei den Konsumvereinen

die gemaßregelten Genossen werden unterkommen können und daß hier alle Forderungen, welche die Sozialdemokraten an ein Geschäftsunternehmen stellen, erfüllt werden, so brauchen wir uns nur die heute bestehenden Konsumvereine anzusehen und wir werden uns sagen müssen, auch der Konsumverein ist nichts anderes als ein gewöhnliches Geschäft, welches auch nur das Geschäftsprinzip, aber nicht die Prinzipien der Sozialdemokratie als Grundlage nehmen kann. Auch dort hört man die Arbeiter klagen. Man könnte auch nicht sagen: Parteigenossen, unterstützet die Konsumvereine, weil Ihr der Partei dadurch eine Einnahmsquelle schafft; denn die Konsumvereine werden nicht in die Lage kommen, an die Partei Geld abzuführen. Die Arbeiter werden in besser situirte und schlechter situirte getheilt; der besser situirte kann im Konsumverein einkaufen, der schlechter situirte wird aber nach wie vor zum Greisler gehen, wo er auf Puff bekommt. Darauf kann sich aber der Konsumverein nicht einlassen, sonst würde ihm sein Lebenslichtlein bald erlöschen.

Wenn auf Belgien hingewiesen wird, wo Geld an die Partei abgeliefert wird, so sagt schon Kautsky in seiner Broschüre, daß in Belgien alle Jene, die Mitglieder von Arbeiterkonsumvereinen werden, das Programm der Arbeiterpartei anerkennen. In Oesterreich geht das nicht; das verbieten uns die Gesetze. Die Mitglieder rechnen nur auf ihre Dividende. In dem Momente, wo Sie von dieser einen Theil nehmen wollten, hätten Sie im Konsumverein einen Sturm — und ob dies unserer Partei zuträglich wäre, ist eine andere Frage. Wenn auch Sie in dem Konsumvereine sitzen würden, würde kein Kreuzer an die Partei abgeliefert werden.

Das Partei-Interesse ist aber auch im Konsumvereine Nebensache. Nun wird gesagt: Ja, im Konsumverein kann man die Frau für die Sozialdemokratie organisiren. Ich sage Ihnen aber, Genossen, daß auch diese Behauptung falsch ist und wegen Verabreichung von Agitationsmitteln kann man doch nicht für Konsumvereine eintreten.

Ich spreche hier aber aus, daß sich die Partei auch nicht mit den Konsumvereinen einlassen und deren Gründung protegiren soll. Ich bin aber trotzdem überzeugt, daß es Ortschaften gibt, wo Konsumvereine ganz gut bestehen können. Es gibt aber auch eine Anzahl von Orten, wo Konsumvereine gegründet wurden, wo eine mächtige Arbeiterbewegung war — und in dem Momente, wo die Konsumvereine zu Grunde gingen, war es auch mit der Organisation aus. (Zustimmung.) Lesen Sie einmal den kurzen ganz sachlichen Artikel, den Schatzmeier in Villach veröffentlicht hat, lassen Sie einmal die Genossen von Voitsberg reden und sie werden Ihnen erzählen, welchen Werth die Konsumvereine für die Partei in agitatorischer Beziehung haben.

Wenn der Parteitag auch keine Ursache hat, gegen die Konsumvereine aufzutreten, so hat er auch keine Ursache, die Gründung derselben zu unterstützen. Ich konstatire ausdrücklich, daß von Parteiwegen bisher ein solcher Verein weder gegründet noch bekämpft wurde. Wir haben die Pflicht zu sagen, daß, selbst wo die Vorbedingungen geschaffen sind, wo eine große Anzahl kauffähiger industrieller Arbeiter vorhanden ist, wo sich das Bedürfniß nach Konsumvereinen erweist, man auch erwägen muß, ob die nothwendigen Mittel da sind, um einen Konsumverein in's Leben zu rufen. Jene Genossen, welche solche Gründungen unternehmen oder propagiren, haben aber auch die Verantwortung allein dafür zu tragen. Die Partei als solche kann damit nicht verknüpft werden, weil der Gründer ein unüberlegter Sozialdemokrat gewesen ist.

Ich wende mich nun den Anträgen selbst zu. Der Antrag 42 der Bezirksorganisation IX verlangt, daß man die städtischen Konsumenten mit den ländlichen Produzenten in Verbindung setzen und hier ein Gegenseitigkeitsverhältniß schaffen soll. Zum Schlusse wird in diese Resolution eine Rosine hineingelegt und gesagt, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ist die unerläßliche Vorbedingung zur Erreichung dieses Zieles. Wir haben aber das Eine noch nicht erreicht, geschweige daß wir so weit gehen könnten, die Produzenten mit den Konsumenten in direkte Verbindung zu setzen.

Der Antrag 44 der Organisation Augenthal meint, daß man durch die Konsumvereine die bäuerliche Bevölkerung für die Sozialdemokratie gewinnen könne. Der Arbeiter sowie der Bauer gehen aber dorthin einkaufen, wo es am

billigsten ist; sie lassen den Konsumverein Konsumverein sein, wenn es dort theuerer ist als beim Kaufmann.

Der Antrag der Bezirksorganisation Knittelfeld (43) ist der einzige, welcher verlangt, daß die Partei sich mit der Gründung von Konsumvereinen enger verknüpfen soll, aber auch nur mit der Vorbedingung, „wo die Verhältnisse günstig sind". Diesen Antrag müssen wir aus dem von mir bereits angeführten Grunde ablehnen.

Die Bezirksorganisation VIII hat einen Antrag (Nr. 45) gestellt, mit dem ich zum Theil einverstanden wäre, wenn ich nicht eine eigene Resolution vorbereitet hätte. Unter 2. wird hier von einer bestimmten Mitgliederzahl gesprochen, bei der ein Konsumverein erst gegründet werden kann. Das kann man wohl nicht annehmen.

Die Bezirksorganisation XI nimmt in ihrem Antrage 46 darauf Rücksicht, daß es Leute gibt, die nicht baar bezahlen können, und wünscht daher, daß das Kreditwesen geregelt werden soll, indem die Dividenden zurückbehalten werden, so daß man auch beim Konsumverein schuldig bleiben kann. Ich meine, daß auch dieser Antrag im Interesse der Konsumvereine abzulehnen ist.

Die Bezirksorganisation III spricht in ihrem Antrage 47 eine Ansicht aus, die sich mit der meinigen deckt; sie meint, daß die Gründung von Konsumgenossenschaften und Produktivassoziationen dem Ermessen der lokalorganisirten Genossen überlassen werden soll.

Die Genossen von Haindorf und Friedland (Antrag 48) sprechen sich dafür aus, daß Konsumgenossenschaften nur anzuempfehlen sind, wenn sie unseren Parteiprinzipien entsprechend geleitet werden, und die Bezirksorganisation Aussee (49) ist dafür, daß Konsumvereine und Produktivgenossenschaften als Privatsache erklärt werden.

Der Vertreter der Handelsgruppe stellte folgenden Antrag:

„Falls der Parteitag es nicht grundsätzlich verwirft, zur Frage der Konsumgenossenschaften Stellung zu nehmen, oder für den Fall der Parteitag nicht strikte von der Errichtung von Konsumgenossenschaften abrathen sollte, stellen wir den Antrag, in die vom Parteitage zu beschließende Resolution folgende Sätze aufzunehmen:

Wenn die Arbeiter-Konsumvereine ihrem Zwecke entsprechen sollen, haben sie in erster Linie darauf zu achten, daß ihren Angestellten die möglichst günstigsten Arbeitsbedingungen gewährt werden, insbesondere hinsichtlich Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Entlohnung und Kündigung. Es wird empfohlen, diese Bedingungen auf einer Konferenz der Konsumvereine, der Vertreter der Organisationen der Konsumvereinsbediensteten und der Gewerkschaftskommission beizuziehen sind, festzusetzen."

Dieser Antrag ist eigentlich selbstverständlich. Wenn die Genossenschaften sich in den Händen von Parteigenossen befinden, werden sie gewiß gewähren, was möglich ist. Ob aber die Genossen damit auch zufrieden sein werden, ist eine andere Frage.

Gen. Blahusch stellt folgenden Antrag:

„Der Parteitag beschließt: Die parlamentarische Fraktion ist zu beauftragen, im Falle einer Besteuerung der Konsumvereine eine solche Vorlage auf das Entschiedenste zu bekämpfen."

Dieser Antrag wäre einfach dem Verbande zuzuweisen.

Gen. Dittrich hat folgende Resolution vorgelegt:

„In Anbetracht der Thatsache, daß die Arbeiter-Konsumvereine und Produktivgenossenschaften seit jüngster Zeit, von der Ueberzeugung ausgehend, daß dieselben bei entsprechender Organisation und unter praktischer Leitung zielbewußter Parteigenossen für die Arbeiterschaft, sowie für die Partei nicht zu unterschätzende Vortheile bieten können, wieder eifrig diskutirt werden;

in Erwägung, daß diese Frage einer gründlichen Untersuchung bedarf, um bis dahin ein möglichst einheitliches Vorgehen der Genossen auf diesem Gebiete zu ermöglichen und eventuelle Experimente zu verhindern, beschließt der Parteitag:

Es sei eine fünfgliedrige Kommission zu wählen, welche sich mit dieser Frage zu beschäftigen, dem nächsten Parteitag zu berichten und Vorschläge zur Lösung dieser Frage zu machen hat.

Um der Kommission die diesbezüglichen Arbeiten zu erleichtern und die ihr gestellte Aufgabe in befriedigender Weise lösen zu können, erklären sich die Parteigenossen bereit, der Kommission ihre Erfahrungen auf diesem Gebiete zu übermitteln, um das so erlangte Material zur öffentlichen und aufklärenden Diskussion stellen zu können.

Gleichzeitig fällt der Kommission die Aufgabe zu, bei eventuellen Neugründungen von Konsumvereinen und Produktivgenossenschaften seitens der Parteigenossen nach Möglichkeit einzugreifen."

Die Annahme dieser Resolution würde nur eine Verschleppung der Sache bedeuten. Prinzipiell läßt sich an dem von mir Ausgeführten nichts drehen und nichts deuteln. Wenn die Kommission auch statistisches Material zusammenbringt, daß dort und dort Konsumvereine bestehen, so ist damit noch nicht gesagt, daß man die Konsumvereine und Produktivassoziationen als Parteisache erklären soll. Ich habe schon anfangs gesagt, daß weder die Konsumgenossenschaften noch die Produktivassoziationen etwas spezifisch Sozialdemokratisches sind, sondern ein Eingreifen eine Konservirung des Kleingewerbes von Parteiwegen wäre. Ich sage Ihnen, daß es Konsumgenossenschaften in Oesterreich gibt, die von Parteigenossen geleitet werden, wo aber die Parteigenossen Handlungen unterworfen sind, die ihrem parteigenössischem Gefühle geradezu widerstreben. Der Referent führt ein eklatantes Beispiel aus Schlesien an, wo man in einer Produktivgenossenschaft der Buchdrucker, die in sozialdemokratischen Händen ist, einen hervorragenden Parteigenossen opfern wollte, weil die Bourgeoisie, die mit zur Kundschaft gehört, dort erklärte: „Der Mann muß hinaus oder es werden keine Bestellungen mehr gemacht."

Ich schlage Ihnen nun, um die Stellung der Partei zu dieser Frage zu präzisiren, folgende kurz, aber präzis abgefaßte Resolution vor, die schon dem Prager Parteitag vorlag:

Resolution.

„In Erwägung, daß die Wirthschaftsgenossenschaften nicht geeignet sind, die wirthschaftliche Lage des Proletariats zu heben, lehnt es der Parteitag ab, den Parteigenossen die Gründung von derartigen Wirthschaftsgenossenschaften zu empfehlen. Mit Rücksicht auf die in einzelnen kleinen Städten, in denen sich die Mitglieder der Wirthschaftsgenossenschaften aus Lohnarbeitern rekrutirten, gemachten Erfahrungen, überläßt es der Parteitag den Genossen der einzelnen Bezirke, nach genauer Prüfung der lokalen Verhältnisse, sowie der verfügbaren Kräfte und Mittel zur Frage der Wirthschaftsgenossenschaften Stellung zu nehmen."

Dieser Antrag ist zwar etwas schärfer als jener, den ich gemeinsam mit Gen. Dr. Ingwer dem vorjährigen Parteitage vorgelegt habe. Gen. Hausmann wünscht, daß in Bezug auf Konsumgenossenschaften nichts Anderes ausgesprochen werden soll, als was das Organisationsstatut sagt, daß die Partei mit den Konsum- und Produktivgenossenschaften nichts zu thun habe. Die Genossen Gleinsler und Prähauser geben eine Erklärung in meinem Sinne ab.

Ich möchte Sie bitten, Genossen, die Sache endlich nach außen zur Ruhe zu bringen und den Parteigenossen zu sagen, wie die Partei zur Sache steht. Ich möchte Sie bitten, sich klar dahin auszusprechen, daß die Partei mit dem Schicksal der Konsumvereine nicht verknüpft werden darf! (Beifall).

Gen. Brod stellt folgenden Antrag im Namen der Organisation von Lipnik:

„Die Parteileitung möge dahin wirken, daß überall dort, wo die Verhältnisse es gestatten, Konsumvereine gegründet werden. Der Konsumverein ist das einzige Mittel, die Arbeiterkonsumenten vor übermäßiger Ausbeutung zu schützen.

Gen. Prause (Krems), der abreisen mußte, bittet folgende Erklärung zu Protokoll zu nehmen:

„Bei Gründung von Konsumvereinen ist sehr vorsichtig vorzugehen, da bei unüberlegter Gründung der Organisation mehr Schaden als Nutzen zugefügt wird. Es ist erstens genau zu erwägen, ob eine genügende klassenbewußte Bevölkerung im Orte oder Bezirke ansäßig ist und sich auch in besserer materieller Lage befindet; zweitens ob eine sachverständige Leitung vorhanden ist, und drittens muß eine Mitgliederzahl von mindestens 150 Personen gesichert sein, welche noch vor der Eröffnung des Geschäftes

den Geschäftsantheil per fl. 10 volleingezahlt haben müssen, damit ein Kapital von fl. 1500 vorhanden ist. Auch müssen die Mitglieder vorher über den Zweck des Vereines unterrichtet werden. Wo obige unausweichlichen Vorbedingungen vorhanden sind, kann die Gründung von Konsumvereinen empfohlen werden. Wo dies nicht der Fall ist, soll entschieden davor gewarnt werden. Die Partei als solche kann sich mit den Konsumvereinen vorläufig nicht befassen und muß dies den Genossen in den verschiedenen Orten selbst überlassen bleiben." Prause, Krems.

Ferner wird folgende Erklärung überreicht:

„Auf den Punkt der Tagesordnung „Konsumgenossenschaften" Bezug nehmend, haben wir Folgendes zu erklären: Wir stehen diesen Gründungen vollständig theilnahmslos gegenüber, ja wir glauben, daß dort, wo ein solches Unternehmen nicht florirt, der Organisation dadurch, und zwar oft, großer Schaden zugefügt wird. Ohne auf nähere Begründung einzugehen, glauben wir behaupten zu dürfen, daß selbst dort, wo ein solches Unternehmen gedeiht, für die wirthschaftliche Besserstellung der Arbeiter kein wirklicher nennenswerther Fortschritt erzielt werden kann. Wir glauben daher den Parteitag ersuchen zu dürfen, derselbe wolle erklären: daß diese Unternehmungen vom Parteitag als Lokalhilfsmittel anerkannt und der Gründung von Seite der Partei kein Hinderniß in den Weg gelegt wird, jedoch haben dieselben auch nicht darauf zu rechnen, von Seite der Partei unterstützt oder als Parteiunternehmen anerkannt zu werden.

Für die tirolisch-vorarlbergischen Genossen:
Josef Gleinsler, Innsbruck.

Für die Kreisorganisation Salzburg:
Jacob Prähauser.

Der Antrag, die Redezeit auf 5 Minuten abzukürzen, wird mit 34 gegen 31 Stimmen abgelehnt.

Gen. Dr. Adler spricht seine Befriedigung darüber aus, daß dieser Antrag abgelehnt wurde, und macht die Genossen darauf aufmerksam, daß sich schon jetzt die Freunde und andererseits die Gegner der Konsumvereine über je einen Generalredner verständigen mögen.

Der Vorsitzende theilt mit, daß bereits 43 Redner eingezeichnet sind.

Gen. Ritsche beantragt Schluß der Rednerliste, was angenommen wird. Ein Antrag, daß nur die Antragsteller zum Worte gelangen sollen, wird abgelehnt.

Gen. Kořinek (Mödling) bemerkt, über die Produktivgenossenschaften nicht sprechen zu wollen, da ihm diesbezüglich keine Erfahrungen zu Gebote stehen. Was die Konsumvereine betrifft, so habe der Referent nur die Schattenseiten derselben hervorgehoben. Der Gegenstand werde so lange nicht von der Tagesordnung der Parteitage verschwinden, bis er erledigt sei. Es sei Aufgabe der Genossen, den Leuten mit Rathschlägen an die Hand zu gehen, wie sie bei der Gründung von Konsumvereinen vorgehen sollen, damit der Partei kein Schaden daraus erwachse. Wenn die Konsumvereine von zielbewußten Leuten geleitet werden, so können sie der Partei sehr nützen, indem sie in Streiks eingreifen u. s. w. (Gen. Neumann: Thatsachen anführen!) Bei dem Streik der Ziegelarbeiter sei dies geschehen. Gerade durch die Konsumvereine seien die Gegner am schwersten zu treffen, die uns jahraus jahrein beschimpfen und verhöhnen. Durch die Annahme der von ihm und Gen. Dittrich gemeinsam gestellten Resolution werde beiden Theilen Rechnung getragen, weshalb er deren Annahme auf das Wärmste empfehle.

Gen Dittrich (Wien): Gestatten Sie mir, daß ich mich hauptsächlich mit den Produktivgenossenschaften befasse, wie dies auch der Referent gethan hat. Er hat angeführt, daß die Produktivgenossenschaften unter den gegebenen Verhältnissen nicht im Stande seien, die gemaßregelten Genossen aufzunehmen. Wer dies behauptet, kennt die Verhältnisse schlecht. Man darf die von Bürgern und die von Arbeitern gegründeten Genossenschaften nicht in einen Topf werfen. Ich bin überzeugt, daß die letzteren in dieser Richtung ihrer Pflicht vollständig nachgekommen sind, und wenn sie es nicht thun, dann gebe ich zu, daß sie keine Existenzberechtigung haben. Wenn der Referent weiters behauptet, daß die Produktivgenossenschaften unter den gegenwärtigen Produktions- und Wirthschaftsverhältnissen nicht im Stande seien, etwas Anderes zu leisten als die gewöhnlichen Kleinbetriebe, so

ist das nicht richtig. Im Anfange hat allerdings eine Arbeiterproduktivgenossenschaft, insbesondere wenn sie nicht blos auf das Geschäft sieht, mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Auch der Behauptung des Referenten muß ich widersprechen, daß, wenn sich die Produktivgenossenschaften dazu emporschwingen wollten, sich zu großindustriellen Betrieben zu entwickeln, dies auf keine andere Weise ginge, als indem sie die Arbeiter auswuchern.

Ich kann da ohne Ueberhebung unsere Produktivgenossenschaft der Schuhmacher anführen, von der man gewiß nicht behaupten kann, daß die Leute ausgewuchert worden sind. Wir haben es in drei Jahren von drei Arbeitern auf 40 gebracht. Ich bin überzeugt, wenn die Genossen nicht prinzipiell gegen die Produktivgenossenschaften auftreten würden, so wäre es möglich, selbst unter den heutigen Verhältnissen Produktivgenossenschaften zu entwickeln, die — allerdings nur in gewissen Gewerben — mit der Großindustrie konkurriren können. Auf Grund meiner praktischen Erfahrungen habe ich allerdings die Ueberzeugung, daß die Produktivgenossenschaften im Stadium eines Kleinbetriebes keine Existenzberechtigung haben, weil sie unseren Anforderungen nicht entsprechen können.

Der Referent hat insbesondere darauf hingewiesen, daß der Einwand nicht stichhältig sei, daß durch die Produktivgenossenschaften unabhängige Leute geschaffen und unserer Partei Kräfte zugeführt werden, und er hat gesagt, daß die Partei nicht darauf warten könne, bis ihr von den Produktivgenossenschaften Kräfte zugeführt werden. Nun, wenn dies auch heute nicht der Fall ist, so kann ja vielleicht die Zeit kommen, wo es der Partei nicht unangenehm sein wird, daß ihr auch von den Produktivgenossenschaften Kräfte zukommen. Ich behaupte, daß es heute schon Produktivgenossenschaften und Konsumvereine gibt, die geradezu das Rückgrat dieser oder jener Branchenorganisation bilden. Ich verweise Sie da auf die Produktivgenossenschaft der Bäcker, die sonst keinen Obmann erhalten können, weil er, sobald er sechs Wochen aus der Arbeit ist, seines Mandates verlustig erklärt wird. Sie wissen aber, daß die Unternehmer stets in erster Linie den Gehilfenobmann maßregeln.

Es ist uns durchaus nicht eingefallen, von der Partei zu verlangen, daß sie die Konsum- und Produktivgenossenschaften zur Parteisache mache, sondern wir sagen nur, die Partei und insbesondere die Parteigenossen mögen eine objektive Stellung einnehmen. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß die Parteigenossen, und insbesondere jene mit gut klingenden Namen, den Produktiv- und Konsumgenossenschaften jederzeit „ein Klampferl" angehängt haben. Ich empfehle Ihnen meine Resolution zur Annahme. (Beifall.)

Gen. Schuster (Linz) führt aus, er schwärme zwar nicht für die Konsumvereine, allein er sei der Ansicht, daß dieselben geeignet seien, die wirthschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern. Wenn die Befürchtung ausgesprochen werde, daß durch die Konsumvereine agitatorische Kräfte lahmgelegt werden, so verweise er auf die Krankenkassen, wo es viele Leute gebe, die für die Partei außerordentlich thätig sind. (Widerspruch.) Gerade mit Hilfe eines Konsumvereines, der von Bauern gegründet und heute noch von denselben geleitet wird, sei es in Goisern möglich gewesen, dort auch organisatorisch wirken zu können, und wurde dort thatsächlich eine Organisation geschaffen.

In Linz sind wir gleichfalls im Begriffe, einen Konsumverein zu gründen. Im Statut ist ein Passus enthalten und auch bereits genehmigt, daß auf Beschluß der Generalversammlung auf die Dividende verzichtet werden kann zu Gunsten der Partei oder allfälliger Unterstützungen. Es ist daher nothwendig, die vorliegenden Anträge zu atzeptiren. Wir wollen nicht etwa unter der Patronanz der Partei stehen, sondern wir begehren nur, daß uns die Partei und ihre Presse nicht in jeder Weise entgegentritt. Es soll uns in der Presse eine Rubrik eingeräumt werden, damit die Sache besprochen und die Verhältnisse geklärt werden.

Gen. Winarsky (Wien, III) ist der Ansicht, der heutige Parteitag müsse sich umsomehr mit der Angelegenheit beschäftigen, da der vergangene den Beschluß gefaßt hat, diesbezüglich eine vollkommen ablehnende Haltung einzunehmen. Dadurch wurde unter den Genossen Unklarheit hervorgerufen, indem viele Genossen meinen, es sei mit der Parteiangehörigkeit unvereinbar, Mitglied eines Konsumvereines zu sein. Den Antrag des Gen. Schuhmeier könne man schon aus dem

Gründe nicht annehmen, weil es sich nicht darum handelt, ob der Parteitag die Gründung empfiehlt oder nicht, sondern weil es seine Pflicht sei, den Genossen eine möglichst objektive Haltung dieser Frage gegenüber zu ermöglichen.

Es ist richtig, daß Konsumvereine und Produktivassoziationen nicht geeignet sind, die Lage des Proletariats zu bessern und den Befreiungskampf für die Arbeiter zu führen, aber es ist nicht die Möglichkeit ausgeschlossen, durch dieselben Mittel für diesen Kampf herbeizuschaffen. Die Frage der Produktivassoziationen ist übrigens eine andere als die der Konsumgenossenschaften. Was die Konsumgenossenschaften verkaufen, kann jeder Arbeiter brauchen, die Produktivassoziationen können aber viele dieser Dinge gar nicht erzeugen, weil der Arbeiter nicht zu ihren Abnehmern zählt.

Redner bespricht sodann die zu diesem Gegenstande eingelaufenen Anträge, insbesondere den Antrag der Bezirksorganisation Wien, III. Ich glaube, sagt Redner, Konsumvereine und Produktivassoziationen können unter besonderen Umständen Ersprießliches für die Partei leisten. Die Partei kann aber nicht eine Richtschnur feststellen, ob die Genossen sich betheiligen sollen oder nicht. Ueberlassen wir das den Genossen. Die Resolution Dittrich bitte ich abzulehnen, weil wir in dem Momente, wo wir eine Kommission einsetzen, die sich mit der Sache beschäftigen soll, sagen, daß die Konsumgenossenschaften Parteisache sind. Die Sache wäre nur so zu regeln, daß den Genossen vollkommenste Bewegungsfreiheit gelassen wird, und ich empfehle daher den Antrag der Bezirksorganisation Wien, III.

Gen. Ranziglio (Klosterneuburg) stimmt mit der Behauptung des Gen. Schuhmeier überein, daß in keinem Programm stehe, daß durch die Konsumgenossenschaften die Befreiung des Proletariats bewerkstelligt werden kann. Aber es steht auch in keinem Programme, daß die Schaffung von Produktivassoziationen und Konsumgenossenschaften nicht eine Beihilfe zur Organisirung des Proletariats sein würde. Ich bezweifle, daß durch Produktivassoziationen und Konsumgenossenschaften nichts für die Partei geleistet werden kann; es kommt eben auf die Basis an, auf der sie errichtet werden. Daß diese eine rein sozialdemokratische ist, ist Sache der einzelnen Organisationen. Redner spricht sich gegen die Resolution Schuhmeier's aus und bittet um Annahme der Resolutionen Korinek (Mödling) und Dittrich.

Gen. Elderſch (Brünn) wünscht, daß der Parteitag den Produktivgenossenschaften gegenüber nicht eine so strikte ablehnende Haltung einnehme, weil man die Gründung von Konsumvereinen nicht verhindern könne und Streitigkeiten diesbezüglich in den Organisationen vermieden werden sollten. Ist der Konsumverein gut organisirt, wird er auch für die Interessen der Arbeiterschaft wirken. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß die Partei selbst etwas von den Konsumvereinen haben müsse, sondern wir können zufrieden sein, wenn er seinen Mitgliedern Vortheile bringt. Die Befürchtung des Gen. Schuhmeier, daß durch Gründung von Konsumgenossenschaften ganze Organisationen zerstört würden, kann ich nicht theilen.

Wesentlich erscheint mir aber, auf die Ausbeutung der Angestellten durch die Konsumvereine selbst hinzuweisen. Hier muß Wandel geschaffen werden. Es gibt auch eine große Zahl von Bezirkskrankenkassen, die ihre Angestellten ebenfalls in der schamlosesten Weise ausbeuten. (Zustimmung.) Der Parteitag hat die Pflicht, sich derselben anzunehmen. Schließlich verweist Redner auf den in antisemitischen Händen gelegenen Konsumverein in Brünn, der bereits große Summen seiner Partei zugeführt haben soll.

Gen. Dr. Adler: Die prinzipielle Frage der Konsumvereine in der kurzen Zeit, die wir noch haben, zu erledigen, ist ganz ausgeschlossen. Thatsache ist, daß nicht nur in Oesterreich, sondern auch in England, Belgien, Deutschland und in der Schweiz die Konsumvereine eine immer bedeutendere Rolle spielen. Zu dieser Thatsache müssen wir Stellung nehmen. Die Frage ist eine zweifache. Sind die Konsumvereine und Produktivassoziationen nutzlos? Diese Frage haben alle Parteigenossen, selbst diejenigen, die hier als Gegner aufgetreten sind, auch die Theoretiker unserer Partei bejaht. Sie haben aber auch gesagt, daß sie schädlich sein können. Es handelt sich nicht darum, ob wir sie zulassen sollen, sondern, welche Einrichtungen zu treffen sind, um sie nützlich zu machen. Sie müssen mit

der allergrößten Vorsicht gegründet werden. Der Hauptschaden der Konsumvereine und Produktivassoziationen für unsere Partei besteht darin, daß wir wohl in unserer Partei eine Reihe vernünftiger und tüchtiger Leute haben, daß aber geschulte Kräfte bei uns dünn gesäet sind. Ich stehe nicht nur in der politischen Bewegung, sondern ich bin auch mit den geschäftlichen Verhältnissen unserer Unternehmungen vertraut, ich weiß daher, daß wir solche Kräfte in unserer Partei nur vereinzelt haben. Wenn behauptet wird, daß unsere Partei Talente genug umfasse, so genügt das noch nicht, denn wie man einem zum Malen talentirten Proletarier nicht sagen kann: „Setze Dich zur Staffelei und male!" muß man diese Leute auch erst schulen. Ich fürchte, daß durch die Konsumvereine und Produktivassoziationen die tüchtigen Kräfte für die Agitation entzogen werden, wenn man diese Institutionen zu rasch gründet. Die Hoffnungen, welche man aber auf sie setzt, können sich nicht erfüllen, am allerwenigsten aber können wir bei der heutigen Lage und bei dem Gesetze, das wir jetzt haben, Konsumvereine und Produktivassoziationen als ein Element in unsere Parteiorganisation aufnehmen.

Aus diesem Grunde stimmen auch alle Vergleiche mit Belgien und den anderen Staaten nicht. Schaffen Sie uns ein belgisches Gesetz und die großen Fabriksorte, die dort sind, dann könnte es möglich sein, heute aber geht es nicht an.

Der Antrag der Bezirksorganisation IX enthält einen wichtigen Programmpunkt für eine sozialistische Kommunalverwaltung. Ein ganz ähnlicher Antrag wurde von Gen. Lafargue seinerzeit in der französischen Kammer eingebracht. Ich empfehle Ihnen diesen Antrag anzunehmen, ihn aber nicht als Lösung der Konsumvereinsfrage anzusehen.

Wir dürfen also nicht gegen die Konsumvereine sein, aber dem Gründungseifer gegenüber als Hemmungsapparat auftreten, wie das Gehirn in jedem Organismus Hemmungsapparat ist. Es soll nichts überstürzt, und die Partei soll vor Schaden bewahrt werden.

Zum Antrage Dittrich meine ich, Sie können ja studiren, ohne daß eine solche Studienkommission eingesetzt wird. Warum sollen wir einen Aufsichtsrath über die Konsumvereine errichten und dadurch eine Mitverantwortung übernehmen für Alles, was geschieht? Das werden wir fein bleiben lassen. Hingegen ist es sehr nothwendig, die Konsumvereine endlich von dem liberalen Zentralverbande der Konsumvereine und dem Protektorate des Herrn Wrabetz loszureißen:

Ich stelle folgenden Antrag:

„Der Parteitag anerkennt, daß Wirthschaftsgenossenschaften unter ganz besonderen, genau zu erwägenden Umständen dem Proletariate nützlich sein können; er lehnt es jedoch unter den heute vorwaltenden Verhältnissen ab, die Wirthschaftsgenossenschaften als ein Element der Parteiorganisation aufzunehmen; er empfiehlt den Genossen die allergrößte Vorsicht bei der Gründung von Konsumvereinen und insbesondere von Produktivgenossenschaften, welche letztere nur dann errichtet werden sollten, wenn durch große Konsumvereine ihr Absatzgebiet im Vorhinein gesichert ist; die Partei weder als Ganzes noch irgend eine lokale Organisation kann jedoch in keiner Weise eine Verantwortung für die Gründung und Führung der Wirthschaftsgenossenschaften übernehmen; die wünschenswerthe und durchaus nöthige weitere Erörterung dieser Frage wird den Genossen überlassen, die sich für diese wichtige Sache näher interessiren."

Gen. Barta (Wien): Die Konsumvereine müssen sich auf einer anderen Basis aufbauen, sie müssen sich in gewissem Sinne mit dem sozialdemokratischen Programm einverstanden erklären und es auch durchführen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind daselbst sehr schlechte, und das wird der ganzen Partei in die Schuhe geschoben. Eine Aufnahme der gemaßregelten Genossen daselbst findet nicht statt. Da herrscht nur die Dividendenjagd, die Bediensteten aber werden dabei geschunden. Die Arbeitszeit in den Konsumvereinen in Wien ist zwischen 10 und 18 Stunden. Während dieser enormen Arbeitszeit hat aber ein Verkäufer dieselbe Arbeitsleistung, die in einem Privatunternehmen 3 bis 4 Bedienstete haben. Der Lohn beträgt fl. 10 bis 15 pro Woche. Dabei muß der Mann vor Antritt des Postens eine Kaution von fl. 200 bis 500 leisten und auch für die Ehrlichkeit seiner Mitarbeiter haften.

Bezüglich der Sonntagsruhe erwähnt Redner, daß es mit dieser in Konsumvereinen schlechter gestellt sei als in Privatgeschäften.

Die Aufnahme von organisirten Genossen wird nicht gehandhabt; man hat sich vielmehr sogar an den Axmann-Verein gewendet, weil sich diese Leute besser ausbeuten lassen.

Er empfiehlt den Antrag der Handelsgruppe.

Gen. Hoffmann (Siebenhirten) beantragt die Wahl von Generalrednern, denen 20 Minuten Redezeit zu gewähren sei. — Wird angenommen.

Eingetragen sind noch die Genossen: Köhler, Gablonz; Lichtenecker, St. Pölten; Simon Stark, Falkenau; Petrich, Muggia; Brod, Lipnik; Tobiasch, Aussig; Merz Josef, Markersdorf; Chwala, Wien; Schiller, Reichenberg; Hausmann, Neudorf; Seliger, Teplitz; Pongratz, Graz; Reumann, Wien; Dr. Čech, Brünn; Nemec, Wien; Wessely, Wien; Schustaczek, Wien; Hoffmann, Inzersdorf; Hirsch, Atzgersdorf; Cobal, Sagor; Fischer, Schwechat; Valka, Neutitschein; Schrammel, Skaret, Wien; Eingr; Blaschek, Wien; Behr Anton, Saaz; Bruck, Hohenstein; Seifert, Neustadtl; Palka, Wr.-Neustadt; Bartel, Teplitz; Nitsche, Wien; Beer, Wien.

Es wurden noch folgende Anträge, beziehungsweise Resolutionen überreicht:

Antrag Petrich:

„In Anbetracht der Thatsache, daß in gewissen Kronländern die Gründung von Produktivgenossenschaften unabweislich nothwendig ist, beantragt Unterzeichneter, daß die parlamentarische Fraktion dahinwirke, die Regierung habe die Produktivassoziationen zu begünstigen und dadurch zu unterstützen, daß sie ihnen bei Vergebung von ärarischen Arbeiten den Vorzug gibt."

Antrag Behr (Saaz):

„In Erwägung, daß gegenwärtig eine wirthschaftliche Strömung vorhanden ist, welche die Arbeiter zur Gründung von, beziehungsweise Beitritt zu Konsumvereinen veranlaßt, und es taktisch nicht klug ist, den Gegnern dieses Mittel, die Arbeiter an sich zu fesseln, zu überlassen, spricht sich der Parteitag dahin aus, daß, wo die Gründung von Konsumvereinen nicht umgangen werden kann, beziehungsweise wo bereits solche Vereine bestehen, die Parteigenossen die Leitung in die Hand zu nehmen suchen sollen."

Antrag Adler-Reumann:

„Die Genossen an Orten, wo Produktivgenossenschaften und Konsumvereine bestehen, haben dafür zu sorgen, daß die Angestellten entsprechend entlohnt, die Arbeitszeit derselben verkürzt und volle Sonntagsruhe gewährt werde."

Antrag Köhler (Gablonz):

„Nach den Erfahrungen, welche wir in Nordböhmen mit den Konsumvereinen gemacht haben, finden wir es nicht zweckmäßig, selbe zu Parteizwecken zu gründen, sondern stellen den Antrag, daß der Parteitag keine Beschlüsse, welche bindend wären, annimmt, sondern es vielmehr den Genossen jeder Ortschaft überläßt, was sie in der Sache thun wollen."

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß zu Generalrednern pro Genosse Chwala, contra Gen. Reumann gewählt wurden.

Gen. Chwala (Wien, Generalredner pro): Parteigenossen! Die noch eingetragenen Redner, die sich für die Konsumvereine aussprechen wollten, haben mich beauftragt, gegen die Resolution Schuhmeier und für die Resolution Adler einzutreten. Die Begründung, die der Referent seinem Antrage gegeben hat, zeigt, daß der Referent nicht ganz auf der Höhe der Situation gestanden ist. Der Referent sagt, es sei nicht am Platze, daß die Konsumvereine kein Fleisch verkaufen. Wenn wir aber die Verwaltung in unseren Händen hätten, könnten wir das ebenso einführen, wie es in Deutschland und Belgien der Fall ist. Es ist auch nicht richtig, daß wir uns um die Konsumvereine nicht kümmern sollen, weil sie nicht die Prinzipien der Sozialdemokratie darstellen. Wenn wir einmal die Leitung der Konsumvereine werden in die Hand bekommen haben, können wir uns auf diesen Standpunkt stellen. Wir dürfen es aber nicht zulassen, daß die Konsumvereine, die ihre Mitgliedschaft ausschließlich unter den Arbeitern haben, der Tummelplatz der

Liberalen sind. Die Antisemiten treten gemeinsam mit den Liberalen gegen die Sozialisten in den Konsumvereinen auf. Unsere Kollegen wissen viel besser als wir, daß es für sie von großem Nutzen ist, wenn sie Organisationen, die auf wirthschaftlicher Basis beruhen, in ihre Hand bekommen. Wenn wir sagen, wir sind für diese Organisationen nicht, weil sie nicht auf sozialdemokratischer Grundlage beruhen, so hätten wir auch im Jahre 1889 sagen müssen: Wir kümmern uns nicht um die Krankenkassen, weil das auch ein Ding ist, mit dem wir die soziale Frage nicht werden lösen können. Heute müssen wir mit schweren Opfern um das kämpfen, was wir damals leicht hätten haben können.

Wenn zuerst die belgischen Gesetze für die Konsumgenossenschaften verlangt werden, ja, dann hätte man auch nicht das jetzige Wahlrecht annehmen, sondern das belgische verlangen sollen. Es kommt nicht auf die Gesetze an, sondern darauf, ob die Arbeiter erkennen, daß die Konsumvereine eine praktische Bedeutung für sie haben, was erst dann der Fall sein wird, wenn sich die Partei mit der Angelegenheit beschäftigt.

Wir sind überzeugt, daß auch auf dem nächsten Parteitage über diese Frage gesprochen werden wird. Meiner Ansicht nach ist der Antrag Dittrich weitergehend. Für den Fall der Annahme dieses Antrages würde ich beantragen:

„Bis zur Durchführung des Antrages Dittrich übernimmt der Parteitag für Aktionen der Genossen auf dem Gebiete der Konsum- und Produktivgenossenschaften keine Verantwortung."

Gen. Dr. Adler geht der Sache hübsch aus dem Wege. Er sagt, wir müssen damit rechnen, daß Tausende von Arbeitern Mitglieder von Konsumgenossenschaften und Produktivgenossenschaften sind, denen müssen wir Rechnung tragen und zur Frage Stellung nehmen. Aber es wäre gefährlich, wenn wir uns als Partei in die Sache einlassen. Er meint, jenen Personen, die ein Interesse daran haben, ist es ja nicht verwehrt, die Frage zu studiren. Solche Personen werden sich aber bei uns nicht finden.

Nun bin ich von meinen Mandataren beauftragt, dennoch für den Antrag des Genossen Dr. Adler einzutreten. Ich thue es in der Erwartung, daß wir im nächsten Jahre über die Sache nochmals sprechen werden. Wir sind nun der Meinung, daß sich die Genossen für die Konsum- und Produktivgenossenschaften interessiren sollten. Es gibt thatsächlich Orte, wo sich eine politische Organisation erst ergeben hat, nachdem sich vorher dort eine Konsumgenossenschaft gebildet hatte. Dasselbe Bild zeigt sich uns bei den Krankenkassen. Sie wissen, daß das Krankenkassenversicherungsgesetz wesentlich dazu beigetragen hat, unsere Partei zu stärken, (Sehr richtig!) als unsere Genossen darangingen, sich der Krankenkassen zu bemächtigen. Wären wir auf unserem früheren Standpunkte stehen geblieben, sie zu negiren, so wären wir nicht so weit gekommen. Wir sehen auch, daß unsere Gegner sich alle Mühe geben, die Krankenkassen an sich zu reißen und daß sie bestrebt sind, mit den brutalsten Mitteln die Konsumgenossenschaften, deren Verwaltung wir als Mitglieder derselben für uns in Anspruch zu nehmen das Recht zu haben glauben, in ihren Händen zu behalten. Viele Versammlungen haben uns das gezeigt, daß unsere Gegner sie mit aller Gewalt annektiren wollen und da sollen wir ruhig zusehen, weil wir uns in der Frage momentan noch nicht zurechtfinden können? Das ist ein Standpunkt, auf den wir uns absolut nicht stellen dürfen, wir müssen sagen: ja oder nein.

Gen. Neumann (Generalredner contra): Genossen! Gen. Chwala hat als ein Argument, daß wir für die Konsumgenossenschaften eintreten müssen, hervorgehoben, daß wir auch für die Krankenversicherung eingetreten sind. Wir müssen daher auch trachten, die Leitung der Konsumvereine in die Hände zu bekommen. Ich erinnere daran, daß es in der von Gen. Schuhmeier vorgeschlagenen Resolution heißt: „In Erwägung, daß die Wirthschaftsgenossenschaften nicht geeignet sind, die wirthschaftliche Lage des Proletariats zu heben, lehnt es der Parteitag ab, den Parteigenossen die Gründung von derartigen Wirthschaftsgenossenschaften zu empfehlen." Es ist also ein sehr scharfer Unterschied zwischen den Krankenkassen und den Produktivgenossenschaften zu machen. Während wir die weitgehendste Krankenversicherung verlangen, weil wir dieselbe als ein Mittel zur Hebung der wirthschaftlichen Lage der Arbeiter betrachten, erblicken wir in dem Konsumverein

nicht ein solches Mittel. Diesen Unterschied hat Gen. Chwala vollständig übersehen.

Gen. Dittrich und eine Reihe anderer Genossen haben als das stärkste Argument angeführt, daß es sich um die Aufnahme von gemaßregelten Genossen in diesem Vereine handle. Da muß ich sagen, daß in erster Linie die Frage erörtert werden muß, ob es für die Partei nützlich und zweckdienlich ist, daß wir eine Menge von Stellen zu vergeben haben. Ich behaupte, daß es für die Partei sehr schädlich geworden ist, daß wir so viele Stellen zu vergeben haben. Ich erinnere Sie an die Zeiten, wo es uns noch nicht möglich war, die gemaßregelten Genossen unterzubringen. Damals hat in der Bewegung ein viel idealerer Zug geherrscht als heute. Die Stellen, die wir nothwendigerweise besetzen müssen, geben vielfachen Anlaß zur Unzufriedenheit und führen uns Elemente zu, die nicht der Prinzipien wegen zur Partei kommen (Sehr richtig!), sondern deshalb, um innerhalb der Partei sich eine Stellung zu verschaffen. Mir scheint also der Kernpunkt der Frage nicht darin zu liegen, daß wir der Gemaßregelten willen uns der Produktiv- und Konsumgenossenschaften annehmen müssen.

Weiters führt Gen. Dittrich die Leistungsfähigkeit der Produktivgenossenschaften an. Ich erinnere Sie daran, wie oft die Produktivgenossenschaften in die Lage kommen, mit ihrer prinzipiellen Haltung in Konflikt zu gerathen, indem sie, damit die Genossenschaft weiter bestehen kann, von einem Ministerium zum anderen laufen müssen, um die Mittel für ihren Fortbestand zu erhalten. Man möge also von der Leistungsfähigkeit der Produktivgenossenschaften nicht so viel reden. Was aber ihre Konkurrenzfähigkeit mit den großen Unternehmungen betrifft, so überschätzt Gen. Dittrich die Produktivgenossenschaften sehr. Von einer solchen Konkurrenzfähigkeit kann keine Rede sein, auch dann nicht, wenn der Parteitag sich für die Produktivgenossenschaften erklärt. Ich muß hier, obwohl schon davon gesprochen worden ist, auch mit einigen Worten auf die Lage der Angestellten bei den Konsumvereinen und Produktivgenossenschaften zurückkommen. Unsere Gegner haben diesbezüglich mit Recht gesagt: Wenn ihr für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung eintretet, dann verbessert doch zuerst die Lage der in den Konsum- und Produktivgenossenschaften Angestellten, und nach dem, was wir darüber erfahren, haben die Leute Recht, die das sagen.

Die Löhne sind nicht am besten. Dazu muß man bedenken, was von solchen Leuten verlangt wird: sie müssen in der Buchhaltung bewandert sein und den Geldverkehr genau führen, Waarenkenntniß müssen sie auch besitzen. Es werden Hunderttausende umgesetzt, und schließlich verlangt man, damit man zeigen kann, wie wichtig diese Konsumvereine und Produktivgenossenschaften für die Partei sind, daß der Mann auch noch auf Agitation hinausgeht. Das sind Zustände, die uns keinesfalls für diese Genossenschaften begeistern können. Nun wird darauf hingewiesen, daß das die Kinderkrankheiten seien und daß sich die Sache später einmal ändern wird. In unser Agitations- und Organisationswesen schleicht sich etwas ganz Eigenthümliches ein, das bei dieser Gelegenheit besprochen werden muß: das Springen von einem Unternehmen zum anderen. Wir haben, das müssen Sie Alle zugestehen, noch sehr viel in Bezug auf unsere Organisation und insbesondere in Bezug auf die gewerkschaftliche Organisation nachzuholen. (Sehr richtig!) Die Genossen hätten, wenn sie auf diesem Boden wirken wollten, sehr viel Arbeit. Nun sondert sich eine Gruppe ab, die macht diese Arbeit nicht, sondern stürzt sich auf eine andere Arbeit. Sie sagen, in den Wirthschaftsgenossenschaften liegt unsere Kraft, und sie behaupten, es seien von dieser Organisation Mittel für die gewerkschaftliche und auch für die politische Organisation zu erlangen. Auch das ist nicht wahr. Eine ganze Reihe von Produktivgenossenschaften, die ihre Angestellten miserabel entlohnen, weisen nicht mehr als 3, 3½ bis 4 Perzent Dividende aus. Wenn Sie bei diesen Produktivgenossenschaften zuerst darauf dringen, daß die Angestellten besser entlohnt werden, so wird die Dividende um 1 oder ½ Perzent sinken. Sie werden sich wundern, was die Mitglieder dazu sagen würden. Es werden sich da sofort eine Menge Mißvergnügter finden, die aus den Konsumvereinen austreten und zum Kaufmann gehen. Wenn Sie aber gar 1 oder 2 Perzent wegnehmen und der Partei abliefern werden, dann werden Sie sehen, wie weit die Parteizugehörigkeit aller dieser Konsum- und Produktiv-

genossenschaften reicht. Da werden Sie finden, daß alles das, was Sie sich da von der Nutzbarkeit dieser Genossenschaften vormalen, in der That nicht vorhanden ist. Es wurde hier der Konsumverein von Goisern zitirt. Ich muß sagen, ich begreife nicht, warum man derartige vereinzelte Beispiele anführt. Es ist eben den Genossen, die sich mit solchen Konsumvereinen abgeben, nie etwas in den Weg gelegt worden. Die vom Referenten vorgelegte Resolution bezweckt eben, daß die Genossen nicht besonders aufgemuntert werden sollen, sich in solche Experimente einzulassen. In dem Momente, wo der Parteitag die Konsum- und Produktivgenossenschaften befürworten würde, würde er die volle Verantwortung für alle diese Gründungen übernehmen. (Sehr richtig!) Gen. Dittrich schüttelt den Kopf. Heute werden ja schon alle die Fehler, die bei diesen Gründungen gemacht werden, unserer Partei in die Schuhe geschoben, trotzdem wir uns dagegen verwahren, daß dies Gründungen der Partei sind. In Aussig ist durch eine solche Gründung eine ganze Organisation zerstört worden. Die Leute, die Mitglieder dieses Konsumvereines waren, haben gesagt, bei der Sozialdemokratie geht es genau so zu wie bei anderen Unternehmungen. Gen. Dobiasch wird mir Recht geben, wenn ich sage, daß es ein gewaltiges Stück Arbeit gekostet hat, bis die Organisation wieder hergestellt wurde. Ich bitte Sie daher, vor Allem die Resolution Schuhmeier anzunehmen. Wir können nicht scharf genug unsere Haltung gegenüber den Produktivgenossenschaften und Konsumvereinen präzisiren. Was den Antrag des Gen. Dittrich betrifft, so halte ich es für ganz überflüssig, daß eine fünfgliedrige Kommission gewählt werde, um die Frage zu erwägen. Wir erwägen seit dem letzten Parteitag in Einem fort und sind zu dem Resultat gekommen, daß der Parteitag die Konsumvereine und Produktivgenossenschaften nicht zu empfehlen habe. Ich empfehle Ihnen daher die Ablehnung des Antrages Dittrich, ebenso aber auch die Ablehnung des Antrages Adler. Gen. Adler hat die Gewohnheit, in so schwierigen Dingen mitten durchzuschwimmen. Dies drückt sich auch in seinem Antrage aus. Mit dieser Politik muß aber gebrochen werden. (Zustimmung.) Ich muß sagen, daß diese Politik nicht immer zum Nutzen der Partei ausgeschlagen hat. Diejenigen unter uns, die mit den Genossen mehr in Fühlung sind, mehr Kleinarbeit zu verrichten haben, wissen, wie verhängnißvoll diese Politik für uns oft geworden ist.

Was den Antrag des IX. Bezirkes betrifft, von welchem Gen. Dr. Adler gemeint hat, daß er ein programmatischer ist, so muß ich auch die Ablehnung dieses Antrages befürworten. Wenn Sie diesen Antrag annehmen, so wäre die Haltung der Partei gegenüber den Konsumvereinen und Produktivgenossenschaften eine verschwommene. Ich bin also auch gegen diesen, sowie gegen alle ähnlichen Anträge. Gen. Chwala hat gemeint, der Referent und mithin Alle, die denselben Standpunkt einnehmen, stehen nicht auf der Höhe der Situation. Nach den Erfahrungen, die wir bei den Konsumvereinen gemacht haben, die von Genossen geleitet sind, muß ich sagen, daß es verhängnißvoll wäre, wenn wir an den verschiedenen Orten unsere Genossen in den Konsumvereinen festlegen. Sehen Sie z. B. nach Villach. Dort mußten wir eine vorzügliche Kraft dem Konsumvereine abgeben und diese Kraft ist für die Agitation nahezu gänzlich verloren. So wäre es auch an anderen Orten. Man darf die Dinge nicht immer vom Gesichtspunkte der Wiener Verhältnisse aus beurtheilen.

Ich bitte Sie also, den Antrag Schuhmeier, den ich Ihnen empfohlen habe und der auch von den Handelsangestellten empfohlen worden ist, anzunehmen, daß unsere Genossen vor Allem an jenen Orten, wo Konsumvereine bestehen, dahin zu wirken haben, daß die Lage der Angestellten der Konsumvereine gehoben werde. (Beifall.)

Referent Gen. Schuhmeier (Schlußwort): Sie werden mir Alle zugestehen müssen, daß ich in ganz objektiver Weise an die Besprechung der Frage herangetreten bin, und ich muß mir erlauben, zu konstatiren, daß ich zunächst nur prinzipiell gesprochen habe. Die folgenden Contra-Redner haben aber alle nur über die Zweckdienlichkeit der Wirthschaftsgenossenschaften gesprochen. Wenn Genosse Chwala behauptet, ich stehe nicht auf der Höhe der Situation, so hat ein Theil der Genossen gerade der entgegengesetzten Meinung Ausdruck gegeben. Ich finde, daß Gen. Chwala nicht auf der Höhe der Situation steht, weil er uns den

Beweis für seine Behauptung schuldig geblieben ist. Die belgischen Verhältnisse kommen für uns überhaupt nicht in Betracht.

Ich meine nun, daß es unsere Pflicht ist, klipp und klar heute unsere Meinung auszusprechen und wenn die Genossen sich nicht unbedingt für die Konsumvereine erklären wollen, dann müssen sie gleich mir den Muth haben, dies unzweideutig herauszusagen. Wenn man eine Ueberzeugung hat, muß man auch die Kourage haben, derselben Ausdruck zu geben, ohne Rücksicht darauf, ob dies Jemandem unangenehm ist oder nicht. Dies will ich mit meiner Resolution bezwecken.

Was Gen. Neumann bezüglich des Gen. Dr. Adler sagte, unterschreibe ich von A bis Z. (Heiterkeit.) Gen. Dr. Adler hat gemeint, die Einleitung meiner Resolution sei zu scharf, als ob er das Scharfe nicht vertragen könnte. Seine Zweckmäßigkeitsresolution erscheint auch mir zweideutig, und bin auch ich dagegen. Ich möchte Ihnen weiters noch den Antrag der Handelsangestellten auf das Wärmste empfehlen. Es ist ein böses Zeichen für unsere Konsumvereine, daß die Angestellten schon jetzt, bevor die Sache im Gange ist, sich gegen die Ausbeutung zu wehren beginnen. (Sehr richtig!)

Das erinnert mich an das, was sich in Sachsen ereignet hat. Dort ist auch eine ziemlich starke Bewegung zu Gunsten der Konsumvereine entstanden und haben sich die Bediensteten derselben zu einem Verbande vereinigt, um mit dessen Hilfe eine Verbesserung der Lage aller Jener anzustreben, die bei diesen proletarischen Organisationen angestellt sind.

Ich glaube, nachdem die Sache genügend geklärt ist, mich in weitere Auseinandersetzungen nicht einlassen zu sollen. Eine Bemerkung möchte ich noch machen. Eines konzedire ich auf die Ausführungen des Gen. Dr. Adler hin. Er meint, es ist möglich, daß wir über kurz oder lang der Frage werden nähertreten müssen. Ich bin dafür, daß wir dem nichts in den Weg legen. Da unsere Vereinsgesetzgebung viele Bestimmungen enthält, die die Entwicklung der Konsumvereine hindern, bin ich gerne bereit, Sie aufzufordern, daß wir Alles daran setzen, um vorerst diese hemmenden Bestimmungen zu beseitigen. Ich lege daher dem Parteitage folgenden Antrag vor:

„Der Parteitag fordert die sozialdemokratischen Abgeordneten auf, im Parlament für die Aufhebung der gesetzlichen Beschränkungen der Wirthschaftsgenossenschaften einzutreten."

Die Abstimmung.

Vorsitzender Gen. Hybes gibt seiner Meinung Ausdruck, daß bei der Abstimmung die Stimmen der abwesenden Gen. Prähauser und Gleinsler, trotzdem sie eine Erklärung abgegeben haben, nicht mitzuzählen seien.

Die Resolution des Referenten Gen. Schuhmeier wird mit 40 gegen 34 Stimmen angenommen.

Referent Gen. Schuhmeier: Ich glaube, daß damit die Abstimmung über den Antrag des Gen. Dr. Adler entfällt. (Widerspruch.) Wir können uns doch ersparen, ihn abzulehnen. Der Antrag des Gen. Dittrich muß allerdings zur Abstimmung gebracht werden, weil derselbe auch eine Kommission verlangt. Ich habe weiter dazu nichts zu bemerken, als daß ich Sie ersuche, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag Dittrich wird abgelehnt, der Antrag 49a der Handelsgruppe nach einer Befürwortung durch den Referenten einstimmig angenommen. Damit entfällt der fast gleichlautende Antrag Adler-Neumann.

Der Antrag Stark wird, nachdem der Antragsteller die Worte „und sonstigen" eliminirt hat, angenommen und lautet nun:

„Der Parteitag beschließt: Die Aufhebung der Werks- und Fabriks-Konsumvereine ist anzustreben."

Der Antrag Chwala, der als Eventualantrag für den Fall der Annahme des Antrages Dittrich gestellt war, entfällt in Folge der Ablehnung dieses Antrages. Durch die Annahme der Resolution entfallen die Anträge Petrich, Behr und Köhler.

Die vorgedruckten Anträge 42 bis 49 inklusive werden, weil durch die Resolution erledigt, mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt.

Der Antrag der Organisation Waidhofen a. d. Ybbs wird der Fraktion zugewiesen und eine Resolution, welche lautet:

„Der Parteitag fordert die sozialdemokratischen Abgeordneten auf, im Parlament für die Aufhebung der gesetzlichen Beschränkungen der Wirthschaftsgenossenschaften einzutreten,"

angenommen.

Vorsitzender Gen. Hybes: Wir gelangen nun zum achten Punkte der Tagesordnung:

Parteiangelegenheiten.

Gen. Feigl stellt im Einvernehmen mit den Gen. Chwala und Winarsky folgenden Antrag:

„Der Parteitag macht es den Parteigenossen, die in Arbeiterinstituten in den Leitungen sich befinden, zur Pflicht, es den Angestellten ihrer Institute zu ermöglichen, ihre parteibürgerlichen Rechte, an sozialdemokratischen Kongressen und Konferenzen 2c. 2c. theilzunehmen, ausüben zu können,"

und führt aus: Als die kapitalistischen Eisenbahndirektionen ihren Angestellten keinen Urlaub bewilligten, um auf dem Eisenbahnerkongreß diese Direktionen zu bekämpfen, haben wir Lärm geschlagen. Unsere eigenen Genossen wollen es uns Angestellten, die wir Sozialdemokraten sind, verwehren, zu unseren eigenen Kongressen zu gehen. Ich persönlich hätte unter allen Umständen die Konsequenzen gezogen und wenn man mir den Urlaub verweigert hätte, die Parteigenossenschaft zum Kampfe wider solche reaktionäre Genossen aufgerufen. Ich bitte daher um Annahme des Antrages.

Gen. Steinböck (Wien) erinnert an die Wichtigkeit der Hausbesorger im Allgemeinen und besonders während der Wahlbewegung für die Agitation und stellt folgenden Antrag:

„Die Parteileitung wird beauftragt, der Organisation der Hausbesorger eine größere Aufmerksamkeit zu schenken und dieselben sowohl in geistiger als auch in agitatorischer Weise zu unterstützen."

Gen. Dr. Čech (Brünn) spricht sich für den Antrag Feigl-Chwala aus und beantragt, den nächsten Gesammtparteitag in Brünn abzuhalten.

Gen. Gerin (Wien): Unser amerikanischer Onkel ist gestorben. (Heiterkeit.) Unsere (italienische) Partei hat nun kein Geld; ich beantrage daher, daß 25 Perzent von den Einnahmen der nationalen Organisationen der Gesammtparteivertretung zugewiesen werden.

Gen. Chwala (Wien) beschwert sich darüber, daß das Protokoll des Parteitages verstümmelt wiedergegeben werde, und beantragt:

„Es ist ein dreigliedriges, am Orte der Parteileitung seßhaftes Redaktionskomité einzusetzen, welches mit dem von der Parteileitung zu bestimmenden Hauptredakteur das Parteitagsprotokoll-Manuskript vor dem Drucke sichtet."

Gen. Pernerstorfer (Wien) wünscht, daß der Antrag 50 der Bezirksorganisation Wien, VIII der Gesammtparteivertretung zugewiesen werde.

Gen. Hedorfer (Wien) vertritt den Antrag 51 der Organisation Wien, XI.

Gen. Schuhmeier (Wien) gibt bekannt, daß der Antrag Steinböck zurückgezogen wurde, da er nicht zu Parteiangelegenheiten gehöre. Er wird der Wiener Organisation zur Behandlung übergeben werden.

Gen. Widholz (VI. Bezirk, Wien) hält den Antrag des Gen. Feigl für verfrüht, weil dieser nicht im Stande sei, zu beweisen, daß einem Genossen, der zum Parteitage gehen wollte, der Urlaub verweigert wurde. (Gen. Feigl: Ich kann es beweisen!) Man kann spezielle Fälle rügen, es geht aber nicht an, pauschaliter zu sprechen. Er empfiehlt, darauf zu achten, daß nur vom Sozialismus durchdrungene Genossen in die Arbeiterinstitute gewählt werden.

Gen. Popp unterstützt den Antrag Čech und beantragt, daß der nächste deutsche Parteitag in Linz stattfinde.

Gen. Dr. Adler hält dafür, daß der Antrag Gerin, betreffend die Zuweisung der Mittel an die nationalen Organisationen, der Gesammtexekutive zugewiesen werden solle; diese werde gewiß die schwächeren und jüngeren Organisationen unterstützen.

Bezüglich des Protokolls ist es kein Zweifel, daß es nicht einen Parteigenossen gibt, der mit irgend einer Fassung des Protokolls einverstanden sein wird. Ich gebe Ihnen auch zu erwägen, daß, wenn Sie durch mehrere Mitarbeiter die Fassung des Protokolls erschweren, Sie dasselbe um drei Wochen später bekommen werden und daß es dann drei Bände haben wird. (Zustimmung.) Die Protokolle sind ohnehin seit jeher die allerstärkste Belastung der Parteikasse gewesen, weil sie einen weit geringeren Absatz finden als alle anderen Broschüren. In anderen Ländern ist genau dasselbe der Fall. Wenn Sie aber das Protokoll später erscheinen lassen und Sie es recht umfangreich gestalten, dann müßte man auch den Preis hinaufsetzen, wodurch die Verbreitung noch mehr erschwert wird.

Ich persönlich reiße mich nicht um die Ehre, die Protokolle auch weiter redigiren zu dürfen. Ich bitte den Parteitag, mir diese Arbeit abzunehmen. Daß aber Andere das Protokoll mitredigiren sollen, ohne auch die Verantwortung zu übernehmen, dafür bedanke ich mich. Ich bitte den Antrag Chwala abzulehnen und einen Genossen zu bestimmen, dem Sie bezüglich der Redaktion Ihr Vertrauen schenken.

Gen. Krapka (Brünn) pflichtet dem Antrag Feigl bei und verlangt auch, daß die Pflicht dieser Angestellten ausgesprochen werde, überall, wo es eine Parteiarbeit gibt, am Platze zu sein.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Gen. Behr (Saaz) bemerkt, daß sein Antrag auf Abhaltung des nächsten Parteitages in Brünn sich auf den Gesammtparteitag bezogen habe.

Gen. Krejči (Pilsen) verzichtet auf das Wort.

Die Rednerliste ist hiemit erschöpft.

Die Abstimmung.

Der Antrag 50 der Bezirksorganisation VIII wird gemäß dem Antrage Pernerstorfer der Gesammtexekutive zugewiesen.

Antrag 51 der Bezirksorganisation XI wird mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Der Antrag Gerin wird der Gesammtexekutive zugewiesen.

Der Antrag Uecekar, welcher lautet:

„Der sozialdemokratische Verband wird vom Parteitage beauftragt, dahin zu wirken, daß die materielle Lage der subalternen Beamten (Diurnisten 2c.), sowie der niederen Angestellten im Staatsdienste einer Besserung zugeführt wird, und zwar sollte eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet werden, welche denselben Stabilität im Dienste, eine Aufbesserung des Gehaltes und Pensionsberechtigung zusichert,"

wird dem Verbande zugewiesen.

Der Antrag Feigl, Chwala, Winarsky und Genossen wird gegen vier Stimmen angenommen.

Der Antrag Biber und Stark, welcher lautet:

„Die sozialdemokratische Fraktion wird beauftragt, zu geeigneter Zeit dahin zu wirken, daß alle die Ausweisungen der Bergarbeiter, die anläßlich der früher erfolgten Streiks in Steiermark, Böhmen und anderen Kronländern erfolgten, aufgehoben werden,"

wird gleichfalls dem sozialdemokratischen Verbande zugewiesen.

Der Antrag 51a der Kreisorganisation Bukowina, welcher lautet:

„Der Parteitag wolle die Parteileitung beauftragen, ehestens eine Agrar-Broschüre herauszugeben, welche vornehmlich dazu dienen soll, den der Landagitation sich widmenden Genossen das erforderliche Material für ihre Thätigkeit zu bieten,"

wird der Gesammtexekutive zugewiesen.

Der Antrag Čech-Behr, den nächsten Gesammtparteitag in Brünn abzuhalten, wird angenommen.

Der Antrag Beer-Popp, den nächsten deutschen Parteitag in Linz abzuhalten, wird einstimmig angenommen.

Endlich wird noch der Antrag Chwala, die Redaktion des Protokolls betreffend, abgelehnt.

Hiemit ist die Tagesordnung des Parteitages erschöpft.

Nach Verlesung der noch eingelangten Telegramme ergreift das Wort:

Gen. Popp: Parteigenossen! Der Parteitag, der eine Woche hier getagt hat, hat eine Reihe von Arbeiten erledigt, die der Partei eine vollständig neue Grundlage geben. Wir haben eine Organisationsform geschaffen, die nicht nur ein Wunsch der nichtdeutschen Genossen in Oesterreich war, sondern dieser Wunsch nach einer den Verhältnissen entsprechenden Aenderung der Organisation hat auch unter den deutschen Genossen eine lange Zeit geschlummert und ist gerade auf diesem Parteitage mit elementarer Macht zum Ausdrucke gekommen. Wir können daher ruhig sagen, die neue Organisationsform entspricht den Wünschen sämmtlicher Sozialdemokraten Oesterreichs. Es obliegt uns nun, einerseits unseren Mandataren die wirklichen Intentionen der neuen Organisationsform zu erläutern, damit die Genossen nicht etwa glauben, die österreichische Sozialdemokratie habe sich in nationale Gruppen gespalten; es obliegt uns aber auch andererseits, alle Angriffe der Gegner, die absichtliche Mißverständnisse und Mißdeutungen in unsere Beschlüsse hineinlegen werden, zu pariren.

Wenn das letztabgelaufene Jahr ein Jahr des Kampfes für unsere Partei war und wir in diesem Jahre so große Vortheile errungen haben, so sind auch die nächsten Jahre eine Zeit des Kampfes. Wir haben gekämpft bisher, wir werden auch kämpfen in der Zukunft, denn Kampf ist das Losungswort unserer Partei. (Beifall.)

Wir haben auf diesem Parteitage unseren Abgeordneten eine Richtschnur gegeben, wie sie im Parlament zu arbeiten haben, wir haben auch den Parteigenossen in unseren Organisationen eine Richtschnur gegeben, wie der Kampf in Oesterreich geführt werden muß, um wieder einen Schritt vorwärts zu kommen. Wir haben wirklich ein gutes Stück Arbeit geleistet. Ich schließe mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie den sechsten Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie. (Die Versammlung erhebt sich und bringt ein dreimaliges begeistertes Hoch aus.)

Gen. Nemec (tschechisch) bespricht die Verfolgungen, die die tschechische Sozialdemokratie in den Achtziger-Jahren in Böhmen zu erleiden hatte. Nach dieser Persekutionsära konstituirte sich die Partei erst im Jahre 1887 in Brünn, und von diesem Augenblicke an kann von einer organisirten tschechischen sozialdemokratischen Partei gesprochen werden. 1893 fand der Budweiser Parteitag statt, wo sich die Partei eine den modernen Verhältnissen angepaßte Organisation gab, und im Vorjahre konstituirte sie sich als selbstständige internationale Partei. Der gegenwärtige Parteitag ist von historischer Bedeutung und bedeutet eine neue Etappe unserer Bewegung. Er gibt den thatsächlichen Verhältnissen, die in Oesterreich bestehen, Ausdruck, indem er den Organisationen der einzelnen Nationalitäten die nöthige Autonomie gewährt. Die Jungtschechen hoffen, daß jetzt für sie die Zeit gekommen ist, daß wir verschiedenen nationalen Organisationen uns untereinander bekämpfen werden zum Nutzen der Bourgeoisie; aber die Herren täuschen sich gewaltig. Wir haben uns diese Organisation gegeben, nicht um uns gegenseitig zu bekämpfen, sondern nur darum, damit wir, jede Nation für sich, ihre Bourgeoisie besser bekämpfen können. Darum begrüßen wir es mit Freuden, daß wir in einträchtiger Arbeit all das, wonach wir strebten, durchgeführt und damit alle Hindernisse aus dem Wege geräumt haben, die unserer Entwicklung im Wege standen. Der nationale Kampf in Böhmen hat Formen angenommen, daß die beiden Bourgeoisien wahnsinnig scheinen. Inmitten dieses Taumels stehen wir Sozialdemokraten da in brüderlicher Eintracht vereinigt und berathen ernst und würdig über unsere Angelegenheiten, nur bedacht auf das Wohl der Arbeiterschaft, für die wir alle Gefahren der Zukunft gern auf uns nehmen. — Es lebe die internationale Sozialdemokratie! Na zdar!

(Die Versammlung bringt ein dreifaches „Na zdar!“ aus.)

Gen. Daszynski (polnisch): In den Zeiten, wo in den obersten Klassen der wüthendste, blinde nationale Kampf entbrennt, in den wirren Strömungen der allgemeinen Zersetzung und nationalen Hasses haben hier sechs proletarische Nationen gezeigt, daß die Sozialdemokraten die einzigen positiven Politiker sind, die das schwierigste geschichtliche Problem zu lösen im Stande sind. Es ist das einzige Beispiel in Europa, wo so etwas Großartiges zu Stande gebracht worden ist, und wir können mit Stolz auf die Entwicklung unserer geeinigten sozialdemokratischen Partei zurückblicken. Mit banger Angst ist vielleicht Mancher von uns auf das schwierige Problem eingegangen, und jetzt sind wir dennoch stärker als wir vor dem Parteitage gewesen. Jeder von uns hat für den Kampf mit den Feinden des Volkes in seinem Lande eine neue Waffe in die Hand bekommen. Wir sind jetzt fest überzeugt, daß die Sozialdemokratie nicht nur wirthschaftliche und allgemein kulturelle, sondern auch die nationalen Bedürfnisse der Völker befriedigt, und dieser internationalen Sozialdemokratie zu Ehren bringe ich ein dreifaches Hoch: „Niech źyje!"

(Die Versammelten stimmen ein in den Ruf: „Niech źyje!")

Gen. Kristan (slovenisch): Der sechste Kongreß der Arbeiter Oesterreichs beschließt eben seine fruchtbringende Arbeit, und Freude erfüllt unser Herz, wenn wir einen Rückblick auf seine Thätigkeit werfen. Wir haben für unsere Partei eine Grundlage geschaffen, auf der sie sich in ihrer Gesammtheit sowie in ihren verbündeten Theilen frei und kräftig entwickeln soll. Aber indem wir uns in nationalen Gruppen organisiren, rufen wir den Herren, die vom nationalen Hader ihr Leben fristen, zu, daß sie deshalb nicht erwarten dürfen, wir würden Wasser auf ihre Mühle treiben wollen. Wenn es sich darum handelt, die Rechte der Nation, die Rechte des arbeitenden Volkes zu vertheidigen, dann muß den Kampf die internationale Sozialdemokratie führen. Unsere Sprachen klingen verschieden, aber unsere proletarischen Interessen sind gemeinsam, und sie heißen uns die Hände uns zu reichen über Berge und Meere, sie verbinden uns zu einer untheilbaren Schaar. Schon haben wir es erkannt, daß die Befreiung aller Ausgebeuteten, aller Unterdrückten nur eine Frucht des Kampfes sein kann, den das Proletariat der ganzen Welt vereint in der internationalen Sozialdemokratie führt. Darum schließen wir uns der Sozialdemokratie kampfesmuthig und frohen Herzens an, darum rufen wir im Bunde mit Ihnen der internationalen Sozialdemokratie ein dreifaches donnerndes Zivio! zu. (Stürmisches Zivio!)

Gen. Dr. Piscel (Rovereto) spricht in italienischer Sprache. Nicht nur namens der noch kleinen Gruppen von italienischen Genossen, die in Südtirol den Grund zur sozialdemokratischen Bewegung gelegt haben, nicht nur namens der italienischen Arbeiter, die ihre Scholle verlassen und als die ausgebeutetsten aller Ausgebeuteten in alle Länder ziehen, sondern im Namen des gesammten italienischen Proletariats, das für seine Befreiung kämpft, begrüße ich den Parteitag. Zum ersten Male hat die italienische Sozialdemokratie in Oesterreich eine entsprechende Vertretung auf dem Parteitage. Wir müssen zwar zunächst um euere Hilfe bitten, aber hoffentlich kommt die Zeit bald, wo die armen Polenta-Esser als sozialdemokratische Organisation auf eigenen Füßen zu stehen vermögen. Es ist mit dem Eindringen des Sozialismus wie mit dem Schnee im Winter. Zunächst fallen einzelne Flocken hie und da, der warme Wind schmilzt sie hinweg, dann wird er dichter und läßt sich auch mit Gewalt von den Wegen und Feldern nicht mehr wegschaffen. Und dann geht eines Morgens die Sonne auf, und Berg und Thal ist in Weiß gehüllt, der Schnee bedeckt alle Gipfel. Die sozialdemokratische Bewegung der italienischen Arbeiter in Oesterreich ist kaum über ihre Anfänge heraus, aber sie ist im Begriffe, sich rasch zu entwickeln, und hoffentlich steht das italienische Proletariat bald gleichgerüstet neben euch Allen. Es lebe die internationale Sozialdemokratie! (Stürmisches Evviva!)

Vorsitzender Gen. Hybes: Parteigenossen! Die Stunde ist gekommen, wo wir scheiden müssen. Betrachten Sie die Arbeit, welche wir bewältigt haben, und Sie werden finden, daß es nicht nur eine einzige Art von Arbeiten war, mit denen sich der gegenwärtige Parteitag beschäftigt hat. Es ist dies ein Beweis, daß die Sozialdemokratie gegenwärtig wirklich das gesammte Proletariat, mag es sich in der Fabrik, mag es sich auf dem Felde, unter der Erde, auf den Kommu-

nikationen oder zur See plagen, umfaßt und die Angelegenheiten der gesammten arbeitenden Menschheit in die Hände genommen hat. (Beifall.) Wir können aber auch sagen, daß es in Oesterreich keine Nationalität mehr gibt, welche auf dem Parteitage nicht vertreten wäre (Beifall), die uns nicht die Hände gereicht hätte. Die Letzten waren die Ruthenen. Auf diesem Parteitage aber haben sie erklärt, daß sie mit uns gehen und mit uns arbeiten wollen.

Betrachten Sie die Welt der Arbeit, die wir repräsentiren, und auf der anderen Seite die Welt der Ausbeutung. Die Bourgeoisparteien zanken sich, weil der Hader ihr Element ist, ohne daß sie die Frage, um welche der Kampf entbrannt ist, einen Schritt weiter gebracht haben. Wir haben die Sprachenfrage brüderlich erledigt (lebhafter Beifall); trotzdem wir jetzt autonom sind, werden wir stets mit einander arbeiten, wir werden einander nie verlassen und uns stets als eine Partei betrachten. (Erneuerter lebhafter Beifall.)

Je mehr die Gesellschaft der Ausbeuter den Zank aufrechtzuhalten sucht, um ihre Herrschaft zu stützen, desto mehr werden wir autonomen Organisationen erstarken. Und es ist nur eine Frage der Zeit, daß die vereinigte Gesellschaft der Arbeit der Herrschaft der Ausbeutung, der Herrschaft des Zankes ein Ende machen wird. Daß wir uns diesem Ziele auch durch diesen Kongreß bedeutend genähert haben, diese Ueberzeugung werden Alle nach Hause nehmen. Ich rufe unserem weiteren Kampfe ein donnerndes Hoch entgegen. (Die Versammlung bringt ein dreimaliges Hoch! aus.) Die internationale Sozialdemokratie wird kämpfen, bis sie siegt!

Gen. Schuhmeier spricht dem Präsidium den Dank für die umsichtige Leitung des Kongresses aus. (Beifall.)

Hierauf erklärt Gen. Hybes den VI. Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie für geschlossen.

Die Versammelten erheben sich von ihren Sitzen, und mächtig durchbrausen die Klänge der Marseillaise und der Rothen Fahne den Saal.

Schluß des Parteitages Samstag, den 12. Juni 1897, 1 Uhr Nachmittags.

Präsenzliste

zum

VI. Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie.

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Adler Viktor, Dr. . .	Wien	Parteivertretung
Albrecht Adolf . . .	Reichenberg . . .	Reichenberg
Austerlitz Fritz	Wien	Redaktion „Arbeiter-Zeitung"
Barta Rudolf	Wien	Handelsgewerbe
Bartel Heinrich . . .	Teplitz	Weipert Schmiedeberg Sonnenberg ꝛc.
Beer Heinrich	Wien	Goisern, Ebensee, Ischl
Behr Anton	Saaz	Saaz
Benecke Heinrich . .	Cilli	Cilli (IV. steiermärkischer Wahlkreis)
Bernard Josef	Wien	Tschechische Organisation Niederösterreich
Berner Ernst	Wien	VI. mährischer Wahlkreis Olmütz Sternberg
Berstl Emanuel, Dr. .	Wr.-Neustadt . .	Wr.-Neustadt Felixdorf Unter-Eggendorf
Blahusch Florian . .	Waidhofen an der Ybbs	Amstetten Ulmerfeld Hilm-Kematen Rosenau Waidhofen a. d. Ybbs
Blaschek Emanuel .	Wien	Wien, IX. Bezirk
Brauer Franz . .	Steinschönau . .	Steinschönau ꝛc.
Bretschneider L. A .	Wien	Kreisvertretung Niederösterreich
Brod Jakob	Wien	Lipnik
Bruch Anton	Hohenstein . . .	Karbitz
Camber Richard . .	Triest	Ragusa Spalato
Černy Karl	Wien	Industriegruppe Textilarbeiter

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Chomed Ferd., Dr.	Radautz	Sereth Radautz Suczawa
Chwala August	Wien	Wien, VII. Bezirk
Cingr Peter	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Čobal Michael	Sagor	Trifail-Sagor Wöllern Kreis
Čech Ludwig, Dr.	Brünn	Brünn
Danek Josef	Lemberg	Lemberg
Daszynski Ignaz	Wien	Reichsrathsabgeordneter
David Anton	Wien	Herzogenburg Traismauer
Dědic Karl	Prag	Prag
Diamand Herm., Dr.	Lemberg	Stryj Kolomea Lemberg Sambor Brody Drohobycz
Dietl Anton	Wien	Wien, X. Bezirk
Dittrich Robert	Wien	Bekleidungs-Industrie
Dobiasch Josef	Aussig	VI. böhmischer Wahlkreis
Dvořak Franz	Trebitsch	II. mährischer Wahlkreis
Elderſch Mathias	Brünn	Brünn
Ellenbogen Wilh., Dr.	Wien	Parteivertretung
Feigl Daniel	Wien	Wien, V. Bezirk
Fischer Heinrich	Schwechat	Schwechat Fischamend Himberg
Gerin Antonio	Wien	Parteivertretung
Gleinsler Josef	Innsbruck	Deutsch-Tirol Vorarlberg
Grablovic Anton	Köflach	Köflach Laukowitz Triest (slov. Org.)
Häcker Samuel	Tarnow	Tarnow Neu-Sandec Ustrow Bochnia Redaction „Naprzod"
Hankiewicz Nikolaj	Lemberg	Lemberg
Hannich Josef	Wien	Steinschönau Böhmisch-Kamnitz
Hauschka Anton	Wien	Wien, XIX. Bezirk
Hausmann Eduard	Renndorf	Kratzau
Hedorfer Florian	Wien	Wien, XI. Bezirk
Hirsch Ferdinand	Atzgersdorf	Atzgersdorf

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Hoffenreich Fritz . . .	Wien	Preßkommission
Hoffmann Eduard . .	Siebenhirten . . .	Siebenhirten Inzersdorf Vösendorf
Huber Josef	Lemberg	Przemysl
Hybeš Josef	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Jaitlschko Franz . . .	Baden	Baden Leobersdorf Vöslau
Jeziorsky Josef . . .	Steyr	Steyr
Jilg Moriz	Wigstadtl = Oberdorf	Wagstadt Bautsch Hof Wigstadtl
Jiszda Mathias . . .	Floridsdorf . . .	Redaktion „Volksbote"
Job Johann	Prag	VII. böhmischer Wahlkreis
Jura A. Franz	Brünn	I. mährischer Wahlkreis
Kaff Sigmund . . .	Wien	Redaktion des „Arbeiterschutz"
Kickmaier Michael .	Graz	Graz
Kiesewetter Wilhelm	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Köhler Robert	Gablonz	Wildeneichen Gablonz Hohenelbe Haindorf Weisbach Liebwerda Friedland Dittersbach Buschullersdorf
Körbler Raimund .	Wien	Wien, XVI. Bezirk
Kohn Alois	Hohenstadt . . .	Müglitz
Kopač Josef	Idria	Idria Rudolfswerth
Kořinek Alois . . .	Mödling	Mödling Neudorf Brunn a. G.
Kořinek Karl	Wien	Parteivertretung
Kosakiewicz Jan . .	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Kraft Vaclav	Pilsen	XVIII. böhmischer Wahlkreis
Krapka Josef	Brünn	I. mährischer Wahlkreis
Krejci Alois	Pilsen	XVIII. böhmischer Wahlkreis
Kristan Etbin	Laibach	Laibach Südslav. Parteiexekutive
Kurowski Stefan . .	Krakau	Krakau
Lehner Wilhelm . .	Czernowitz . . .	Czernowitz Redaktion „Volkspresse"
Lichtenecker Josef . .	St. Pölten . . .	St. Pölten Wilhelmsburg

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Malý Josef	Prag	Prag
Merz Josef	Markersdorf	Zwickau Gabel
Mysliveček Frant.	Prag	Redaktion „Časopisu Stavebnik"
Morgenstern Ludw., Dr.	Mähr.-Schönberg	Mährisch-Neustadt Mährisch-Schönberg Wiesenberg
Müller August	Graz	Graz
Němec Anton	Wien	Parteivertretung
Neumann Wilhelm	Zwittau	Zwittau
Nitsche Johann	Wien	Metall-Industrie
Novak Johann	Wien	Parteivertretung
Palka Karl	Wr.-Neustadt	Wr.-Neustadt Felixdorf Unter-Eggendorf
Pahl Georg	Atzgersdorf	Liesing Atzgersdorf Mauer
Pauser Anton	Pottendorf	Pottendorf Landeck Wampersdorf Ebreichsdorf
Pelikan Emil	Wien	Wien, II. Bezirk
Perlornigg Ferdinand	Villach	Villach
Pernerstorfer Engelb	Wien	Wien, VIII. Bezirk Neunkirchen Wimpassing Ternitz Pottschach
Petrich Giorgio	Mugaia	Istrien
Piscel Anton, Dr.	Rovereto	Rovereto
Pölz Ferdinand	Floridsdorf	Floridsdorf Stockerau
Polke Emil	Wien	Freiwaldau
Pongratz Josef	Graz	Graz
Popp Adelheid	Wien	Redaktion „Arbeiterinnen-Zeitung"
Popp Julius	Wien	Parteivertretung
Prähauser Jakob	Kleinamain	Salzburg
Prause Franz	Krems	Stein Krems Mautern &c.
Preußler Robert	Wien	„Solidarität"
Puhl Vincenz	Niemes	Niemes
Piber Anton	Voitsberg	Voitsberg
Radimsky August	Wien	Parteivertretung
Ranziglio Josef	Klosterneuburg	Klosterneuburg

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Reis Anton	Prag	Prag Königl. Weinberge
Resel Johann	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Reumann Jakob	Wien	als Referent
Rieger Eduard	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Riesenfeld Leo	Krems	Krems
Roušar Josef	Prag	Prag
Schäfer Anton	Wien	Keramische Industrie
Scheich Vincenz	Leoben	Trofaiach Leoben Vordernberg 2c.
Schiller Karl	Reichenberg	Reichenberg
Schmidt Hugo	Jägerndorf	Freudenthal Jägerndorf Troppau 2c.
Schmidt Josef	Niemes	Böhmisch-Leipa
Schrambök Johann	Dreistätten	Gutenstein Piesting Pernitz 2c.
Schrammel Anton	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Schuhmeier Franz	Wien	Parteivertretung
Schustaczek Franz	Wien	Wien, XIV. Bezirk
Schuster Jakob	Linz	I. oberösterreichischer Wahlkreis
Schwarz Norbert	Wien	Tschech. Organisation Niederösterr.
Schwertner Josef	Rückersdorf	Rückersdorf Schönwald
Scotti Luigi	Wien	Pola
Šeha Frant.	Proßnitz	V. mährischer Wahlkreis
Seidel Josef	Krumau	XVI. böhmischer Wahlkreis
Seifert Anton	Neustadtl	Bärnsdorf Neustadtl Heinersdorf
Sekirnjak Karl	Wien	Redaktion „Bekleidungs-Industrie"
Seliger Josef	Teplitz	Teplitz
Skaret Ferdinand	Wien	Holz-Industrie
Smetana Rudolf	Wien	Parteivertretung
Sokol Georg	Klagenfurt	Prävali Klagenfurt St. Veit 2c.
Soukup Frant.	Prag	Königliche Weinberge
Spann Johann	Wien	Wien, XIII. Bezirk
Stark Simon	Falkenau	Falkenau
Steinböck Franz	Wien	Wien, XVIII. Bezirk
Steiner Josef	Prag	II. böhmischer Wahlkreis
Stelzl Josef	Schüttenhofen	XVII. böhmischer Wahlkreis

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Stephan Franz . . .	Römerstadt . . .	Römerstadt
Stumpe Richard . . .	Warnsdorf . . .	Warnsdorf Rumburg Schönlinde Schluckenau Nixdorf
Tobola Josef	Wien	Lebensmittelbranche
Tomschik Josef . . .	Wien	Parteivertretung
Trettenbrein Simon .	Wien	Wien, I. Bezirk
Trübenecker R. . . .	Radl bei Gablonz	Tannwald
Truchlar Franz . . .	Steyr	Tschechische Organisation Oberösterreichs
Trummer Franz . . .	Wien	Bauarbeiter
Ucekar Carlo	Triest	Triest
Ullrich Viktor	Bielitz	II. schlesischer Wahlkreis
Valka Alois	Neutitschein . . .	Neutitschein
Verkauf Leo, Dr. . .	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Vondřich Eduard . .	Witkowitz	VI. mährischer Wahlkreis
Vratny Karl	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Weidler Michael . .	Wien	Stanislau
Wesfely Johann . . .	Wien	Wien, XVII. Bezirk
Widholz Laurenz . .	Wien	Wien, VI. Bezirk
Winarsky Leopold	Wien	Wien, III. Bezirk
Witzmann Johann . .	Wien	Wien, XV. Bezirk
Wutschl Ludwig . . .	Wien	Wien, XII. Bezirk
Zavertnik Josef . . .	Wien	Parteivertretung Redaktion „Delavec“
Zeh Johann	Wien	Redaktion „Vorwärts!“
Zeller Eduard	Wien	Reichsrathsabgeordneter

Vertreter ausländischer Partrien:

Molkenbuhr Hermann, Hamburg, Deutscher Parteivorstand.

Pfannkuch Wilhelm, Hamburg, Deutscher Parteivorstand.

Pravica Franz, Agram, Redaktion „Sloboda“.

Zusammenstellung der vom Parteitage gefaßten Beschlüsse.

I. Bericht der Parteivertretung.

(Diskussion Seite 56–69.)

Antrag Zeller im Namen der Reichskontrole:

„Der Parteivertretung ist das Absolutorium zu ertheilen."

II. Parlamentarische Thätigkeit und Taktik.

(Diskussion Seite 70–108.)

Antrag Adler:

„Der Parteitag erklärt sich mit der bisher von den Genossen der Parteivertretung eingeschlagenen Taktik einverstanden und sieht keinen Anlaß, sie zu ändern."

Antrag Kristan-Schiller:

„Der sechste österreichische Parteitag, an welchem zum ersten Male sozialdemokratische Abgeordnete Oesterreichs theilnehmen, erklärt die schwierige Stellung der Fraktion im Parlamente vollauf zu kennen. Das vorsintfluthliche Wahlrecht, die Künsteleien der Regierung, die egoistisch beschränkte Haltung der bürgerlichen Parteien und das noch immer bestehende Unverständniß der Massen, soweit dieselben von der sozialdemokratischen Idee noch nicht ganz durchdrungen sind, muß deren Thätigkeit naturgemäß erschweren. Trotzdem hat die Fraktion von allem Anfange den richtigen Weg in diesem Labyrinth gefunden und hat sich das Vertrauen der sozialdemokratischen Wählerschaft und der organisirten Arbeiterschaft im ganzen Reiche in vollem Maße erworben. Der Parteitag erklärt daher der parlamentarischen Fraktion seine Anerkennung und vollstes Vertrauen und fordert die Genossen Abgeordneten auf, auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren und bei jeder Gelegenheit die wahren Interessen des arbeitenden Volkes streng im Sinne des sozialdemokratischen Programms ohne Rücksicht nach oben, nach rechts und nach links mit aller Entschiedenheit zu vertreten."

Antrag **9** (Agitation für das Landtags- und Gemeindewahlrecht).

Antrag **10** (Agitation gegen die Verklerikalisirung der Schule).

Antrag **14** (Bekämpfung der pfäffischen Verleumder).

Antrag Dr. Čech:

„Der Parteitag erklärt, daß er den Antrag Brod deswegen verworfen hat, weil der Antrag den internationalen und interkonfessionellen Standpunkt der Sozialdemokratie nicht präzise und klar genug zum Ausdrucke gebracht hat."

III. Parteiorganisation.

(Diskussion Seite 109–136 und Seite 164–173.)

Antrag **17** (Errichtung von Rechtsbureaux, wo die Mittel vorhanden).

Antrag der Kommission:

„Es wird den Organisationen empfohlen, Vereine für die arbeitende Landbevölkerung ins Leben zu rufen."

Antrag **21** (Gründung von Wahlvereinen).

Antrag der Kommission:

„Der Parteitag beschließt, daß der Herausgabe von Blocks durch einzelne Organisationen, Vereine zc. zum Zwecke der Aufbringung von Geldmitteln zu anderen als Partei- und Gewerkschaftszwecken energisch entgegenzuwirken sei."

Antrag Dr. Čech, Krapka:

„Der Parteitag erklärt, es sei nothwendig, daß die Parteigenossen allerorten der Frauenfrage eine rege Aufmerksamkeit zuwenden und unter den Frauen eine rege Agitation entfalten."

Antrag Dr. Čech:

„Der Parteitag verpflichtet die Parteivertretung, die geeigneten Maßnahmen zur Ausführung des Beschlusses betreffs der Frauenagitation zu treffen und über die erzielten Resultate dem nächsten Parteitage Bericht zu erstatten."

Antrag Winarsky:

„Der Parteitag fordert die Parteivertretung auf, der prinzipiellen Ausbildung der organisirten Genossen und Genossinnen ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden, eventuell für die Schaffung geeigneter Institutionen zu sorgen."

Antrag Rickmaier:

„In Erwägung, daß bei Einrichtung von Vereinsbibliotheken seitens vieler Organisationen ganz planlos vorgegangen wird, beantragt der Gefertigte, die Parteileitung werde beauftragt, ein Verzeichniß aller jener Bücher und Werke vorzulegen, die jede Vereinsbibliothek enthalten soll.

Gleichzeitig wäre in diesem Verzeichniß, welches in Druck gelegt werden muß, auch die Reihenfolge anzugeben, welche beim Lesen einzuhalten ist, um dadurch den Bibliothekaren eine Direktive zu geben, in diesem Sinne auf die Leser einwirken zu können."

Resolutionen:

a) betreffs der Organisation.

Erklärung.

„Die vom Prager Parteitag angebahnte und vom sechsten Parteitag durchgeführte Organisation der österreichischen Sozialdemokratie nach selbstständigen nationalen Gruppen hat den Zweck, für die Arbeit der Organisation des vielsprachigen Proletariats in Oesterreich die besten praktischen Bedingungen zu bieten, die praktischen Schwierigkeiten der Sprachverschiedenheit zu überwinden. Indem wir so die Nützlichkeit der vollen Selbstständigkeit für die Organisation der Sozialdemokratie jeder Zunge anerkennen und ihr Rechnung tragen, schaffen wir zugleich in dem Gesammtparteitage und der Gesammtexekutive die Einrichtungen, die geeignet sind, noch mehr als bisher die feste und schlagfertige Zusammenfassung aller einzelnen Organisationen zum gemeinsamen Kampfe zu sichern. Nationale Selbstständigkeit und internationale Geschlossenheit ist das Grundprinzip unserer Organisation.

Wir ergreifen diese Gelegenheit, um im Vorhinein jede Interessensolidarität mit den nationalen und chauvinistischen Parteiungen und Kämpfen der besitzenden Klassen auf das Entschiedenste zurückzuweisen. Wir haben das Bewußtsein, daß die Klassengegensätze stärker und tiefer trennen als nationale Verschiedenheit, und wir erklären, daß diese Organisation ausschließlich bestimmt ist, die wirksamste Form zu schaffen, in der die international geeinigten und brüderlich verbundenen Sozialdemokraten aller Zungen den Kampf führen gegen die Ausbeuterklassen in ihrer eigenen Nation und gegen die Ausbeuterklassen aller Nationen.

Nicht um die nationalen chauvinistischen Bestrebungen der besitzenden Klassen zu unterstützen, ist diese unsere Organisation geschaffen, sondern sie hat zum Ziele, sie umso schärfer, rücksichtsloser und wirksamer bekämpfen zu können."

b) betreffs der ruthenisch-radikalen Partei.

„Der sechste österreichische sozialdemokratische Parteitag nimmt die durch den Abg. Dr. Jarosiewicz im Namen der ruthenisch-radikalen Partei abgegebene Erklärung zur Kenntniß und begrüßt es mit Freude, daß die auf gemeinsamem prinzipiellen Boden stehende ruthenisch-radikale Partei im wohlverstandenen gemeinsamen Interesse beabsichtigt, mit uns in enge Fühlung zu treten.

Wir erwarten, daß diese Erklärung der ruthenisch-radikalen Partei sowohl zur vollen Klärung der Verhältnisse in ihrer eigenen Partei als auch zur Förderung ihrer Organisation auf sozialdemokratischer Basis beitragen werde, und daß dadurch eine gemeinsame Taktik, ein gemeinsames Vorgehen und später auch eine gemeinsame Organisation ermöglicht werden wird."

IV. Wahl der Parteivertretung.

(Siehe Seite 173, 182, 183, 192.)

V. Arbeiterschutzgesetzgebung.

(Diskussion Seite 136—163.)

Resolution Verkauf:

„Der sechste Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie beauftragt den sozialdemokratischen Verband des österreichischen Abgeordnetenhauses, die Forderungen der Arbeiterschaft bezüglich der Arbeiterschutzgesetzgebung, wie sie im Hainfelder

Programm aufgestellt und auf zahlreichen Fach- und Gewerkschaftskongressen vertreten wurden, in die Gestalt von Gesetzesvorlagen zu bringen.

Neben der Reform der Gewerbeordnung, die sich auf die Ausdehnung des Arbeiterschutzes (Schutz der Kinder, Frauen, Sonntagsruhe, Achtstundentag 2c.) und die Beseitigung der den Arbeitern durch Arbeitsbücher, Strafen auf Kontraktbruch 2c. auferlegten Fesseln zu beziehen hat, sind auch Vorschläge zu erstatten zur Einschränkung und endlichen Beseitigung der Heimarbeit (Anzeigepflicht, Ausdehnung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, höhere Besteuerung, Wohnungsgesetzgebungsgesetz 2c. 2c.), welche der Großindustrie Gelegenheit bietet, sich den Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung zu entziehen.

Außerdem sind zu geeigneter Zeit Gesetzentwürfe zum Schutze der Bergarbeiter, der Bediensteten des Transportgewerbes, der Eisenbahner, Tramwaybediensteten (insbesondere durch Schaffung einer Dienstespragmatik), der Bediensteten und Arbeiter der Handels-, See- und Flußschifffahrt (durch eine entsprechende Seemannsordnung), Fuhrwerker 2c., der Handels- und sonstigen Privatangestellten, sowie der landwirthschaftlichen Arbeiter einzubringen.

Das besondere Augenmerk ist auf den Ausbau des Gewerbe-Inspektorates, sowie auf die Schaffung spezieller Einrichtungen für Bergbau, Eisenbahnen, Binnengewässer- und Seeschifffahrt, Handel und die Frauenarbeit zu richten. Den Inspektoren sind von Arbeitern und Arbeiterinnen gewählte und vom Staate besoldete Delegirte an die Seite zu stellen, die neben der Ueberwachung der Sicherheit in den Betrieben für die Durchführung der von den Inspektoren getroffenen Anordnungen zu sorgen haben.

Gleichzeitig ist die Uebertragung der Strafgerichtsbarkeit in Fällen der Uebertretung der Arbeiterschutzgesetze an die ordentlichen Gerichte in Vorschlag zu bringen."

Resolution Tomschik:

„Der sechste Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie spricht den angestellten Eisenbahnern anläßlich ihres Kampfes um das Koalitionsrecht seine Sympathien aus. Er verurtheilt auf das Entschiedenste das Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien, welche theils offen, theils versteckt für die Konfiskation der Koalitionsfreiheit der Eisenbahner eingetreten sind. Der Parteitag billigt die Haltung des sozialdemokratischen Verbandes anläßlich der Debatte über den Dringlichkeitsantrag wegen der Auflösung der Eisenbahnerorganisationen und spricht die sichere Erwartung aus, daß die Angestellten energisch für ihre ökonomischen Interessen eintreten, wobei sie die Unterstützung der gesammten Arbeiterschaft zu erwarten haben."

Antrag Simon Stark, Vinzenz Schelch und Anton Bruch:

„Der sechste Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie beauftragt den sozialdemokratischen Verband des österreichischen Abgeordnetenhauses eine Novelle zum Bergbau-Genossenschaftsgesetz einzubringen, in welchem den Delegirten der Gruppe II (Arbeiterdelegirte) der Schutz gegen willkürliche Entlassung gesichert ist.

Die Gründe der Kündigung eines Delegirten müssen dem Revierbergamte vorgelegt, von diesem geprüft werden und von da, im Falle sie das Revierbergamt für richtig befindet, an die Generalversammlung, respektive das Schiedsgericht zur Entscheidung gelangen. Erst nach Ausspruch des Schiedsgerichtes kann der Betreffende nach dreimonatlicher Kündigung entlassen werden.

Ferner ist, um die indirekte Maßregelung (schlechter Lohn, Arbeitsbedingung) hintanzuhalten, im Gesetz dafür zu sorgen, daß der tägliche Verdienst eines Delegirten unter den Durchschnittsverdienst eines Bergarbeiters nicht heruntersinkt, desgleichen soll in der Novelle dafür gesorgt werden, daß die Delegirten nicht zur Strafe für Ausübung ihrer Funktion an Orte zur Arbeit versetzt werden, die schlechter als jene sind, an welchen sie vordem zur Arbeit verwendet wurden.

Alles hier Angeführte gilt auch für Bruderladen-Delegirte."

Antrag **27** (Bekämpfung der Hausindustrie).

Antrag **29** (Auflösung der Bruderladen).

Antrag Kickmaier:

„Zur Zeit der Einbringung einer Gesetzesnovelle über die Bekämpfung der Hausindustrie sollen an allen Orten Versammlungen mit einer auf diesen Punkt bezughabenden Tagesordnung einberufen werden, bei welchen nach Thunlichkeit auch die Abgeordneten selbst zu referiren hätten."

Antrag Krejci:

„Da die bürgerlichen Parteien die Vorstände der Bezirkskrankenkassen, die von den Sozialdemokraten verwaltet werden, in perfider Weise verdächtigen, daß sie die Kassen schlecht verwalten, wird der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten

ersucht, in der nächsten Session des Reichsrathes einen Gesetzentwurf einzubringen, es seien jene Arbeitgeber, die Mitgliedsbeiträge abziehen und an die Krankenkasse nicht abführen, wegen Betrug und Veruntreuung zu bestrafen."

Antrag Chwala:

„Mit Rücksicht auf die hinterhältigen Machinationen des arbeiterfeindlichen Unternehmerthums, darauf hinauslaufend, die Verwaltung der Kranken- und Unfallversicherung vollends an sich zu reißen, werden die proletarischen Organisationen verpflichtet, darauf zu sehen, daß gelegentlich der Wahlen in die Vorstände gedachter Arbeiterversicherungs-Institute Sozialdemokraten aufgestellt und gewählt werden, um solcherart zu verhindern, daß das den Arbeitern gesetzlich zustehende, ohnehin spärliche Verwaltungsrecht denselben entrissen und zum Schaden der Versicherten mißbraucht wird."

Antrag Chwala, Feigl, Pelikan:

„Den sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedern der Arbeiterversicherungs-Institute wird nahegelegt, für ihre Angestellten gleichfalls die Sonntagsruhe durchzuführen."

VI. Presse.

(Seite 174—193.)

Antrag Soukup-Feigl (Anerkennung der „Akademie").
Antrag Tobiasch (Anerkennung des „Volksrecht" und „Neues Volksrecht").
Antrag der Bukowinaer Kreisorganisation (Anerkennung der „Volkspresse").
Antrag Köhler (Anerkennung des „Gebirgsboten").
Antrag **31** (Anerkennung der „Wahrheit").
Antrag **36** (Anerkennung des „Graslitzer Volksbote").

Antrag Kopac:

„In Anbetracht dessen, daß sich insbesondere während der Reichsrathssession häufig wichtige Ereignisse abspielen, deren Besprechung im Morgenblatte durch die bourgeoisen Abendblätter überholt werden und sich daher die Arbeiter meist veranlaßt sehen, solche ihnen feindselige Blätter zu kaufen, wird beantragt, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht thunlich erscheint, wenigstens zur Zeit der Reichrathssession ein Abendblatt der „Arbeiter-Zeitung" herauszugeben."

Antrag Popp:

„In Anbetracht dessen, daß die „Arbeiter-Zeitung" in der Provinz noch nicht so große Verbreitung gefunden hat wie es der Stärke der Partei entspricht, werden die Parteiblätter der Provinz beauftragt, die „Arbeiter-Zeitung" von Zeit zu Zeit anzukündigen und anzuempfehlen."

Antrag der Preßkommission:

„Entgegen dem Antrage der Bezirksorganisation IX auf Sistirung der „Arbeiterinnen-Zeitung" als selbstständiges Organ und Erscheinen derselben als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung", beantragt die Preßkommission: die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat so wie bisher zu erscheinen, mit der Bedingung, daß die Grundlage derselben erweitert wird.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung" soll in Zukunft nicht blos die Interessen der Arbeiterin, insoweit sie in Fabriken und Werkstätten arbeitet, vertreten, sie soll auch die Interessen derselben vertreten, insoweit sie einer häuslichen Beschäftigung obliegt und insoweit sie auch nur die Frau eines Arbeiters ist. Der „Arbeiterinnen-Zeitung" ist durch den Parteitag selbst die kräftigste Unterstützung zuzusichern."

Resolution Popp:

„Der Parteitag begrüßt es mit Genugthuung, daß die tschechische und die polnische Organisation stark genug geworden sind, um die Gründung von Tagblättern in Prag und Krakau nöthig zu machen. Der Parteitag fordert die Genossen aller Zungen auf, eifrig daran zu gehen, die Mittel aufbringen zu helfen, insbesondere für das Prager Blatt, das schon in Bälde erscheinen soll."

Antrag Feigl:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, eine volksthümliche Broschüre herauszugeben, in welcher die Nationalitätenfrage überhaupt und speziell die in Oesterreich behandelt wird."

Antrag Müller:

„Beantrage, es sei in populärer Schreibweise eine auch den Bauern verständliche Broschüre in mehreren Sprachen zu verfassen, in welcher die Stellung der Sozialdemokratie, sowie der Christlich-Sozialen dargestellt wird."

Antrag **33** (abgeändert):

„Die Gründung von Kopfblättern unterliegt der Genehmigung durch die Wahlkreiskonferenz."

Antrag Barta, Wien:

„Beantrage, daß die Parteivertretung eine billige Broschüre herausgeben soll, welche sich mit den Verhältnissen der gesammten Handelsarbeiter befassen und zugleich in unserem Sinne belehrend und aufklärend wirken soll."

Antrag Schelch:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, bei Herausgabe von Broschüren zu trachten, daß dieselben in gleichgroßem Format herausgegeben werden, um den Einband mehrerer zusammen zu ermöglichen."

Antrag Steinböck:

„Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden aufgefordert, wenn das Parlament eröffnet wird, sofort einen Antrag auf Aufhebung des Zeitungsstempels und für die Freigebung der Kolportage einzubringen."

„Bei Einbringung dieser Anträge im Parlament soll die Parteivertretung oder die Exekutive eine Agitation einleiten, daß im ganzen Reiche zu Gunsten der Preßfreiheit und der Anträge der Abgeordneten Demonstrationen veranstaltet werden."

Antrag Scotti (Anerkennung von „Il Lavoratore" und „L'Avvenire").

Antrag **13** (abgeändert):

„Die Parteileitung wird beauftragt, nach jeder zur Agitation zweckdienlichen Debatte im österreichischen Parlament Broschüren herauszugeben."

VII. Konsumgenossenschaften und Produktivassoziationen.

(Diskussion Seite 194—208.)

Resolution Schuhmeier:

„In Erwägung, daß die Wirthschaftsgenossenschaften nicht geeignet sind, die wirthschaftliche Lage des Proletariats zu heben, lehnt es der Parteitag ab, den Parteigenossen die Gründung von derartigen Wirthschaftsgenossenschaften zu empfehlen. Mit Rücksicht auf die in einzelnen kleinen Städten, in denen sich die Mitglieder der Wirthschaftsgenossenschaften aus Lohnarbeitern rekrutirten, gemachten Erfahrungen, überläßt es der Parteitag den Genossen der einzelnen Bezirke, nach genauer Prüfung der lokalen Verhältnisse, sowie der verfügbaren Kräfte und Mittel zur Frage der Wirthschaftsgenossenschaften Stellung zu nehmen."

Antrag Stark:

„Der Parteitag beschließt: Die Aufhebung der Werks- und Fabriks-Konsumvereine ist anzustreben."

Antrag Barta:

„Falls der Parteitag es nicht grundsätzlich verwirft, zur Frage der Konsumgenossenschaften Stellung zu nehmen, oder für den Fall der Parteitag nicht strikte von der Errichtung von Konsumgenossenschaften abrathen sollte, stellen wir den Antrag, in die vom Parteitage zu beschließende Resolution folgende Sätze aufzunehmen:

Wenn die Arbeiter-Konsumvereine ihrem Zwecke entsprechen sollen, haben sie in erster Linie darauf zu achten, daß ihren Angestellten die möglichst günstigsten Arbeitsbedingungen gewährt werden, insbesondere hinsichtlich Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Entlohnung und Kündigung. Es wird empfohlen, diese Bedingungen auf einer Konferenz der Konsumvereine, der Vertreter der Organisationen der Konsumvereinsbediensteten und der Gewerkschaftskommission beizuziehen sind, festzusetzen."

Antrag Schuhmeier:

„Der Parteitag fordert die sozialdemokratischen Abgeordneten auf, im Parlament für die Aufhebung der gesetzlichen Beschränkungen der Wirthschaftsgenossenschaften einzutreten."

VIII. Parteiangelegenheiten.

(Diskussion Seite 208—210.)

Antrag **51** (Zusammenstellung der Anträge und Resolutionen im Protokoll).

Antrag Feigl-Chwala-Winarsky:

„Der Parteitag macht es den Parteigenossen, die in Arbeiterinstituten in den Leitungen sich befinden, zur Pflicht, es den Angestellten ihrer Institute zu ermöglichen, ihre parteibürgerlichen Rechte, an sozialdemokratischen Kongressen und Konferenzen rc. rc. theilzunehmen, auszuüben zu können."

Antrag Čech-Behr (Abhaltung des nächsten Parteitages in Brünn).

Sprechregister.





